Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/5831-01	Termin 14.09.2020	Rat der Stadt
Bericht / Mitteilung			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
03.09.2020	Finanz- und Personalausschuss	K		
14.09.2020	Rat der Stadt	K		

Berichtsgegenstand

Gesamtabschluss 2018 der Stadt Oberhausen

Kenntnisnahme des Gesamtabschlusses 2018 der Stadt Oberhausen durch den Rat der Stadt Oberhausen sowie Überweisung an den zuständigen Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung und Erstellung des Schlussberichtes gemäß §§ 59 Abs. 3, 116 Abs. 6 GO NRW in Verbindung mit § 101 GO NRW

Sachdarstellung

Die Gemeinde hat gemäß § 116 Abs. 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Der Gesamtabschluss 2018 ist unter Anwendung der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) aufgestellt worden. Am 01.01.2019 trat die Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW) in Kraft.

Er besteht nach § 116 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit 49 Abs. 1 GemHVO NRW aus

- der Gesamtergebnisrechnung,
- der Gesamtbilanz und
- dem Gesamtanhang und ist um
- einen Gesamtlagebericht zu ergänzen.

Am Schluss des Gesamtlageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70 GO NRW, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

Bereichsleiterin Bereich 1-1	Dezernent	Kämmerer	Oberbürgermeister
Stöhr 16.07.20	Datum	Tsalastras 21.07.20	Schranz 22.07.20

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beteiligung:	
Kenntnisnahme (K)	Kenntnisnahme (K)	Personalrat	[ ]
		Gleichstellungsstelle	[ ]

- der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,
- der ausgeübte Beruf,
- die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,
- die Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,
- die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

Nach § 117 Abs. 1 GO NRW sowie § 49 Abs. 2 GemHVO NRW ist dem Gesamtabschluss ein Beteiligungsbericht beizufügen.

Zu dem Gesamtabschluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 GO NRW und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. In den Gesamtabschluss müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach § 116 Abs. 2 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.

Gemäß § 116 Abs. 5 GO NRW in Verbindung mit § 95 Abs. 3 GO NRW wurde der Entwurf des Gesamtabschlusses vom Stadtkämmerer aufgestellt und vom Oberbürgermeister bestätigt.

Der Gesamtabschluss ist anschließend gemäß § 116 Abs. 6 GO NRW vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtabschlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabschluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8. gilt entsprechend. In die Prüfung nach Abs. 6 müssen die Jahrsabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn diese nach gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

Nach § 116 Abs. 1 Satz 3 GO NRW bestätigt der Rat den geprüften Gesamtabschluss durch Beschluss.

Die wesentlichen Eckpunkte des Entwurfes des Gesamtabschlusses sind:

- Gesamtergebnis

Der Gesamtabschluss 2018 der Stadt Oberhausen schließt im Ergebnis mit einem positiven Betrag von 15.560 TEUR (zum Vergleich: Jahresabschluss 2018 Kernhaushalt: 2.858 TEUR).

Das Gesamtjahresergebnis ergibt sich aus dem Saldo des „Ordentlichen Gesamtergebnisses“ und des „Gesamtfinanzergebnisses“ unter Berücksichtigung des „Außerordentlichen Gesamtergebnisses“ wie folgt:

	in TEUR	
Ordentliche Gesamterträge	937.927	
Ordentliche Gesamtaufwendungen	905.199	
Ordentliches Gesamtergebnis	32.728	*(Rundungsdifferenzen)*
Gesamtfinanzergebnis	- 17.168	
Gesamtergebnis der lfd. Geschäftstätigkeit	15.560	*(Rundungsdifferenzen)*
Außerordentliches Gesamtergebnis	- 0	
Gesamtjahresergebnis	15.560	

- Gesamtbilanz

Die Gesamtbilanz 2018 der Stadt Oberhausen schließt mit einem Bilanzvolumen von 3.029.747 TEUR in Aktiva und Passiva.

Die Schulden auf der Passivseite übersteigen das Vermögen auf der Aktivseite um 1.153.519 TEUR und werden dementsprechend als „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgewiesen (zum Vergleich: „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ im Jahresabschluss 2018 Kernhaushalt: 1.117.815 TEUR).

Gemäß Rundverfügung „Haushaltsbewirtschaftung in der Corona Krise“ vom 17.04.2020 wird auf die Bereitstellung von Druckexemplaren des Gesamtabschlusses 2018 verzichtet. Der Gesamtabschluss 2018 ist als PDF-Datei im Ratsinformationssystem hinterlegt, so dass jederzeit die Möglichkeit besteht, den Gesamtabschluss 2018 abzurufen.

Anlage

Gesamtabschluss 2018

Gesamtabschluss der Stadt Oberhausen
für das Haushaltsjahr 2018

Der Gesamtabschluss 2018 wurde von mir gemäß § 116 Abs. 5 in Verbindung mit § 95 Abs. 3 GO NRW aufgestellt.

Oberhausen, den 22.06.2020

Stadtkämmerer

Der Gesamtabschluss 2018 wurde von mir gemäß § 116 Abs. 5 in Verbindung mit § 95 Abs. 3 GO NRW bestätigt.

Oberhausen, den 30. JUNI 2020

Oberbürgermeister

Gesamtabschluss 2018

1. Gesamtergebnis 3
2. Gesamtbilanz 4
3. Gesamtanhang 7
3.1 Allgemeine Angaben 7
3.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 14
3.3 Erläuterungen zur Bilanz 16
3.3.1 Aktiva 16
3.3.1.1 Anlagevermögen 16
3.3.1.2 Umlaufvermögen 21
3.3.1.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten 21
3.3.1.4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag 21
3.3.2 Passiva 22
3.3.2.1 Eigenkapital 22
3.3.2.2 Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung. 22
3.3.2.3 Sonderposten 22
3.3.2.4 Rückstellungen 23
3.3.2.5 Verbindlichkeiten 24
3.3.2.6 Passive Rechnungsabgrenzungsposten 27
3.4 Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Gesamtergebnisrechnung 27
3.4.1 Ordentliche Gesamterträge 27
3.4.2 Ordentliche Gesamtaufwendungen 29
3.4.3 Ordentliches Gesamtergebnis 31
3.4.4 Finanzerträge 31
3.4.5 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen 31
3.4.6 Gesamtfinanzergebnis 31
3.4.7 Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit 31
3.4.8 Außerordentliches Gesamtergebnis 31
3.4.9 Gesamtjahresergebnis 32
3.5 Sonstige Gesamtanhangsangaben 32
3.5.1 Haftungsverhältnisse 32
3.5.2 Sonstige Verpflichtungen 32
3.5.3 Gesonderte Gesamtanhangsangaben 33
4. Gesamtlagebericht 36

4.1 Allgemeine Angaben 36
4.2 Erläuterungen im Einzelnen....36
4.2.1 Vermögens- und Schuldenlage 36
4.2.2 Ertrags- und Aufwandssituation....39
4.2.3 Finanzlage....59
4.3 Rahmenbedingungen 59
4.4 Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage....60
4.4.1 Analyse der Gesamtschuldenlage 60
4.4.2 Analyse der Gesamtvermögenslage....61
4.4.3 Analyse der Gesamtfinanzlage....62
4.4.4 Analyse der Gesamtertrags- und Aufwandssituation 62
4.5 Örtliche Besonderheiten 63
4.5.1 Kernverwaltung 63
4.5.2 Konzernstruktur....68
4.6 Wesentliche Chancen und Risiken des „Konzerns Stadt Oberhausen“....73
4.6.1 Chancen....73
4.6.1.1 Generelle Chancen....73
4.6.1.2 Chancen aus Beteiligungen....74
4.6.2 Risiken 76
4.6.2.1 Generelle Risiken 76
4.6.2.2 Zinsrisiko im Besonderen 77
4.6.2.3 Risiken aus Beteiligungen im Besonderen....78
4.6.2.4 Risikomanagement....82
4.7 Erläuterungen der Kennzahlen 83
4.7.1 Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital (Eigenkapitalquote)....83
4.7.2 Relation des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen (Anlageintensität)....83
4.7.3 Bindung Kommunales Vermögen in der Infrastruktur (Infrastrukturquote) 84
4.7.4 Anlagendeckungs- und Liquiditätsgrad....84
4.7.5 Verbindlichkeitsquote und Verschuldungsgrad....85
4.7.6 Finanzierung der Gemeinde aus eigenen Mitteln (Steuerquote)....85
4.7.7 Abhängigkeit der Gemeinde von Dritten (Zuwendungsquote)....86
4.7.8 Aussagen zur Intensität der Aufwendungen (Personal-, Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen, Zinsen)....86
4.8 Wichtige Vorgänge und Nachträge 88
4.9 Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates....89
5. Beteiligungsbericht....118

1. Gesamtergebnis

Gesamtergebnis	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
01 Steuern und ähnliche Abgaben	288.759.882,90	251.758.958,21
02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	329.118.465,01	327.938.353,33
03 Sonstige Transfererträge	9.317.033,37	6.200.311,06
04 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	102.133.470,63	83.248.239,91
05 Privatrechtliche Leistungsentgelte	43.661.316,88	47.830.378,27
06 Kostenerstattung und Kostenumlagen	80.075.798,40	85.550.660,38
07 Sonstige ordentliche Erträge	36.537.636,52	52.543.613,68
08 Aktivierte Eigenleistungen	20.460.142,84	11.244.261,69
09 Bestandsveränderungen (-/+)	27.863.523,64	6.336.932,18
10 = Ordentliche Gesamterträge (01 bis 09)	**937.927.270,19**	**872.651.708,71**
11 Personalaufwendungen	213.775.469,75	207.076.698,23
12 Versorgungsaufwendungen	25.951.006,49	15.206.072,09
13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	168.207.161,82	141.915.466,55
14 Bilanzielle Abschreibungen	66.120.194,59	70.995.403,33
15 Transferaufwendungen	291.135.028,84	274.809.176,02
16 Sonstige ordentliche Aufwendungen	140.010.409,63	137.646.453,48
17 = Ordentliche Gesamtaufwendungen (11 bis 16)	**905.199.271,12**	**847.649.269,70**
18 = Ordentliches Gesamtergebnis (10+17)	**32.727.999,07**	**25.002.439,01**
19 Finanzerträge	12.106.751,87	9.580.701,42
20 Finanzaufwendungen	29.274.777,22	33.635.099,28
21 = Gesamtfinanzergebnis (19 + 20)	**-17.168.025,35**	**-24.054.397,86**
22 = Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit (18 + 21)	**15.559.973,72**	**948.041,15**
23 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
24 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
25 = Außerordentliches Gesamtergebnis (23 + 24)	**0,00**	**0,00**
26 = Gesamtjahresergebnis (22 + 25)	**15.559.973,72**	**948.041,15**

Nachrichtlich:
Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit dem Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag (§ 44 Abs.3 GemHVO)

27 Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	595.956,56	48.694,00
28 Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	0,00	0,00
29 Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	100.857,08	131.404,00
30 Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	750.000,00	750.000,00
31 = Verrechnungssaldo (27 bis 30)	**-254.900,52**	**-832.710,00**

2. Gesamtbilanz

A K T I V A			31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Anlagevermögen			**1.705.924.207,86**	**1.711.605.911,33**
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände			**4.578.980,53**	**5.188.133,15**
1.1.1 Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Vollkonsolidierung		**4.108.078,53**		**4.792.758,22**
1.1.2 Sonstige erworbene immaterielle Vermögensgegenstände		**470.902,00**		**395.374,93**
1.2 Sachanlagen			**1.634.961.810,45**	**1.632.817.975,01**
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		**180.121.375,93**		**181.415.024,85**
1.2.1.1 Grünflächen	113.144.263,10			114.210.299,21
1.2.1.2 Ackerland	2.420.281,45			2.420.281,45
1.2.1.3 Wald, Forsten	4.847.212,85			4.847.212,85
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	59.709.618,53			59.937.231,34
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		**460.440.628,33**		**475.482.800,86**
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	20.923.054,91			20.782.854,91
1.2.2.2 Schulen	211.674.066,03			220.561.980,56
1.2.2.3 Wohnbauten	33.453.519,74			34.346.535,74
1.2.2.4 Soziale Einrichtungen	20.839.469,74			21.607.079,74
1.2.2.5 Sportstätten	23.360.795,36			24.466.733,36
1.2.2.6 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	150.189.722,55			153.717.616,55
1.2.3 Infrastrukturvermögen		**845.813.275,61**		**864.184.034,60**
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	165.228.413,18			165.158.306,64
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	49.156.083,00			49.990.827,00
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausr. und Sicherungsanlagen	17.767.119,64			19.723.171,92
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitungsanlagen	295.808.071,87			294.725.296,87
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen, Verkehrslenkungsanl.	289.155.105,44			302.483.537,28

A K T I V A

			31.12.2018	31.12.2017
	EUR	**EUR**	**EUR**	**EUR**
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	28.698.482,48			32.102.894,89
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden		**994.137,00**		**2.871.142,00**
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		**7.542.444,54**		**7.591.411,88**
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge		**30.902.938,71**		**27.558.931,59**
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung		**15.045.903,29**		**15.908.683,62**
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		**94.101.107,04**		**57.805.945,61**
1.3 Finanzanlagen			**66.383.416,88**	**73.599.803,17**
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen		**3.976.664,05**		**3.976.664,05**
1.3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen		**44.048.937,44**		**48.342.181,89**
davon Unterschiedsbetrag aus Equity-Konsolidierung		25.584.254,57		29.848.296,91
1.3.3 Übrige Beteiligungen		**1.824.217,81**		**1.824.217,81**
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens		**15.713.358,77**		**18.532.147,12**
1.3.5 Ausleihungen		**820.238,81**		**924.592,30**
2. Umlaufvermögen			**151.928.695,18**	**107.981.674,63**
2.1 Vorräte			**52.823.114,48**	**23.373.369,06**
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			**77.213.847,13**	**70.474.178,71**
2.3 Liquide Mittel			**21.891.733,57**	**14.134.126,86**
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten			**18.374.844,79**	**22.416.653,13**
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			**1.153.518.789,95**	**1.169.064.461,24**
4.1 Fehlbetrag Vorjahre			**366.170.002,91**	**366.221.267,85**
4.2 Ergebnisvorträge			**802.908.760,76**	**803.791.234,54**
4.3 Gesamtjahresüberschuss/-fehlbetrag			**-15.559.973,72**	**-948.041,15**
			3.029.746.537,78	**3.011.068.700,33**

P A S S I V A			31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Eigenkapital				
2. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung			**0,00**	**0,00**
3. Sonderposten			**451.564.969,73**	**445.504.843,24**
3.1 Sonderposten für Zuwendungen		**386.242.536,36**		**383.791.409,98**
3.2 Sonderposten für Beiträge		**57.069.806,79**		**58.508.729,68**
3.3 Sonderposten für den Gebührenausgleich		**2.795.975,03**		**2.739.374,32**
3.4 Sonstige Sonderposten		**5.456.651,55**		**465.329,26**
4. Rückstellungen			**523.579.967,74**	**490.244.095,44**
4.1 Pensionsrückstellungen		**447.512.289,11**		**431.988.535,11**
4.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten		**600.000,00**		**600.000,00**
4.3 Instandhaltungsrückstellungen		**7.502.937,09**		**4.406.025,30**
4.4 Steuerrückstellungen		**150.771,00**		**188.094,68**
4.5 Sonstige Rückstellungen		**67.813.970,54**		**53.061.440,35**
5. Verbindlichkeiten			**2.031.398.266,10**	**2.042.530.442,36**
5.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		**374.051.327,84**		**372.050.130,04**
5.1.1 vom öffentlichen Bereich	5.761.670,74			6.105.738,82
5.1.2 von Kreditinstituten	368.289.657,10			365.944.391,22
5.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung		**1.582.500.000,00**		**1.617.500.000,00**
5.2.1 vom privaten Kreditmarkt	1.582.500.000,00			1.617.500.000,00
5.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		**13.937.939,11**		**17.133.140,65**
5.4 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen		**4.012.021,35**		**6.549.144,50**
5.5 Sonstige Verbindlichkeiten		**29.095.505,20**		**18.160.038,32**
5.6 Erhaltene Anzahlungen		**27.801.472,60**		**11.137.988,85**
6. Passive Rechnungsabgrenzungsposten			**23.203.334,21**	**32.789.319,29**
			3.029.746.537,78	**3.011.068.700,33**

3. Gesamtanhang

3.1 Allgemeine Angaben

Die Gemeinden sind nach § 116 der Gemeindeordnung NRW verpflichtet, in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss aufzustellen. Dieser besteht aus einer Gesamtbilanz, einer Gesamtergebnisrechnung sowie dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht und einen Beteiligungsbericht zu ergänzen. Für den Gesamtabschluss ist der Jahresabschluss nach § 95 GO NRW der Gemeinde und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren (§116 Abs. 2 Satz 1 GO NRW i.V.m. § 50 Abs. 1 und 2 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW);ab 01.01.2019 Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW)). Die Stadt Oberhausen hat ihren ersten Gesamtabschluss zum 31.12.2010 aufgestellt. Dazu wurde zum 01.01.2010 eine Kapitalkonsolidierung der im Folgenden aufgeführten verbundenen und assoziierten Unternehmen durchgeführt.

Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts sowie Sondervermögen und Eigenbetriebe unter der einheitlichen Leitung der Gemeinde werden entsprechend der §§ 300, 301, 303 bis 305 und 307 bis 309 HGB in die Vollkonsolidierung einbezogen. Dies bedeutet, dass die Abschlüsse der Einheiten mit ihren gesamten Vermögensgegenständen und Schulden in den Gesamtabschluss übernommen werden. Für diese Einheiten wird eine Kapitalkonsolidierung nach § 301 HGB durchgeführt. Diese erfolgt grundsätzlich nach der Neubewertungsmethode. Abweichend davon wurde gemäß den Vereinfachungsregelungen des Innenministeriums für Sondervermögen auf eine Neubewertung verzichtet und der Wertansatz aus der Eröffnungsbilanz beibehalten. Bei der Vollkonsolidierung wird der Beteiligungsbuchwert der Muttergesellschaft mit dem anteiligen Eigenkapital der Tochtergesellschaft verrechnet. Aktive Unterschiedsbeträge werden in den Folgejahren abgeschrieben. Passive Unterschiedsbeträge werden als gesonderter Posten „Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung“ zwischen Eigen- und Fremdkapital ausgewiesen. Weiterhin erfolgt eine Schulden- sowie Aufwands- und Ertragskonsolidierung entsprechend der §§ 303 ff. HGB. Hierbei werden die wechselseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten bzw. Aufwendungen und Erträge miteinander verrechnet. Der daraus entstandene Gesamtabschluss stellt den „Konzern Stadt“ so dar, als handle es sich um ein einzelnes Unternehmen und gibt einen Überblick über die gesamte Vermögens- und Ertragslage der Stadt Oberhausen. Die durch die Ausgliederung von Aufgaben aus der Kernverwaltung auf selbständig bilanzierende Organisationseinheiten verlorengegangene Transparenz wird dadurch wieder hergestellt. Der Vollkonsolidierungskreis bei der Stadt Oberhausen setzt sich neben der Stadt Oberhausen wie folgt zusammen:

Verbundene Unternehmen	**Beteiligungsanteil**
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH Max-Eyth-Straße 62 46149 Oberhausen	100%
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH Bahnhofstraße 66 46145 Oberhausen	100%

Verbundene Unternehmen	Beteiligungsanteil
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen (Eigenbetriebsähnliche Einrichtung) Elly-Heuss-Knapp Straße 3, 46145 Oberhausen	100%
Theater Oberhausen Ebertstraße 82 46045 Oberhausen	100%

Verbundene Unternehmen, die wegen untergeordneter Bedeutung nicht vollkonsolidiert sind, werden im Gesamtabschluss mit ihrem Wertansatz aus der Bilanz der jeweiligen Muttergesellschaft fortgeführt.

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO

BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH

VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH

d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts

Bau- und Wohnungsgenossenschaft „Werkbundsiedlung Am Ruhrufer“ e.G.

Die assoziierten Unternehmen werden entsprechend der §§ 311 und 312 HGB nach der Equity-Konsolidierung in den Gesamtabschluss einbezogen. Hierbei handelt es sich um Unternehmen, die unter maßgeblichem Einfluss der Gemeinde stehen. Bei der Stadt Oberhausen erfolgt die Equity-Konsolidierung nach der Buchwertmethode. Hierbei wird der Buchwert des anteiligen Eigenkapitals an dem assoziierten Unternehmen im Gesamtabschluss ausgewiesen. Dieser wird dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens gegenübergestellt. Auch hier wird ein eventuell entstehender aktiver oder passiver Unterschiedsbetrag gesondert ausgewiesen. In den Folgejahren erfolgt ein um die anteiligen Jahresergebnisse fortgeschriebener Beteiligungsansatz. Nach der Equity-Methode werden in den Gesamtabschluss folgende Unternehmen einbezogen:

assoziierte Unternehmen	Beteiligungsanteil
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH Buschhausener Straße 149 46049 Oberhausen	51%
FSO GmbH & Co. KG Danziger Straße 31 46045 Oberhausen	50%

assoziierte Unternehmen	Beteiligungsanteil
FSO Verwaltungs-GmbH Danziger Straße 31 46045 Oberhausen	50%
evo Energieversorgung Oberhausen AG Danziger Straße 31 46045 Oberhausen	10%

Hinsichtlich der Beteiligung an der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH liegt keine einheitliche Leitung sowie keine Mehrheit der Stimmrechte vor, so dass die Voraussetzungen des § 50 Abs. 2 GemHVO NRW nicht gegeben sind. Sie wird im Rahmen einer Equity-Konsolidierung in den Gesamtabschluss einbezogen.

Die evo Energieversorgung Oberhausen AG wurde in die Equity-Konsolidierung einbezogen obwohl lediglich eine Beteiligung in Höhe von 10 % vorliegt. Voraussetzung für die Einbeziehung eines assoziierten Unternehmens in die Equity-Bewertung ist, dass auf die Geschäfts- und Firmenpolitik ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird. Ein solcher Einfluss wird (widerlegbar) vermutet, wenn ein in den Vollkonsolidierungskreis einbezogenes Unternehmen eine Beteiligung i.S.d. § 271 Abs. 1 HGB hält. Gleichwohl kann auf ein Unternehmen auch ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden, wenn die Beteiligungsquote unter 20 % liegt. In diesem Fall wäre nachzuweisen, dass ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird (vgl. Beck 7. Auflage; Rn. 16 zu § 311 HGB). Kriterien für die Ausübung eines maßgeblichen Einflusses sind u.a. die Einflussnahme auf (vgl. ADS Rn. 20 zu § 311 HGB) Marketingstrategien, Produktstrategien, Investitionsstrategien, Finanzierungsstrategien sowie die Besetzung von Führungspositionen.

Folgende Aspekte begründen aus hiesiger Sicht das Vorliegen eines maßgeblichen Einflusses der Stadt Oberhausen auf die evo Energieversorgung Oberhausen AG:

• Der aus 15 Mitgliedern bestehende Aufsichtsrat der evo Energieversorgung Oberhausen AG wird zu jeweils einem Drittel von RWE AG, Arbeitnehmervertretern und den Stadtwerken Oberhausen besetzt, wobei die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH ihre Mitglieder aus dem Rat der Stadt (einschließlich dem Oberbürgermeister) benennt.

• Die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH weisen in ihrem handelsrechtlichen Konzernabschluss die evo Energieversorgung Oberhausen AG als assoziiertes Unternehmen aus.

Sonstige Beteiligungen werden im Gesamtabschluss mit ihrem Wertansatz aus der Bilanz der jeweiligen Muttergesellschaft fortgeführt. Im Einzelnen sind dieses:

Freizeitgesellschaft Metropole Rhein Ruhr mbH

VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH

Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)

Gesamtübersicht der Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2018

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
ASO Service GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	direkt	83,2493
	Gesamtquote W	83,2493
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG	direkt	0,0502
	Gesamtquote W	0,0502
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	direkt	12,6000
	Gesamtquote W	12,6000
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	durchgerechnet	50,0735
	Gesamtquote W	50,0735
Biostrom Oberhausen Management GmbH	durchgerechnet	50,0735
	Gesamtquote W	50,0735
Castra Grundstückverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote W	0,4000
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	direkt	5,5556
	Gesamtquote W	5,5556
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	direkt	0,0814
	Gesamtquote W	0,0814
ecce - european centre for creative economy GmbH	durchgerechnet	10,0000
	Gesamtquote W	10,0000
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	durchgerechnet	1,3960
	Gesamtquote W	1,3960
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	direkt	53,8404
	durchgerechnet	31,7586
	Gesamtquote W	85,5990
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,2772
	Gesamtquote W	0,2772
evo Energieversorgung Oberhausen AG	durchgerechnet	50,0735
	Gesamtquote W	50,0735
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	11,0600
	Gesamtquote W	11,0600

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	durchgerechnet	0,7811
	Gesamtquote W	0,7811
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	direkt	4,0541
	Gesamtquote W	4,0541
FSO GmbH & Co.KG	durchgerechnet	50,0735
	Gesamtquote W	50,0735
FSO Verwaltungs-GmbH	durchgerechnet	50,0735
	Gesamtquote W	50,0735
Gasometer Oberhausen GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	durchgerechnet	0,0001
	Gesamtquote W	0,0001
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	durchgerechnet	3,4834
	Gesamtquote W	3,4834
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	durchgerechnet	6,2592
	Gesamtquote W	6,2592
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
GMVA GmbH & Co. KG	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
GMVA Verwaltungs-GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
innogy SE	durchgerechnet	0,1470
	Gesamtquote W	0,1470
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	durchgerechnet	0,0006
	Gesamtquote W	0,0006
Jobcenter Oberhausen	direkt	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	durchgerechnet	3,0044
	Gesamtquote W	3,0044
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	3,0044
	Gesamtquote W	3,0044
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	durchgerechnet	50,0735
	Gesamtquote W	50,0735

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	durchgerechnet	80,0294
	Gesamtquote W	80,0294
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	durchgerechnet	80,0294
	Gesamtquote W	80,0294
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien	durchgerechnet	0,0050
	Gesamtquote W	0,0050
Quantum GmbH	durchgerechnet	5,6262
	Gesamtquote W	5,6262
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	durchgerechnet	1,3841
	Gesamtquote W	1,3841
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	durchgerechnet	1,7767
	Gesamtquote W	1,7767
RW Beteiligungs GmbH	durchgerechnet	4,8675
	Gesamtquote W	4,8675
RWE Aktiengesellschaft	durchgerechnet	0,1914
	Gesamtquote W	0,1914
RW Holding Aktiengesellschaft i.L.	durchgerechnet	1,1582
	Gesamtquote W	1,1582
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	direkt	0,0039
	Gesamtquote W	0,0039
S Bargeldlogistik GmbH	durchgerechnet	30,0000
	Gesamtquote W	30,0000
S-Direkt-Verwaltungs GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,6980
	Gesamtquote W	0,6980
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH	durchgerechnet	0,0019
	Gesamtquote W	0,0019
S-Immobilien Oberhausen GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	6,6296
	Gesamtquote W	6,6296
S-International Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	10,4000
	Gesamtquote W	10,4000
S-Logistik Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	49,0000
	Gesamtquote W	49,0000

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	durchgerechnet	2,1810
	Gesamtquote W	2,1810
Sparkassen Vermietungs- und Immobilienvermittlungs GmbH Oberhausen	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote W	51,0000
Stadtsparkasse Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
STEAG Fernwärme GmbH	durchgerechnet	3,0044
	Gesamtquote W	3,0044
STEAG GmbH	durchgerechnet	3,0044
	Gesamtquote W	3,0044
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
strasserauf GmbH i.L.	durchgerechnet	15,0221
	Gesamtquote W	15,0221
Theater Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	direkt	0,6280
	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote W	1,0280
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Wasserverbund Niederrhein GmbH	durchgerechnet	0,0010
	Gesamtquote W	0,0010
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote W	51,0000
WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	durchgerechnet	0,0000
	Gesamtquote W	0,0000

Grundlagen: Beteiligungsquote direkt = Unmittelbare Beteiligung der Stadt
Beteiligungsquote durchgerechnet = Mittelbare Beteiligung der Stadt
Gesamtquote = Summe aus mittelbarer und unmittelbarer Beteiligung

Entsprechende Detailinformationen sind dem beiliegenden Beteiligungsbericht zu entnehmen.

3.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Sowohl für die Erstellung des Einzelabschlusses als auch für die Erstellung des Gesamtabschlusses der Stadt Oberhausen gelten die Regelungen der Gemeindeordnung NRW (GO NRW), der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) sowie des Handelsgesetzbuches (HGB). Für die Tochtergesellschaften fanden bei der Erstellung der Einzelabschlüsse lediglich die Regelungen des Handelsgesetzbuches Anwendung. Sofern sich hieraus unterschiedliche Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede ergaben, wurden diese auf ihre Wesentlichkeit für den Gesamtabschluss hin untersucht. Notwendige Anpassungen von Einzelabschlüssen der Tochtergesellschaften an die Regelungen der Gemeindeordnung bzw. Gemeindehaushaltsverordnung wurden bei der Überleitung in die Kommunalbilanz II durchgeführt. Gemäß den vom Innenministerium NRW herausgegebenen Praxisempfehlungen zu Vereinfachungsregelungen im Gesamtabschluss, wurden aufgrund der untergeordneten Bedeutung Abweichungen die sich durch Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) in den Einzelabschlüssen von Tochtergesellschaften ergaben, nicht angepasst. Dieses betrifft u.a. latente Steuern sowie die Bewertung von Rückstellungen.

Die Zugänge des Anlagevermögens wurden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Gegenstände des Anlagevermögens werden entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Grundlage für die jeweilige Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände der Stadt Oberhausen sind die Vorgaben der NKF-Abschreibungstabelle. In Anlehnung an die NKF-Rahmentabelle wurde eine örtliche Abschreibungstabelle für Oberhausen erstellt. Die Vermögensgegenstände der Tochtergesellschaften wurden entsprechend der amtlichen Afa-Tabellen unter Berücksichtigung der betriebsspezifischen Nutzungsdauern abgeschrieben. Anpassungen für den Gesamtabschluss waren mangels Wesentlichkeit nicht erforderlich.

Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens der Stadt Oberhausen wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Für abweichende GWG-Regelungen nach HGB bei den Tochtergesellschaften (Poolbildung) wurden keine Anpassungen vorgenommen.

Sofern bilanzierte Vermögensgegenstände mit Hilfe von Zuwendungen finanziert worden sind, wurden aus dem Einzelabschluss der Stadt Oberhausen entsprechende Sonderposten übernommen. Lediglich für den Einzelabschluss der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH wurde eine Anpassung der Daten des Einzelabschlusses durchgeführt, indem die Meldedaten im Bereich des Anlagevermögens um erhaltene Zuwendungen erhöht wurden und ebenfalls auf der Passivseite korrespondierende Sonderposten gebildet wurden. Die Auflösung der Sonderposten erfolgte analog zu dem jährlichen Werteverzehr des betreffenden Vermögensgegenstandes.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nominalwert bilanziert. Risiken im Forderungsbestand wurden durch Wertberichtigungen abgedeckt. Der Wertansatz der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Rückzahlungsbetrag.

Konkret zuzuordnende Ausfallrisiken für Forderungen wurden durch Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Auf den restlichen Forderungsbestand wurden statistisch Pauschalwertberichtigungen aufgrund von Erfahrungswerten für Forderungsausfälle vorgenommen.

Für die zum Bilanzstichtag erkennbaren Verpflichtungen und Risiken wurden Rückstellungen gebildet. Vorhandene Rückstellungen wurden aufgelöst sofern der Rückstellungsgrund entfallen war, bzw. mit einer Inanspruchnahme nicht mehr zu rechnen ist.

Die Gliederung der Gesamtbilanz erfolgt entsprechend § 49 Abs. 3 GemHVO NRW. Die Meldedaten aus den Einzelabschlüssen der Tochterunternehmen, deren Bilanzgliederung nach § 266 HGB erfolgt, wurden auf die Positionen entsprechend der vorgeschriebenen Gliederung der kommunalen Bilanz übergeleitet.

3.3 Erläuterungen zur Bilanz

3.3.1 Aktiva

3.3.1.1 Anlagevermögen

Die Zusammensetzung des Anlagevermögens ist aus dem beigefügten Gesamtanlagenspiegel ersichtlich. Das Konzernanlagevermögen befindet sich zu rd. 86 % (Vorjahr 85 %) im Kernhaushalt der Stadt Oberhausen. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem städtischen Infrastrukturvermögen sowie dem Bestand an Grundstücken und Gebäuden.

Gesamtanlagespiegel der Stadt Oberhausen zum 31.12.2018

	Anschaffungkosten					Abschreibungen						Buchwerte	
	AHK Stand 01.01.2018	AHK Zugänge	AHK Umb.	AHK Abgänge	AHK Stand 31.12.2018	AfA Stand 01.01.2018	AfA Zugänge	AfA Abgänge	AfA Umb.	Zuschreib.	AfA Stand 31.12.2018	Buchwert 31.12.2018	Buchwert 31.12.2017
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	**19.415.291,31**	**304.775,05**			**19.720.066,36**	**-14.227.158,16**	**-913.927,67**				**-15.141.085,83**	**4.578.980,53**	**5.188.133,15**
II. Sachanlagen	**2.360.456.621,30**	**67.449.927,81**		**-18.455.050,98**	**2.409.451.498,13**	**-727.638.646,29**	**-60.789.136,58**	**13.938.095,19**			**-774.489.687,68**	**1.634.961.810,45**	**1.632.817.975,01**
1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	**193.574.486,81**	**413.777,73**	**190.441,13**	**-719.031,24**	**193.459.674,43**	**-12.159.461,96**	**-1.269.494,38**	**90.657,84**			**-13.338.298,50**	**180.121.375,93**	**181.415.024,85**
1.1. Grünflächen	126.369.761,17	332.677,73	190.441,13	-410.318,43	126.482.561,60	-12.159.461,96	-1.269.494,38	90.657,84			-13.338.298,50	113.144.263,10	114.210.299,21
1.2. Ackerland	2.420.281,45				2.420.281,45							2.420.281,45	2.420.281,45
1.3. Wald, Forsten	4.847.212,85				4.847.212,85							4.847.212,85	4.847.212,85
1.4. Sonstige unbebaute Grundstücke	59.937.231,34	81.100,00		-308.712,81	59.709.618,53							59.709.618,53	59.937.231,34
2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	**669.150.114,16**	**1.965.207,87**	**4.525.472,77**	**-4.485.246,10**	**671.155.548,70**	**-193.667.313,30**	**-18.142.509,72**	**1.353.576,69**	**-258.674,04**		**-210.714.920,37**	**460.440.628,33**	**475.482.800,86**
2.1. Kinder- und Jugendeinrichtungen	24.790.235,44	55.873,79	562.207,49		25.408.316,72	-4.007.380,53	-477.881,28				-4.485.261,81	20.923.054,91	20.782.854,91
2.2. Schulen	299.965.113,56	552.831,89	286.731,67	-3.292.107,89	297.512.569,23	-79.403.133,00	-7.379.721,56	944.351,36			-85.838.503,20	211.674.066,03	220.561.980,56
2.3. Wohnbauten	41.716.662,41	529,55			41.717.191,96	-7.370.126,67	-893.545,55				-8.263.672,22	33.453.519,74	34.346.535,74
2.4. Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	302.678.102,75	1.355.972,64	3.676.533,61	-1.193.138,21	306.517.470,79	-102.886.673,10	-9.391.361,33	409.225,33	-258.674,04		-112.127.483,14	194.389.987,65	199.791.429,65
3. Infrastrukturvermögen	**1.273.580.507,61**	**1.639.342,04**	**12.244.436,94**	**-1.112.748,43**	**1.286.351.538,16**	**-409.396.473,01**	**-31.970.947,81**	**829.158,27**			**-440.538.262,55**	**845.813.275,61**	**864.184.034,60**
3.1. Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	165.180.817,29	86.134,14	5.643,34	-21.670,94	165.250.923,83	-22.510,65					-22.510,65	165.228.413,18	165.158.306,64
3.2. Brücken und Tunnel	58.048.642,47				58.048.642,47	-8.057.815,47	-834.744,00				-8.892.559,47	49.156.083,00	49.990.827,00
3.3. Gleisanlagen mit Streckenausrüst. u. Sicherheitsanl.	57.013.276,99	13.019,21		-18.764,41	57.007.531,79	-37.290.105,07	-1.969.071,49	18.764,41			-39.240.412,15	17.767.119,64	19.723.171,92
3.4. Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	401.386.872,40	222.682,00	11.193.938,00	-164.514,00	412.638.978,40	-106.661.575,53	-10.286.624,00	117.293,00			-116.830.906,53	295.808.071,87	294.725.296,87
3.5. Straßennetz m. Wegen, Plätzen u. Verkehrslenkungsanl	487.828.388,65	1.317.506,69	1.044.855,60	-907.799,08	489.282.951,86	-185.344.851,37	-15.476.095,91	693.100,86			-200.127.846,42	289.155.105,44	302.483.537,28
3.6. Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	104.122.509,81				104.122.509,81	-72.019.614,92	-3.404.412,41				-75.424.027,33	28.698.482,48	32.102.894,89
4. Bauten auf fremden Grund und Boden	**3.329.767,55**		**-2.101.849,04**		**1.227.918,51**	**-458.625,55**	**-33.830,00**		**258.674,04**		**-233.781,51**	**994.137,00**	**2.871.142,00**
5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	**7.961.004,66**	**32.000,66**		**-35.000,00**	**7.958.005,32**	**-369.592,78**	**-45.968,00**				**-415.560,78**	**7.542.444,54**	**7.591.411,88**
6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	**89.949.078,49**	**7.909.577,69**	**1.547.441,93**	**-10.381.696,77**	**89.024.401,34**	**-62.390.146,90**	**-6.105.784,50**	**10.374.468,77**			**-58.121.462,63**	**30.902.938,71**	**27.558.931,59**
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	**64.308.277,47**	**2.725.007,54**	**63.909,12**	**-1.721.328,44**	**65.375.865,69**	**-48.399.593,85**	**-3.220.602,17**	**1.290.233,62**			**-50.329.962,40**	**15.045.903,29**	**15.908.683,62**
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	**58.603.384,55**	**52.765.014,28**	**-16.469.852,85**		**94.898.545,98**	**-797.438,94**					**-797.438,94**	**94.101.107,04**	**57.805.945,61**
III. Finanzanlagen	**202.492.948,47**	**757.189,43**		**-2.930.331,27**	**200.319.806,63**	**-128.893.145,30**	**-7.252.942,34**			**2.209.697,89**	**-133.936.389,75**	**66.383.416,88**	**73.599.803,17**
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	**4.767.154,98**	**750.000,00**			**5.517.154,98**	**-790.490,93**	**-750.000,00**				**-1.540.490,93**	**3.976.664,05**	**3.976.664,05**
2. Anteile an assoziierten Unternehmen	**79.889.732,33**				**79.889.732,33**	**-31.547.550,44**	**-6.502.942,34**			**2.209.697,89**	**-35.840.794,89**	**44.048.937,44**	**48.342.181,89**
3. Beteiligungen	**25.263.739,71**				**25.263.739,71**	**-23.439.521,90**					**-23.439.521,90**	**1.824.217,81**	**1.824.217,81**
4. Sondervermögen													
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	**91.647.729,15**			**-2.818.788,35**	**88.828.940,80**	**-73.115.582,03**					**-73.115.582,03**	**15.713.358,77**	**18.532.147,12**
6. Ausleihungen	**924.592,30**	**7.189,43**		**-111.542,92**	**820.238,81**							**820.238,81**	**924.592,30**
6.1. an verbundene Unternehmen													
6.2. an Beteiligungen													
6.3. an Sondervermögen													
6.4. Sonstige Ausleihungen	924.592,30	7.189,43		-111.542,92	820.238,81							820.238,81	924.592,30
Anlagevermögen insgesamt	**2.582.364.861,08**	**68.511.892,29**	**0,00**	**-21.385.382,25**	**2.629.491.371,12**	**-870.758.949,75**	**-68.956.006,59**	**13.938.095,19**	**0,00**	**2.209.697,89**	**-923.567.163,26**	**1.705.924.207,86**	**1.711.605.911,33**

Die Position Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler enthält einen ergebnisneutralen Zugang als Korrektur der Eröffnungsbilanz i. H. v. 2.200,00 EUR
Die Position Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Schulen enthält einen ergebnisneutralen Abgang gem. § 44 Abs. 3 GemHVO i. H. v. 53.663,64 EUR
Die Position Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Sonstigen Dienst- Geschäfts- und Betriebsgebäuden enthält ergebnisneutralen Abgang gem. § 44 Abs. 3 GemHVO i. H. v. 46.756,08 EUR
Die Position Anteile an verbundenen Unternehmen enthält einen ergebnisneutralen Abgang gem. § 44 Abs. 3 GemHVO i. H. v. 750.000,00 EUR

Immaterielle Vermögensgegenstände

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 4.579 TEUR (Vorjahr 5.188 TEUR) handelt es sich im Wesentlichen (4.108 TEUR) um Geschäfts- oder Firmenwerte, die durch die Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Weiterhin sind 471 TEUR bei den Tochterunternehmen bilanzierte EDV-Software und Lizenzen enthalten.

Sachanlagevermögen

Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die unbebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte in Höhe von 180.121 TEUR (Vorjahr 181.415 TEUR) betreffen überwiegend die städtischen Grün- und Parkanlagen, Friedhöfe, Ackerland, Kleingartenanlagen, Wald und Forsten sowie Grundstücke mit Erbbaurecht. Weiterhin sind in dieser Position aus der Neubewertung aufgedeckte stille Reserven in Höhe von 17.487 TEUR enthalten.

Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die bebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte in Höhe von 460.441 TEUR (Vorjahr 475.483 TEUR) betreffen sowohl den Wert des Grund und Bodens als auch die darauf befindlichen Gebäude. Hierzu zählen insbesondere Kindertageseinrichtungen, Schulen, Wohnbauten sowie Dienst- und Geschäftsgebäude. Der Gesamtwert betrifft zu 80 % das Vermögen der Kernverwaltung, zu 13 % das Vermögen der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, mit 5 % das Vermögen der Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen sowie zu 2 % das Vermögen der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH. Es handelt sich bei den Tochtergesellschaften im Wesentlichen um Dienst- oder Betriebsgebäude, ein Betrag von 11.372 TEUR aus der Aufdeckung von stillen Reserven ist darin enthalten.

Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen in Höhe von 845.813 TEUR (Vorjahr 864.184 TEUR) betrifft zu rund 96 % Anlagevermögen der Kernverwaltung. Die Zusammensetzung des Infrastrukturvermögens betrifft die städtischen Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen mit 295.808 TEUR, das Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen mit 289.155 TEUR, den Grund und Boden des Infrastrukturvermögens mit 165.228 TEUR und Brücken und Tunnel, Gleisanlagen sowie sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens mit 95.622 TEUR. Aus der Aufdeckung von stillen Reserven ist in der Position Gleisanlagen ein Betrag von 5.050 TEUR enthalten.

Der Bilanzwert des Infrastrukturvermögens hat sich im Wesentlichen dadurch vermindert, dass die Abschreibungen und Abgänge deutlich höher als die Zugänge und die Umbuchungen aus den Anlagen im Bau ausfielen.

Bauten auf fremdem Grund und Boden

Die Bauten auf fremdem Grund und Boden in Höhe von 994 TEUR (Vorjahr 2.871 TEUR) betreffen zu 100 % die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH.

Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Die Kunstgegenstände und Ausstellungsstücke wie Gemälde, Zeichnungen, Grafiken, Kunstgegenstände im öffentlichen Raum, Skulpturen und Plastiken sowie Brunnenanlagen in Höhe von 7.542 TEUR (Vorjahr 7.591 TEUR) betreffen komplett das Anlagevermögen der Kernverwaltung.

Maschinen und technische Anlagen

Die Maschinen und technischen Anlagen in Höhe von 30.903 TEUR (Vorjahr 27.559 TEUR) betreffen nur zu 35 % das Anlagevermögen der Kernverwaltung, da das von der Stadt Oberhausen genutzte bewegliche Anlagevermögen sich weitgehend im Eigentum der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH befindet. Diese stellt der Stadt Oberhausen die Vermögensgegenstände gegen ein Nutzungsentgelt zur Verfügung. Bei den im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Maschinen und technischen Anlagen handelt es sich im Wesentlichen um den Fuhrpark und die Maschinen- und Geräteausstattung der Feuerwehr. Die weiteren Bestände an Maschinen und technischen Anlagen betreffen die operativ tätigen Firmen STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH mit 57 % und die Bestände der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH mit 8 %.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Das Gesamtvermögen an Betriebs- und Geschäftsausstattung zum 31.12.2018 beläuft sich auf 15.046 TEUR (Vorjahr 15.909 TEUR). Hiervon entfallen 6.232 EUR auf Ausstattungsgegenstände der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH. Enthalten hierin ist die von der Stadt Oberhausen genutzte Betriebs- und Geschäftsausstattung, die sich im Eigentum der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH befindet und der Stadt Oberhausen unter Berechnung von Nutzungsentgelten zur Verfügung gestellt wird. Bei der im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 4.909 TEUR handelt es sich um Bücher- und Medienbestände der Bibliotheken, um das Mobiliar in öffentlichen Bibliotheken und Schulbibliotheken, um die städtischen Musikinstrumente, um den Bestand an Lernmitteln sowie um Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung der Feuerwehr und der Volkshochschule. Weiterhin handelt es sich in Höhe von 3.738 TEUR um Vermögensgegenstände der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH und in Höhe von 167 TEUR um Vermögensgegenstände der Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen.

Anlagen im Bau / Geleistete Anzahlungen auf Anlagen im Bau

Die Anlagen im Bau / Geleisteten Anzahlungen auf Anlagen im Bau in Höhe von 94.101 TEUR (Vorjahr 57.806 TEUR) betreffen zu 96 % Maßnahmen der Kernverwaltung, zu 2 % Maßnahmen der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, zu 1 % Maßnahmen der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH und zu 1 % Maßnahmen der Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen. Im Wesentlichen handelt es sich mit 47.996 TEUR um Baumaßnahmen von Gebäuden und sonstigen Einrichtungen,

mit 22.297 TEUR um Straßenbaumaßnahmen und Infrastrukturvermögen sowie mit 20.603 TEUR um Kanalbaumaßnahmen.

Finanzanlagen

Die Finanzanlagen in Höhe von 66.383 TEUR (Vorjahr 73.600 TEUR) werden zu 90 % bei der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH gehalten, der Kernhaushalt bilanziert lediglich 10 % der gesamten Finanzanlagen. Die Finanzanlagen setzten sich zusammen aus:

Anteile an verbundenen Unternehmen

Unter dieser Rubrik werden Anteile an Gesellschaften mit Mehrheitlicher Beteiligung oder beherrschendem Einfluss der Gemeinde ausgewiesen, die i.d.R. zum Vollkonsolidierungskreis gehören. Der Einbezug ist für diese Anteile nach § 116 Abs. 3 GO NRW unterblieben, da sie von untergeordneter Bedeutung sind. Die Anteile von 3.977 TEUR (Vorjahr 3.977 TEUR) werden zu 100 % im Kernhaushalt gehalten.

Anteile an assoziierten Unternehmen

Bei den assoziierten Unternehmen handelt es sich um die in § 50 Abs. 3 GemHVO NRW genannten Betriebe unter maßgeblichem Einfluss der Gemeinde, an denen die Gemeinde eine Beteiligung im Sinne von § 281 Abs. 1 HGB hält. Die Anteile in Höhe von 44.049 TEUR (Vorjahr 48.342 TEUR) werden zu 100 % von der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH gehalten. Darin enthalten ist ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 25.584 TEUR aus der Gegenüberstellung zwischen dem Buchwert und dem anteiligen Eigenkapital der Equity-Einheiten. Dieser Wert wird als Geschäfts- oder Firmenwert planmäßig über insgesamt 15 Jahre abgeschrieben.

Beteiligungen

Beteiligungen sind Anteile an verselbstständigten Aufgabenbereichen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu diesen verselbstständigten Aufgabenbereichen zu dienen. Beteiligungen in Höhe von 1.824 TEUR (Vorjahr 1.824 TEUR) werden überwiegend bei dem Kernhaushalt (98 %) gehalten.

Sondervermögen

Die Anteile an Sondervermögen sind im Rahmen der Kapitalkonsolidierung vollständig eliminiert worden.

Wertpapiere des Anlagevermögens

Die im Gesamtabschluss ausgewiesenen Wertpapiere in Höhe von 15.713 TEUR (Vorjahr 18.532 TEUR) werden zu 100 % bei der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH gehalten und betreffen überwiegend Aktien der RWE AG.

Sonstige Ausleihungen

Sonstige Ausleihungen in Höhe von 820 TEUR (Vorjahr 925 TEUR) sind im Wesentlichen beim Kernhaushalt bilanziert und betreffen kleinere Darlehen.

3.3.1.2 Umlaufvermögen

Vorräte

Die Vorräte in Höhe von 52.823 TEUR (Vorjahr 23.373 TEUR) betreffen zu 82 % Vermögen der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, mit 17 % Vermögen der Kernverwaltung sowie mit 1 % Vermögen der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH. Im Einzelnen handelt es sich bei den Werten um unfertige noch nicht abgerechnete Bauleistungen (38.353 TEUR), um zur Veräußerung vorgesehene Grundstücke (6.533 TEUR), um geleistete Anzahlungen für noch nicht abgerechnete Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen (3.552 TEUR), um nicht abgerechnete Mietnebenkosten (1.898 TEUR), um geleistete Anzahlungen für Maßnahmen zur Gebäudeunterhaltung (1.772 TEUR) sowie um Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (715 TEUR).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Gesamtbetrag der offenen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 77.214 TEUR (Vorjahr 70.474 TEUR) stammt zu 78 % aus Forderungen der Kernverwaltung, zu 17 % aus Forderungen der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, zu 4 % aus Forderungen der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH und zu 1 % aus Forderungen des Theaters Oberhausen und der Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen.

Liquide Mittel

Im Gesamtabschluss zum 31.12.2018 waren liquide Mittel in Höhe von 21.892 TEUR (Vorjahr 14.134 TEUR) vorhanden. Sie betrafen im Wesentlichen mit 13.464 TEUR Guthaben der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, mit 5.801 TEUR Guthaben der Kernverwaltung und mit 1.703 TEUR Guthaben der Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen.

3.3.1.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 18.375 TEUR (Vorjahr 22.417 TEUR) betreffen zu 95 % die Kernverwaltung. Hierin enthalten sind im Wesentlichen in Höhe von 9.566 TEUR Zahlungen für Aufwendungen des Haushaltsjahres 2019, in Höhe von 4.008 TEUR geleistete Investitionskostenzuschüsse mit Gegenleistungsverpflichtung sowie in Höhe von 3.801 TEUR die Zahlung der Beamtenbezüge für den Januar 2019.

3.3.1.4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Die Ermittlung des Eigenkapitals erfolgt als rechnerische Größe aus der Differenz der bewerteten Aktivposten zu den bewerteten Passivposten. Da die Passivposten in der Bilanz die Aktivposten überstiegen, wurde der ermittelte Saldo in Höhe von 1.153.519 TEUR (Vorjahr 1.169.064 TEUR) auf der Aktivseite der Bilanz unter den Rechnungsabgrenzungsposten als „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgewiesen und es konnten dementsprechend keine Rücklagen gebildet werden.

Das negative Eigenkapital resultiert aus der Bilanz des Kernhaushaltes, da auch nach der Konsolidierung mit den anderen verselbständigten Aufgabenbereichen ein negativer Ausweis des Eigenkapitals verbleibt.

Ergebnisneutrale Korrekturen des „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages“ haben sich aus der Verrechnung von Aufwendungen/Erträgen gem. § 44 Abs. 3 GemHVO in Höhe von 253 TEUR ergeben. Diese setzen sich zusammen aus der ergebnisneutralen Abwertung von Finanzanlagen in Höhe von 750 TEUR, einer Korrektur der Eröffnungsbilanz sowie der ergebnisneutralen Verrechnung von Erträgen/Aufwendungen aus Anlageabgängen und der Auflösung zugehöriger Sonderposten in Höhe von 497 TEUR.

3.3.2 Passiva

3.3.2.1 Eigenkapital

Erläuterungen zum Eigenkapital siehe Punkt 3.1.4 „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“.

3.3.2.2 Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung.

Im Berichtsjahr war kein Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung mehr vorhanden. Bisher ausgewiesene Unterschiedsbeträge, die bei Tochtergesellschaften aus BilMoG-Effekten des Geschäftsjahres 2010 resultierten, wurden nach Abstimmung mit der Gemeindeprüfungsanstalt NRW mit bestehenden Geschäfts- oder Firmenwerten verrechnet.

3.3.2.3 Sonderposten

Der Gesamtbetrag der Sonderposten in Höhe von 451.565 TEUR (Vorjahr 445.505 TEUR) setzt sich zusammen aus:

Sonderposten für Zuwendungen

Sonderposten für Zuwendungen wurden für Geldleistungen von Dritten gebildet, die der Konzern Stadt Oberhausen für die Durchführung von Investitionen erhalten hat. Analog zur Abschreibung des Anlagevermögens werden die zugehörigen Sonderposten in Abhängigkeit von der Nutzungsdauer ertragswirksam aufgelöst. Die Sonderposten für Zuwendungen in Höhe von 386.243 TEUR (Vorjahr 383.791 TEUR) setzten sich zusammen aus 359.931 TEUR die an die Kernverwaltung geleistet wurden, aus 25.786 TEUR die an die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH geleistet wurden sowie aus 526 TEUR die die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH erhalten hat.

Sonderposten für Beiträge

Unter den Sonderposten für Beiträge in Höhe von 57.070 TEUR (Vorjahr 58.509 TEUR) werden die nach dem Kommunalabgabengesetz und Baugesetzbuch erhobenen Erschließungsbeiträge im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen sowie die erhobenen Kanalanschlussbeiträge ausgewiesen. Der Gesamtbetrag betrifft Beiträge die von der Kernverwaltung erhoben wurden.

Sonderposten für den Gebührenausgleich

Die Sonderposten für den Gebührenausgleich in Höhe von 2.796 TEUR (Vorjahr 2.740 TEUR) betreffen Kostenüberdeckungen innerhalb der Gebührenbereiche Straßenreinigung, Friedhöfe, Abfallbeseitigung sowie Märkte. Die Kommunen sind verpflichtet, diese Beträge in der Bilanz als Sonderposten auszuweisen. Gemäß § 6 Kommunalabgabengesetz sind diese Überschüsse in der Gebührenkalkulation der drei Folgejahre gebührenmindernd zu berücksichtigen. Analog dazu erfolgt eine Auflösung der gebildeten Sonderposten. Auch dieser Sonderposten im Gesamtabschluss wurde komplett durch die Kernverwaltung eingebracht.

Sonstige Sonderposten

Die sonstigen Sonderposten in Höhe von 5.457 TEUR (Vorjahr 465 TEUR) betreffen mit 5.010 TEUR die Kernverwaltung und mit 447 TEUR die Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

3.3.2.4 Rückstellungen

Pensionsrückstellungen

Die gebildete Pensionsrückstellung in Höhe von 447.512 TEUR (Vorjahr 431.989 TEUR) wurde für die Erfüllung künftiger, wahrscheinlicher Pensionszahlungen für die aktiven Beamten sowie für die Versorgungsempfänger gebildet und betrifft mit 98 % die Kernverwaltung. Die Berechnung erfolgte mit Hilfe zertifizierter Software unter Verwendung der Richttafeln von Heubeck bzw. in den Tochtergesellschaften anhand von Gutachten.

Rückstellung für Deponien und Altlasten

Die Rückstellung für Deponien und Altlasten in Höhe von 600 TEUR (Vorjahr 600 TEUR) betrifft ausschließlich die Stadt Oberhausen für notwendige zu erwartende Aufwendungen für die beiden ehemaligen Deponien auf der Bromberger Straße und in Vonderort.

Instandhaltungsrückstellungen

Instandhaltungsrückstellungen in Höhe von 7.503 TEUR (Vorjahr 4.406 TEUR) wurden in Höhe von 3.900 TEUR für notwendige Instandhaltungsarbeiten in öffentlichen Gebäuden im Rahmen der Trinkwasserversorgung sowie in Höhe von 3.000 TEUR für Instandhaltungsarbeiten am Theater Oberhausen gebildet. Weiterhin betreffen die gebildeten Rückstellungen mit 428 TEUR die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, mit 98 TEUR die Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen sowie mit 77 TEUR das Theater Oberhausen.

Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen in Höhe von 151 TEUR (Vorjahr 188 TEUR) betreffen Körperschaftssteuerverpflichtungen der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH.

Sonstige Rückstellungen

Der Gesamtbetrag der sonstigen Rückstellungen beträgt 67.814 TEUR (Vorjahr 53.061 TEUR) und betrifft mit rund 81 % den Kernhaushalt, mit 10 % die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH und mit 9 % die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH.

Die sonstigen Rückstellungen sind im Wesentlichen durch die Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Bewältigung der finanziellen Folgen im Zusammenhang mit der Anpassung der Verbrennungsentgelte der GMVA in Höhe von 12.722 TEUR und dem drohenden Schadenersatz bei fehlenden Kita-Plätzen in Höhe von 7.880 TEUR geprägt. Weitere Drohverlustrückstellungen bestehen bei der Stadt Oberhausen in Höhe von 181 TEUR.

In Höhe von 10.174 TEUR wurden Rückstellungen für übrige Personalkosten (noch nicht genommener Urlaub, Überhang Überstunden/Mehrarbeit, Beihilfeabrechnungen, Reisekosten etc.) gebildet.

Für Verpflichtungen aus Altersteilzeit wurden Rückstellungen in Höhe von 12.179 TEUR gebildet. Die Berechnung erfolgte durch versicherungsmathematische Gutachten. Der Anteil des Kernhaushaltes beträgt rund 77 %.

Die Risiken für mögliche Rückzahlungen von Fördermitteln und Zuwendungen wurden mit weiteren 1.622 TEUR abgebildet.

Für Abrechnungssachverhalte aus Kontrakten des öffentlichen Personennahverkehrs wurden Rückstellungen in Höhe von 745 TEUR gebildet.

Ferner wurden für fehlende Eingangsrechnungen, weitere Einzelrisiken und Verpflichtungen sonstige Rückstellungen in Höhe von 22.311 TEUR gebildet.

3.3.2.5 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gliedern sich nach Fristigkeiten gemäß dem beigefügten Verbindlichkeitenspiegel auf.

G e s a m t v e r b i n d l i c h k e i t e n s p i e g e l

	Gesamtbetrag am 31.12.2018 EUR	davon mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr EUR	1 - 5 Jahren EUR	mehr als 5 Jahren EUR	Gesamtbetrag am 31.12.2017 EUR
1. Anleihen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	**374.051.327,84**	**3.603.359,95**	**30.408.281,64**	**340.039.686,25**	**372.050.130,04**
2.1 vom öffentlichen Bereich	**5.761.670,74**	**298.331,07**	**282.028,22**	**5.181.311,45**	**6.105.738,82**
2.2 von Kreditinstituten	**368.289.657,10**	**3.305.028,88**	**30.126.253,42**	**334.858.374,80**	**365.944.391,22**
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	**1.582.500.000,00**	**367.152.070,00**	**545.000.000,00**	**670.347.930,00**	**1.617.500.000,00**
3.1 vom privaten Kreditmarkt	**1.582.500.000,00**	**367.152.070,00**	**545.000.000,00**	**670.347.930,00**	**1.617.500.000,00**
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich kommen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	**13.937.939,11**	**13.937.939,11**	**0,00**	**0,00**	**17.133.140,65**
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	**4.012.021,35**	**4.012.021,35**	**0,00**	**0,00**	**6.549.144,50**
7. Sonstige Verbindlichkeiten	**29.095.505,20**	**24.867.213,67**	**4.228.291,53**	**0,00**	**18.160.038,32**
8. Erhaltene Anzahlungen	**27.801.472,60**	**26.022.705,15**	**0,00**	**1.778.767,45**	**11.137.988,85**
Summe	**2.031.398.266,10**	**439.595.309,23**	**579.636.573,17**	**1.012.166.383,70**	**2.042.530.442,36**

Nachrichtliche Angaben:	TEUR
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Bürgschaften	45.485
Sicherheitsverpflichtung zu Forderungsabtretung GMVA	17.000

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen in Höhe von 374.051 TEUR (Vorjahr 372.050 TEUR) betreffen zu 80 % Verbindlichkeiten der Kernverwaltung, zu 13 % Verbindlichkeiten der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH sowie zu 7 % Verbindlichkeiten der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH.

Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung

Sofern die Gemeinde nicht über ausreichende liquide Mittel verfügt um ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, kann die Gemeinde Kredite zur Liquiditätssicherung aufnehmen. Der Bestand dieser Kreditaufnahmen zum 31.12.2018 in Höhe von 1.582.500 TEUR (Vorjahr 1.617.500 TEUR) betrifft komplett Geldaufnahmen der Kernverwaltung.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 13.938 TEUR (Vorjahr 17.133 TEUR) betreffen Rechnungen für den Leistungszeitraum 2018 die erst im Folgejahr bezahlt werden. Sie betreffen im Wesentlichen zu fast gleichen Teilen Verbindlichkeiten der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH.

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Die Verbindlichkeiten aus Transferleistungen in Höhe von 4.012 TEUR (Vorjahr 6.549 TEUR) betreffen komplett die Kernverwaltung.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 29.096 TEUR (Vorjahr 18.160 TEUR) betreffen zu 50 % Verbindlichkeiten der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, zu 48 % Verbindlichkeiten der Kernverwaltung sowie zu 2 % Verbindlichkeiten der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Zinsaufwendungen, die den Zeitraum bis zum 31.12.2018 betreffen und zum Bilanzstichtag noch nicht gezahlt waren, um Steuerverbindlichkeiten, um Verbindlichkeiten aus Leasingverträgen sowie um Verbindlichkeiten aus verwalteten Bankguthaben.

Erhaltene Anzahlungen

Die erhaltenen Anzahlungen in Höhe von 27.801 TEUR (Vorjahr 11.138 TEUR) betreffen in Höhe von 19.409 TEUR die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH und mit 8.392 TEUR die Kernverwaltung. Es handelt sich bei den erhaltenen Anzahlungen der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH im Wesentlichen Zahlungseingänge für unfertige Bauleistungen und bei der Kernverwaltung um Zuwendungen für Investitionen die erst in Folgejahren Verwendung finden (3.111 TEUR), um Ökologische Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (1.779 TEUR) und um Ablösebeträge für die Erstellung von Stellplätzen (431 TEUR).

3.3.2.6 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Passiven Rechnungsabgrenzungen zum 31.12.2018 in Höhe von 23.203 TEUR (Vorjahr 32.789 TEUR) betreffen in Höhe von 22.739 TEUR Rechnungsabgrenzungsposten der Kernverwaltung, in Höhe von 336 TEUR Rechnungsabgrenzungsposten der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH und in Höhe von 128 TEUR Rechnungsabgrenzungsposten der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH.

Sie beinhalten mit 10.677 TEUR Nutzungsentgelte von Grabstätten und mit 2.553 TEUR bereits vereinnahmte Grabpflegegebühren. Die Auflösung der Posten erfolgt zeitanteilig.

Für 4.008 TEUR sind erhaltene Investitionskostenzuschüsse passiviert, die an Dritte weitergeleitet wurden. Für die Gegenleistungsverpflichtung der Dritten wurde ein korrespondierender Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

2.673 TEUR der passiven RAP betreffen kreditorische Debitoren und mit 2.836 TEUR sind Zuwendungen an die Stadt Oberhausen bilanziert, deren Verwendung erst ab dem Haushaltsjahr 2019 erfolgt.

In Höhe von 336 TEUR sind Zahlungseingänge bei der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH und in Höhe von 128 TEUR Zahlungseingänge bei der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH erfolgt, die wirtschaftlich erst das Jahr 2019 bzw. Folgejahre betreffen.

3.4 Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Gesamtergebnisrechnung

3.4.1 Ordentliche Gesamterträge

Steuern und ähnliche Abgaben

Zu den Steuern und ähnlichen Abgaben zählen die Realsteuern des § 3 Abs. 2 AO (Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B) sowie die Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern (Einkommensteuer, Umsatzsteuer) und sonstige Gemeindesteuern wie z.B. Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer etc.. Ferner werden hier steuerähnliche Erträge, wie z.B. Fremdenverkehrsabgaben und Abgaben von Spielbanken, erfasst. Die Gesamteinnahmen hierzu in Höhe von 288.760 TEUR (Vorjahr 251.759 TEUR) wurden durch die Kernverwaltung erzielt.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Zuwendungen sind Zuweisungen und Zuschüsse, die dem Empfänger als Finanzhilfen zur Erfüllung seiner Aufgaben zufließen. Bei den Zuweisungen erhalten die Gemeinden Geldmittel von einem öffentlich-rechtlichen Aufgabenträger, wie beispielsweise Schlüsselzuweisungen und Bedarfszuweisungen vom Land während die Gemeinden bei den Zuschüssen Mittel vom unternehmerischen und übrigen Bereich für laufende Zwecke, wie z. B. Spenden, erhalten. Das Gesamtaufkommen an Zuwendungen in Höhe von 329.118 TEUR (Vorjahr 327.938 TEUR) betrifft zu 98 % die Kernverwaltung. Neben den genannten Erträgen ist in der Gesamtsumme ein Betrag in Höhe von 20.383 TEUR aus der ertragswirksamen Auflösung von Sonderposten aus passivierten Zuwendungen für Investitionen enthalten.

Sonstige Transfererträge

Die sonstigen Transfererträge betreffen Übertragungen von Finanzmitteln, denen keine konkrete Gegenleistung der Gemeinde gegenübersteht, soweit es sich nicht um Zuwendungen handelt. Hierunter fällt ebenso der Ersatz für Sozialhilfeleistungen wie Schuldendiensthilfen zur Erleichterung des Schuldendienstes für Kredite. Das Ertragsaufkommen aus Transferleistungen in Höhe von 9.317 TEUR (Vorjahr 6.200 TEUR) wurde zu 90 % durch die Kernverwaltung und zu 10 % durch das Theater Oberhausen erzielt.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte sind alle öffentlichen Abgaben, denen eine konkrete Leistung gegenübersteht, wie z. B. Genehmigungsgebühren, Passgebühren etc.. Weiterhin werden hier die Beiträge ausgewiesen, die dem Ersatz des Aufwands für die Herstellung, Anschaffung und Erweiterung öffentlicher Einrichtungen dienen. Die gesamten öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte in Höhe von 102.133 TEUR (Vorjahr 83.248 TEUR) entfallen auf die Kernverwaltung.

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Unter den privatrechtlichen Leistungsentgelten werden diejenigen Entgelte erfasst, für die konkrete Gegenleistungen der Gemeinde und deren Beteiligungsunternehmen des Vollkonsolidierungskreises erbracht werden, ohne dass es hierfür eine öffentlich-rechtliche Grundlage (Satzung) gibt. Dies betrifft beispielsweise Verkaufserlöse, Mieten, Pachten sowie Entgelte für die Teilnahme an Kursen oder Veranstaltungen der Kommune. Der Gesamtbetrag in Höhe von 43.661 TEUR (Vorjahr 47.830 TEUR) wurde in Höhe von 28.808 TEUR durch die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, in Höhe von 8.585 durch die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, in Höhe von 5.710 TEUR durch die Kernverwaltung und in Höhe von 558 TEUR durch das Theater Oberhausen erzielt.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Zu den Kostenerstattungen und Kostenumlagen gehören die Erträge, die die Gemeinde für Aufwendungen erhält, die sie für andere Stellen erbracht hat. Die Kommune handelt in diesen Fällen im Auftrag eines Dritten, der die entstandenen Aufwendungen vollständig oder anteilig erstattet. Beispielsweise liegen Kostenerstattungen vor, wenn auf die Kommune Aufgaben von überörtlichen Sozialhilfeträgern delegiert werden. Wenn die Aufwendungen der Gemeinde, die im Auftrag eines Dritten geleistet wurden, nicht exakt berechnet, sondern nur pauschal in Rechnung gestellt werden, handelt es sich um eine Kostenumlage. Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 80.076 TEUR (Vorjahr 85.551 TEUR) betreffen ausschließlich Einnahmen der Kernverwaltung.

Sonstige ordentliche Erträge

Die sonstigen ordentlichen Erträge stellen eine Auffangposition für alle Erträge der Gemeinde dar, die nicht anderen Ertragspositionen zuzuordnen sind. Hierunter fallen sowohl Konzessionsabgaben, Erträge aus Anlageverkäufen (bei Erlösen über dem Buchwert), Bußgelder, Säumniszuschläge als auch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen etc.. Die sonstigen ordentlichen Erträge in Höhe von 36.538 TEUR (Vorjahr 52.544 TEUR) entfallen im Wesentlichen mit 31.572 TEUR auf die Kernverwaltung, mit 2.301 TEUR auf die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, mit 2.059 TEUR auf die Altenein-

richtungen der Stadt Oberhausen und mit 606 TEUR auf die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH.

Aktivierte Eigenleistungen

Aktivierte Eigenleistungen stehen als Ertragsposition den Aufwendungen gegenüber, die zur Herstellung von Anlagevermögen eingesetzt wurden. Mit dem Ansatz aktivierter Eigenleistungen wird das Anlagevermögen erhöht. Die ertragswirksame Verbuchung der aktivierten Eigenleistung bewirkt, dass Erfolgsneutralität hergestellt wird. Herstellungskosten und Eigenleistungen weisen fallbezogen den gleichen Betrag auf. Die aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 20.460 TEUR (Vorjahr 11.244 TEUR) betreffen in Höhe von 20.443 TEUR die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH und in Höhe von 17 TEUR die Kernverwaltung.

Bestandsveränderungen

Bei den Bestandsveränderungen werden Erhöhungen bzw. Verminderungen des Bestands an fertigen oder unfertigen Erzeugnissen im Vergleich zum Vorjahr ausgewiesen. Die Bestandserhöhung in Höhe von 27.864 TEUR (Vorjahr 6.337 TEUR) betrifft in voller Höhe die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH.

3.4.2 Ordentliche Gesamtaufwendungen

Personalaufwendungen

Personalaufwendungen sind alle Aufwendungen, die unmittelbar mit der Beschäftigung von Beamten, Angestellten, Arbeitern und sonstigen Beschäftigten in der Verwaltung zusammenhängen. Die Personalaufwendungen werden brutto erfasst, d. h. inklusive Lohnnebenkosten, wie beispielsweise Sozialversicherungsbeiträgen. Die Zuführungen zu Personalrückstellungen, z. B. Pensionsrückstellungen, Rückstellungen für Urlaub und Altersteilzeit etc. werden ebenfalls hier erfasst. Die Personalaufwendungen des Jahres 2018 belaufen sich auf 213.775 TEUR (Vorjahr 207.077 TEUR). Sie betreffen mit 152.094 TEUR die Kernverwaltung, mit 30.280 TEUR die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, mit 23.971 TEUR die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH sowie mit 7.430 TEUR das Theater Oberhausen.

Versorgungsaufwendungen

Unter die Versorgungsaufwendungen fallen alle Aufwendungen für die aus dem Dienst ausgeschiedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Angehörige, sofern die Aufwendungen nicht bereits in Vorjahren durch die Bildung von Rückstellungen berücksichtigt wurden. Von den gesamten Versorgungsaufwendungen in Höhe von 25.951 TEUR (Vorjahr 15.206 TEUR) entfallen 25.749 TEUR auf die Kernverwaltung sowie 202 TEUR auf die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betreffen Aufwendungen, die mit dem gemeindlichen Verwaltungshandeln (Betriebszweck) bzw. Umsatz- oder Verwaltungserlösen wirtschaftlich zusammenhängen. Unter anderem werden hier die Aufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen sowie des sonstigen Sachanlagevermögens erfasst. Weiterhin fallen unter diese Position sonstige

Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen, wie beispielsweise der Erwerb von Waren und die Aufwendungen für Dienstleistungen. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 168.207 TEUR (Vorjahr 141.915 TEUR) betreffen mit 74.096 TEUR die Kernverwaltung, mit 73.374 TEUR die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, mit 19.750 TEUR die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, mit 836 TEUR das Theater Oberhausen und mit 151 TEUR die Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen.

Bilanzielle Abschreibungen

Der anteilige Ressourcenverbrauch, der durch die Nutzung des Anlagevermögens über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer entsteht, wird hier anteilig in Höhe der jeweiligen jährlichen Abschreibungsbeträge erfasst. Diese Beträge mindern den Wert des Anlagermögens ergebniswirksam. Die Gesamtabschreibungen in Höhe von 66.120 TEUR (Vorjahr 70.995 TEUR) erfolgten in Höhe von 44.721 TEUR auf Vermögensgegenstände der Kernverwaltung, in Höhe von 14.219 EUR auf Vermögensgegenstände der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, in Höhe von 6.375 TEUR auf Vermögensgegenstände der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH sowie in Höhe von 805 TEUR auf Vermögensgegenstände der Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen. Hierin enthalten sind Abschreibungen auf Umlaufvermögen in Höhe von 153 TEUR (Vorjahr 67 TEUR).

Transferaufwendungen

Als Transferleistung werden die Leistungen der Gemeinde an Dritte erfasst, ohne dass diesen eine konkrete Gegenleistung gegenübersteht. Es handelt sich um einseitige Geschäftsvorfälle, denen kein Leistungsaustausch zu Grunde liegt. Grundlage hierfür können Rechtsnormen, Ratsbeschlüsse oder Verwaltungsentscheidungen sein. Unter die Transferleistungen fallen insbesondere Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen, Sozialtransfers und allgemeine Umlagen. Die Aufwendungen für Sozialtransfers ergeben sich aus der Sozialgesetzgebung, insbesondere sind dies Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII, dem Jugendwohlfahrtsgesetz, dem Unterhaltssicherungsgesetz, dem Asylbewerberleistungsgesetz, dem Wohngeldgesetz etc.. Unter die Transferaufwendungen fallen auch die Gewerbesteuerumlage und die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit. Die Transferaufwendungen in Höhe von 291.135 TEUR (Vorjahr 274.809 TEUR) betreffen ausschließlich die Kernverwaltung.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind eine Sammelposition für die Aufwendungen, die nicht anderen Aufwandspositionen zuzuordnen sind. Hierunter fallen beispielsweise Kosten für Aus- und Fortbildung, Reisekosten, Versicherungsbeiträge, Telefonkosten sowie Beiträge an Berufsverbände. Der Gesamtbetrag der sonstigen ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 140.010 TEUR (Vorjahr 137.646) TEUR betrifft mit 108.914 TEUR die Kernverwaltung, mit 29.278 TEUR die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, mit 1.514 TEUR das Theater Oberhausen und mit 304 TEUR die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH. Im besonderen Fall der Konsolidierung mit einer Kommune ergibt sich aus der Umsatzsteuerrelevanz, dass Netto-Umsätze der umsatzsteuerpflichtigen Einheiten den bei umsatzsteuerfreien Einheiten brutto erfassten Aufwendungen gegenüberstehen, so dass nach durchgeführter Aufwandskonsolidierung zwangsläufig der bestehende Saldo als Aufwand verbleibt. Hierdurch wird der Vorteil des Vorsteuerabzugs, den die Tochterunternehmen bei bezogenen Waren und Leistungen erzielen, eliminiert. Diese Aufwendungen hätte die Kommune ansonsten direkt gegenüber Dritten. Im Ge-

samtbetrag der sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind solche Soll-Differenzen durch Umsatzsteuer aus der Aufwands-/Ertragseliminierung in Höhe von 18.054 TEUR enthalten.

3.4.3 Ordentliches Gesamtergebnis

Das ordentliche Gesamtergebnis stellt dar, welche Ertragskraft sich aus der laufenden Tätigkeit der Gemeinde und deren Beteiligungsunternehmen des Vollkonsolidierungskreises ergibt. Es wird aus dem Saldo der ordentlichen Gesamterträge und der ordentlichen Gesamtaufwendungen ermittelt. Für das Jahr 2018 ergibt sich hier eine Überdeckung in Höhe von 32.728 TEUR (Vorjahr 25.002 TEUR).

3.4.4 Finanzerträge

Zu den Finanzerträgen zählen für die Kommune Zinserträge, z. B. aus ausgegebenen Darlehen sowie Dividenden und andere Gewinnanteile von Beteiligungen, Ausleihungen und Wertpapieren des Anlagevermögens. Weiterhin werden hier die Zinserträge des Umlaufvermögens, wie Tagesgeld- bzw. Festgeldzinsen ausgewiesen. Die Finanzerträge in Höhe von 12.107 TEUR (Vorjahr 9.581 TEUR) wurden zu 90 % durch die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH erzielt.

3.4.5 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Die Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen betreffen sämtliche Zinsaufwendungen und Kreditbeschaffungskosten aus der Inanspruchnahme von Fremdkapital. Von den gesamten Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen in Höhe von 29.275 TEUR (Vorjahr 33.635 TEUR) betreffen 25.542 TEUR die Kernverwaltung, 2.190 TEUR die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH sowie 1.543 TEUR die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH.

3.4.6 Gesamtfinanzergebnis

Das Finanzergebnis ergibt sich aus dem Saldo zwischen den Finanzerträgen sowie den Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen. Es verdeutlicht, wie sehr das Fremdkapital durch Zinsaufwendungen das Jahresergebnis beeinflusst. Im Gesamtfinanzergebnis ergibt sich eine Unterdeckung in Höhe von 17.168 TEUR (Vorjahr 24.054 TEUR).

3.4.7 Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit

Das Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit wird aus dem Ergebnis des ordentlichen Gesamtergebnisses und dem Gesamtfinanzergebnis gebildet. Die beiden Einzelergebnisse summieren sich zu einem positiven Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 15.560 TEUR (Vorjahr 948 TEUR).

3.4.8 Außerordentliches Gesamtergebnis

Hierunter fallen Aufwendungen und Erträge, die außerhalb des ordentlichen Verwaltungsverlaufes anfallen, aber durch die Aufgabenerfüllung der Gemeinde verursacht wurden. Sie beruhen auf seltenen und ungewöhnlichen Vorgängen von wesentlicher Bedeutung. Die Abgrenzung von den ordentlichen Aufwendungen und Erträgen soll vermeiden, dass

ein falsches Bild von der Ertragslage der Kommune entsteht. Im Haushaltsjahr 2018 waren hierzu keine Vorgänge zu verzeichnen..

3.4.9 Gesamtjahresergebnis

Das positive Gesamtjahresergebnis in Höhe von 15.560 TEUR (Vorjahr 948 TEUR) ergibt sich aus der Hinzurechnung des außerordentlichen Gesamtergebnisses zum Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit.

3.5 Sonstige Gesamtanhangsangaben

3.5.1 Förderprogramm „Gute Schule 2020“

Im Anhang des Einzelabschlusses der Stadt Oberhausen 2018 werden zum Förderprogramm „Gute Schule 2020“ unter anderem folgende Ausführungen getroffen:

Das Land NRW hat das Förderprogramm „Gute Schule 2020“ zur langfristigen Finanzierung kommunaler Investitionen in die Sanierung, die Modernisierung, den Ausbau der kommunalen Infrastruktur und Maßnahmen zur Verbesserung der digitalen Infrastruktur und Ausstattung von Schulen beschlossen. Das Gesamtvolumen beträgt zwei Milliarden Euro und wird über die NRW Bank abgewickelt. Über 4 Jahre werden jeweils 500 Millionen Euro bereitgestellt.

Für die Verteilung der Mittel auf die Kommunen hat das Land Kreditkontingente gebildet, die sich nach den Schlüsselzuweisungen der Gemeindefinanzierungsgesetze der Jahre 2011 bis 2015 und der Schulpauschale des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2016 bestimmen. Nach dem beschlossenen Gesetz vom 14.12.2016 sieht das Kreditkontingent für die Stadt Oberhausen für die Haushaltsjahre 2017 bis 2020 jährlich 7.654.841,00 EUR vor.

Die Gesamtlaufzeit der Kredite beträgt 20 Jahre, wobei das erste Jahr tilgungsfrei bleibt. Das Land wird für die Kommunen alle Schuldendiensthilfen übernehmen und diese direkt an die NRW Bank zahlen. Dadurch sollen die Kommunen nicht zusätzlich finanziell belastet werden.

3.5.2 Haftungsverhältnisse

Zum 31.12.2018 bestanden bei der Kernverwaltung Bürgschaften in Höhe von 45.485 TEUR (Vorjahr 44.434 TEUR), davon 16.686 TEUR für Unternehmen des Vollkonsolidierungskreises. Weiterhin bestanden Sicherheitsverpflichtungen zu Forderungsabtretungen der GMVA in Höhe von rd. 17.000 TEUR (Vorjahr 25.501 TEUR).

3.5.3 Sonstige Verpflichtungen

Aus Miet-, Leasing-, Pacht-, Service- und Wartungsverträgen bestehen zum 31.12.2018 Verpflichtungen bei den Tochterunternehmen des Vollkonsolidierungskreises in Höhe von 6.629 TEUR (Vorjahr 6.820 TEUR) jährlich, davon 178 TEUR innerhalb des Vollkonsolidierungskreises.

3.5.4 Gesonderte Gesamtanhangsangaben

Besondere Umstände, die dazu führen, dass der Jahresabschluss nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Gesamtabschlusses zum 31.12.2018 befand sich der Einzelabschluss der Stadt Oberhausen für dieses Haushaltsjahr noch in der Prüfung durch die örtliche Rechnungsprüfung. Ergebnisse, die ggf. noch zu Veränderungen der Vermögens- und Schuldenpositionen sowie des „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages“ führen könnten, sind zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt. Für die Tochtergesellschaften des Vollkonsolidierungskreises liegen, entsprechend der Gesamtabschlussrichtlinie, geprüfte Überleitungsrechnungen vor, für die Meldedaten der Stadt Oberhausen liegt keine geprüfte Überleitungsrechnung vor.

Finanzanlagen

Im Anhang des Einzelabschlusses der Stadt Oberhausen 2018 werden zu den Finanzanlagen unter anderem folgende Ausführungen getroffen:

Zur weiteren Finanzierung der LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH) hat der Rat der Stadt Oberhausen im Haushaltsjahr 2017 eine Kapitalerhöhung in einer Gesamthöhe von 1.500 TEUR für die Jahre 2017 und 2018 (jeweils 750 TEUR) beschlossen. In den Jahren 2018 und 2018 erfolgte vereinbarungsgemäß jeweils eine Zahlung von 750 TEUR an die LAH. Unter Berücksichtigung der Ertragsaussichten bei der LAH hat die Stadt Oberhausen den durch die Kapitalerhöhung entstandenen Buchwert in den Jahren 2017 und 2018 in Höhe von jeweils 750 TEUR gemäß § 35 Abs. 5 S.1 GemHVO wertberichtigt. Die außerplanmäßige Abschreibung des Unternehmenswertes der LAH in Höhe von 750 TEUR hat den „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ um diesen v.g. Betrag erhöht. Das Jahresergebnis wurde jedoch nicht beeinflusst, da eine ergebnisneutrale Verrechnung der Abschreibungen auf das Finanzanlagevermögen gemäß § 43 Abs. 3 S.1 GemHVO erfolgte.

Zinssicherungsgeschäfte

Zur Sicherung von Zinskonditionen für aufgenommene Darlehen hat die Stadt Oberhausen für ein Darlehen ein SWAP-Geschäfte abgeschlossen, bei dem die Entwicklung des variablen Zinssatzes sich eliminiert. Das Grundgeschäft der Darlehensaufnahme und der zugehörige SWAP-Abschluss bilden eine Bewertungseinheit aus der kein bilanzierungspflichtiger Vorgang entsteht. Die Barwerte des Swap-Abschlusses zum 31.12.2018 ergeben einen negativen Wert in Höhe von -381 TEUR.

Beiträge aus Erschließungsmaßnahmen

Grundsätzlich sind die Forderungen für Beiträge aus fertig gestellten Erschließungsmaßnahmen mit der Entstehung des Anspruches zu bilanzieren. Sofern noch keine Erhebung erfolgt ist, sind die Beträge für diese Maßnahmen gem. § 44 Absatz 2 Nr. 6 Gemeindehaushaltsverordnung im Anhang nachrichtlich zu erwähnen. Aus dem Anhang des Kernhaushaltes wurde übernommen, dass die zum Bilanzstichtag 31.12.2018 noch nicht erhobenen abrechnungsfähigen Erschließungsmaßnahmen rd. 220 TEUR betrugen.

Kapitalflussrechnung (Cash-Flow-Rechnung)

Die Gesamtkapitalflussrechnung wurde unter Anwendung der indirekten Methode nach dem Top-down-Konzept für den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit aufgestellt.

Die Entwicklung des Finanzmittelfonds, welcher den Liquiden Mitteln aus der Bilanz entspricht, ist nachfolgend anhand der Kapitalflussrechnung nach dem DRS 2 Standard dargestellt:

Gesamtkapitalflussrechnung Stadt Oberhausen

		2018 EUR	2017 EUR
1.	Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit	15.559.973,72	948.041,15
2.	+/- Abschreibungen / Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	65.967.106,59	70.927.949,33
3.	+/- Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	33.335.872,30	-11.086.720,00
4.	+/- Zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge aus der Entwicklung von Sonderposten	-23.546.589,57	-24.956.588,65
5.	+/- Verlust / Gewinn aus dem Abgang von Anlagevermögen	-1.777.327,45	784.502,94
6.	+/- Abnahme / Zunahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sowie anderen Aktiva die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-32.147.605,50	-4.951.224,33
7.	+/- Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	12.280.640,86	15.685.416,54
8.	+/- Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten		
9.	+/- Sonstige zahlungsunwirksame Posten	4.213.503,18	-359.520,73
10.	**= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit**	**73.885.574,13**	**46.991.856,25**
11.	Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	2.777.371,11	2.410.125,27
12.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-67.418.798,19	-44.907.406,69
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens		
14.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-304.775,05	-128.656,88
15.	+ Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	2.930.331,27	85.157,51
16.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-757.189,43	-1.975.206,34
17.	+ Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten		
18.	- Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten		
19.	+ Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		
20.	- Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		
21.	+ Einzahlungen aus Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen sowie sonstigen Sonderposten	29.643.895,07	15.122.960,13
22.	**= Cashflow aus Investitionstätigkeit**	**-33.129.165,22**	**-29.393.027,00**
23.	+/- Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen/Eigenkapitalreduzierungen	0,00	0,00
24.	- Auszahlungen an Unternehmenseigener und Minderheitsgesellschafter		
25.	+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	898.125.699,14	1.275.456.759,30
26.	- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-931.124.501,34	-1.290.797.312,10
27.	**= Cashflow aus Finanzierungstätigkeit**	**-32.998.802,20**	**-15.340.552,80**
28.	**Zahlungswirksame Veränderung des Zahlungsmittelfonds**	**7.757.606,71**	**2.258.276,45**
29.	**+/- Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds**		
30.	**Finanzmittelfonds am Anfang der Periode**	**14.134.126,86**	**11.875.850,41**
31.	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**21.891.733,57**	**14.134.126,86**

Im Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit sind die wesentlichen Posten für die auf Erlöserzielung ausgerichteten Tätigkeiten des Unternehmens sowie sonstige Aktivitäten, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind, aufgeführt.

Die Position Zeile 9 Sonstige zahlungsunwirksame Posten in Höhe von 4.214 TEUR beinhaltet im Wesentlichen die Umgliederung von Anlagevermögen ins Umlaufvermögen aufgrund beabsichtigter Veräußerungen von Grundstücken.

Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen betreffen im Wesentlichen geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau, bebaute und unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Maschinen und technische Anlagen

4. Gesamtlagebericht

4.1 Allgemeine Angaben

Der vorliegende Gesamtabschluss ist gem. § 116 Abs. 1 GO NRW sowie gem. § 49 Abs. 2 GemHVO NRW um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der einem handelsrechtlichen Konzernlagebericht nachempfundene Gesamtlagebericht der Gemeinde soll dem Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger, des Rates und der Aufsichtsbehörde nachkommen und ein zusammenfassendes Bild über die Vermögens-, Schulden-, Aufwands-, Ertrags- und Finanzgesamtlage vermitteln. Zu diesem Zweck werden in diesem Gesamtlagebericht die wesentlichen Informationen zum „Konzern Stadt Oberhausen“ zusammengefasst. Darüber hinausgehende Detailinformationen können dem beigefügten Beteiligungsbericht sowie den Einzeljahresabschlüssen der beteiligten Einheiten entnommen werden.

4.2 Erläuterungen im Einzelnen

Die Untersuchung der einzelnen Gesamtabschlussbestandteile vermittelt zusammengefasst die gesamtwirtschaftliche Situation der Stadt Oberhausen, diese stellt sich wie folgt dar:

4.2.1 Vermögens- und Schuldenlage

Die Gesamtbilanzsumme beläuft sich zum 31.12.2018 auf 3.029.747 TEUR und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 18.678 TEUR (0,62 %) erhöht.

Das Gesamtanlagevermögen hat sich um 5.682 TEUR (- 0,33 %) auf 1.705.924 TEUR verringert. Dieses liegt daran, dass Neuinvestitionen nicht in ausreichendem Umfang getätigt werden konnten um den Werteverzehr der Ressourcen zu kompensieren. Die Finanzanlagen in Höhe von 66.383 TEUR (2017: 73.600 TEUR) haben sich um 7.217 TEUR verringert.

Im Bereich des Umlaufvermögens haben sich die Vorräte um 29.449 TEUR (125,99 %) auf 52.823 TEUR erhöht. Der Bestand an Liquiden Mitteln ist um 7.758 TEUR (54,89 %) auf 21.892 TEUR gestiegen. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben sich um 6.740 TEUR (9,56 %) auf 77.214 TEUR erhöht.

Die Verminderung der Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten um 4.042 TEUR (- 18,03 %) auf 18.375 TEUR setzt sich im Wesentlichen zusammen aus Verminderung der Zahlungen die das folgende Haushaltsjahr betreffen, aus der Reduzierung der Zahlungen der Beamtenbezüge für den Januar des Folgejahres sowie in aus der Reduzierung von Rechnungsabgrenzungsposten für geleistete Investitionskostenzuschüsse.

Die Erhöhung der Sonderposten von 445.505 TEUR auf 451.565 TEUR (1,36 %) ist darin begründet, dass die Zuführung zu den Sonderposten im Jahr 2018 über der jährlichen ertragswirksamen Auflösung liegt.

Die Erhöhung der Rückstellungen von 490.244 TEUR auf 523.580 TEUR (6,80 %) betrifft mit 15.523 TEUR die Erhöhung der Pensionsrückstellungen, mit 14.753 TEUR die Erhöhung der Sonstigen Rückstellungen, mit 3.097 TEUR die Erhöhung der Instandhaltungsrückstellungen sowie mit - 37 TEUR den Rückgang der Steuerrückstellungen.

Die Gesamtverbindlichkeiten haben sich gegenüber dem Vorjahr von 2.042.531 TEUR um 11.133 TEUR auf 2.031.398 TEUR verringert.

Die Verminderung der Passiven Rechnungsabgrenzungsposten um -9.585 TEUR (-29,23 %) auf 23.204 TEUR setzt sich im Wesentlichen zusammen aus einer Verringerung von Zuwendungen an die Stadt Oberhausen deren Verwendung erst ab dem Haushaltsjahr 2019 erfolgt in Höhe von -7.447 TEUR, einer Verringerung der kreditorischen Debitoren bei der Stadt Oberhausen in Höhe von -1.809 TEUR sowie einer Verringerung der erhaltenen Investitionskostenzuschüsse in Höhe von -187 TEUR.

Gesamtbilanz zum 31.12. in TEUR	IST 2018	IST 2017	Veränd.	in %
A K T I V A	**3.029.747**	**3.011.069**	**18.678**	**0,62**
1. Anlagevermögen	1.705.924	1.711.606	**-5.682**	**-0,33**
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	4.579	5.188	**-609**	**-11,74**
1.2 Sachanlagen	1.634.962	1.632.818	**2.144**	**0,13**
1.3 Finanzanlagen	66.383	73.600	**-7.217**	**-9,81**
2. Umlaufvermögen	151.929	107.982	**43.947**	**40,70**
2.1 Vorräte	52.823	23.374	**29.449**	**125,99**
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	77.214	70.474	**6.740**	**9,56**
2.3 Liquide Mittel	21.892	14.134	**7.758**	**54,89**
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	18.375	22.417	**-4.042**	**-18,03**
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.153.519	1.169.064	**-15.545**	**-1,33**
P A S S I V A	**3.029.747**	**3.011.069**	**18.678**	**0,62**
1 Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung				
2. Sonderposten	451.565	445.505	**6.060**	**1,36**
2.1 Sonderposten für Zuwendungen	386.242	383.792	**2.450**	**0,64**
2.2 Sonderposten für Beiträge	57.070	58.509	**-1.439**	**-2,46**
2.3 Sonderposten für den Gebührenausgleich	2.796	2.739	**57**	**2,08**
2.4 Sonstige Sonderposten	5.457	465	**4.992**	**1.073,55**
3. Rückstellungen	523.580	490.244	**33.336**	**6,80**
3.1 Pensionsrückstellungen	447.512	431.989	**15.523**	**3,59**
3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	600	600	**0**	**0,00**
3.3 Instandhaltungsrückstellungen	7.503	4.406	**3.097**	**70,29**
3.4 Steuerrückstellungen	151	188	**-37**	**-19,68**
3.5 Sonstige Rückstellungen	67.814	53.061	**14.753**	**27,80**
4. Verbindlichkeiten	2.031.398	2.042.531	**-11.133**	**-0,55**
4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	374.051	372.050	**2.001**	**0,54**
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.582.500	1.617.500	**-35.000**	**-2,16**
4.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13.938	17.133	**-3.195**	**-18,65**
4.4 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	4.012	6.549	**-2.537**	**-38,74**
4.5 Sonstige Verbindlichkeiten	29.096	18.161	**10.935**	**60,21**
4.6 Erhaltene Anzahlungen	27.801	11.138	**16.663**	**149,60**
5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	23.204	32.789	**-9.585**	**-29,23**

4.2.2 Ertrags- und Aufwandssituation

Das Gesamtjahresergebnis 2018 weist einen Überschuss von 15.560 TEUR aus. Dies ist gegenüber dem Gesamtjahresergebnis 2017 mit einem Überschuss in Höhe von 948 TEUR eine Verbesserung von 14.612 TEUR.

Die ordentlichen Gesamterträge von 937.927 TEUR (Vorjahr 872.651 TEUR) haben sich um 7,48 % erhöht. Wesentlichen Anteil daran haben die Zunahme der Steuern und ähnlichen Abgaben um 37.001 TEUR (14,70 %), die Zunahme der Bestandsveränderungen um 21.527 TEUR (339,70 %) bei der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, die Zunahme der Öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte um 18.885 TEUR (22,69 %) bei der Stadt Oberhausen und die Zunahme der Aktivierten Eigenleistungen bei der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH um 9.216 TEUR (81,96 %).

Die ordentlichen Gesamtaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 57.550 TEUR auf 905.199 TEUR (Vorjahr: 847.649 TEUR) gestiegen.

Hierzu haben im Wesentlichen die Erhöhung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 26.291 TEUR (18,53 %), der Transferaufwendungen um 16.326 TEUR (5,94 %), der Versorgungsaufwendungen um 10.745 TEUR (70,66 %) sowie die Erhöhung der Personalaufwendungen um 6.698 TEUR (3,23 %) beigetragen.

Lediglich die bilanziellen Abschreibungen sind innerhalb der ordentlichen Gesamtaufwendungen um 4.875 TEUR (-6,87 %) gesunken.

Die positive Veränderung des Gesamtfinanzergebnisses in Höhe von 6.886 TEUR (28,63 %) auf -17.168 TEUR (Vorjahr -24.054 TEUR) ergibt sich durch die Verringerung der Finanzaufwendungen in Höhe -4.360 TEUR und der Steigerung der Finanzerträge um 2.526 TEUR

Die positive Veränderung des Gesamtfinanzergebnisses in Höhe von 4.500 TEUR (- 15,76 %) auf -24.054 TEUR (Vorjahr -28.554 TEUR) ergibt sich durch die Verringerung der Finanzaufwendungen in Höhe 3.495 TEUR und der Steigerung der Finanzerträge um 1.005 TEUR.

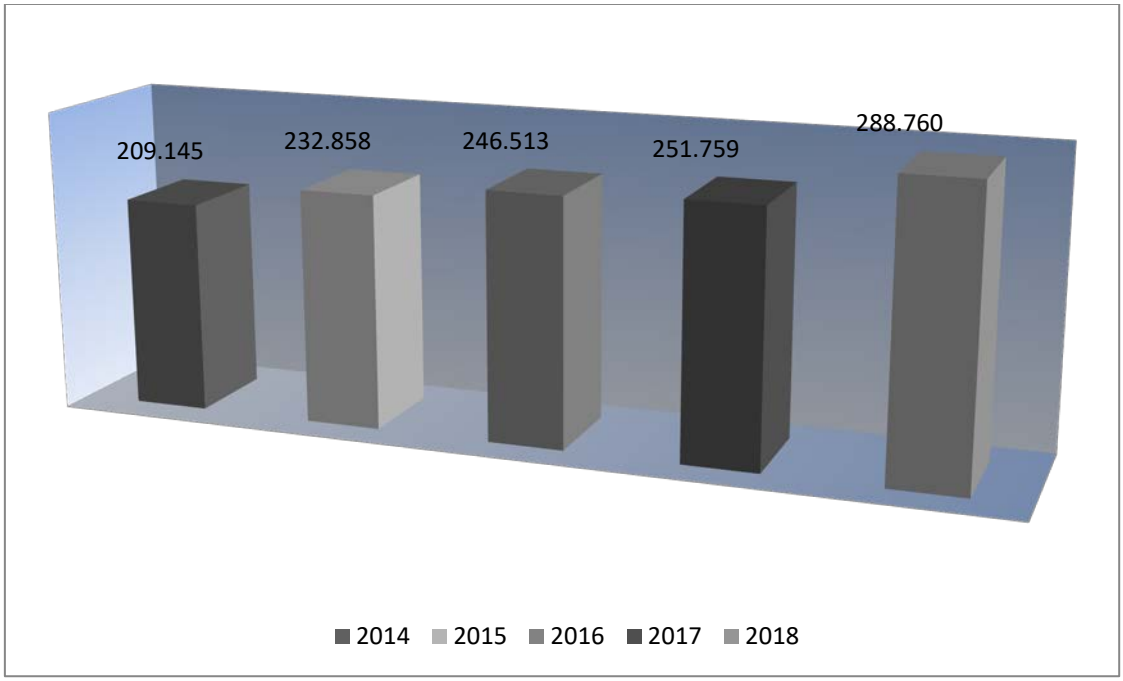
Gesamtergebnisrechnung der Stadt Oberhausen zum 31.12.2018

	31.12.2018	31.12.2017		
Gesamtergebnis	**TEUR**	**TEUR**	**Abw**	**in %**
01 Steuern und ähnliche Abgaben	288.760	251.759	37.001	14,70
02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	329.118	327.938	1.180	0,36
03 Sonstige Transfererträge	9.317	6.200	3.117	50,27
04 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	102.133	83.248	18.885	22,69
05 Privatrechtliche Leistungsentgelte	43.661	47.830	-4.169	-8,72
06 Kostenerstattung und Kostenumlagen	80.076	85.551	-5.475	-6,40
07 Sonstige ordentliche Erträge	36.538	52.544	-16.006	-30,46
08 Aktivierte Eigenleistungen	20.460	11.244	9.216	81,96
09 Bestandsveränderungen (-/+)	27.864	6.337	21.527	339,70
10 = Ordentliche Gesamterträge (01 bis 09)	**937.927**	**872.651**	**65.276**	**7,48**
11 Personalaufwendungen	213.775	207.077	6.698	3,23
12 Versorgungsaufwendungen	25.951	15.206	10.745	70,66
13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	168.207	141.916	26.291	18,53
14 Bilanzielle Abschreibungen	66.120	70.995	-4.875	-6,87
15 Transferaufwendungen	291.135	274.809	16.326	5,94
16 Sonstige ordentliche Aufwendungen	140.011	137.646	2.365	1,72
17 = Ordentliche Gesamtaufwendungen (11 bis 16)	**905.199**	**847.649**	**57.550**	**6,79**
18 = Ordentliches Gesamtergebnis (10+17)	**32.728**	**25.002**	**7.726**	**30,90**
19 Finanzerträge	12.107	9.581	2.526	26,36
20 Finanzaufwendungen	29.275	33.635	-4.360	-12,96
21 = Gesamtfinanzergebnis (19 + 20)	**-17.168**	**-24.054**	**6.886**	**-28,63**
22 = Gesamtergebnis der lfd. Geschäftstätigkeit (18 + 21)	**15.560**	**948**	**14.612**	**1.541,35**
23 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0	0,00
24 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0	0,00
25 = Außerordentliches Gesamtergebnis (23 + 24)	**0**	**0**	**0**	**0,00**
26 = Gesamtjahresergebnis (22 + 25)	**15.560**	**948**	**14.612**	**1.541,35**

Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit dem Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag (§ 44 Abs.3 GemHVO)

27 Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	596	49	547	1.116,33
28 Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	0	0	0	0,00
29 Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	101	131	-30	-22,90
30 Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	750	750	0	0,00
31 = Verrechnungssaldo (27 bis 30)	**-255**	**-832**	**577**	**-69,35**

Steuern und ähnliche Abgaben

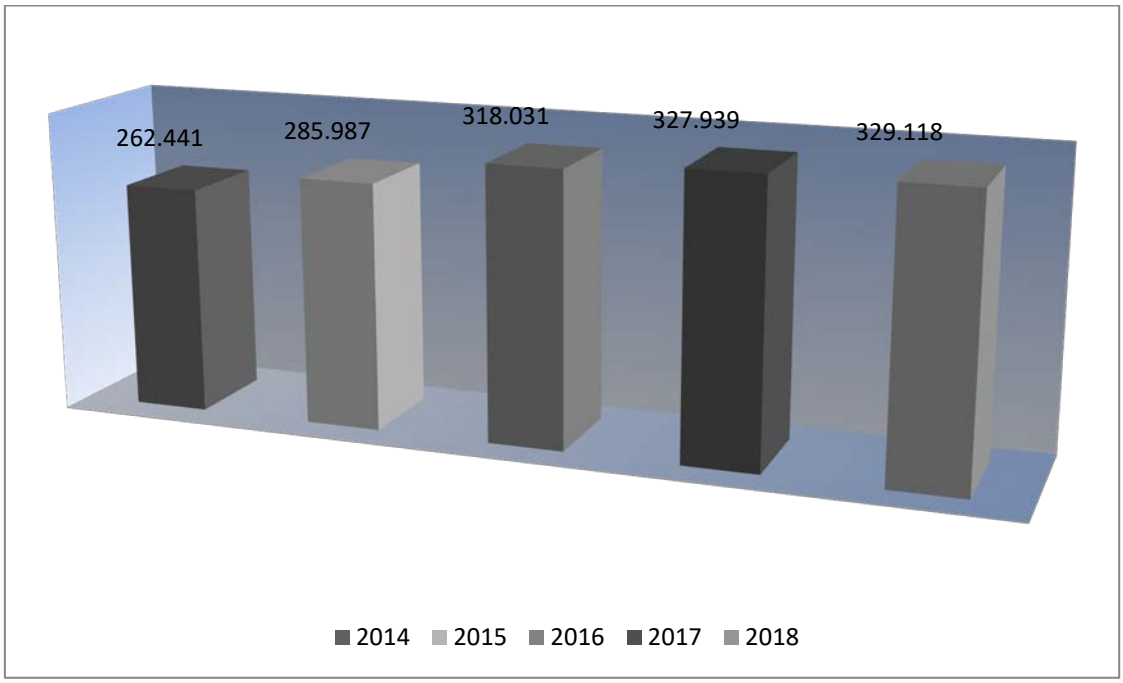


Jahresergebnis (in TEUR, 2014 - 2018)

Die Steuern und ähnlichen Abgaben sind gegenüber dem Vorjahreswert um 14,70 % (+ 37.001 TEUR) gestiegen.

Die Steigerung ist in der Kernverwaltung im Wesentlichen auf folgende Mehrerträge zurückzuführen: Gewerbesteuer (+28.646 TEUR), Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (+ 4.383 TEUR) sowie dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (+ 2.548 TEUR) und Mehrerträge bei der Grundsteuer B (+ 1.341 TEUR).

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

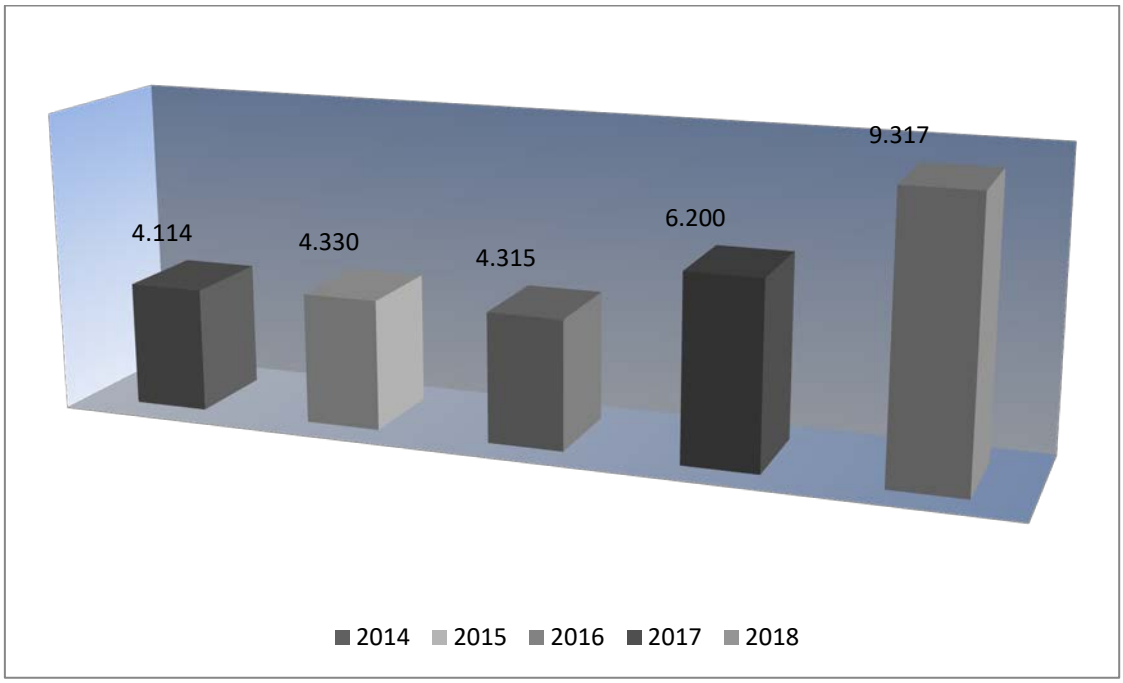


Jahresergebnis (in TEUR, 2014 - 2018)

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen sind im Vergleich zum Vorjahr um 1.180 TEUR oder 0,36 % gestiegen.

Die Steigerung ist im Wesentlichen durch Mehrerträge der Schlüsselzuweisung des Landes (+ 15.484 TEUR), Mehrerträge bei den Zuweisungen der Gemeinden / Gemeindeverbände (+ 4.231 TEUR, Zuschüsse von privaten Unternehmen (+1.500 TEUR) sowie Mindererträge bei den Zuweisungen des Landes (- 20.085 TEUR, hier insbesonders bei den allgemeinen Zuweisungen – 13.379 TEUR) zurückzuführen.

Sonstige Transfererträge



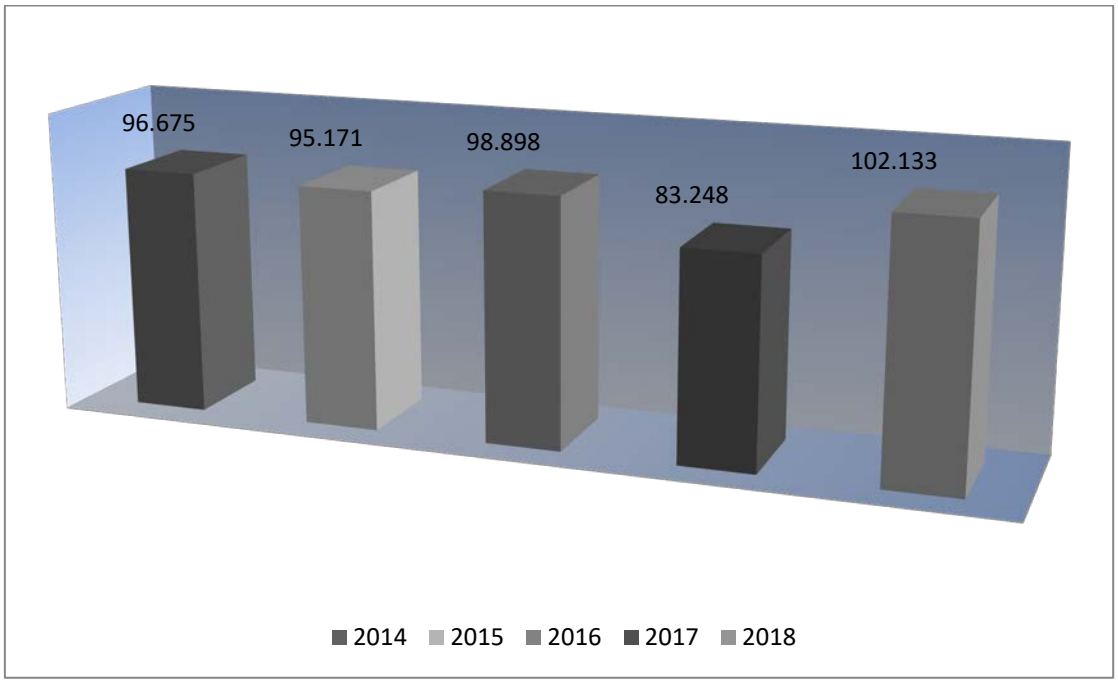
Jahresergebnis (in TEUR, 2014 - 2018)

Die Steigerung der sonstigen Transfererträge von 50,27 % macht einen Mehrertrag von rd. 3.117 TEUR gegenüber dem Vorjahr aus.

Die Erträge splitten sich auf die Stadt Oberhausen (8.393 TEUR) und das Theater Oberhausen (924 TEUR – Zuwendungen des Landes NRW) auf.

Die Steigerung ist im Wesentlichen auf Mehrerträge der Kernverwaltung im Bereich des Förderprogrammes Gute Schule 2020 der NRW Bank (+ 3.109 TEUR) entstanden.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

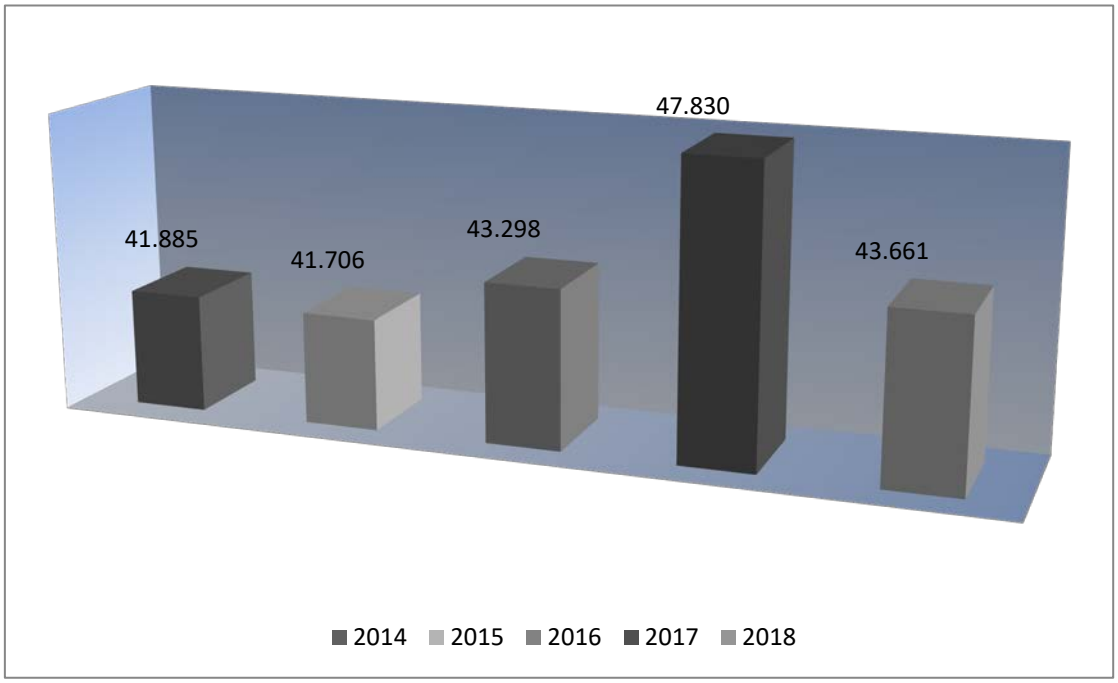


Jahresergebnis (in TEUR, 2014 - 2018)

Die Mehrerträge belaufen sich auf + 22,69 % (+ 18.885 TEUR) und resultieren aus folgenden Sachverhalten der Kernverwaltung:

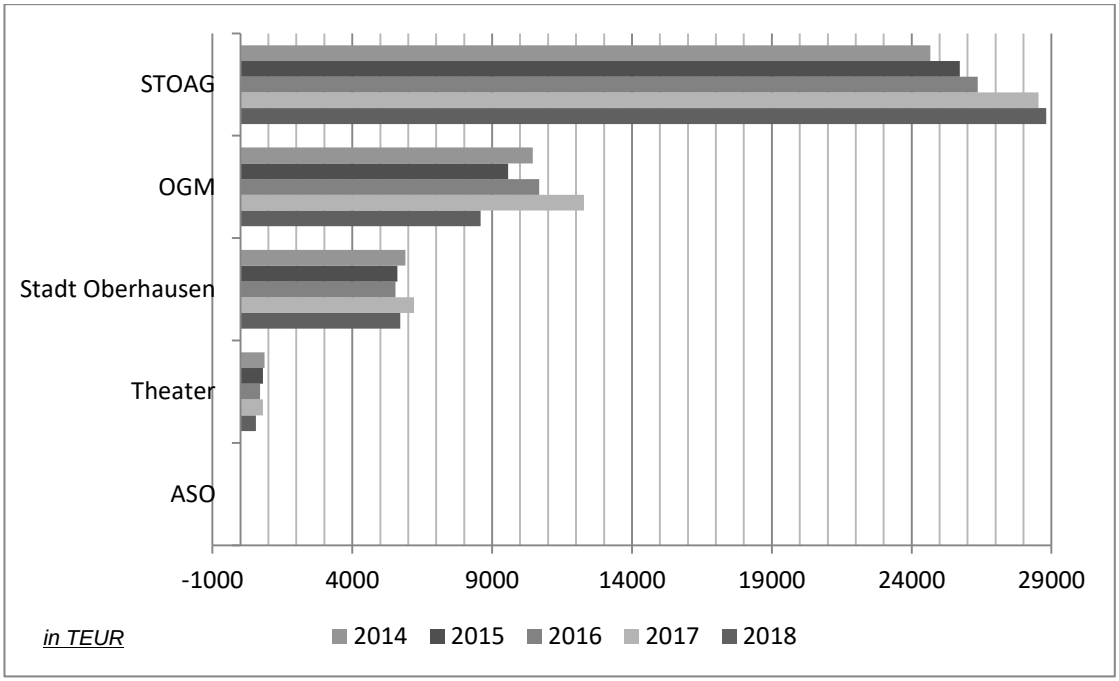
	2018	***2017***	***Abweichung***
Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	50.198.277,7	32.258.967,8	17.939.309,9
Verwaltungsgebühren	7.117.068,61	6.470.308,02	646.760,59

Privatrechtliche Leistungsentgelte

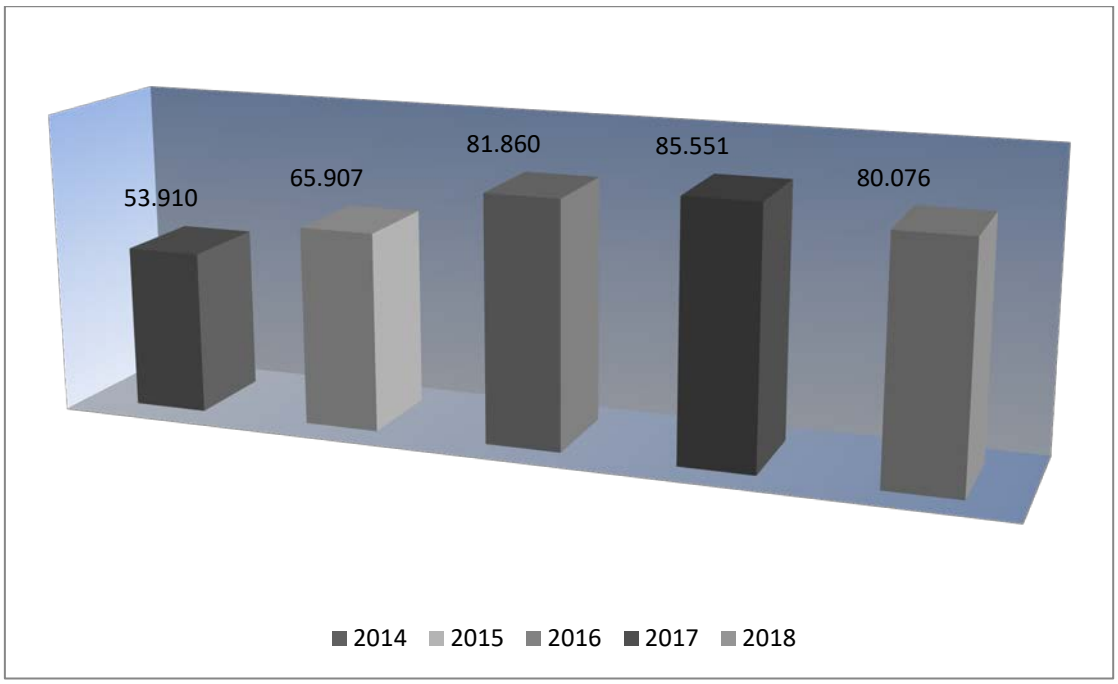


Jahresergebnis (in TEUR, 2014 - 2018)

Die Reduzierung der privatrechtlichen Leistungsentgelte von - 8,72 % macht einen Mindererertrag von rd. - 4.169 TEUR, im Wesentlichen resultierend aus den Mindererträgen im Bereich OGM GmbH (- 3.702 TEUR, im Wesentlichen Wegfall von Mieterträgen, im Vorjahr war eine Steigerung der Verkaufserlöse, durch einen Verkauf eines Großobjektes enthalten) und der Stadt Oberhausen (- 494 TEUR; Mindererträge aus Mieten und Pachten – 231,1 TEUR, sowie Mindererträge Bearbeitungskosten für Grunderwerb - 240 TEUR und – 50,8 TEUR Mindererträge aus dem Verkauf von Vorräten), gegenüber dem Vorjahr aus.



Kostenerstattungen und Kostenumlagen

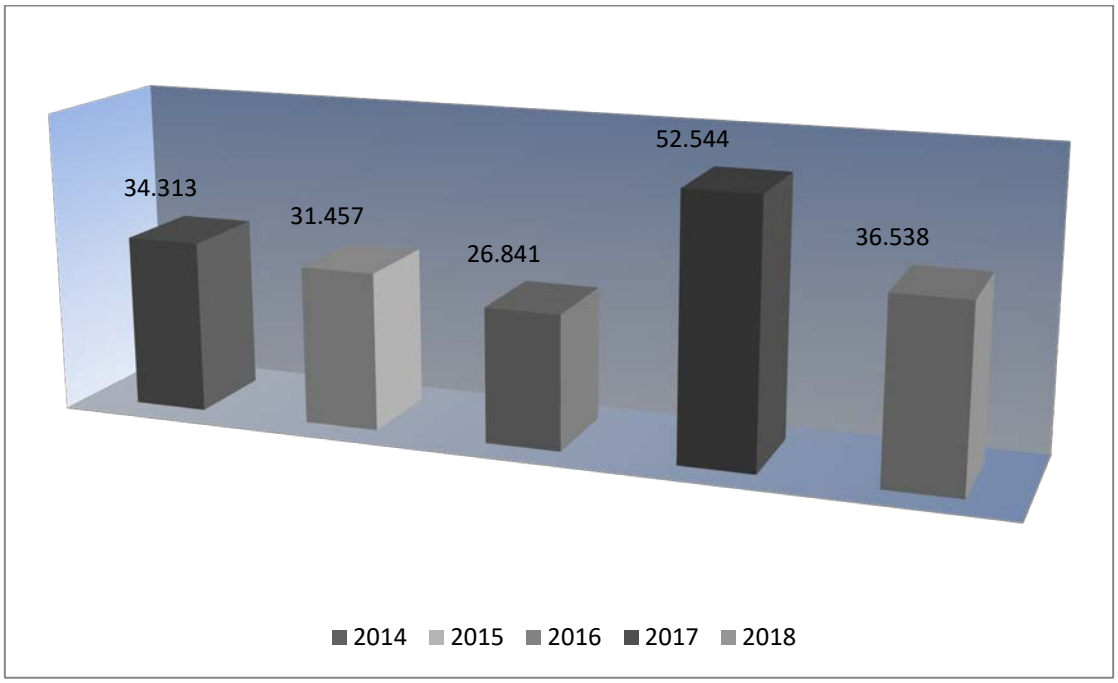


Jahresergebnis (in TEUR, 2014 - 2018)

Hierunter fallen ausschließlich Erträge der Kernverwaltung. Die Reduzierung der Erträge im Vergleichszeitraum 2018 / 2017 von rd. – 5.475 TEUR (- 6,4 %) resultiert aus verminderten Erträgen von Gemeinden und Gemeindeverbänden (- 5.677 TEUR), sowie Erstattungen von verbundenen Unternehmen (- 2.604 TEUR)).

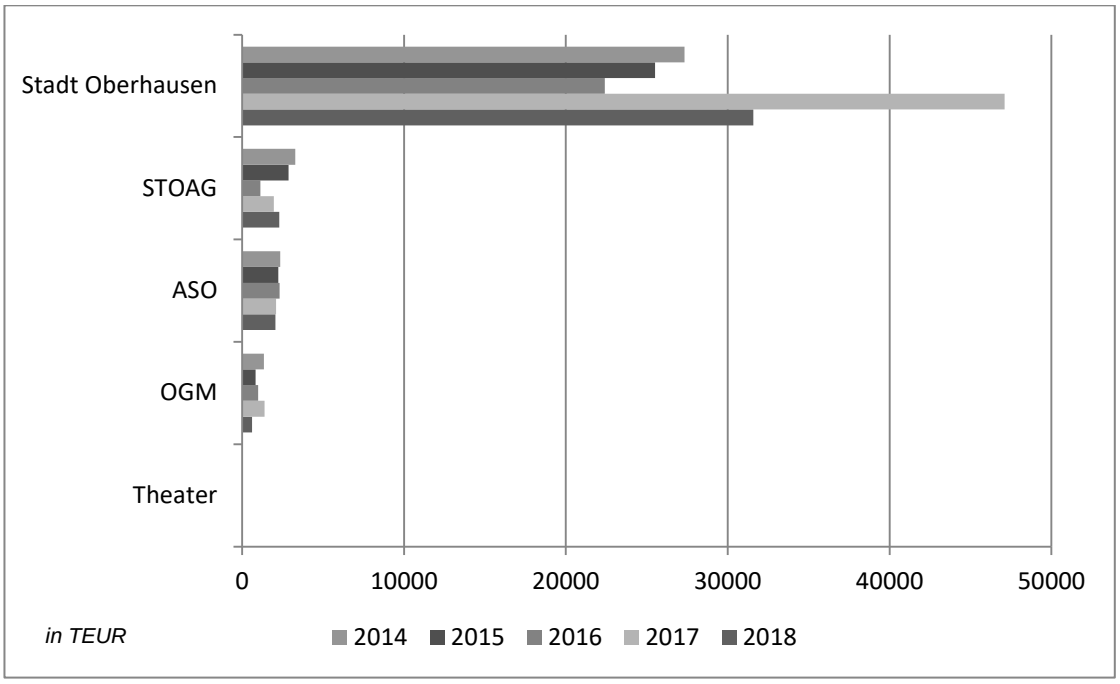
Dem stehen wesentliche Mehrerträge in den Bereichen Erstattungen vom Bund (+ 1.633 TEUR, davon 664 TEUR für Kosten der Unterkunft), Erstattungen vom sonstigen inländischen Bereich (+ 927 TEUR) sowie Erstattungen vom Land (+ 328 TEUR) gegenüber.

Sonstige ordentliche Erträge



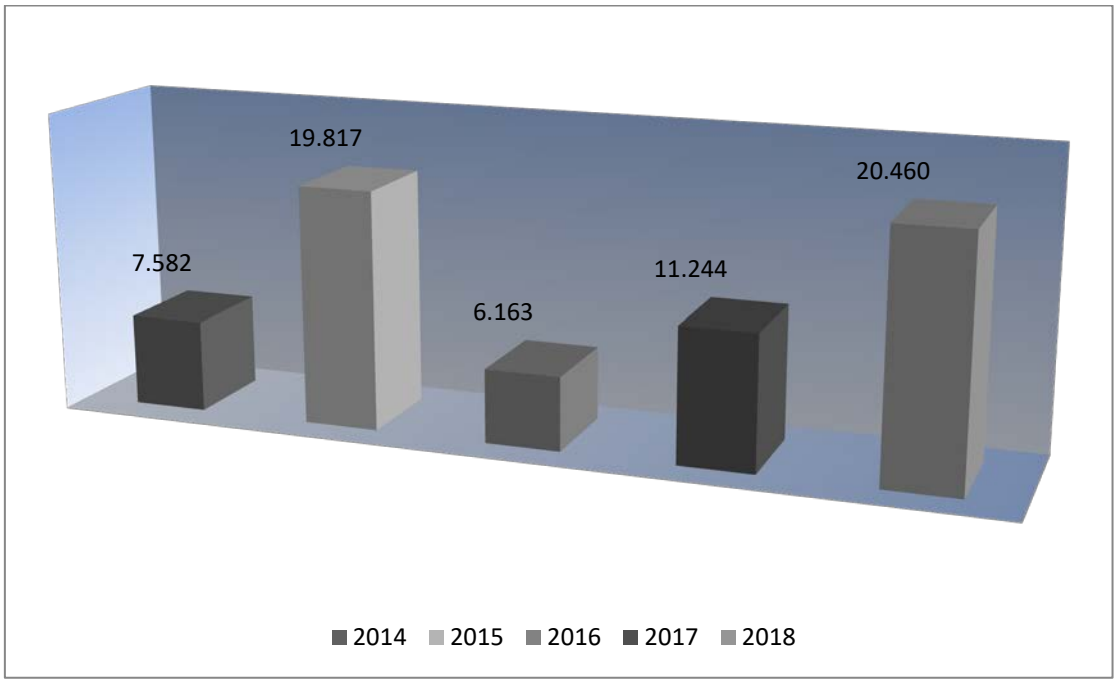
Jahresergebnis (in TEUR, 2013 - 2017)

Die sonstigen ordentlichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahreswert um - 30,46 % (- 16.006 TEUR) gesunken.



Die Reduzierung ist im Wesentlichen auf Mindererträge aus der Auflösung/Herbsetzung von Rückstellungen (- 19.585 TEUR), Erträgen aus der Veräußerung von Finanzanlagen (- 3.287 TEUR), sowie Mehrerträge Bußgelder (+ 5.548 TEUR) und Erträgen aus der Auflösung/Herabsetzung Wertberichtigung aus Forderungen (+ 1.298 TEUR) zurückzuführen.

Aktivierte Eigenleistungen

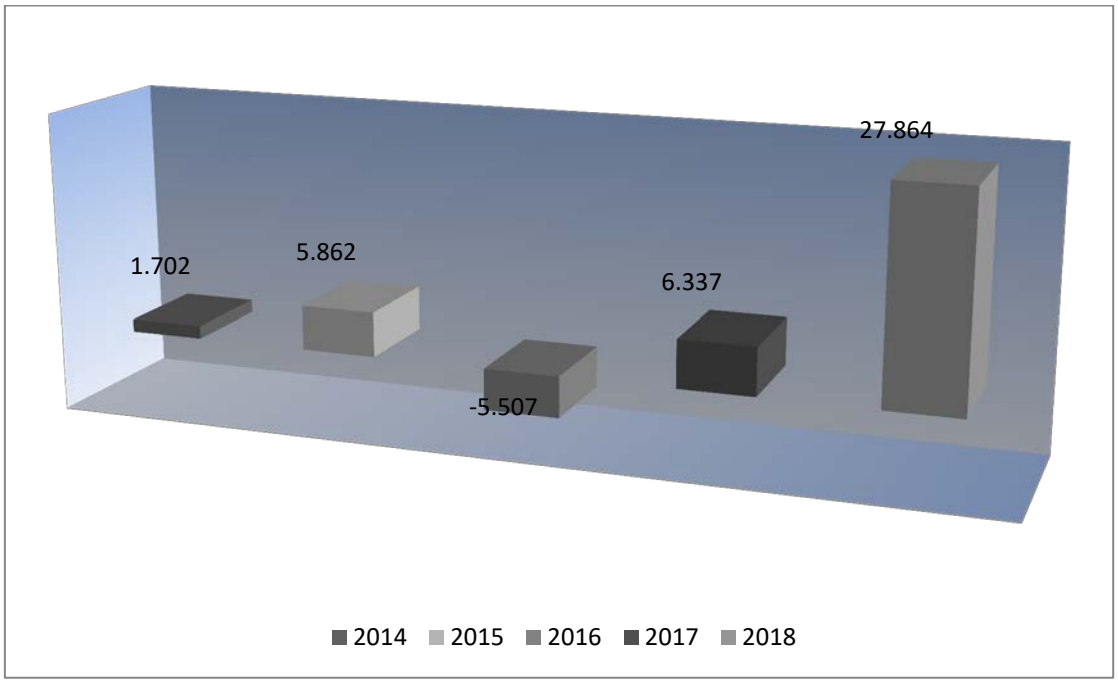


Jahresergebnis (in TEUR, 2014 - 2018)

Die Aktivierten Eigenleistungen sind gegenüber dem Vorjahreswert um 81,96 % (+ 9.216 TEUR) gestiegen.

Hinsichtlich weitergehender Erläuterungen wird auf den Anhang (3.4.1) verwiesen.

Bestandsveränderungen

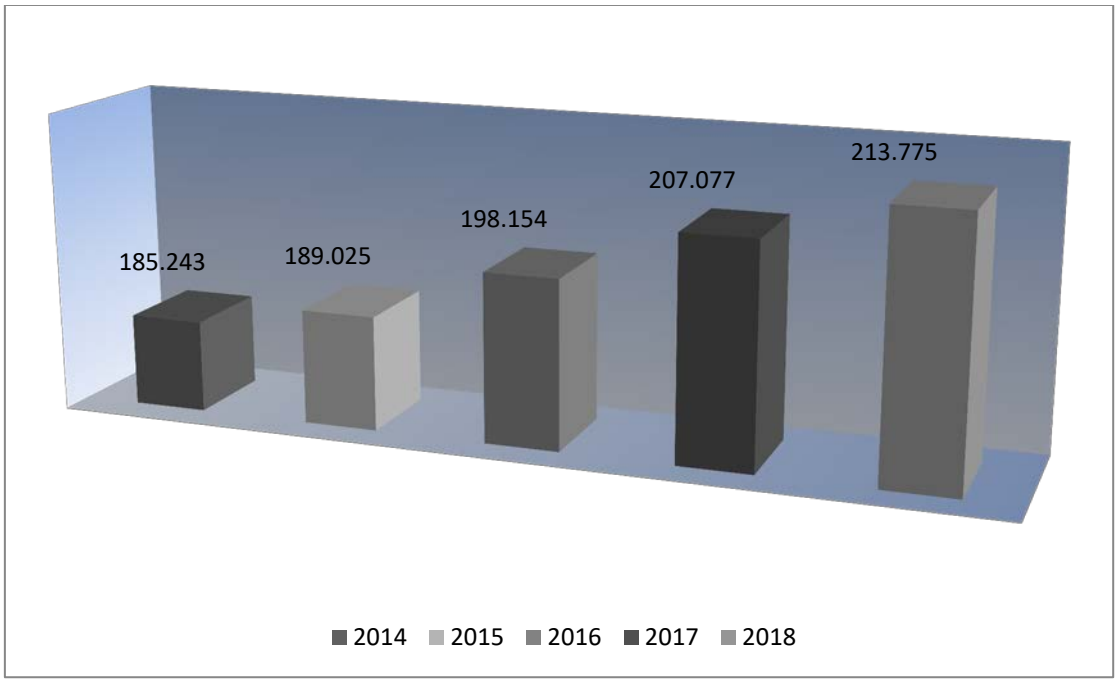


Jahresergebnis (in TEUR, 2014 - 2018)

Die Bestandsveränderungen sind gegenüber dem Vorjahreswert um 339,70 % (+ 21.527 TEUR) gestiegen.

Hinsichtlich weitergehender Erläuterungen wird auf den Anhang (3.4.1) verwiesen.

Personalaufwendungen



Jahresergebnis (in TEUR, 2014 - 2018)

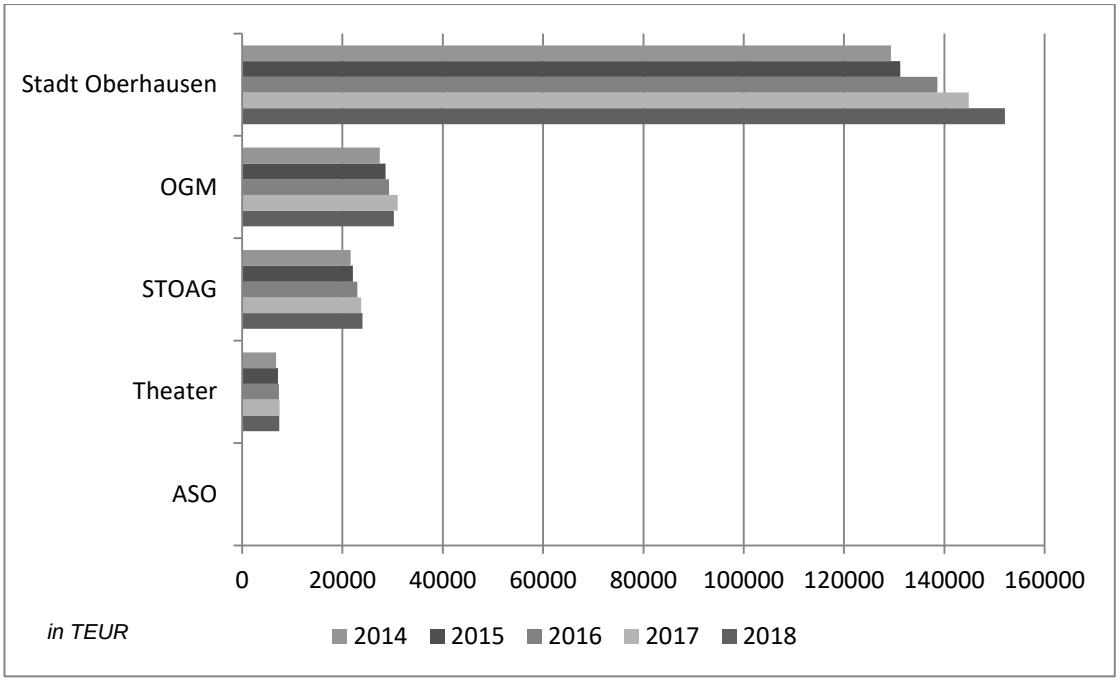
Die Personalaufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahreswert um 3,23 % (+ 6.698 TEUR) an.

Die Abweichungen zum Geschäftsjahr 2018 lassen sich für die Kernverwaltung (+ 7.217 TEUR) im Wesentlichen wie folgt zusammenfassen:

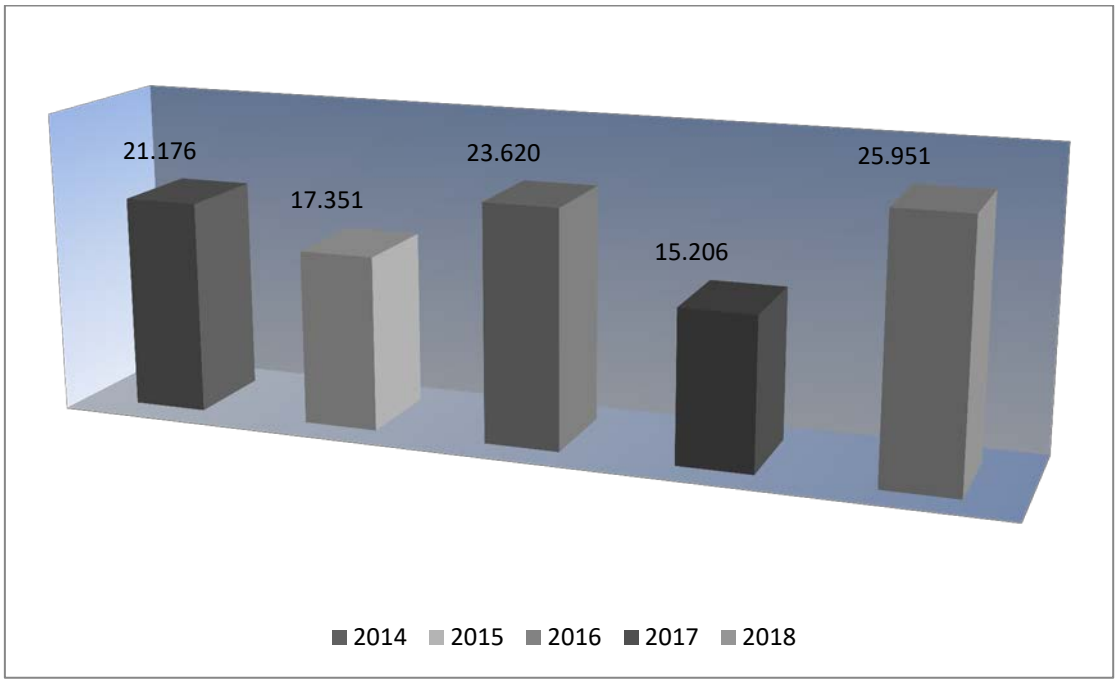
-	Tariflich Beschäftigte	+ 4.266 TEUR
-	Zuführung zu Rückstellungen	
	- nicht genommener Urlaub Beamte	+ 3.650 TEUR
-	Zuführung zu Rückstellungen	
	- Pensionsrückstellung Tarifbeschäftigte -	+ 1.396 TEUR
-	Bezüge Beamte	+ 593 TEUR
-	Zuführung zu Beihilferückstellung	
	für Tariflich Beschäftigte	+ 304 TEUR
-	Zuführung zu Rückstellungen	
	- nicht genommener Urlaub Beschäftigte	- 3.502 TEUR

Innerhalb der weiteren Einheiten des Vollkonsolidierungskreises sind folgende Abweichungen zu verzeichnen:

OGM GmbH	- 709 TEUR	(Reduzierung ergibt sich aus Personalreduzierungen, sowie durch Ausscheiden von Mitarbeitern höherer Entgeltgruppen, die durch Neueinstige mit geringeren Entgeltgruppen ersetzt wurden.)
STOAG	+ 214 TEUR	(Tariferhöhung)
Theater	- 24 TEUR	



Versorgungsaufwendungen



Jahresergebnis (in TEUR, 2014 - 2018)

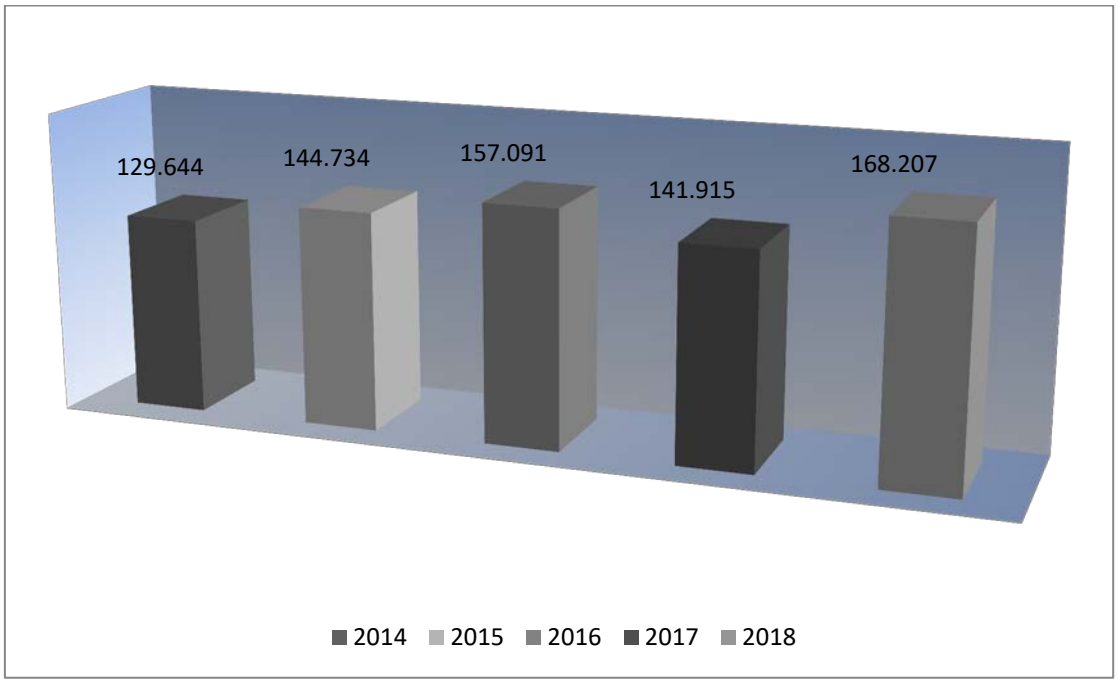
Die Versorgungsaufwendungen erhöhenn sich gegenüber dem Vorjahreswert um 70,66 % (+ 10.745 TEUR).

Die Aufwandsmehrungen lassen sich für die Kernverwaltung im Quervergleich zum Geschäftsjahr 2017 (+ 10.568 TEUR) im Wesentlichen wie folgt zusammenfassen:

- Zuführung zur Pensionsrückstellung Versorgungsempfänger . + 7.953 TEUR
- Zuführung zur Beihilferückstellung Versorgungsempfänger + 1.773 TEUR
- Versorgungsaufwand für Beamte + 740 TEUR

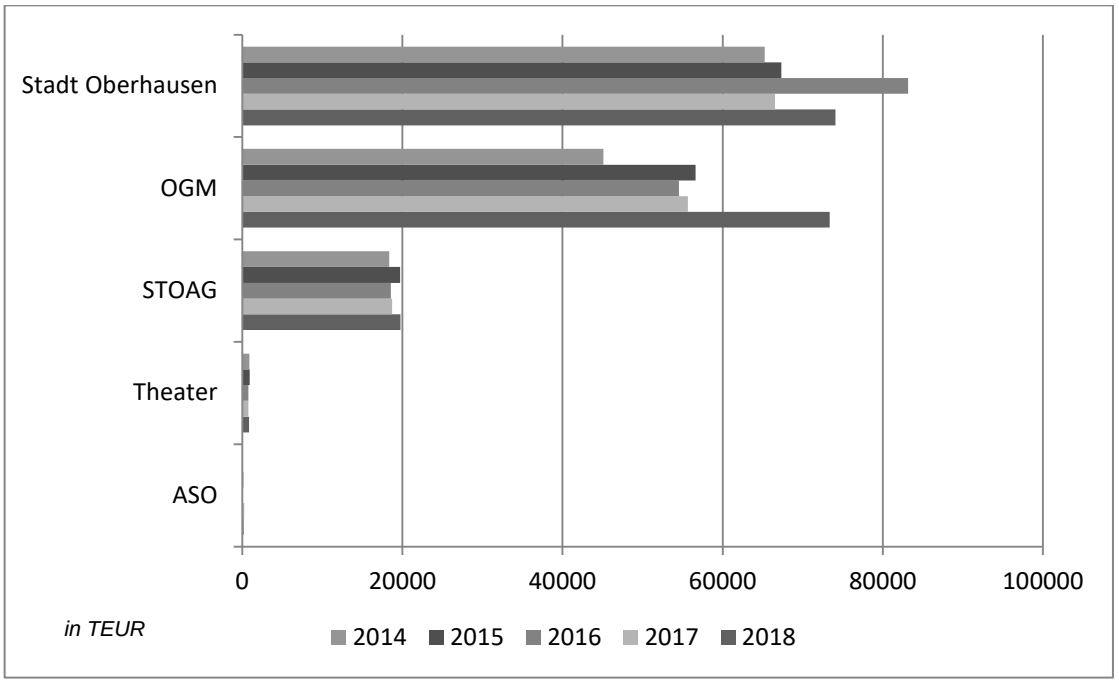
Neben der Kernverwaltung enstehen Versorgungsaufwendungen noch bei der STOAG, welche sich im Vergleichszeitraum um 202 TEUR erhöht haben.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen



Jahresergebnis (in TEUR, 2014 - 2018)

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen haben sich konzernweit um 18,53 % erhöht (+ 26.291 TEUR).



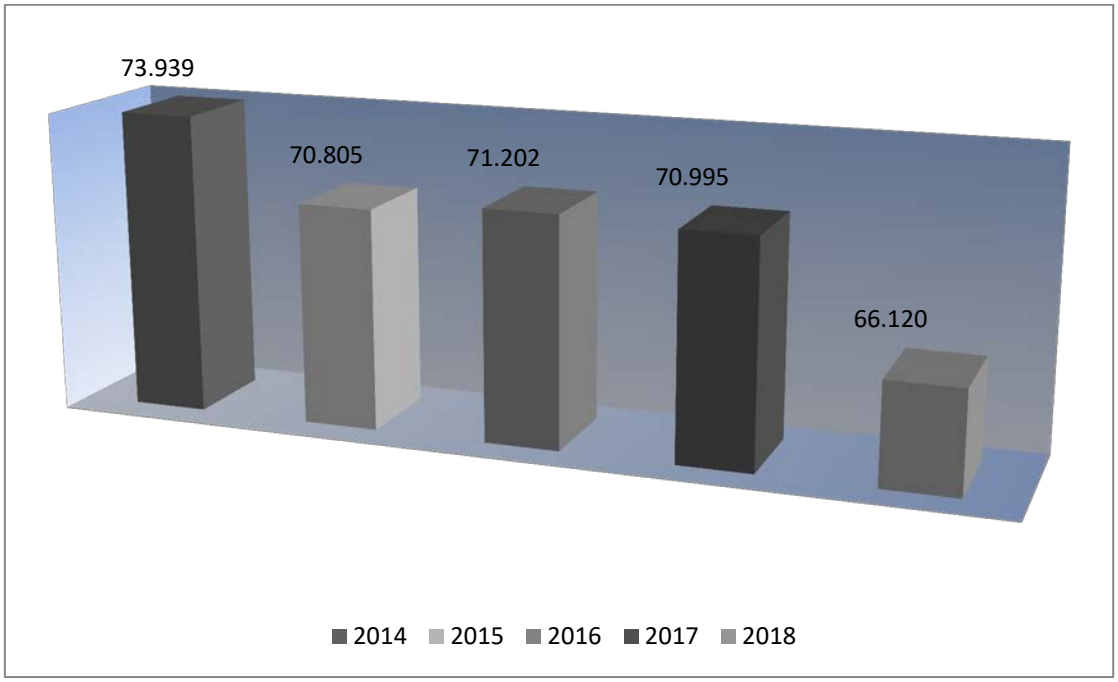
Bezogen auf die Kernverwaltung (+ 7.566 TEUR) beziehen sich die erhöhten IST - Aufwendungen im Quervergleich der Geschäftsjahre 2018 / 2017 hauptsächlich auf Aufwendungen für Sanierungen von Gebäuden und Grundstücken (+ 4.700 TEUR) sowie für Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen (+ 2.640 TEUR).

Innerhalb der weiteren Einheiten des Vollkonsolidierungskreises sind folgende Abweichungen zu verzeichnen:

OGM GmbH	+ 17.705 TEUR	Bei der Steigerung handelt es sich im Wesentlichen um Leistungen im Zusammenhang mit einem Großprojekt.
STOAG GmbH	+ 1.036 TEUR	Die Mehraufwendungen sind im Wesentlichen durch Aufwendungen für Betriebsbauten und der Unterhaltung der ÖPNV-Strecke entstanden, sowie durch steigende Dieselkosten und steigende Versicherungskosten.
Eigenbetrieb Alteneinrichtung der Stadt Oberhausen	- 82 TEUR	Hauptsächlich resultiert die Steigerung aus sonstigen Instandhaltungen für Anschlusskosten neuer Fernwärme.
Theater	+ 67 TEUR	

Bilanzielle Abschreibungen

Die Aufwendungen für bilanzielle Abschreibungen haben sich um - 6,87 % reduziert (- 4.875 TEUR).



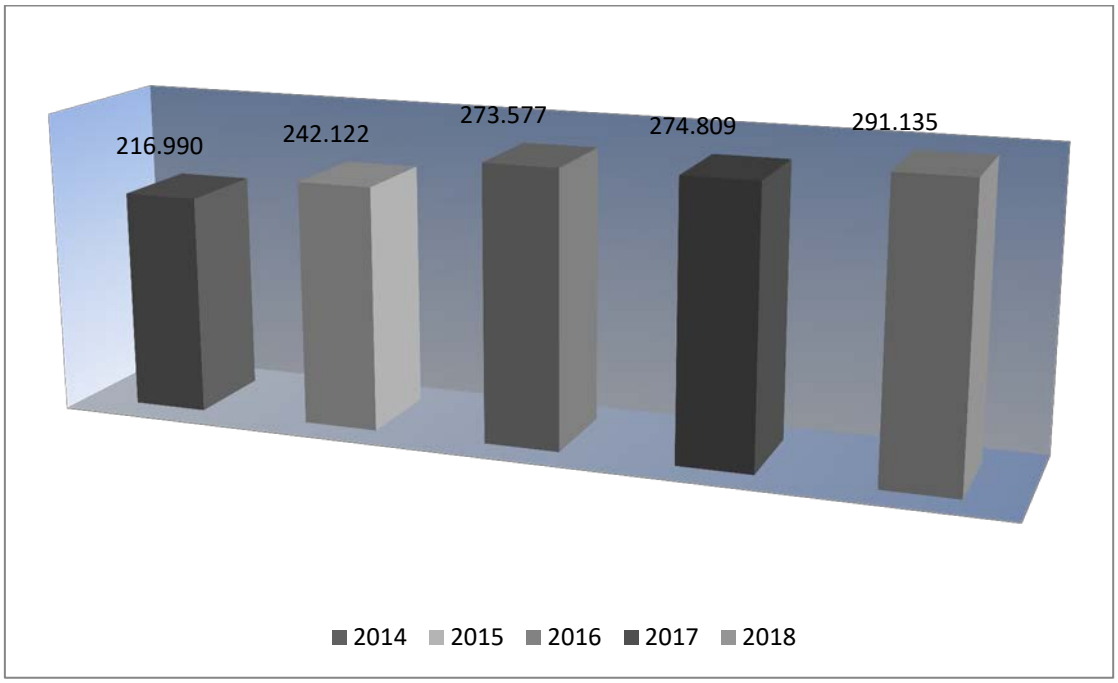
Jahresergebnis (in TEUR, 2014 - 2018)

Zusammenfassend bleibt im Jahresvergleich 2018/2017 festzuhalten *(Rundungsdifferenzen)*:

Kernverwaltung	- 3.368 TEUR
STOAG GmbH	- 1.296 TEUR
OGM GmbH	- 225 TEUR
Eigenbetrieb Alteneinrichtung der Stadt Oberhausen	+ 14 TEUR

Im Übrigen wird auf den Gesamtanhang verwiesen.

Transferaufwendungen



Jahresergebnis (in TEUR, 2014 - 2018)

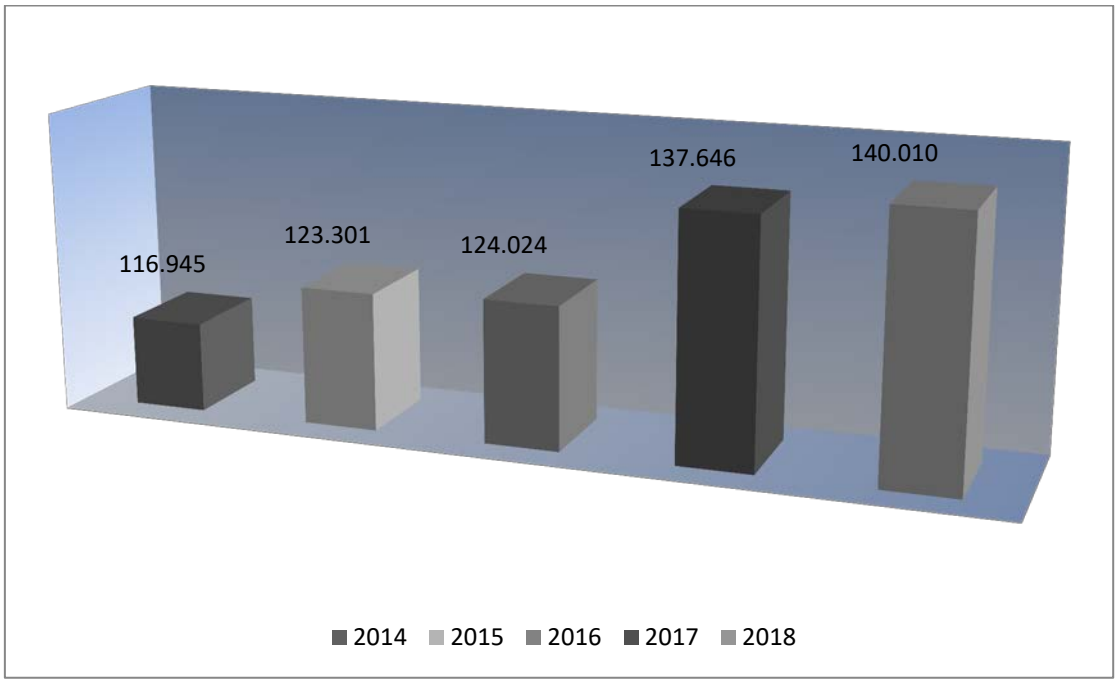
Die Transferaufwendungen sind um 5,94 % gestiegen (+ 16.326 TEUR).

Da die Aufgabenwahrnehmung durch die Kernverwaltung (100 % der Aufwendungen im Konzern „Stadt Oberhausen“) vielfältig ist, versteht es sich von selbst, dass innerhalb der einzelnen Tätigkeitsfelder zum Teil nicht unerhebliche Abweichungen zwischen den Vergleichsjahren entstanden sind. Die wesentlichen Veränderungen zwischen den Geschäftsjahren 2018 / 2017 werden nachfolgend tabellarisch dargestellt:

	2018	***2017***	***Abweichung***
Aufw. f. Zusch. an verb. U.,Beteil.,SoV.	7.852.602,03	4.520.975,05	3.331.626,98
Aufw. f. Rückst. Altersteilzeit OGM	5.172.239,64	0,00	5.172.239,64
Aufw. Zusch. an verb. U.,Bet.,SoV. - STOAG Verlust	1.434.900,00	0,00	1.434.900,00
Aufw.f. Zuschüsse an übrige Bereiche	41.295.833,80	36.831.174,79	4.464.659,01
HzE-Leistungen für junge Volljährige §41	8.035.214,10	5.169.198,70	2.866.015,40
Jugendhilfe a.v.E.-Kinder in Tagespflege	7.863.677,83	6.747.892,06	1.115.785,77
EGH seel. beh. Kinder,Jugendl. u.junge Volljährige	5.377.211,48	1.005.560,90	4.371.650,58
Sonstige Leistungen der Jugendhilfe	2.861.858,73	1.087.581,04	1.774.277,69
Ambulante und flexible Hilfen Minderjährige	7.729.235,23	11.991.659,50	-4.262.424,27
Jugendhilfe a.v.E.-Schutz v.Kindern u.Jugendlichen	1.286,54	1.855.971,09	-1.854.684,55

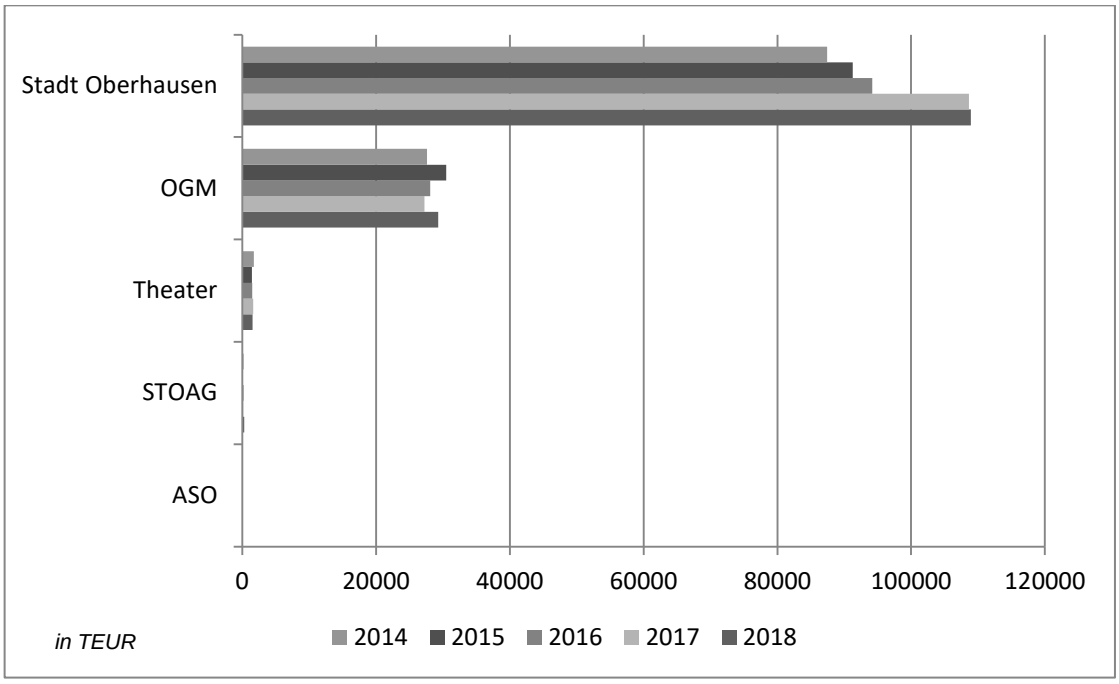
	2018	*2017*	*Abweichung*
Stationäre Hilfen	23.866.452,21	29.424.260,08	-5.557.807,87
HLU f. § 2 Berecht. GL a.v. Einrichtungen	3.340.411,50	5.741.977,72	-2.401.566,22
Grundleistung §3 AsylbLG in Einrichtungen	144.560,15	1.722.216,29	-1.577.656,14
Krankenhilfe §3 AsylbLG	257.265,12	1.511.967,63	-1.254.702,51
KDU §2 Berecht.a.v.Einrichtungen	1.283.243,34	0,00	1.283.243,34
Sonstige soziale Leistungen	17.243.305,38	14.386.517,53	2.856.787,85
Gewerbesteuerumlage	6.741.897,53	5.180.792,51	1.561.105,02
Finanzier.beteil. Fonds Deutsche Einheit	6.414.433,92	4.958.758,52	1.455.675,40

Sonstige ordentliche Aufwendungen



Jahresergebnis (in TEUR, 2013 - 2017)

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahreswert um 1,72 % (+ 2.365 TEUR) gestiegen.



.

Die wesentlichen Veränderungen der Kernverwaltung (+ 258 TEUR) zwischen den Geschäftsjahren 2018 / 2017 werden nachfolgend tabellarisch dargestellt:

	2018	***2017***	***Abweichung***
Gerichtskosten u.a.	2.978.881,69	239.264,47	2.739.617,22
Haftpflichtversicherungen u.a.	1.120.894,43	796.112,76	324.781,67
Steuern aus Gewinnausschüttungen	316.575,00	0,00	316.575,00
Leist.bet.Umsetz.Grunds. Arbeitssuch.-Unterk.+Heiz	69.283.758,82	68.576.563,91	707.194,91
Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	707.374,13	2.038.461,98	-1.331.087,85
Verl. aus Wertmind./Abgängen v. Ggst. UV	195.249,00	0,00	195.249,00
Einstell. u. Zuschr. in d. Sonderposten	293.986,52	1.989.187,02	-1.695.200,50
Aufw. Rückst.,soweit n. u.a. Aufw. erf.b	4.320.000,00	3.560.000,00	760.000,00
Wertkorrekturen zu Forderungen	1.901.514,89	1.404.211,07	497.303,82
Einstellung in Einzelwertberichtigung	3.487.032,99	4.110.089,93	-623.056,94
Einstellung in Pauschalwertberichtigung	193.237,77	1.743.398,07	-1.550.160,30

Im Geschäftsbereich der verbliebenen Einheiten des Vollkonsolidierungskreises sind folgende Veränderungen festzuhalten: OGM (+2,058 TEUR), STOAG (+ 142 TEUR) und Theater (- 94 TEUR).

4.2.3 Finanzlage

Der vorliegende neunte konsolidierte Gesamtabschluss zum 31.12.2018 enthält eine konsolidierte Kapitalflussrechnung, aus der die Herkunft und Verwendung der liquiden Mittel sichtbar wird.

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergibt sich ein Cashflow in Höhe von 73.886 TEUR. Ursächlich hierfür ist, dass sich das Ordentliche Gesamtergebnis gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert hat. Dieses wurde um zahlungsunwirksame Veränderungen (insbesondere Rückstellungssachverhalte, Kapitalkorrekturen etc.) sowie um Veränderungen von Aktiv- und Passivposten, sofern diese nicht dem Cashflow aus Investitionstätigkeit oder aus der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind, bereinigt.

Die Höhe der vorgenommenen Investitionen in das Anlagevermögen führt insgesamt dazu, dass sich ein negativer Cashflow aus der Investitionstätigkeit, also ein Mittelabfluss, in Höhe von – 33.129 TEUR ergibt.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von – 32.999 TEUR ergibt sich dadurch, dass im Jahr 2018 im Bereich der Finanzkredite eine höhere Tilgung erfolgt ist als eine Neuaufnahme.

Insgesamt übersteigen die Mittelzuflüsse der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 73.886 TEUR die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit in Höhe von - 33.129 TEUR und der Finanzierungstätigkeit in Höhe von - 32.999 TEUR um 7.758 TEUR, so dass der Bestand der liquiden Mittel sich gegenüber dem Vorjahr von 14.134 TEUR auf 21.892 TEUR erhöht hat.

4.3 Rahmenbedingungen

Wie dem Beteiligungsbericht in aller Detailliertheit entnommen werden kann, hat die Stadt Oberhausen ein breites Spektrum kommunaler Aufgaben aus der Kernverwaltung ausgegliedert.

Dazu zählen Aufgabenbereiche wie die Vermögensverwaltung von Gebäudekomplexen der Alteneinrichtungen (durch die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen) genauso wie Dienstleistungen im Bereich des gesamten kommunalen Gebäudemanagements (durch die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH), der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs (durch die STOAG GmbH), Beteiligungen an Energieversorgungs- und sonstigen Ver- und Entsorgungsunternehmen (wie z.B. die WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH, die evo Energieversorgung Oberhausen AG, die GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH, die RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH) sowie der Kulturbetrieb des Stadttheaters (durch die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Theater Oberhausen).

4.4 Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage

4.4.1 Analyse der Gesamtschuldenlage

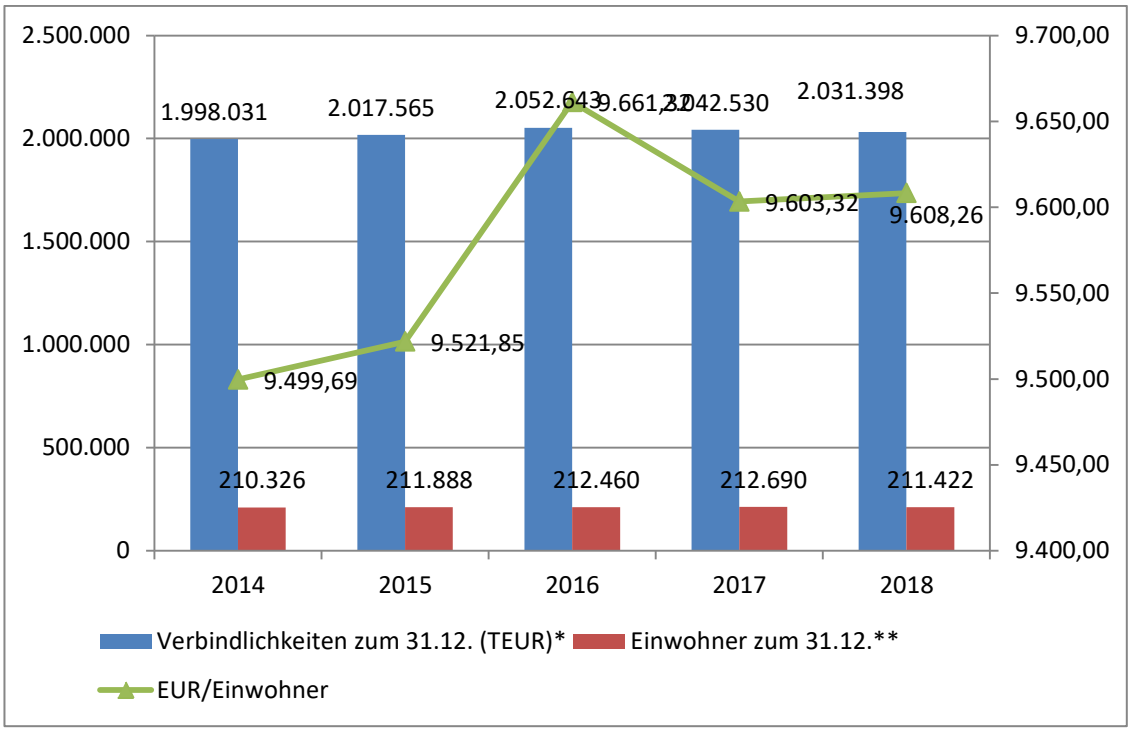
Die Eigenkapitalquote 1 beträgt – 38,07 % (Vorjahr – 38,83 %). Die Quote ist negativ, da die Stadt Oberhausen kein Eigenkapital mehr besitzt und für die Berechnung der „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ herangezogen wurde. Die negative Eigenkapitalquote zeigt deutlich die Überschuldung des „Konzerns Stadt Oberhausen“ auf.

Auch eine Hinzurechnung der Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen zur Ermittlung der Eigenkapitalquote 2 von – 23,44 % (Vorjahr - 24,14 %) stellt keine positive Kennzahl dar.

Eine übliche Berechnung der Reichweite des Eigenkapitals erübrigt sich hier.

Geht man bei der Berechnung der Pro-Kopf-Verschuldung von dem Gesamtbestand aller Verbindlichkeiten des Konzerns Stadt Oberhausen aus (= 2.031.398 TEUR) so beträgt der rechnerische Anteil eines jeden Einwohners der Stadt Oberhausen (EW Stand 31.12.2018: 211.422) an der Gesamtverschuldung des Konzerns Stadt Oberhausen 9.608,26 EUR.

	2014	2015	2016	2017	2018
Verbindlichkeiten zum 31.12. *(TEUR)**	1.998.031	2.017.565	2.052.643	2.042.530	2.031.398
Einwohner zum 31.12.**	210.326	211.888	212.460	212.690	211.422
EUR/Einwohner	9.499,69	9.521,85	9.661,32	9.603,32	9.608,26



*Quelle: * Verbindlichkeitenspiegel; ** O.BIS - Oberhausener Informationssystem*

4.4.2 Analyse der Gesamtvermögenslage

Die Anlagenintensität des „Konzerns Stadt Oberhausen“ hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 56,84 % auf 56,31 % verändert. Der Anteil des Gesamtanlagevermögens an der Gesamtbilanzsumme hat sich damit verringert.

Eingeschränkt auf die Betrachtung des Infrastrukturvermögens hat sich die Infrastrukturquote von 28,70 % im Vergleich zum Vorjahr auf 27,92 % nur geringfügig geändert.

Das Gesamtanlagevermögen wird im Verhältnis zu den ordentlichen Gesamtaufwendungen mit einer Abschreibungsintensität von 7,29 % (Vorjahr 8,37 %) belastet. Die in diesem Zusammenhang zu betrachtende Quote der Drittfinanzierung (Erträge aus der Auflösung von Sonderposten im Verhältnis zu den Abschreibungen) beträgt 34,99 %.

Die Investitionsquote mit 78,28 % gibt Auskunft darüber, inwieweit die Abschreibungen durch Neuinvestitionen abgedeckt sind und somit Sachanlagevermögen erhalten bleibt. Da hier keine Deckung zu 100 % stattfindet, wird ein Rückgang bzw. eine Überalterung des Sachanlagevermögens signalisiert.

4.4.3 Analyse der Gesamtfinanzlage

Da die Stadt Oberhausen einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag ausweist, findet faktisch keine Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital statt.

Der Anlagendeckungsgrad 2 mit 43,97 % gibt Aufschluss über die Verwendung des langfristigen Kapitals und deutet in diesem Fall darauf hin, dass große Teile des Anlagevermögens durch kurz- oder mittelfristiges Fremdkapital finanziert sind. Selbst unter Berücksichtigung der Sonderposten und der langfristigen Rückstellungen und langfristigen Verbindlichkeiten werden die 100 % nicht erreicht. Nach den 47,05 % im Vorjahr ist die langfristige Finanzierung des i.d.R. langfristig zu nutzenden Anlagevermögens gesunken.

Ebenso bedenklich stellt sich korrespondierend dazu die Möglichkeit der Kommune dar, ihren kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Liquiden Mitteln nachzukommen. Die Liquidität 1. Grades beträgt gerade einmal 4,98 % (Vorjahr 2,60 %).

4.4.4 Analyse der Gesamtertrags- und Aufwandssituation

Im Bereich der Einnahmen der Gemeinde hat sich die Steuerquote durch die Steigerung der Steuereinnahmen um 37.001 TEUR auf 29,80 % erhöht (Vorjahr 28,01 %). Die Zuwendungsquote hat sich gegenüber dem Vorjahr (37,58 %) auf 35,09 % verringert.

Die Personalaufwendungen sind um 6.698 TEUR angestiegen. Ihr Anteil an den Gesamtaufwendungen ist von 24,43 % im Vorjahr auf 23,62 % gesunken. (Personalintensität).

Die Zunahme der Inanspruchnahme von Leistungen Dritter in Höhe von 26.291 TEUR hat die Sach- u. Dienstleistungsintensität auf 18,58 % erhöht (Vorjahr 16,74 %).

Die Transferaufwandsquote mit 32,16 % (Vorjahr 32,42 %) und die Zinslastquote mit 3,23 % (Vorjahr: 3,97 %) blieben auf annähernd gleichem Niveau. Setzt man das positive ordentliche Gesamtergebnis in Höhe von 32.728 TEUR (Vorjahr 25.002 TEUR) ins Verhältnis zum Gesamtjahresüberschuss stellt man fest, dass durch das negative Finanzergebnis in Höhe von 17.168 TEUR (Vorjahr 24.054) das positive Gesamtjahresergebnis auf 15.560 TEUR (Vorjahr 948 TEUR) reduziert wurde.

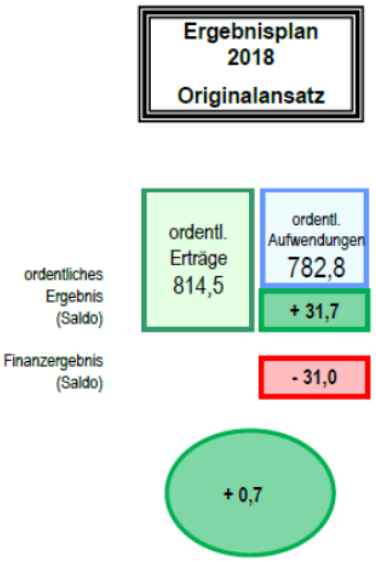
4.5 Örtliche Besonderheiten

4.5.1 Kernverwaltung

Mit Hilfe des Stärkungspaktes sollen überschuldete Städte in Nordrhein-Westfalen wieder handlungsfähig werden. Das von der Landesregierung dazu eingebrachte Stärkungspaktgesetz wurde am 08.12.2011 vom Landtag Nordrhein-Westfalen beschlossen und am 16.12.2011 im Gesetz- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen (GV. NRW. 2011 S. 662) veröffentlicht. Für überschuldete oder von Überschuldung bedrohte Kommunen stehen Konsolidierungshilfen in einem Gesamtumfang von 5,85 Mrd. EUR zur Verfügung (Stufe 1 und Stufe 2). Der Sanierungsplan des Landes sieht davon für Oberhausen und andere vergleichbar akut von Überschuldung betroffene Städte (Stufe 1) eine Gesamtunterstützung bei der Haushaltskonsolidierung in Höhe von jährlich 350 Mio. EUR vor. Bis zum Jahr 2020 stehen damit für diese Kommunen insgesamt 3,5 Mrd. EUR zur Verfügung.

Im Gegenzug müssen die betroffenen Städte und Gemeinden einen klaren Sanierungskurs einschlagen. Die Teilnahme am Stärkungspakt ist zwingend für die Stufe 1, zu der Oberhausen gehört. Der Haushalt der Stadt Oberhausen muss mit dem Geld aus dem Stärkungspakt ab dem Jahr 2017 ausgeglichen sein. Spätestens im Jahr 2021 muss ein Haushaltsausgleich aus eigener Kraft – also ohne weitere Landeszuschüsse – erreicht werden. § 75 Abs. 2 der Gemeindeordnung des Landes NRW (GO NRW) führt hierzu aus, dass der Haushalt dann ausgeglichen ist, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt.

Das Jahre 2016 und 2017 waren geprägt von steigenden Soziallasten. Insbesondere die Unterbringung und die Integration der Neuzugewanderten aber auch die Jugendhilfe waren in ihrer Entwicklung und dem starken Kostenanstieg nicht planbar gewesen. Darüber hinaus erwies sich die Beteiligung an den Soziallasten durch Bund und Land als bei weitem nicht ausreichend. Sie haben den Haushalt 2017 enorm belastet und der geplante Haushaltsausgleich konnte nur gelingen, weil einmalige Ertragssteigerungen realisiert werden konnten.



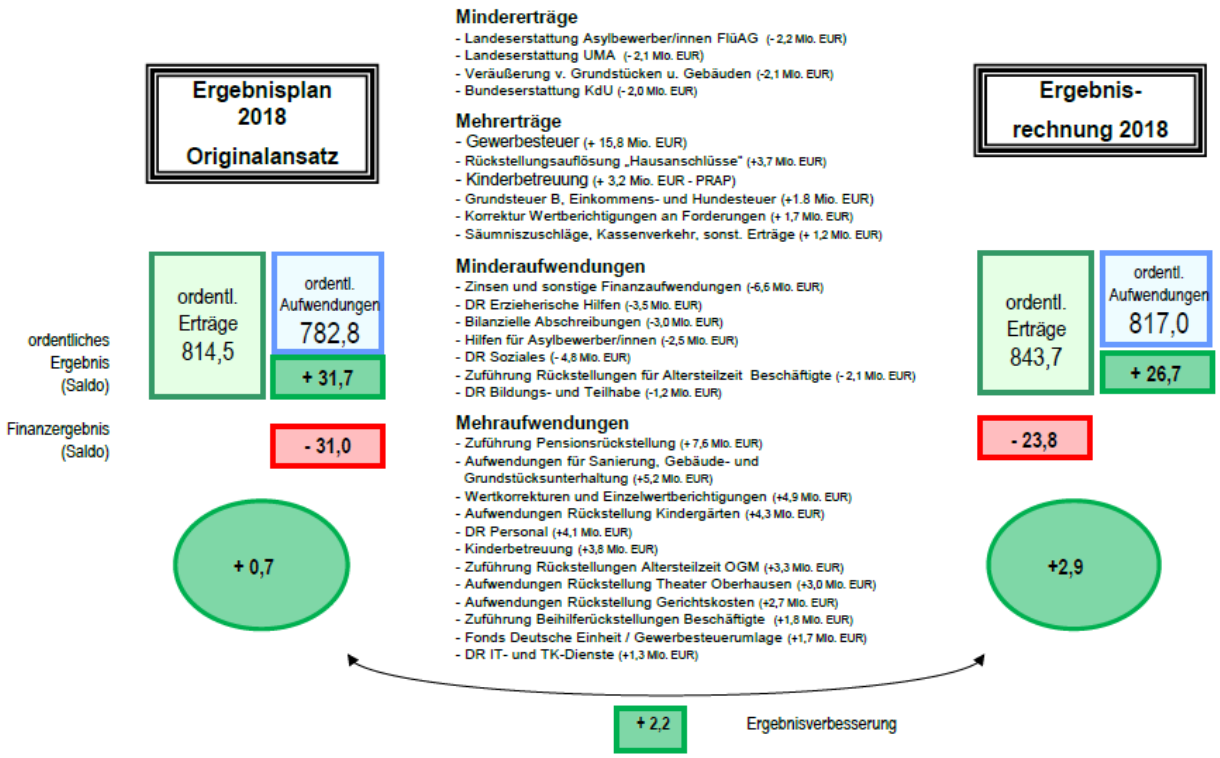
Der Haushaltsplan 2018 weist ein ordentliches Ergebnis von +31,7 Mio. EUR aus, das die Zinsbelastungen der Vergangenheit in Höhe von 32,2 Mio. EUR ausgleichen kann. Er schließt im Jahr 2018 mit +0,7 Mio. EUR zum zweiten Mal in Folge seit 25 Jahren mit einem positiven Ergebnis ab. Es zeigt, dass der strukturelle Haushaltsausgleich im Bereich der Planung in 2018 gelungen ist. Dies ist eindeutig ein Ergebnis der Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspaktes.

Dies begründet sich im Wesentlichen auf einen Anstieg der Erträge insbesondere bei der Gewerbesteuer (Erhöhung des Hebesatzes von 550 auf 580), beim Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie eine Steigerung der Schlüsselzuweisung.

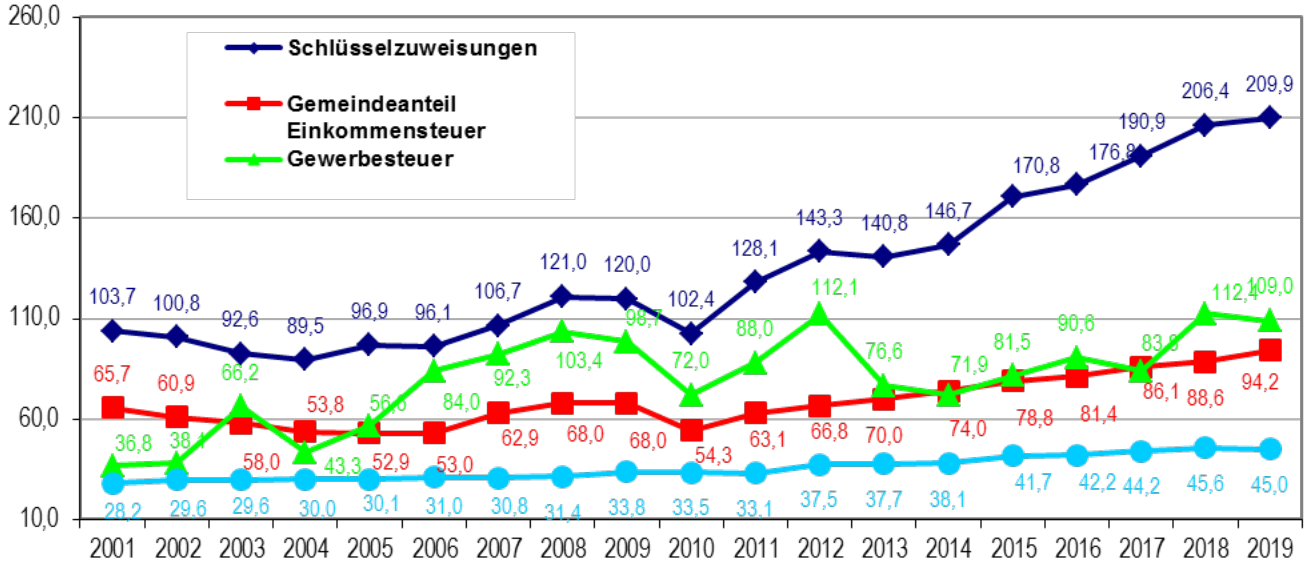
Natürlich sind mit der Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes sowohl Risiken wie auch Chancen verbunden. Eine übermäßige Belastung der Wirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger mit steigenden Steuern und die Reduzierung des städtischen Angebots und Leistungsspektrums führen notgedrungen zu einer Verringerung der Attraktivität der Stadt und erschweren die notwendige wirtschaftliche Entwicklung. Insbesondere können unverhältnismäßige Einsparvorschläge zum Verlust notwendiger Strukturen in den Feldern Sport, Kultur, Bildung, Jugend und Soziales führen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Allerdings stehen diesen Risiken auch enorme Chancen gegenüber. Zum ersten Mal seit vielen Jahren eröffnet sich die Chance, wieder an Fördermitteln der EU, des Bundes und des Landes teilzuhaben und diese für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt einsetzen zu können. Es werden wieder ökonomisch sinnvolle Investitionen erlaubt und dadurch Zukunftsperspektiven ermöglicht. Ein genehmigter Haushaltssanierungsplan verschafft eher Kreditsicherheit, die noch lange erforderlich sein wird für die Liquidität und Handlungsfähigkeit der Stadt. Darüber hinaus erhalten alle Beteiligten relative Planungssicherheit, die es in der Vergangenheit mit kurzfristiger Betrachtungsweise nie gegeben hat. Durch die langen Planungszeiträume hat sich dies nun zum Positiven gewandelt und räumt Zeit für Anpassungsmaßnahmen ein, die früher nicht gegeben war.

Das Ergebnis des Haushaltsjahres 2018 schloss mit + 2,9 Mio. EUR, was eine Verbesserung gegenüber dem Haushaltsplan von rd. 2,2 Mio. EUR bedeutet.

Nachfolgend wird der Ergebnisplan 2018 der Ergebnisrechnung 2018 gegenübergestellt, sowie die wesentlichen Sachverhalte die zur Ergebnisverbesserung geführt haben aufgeführt:



Dass der Haushaltsausgleich in dem Jahr 2018 erreicht werden konnte, ist auch verschiedenen positiven externen Entwicklungen geschuldet. Zum einen sind die Schlüsselzuweisungen des Landes im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) 2018 auf 206,4 Mio. EUR gestiegen (2017: 190,9 Mio. EUR). Das weiterhin niedrige Zinsniveau entlastet den Haushalt zusätzlich. Hinzu kommen die erhöhten Erträge hinsichtlich der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer (2018: 88,6 Mio. EUR – 2017: 86,1 Mio. EUR) sowie der Umsatzsteuer (2018: 19,2 Mio. EUR – 2017: 14,8 Mio. EUR).



Entwicklung ausgewählter Steuereinnahmen und der Schlüsselzuweisungen nach dem GFG im Zeitvergleich 2001 – 2019 (2019 Plandaten), Stadt Oberhausen, Bereich 1-1/Finanzen

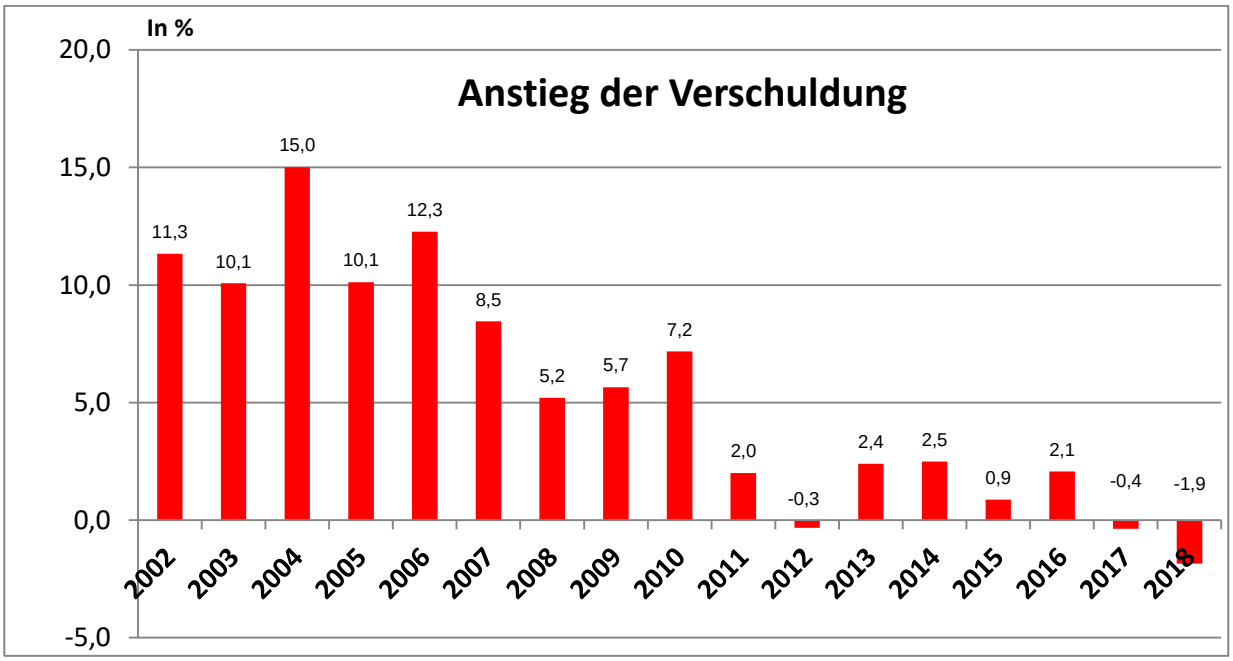
Auf der Aufwandsseite weist der klassische Sozialbereich (also die Produktbereiche 05 Soziale Leistungen, 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfen) die größten Belastungen aus. Der Anteil der Aufwendungen bezogen auf die Gesamtaufwendungen der Stadt Oberhausen (817.013.275,48 EUR) beläuft sich im Produktbereich 05 auf 20,3 % (165 Mio. EUR – vgl. Plan: 22,4 %) und im Produktbereich 06 auf 19,2 % (157 Mio. EUR – vgl. Plan: 19,4 %). Die Finanzplanung unter Berücksichtigung der Vorjahresergebnisse stellt sich wie folgt dar:

	Ergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten	2015 RE (EUR)	2016 RE (EUR)	2017 RE (EUR)	2018 RE (EUR)	2019 (EUR)	2020 (EUR)	2021 (EUR)	2022 (EUR)
01	Steuern und ähnliche Abgaben	233.485.974	247.196.010	252.517.890	289.272.689	292.747.020	302.620.260	313.759.950	323.841.370
02	+ Zuwendungen und allg. Umlagen	279.649.123	311.736.400	322.285.396	323.607.872	317.007.770	304.751.180	306.099.700	310.619.480
03	+ Sonstige Transfererträge	3.448.946	3.434.163	5.311.119	8.422.290	3.832.090	3.736.290	3.650.070	3.572.480
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	96.133.699	99.829.437	84.146.638	102.994.595	104.508.980	103.914.440	104.420.360	104.810.690
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.788.080	5.754.372	6.391.695	5.893.380	6.164.970	5.967.500	5.967.500	5.967.500
06	+ Kostenerstattungen u. Kostenuml.	69.618.322	85.037.896	89.425.613	81.879.421	88.156.220	88.067.080	89.533.160	91.029.570
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	26.195.650	22.934.193	47.611.256	31.590.270	30.863.340	26.040.540	22.148.240	22.146.240
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0	0
10	**= Ordentliche Erträge**	**714.319.794**	**775.922.472**	**807.689.607**	**843.660.518**	**843.280.390**	**835.097.290**	**845.578.980**	**861.987.330**
11	- Personalaufwendungen	131.174.415	138.591.883	144.877.395	152.094.259	153.958.810	154.847.440	157.272.190	160.015.430
12	- Versorgungsaufwendungen	16.972.655	23.460.987	15.181.065	25.749.228	27.262.420	27.931.480	28.617.260	29.179.600
13	- Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	150.352.420	172.911.170	151.114.696	161.989.817	154.285.650	149.048.900	148.870.550	148.315.380
14	- Bilanzielle Abschreibungen	46.817.463	47.098.459	47.418.590	44.045.298	47.068.340	47.068.340	47.068.340	47.068.340
15	- Transferaufwendungen	262.320.194	294.709.506	294.963.566	308.555.684	315.771.820	309.100.130	312.911.020	313.940.100
16	- Sonst. ordentliche Aufwendungen	106.103.969	109.570.718	124.133.035	124.578.989	119.584.220	119.398.940	119.170.930	120.358.150
17	**= Ordentliche Aufwendungen**	**713.741.117**	**786.342.722**	**777.688.347**	**817.013.275**	**817.931.260**	**807.395.230**	**813.910.290**	**818.877.000**
18	**= Ordentliches Ergebnis**	**578.677**	**-10.420.250**	**30.001.260**	**26.647.242**	**25.349.130**	**27.702.060**	**31.668.690**	**43.110.330**
19	+ Finanzerträge	1.245.335	1.155.021	1.367.539	1.753.558	1.669.480	1.686.750	1.763.880	1.232.270
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	35.812.570	33.023.514	29.564.112	25.542.549	26.182.720	28.137.310	30.413.470	33.396.680
21	**= Finanzergebnis**	**-34.567.235**	**-31.868.493**	**-28.196.572**	**-23.788.991**	**-24.513.240**	**-26.450.560**	**-28.649.590**	**-32.164.410**
22	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**-33.988.558**	**-42.288.742**	**1.804.687**	**2.858.251**	**835.890**	**1.251.500**	**3.019.100**	**10.945.920**
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0
25	**= Außerordentliches Ergebnis**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**= Jahresergebnis**	**-33.988.558**	**-42.288.742**	**1.804.687**	**2.858.251**	**835.890**	**1.251.500**	**3.019.100**	**10.945.920**

Die Investitionen bewegen sich auch im Jahr 2018 auf dem von der Bezirksregierung in ihrer Haushaltsverfügung festgesetzten Niveau. Da nur in einem Umfang Investitionskredite aufgenommen werden können, in dem Tilgungsleistungen vorgenommen werden, sind Investitionskredite in Höhe von 19,0 Mio. EUR vorgesehen gewesen. Unter Zugrundelegung von Einzahlungen für Investitionstätigkeiten ließen sich Gesamtinvestitionen in Höhe von 69,4 Mio. EUR finanzieren (Ergebnis: 57,2 Mio. EUR). Dies verdeutlicht den enormen Investitionsbedarf für Oberhausen.

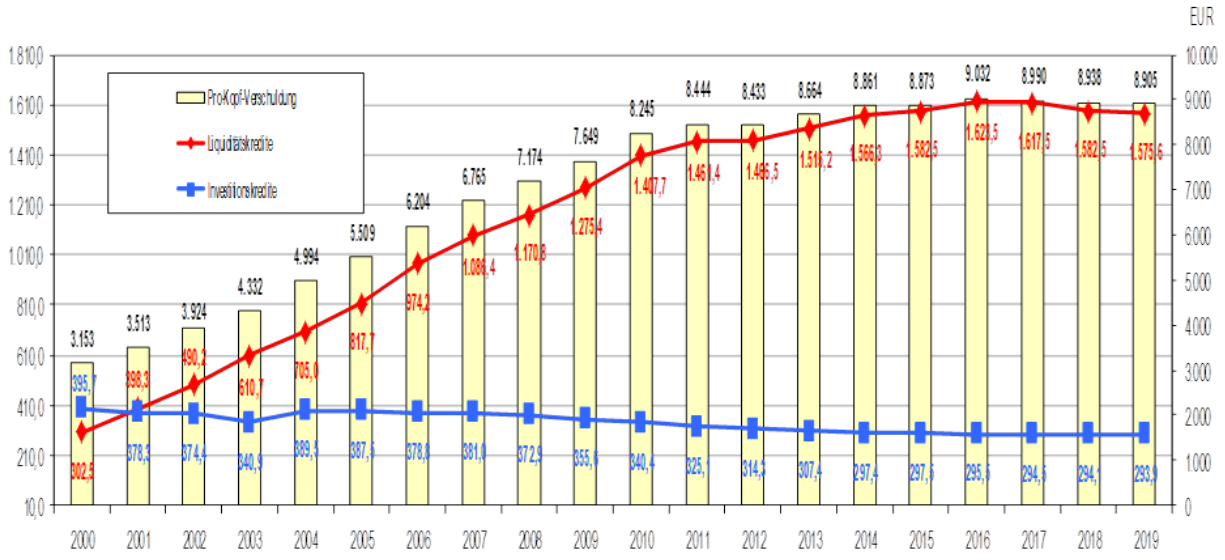
Wie in den Vorjahren unterliegt der HSP einem umfassenden Controlling durch die Kommunalaufsicht. Vierteljährliche Berichte und die Darstellung der Maßnahmenumsetzung sind fester Bestandteil des Controllings. Dies wurde durch die Einführung eines Risikomanagements ergänzt. Unter besonderer Beobachtung stehen HSP-Maßnahmen mit großem Konsolidierungsvolumen. Ebenso ist mit der Bezirksregierung ein eigenes Controllingverfahren für die Einsparungen der OGM vereinbart worden, welches den Gremien des Rates in regelmäßigen Abständen zur Verfügung gestellt wird.

Der Haushalt zeigt, dass in 2018 keine Neuverschuldung notwendig war, sondern vielmehr eine Reduzierung der Verbindlichkeiten (ausgehend von den Investitionskrediten und Liquiditätskrediten) von 29,8 Mio. EUR und damit nur noch einen Bruchteil von dem ausmacht, was die Stadt in den Jahren vor dem Stärkungspakt Stadtfinanzen aufnehmen musste.



Anstieg der Verschuldung in Prozent zur Verschuldung im Vorjahr von 2002-2018, Berücksichtigung der Investitionskredite und Liquiditätskredite (vgl. nachfolgende Darstellung), Stadt Oberhausen, Bereich 1-1/Finanzen

Allein die drastische Reduzierung der Neuverschuldung bis hin zur Reduzierung um 1,9 % im abgelaufenen Haushaltsjahr 2018 rechtfertigt die Aussage, dass die Unterstützung des Landes, aber auch die großen Anstrengungen der Stadt helfen, den Haushalt erfolgreich zu konsolidieren.



Verschuldung 2000 – 2019 (2019 Plandaten). Stadt Oberhausen, Bereich 1-1/Finanzen

4.5.2 Konzernstruktur

Die Stadt Oberhausen hat in der Vergangenheit einen Großteil ihrer kommunalen Aufgaben auf eigenbetriebsähnliche Einrichtungen und Unternehmen in privatrechtlicher Form übertragen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Diese Verselbstständigung von Aufgabenbereichen war notwendig, um den Anforderungen des Strukturwandels gerecht zu werden, die Aufgabenerfüllung zu optimieren und angesichts knapper finanzieller Ressourcen einen Handlungsspielraum zu bewahren. Die Beteiligungsgesellschaften werden aufgrund ihrer finanziellen Bedeutsamkeit für den städtischen Haushalt kontinuierlich in den laufenden Konsolidierungsprozess miteinbezogen.

Bei den nachfolgenden Gesellschaften handelt es sich in erster Linie um Beteiligungen, die wesentlichen Einfluss auf die Stadtfinanzen haben, indem sie direkt/indirekt Erträge für den Haushalt erbringen oder städtische Zuschüsse erhalten. Eine ausführlichere Übersicht zu den Beteiligungen der Stadt Oberhausen ist im Beteiligungsbericht zu finden.

<u>ASO-Verbund mit Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen (ASO Eigenbetrieb), Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH (ASO gGmbH) und ASO Service GmbH</u>

Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung ASO Eigenbetrieb beschränkt sich seit Ausgründung der ASO gGmbH auf die Verwaltung von Grundstücken und Gebäuden. Gesellschaftszweck der ASO gGmbH ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung und Pflege älterer Menschen durch den Betrieb stationärer und ambulanter Pflegeeinrichtungen sowie die Bewirtschaftung altersgerechter Wohnanlagen. Die ASO Service GmbH stellt der ASO gGmbH Reinigungs-, Küchen-, Wäscherei- und Stationshilfen zur Verfügung. Alle

Gesellschaften des ASO-Verbundes gehören vollständig zur Stadt Oberhausen. Der ASO-Verbund führt Überschüsse an die Stadt ab, die vollständig für gemeinnützige Zwecke eingesetzt werden. Im Jahr 2018 wurden Zahlungen im Umfang von rd. 50 TEUR an die Stadt weitergereicht.

BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH

Bei der BFO handelt es sich um eine gemeinnützige Gesellschaft, deren Aufgabe in der Beschäftigungsförderung von am Arbeitsmarkt benachteiligten Personengruppen besteht. Der Geschäftsbetrieb der BFO konzentriert sich seit dem Jahr 2013 auf die vom Land NRW geförderte „Beratungsstelle Jugend und Beruf". Das Angebot der „Beratungsstelle Jugend und Beruf" besteht vornehmlich aus klassischer Einzel- und Gruppenberatung. Zudem wirkt die Beratungsstelle aktiv an Projektangeboten im Bereich Berufsorientierung/-beratung mit. Die BFO erhält von der Stadt Oberhausen als alleiniger Gesellschafterin einen Betriebskostenzuschuss. Dieser betrug im Jahr 2018 rd. 101 TEUR.

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH (ENO)

Die ENO ist zusammen mit der OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH Teil der mehrsäuligen Wirtschaftsförderung in Oberhausen und versteht sich als Bindeglied zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Die Stadt Oberhausen und rd. 45 Unternehmen sind je zur Hälfte am Kapital der ENO beteiligt. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört die Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen im Raum Oberhausen. Die ENO formuliert und finanziert Aufgaben bzw. Projekte, die von der OWT operativ umgesetzt werden. Die Stadt Oberhausen als Hauptgesellschafterin der ENO hat in 2018 Gesellschafterleistungen in Höhe von 434.600 EUR (einschließlich Umsatzsteuer) erbracht.

Energieversorgung Oberhausen AG (evo)

Die evo nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energie-erzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Aktionäre der Gesellschaft sind die Innogy SE – vormals RWE Deutschland AG – (10 %), die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (10 %) sowie die FSO GmbH & Co. KG (80 %), an der die zwei erstgenannten Gesellschaften zu jeweils 50 % beteiligt sind. Die evo erzielt regelmäßig Gewinne und führt diese über die FSO GmbH & Co. KG zur Hälfte an die STOAG ab; im Jahr 2018 im Umfang von rund 5,5 Mio. EUR.

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA)

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Die Anteile an der GMVA werden zu 15 % von der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH gehalten, weitere 49 % hält REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH, die restlichen 36 % die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg AöR. Die GMVA betreibt seit den 1970er Jahren eine Müllverbrennungsanlage in Oberhausen. Seit dem 01.01.2014 werden die langfristigen Lieferverträge mit den Städten Oberhausen und Duisburg durch die neugegründete GMVA GmbH & Co. KG, welche zu 100 % der GMVA gehört, gehalten und die GMVA im Rahmen eines Unterauftragsmodells mit der Entsorgung beauftragt. Zusammen mit den Müllmengen aus dem Kreis Kleve und von REMONDIS werden die vorhandenen Müllverbrennungskapazitäten vollständig ausgelastet.

Als Folge der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts für das Land NRW (OVG NRW) vom 27.04.2015 und des sich daran orientierenden Preisprüfberichts der Preisüberwachungsstelle bei der Bezirksregierung Düsseldorf vom 10.02.2016 für das Jahr 2011 wurde die Anpassung der Verbrennungsverträge mit der Stadt Oberhausen und der Wirtschaftsbetriebe Duisburg AöR aus dem Jahr 2000 notwendig. Der Abschluss der „3. Nachtragsvereinbarungen zu den Verträgen über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen aus dem Jahre 2000“ trägt den Vorgaben des OVG NRW und der Preisprüfung an die Ermittlung eines preisrechtlich zulässigen Verbrennungsentgeltes Rechnung. Die sich daraus ergebenden Vorgaben zur Preiskalkulation reduzieren die Gewinnpotenziale der GMVA erheblich.

Die positive Entwicklung der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit führt für das Geschäftsjahr 2018 zu einem Jahresüberschuss in Höhe von 13.609 TEUR. Die Verwendung des Überschusses unterliegt den Regelungen aus dem „Vertrag über die Bewältigung der finanziellen Folgen einer Anpassung des Verbrennungsentgeltes auf der Grundlage der 3. Nachtragsvereinbarung“ und der darauf basierenden geänderten Satzung in Bezug auf die Gewinnausschüttung.

Die STOAG hat in ihren Planungen 2019 eine Ausschüttung der GMVA für das Geschäftsjahr 2018 in Höhe von 1.200 TEUR berücksichtigt.

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH (IKF)

Zu den Hauptaufgaben der IKF gehört die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen sowie die Förderung des internationalen Kurzfilms und weiterer Kunstformen technischer Medien. Die Stadt Oberhausen zahlte als alleinige Gesellschafterin im Jahr 2018 einen Zuschuss in Höhe von 754.400 EUR.

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH)

Die LAH steht zu 100 % im Eigentum der Stadt Oberhausen und ist vorrangig für den Betrieb der Luise-Albertz-Halle in Oberhausen verantwortlich. Die Luise-Albertz-Halle ist eine öffentliche Einrichtung im Sinne des § 8 der Gemeindeordnung Nordrhein- Westfalens. Sie dient als Veranstaltungs- und Tagungszentrum sowie als Erholungs-, Versammlungs-, Kultur- und Bildungsstätte und steht allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu diesen Zwecken zur Benutzung offen. Die Stadt Oberhausen zahlte im Jahr 2018 einen Verlustausgleich von rd. 1,116 Mio. EUR.

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM)

Die Gesellschaftsanteile der OGM sind zu 100 % in der Hand der Stadt Oberhausen. Das Aufgabenspektrum der Gesellschaft umfasst unter anderem die Durchführung von Baumaßnahmen, die Bereitstellung von Informations- und Kommunikations-technik, die Reinigung von Schulen, städtischen Kindertageseinrichtungen und Verwaltungsgebäuden, den Betrieb von Sport- und Freizeitbädern sowie die Pflege der städtischen Grünanlagen.

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH (OVP)

Alleinige Gesellschafterin der OVP ist die PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH. Hauptaufgabe der OVP ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte, insbesondere von Grundstücksteilflächen des ehemaligen Stahlwerksgeländes in Oberhausen, um Investoren, Eigennutzern und Projektent-

wicklern geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können. Die Geschäftstätigkeit beschränkt sich auf die Abwicklung der Veräußerung des ehemaligen Stahlwerkgeländes in Oberhausen.

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH (PBO)

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte mit dem Ziel, zukunftsorientierte Wirtschaftsstrukturen zu fördern und zu stärken. Dazu erwirbt die PBO Grundstücke und Gebäude oder sichert sich entsprechende Verfügungsrechte und schafft – ggf. mit Unterstützung Dritter – die notwendigen wirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen zur Vermarktung dieser Flächen. Gesellschafter sind die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (51 %), die Energieversorgung Oberhausen AG (40 %) sowie die Stadtsparkasse Oberhausen (9 %).

Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR)

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung des Sports sowie der Gesundheit und Erholung. Diesen Zweck verwirklicht die Gesellschaft durch den Betrieb von Freizeitanlagen mit überörtlicher Bedeutung, die als Betriebsstätten der Gesellschaft geführt werden in denen verschiedene Kurs- und Programmangebote unterbreitet sowie Park-, Spiel- und Wassersportflächen bereitgestellt werden.

Von der Gesellschaft werden folgende Betriebsstätten geführt:
- das Freizeitzentrum Kemnade (Bochum),
- der Revierpark Nienhausen (Gelsenkirchen),
- der Revierpark Mattlerbusch (Duisburg) und
- der Revierpark Vonderort (Oberhausen).

Die Stadt Oberhausen hält an der FMR 4,05 % der Anteile und zahlte im Jahr 2018 für die Betriebsstätte Revierpark Vonderort einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 297.600 EUR.

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG)

Die Anteile an der STOAG werden alleine von der Stadt Oberhausen gehalten. Die STOAG erbringt den Bus- und Straßenbahnverkehr in Oberhausen sowie auf übergreifenden Linien der Nachbarstädte Duisburg, Essen, Bottrop und Mülheim. Darüber hinaus hält die STOAG Beteiligungen an verschiedenen Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen und bildet mit diesen zusammen eine Finanzholding. Die STOAG erhält für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Aufgaben einen Ausgleich von den bedienten Gebietskörperschaften auf Grundlage des im Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr beschlossenen EU-konformen Finanzierungssystems. Auf die Stadt Oberhausen entfiel im Jahr 2018 nach Anrechnung der Beteiligungserträge ein Finanzierungsbetrag von rund 4,9 Mio. EUR. Aufgrund aperiodischer Effekte sowie aufgrund höherer Beteiligungserträge hatte sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr verbessert.

Theater Oberhausen

Bei dem Theater der Stadt Oberhausen handelt es sich um eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung mit dem Auftrag, die Darstellende Kunst – insbesondere mit der Durchführung von Theateraufführungen – zu fördern. Daneben wird auch ein Kinder- und Jugendtheater

betrieben. Die Einrichtung erhält jährlich einen Betriebskostenzuschuss; im Jahr 2018 in Höhe von rd. 8,640 Mio. EUR.

VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH (VZO)

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, der Um- und Neubau sowie die Verwaltung und Vermarktung von Verwaltungszentren in Oberhausen. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Oberhausen. Die VZO erwirtschaftet seit 2012 regelmäßig einen Gewinn. Seit 2016 sind Ausschüttungen an die Stadt Oberhausen in Höhe von rd. 500.000 EUR pro Jahr vorgesehen.

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO)

Gesellschafter der WBO sind die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH mit einer Beteiligungsquote von 51 % sowie die REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH mit einem Anteil von 49 %. Die WBO übernimmt hauptsächlich Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen in den gebührenrelevanten Bereichen

- Entwässerung,
- Müllabfuhr,
- Straßenreinigung

sowie in den nichtgebührenrelevanten Bereichen

- Fließgewässer,
- Straßenunterhaltung,
- Kfz-Werkstattbetrieb,
- Abfallwirtschaft,
- Unterhaltung von Verkehrsflächen und Signalanlagen.

Die WBO erzielt Gewinne (2018: 4,136 Mio. EUR), die sie entsprechend der oben genannten Beteiligungsquoten an die Gesellschafter ausschüttet. An die STOAG wurde im Jahr 2018 aus dem Ergebnis 2017 ein Betrag von 4,394 Mio. EUR (Vorjahr 3,865 Mio. EUR) x 51 % = 2,239 Mio. EUR abgeführt.

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH (OWT)

Die OWT ist eine 100 %-prozentige Tochter der Stadt Oberhausen und dient der Zweck der Verbesserung der räumlichen, sozialen, touristischen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk, Tourismus und Dienstleistungen auf allen Gebieten. Die OWT ist zusammen mit der Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH Teil der zweigleisigen Wirtschaftsförderung in Oberhausen. Im Berichtsjahr hat die Gesellschafterin 1.062 TEUR zum Verlustausgleich geleistet.

4.6 Wesentliche Chancen und Risiken des „Konzerns Stadt Oberhausen“

4.6.1 Chancen

4.6.1.1 Generelle Chancen

Der Umsetzung des Haushaltssanierungsplans (HSP) kommt eine große Bedeutung für die Entwicklung des städtischen Haushalts und seiner Finanzierung zu. Zum einen bildet er die Basis für einen zukünftigen Haushaltsausgleich und einen möglichen Schuldenabbau, zum anderen schafft ein genehmigter HSP eine Vertrauensbasis bei den Kreditinstituten, die für die zukünftige Liquiditätsversorgung notwendig ist. Der HSP 2018 weist einen Haushaltsausgleich mit Landeshilfe ab 2017 und ohne Landeshilfe ab 2021 aus. Damit wird deutlich, dass die Haushaltskonsolidierung erfolgreich ist und der Haushaltsausgleich nachhaltig möglich ist. Dadurch ist gewährleistet, dass der Anstieg der Neuverschuldung gestoppt wurde und ab 2017 ein Abbau der Kassenkredite erfolgt ist. Langfristiges Ziel ist der Aufbau von Eigenkapital. Bisher ist der Kreditmarkt stabil und weist weiterhin niedrigste Zinsen aus. Solange dies der Fall ist bietet sich die Chance in einer gemeinsamen Initiative von Bund, Ländern und Kommunen die Altschuldenproblematik zu lösen und damit die Zins- und Liquiditätsrisiken abzuschaffen und die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung wieder voll umfänglich zu ermöglichen.

Die Aufstellung des HSP dient nicht allein der Schuldenbremse und der Sicherung der Liquidität, sondern auch und besonders der Rückgewinnung der kommunalen Handlungsfähigkeit und damit der Schaffung neuer Zukunftsperspektiven. Die Genehmigung des HSP versetzt die Stadt Oberhausen in die Lage, wieder Fördermöglichkeiten nutzen und neue Projekte in der Stadt anstoßen zu können. Dies ist dringend erforderlich, um der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung positive Impulse geben zu können.

Mit den Förderprojekten Brückenschlag für die Stadtteile Alt-Oberhausen und Lirich, Soziale Stadt Osterfeld sowie dem Entwicklungsprogramm für die Sterkrader Innenstadt wird die Entwicklung der Stadtteile massiv unterstützt und die soziale Infrastruktur weiterentwickelt.

Bei der Sportentwicklung werden mit dem Ausbau weiterer Anlagen zusätzliche Akzente gesetzt. Die Kultureinrichtungen können ihre erfolgreiche Arbeit mit guten Rahmenbedingungen fortsetzen und einen erheblichen Beitrag für bessere Bildungschancen und ein gutes Image der Stadt leisten. Oberhausen bleibt für den Tourismus weiter attraktiv und schöpft daraus neue wirtschaftliche Potentiale. Die Betriebsstättenzählung macht zarte positive Entwicklungen in weiteren Wirtschaftsbranchen deutlich und die Ergebnisse des Bildungsmonitoring weisen auf Verbesserungen bei den Bildungserfolgen der Oberhausener Schulen hin.

Die auf Bundesebene verabschiedeten Gesetze zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und die Landesinvestitionsförderung im Rahmen von „Gute Schule 2020“ bieten neue Chancen. Sie verfolgen das Ziel, die Stärkung der Investitionstätigkeit insbesondere finanzschwacher Kommunen zu unterstützen und Investitionen mit den Schwerpunkten Infrastruktur und Bildungsinfrastruktur in finanzschwachen Kommunen zu ermöglichen. Weitere angekündigte und beschlossene Förderprogramme des Bundes und des Landes bieten herausragende Chancen die städtische Infrastruktur zu entwickeln und die Investitionsdefizite abzubauen.

Diese Entwicklung kann nur weiter unterstützt werden, wenn der Konsolidierungsprozess mit dem Haushaltsausgleich erfolgreich abgeschlossen wird. Dass dies in der strukturellen Situation Oberhausens kein einfacher Weg ist, dürfte allen bekannt sein. Umso wichtiger ist es, die Balance zwischen Konsolidierung auf der einen und ökonomischer sowie sozialer Entwicklung auf der anderen Seite zu halten.

4.6.1.2 Chancen aus Beteiligungen

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

Der OGM kommt aufgrund ihrer vielfältigen Leistungsbeziehungen zur Stadt Oberhausen eine besondere Rolle im Rahmen der Haushaltssanierung zu. Durch die im Jahr 2013 vorgenommene Neustrukturierung bzw. Neufassung des bestehenden Vertragswerkes zwischen Stadt und OGM sowie die Überarbeitung der Leistungsfelder, Aufgabenkataloge und Leistungsstandards sollen ab 2014 pro Jahr Einsparpotenziale in Höhe von 8,1 Mio. EUR, ab 2016 sogar bis zu 11,5 Mio. EUR realisiert werden. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Einrichtung eines strategischen Immobilienmanagements, mit dessen Unterstützung die Unterhaltungskosten für städtische Anlagen und Gebäude langfristig gesenkt werden sollen. Begleitet wurde der Konzeptionierungsprozess von der Ernst & Young GmbH.

Darüber hinaus wurde die OGM seit September 2016 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KMPG AG hinsichtlich einer Neuordnung der gesamten Organisation und Struktur untersucht; der entsprechende Bericht liegt seit dem 20.02.2017 vor.

Im Rahmen eines stadtkonzerninternen Projektes wurden die Basisergebnisse der externen Untersuchung mit sieben Unterarbeitsgruppen in Kooperation mit der OGM selbst und unter Einbeziehung politischer Vertreter weiter vertieft. Der Rat der Stadt hat im Juni 2018 beschlossen, a) die IT-Abteilungen der OGM und der Stadt zusammenzuführen sowie b) die Aufgaben der OGM schnellstmöglichst weitestgehend durch einen städtischen Eigenbetrieb wahrnehmen zu lassen; hierzu wurde eine entsprechende Arbeitsgruppe gebildet. Die Restrukturierung der IT wurde zum 01.01.2020 umgesetzt, die Betriebsaufnahme des Eigenbetriebes für Gebäudemanagement und Grün soll zum 01.01.2021 erfolgen.

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

Tariflich attraktive Angebote, wie zum Beispiel das CityO.Ticket, HappyHourTicket oder das verbundweit gültige YoungTicketPLUS ab 2018, können motivieren, Bus- und Bahnfahren in Oberhausen für unterschiedliche Kundengruppen attraktiver zu machen und auf den ÖPNV umzusteigen. Für den 01.01.2019 ist ein NRW-weit gültiges Ticket für Auszubildende geplant.

Für Gelegenheitsnutzer wurde im Jahr 2018 ein e-Ticket (“nextTicket“) einem mehrmonatigen Praxistest unterzogen werden. Dabei sollen – im Gegensatz zum klassischen Flächentarif – die Fahrten auf Basis der tatsächlich genutzten Nahverkehrsleistungen abgerechnet werden. Darüber hinaus müssen die Zugangsbarrieren zum ÖPNV weiter gesenkt und die Planbarkeit der Reiseroute weiter erhöht werden. Digitale Kommunikationsmittel – wie die Verbund-App – bieten neue Chancen für eine vernetzte Mobilität. Digitale Innova-

tionen, wie der elektronische Tarif, und der elektronische Vertrieb als HandyTicket oder über den Online-Ticketshop werden die Nutzung des ÖPNV einfacher und komfortabler gestalten.

Die drei Zweckverbände Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, Nahverkehr Rheinland und Nahverkehr Westfalen-Lippe haben beschlossen, zusammen an einem neuen Ticketsystem zu arbeiten. Das sogenannte Check-in/Be-out-System (CiBo) soll automatisch erkennen, wenn ein Fahrgast ein Verkehrsmittel betritt (Check-in) oder verlässt (Be-out). Nach Beenden der Fahrt erfolgt auf dieser Grundlage eine automatische Berechnung des Fahrpreises. CiBo wird so konzipiert, dass es in reguläre und bestehende Apps integriert werden kann und soll ab 2020 den Fahrgästen zur Verfügung stehen. Dieses System soll Zugangshemmnisse zum Nahverkehrssystem abbauen und den ÖPNV auch den Kunden, die wenig bis gar keine Tarif- und Netzkenntnisse besitzen, erschließen.

Die neuen On-Demand-Verkehre könnten zukünftig als zusätzliches Mobilitätsangebot eine wichtige Rolle spielen. Dabei werden die Verkehrsmittel auf Bestellung kommen, ohne feste Haltestellen, festgelegte Routen und festen Fahrplan. Die Kunden können „on demand“, flexibel und bedarfsgerecht Fahrten über eine App anfordern.

Betrauung im Rahmen einer Direktvergabe

Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 27. November 2017 die Vergabe von Verkehrsleistungen nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 ab dem 01.01.2020 für zehn Jahre an die STOAG beschlossen. Im Rahmen der im Verfahren vorgeschriebenen Veröffentlichung der beabsichtigten Direktvergabe sind keine eigenwirtschaftlichen Anträge anderer Verkehrsunternehmen eingereicht worden. Damit können die weiteren vergaberechtlichen Schritte seitens der Stadt Oberhausen bzw. des Verkehrsverbunds Rhein-Ruhr, der für die Stadt Oberhausen die Aufgaben in diesem Verfahren übernommen hat, eingeleitet werden, damit die STOAG auch über den 31.12.2019 hinaus den ÖPNV in Oberhausen erbringen kann und damit die Arbeitsplätze sowie die Finanzierung der STOAG sichergestellt sind.

Weiterentwicklung der E-Mobilität

Der weitere Ausbau der Elektromobilität ist abhängig von der Umsetzung und Weiterentwicklung der Förderprogramme von Bund und Land. Mit der Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Elektrifizierung des STOAG-Gesamtnetzes beabsichtigt die STOAG, ein langfristiges Konzept zur Weiterentwicklung der Elektromobilität zu erstellen, geeignete technische Lösungen zu identifizieren und hinsichtlich der resultierenden ökonomischen und ökologischen Auswirkungen zu bewerten. Dieselfahrverbote können auch Oberhausen betreffen, so dass die Bedeutung der umweltfreundlichen Busse und Bahnen in den Fokus gestellt wird und die Nutzung energieeffizienterer Mobilitätsformen von den Oberhausener Bürgern in Erwägung gezogen wird.

Energieversorgung Oberhausen AG (evo)

Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz

Aus der Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes ergeben sich für die evo insbesondere in den nächsten Jahren Chancen im sich wandelnden Energiemarkt. Gasbetriebene Bestandsanlagen der öffentlichen Versorgung, über die auch die evo verfügt, werden hierbei gefördert.

4.6.2 Risiken

4.6.2.1 Generelle Risiken

Ein besonderes Risiko hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung besteht für alle Stärkungspaktkommunen. Durch die steigende Steuerbelastung und den Abbau von Leistungen kann die Attraktivität der betroffenen Städte in Mitleidenschaft gezogen werden. Eine wirtschaftliche Stabilisierung und die Überwindung der negativen Folgen des Strukturwandels werden dadurch erheblich erschwert. Insbesondere, weil diese Entwicklung eine regionale ist und das gesamte Ruhrgebiet und das bergische Städtedreieck betrifft.

Für die kommunale Ertragsseite ist die wirtschaftliche Entwicklung aber von großer Bedeutung. Ist sie doch Garant für höhere Steuereinnahmen und ausreichende Mittel in der Verbundmasse für die Schlüsselzuweisungen des Landes. Die in den letzten Jahren relativ konstant steigenden Schlüsselzuweisungen und die hohen Steuereinnahmen haben von einer stabilen Wirtschaftsentwicklung gezeugt, die sich in 2017 auch in Teilen des Ruhrgebiets und insbesondere in Oberhausen gezeigt hat. Alle Prognosen deuten aber für die Zukunft auf eine sich abschwächende Konjunktur hin. Ob dies so eintritt wird die zukünftige Entwicklung zeigen. Insbesondere internationale Entwicklungen lassen Auswirkungen auf die europäische und deutsche Wirtschaft befürchten. Um entsprechend reagieren zu können, werden im Rahmen des Risikomanagements alternative Szenarien betrachtet.

Von der wirtschaftlichen Entwicklung ist in der Regel neben der Ertragsseite auch die Aufwandsseite stark abhängig. Eine sich verschlechternde Wirtschaftslage hat auch steigende Sozialkosten zur Folge. Auch wenn sich die die Kosten der Unterkunft (KdU) für Arbeitslose im SGB II stabilisiert haben und die gute wirtschaftliche Entwicklung zu einer leichten Entlastung beigetragen hat, belastet die KdU den Haushalt enorm. Besonders besorgniserregend ist der Umstand, dass trotz der guten konjunkturellen Lage die Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet im Vergleich zum Bundesdurchschnitt und die Zahl der SGB-II-Bezieher immer noch viel zu hoch sind.

Auch der enorme Anstieg des Aufwands im Rahmen der erzieherischen Jugendhilfe, der Jugendsozialarbeit und der Prävention aus dem Jahr 2016 konnte gebremst und im Vergleich zu 2017 in 2018 konstant gehalten werden. Mit der Vergabe einer Organisationsuntersuchung zum gesamten Jugend- und Sozialbereich an die Firma Con_sens war die Hoffnung einer effizienteren Organisation und effektiveren Aufgabenwahrnehmung verknüpft. Die Ergebnisse des Gutachtens wurden in 2013 vorgelegt und sollten bereits umgesetzt worden sein. Durch die Verzögerung bei der Umsetzung des Gutachtens konnten die Konsolidierungspotentiale bisher nur teilweise ausgeschöpft werden. Die Beauftra-

gung der Firma Con_sens die Verwaltung bei der Umsetzung organisatorischer Maßnahmen zu unterstützen, zeigt erste Erfolge in Konsolidierung.

Finanzierung der Unterstützungsleistungen für Flüchtlinge

Die Kosten für Unterbringung, Versorgung und Integration belasten den städtischen Haushalt enorm. Die Übernahme der KdU für Flüchtlinge mit gesichertem Aufenthaltsstatus ist erst mal sichergestellt. Eine mittelfristige Übernahme dieser Kosten durch den Bund ist dringend geboten. Ansonsten entsteht hier eine neue ungerechtfertigte Belastung der kommunalen Haushalte. Die Beteiligung des Landes und des Bundes an den Kosten für Flüchtlinge im Asylbewerberleistungsgesetz ist bei weitem zu niedrig und muss dringend aufgestockt werden. In Oberhausen betragen die Kosten im Durchschnitt 14.000 bis 15.000 €. Die Erstattung jedoch beläuft sich auf ca. 10.000 €, was viel zu niedrig ist. Insbesondere die Erstattung für geduldete Flüchtlinge ist vernachlässigbar. Hier tragen die Kommunen die Kosten vollständig selbst. Eine Beteiligung wie bei den anderen Flüchtlingen ist dringend geboten.

Demografische Entwicklung

Darüber hinaus macht die damit zusammenhängende positive demografische Entwicklung verschiedene Einsparvorschläge im städtischen Haushalt, die im Zusammenhang mit dem Rückbau von Infrastruktur standen schwer umsetzbar. Dies betrifft auch die Einsparbemühungen bei den städtischen Beteiligungen. Im Gegensatz besteht erhöhter Bedarf an Plätzen in Kitas und Schulen.

4.6.2.2 Zinsrisiko im Besonderen

Aufgrund der hohen Verschuldung bleibt das Zinsrisiko eine der großen Unwägbarkeiten bei der Aufstellung eines Haushaltsanierungsplanes. Bei einer Gesamtverschuldung von 1.919.089 TEUR sind Zinssteigerungen trotz einer Reduzierung der Verbindlichkeiten in Höhe von 29,8 Mio. EUR, nur schwer aufzufangen. Augenblicklich geht die Stadt Oberhausen - ebenso wie die aktuellen Wirtschaftsprognosen - von einem stabilen Finanzmarkt mit weiterhin niedrigen Zinsen aus. Angesichts des zurzeit außerordentlich niedrigen Zinsniveaus kann mittelfristig jedoch nur mit steigenden Zinsen gerechnet werden. In der Kalkulation des HSP gilt es, diese mittelfristige Entwicklung zu berücksichtigen, um eine realistische Umsetzung zu ermöglichen.

Neben dem Zinsrisiko muss das Liquiditätsrisiko ständig beobachtet werden. Auch wenn augenblicklich genug Liquidität auf dem Markt ist, wird das Angebot bei einem sich ändernden Zinsniveau wieder zurückgefahren werden. Eine Entwicklung in diese Richtung könnte zu Liquiditätsschwierigkeiten führen, wenn sich Banken aus dem Kommunalkreditgeschäft zurückziehen oder aber auch ihre Kreditvolumen stark zurückfahren. Im Interesse einer wirksamen Liquiditäts- und Zinssicherung hat die Stadt Oberhausen ihre Liquiditätsbeschaffung mit einer Vielzahl an Kreditgebern breit gefächert und Zinsen und Liquidität durch den Abschluss entsprechender Geschäfte (Termingelder mit mehrjähriger Laufzeit) in großem Umfange gesichert. Neben dieser Strategie eröffnen sich Perspektiven in

der Aufnahme von Schuldscheindarlehen bei Anlegern, die an einer mittel- bis langfristigen sicheren Anlage interessiert sind. Die Reduzierung des Liquiditätsrisikos ist eng verbunden mit einer erfolgreichen Sanierung des kommunalen Haushalts. Ein genehmigtes HSP ist ein starkes Signal an die Banken.

Zins- und Liquiditätsrisiko machen deutlich, dass es dringend geboten ist, den Stärkungspakt in eine Regulierung der Altschulden umzuwandeln. Ziel muss eine von Bund, Land und Kommunen getragene Altschuldenregulierung sein, die zu einem langfristigen Abbau der Liquiditätskredite führt.

4.6.2.3 Risiken aus Beteiligungen im Besonderen

Energieversorgung Oberhausen AG (evo)

STEAG GmbH

Die von der evo erwirtschafteten und zum Teil direkt und zum Teil über die FSO an die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH ausgeschütteten Gewinne tragen wesentlich dazu bei, das jährliche Defizit des Verkehrsunternehmens zu verringern, was zu einer Entlastung des städtischen Haushalts führt. Die Höhe des evo-Gewinns wird dabei auch von den Erträgen beeinflusst, die sich aus der Beteiligung der evo an der STEAG GmbH ergeben.

Die evo ist gemeinsam mit fünf weiteren kommunalen Unternehmen der Rhein-Ruhr-Region über die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) zu sechs Prozent an der STEAG GmbH beteiligt. Der STEAG-Konzern, der zurzeit fünftgrößte deutsche Stromerzeuger, sieht sich nach wie vor mit einem Umfeld restriktiver und sich weiter verändernder regulatorischer Rahmenbedingungen konfrontiert.

Aufgrund der Herausforderungen der Energiewende und der sich verschärfenden Marktbedingungen hat der STEAG-Konzern ein umfassendes Transformationspro-gramm, nämlich das konzernweite Projekt STEAG 2022, aufgesetzt. Neben Effizienz-steigerungen sind auch Portfoliomaßnahmen und die Forcierung von Wachstumsprojekten angedacht. Da die Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital zur Finanzierung von Wachstumsprojekten nicht geplant ist, soll Kapital durch Teilverkäufe von Tochtergesellschaften generiert werden.

Die STEAG plant für das Geschäftsjahr 2019 eine Gewinnabführung an die KSBG im Jahr 2020 von 45 Mio. EUR. Die sechs an der KSBG beteiligten Stadtwerke verzichten für die Geschäftsjahre bis inklusive 2021 zugunsten der notwendigen Stärkung der Finanzkennzahlen der KSBG jeweils auf eine Ausschüttung.Es ist geplant, die Anschlussfinanzierung der KSBG bis zum Jahr 2023, bestehend aus folgenden drei Teilen, im Jahre 2019 abzuschließen:

- Konsortialkreditvertrag,
- Aufwärtsdarlehen bei der STEAG und
- nachrangiges Gesellschafterdarlehen.

Die Gewährung von nachrangigen Gesellschafterdarlehen ist für die evo u.a. mit folgenden Chancen und Risiken verbunden:
Bei dem geplanten nachrangigen Gesellschafterdarlehen ist eine Rückzahlung erst nach Befriedigung der Ansprüche der anderen Gläubiger möglich; die Ansprüche der Darlehensgeber sind unbesichert. Dafür ist eine erhöhte Verzinsung vorgesehen, wobei diese Zinsen erst bei Endfälligkeit des Darlehens – angedacht im Jahr 2023 – fällig werden.

Nach der erfolgreichen Refinanzierung soll der Verkauf der STEAG-Anteile ur-sprünglich bis Ende 2019 angestrebt werden. Der neue strategische Gesellschafter muss dabei – nach Änderung der Gesellschaftsverträge – nicht mehrheitlich-kommunal sein.

Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH (FWSRR)

Die Gesellschafter des Projektes Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH (FWSRR), an dem die evo – neben der STEAG Fernwärme GmbH und der Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH – mit 18,3 % beteiligt ist, haben einstimmig beschlossen, alle Aktivitäten bei diesem Projekt einzustellen und keine weiteren Leistungen für dieses Projekt zu beauftragen, da es im FWSRR-Modell zu deutlich höheren Kosten im Vergleich zu alternativen Modellen, wie zum Beispiel zum Stand-Alone-Modell der evo, kommt. Das Planfeststellungsverfahren wurde unverändert fortgeführt; hierfür ist der Genehmigungsbescheid Ende des Jahres 2019 zu erwarten. Ungeachtet der letztendlichen Entscheidung über den Planfeststellungsantrag besteht für die evo aus den Regelungen des FWSRR-Konsortialvertrags keine rechtliche Verpflichtung, einem ggf. von den übrigen Gesellschaftern doch gewünschten Baubeschluss zuzustimmen, selbst wenn dafür alle notwendigen rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sein sollten.

In der Budgetplanung wurde dieses Projekt nicht mehr einbezogen, sondern stattdessen nach dem Stand-Alone-Konzept die Anschaffung von zwei konkreten eigenständigen Projekten in der Investitionsplanung aufgenommen, so dass auch zukünftig die Fernwärmeversorgung in Oberhausen gewährleistet ist.

Wenn sich die Wirtschaftlichkeit des Projektes FWSRR für die evo durch geänderte Rahmenbedingungen doch noch darstellen sollte, könnte die evo dieses Projekt auch noch realisieren.

Verlust von Marktanteilen

Im wettbewerbsintensiven Markt ist aufgrund der prognostizierten höheren Wechselbereitschaft der Kunden infolge der verbesserten Markttransparenz durch Vergleichs- und Wechselportale zu erwarten, dass die Marktanteile der evo im Netzgebiet Oberhausenwie schon in den Vorjahren weiter zurückgehen werden (geplant zum Ende des Jahres 2019 bei Strom 78 % sowie bei Gas 79 %) und somit das Absatz- und Umsatzvolumen sinken wird. Auf dem Strommarkt konkurriert die evo im Oberhausener Netzgebiet mit 249 Anbietern, im Gasbereich sind es 174 (Stand jeweils 31. Dezember 2017).

Die geschilderten, weiterhin nur schwer berechenbaren Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft stellen alle Versorger weiterhin vor große wirtschaftliche Herausforderungen. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich nur noch verminderte zugestandene Gewinne realisieren; im Bereich Energievertrieb herrscht ein deutlich zunehmender Wettbewerb. Aus diesen Umständen resultiert ein steigender Erlös- und Kostendruck.

Das mit den Aktionären der evo vereinbarte Ausschüttungsziel von 11 Mio. EUR kann in den nächsten Jahren wahrscheinlich nicht mehr vollständig operativ erwirtschaftet werden, sondern nur durch Sondereffekte, wie z.B. der Auflösung von Drohverlustrückstellungen aus Vorjahren oder der Erhöhung der Nutzungsdauer des Anlagevermögens und damit die Reduzierung der Höhe der Abschreibungen, realisiert werden. Darüber hinaus verfolgt die evo ein Konzept zur Rückgewinnung von ehemaligen Kunden und zur Ausweitung von Marktanteilen außerhalb des Stadtgebietes von Oberhausen.

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH

Die GMVA erhält von der Stadt Oberhausen für die übernommene Abfallentsorgung ein Leistungsentgelt, das in die Kalkulation der Abfallgebühren einfließt. Die Entgeltzahlungen unterliegen den Beschränkungen des öffentlichen Preisrechts. Die Verbrennungsentgelte waren Gegenstand von verwaltungsgerichtlichen Verfahren, bei denen die Rechtmäßigkeit der Gebührenbescheide überprüft wurde. Das OVG NRW hat am 27.04.2015 rechtskräftig entschieden, dass von der GMVA ermittelten Verbrennungsentgelte für das Gebührenjahr 2012 aus mehreren Gründen preis-rechtsrechtswidrig ermittelt wurden und überhöht seien. Die Gebührenbescheide für 2012 wurden aufgehoben. Den Kalkulationen der Verbrennungsentgelte für 2010/2011 und 2013 lagen die gleichen Rechtsfehler zugrunde.

Für die Zukunft werden die LSP-Preiskalkulationen der Preisprüfstelle der Bezirksregierung Düsseldorf vor Verabschiedung der entsprechenden Satzungen vorgelegt, um auch hier Risiken zu vermeiden. Auch für die Folgejahre werden die Preisprüfberichte eingeholt und im Rahmen der städtischen Gebührenkalkulationen berücksichtigt.

Die aufgrund der Anpassung der Verbrennungsverträge mit der Stadt Oberhausen und der WBD Wirtschaftsbetriebe Duisburg AöR beruhende nachhaltige Reduzierung der Verbrennungsentgelte führt zu Umsatzverlusten der GMVA und macht dort erhebliche Neustrukturierungsmaßnahmen zur Sicherstellung der Überlebens-fähigkeit der Gesellschaft erforderlich; hierzu haben die Gesellschafter, die GMVA und die GMVA & CO KG am 01.12.2016 einen Vertrag über die Bewältigung der finanziellen Folgen einer Anpassung des Verbrennungsentgelts geschlossen. Vor dem Hintergrund der von den Gesellschaftern von der GMVA erwarteten Beiträgen zur Stabilisierung der Gesellschaft, insbesondere hinsichtlich der Reduzierung von Kosten, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass die positive Fortführungs-prognose sich nicht nur bestätigt, sondern deutlich positive Jahresergebnisse erwirtschaftet werden.

Wesentliche vertragliche Grundlagen zur Lieferung von Abfall laufen in den nächsten beiden Jahren aus. Daher ist das Vertragswerk zur Auslastung der Anlage unter Erzielung auskömmlicher Entgelte neu zu verhandeln bzw. es sind Verträge zur Kompensation wegfallender Abfallmengen zu schließen.

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

Die STOAG ist u. a. an der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH, Energieversorgung Oberhausen AG (evo), GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH sowie der RWE AG beteiligt. Die hierdurch vereinnahmten Beteiligungserträge tragen zur Reduzierung des Defizits aus der operativen Geschäftstätigkeit bei.

Die Geschäftsführung kann durch organisatorische Optimierung das operative Defizit der STOAG verringern. Sie hat jedoch keinen unmittelbaren Einfluss auf die erwirtschafteten Jahresüberschüsse und die damit verbundenen Ausschüttungen der Beteiligungsunternehmen. Bei rückläufigen Beteiligungserträgen besteht somit die Gefahr, dass das Gesamtbetriebsergebnis der STOAG die Vorgaben des städtischen Haushalts bzw. Haushaltssanierungsplans verfehlt, obwohl sich das operative Ergebnis unter Umständen verbessert hat. Risiken sinkender Beteiligungserträge ergeben sich vor allem aus den Beteiligungen an der GMVA und der RWE AG. Bei der RWE AG besteht aufgrund der Herausforderungen der Energiewende das Risiko, dass die Dividendenhöhe auf relativ niedrigem Niveau verbleibt. Im Gegensatz dazu ist bei der Ergebnisabführung der evo eher von einer konstanten Höhe auszugehen, wenn z.B. keine zusätzlichen finanziellen Belastungen aus der Beteiligung der evo an der KSBG bzw. STEAG drohen.

Aus der Reduzierung der Beteiligungserträge sowie aufgrund wahrscheinlich weiter steigender Energie- und Personalkosten resultiert in den nächsten Jahren sehr wahrscheinlich ein erhöhter Finanzierungsbeitrag der Stadt Oberhausen zugunsten der STOAG, auch da das Ergebnis in den Jahren 2017 und 2018 durch Sondereffekte (Erträge aus den Vorjahren) geprägt war.

Weiter leicht sinkende Fahrgastzahlen, insbesondere verursacht durch ein sinkendes Fahrgastaufkommen im Schüler- und Ausbildungsverkehr aufgrund des demografischen Wandels, sowie ein möglicher stärkerer Anstieg der Rohstoffpreise sind für ein energieintensives Unternehmen – wie die STOAG – relevante Risikoparameter für das operative Ergebnis. Es kommt hinzu, dass Preiserhöhungen, die in der Regel jährlich durch den VRR verbundweit beschlossen werden, nur einen geringfügigen Einfluss auf die Steigerung des Umsatzes der STOAG haben.

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH)

Die Bemühungen zur Überlassung des Gesamtbetriebs an einen privaten Betreiber führte nach langjähriger Suche und europaweiter Ausschreibung zu Vertragsverhandlungen mit einem Interessenten. Zwei Vertragsmodelle (Betreiber-, sowie Pachtvertrag) wurden vom Rat der Stadt abgelehnt. Der Beschluss hinsichtlich der Suche nach einem privaten Betreiber wurde schließlich im November 2019 aufgehoben.

Es wird nach einem hauptamtlichen Geschäftsführer gesucht, der mittelfristig ein Gastronomiekonzept aufstellen soll. Gleichzeitig müssen zeitnah verschiedene Investitionen getätigt werden. Diese Faktoren sind mit Unwägbarkeiten behaftet und wirken sich unmittelbar auf das Ergebnis der Gesellschaft aus.

4.6.2.4 Risikomanagement

Die Stadt Oberhausen hat zum Jahreswechsel 2013/2014 damit begonnen, ein Risikomanagementsystem zu implementieren. Ziel ist, wesentliche Risiken im Hinblick auf die Erreichung der im Haushaltssanierungsplan festgeschriebenen Maßnahmen frühzeitig zu lokalisieren und geeignete Mittel zur Risikosteuerung zu entwickeln. Dazu werden alle im Rahmen einer Risikoinventur erfassten Risiken in einem Risikokatalog dokumentiert, der u. a. Erläuterungen zu Risikoursachen, Häufigkeit des Auftretens sowie eine grobe Bewertung des Verlustpotentials enthält. Der Risikokatalog bietet die notwendige Informationsbasis für die anschließende Risikoanalyse sowie Risikosteuerung. Durch die ergriffenen Steuerungsmaßnahmen sollen Risiken vermieden bzw. deren Auswirkungen begrenzt werden.

.

4.7 Erläuterungen der Kennzahlen

4.7.1 Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital (Eigenkapitalquote)

Die **Eigenkapitalquote 1** zeigt an, in welchem Umfang das Vermögen der Kommune durch Eigenkapital finanziert ist. Für diese Kennzahl gilt: Je höher die Eigenkapitalquote, desto geringer ist das Finanzierungsrisiko und desto höher sind die finanzielle Stabilität, die wirtschaftliche Sicherheit und die Unabhängigkeit von externen Kapitalgebern.

Eigenkapitalquote 1	=	Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme	=	-1.153.518.790 x 100 / 3.029.746.538 = - 38,07 %

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote 1	- 35,87 %	- 37,23 %	- 38,57 %	- 38,83 %	- 38,07 %

Die Eigenkapitalquote beträgt - 38,07 %. Die Quote ist negativ, da die Stadt Oberhausen kein Eigenkapital mehr besitzt und für die Berechnung der „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ herangezogen wurde.

Die **Eigenkapitalquote 2** misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz. Da bei Kommunen die Sonderposten als Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen und in der Regel nicht zurückzuzahlen und nicht zu verzinsen sind, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um die „langfristigen“ Sonderposten erweitert. Hierzu zählen die Sonderposten für Zuwendungen und für Beiträge.

Eigenkapitalquote 2	= (Eigenkapital + SoPo Zuwendungen/Beiträge) x 100 / Bilanzsumme	= (-1.153.518.790+ 443.312.343) x 100 / 3.029.746.538	= -23,44 %

Die Eigenkapitalquote 2 beträgt – 23,44 %.

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote 2	- 19,76 %	- 21,64 %	- 23,59 %	- 24,14 %	- 23,44 %

4.7.2 Relation des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen (Anlageintensität)

Die **Anlagenintensität** zeigt an, wie hoch der Anteil des langfristig gebundenen Gesamtanlagevermögens am Gesamtvermögen ist. Je niedriger die Anlagenintensität, desto höher ist die finanzielle Anpassungsfähigkeit und Flexibilität einer Kommune. Eine hohe Anlagenintensität hat in der Regel hohe Fixkosten in Form von Abschreibungen zur Folge. Für Kommunen ist eine hohe Anlagenintensität allerdings aufgrund ihrer Aufgabenstellung normal.

Anlagenintensität =	Anlagevermögen x 100 Bilanzsumme	=	1.705.924.208 x 100 3.029.746.538	= 56,31 %

Die Anlagenintensität der Stadt Oberhausen beläuft sich auf 56,31%.

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018
Anlagenintensität	62,84 %	59,25 %	57,37 %	56,84 %	56,31 %

4.7.3 Bindung Kommunales Vermögen in der Infrastruktur (Infrastrukturquote)

Die **Infrastrukturquote** verfeinert die Aussage der Anlageintensität im Hinblick auf das Infrastrukturvermögen als Bestandteil des Sachanlagebestands des Gesamtanlagevermögens und verdeutlicht, in welchem Umfang kommunales Vermögen in der Infrastruktur gebunden ist. Da das Infrastrukturvermögen in der Regel nicht veräußerbar ist, kann die Quote nur langfristig beeinflusst werden.

Infrastruktur-vermögen	=	Infrastruktur vermögen x 100 Bilanzsumme	=	845.813.276 x 100 3.029.746.538	= 27,92 %

Die Infrastrukturquote, als spezielle Kennzahl zur Anlagenintensität des Infrastrukturvermögens, beträgt 27,92 %.

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018
Infrastrukturquote	31,43 %	30,25 %	29,21 %	28,70 %	27,92 %

4.7.4 Anlagendeckungs- und Liquiditätsgrad

Durch die Kennzahl **Anlagendeckungsgrad 2** soll die langfristige Kapitalverwendung der Kommune bewertet werden. Es wird aufgezeigt, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Liegt die Kennzahl unter 100 %, so sind Teile des Anlagevermögens durch kurzfristiges Kapital finanziert.

Anlagendeckungsgrad 2	=	(Eigenkapital + SoPo Zuwendungen/Beiträge + Langfristiges Fremdkapital) x 100 Anlagevermögen	=	(-1.153.518.790 + 443.312.343 + 1.460.278.673) x 100 1.705.924.208	= 43,97 %

Der Anlagendeckungsgrad 2 beträgt 43,97 %.

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018
Anlagendeckungsgrad 2	19,45 %	40,21 %	49,06 %	47,05 %	43,97 %

Die Liquidität 1. Grades gibt das Verhältnis der Liquiden Mittel zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten an und stellt damit dar, inwieweit die Gemeinde ihre derzeitigen kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen allein durch ihre liquiden Mittel erfüllen kann.

Liquidität 1. Grades vermögen	=	liquide Mittel x 100 kurzfristige Ver-bindlichkeiten	=	21.891.734 x 100 439.595.309	= 4,98 %

Die Liquidität 1. Grades beträgt 4,98 %.

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018
Liquidität I. Grades	1,56 %	2,86 %	2,28 %	2,60 %	4,98%

4.7.5 Verbindlichkeitsquote und Verschuldungsgrad

Die **Kurzfristige Verbindlichkeitsquote** stellt dar, wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet ist. Da Haushaltsfehlbeträge in der Regel über Kassenkredite finanziert werden, ist diese Kennzahl ein Indikator dafür, wie stark sich die aufgelaufenen Defizite auf die Finanzlage der Kommune auswirken. Kurzfristige Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Kurzfristige Verbind-lichkeitsquote	=	Kurzfristige Verbindlichkeiten x 100 Bilanzsumme	=	439.595.309 x 100 3.029.746.538	= 14,51 %

Die kurzfristige Verbindlichkeitsquote beläuft sich auf 14,51 %.

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018
Kurzfristige Verbindlich-keitsquote	26,67 %	18,99 %	17,20 %	18,03 %	14,51 %

4.7.6 Finanzierung der Gemeinde aus eigenen Mitteln (Steuerquote)

Die **Netto-Steuerquote** gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Für eine realistische Ermittlung der Steuerkraft der Gemeinde ist es erforderlich, die Gewerbesteuerumlage und den Aufwand für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit in Abzug zu bringen. Die Gemeinde ist umso unabhängiger von staatlichen Zuwendungen, je höher die Nettosteuerquote ist.

Nettosteuerquote =	(Steuererträge - Gew. St.Umlage - Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit) x 100 (Ordentliche Erträge - Gew. St.Umlage - Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit)	=	(288.759.883 - 6.741.898 - 6.414.434) x 100 (937.927.270 - 6.741.898 - 6.414.434)	= 29,80 %

Die Nettosteuerquote beträgt 29,80 %.

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018
Netto - Steuerquote	28,35 %	28,82 %	29,11 %	28,01 %	29,80 %

4.7.7 Abhängigkeit der Gemeinde von Dritten (Zuwendungsquote)

Die **Zuwendungsquote** verdeutlicht, wie abhängig die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter ist. Eine hohe Zuwendungsquote kann auf eine geringe Finanzkraft der Kommune hindeuten.

Zuwendungsquote	=	Erträge aus Zuwendungen x 100 / Ordentliche Erträge	=	329.118.465 x 100 / 937.927.270 = 35,09 %

Die Zuwendungsquote beträgt 35,09 %.

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018
Zuwendungsquote	36,87 %	36,52 %	38,76 %	37,58 %	35,09 %

4.7.8 Aussagen zur Intensität der Aufwendungen (Personal-, Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen, Zinsen)

Die **Personalintensität** weist den Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen aus. Bei der Interpretation der Kennzahl ist der Grad der Ausgliederungen in der Kommune zu betrachten.

Personalintensität	=	Personalaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen	=	213.775.470 x 100 / 905.199.271 = 23,62 %

Die Personalintensität beträgt 23,62 %.

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018
Personalintensität	24,90 %	24,01 %	23,38 %	24,43 %	23,62 %

Die **Sach- und Dienstleistungsintensität** zeigt, in welchem Maße sich die Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Sach- und Dienst-leistungsintensität	=	Aufwendungen für Sachdienstleistungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen	=	168.207.162 x 100 / 905.199.271 = 18,58 %

Die Sach- und Dienstleistungsintensität beträgt 18,58 %.

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018
Sach- und Dienstleistungsintensität	17,43 %	18,38 %	18,53 %	16,74 %	18,58 %

Die **Transferaufwendungsquote** veranschaulicht den Anteil der Transferaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen.

Transferaufwendungsquote	=	Transferaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen	=	291.135.029 x 100 / 905.199.271 = 32,16 %

Die Transferaufwandsquote beträgt 32,16 %.

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018
Transferaufwendungsquote	29,17 %	30,75 %	32,27 %	32,42 %	32,16 %

Die **Zinslastquote** zeigt die anteilmäßige Belastung der Kommune mit Zinsaufwendungen und sonstigen Finanzaufwendungen zu den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf. Sie verdeutlicht, in welchem Umfang sich die vorhandenen Kredite auf die aktuelle Haushaltssituation auswirken. Eine hohe Zinslastquote engt den finanziellen Spielraum der Stadt ein.

Zinslastquote	=	Finanzaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen	=	29.274.777 x 100 / 905.199.271 = 3,23 %

Die Zinslastquote beträgt 3,23 %.

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018
Zinslastquote	5,90 %	5,12 %	4,38 %	3,97 %	3,23 %

4.8 Wichtige Vorgänge und Nachträge

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres 2018 nicht eingetreten, sofern sie nicht schon in diesem Bericht erwähnt sind.

4.9 Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates

Mandate der Dezernenten in städtischen Beteiligungen zum 31.12.2018

Schranz, Daniel		
Name (Mandatsfirma)	**Hauptgremium**	**Funktion (HG)**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	1. stellv. Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Gesellschafterversammlung	Mitglied
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Gesellschafterversammlung	Mitglied
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)
Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	1. stellv. Vorsitzender
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	Gesellschafterversammlung	
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Gesellschafterversammlung	Mitglied

Schmidt, Jürgen		
Name (Mandatsfirma)	**Hauptgremium**	**Funktion (HG)**
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Gesellschafterversammlung	

Tsalastras, Apostolos		
Name (Mandatsfirma)	**Hauptgremium**	**Funktion (HG)**
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG	Gesellschafterversammlung	
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	Gesellschafterversammlung	
ecce - european centre for creative economy GmbH	Kuratorium	Mitglied gem. § 113 GO
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Gast
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Gesellschafterversammlung	
Gasometer Oberhausen GmbH	Gesellschafterversammlung	
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Gesellschafterversammlung	
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Gesellschafterversammlung	
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Gesellschafterversammlung	
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Gast
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Gesellschafterversammlung	
Verkehrsverbund Rhein Ruhr	Verbandsversammlung	Mitglied gem. § 113 GO

Motschull, Frank		
Name (Mandatsfirma)	**Hauptgremium**	**Funktion (HG)**
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	Beirat	Mitglied
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	Gesellschafterversammlung	Mitglied
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO

Münich, Elke		
Name (Mandatsfirma)	**Hauptgremium**	**Funktion (HG)**
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Gesellschafterversammlung	
ASO Service GmbH	Gesellschafterversammlung	
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Gesellschafterversammlung	
Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	Vorsitzende

Lauxen, Sabine		
Name (Mandatsfirma)	**Hauptgremium**	**Funktion (HG)**
CityO. Management e.V.	Mitgliedervertretung	Beisitzer
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO

Mitglieder des Rates der Stadt Oberhausen (zum 31.12.2018)

SPD-Fraktion

Albrecht-Mainz, Elia	**Ältestenrat**		**1. stv. Vorsitzende**
Dipl.-Kauffrau	**Finanz- und Personalausschuss**		**Mitglied**
	Gleichstellungsausschuss		**Vorsitzende**
	Hauptausschuss		**1. stv. Vorsitzende**
	Kulturausschuss		**stellv. Mitglied**
	Planungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Sozialausschuss		**stellv. Mitglied**
	Unweltausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**Fraktionssprecherin**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Bischoff, Jörg	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		**stellv. Mitglied**
Fleischermeister	**Finanz- und Personalausschuss**		**Mitglied**
	Gleichstellungsausschuss		**Mitglied**
	Hauptausschuss		**stellv. Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Jobcenter Oberhausen	Beirat	Mitglied
	OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Bongers, Sonja	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		**stellv. Mitglied**
Rechtsanwältin	**Finanz- und Personalausschuss**		**Mitglied**

	Gleichstellungsausschuss		**Fraktionssprecherin**
	Hauptausschuss		**stellv. Mitglied**
	Jugendhilfeausschuss		**stellv. Mitglied**
	Kulturausschuss		**stellv. Mitglied**
	Planungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Polizeibeirat		**stellv. Mitglied**
	Sozialausschuss		**Mitglied**
	Sportausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Gesellschafterversammlung	
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
Brands, Beatriks	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		**stellv. Vorsitzende**
Hausmeisterin	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Mitglied**
	Hauptausschuss		**Mitglied**
	Gleichstellungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Rechnungprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Schulausschuss		**stellv. Mitglied**
	Sozialausschuss		**Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Mitglied

Brodrick, Helmut	**Kulturausschuss**		**Mitglied**
Betriebsratsvorsitzender	**Planungsausschuss**		**Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Vorsitzender**
	Umweltausschuss		**Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Cordes, Hubert	**Finanz- und Personalausschuss**		**Mitglied**
Konditormeister	**Gestaltungsbeirat**		**Mitglied**
	Hauptausschuss		**stellv. Mitglied**
	Kulturausschuss		**Mitglied**
	Planungsausschuss		**Mitglied**
	Polizeibeirat		**stellv. Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Schulausschuss		**Mitglied**
	Sportausschuss		**stellv. Vorsitzender**
	Wahlprüfungsausschuss		**Mitglied**
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen	Aufsichtsrat	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagment GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Derksen, Rene	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Mitglied**
Arbeitsvermittler	**Kulturausschuss**		**stellv. Vorsitzender**
	Planungsausschuss		**Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Schulausschuss		**Mitglied**
	Sozialausschuss		**stellv. Mitglied**
	Sportausschuss		**Mitglied**
	Umweltausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**Mitglied**

	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Dröhne, Manuel	**Gleichstellungsausschuss**		**Mitglied**
Student	**Hauptausschuss**		**stellv. Mitglied**
	Kulturausschuss		**Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Sportausschuss		**Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**Mitglied**
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Emmerich, Karl-Heinz	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Mitglied**
Informationselektroniker	**Hauptausschuss**		**Mitglied**
	Planungsausschuss		**Fraktionssprecher**
	Polizeibeirat		**Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Schulausschuss		**stellv. Mitglied**
	Umweltausschuss		**Mitglied**
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	Beirat	Mitglied
	Umlegungsausschuss		Mitglied
	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)	Verbandsversammlung Verwaltungsrat	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Flore, Manfred	**Finanz- und Personalausschuss**		**Mitglied**
Bezirksschornsteinfegermeister	**Hauptausschuss**		**stellv. Mitglied**
	Kulturausschuss		**Fraktionssprecher**
	Polizeibeirat		**stellv. Vorsitzender**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**

	Schulausschuss		**stellv. Mitglied**
	Sportausschuss		**stellv. Mitglied**
	Umweltausschuss		**Fraktionssprecher**
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	Gesellschafterversammlung	
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreterversammlung	Mitglied
Große Brömer MdL, Wolfgang	**Ältestenrat**		**Mitglied**
Ltd. Gesamtschuldirektor	**Finanz- und Personalausschuss**		**Fraktionssprecher**
während des Mandats beurlaubt	**Hauptausschuss**		**Mitglied**
	Schulausschuss		**Vorsitzender**
	Wahlprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	1. stellv. Vorsitzender
	OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Vorsitzender
Jacobs, Silke	**Planungsausschuss**		**Mitglied**
Lehrerin	**Rechnungsprüfungsausschuss**		**Mitglied**
	Seniorenbeirat		**Mitglied**
	Sportausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**Mitglied**
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied

Kösling, Klaus	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		**Fraktionssprecher**
kfm. Angestellter	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Vorsitzender**
	Hauptausschuss		**Mitglied**
	Jugendhilfeausschuss		**stellv. Mitglied**
	Planungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Schulausschuss		**Mitglied**
	Sportausschuss		**Fraktionssprecher**
	Umweltausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
Krey, Thomas	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Mitglied**
stellv. Geschäftsführer	**Gleichstellungsausschuss**		**stellv. Mitglied**
Bezirksbürgermeister Osterfeld	**Hauptausschuss**		**stellv. Mitglied**
	Jugendhilfeausschuss		**Vorsitzender**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Schulausschuss		**Mitglied**
	Sportausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	Beirat	Mitglied
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Mitglied**
Hausfrau	**Hauptausschuss**		**Mitglied**
	Integrationsrat		**Fraktionssprecherin**
	Jugendhilfeausschuss		**Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Schulausschuss		**Fraktionssprecherin**
	Sozialausschuss		**Vorsitzende**
	Umweltausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlausschuss		**Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied

	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Vorsitzende
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
Pascheberg, René	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Mitglied**
	Gleichstellungsausschuss		**Mitglied**
	Hauptausschuss		**stellv. Mitglied**
	Integrationsrat		**Mitglied**
	Kulturausschuss		**stellv. Mitglied**
	Schulausschuss		**stellv. Mitglied**
	Sozialausschuss		**Mitglied**
	Sportausschuss		**Mitglied**
	Umweltausschuss		**Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Radtke, Dorothee	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Mitglied**
Kauffrau i. E.	**Gleichstellungsausschuss**		**stellv. Mitglied**
Bezirksbürgermeisterin Alt-OB	**Hauptausschuss**		**Mitglied**
	Kulturausschuss		**stellv. Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Seniorenbeirat		**Vorsitzende**
	Sozialausschuss		**Mitglied**
	Umweltausschuss		**Mitglied**

	Wahlausschuss		**Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	CityO. Management e.V.	Mitgliedervertretervertretung	
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Real, Ulrich	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Mitglied**
Studiendirektor	**Hauptausschuss**		**Mitglied**
Bezirksbürgermeister Sterkrade	**Jugendhilfeausschuss**		**Fraktionssprecher**
	Planungsausschuss		**Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Schulausschuss		**Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
Sahin, Bülent	**Finanz- und Personalausschuss**		**Mitglied**
Politikwissenschaftler	**Gleichstellungsausschuss**		**stellv. Mitglied**
	Hauptausschuss		**stellv. Mitglied**
	Integrationsrat		**Mitglied**
	Kulturausschuss		**Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Schulausschuss		**stellv. Mitglied**
	Sportausschuss		**stellv. Mitglied**
	Umweltausschuss		**Mitglied**
	Sozialausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**Mitglied**

	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Lange-Scheffler, Stefan	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		**Mitglied**
Rechtsanwalt	**Gleichstellungsausschuss**		**stellv. Mitglied**
	Planungsausschuss		**Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Schulausschuss		**stellv. Mitglied**
	Sportausschuss		**Mitglied**
	Umweltausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
Selonke, Yannah	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		**stellv. Mitglied**
Rechtsreferendarin	**Gleichstellungsausschuss**		**Mitglied**
	Planungsausschuss		**Mitglied**
	Sozialausschuss		**Mitglied**
	Sportausschuss		**stellv. Mitglied**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	stellv. Mitglied
Wolter, Horst	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Mitglied**
Industriekaufmann	**Hauptausschuss**		**Mitglied**
	Jugendhilfeausschuss		**stellv. Mitglied**
	Kulturausschuss		**stellv. Mitglied**
	Planungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Schulausschuss		**stellv. Mitglied**

	Seniorenbeirat		**Mitglied**
	Sozialausschuss		**stellv. Mitglied**
	Sportausschuss		**Mitglied**
	Umweltausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlausschuss		**Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Zimkeit MdL, Stefan	**Finanz- und Personalausschuss**		**Mitglied**
Dipl.-Sozialwissenschaftler	**Hauptausschuss**		**stellv. Mitglied**
	Integrationsrat		**Mitglied**
	Planungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**Fraktionssprecher**
	Sozialausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlausschuss		**stellv. Mitglied**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender

CDU-Fraktion

Bandel, Frank	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Mitglied**
Dipl.-Ing.	**Gestaltungsbeirat**		**stellv. Mitglied**
Landschaftspflege	**Hauptausschuss**		**stellv. Mitglied**
	Planungsausschuss		**Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Umweltausschuss		**Fraktionssprecher**
	Wahlprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		Mitglied
Benter, Christian	**Ältestenrat**		**Mitglied**
Geschäftsführer	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Mitglied**
	Gleichstellungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Hauptausschuss		**Mitglied**
	Kulturausschuss		**stellv. Mitglied**
	Polizeibeirat		**Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**Fraktionssprecher**
	Schulausschuss		**Mitglied**
	Wahlausschuss		**Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**Fraktionssprecher**
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Bennewa, Helmut	**Beirat für Menschen mit Behinderung**		**Mitglied**
Fachkraft für Logistik - Chemie	**Integrationsrat**		**Mitglied**
	Kulturausschuss		**stellv. Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**

	Schulausschuss		**stellv. Mitglied**
	Sozialausschuss		**Mitglied**
	Sportausschuss		**stellv. Mitglied**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Bürgermeister Broß, Klaus Dieter	**Ältestenrat**		**2. stellv. Vorsitzender**
Polizeibeamter	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Mitglied**
	Gleichstellungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Hauptausschuss		**2. stellv. Vorsitzender**
	Kulturausschuss		**Fraktionssprecher**
	Planungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Sportausschuss		**Vorsitzender**
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Dubbert, Karin	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		**Mitglied**
Journalistin	**Gleichstellungsausschuss**		**stellv. Mitglied**
	Integrationsrat		**Mitglied**
	Jugendhilfeausschuss		**stellv. Mitglied**
	Kulturausschuss		**Mitglied**
	Schulausschuss		**Mitglied**
	Sozialausschuss		**Mitglied**

	Sportausschuss		**stellv. Mitglied**
	Umweltausschuss		**stellv. Mitglied**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Hausmann-Peters, Gundula	**Integrationsrat**		**Mitglied**
Lehrerin	**Jugendhilfeausschuss**		**Mitglied**
	Schulausschuss		**Mitglied**
	Sozialausschuss		**stellv. Mitglied**
	Umweltausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlausschuss		**Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
Ingendoh, Holger	**Finanz- und Personalausschuss**		**Mitglied**
Diplom-Bauingenieur	**Hauptausschuss**		**stellv. Mitglied**
	Planungsausschuss		**Mitglied**
	Polizeibeirat		**stellv. Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Umweltausschuss		**Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**Mitglied**
	OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Köhler, Hans-Jürgen	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Mitglied**
Sparkassenbetriebswirt i.R.	**Kulturausschuss**		**Mitglied**

	Planungsausschuss		**Mitglied**
	Polizeibeirat		**stellv. Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Seniorenbeirat		**stellv. Vorsitzender**
	Sozialausschuss		**stellv. Mitglied**
	Umweltausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Lenz, Eugen	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		**stellv. Mitglied**
Werbeleiter	**Finanz- und Personalausschuss**		**Mitglied**
	Gleichstellungsausschuss		**Mitglied**
	Hauptausschuss		**stellv. Mitglied**
	Planungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Polizeibeirat		**stellv. Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Seniorenbeirat		**Mitglied**
	Sozialausschuss		**Mitglied**
	Umweltausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Müthing, Christa	**Finanz- und Personalausschss**		**Fraktionssprecher**
freiberufl. Vermietungstätigkeit	**Gleichstellungsausschuss**		**Mitglied**
	Hauptausschuss		**Mitglied**
	Polizeibeirat		**Vorsitzende**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Schulausschuss		**stellv. Mitglied**
	Sportausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlausschuss		**Mitglied**
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Vorstand	Vorsitzende
	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)	Verbandsversammlung Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
Nakot, Werner	**Ältestenrat**		**stellv. Mitglied**
Kriminalbeamter	**Finanz- und Personalausschss**		**stellv. Mitglied**
	Hauptausschuss		**Mitglied**
	Planungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Sportausschuss		**Fraktionssprecher**
	Umweltausschuss		**stellv. Vorsitzender**
	Wahlausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**Vorsitzender**
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
Osmann, Denis	**Finanz- und Personalausschss**		**stellv. Mitglied**
Immobilienkaufmann	**Gestaltungsbeirat**		**Mitglied**
	Hauptausschuss		**Mitglied**
	Planungsausschuss		**Fraktionssprecher**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Umweltausschuss		**Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	1. Stellv. Vorsitzender
Rubin, Dirk	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		**Voritzender**
Dipl.-Sozialpädagoge	**Finanz- und Personalausschss**		**Mitglied**
	Gleichstellungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Polizeibeirat		**Fraktionssprecher**
	Schulausschuss		**stellv. Mitglied**
	Sozialausschuss		**stellv. Mitglied**
	Sportausschuss		**Mitglied**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Schmidt, Georgis	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Mitglied**
	Gleichstellungsausschuss		**Mitglied**
	Hauptausschuss		**stellv. Mitglied**
	Kulturausschuss		**Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Umweltausschuss		**Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**Mitglied**
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Stehr, Simone Tatjana	**Ältestenrat**		**Mitglied**
Studiendirektorin	**Gleichstellungsausschuss**		**stellv. Mitglied**
	Hauptausschuss		**Fraktionssprecher**
	Jugendhilfeausschuss		**stellv. Mitglied**
	Kulturausschuss		**stellv. Mitglied**
	Schulausschuss		**Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Tscharke, Hans Josef	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		**stell. Mitglied**
Geschäftsführer	**Finanz- und Personalausschss**		**Vorsitzender**
Dienstleistungsverband der	**Hauptausschuss**		**stellv. Mitglied**
Kirchengemeinden im Bistum	**Jugendhilfeausschuss**		**stellv. Mitglied**
Essen (KöR)	**Kulturausschuss**		**Mitglied**
	Schulausschuss		**Mitglied**
	Sozialausschuss		**Fraktionssprecher**
	Wahlprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	Beirat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied

	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Tüzün, Saadettin	**Finanz- und Personalausschss**		**Mitglied**
Projektmanager, Dipl.-Ing.	**Hauptausschuss**		**Mitglied**
	Integrationsrat		**Fraktionssprecher**
	Kulturausschuss		**stellv. Mitglied**
	Planungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Schulausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**Mitglied**
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Willing-Spielmann, Ulrike	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		**stellv. Mitglied**
Dipl.-Sozialarbeiterin	**Gleichstellungsausschuss**		**Mitglied**
	Hauptausschuss		**stellv. Mitglied**
	Jugendhilfeausschuss		**Fraktionssprecherin**
	Kulturausschuss		**stellv. Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Schulausschuss		**stellv. Mitglied**
	Sozialausschuss		**stellv. Vorsitzende**
	Wahlprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Vorsitzende
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied

	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Wischermann, Hermann	**Schulausschuss**		**stellv. Mitglied**
kaufmännischer Angestellter	**Sportausschuss**		**Mitglied**
	Umweltausschuss		**Mitglied**
	Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	Beirat	Mitglied
Wolter, Marita	**Gleichstellungsausschuss**		**Mitglied**
Lehrerin (Altersteilzeit) Ruhephase	**Hauptausschuss**		**stellv. Mitglied**
	Kulturausschuss		**Vorsitzende**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Sozialausschuss		**stellv. Mitglied**
	Schulausschuss		**stellv. Vorsitzende**
	Seniorenbeirat		**Fraktionssprecherin**
	Wahlausschuss		**stellv. Mitglied**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied

Fraktion DIE GRÜNEN

Axt, Norbert	**Hauptausschuss**		**Mitglied**
Lehrer	**Planungsausschuss**		**Mitglied**
	Umweltausschuss		**Vorsitzender**
	Wahlausschuss		**Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied

Blanke, Andreas	**Ältestenrat**		**Mitglied**
Werbekaufmann	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		**stellv. Mitglied**
	Finanz- und Personalausschuss		**stellv. Mitglied**
	Hauptausschuss		**Fraktionssprecher**
	Jugendhilfeausschuss		**Mitglied**
	Planungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**Fraktionssprecher**
	Schulausschuss		**Mitglied**
	Sportausschuss		**Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**Fraktionssprecher**
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Gödderz, Sandra	**Finanz- und Personalausschuss**		**Mitglied**
Lehrerin	**Hauptausschuss**		**stellv. Mitglied**
	Kulturausschuss		**Fraktionssprecher**
	Planungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Polizeibeirat		**Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Schulausschuss		**Fraktionssprecher**
	Sportausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Bürgermeisterin Opitz, Stefanie	**Ältestenrat**		**3. stellv. Vorsitzende**
Erzieherin	**Integrationsrat**		**Mitglied**

	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Gleichstellungsausschuss		**Mitglied**
	Polizeibeirat		**stellv. Mitglied**
	Sozialausschuss		**Fraktionssprecherin**
	Sportausschuss		**stellv. Mitglied**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Mitglied
Wittmann, Regina	**Finanz- und Personalausschuss**		**Fraktionssprecherin**
Dipl.-Ing. Architektin	**Gestaltungsbeirat**		**Mitglied**
	Hauptausschuss		**stellv. Mitglied**
	Planungsausschuss		**stellv. Vorsitzende**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Umweltausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlausschuss		**Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**Mitglied**
	FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	Beirat	Mitglied
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied

Die Linke.Liste-Fraktion

Diepenbrock, Ingrid	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Mitglied**
	Gleichstellungsausschuss		**Vorsitzende**
	Hauptausschuss		**stellv. Mitglied**
	Schulausschuss		**stellv. Mitglied**

	Umweltausschuss		**Mitglied**
Goeke, Martin	**Finanz- und Personalausschuss**		**Mitglied**
Politikwisssenschaftler	**Hauptausschuss**		**Mitglied**
	Jugendhilfeausschuss		**Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Sportausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
Koch, Lühr	**Integrationsrat**		**Mitglied**
Rentner	**Rechnungsprüfungsausschuss**		**Vorsitzender**
	Schulausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Karacelik, Yusuf	**Ältestenrat**		**Mitglied**
KFZ-Mechaniker	**Finanz- und Personalausschuss**		**Mitglied**
	Gestaltungsbeirat		**stellv. Mitglied**
	Hauptausschuss		**Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlausschuss		**Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**Mitglied**
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

Marx, Petra	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Mitglied**
Dipl.-Pädagogin	**Gleichstellungsausschuss**		**stellv. Mitglied**
	Hauptausschuss		**stellv. Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlausschuss		**Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**Mitglied**
	OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

BOB-Fraktion

Bruckhoff, Peter	**Ältestenrat**		**Mitglied**
Techniker	**Finanz- und Personalausschuss**		**Mitglied**
	Gestaltungsbeirat		**stellv. Mitglied**
	Hauptausschuss		**Mitglied**
	Polizeibeirat		**Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Mellis, Karl-Heinz	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Mitglied**
Dipl.-Ing. Architekt, Prokurist	**Gestaltungsbeirat**		**Mitglied**
	Hauptausschuss		**stellv. Mitglied**
	Planungsausschuss		**Vorsitzender**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Wahlausschuss		**Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**Mitglied**

FDP-Gruppe

Boos, Regina	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Mitglied**
Augenoptikermeisterin	**Gestaltungsbeirat**		**stellv. Mitglied**
	Gleichstellungsausschuss		**Mitglied**
	Hauptausschuss		**stellv. Mitglied**
	Jugendhilfeausschuss		**Mitglied**
	Planungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Schulausschuss		**Mitglied**
	Sozialausschuss		**stellv. Mitglied**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Runkler, Hans-Otto	**Ältestenrat**		**Mitglied**
Geschäftsführer	**Finanz- und Personalausschuss**		**Mitglied**
	Hauptausschuss		**Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Sozialausschuss		**Mitglied**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	2. stellv. Vorsitzender
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Vorsitzender

Offen für Bürger

Karschti, Albert	**Ältestenrat**		**Mitglied**
Dipl.-Ing. i. R.	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Mitglied**
	Gestaltungsbeirat		**Mitglied**
	Hauptausschuss		**Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Umweltausschuss		**Mitglied**
	Wahlprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
Nowak, Werner	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
Techniker			

Fraktionslose Stadtverordnete

Walther, Andrea-Cora	**Finanz- und Personalausschuss**		**stellv. Mitglied**
selbstständige Steuerberaterin	**Gestaltungsbeirat**		**stellv. Mitglied**
	Hauptausschuss		**stellv. Mitglied**
	Integrationsrat		**Mitglied**
	Jugendhilfeausschuss		**Mitglied**
	Kulturausschuss		**Mitglied**
	Rechnungsprüfungsausschuss		**Mitglied**
	Schulausschuss		**Mitglied**
	Sozialausschuss		**Mitglied**
	Wahlprügungsausschuss		**stellv. Mitglied**
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stell. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied

5. Beteiligungsbericht

Der nach § 117 Abs. 1 GO NRW sowie § 49 Abs. 2 GemHVO NRW dem Gesamtabschluss beizufügende Beteiligungsbericht 2018 lag dem Finanz- und Personalausschuss zu seiner Sitzung am 11.11.2019 sowie dem Rat der Stadt zu seiner Sitzung am 18.11.2019 vor.

Gemäß Rundverfügung „Haushaltsbewirtschaftung in der Corona Krise“ vom 17.04.2020 wird auf die Bereitstellung von Druckexemplaren des Gesamtabschlusse 2018 verzichtet. Der Gesamtschluss 2018 ist als PDF-Datei im Ratsinformationssystem hinterlegt, so dass jederzeit die Möglichkeit besteht, den Gesamtabschluss 2018 abzurufen.

Die Nummerierung innerhalb des Beteiligungsberichtes entspricht der Originalnummerierung.

BETEILIGUNGSBERICHT

DER STADT OBERHAUSEN

2018

Stadt Oberhausen
Der Oberbürgermeister ***Bereich 9-5 / Beteiligungen***

Stand: August 2019

Vorwort Beteiligungsbericht 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

wie schon in den letzten Jahren wollen wir auch mit dem Beteiligungsbericht 2018 wieder einen Beitrag zur Offenheit und Transparenz leisten, indem wir Sie über die Entwicklung unserer städtischen Beteiligungen ausführlich informieren. Auch weil vielleicht nicht jeder unsere Broschüre von der ersten bis zur letzten Zeile liest, möchte ich auf zwei, drei Themen aufmerksam machen, die aus meiner Sicht auf Ihr besonderes Interesse stoßen könnten.

So haben die evo und die STOAG im vergangenen Jahr verstärkt die Elektromobilität in Oberhausen in den Blick genommen. Die STOAG bestellte 2018 drei weitere Elektrobusse, die im Februar dieses Jahres aufgeliefert wurden. Damit verfügt die STOAG über insgesamt fünf Elektrobusse. Dass wir kürzlich den Förderbescheid für weitere 15 Elektrobusse erhalten haben, gehört vielleicht nicht in den Beteiligungsbericht für 2018, trotzdem möchte ich dies nicht unerwähnt lassen.

Die evo betreibt zwei Schnellladesäulen für Elektrofahrzeuge und hat das Projekt E-Roller-Sharing aus der Pilotphase in eine stadtweite Umsetzung überführt, die so erfolgreich war, dass 2019 die Zahl der Roller gesteigert wird und die Dienstleistung auch in ausgewählten Nachbarstädten genutzt werden kann.

Die Stadtsparkasse Oberhausen hat einen Betrag von 1,5 Millionen Euro brutto aus ihrem Jahresergebnis an unsere Stadt als Trägerin der Sparkasse abgeführt. Dies war die erste Ausschüttung, die die Sparkasse jemals vorgenommen hat und damit hat sie einen wertvollen Beitrag zum Haushaltssanierungsplan geleistet.

Oberhausen, im August 2019



Daniel Schranz
Oberbürgermeister

Inhaltsverzeichnis

Gründungshistorie 1
Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2018 4
Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen 8
Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen 10
Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2018 13
Wesentliche Leistungsbeziehungen 15
Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten 18

Einzelberichterstattung 19

Ver- und Entsorgung 21
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH 24
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 36
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 48
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH 56
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH 60
evo Energieversorgung Oberhausen AG 64
Oberhausener Netzgesellschaft mbH 80
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 88
Biostrom Oberhausen Management GmbH 94
Quantum GmbH 98
strasserauf GmbH i.L. 110
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 114
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 118
STEAG GmbH 148
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 152
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 158
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 160
Energiegenossenschaft Handwerk e.G. 162
FSO GmbH & Co.KG 164
FSO Verwaltungs-GmbH 180
RWE Aktiengesellschaft 184
RW Holding Aktiengesellschaft i.L. 188
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 190
GMVA GmbH & Co. KG 200
GMVA Verwaltungs-GmbH 206
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 210
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 222

Wirtschaftsförderung 225
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH 228
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 236
ecce - european centre for creative economy GmbH 242
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 248
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH 256

Freizeit und Tourismus 261
Gasometer Oberhausen GmbH 264
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 270
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 278
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH 288

Wohnungsgenossenschaften ***297***
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G. 298

Sonstige Unternehmen ***301***
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 304
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 310
ASO Service GmbH 322
Jobcenter Oberhausen 328
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH 332
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG 334
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts 340
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) 348
Stadtsparkasse Oberhausen 362

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen ***389***
Theater Oberhausen 392
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 400

Anlagen ***408***
Besetzung der Gesellschaftsorgane (Stand 31.07.2019) 409
Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Hauptversammlungen, Gesellschafterversammlungen 409
Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Aufsichtsräten u. ä. 410
Besetzung der Betriebsausschüsse 413
Vergütungsbericht 2018 415
Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung 423
Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung 435
Beteiligungsrichtlinien der Stadt Oberhausen 438
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen 449
Alphabetisches Inhaltsverzeichnis 452

Gründungshistorie

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1898	RWE-Aktiengesellschaft	(V)
1900	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Oberhausen	(WB)
1904	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Osterfeld	(WB)
1912	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft	(V)
1922	Deutsche Städte Medien GmbH	(S)
1925	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Sterkrade	(WB)
1926	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	(S)
1937	STEAG GmbH	(V)
1946	ekz.bibliotheksservice GmbH	(S)
1952	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH	(WF)
1964	Stadtwerke Oberhausen AG (jetzt STOAG GmbH)	(V)
1965	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	(F)
1967	STEAG Fernwärme GmbH	(V)
1968	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein	(V)
1970	Landesentwicklungsgesellschaft mbH NW	(WF)
1970	Heimbau Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft	(WB)
1971	Energieversorgung Oberhausen AG	(V)
1972	Revierpark Vonderort GmbH (jetzt FMR)	(F)
1987	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	(V)
1988	TZU Technologiezentrum Umweltschutz (früher EGO)	(WF)
1988	Bau- und Wohnungsgenossenschaft - Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e. G.	(WB)
1989	GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft GmbH (jetzt OWT)	(WF)
1989	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechn,ik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	(V)
1990	HDO High Definition Technologiezentrum GmbH	(WF)
1990	Lokalfunk Radio Mülheim/Oberhausen	(S)
1991	FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen gGmbH	(S)
1992	UMSICHT-Institut-Immobilienverwaltung GbR	(WF)
1992	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	(WF)
1992	RZO-Recycling-Zentrum-Oberhausen GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Finanzbeteiligungs GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH	(V)

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1993	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	(EB)
1993	Theater Oberhausen	(EB)
1994	Schloss Oberhausen GmbH	(F)
1994	Gasometer Oberhausen GmbH	(F)
1994	Stadion Niederrhein GmbH	(F)
1995	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	(V)
1997	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH (jetzt OWT)	(F)
1997	Theatr*O*. Centr*O*. GmbH	(WF)
1997	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	(WF)
1998	CPO Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH	(F)
1998	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	(F)
1999	VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH (jetzt VZO)	(WF)
1999	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	(V)
1999	O.Vision Zukunftspark Oberhausen GmbH	(WF)
1999	O.Vision Projektgesellschaft mbH	(WF)
1999	KOSTAT-DST (Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag) GmbH	(S)
2000	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	(S)
2002	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	(S)
2002	World Games 2005 GmbH	(F)
2003	ASO Service GmbH	(S)
2003	meoline GmbH	(V)
2003	Marina Oberhausen am CentrO. GmbH	(V)
2004	FSO Verwaltungs-GmbH	(V)
2004	FSO GmbH & Co. KG	(V)
2004	ARGE SODA (Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis), ab 2011 Jobcenter Oberhausen	(S)
2006	evo Energie-Netz GmbH	(V)
2006	Public Konsortium d-NRW GbR (jetzt d-NRW AöR)	(S)
2009	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA RRW), Anstalt öffentlichen Rechts	(S)
2009	Quantum GmbH	(V)
2009	strasserauf GmbH	(V)
2009	Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	(V)
2009	Biostrom Oberhausen Management GmbH	(V)
2010	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	(V)
2010	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	(V)
2013	Energiegenossenschaft Handwerk eG	(V)
2013	ecce european centre for creative economy GmbH	(WF)

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
2013	GMVA GmbH & Co. KG	(V)
2013	GMVA Verwaltungs-GmbH	(V)

V	Ver- und Entsorgung	WF	Wirtschaftsförderung
F	Freizeit und Tourismus	WB	Wohnungsgenossenschaften
S	Sonstige	EB	Eigenbetriebe

Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2018

	Grundlage	Kapitalanteil vH
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
ASO Service GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	direkt	83,2493
	Gesamtquote W	83,2493
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG	direkt	0,0502
	Gesamtquote W	0,0502
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	direkt	12,6000
	Gesamtquote W	12,6000
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	durchgerechnet	50,0735
	Gesamtquote W	50,0735
Biostrom Oberhausen Management GmbH	durchgerechnet	50,0735
	Gesamtquote W	50,0735
Castra Grundstückverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote W	0,4000
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	direkt	5,5556
	Gesamtquote W	5,5556
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	direkt	0,0814
	Gesamtquote W	0,0814
ecce - european centre for creative economy GmbH	durchgerechnet	10,0000
	Gesamtquote W	10,0000
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	durchgerechnet	1,3960
	Gesamtquote W	1,3960
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	direkt	53,8404
	durchgerechnet	31,7586
	Gesamtquote W	85,5990
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,2772
	Gesamtquote W	0,2772
evo Energieversorgung Oberhausen AG	durchgerechnet	50,0735
	Gesamtquote W	50,0735
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	11,0600
	Gesamtquote W	11,0600

	Grundlage	Kapitalanteil vH
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	durchgerechnet	0,7811
	Gesamtquote W	0,7811
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	direkt	4,0541
	Gesamtquote W	4,0541
FSO GmbH & Co.KG	durchgerechnet	50,0735
	Gesamtquote W	50,0735
FSO Verwaltungs-GmbH	durchgerechnet	50,0735
	Gesamtquote W	50,0735
Gasometer Oberhausen GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	durchgerechnet	0,0001
	Gesamtquote W	0,0001
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	durchgerechnet	3,4834
	Gesamtquote W	3,4834
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	durchgerechnet	6,2592
	Gesamtquote W	6,2592
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
GMVA GmbH & Co. KG	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
GMVA Verwaltungs-GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
innogy SE	durchgerechnet	0,1470
	Gesamtquote W	0,1470
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	durchgerechnet	0,0006
	Gesamtquote W	0,0006
Jobcenter Oberhausen	direkt	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	durchgerechnet	3,0044
	Gesamtquote W	3,0044
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	3,0044
	Gesamtquote W	3,0044
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	durchgerechnet	50,0735
	Gesamtquote W	50,0735

	Grundlage	Kapitalanteil vH
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	durchgerechnet	80,0294
	Gesamtquote W	80,0294
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	durchgerechnet	80,0294
	Gesamtquote W	80,0294
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien	durchgerechnet	0,0050
	Gesamtquote W	0,0050
Quantum GmbH	durchgerechnet	5,6262
	Gesamtquote W	5,6262
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	durchgerechnet	1,3841
	Gesamtquote W	1,3841
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	durchgerechnet	1,7767
	Gesamtquote W	1,7767
RW Beteiligungs GmbH	durchgerechnet	4,8675
	Gesamtquote W	4,8675
RWE Aktiengesellschaft	durchgerechnet	0,1914
	Gesamtquote W	0,1914
RW Holding Aktiengesellschaft i.L.	durchgerechnet	1,1582
	Gesamtquote W	1,1582
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	direkt	0,0039
	Gesamtquote W	0,0039
S Bargeldlogistik GmbH	durchgerechnet	30,0000
	Gesamtquote W	30,0000
S-Direkt-Verwaltungs GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,6980
	Gesamtquote W	0,6980
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH	durchgerechnet	0,0019
	Gesamtquote W	0,0019
S-Immobilien Oberhausen GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	6,6296
	Gesamtquote W	6,6296
S-International Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	10,4000
	Gesamtquote W	10,4000
S-Logistik Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	49,0000
	Gesamtquote W	49,0000
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	durchgerechnet	2,1810
	Gesamtquote W	2,1810
Sparkassen Vermietungs- und Immobilienvermittlungs GmbH Oberhausen	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000

	Grundlage	Kapitalanteil vH
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote W	51,0000
Stadtsparkasse Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
STEAG Fernwärme GmbH	durchgerechnet	3,0044
	Gesamtquote W	3,0044
STEAG GmbH	durchgerechnet	3,0044
	Gesamtquote W	3,0044
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
strasserauf GmbH i.L.	durchgerechnet	15,0221
	Gesamtquote W	15,0221
Theater Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	direkt	0,6280
	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote W	1,0280
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Wasserverbund Niederrhein GmbH	durchgerechnet	0,0010
	Gesamtquote W	0,0010
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote W	51,0000
WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	durchgerechnet	0,0000
	Gesamtquote W	0,0000

Grundlagen: Beteiligungsquote direkt = Unmittelbare Beteiligung der Stadt
Beteiligungsquote durchgerechnet = Mittelbare Beteiligung der Stadt
Gesamtquote = Summe aus mittelbarer und unmittelbarer Beteiligung

Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen

Umfang der Präsentation

Soweit die Beteiligung der Stadt bzw. einer ihrer Tochtergesellschaften an einem Unternehmen niedriger als 20 % ist, wird - insbesondere mit Blick auf die fehlenden Einflussmöglichkeiten - auf die differenzierte Darstellung der Unternehmensdaten verzichtet. Die Präsentation wird in diesen Fällen auf die Beschreibung des Unternehmensgegenstandes, die Besetzung der Gesellschaftsorgane sowie die Beteiligungen der Gesellschaft beschränkt. Eine Ausnahme stellt hier die Sparte Ver- und Entsorgung dar, deren Unternehmen gemäß den aktuellen Beteiligungsrichtlinien der Stadt Oberhausen unabhängig von der Beteiligungsquote umfassend dargestellt werden. Mittelbare Kleinstbeteiligungen mit einer Beteiligungsquote von unter 1% werden bis zur dritten Stufe der Beteiligungen in der Darstellung aller städtischen Beteiligungen zusammen mit den Beteiligungsquoten tabellarisch als Übersicht „Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2018 aufgeführt.

Die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt sind in der Übersicht der Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2018 im allgemeinen Teil tabellarisch dargestellt. Dieser Aufstellung ist auch der Stand städtischer Bürgschaften zum Stichtag 31.12.2018 zu entnehmen.

Ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten der bedeutsamen Beteiligungen sowie die Finanzbeziehungen zwischen diesen sind ebenfalls tabellarisch dargestellt. Diesen Aufstellungen sind auch die jeweiligen Mitarbeiter- und Auszubildendenzahlen zu entnehmen.

Auf die Darstellung von Gesellschaften im Liquidationsverfahren wird verzichtet.

Unternehmensdaten

Die Unternehmensdaten 2016 - 2018 basieren auf den geprüften Jahresabschlüssen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass mit der für den Jahresabschluss 2018 erstmalig zwingend vorgeschriebenen Anwendung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) Verschiebungen zwischen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung im Vergleich zu den Vorjahren auftreten können; auf eine analoge Umgliederung der Vorjahresabschlüsse wird verzichtet.

Durch die Auswahl des Stichtages 31.12.2018 für die Präsentation der Unternehmen werden die Planzahlen 2019 im Betrachtungszeitraum nicht mit erfasst. Da der Hauptausschuss und der Finanz- und Personalausschuss über die Statusberichte regelmäßig sehr zeitnah über die Planzahlen informiert wird, wird auf die freiwillige Angabe der Planzahlen im Beteiligungsbericht verzichtet.

Kennzahlen

Im vorliegenden Beteiligungsbericht werden für alle wesentlichen Gesellschaften Kennzahlen gebildet. Die Zusammensetzung dieser Kennzahlen wird im nächsten Abschnitt näher erläutert.

Bei der Auswertung der Kennzahlen ist zu berücksichtigen, dass die städtischen Gesellschaften insbesondere hinsichtlich der Kapitalausstattung und der Liquidität anders gewertet werden müssen als rein privatwirtschaftliche Unternehmen. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die städtischen Gesellschaften in erster Linie auf Aufgaben der Daseinsvorsorge ausgerichtet sind.

Bei den für die Stadtsparkasse Oberhausen gebildeten Kennzahlen ist zu beachten, dass deren Bilanzstruktur von der einer AG oder einer GmbH abweicht. Eine unmittelbare Vergleichbarkeit zwischen diesen Kennzahlen ist somit nicht gegeben.

Beteiligungen

Die Angaben über die Beteiligungen der einzelnen Unternehmen beruhen auf dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2018).

Besetzung der Gremien

Die Angaben über die Besetzung der Gesellschaftsorgane in den Einzeldarstellungen entsprechen dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2018).

In der Anlage zu diesem Beteiligungsbericht sind die aktuellen städtischen Vertreterinnen und Vertreter (Stand 31.07.2019) aufgeführt.

Soweit nachfolgend im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in einem Organ oder sonstigen Gremium auf § 113 GO verwiesen wird (z. B. „Mitglied gem. § 113 GO“), bezieht sich dies auf die durch § 113 Abs. 2 Satz 2 bzw. Abs. 3 Satz 3 GO NRW gesetzlich vorgeschriebene Mitgliedschaft des Oberbürgermeisters oder eines/einer von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Gemeinde in dem betreffenden Organ oder Gremium.

Vergütungsbericht

In der Anlage sind sämtliche Veröffentlichungen zusammengefasst, welche die Beteiligungen der Stadt, die in den Anwendungsbereich des Transparenzgesetzes NRW fallen, im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2018 auf der Grundlage des Transparenzgesetzes NRW veranlasst haben. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind in der Anlage in Fällen, in denen nicht alle Organmitglieder oder stellvertretenden Organmitglieder Bezüge erhalten haben (wie z. B. der Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Oberhausen) nur diejenigen Mitglieder oder stellvertretenden Mitglieder aufgeführt, die tatsächlich Bezüge erhalten haben. Soweit aus anderen Gründen keine Veröffentlichung erfolgte (z. B. weil für die Tätigkeit in einem Aufsichtsrat insgesamt keine Zahlungen erfolgt sind oder wegen fehlender Zustimmung Betroffener) sind die entsprechenden Gesellschaften nicht aufgeführt.

Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen

Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:	$\frac{\text{Jahresergebnis x 100}}{\text{Umsatz}}$

Die Kennzahl ist ein Maßstab für die Effizienz der betrieblichen Tätigkeit. Sie drückt aus, in welchem Umfang sich der Umsatz für die Gesellschaft rentiert hat. Ihre Aussagekraft gewinnt die Kennzahl durch die mehrjährige Entwicklung.

Ein mittelfristiger Rückgang könnte durch den Rückgang der innerbetrieblichen Effizienz oder veränderte Rahmenbedingungen im Markt verursacht werden.

Eigenkapitalrentabilität:	$\frac{\text{Jahresergebnis x 100}}{\text{Eigenkapital}}$

Durch die Kennzahl wird der geschäftliche Erfolg der Gesellschaft in Relation zum eingesetzten Kapital gebracht. Der Vergleich zur am Kapitalmarkt erzielbaren Rendite gibt einen Anhaltspunkt für die Beurteilung, ob der Einsatz des Eigenkapitals im Unternehmen unter finanzwirtschaftlichen Aspekten sinnvoll ist. Aussagekräftiger als die Kennzahl an sich ist die mehrjährige Entwicklung.

Sofern die Kennzahl mittelfristig unter der Kapitalmarktrendite liegt, könnte es finanzwirtschaftlich sinnvoll sein, das Eigenkapital aus der Gesellschaft abzuziehen und anderweitig einzusetzen.

Die Kennzahl erlaubt keine umfassende Wertung der Gesellschaft.

Cash-Flow:	Jahresergebnis + Abschreibungen (-Zuschreibungen)

Der Cash-Flow dient als Indikator der Zahlungskraft und ermöglicht eine Beurteilung des Innenfinanzierungspotenzials in einem Unternehmen.

Der Cash-Flow-Wert bringt zum Ausdruck, in wie weit oder ob ein Unternehmen in der Lage ist, Vermögen, das in der Bilanz abgebildet ist, im Rahmen eines Umsatzprozesses wieder zu gewinnen und in wie weit das Unternehmen dabei die Mittel für die Substanzerhaltung und Erweiterungsinvestitionen selbst erwirtschaften kann.

Gesamtleistung je Mitarbeiter: $\frac{\text{Gesamtleistung}}{\text{Anzahl der Mitarbeiter}}$

= Umsatz, Bestandsveränderung, akt. Eigenleistungen, Sonstige betriebliche Erträge

Die Kennzahl drückt die Produktivität des eingesetzten Personals aus. Im Branchenvergleich kann so die Effizienz des Personaleinsatzes gewertet werden.

Je niedriger die Gesamtleistung pro Mitarbeiter im Branchenvergleich, desto intensiver sollte der Umfang des Personaleinsatzes überprüft werden.

Personalaufwandsquote: $\frac{\text{Personalaufwand x 100}}{\text{Gesamtleistung}}$

Die Kennzahl ist ein Indikator für die Personalintensität der Gesellschaft. Im Branchenvergleich kann sie auf die Notwendigkeit personalwirtschaftlicher Maßnahmen hinweisen. Ggf. kann die Rentabilität der Gesellschaft durch den verstärkten Einsatz anderer Produktionsfaktoren verbessert werden.

Je höher die Kennzahl im Branchenvergleich, desto größer ist die Notwendigkeit, den Umfang des Personaleinsatzes zu überprüfen.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Sachanlagenintensität: $\frac{\text{Sachanlagevermögen x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$

Diese Kennzahl lässt Rückschlüsse auf den Automatisierungsgrad, die Kapitalintensität sowie die Konjunkturabhängigkeit zu. Überaltertes Anlagevermögen drückt sich in sinkender Anlagenintensität aus. Ein hoher Automatisierungsgrad drückt sich in hoher Anlagenintensität bzw. hohen Reinvestitionen aus.

Eigenkapitalquote: $\frac{\text{Eigenkapital x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$

Die Finanzierung der Aktivseite der Bilanz wird auf der Passivseite ausgewiesen. Dabei belegt der Anteil des Eigenkapitals an der Gesamtfinanzierung, wie gut das Unternehmen mit Kapital versorgt wird.

Je niedriger die Ausstattung des Unternehmens mit Eigenkapital, desto abhängiger ist es von Gläubigern bzw. desto eher werden ggf. Kapitalzuführungen von Gesellschaftern benötigt.

Fremdkapitalquote: $\frac{\text{(Bilanzsumme - Eigenkapital) x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$

Die Fremdkapitalquote gibt an, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote dient dazu, das Kapitalrisiko zu beurteilen. Das heißt, dass bei steigendem kurz-, mittel- oder langfristigem Fremdkapital auch die Neuaufnahme von Krediten schwieriger werden kann oder das Risiko der Kündigung von Krediten steigt.

Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2018

Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2018

	Ertrags-/Betriebskostenzuschüsse	Verlustausgleich	Investitionszuschüsse	Kapitalzuführung	Darlehensgewährung	Stand der Bürgschaften	Übrige Vergünstigungen	Gewinnabführung	Konzessionsabgaben	Übrige Zahlungen an die Stadt
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen										50.000,00
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH						152.157,50				269,73
ASO Service GmbH										
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.										
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG										3.865,36
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH										
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	111.690,00									11.642,00
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)										
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts										
ecce - european centre for creative economy GmbH										
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	434.600,00									
evo Energieversorgung Oberhausen AG									8.695.918,01	
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	297.600,00									
FSO GmbH & Co.KG								5.559.128,39		
Gasometer Oberhausen GmbH										
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH								1.281.112,36		
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	754.400,00									
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH		1.115.980,00		750.000,00		4.334.794,00				
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH						3.835.972,92				

Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2018

	Ertrags-/Betriebs-kostenzuschüsse	Verlust-ausgleich	Investitions zuschüsse	Kapital-zuführung	Darlehens-gewährung	Stand der Bürg-schaften	Übrige Ver-günstigungen	Gewinn-abführung	Konzessions-abgaben	Übrige Zahlungen an die Stadt
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH						3.286.614,73				
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	1.062.000,00									
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH										
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH								235,69	3.544.558,95	
Stadtsparkasse Oberhausen								1.500.000,00		
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH		4.855.754,55				12.698.402,69				12.366,53
Theater Oberhausen	8.639.639,09									
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH										
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH						21.176.805,92		500.000,00		
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH										

Wesentliche Leistungsbeziehungen

Wesentliche Leistungsbeziehungen im Konzern Stadt **Geschäftsjahr 2018/ -in T€ - ermittelt anhand der Umsatz- und sonstigen bertrieblichen Erlöse der Leistungserbringer**	Stadt Oberhausen	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	ASO Service GmbH	Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer' e.G.	Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	Biostrom Oberhausen Management GmbH	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	d-NRW AöR	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	evo Energieversorgung Oberhausen AG
Leistungserbringer													
Stadt Oberhausen		265	14	1		3	16	169					338
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen			2.028										
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH		47											
ASO Service GmbH			1.254										
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.													
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH													
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH													
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG													5.245
Biostrom Oberhausen Management GmbH								3					
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	512												
d-NRW AöR	4.596												
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	365												50
evo Energieversorgung Oberhausen AG	55		242		1		3	854				13	
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	8												623
FSO GmbH & Co.KG													11.614
FSO Verwaltungs- GmbH													
Gasometer Oberhausen GmbH													
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH													2.541
GMVA GmbH & Co. KG	5.360												
GMVA Verwaltungs- GmbH													
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH													
Jobcenter Oberhausen													
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG													
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH													
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH													20
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	7	2											69.305
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	88.496	110					4						23
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH													
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung	222											677	12
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH													
Quantum GmbH													30.520
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	7.203		14	3									86
strasserauf GmbH													
Theater Oberhausen													
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH													
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	352												
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	44.145		10										1

	Wesentliche Leistungsbeziehungen im Konzern Stadt **Geschäftsjahr 2018/ -in T€ - ermittelt anhand der Umsatz- und sonstigen bertrieblichen Erlöse der Leistungserbringer**	Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	FSO GmbH & Co.KG	FSO Verwaltungs- GmbH	Gasometer Oberhausen GmbH	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	GMVA GmbH & Co. KG	GMVA Verwaltungs- GmbH	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Jobcenter Oberhausen	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
Leistungserbringer	Stadt Oberhausen	19	4.693		1.457	1.099			4	1.300			
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen												
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH												
	ASO Service GmbH												
	Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.												
	Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH												
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH												
	Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG												
	Biostrom Oberhausen Management GmbH												
	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)												
	d-NRW AöR												
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO												
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	190	120	1	80								90
	Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH												
	FSO GmbH & Co.KG												
	FSO Verwaltungs- GmbH		5										
	Gasometer Oberhausen GmbH												
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH						5.327						
	GMVA GmbH & Co. KG												
	GMVA Verwaltungs- GmbH												
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH												
	Jobcenter Oberhausen												
	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG												
	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH										1.045		
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH												
	Oberhausener Netzgesellschaft mbH	2	2										67
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH								8	633			39
	OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH												
	OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung				409				1				
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH												
	Quantum GmbH												
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH					17				47			
	strasserauf GmbH												
	Theater Oberhausen												
	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH									128			
	VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH												
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH				2	16							1

Wesentliche Leistungsbeziehungen im Konzern Stadt

Geschäftsjahr 2018/ -in T€ -
ermittelt anhand der Umsatz- und sonstigen bertrieblichen Erlöse der Leistungserbringer

Leistungserbringer	Oberhausener Netzgesellschaft mbH	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Quantum GmbH	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	strasserauf GmbH	Theater Oberhausen	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	VZO Verwaltungszentrum Oberhausen GmbH	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
Stadt Oberhausen	89	1.924	3	189	3		52		249	175	1.522	2.587
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen												
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH												
ASO Service GmbH												
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.												
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH												
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH												
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG												
Biostrom Oberhausen Management GmbH												
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)												
d-NRW AöR		1.416										1.416
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO		50										
evo Energieversorgung Oberhausen AG	40.990	7.317	2	104	8	20	1.749	3	27			318
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH		1		3								11
FSO GmbH & Co.KG												
FSO Verwaltungs- GmbH												
Gasometer Oberhausen GmbH												
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH		19										
GMVA GmbH & Co. KG												
GMVA Verwaltungs- GmbH												
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH		3										
Jobcenter Oberhausen												
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG												
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH												
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH		19										
Oberhausener Netzgesellschaft mbH		1.299										15
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	1				43		5		42		296	150
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH					91							
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung		19										
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH			425									
Quantum GmbH												
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH		43		1	11							9
strasserauf GmbH												
Theater Oberhausen												
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH												
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH		5										
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	3	344		1			363		9	3		

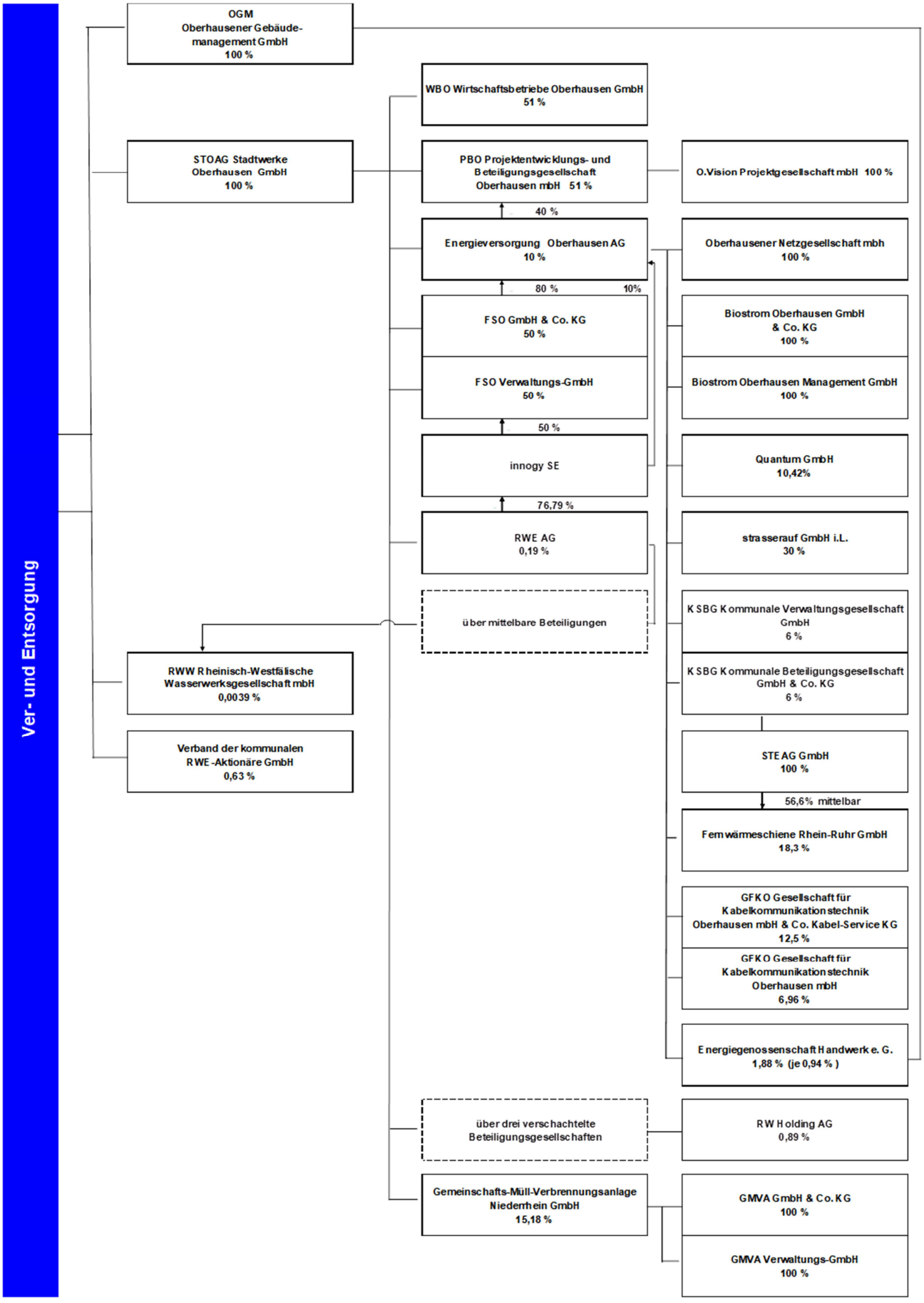
Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen zum 31.12.2018

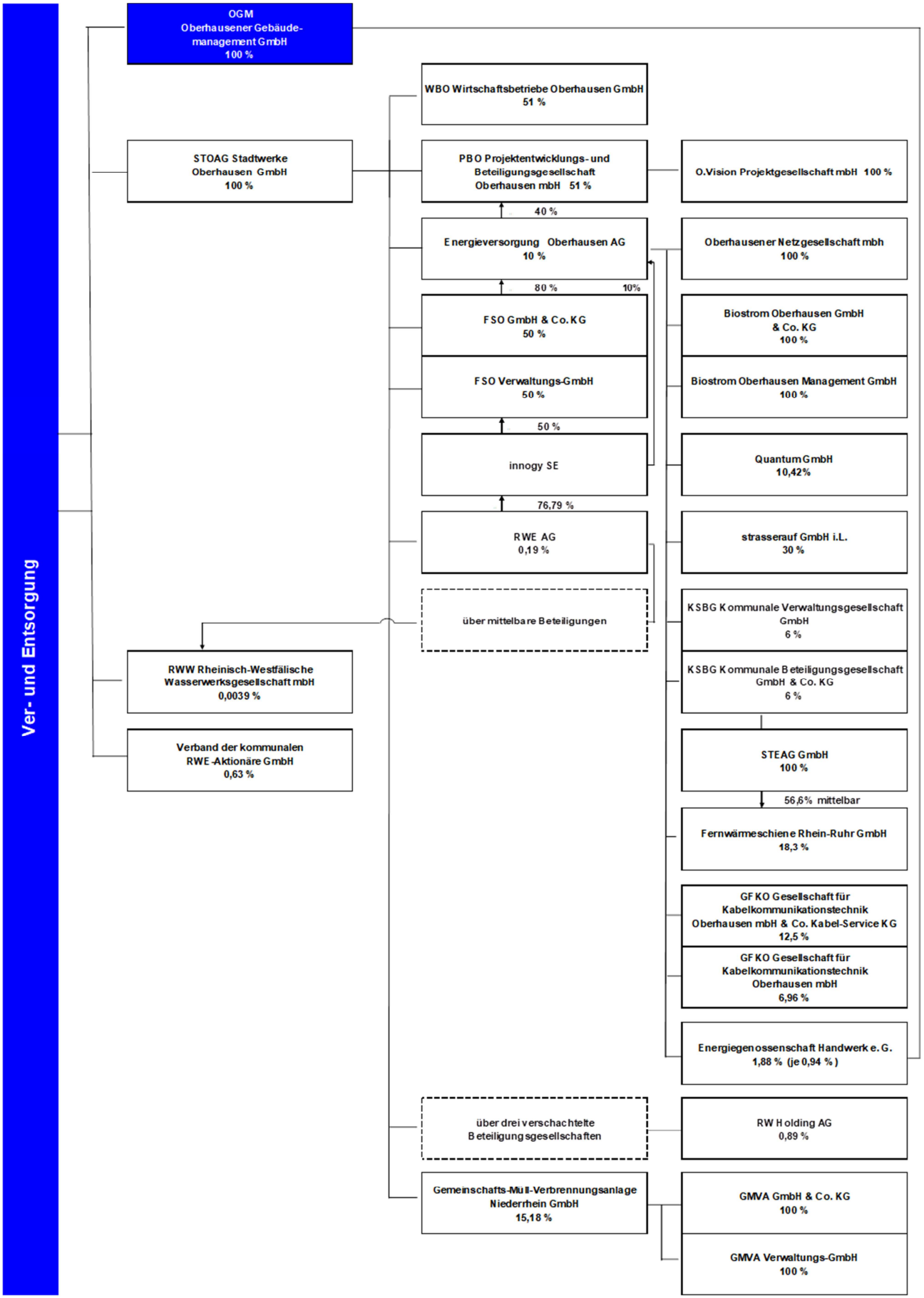
Kennzahlen zum Jahresabschluss der Unternehmen für das Jahr 2018

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	2.058,76	2.039,89	69,29	23.440,69	21.644,36	5.876,50	25,1	0	0
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	21.388,52	20.781,04	154,55	12.669,02	9.133,62	3.648,97	28,8	201	9
ASO Service GmbH	1.253,51	1.154,05	0	69,97	0	25,00	35,7	31	0
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	147,77	142,61	24,86	1.645,11	1.470,49	606,58	36,9	0	0
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	148,49	148,13	-1,48	131,63	1,04	80,03	60,8	3	0
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	5.650,50	5.244,83	692,72	10.177,80	9.764,35	3.797,59	37,3	0	0
Biostrom Oberhausen Management GmbH	2,50	0,00	-0,75	31,40	0,00	30,02	95,6	0	0
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	18.132,26	18.087,38	-591,91	37.321,42	13.919,80	6.265,85	16,8	119	0
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	12.819,00	12.796,62	0	6.861,45	44,93	2.756,75	40,2	25	0
ecce - european centre for creative economy GmbH	1.051,38	0	0	210,21	18,63	25,00	11,9	12	0
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	1.089,80	1.077,15	9,59	423,34	1,84	143,01	33,8	2	0
evo Energieversorgung Oberhausen AG	206.660,33	199.405,92	12.012,79	173.355,41	130.328,73	35.344,99	20,4	254	17
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	12.174,14	11.431,67	-5.049,33	22.743,83	20.898,71	11.243,65	49,4	94	2
FSO GmbH & Co.KG	620,85	601,03	11.118,26	34.846,66	21.561,84	32.680,10	93,8	2	0
FSO Verwaltungs-GmbH	5,36	0	0,34	36,90	0	34,18	92,6	0	0
Gasometer Oberhausen GmbH	4.221,06	3.574,98	766,65	5.946,30	278,64	5.535,43	93,1	2	0
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	67.651,30	59.179,66	13.609,48	86.653,93	32.125,64	28.455,21	32,8	177	8
GMVA GmbH & Co. KG	17.225,50	17.225,50	60,39	1.796,92	0	1.231,26	68,5	0	0
GMVA Verwaltungs-GmbH	0	0	3,98	277,51	0	24,30	8,8	0	0
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	1.434,53	1.381,18	4,82	338,28	5,61	141,74	41,9	9	0
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	1.980,00	1.328,00	-110.341,00	953.984,00	863.424,00	299.299,00	31,4	0	0
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	1.052,55	0	5,00	407,71	5,84	136,40	33,5	5	0
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	698,86	685,24	1.201,36	5.323,40	5.063,92	708,86	13,3	5	0
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	91.154,14	90.450,51	7.708,04	22.235,25	309,33	1.142,48	5,1	162	0
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	123.387,94	94.825,06	139,00	99.102,13	66.410,98	10.268,87	10,4	598	33
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	34,27	34,16	-321,21	22.442,68	0	0	0	0	0
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	2.904,74	2.754,70	-868,17	6.957,32	2.317,34	3.951,78	56,8	29	0
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	64,77	64,71	-367,56	7.440,62	0	0	0	0	0
Quantum GmbH	372.613,01	372.613,01	136.126,14	54.920,97	220,66	10.800,10	19,7	47	0
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	122.176,99	119.215,80	5.093,64	185.774,01	120.356,28	77.574,05	41,8	397	234
Stadtsparkasse Oberhausen	0	0	4.506,15	2.452.457,27		126.079,47	5,1	476	24
STEAG GmbH	1.709.600,00	1.657.100,00	45.000,00	3.266.600,00	1.878.300,00	478.300,00	14,6	1260	218
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	34.845,95	31.368,47	4.855,75	83.246,40	68.701,64	31.577,63	37,9	416	16
Theater Oberhausen	10.123,00	427,21	30,28	795,25	0	158,27	19,9	120	1
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	4.034,45	2.152,09	859,80	4.701,37	2.477,86	0	0	3	0
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	5.104,11	5.103,13	889,20	50.166,26	48.241,76	3.954,99	7,9	0	0
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	49.653,33	50.616,34	4.136,33	34.716,08	11.593,58	5.721,12	16,5	359	26

Einzelberichterstattung

Ver- und Entsorgung




Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstraße 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 594-5
Fax	0208 / 594-7070
e-Mail	ogminfo@ogm.de
Internet	www.ogm.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 5.000,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	5.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind Dienstleistungen im Bereich Gebäudemanagement, insbesondere die Unterhaltung von Verwaltungsgebäuden der Stadt Oberhausen sowie die Integration von Planung, Kontrolle und Bewirtschaftung bei Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen und die Verbesserung von Nutzungsflexibilität, Arbeitsproduktivität und Kapitalrentabilität unter Berücksichtigung von Arbeitsplatz und Arbeitsumfeld, die Vermietung von Räumen sowie im Einzelfall der Erwerb und die Veräußerung von Immobilien im Stadtgebiet Oberhausens.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Leistungsvertrag mit der OGM GmbH vom 05.03.2001
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Leistungsvertrag vom 03.12./18.12.2009 im Bereich der Materialwirtschaft, Post- und Botendienste, Medienwerkstatt, Druck und Grafik, Speditionsdienste, Arbeitssicherheit,Telekommunikation und IT
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Dienstleistungsvertrag (insbesondere Gebäudeinnen- und Fensterreinigung sowie Transportarbeiten), Vertragsbeginn 21.12.2007 (ehem. Vertrag mit WBO)
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag über Personaldienstleistungen und Versicherungen vom 19.12.2008
Stadt Oberhausen	Geschäftsbesorgungsvertrag zur Realisierung des kommunalen Wohnungsbauprogramms aus 11/1999; Übergang durch Verschmelzung der OBG auf die OGM zum 01.01.2007
Stadt Oberhausen	Mietvertrag zwischen der Stadt Oberhausen (Mieterin) und der OGM (Vermieterin) über das Schloss Oberhausen; Übergang durch Verschmelzung der Schloß Oberhausen GmbH auf OGM
Stadt Oberhausen	Pachtvertrag Tiergehege inkl. Zuschussvereinbarung vom 28.12.2005, modifiziert 06/2013
Stadt Oberhausen	Untermietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 16.01.2009
Stadt Oberhausen	Vertrag über das Immobilien-/Flächenmanagement der Stadt

	Oberhausen 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag über den Betrieb und die Unterhaltung des Freizeithafens am Rhein-Herne-Kanal in Oberhausen vom 28.09.2009
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Bewirtschaftung städtischer Friedhöfe, modifiziert 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Erstattung von Aufwendungen für Altersteilzeitverträge 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Leistungen der OGM im Bäderwesen vom 19.09.2006, modifiziert 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag zu Dienstleistungen im Bereich Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag zu IT- und TK-Leistungen vom 08./10.08.2016
Stadt Oberhausen	Vertrag zum Beschaffungswesen, 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag zur Übereignung des gesamten beweglichen Anlagevermögens der Stadt Oberhausen auf die OGM vom 10.09.2002
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Betreibervertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Betreibervertrag zwischen der VZO GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Mietvertrag zwischen der VZO GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kalthoff, Horst
	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut
	Prokuristin	Erdas, Nagihan Kadriye
	Prokurist	Brinkmeier, Markus
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schranz, Daniel
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Zimkeit, Stefan
	stellv. Vorsitzende	Stehr, Simone Tatjana
	stellv. Vorsitzender (AN)	Heweling, Detlef
	Mitglied gem. § 113 GO	Schmidt, Jürgen
	Mitglied	Cordes, Hubert
	Mitglied	Dr. Dilly, Mark
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Karacelik, Yusuf
	Mitglied	Nakot, Werner
	Mitglied	Röpell, Armin
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied (AN)	Zander, Jutta
	Mitglied (AN)	Bitter, Iris
	Mitglied (AN)	Mazura, Hubert
	Mitglied (AN)	Hauffe, Dagmar

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	1,00	0,93
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,22

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		**2017**		**2018**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	73.415,19	76,9	69.384,35	76,2	66.410,98	67,0	-2.973,37	-4,29
Umlaufvermögen	20.327,26	21,3	19.945,10	21,9	30.339,55	30,6	10.394,45	52,12
Rechnungsabgrenzungsposten	1.673,01	1,8	1.785,39	2,0	2.351,59	2,4	566,20	31,71
Bilanzsumme	**95.415,47**	**100,00**	**91.114,84**	**100,00**	**99.102,13**	**100,00**	**7.987,29**	**8,77**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	10.054,45	10,5	10.129,87	11,1	10.268,87	10,4	139,00	1,37
Sonderposten mit Rücklagenanteil	806,23	0,8	666,02	0,7	525,80	0,5	-140,22	-21,05
Rückstellungen	5.611,82	5,9	7.334,51	8,0	7.469,23	7,5	134,72	1,84
Verbindlichkeiten	77.998,25	81,7	72.155,72	79,2	80.113,12	80,8	7.957,40	11,03
Rechnungsabgrenzungsposten	944,72	1,0	828,72	0,9	725,11	0,7	-103,61	-12,50
Bilanzsumme	**95.415,47**	**100,00**	**91.114,84**	**100,00**	**99.102,13**	**100,00**	**7.987,29**	**8,77**

bb) GuV

	2016	**2017**	**2018**
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	110.359,10	99.582,57	94.825,06
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-5.506,84	6.336,93	27.863,52
sonstige betriebliche Erträge	1.059,36	1.271,75	699,36
Materialaufwand	55.526,76	56.670,70	74.375,58
Personalaufwand	26.773,70	28.656,81	27.671,29
Abschreibungen	6.650,83	6.087,26	5.852,09
sonstige betriebliche Aufwendungen	13.331,51	12.303,44	11.729,84
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	48,51	43,79	42,75
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.831,30	2.548,36	2.189,71
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	846,03	968,48	1.612,19
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	317,35	496,18	298,51
sonstige Steuern	356,35	396,87	1.174,68
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	172,34	75,42	139,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	172,34	75,42	139,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,16	0,08	0,15	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,74	0,75	1,37	%
Cash-Flow:	6.823,16	6.162,68	5.991,08	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	171,93	168,81	206,33	T€
Personalaufwandsquote:	25,28	26,73	22,43	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	76,64	75,87	66,64	%
Eigenkapitalquote:	10,54	11,12	10,36	%
Fremdkapitalquote:	89,46	88,88	89,64	%

e) Lagebericht

A. Grundlagen des Unternehmens

1. Allgemeines

Die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH – nachfolgend OGM genannt - ist eine 100%ige Tochter der Stadt Oberhausen.

Das umfangreiche Aufgabenspektrum der OGM umfasst u.a. die Durchführung von Baumaßnahmen, die Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik, die Reinigung der Schulen, der städtischen Kindertageseinrichtungen und der städtischen Verwaltungsgebäude, die Versorgung der städtischen Gebäude mit Energie, die Pflege und den Betrieb der städtischen Friedhöfe, die Pflege der städtischen Sport- und Grünanlagen sowie den Betrieb von Sport- und Freizeitbädern.

Mit der Durchführung dieser Leistungen deckt die OGM seit Jahren einen großen Bereich der von der Stadt Oberhausen wahrzunehmenden Aufgaben ab. Auf Grund der langfristigen Laufzeit der Verträge bestehen keine wesentlichen Veränderungen zum Vorjahr.

Neben dem angemieteten Bürostandort an der Geschäftsadresse betreibt die OGM einen zentralen Betriebshof in der Stadt, an dem die operativen Einheiten mit Fuhr- und Gerätepark untergebracht sind. Kleinere Dienststellen befinden sich auf den kommunalen Friedhöfen, im Kaisergarten und im Stadion Niederrhein. Zweigniederlassungen sind nicht vorhanden.

Aufsichtsgremium der Gesellschaft ist der, nach dem Drittelbeteiligungsgesetz (DrittelbG) gebildete, Aufsichtsrat. Für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates sowie der Unternehmensführung hat der Gesellschafter folgende Festlegungen getroffen:

„Für den Aufsichtsrat der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, bestehend aus Arbeitnehmer- und Gesellschaftervertretern, wird ein Frauenanteil von 30% festgelegt, der bis zum 30.Juni 2022 erreicht werden soll.

Auf der Ebene der Geschäftsführung legen wir eine Zielgröße von 30% fest, die bis zum 30. Juni 2022 zu erreichen ist, sofern mehr als ein Geschäftsführer bestellt ist.

Der Frauenanteil auf Ebene der Prokuristen beträgt zurzeit 50% und soll bis zum 30. Juni 2022 beibehalten werden."

Gemäß dem im Juli 2017 in Kraft getretenen Entgelttransparenzgesetzes (EntgTranspG) hat die OGM erstmals im Jahr 2018 einen Bericht zu Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern erstellt.
Dieser Bericht wurde am 27.07.2018 im Bundesanzeiger im Bereich "Rechnungslegung/Finanzberichte - Jahresabschlüsse" veröffentlicht

2. Forschung und Entwicklung

Aus Aufgabengebiet eines kommunalen Dienstleisters heraus ergibt sich für die OGM nicht die Notwendigkeit zu Forschungstätigkeiten oder Produktentwicklungen.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Haushaltssanierung

Die OGM steht seit Aufnahme ihres Geschäftsbetriebs vor der Herausforderung, sowohl den Anforderungen der Stadt Oberhausen und ihrer Bürgerinnen und Bürger an Umfang und Qualität der Leistungen, als auch dem defizitären Haushalt der Stadt Oberhausen Rechnung zu tragen.

Durch den Beschluss des Rates der Stadt Oberhausen vom 25.06.2012, wurden die durch die OGM zu erbringenden Sanierungsbeiträge auf 8,1 Mio. EUR p.a. und ab dem Jahr 2014 auf bis zu 11,5 Mio. EUR p.a. festgelegt. Für das Jahr 2018 wurde die Anforderung mit 12,2 Mio. EUR, wie bereits im Vorjahr festgelegt.

Gesamtwirtschaftliche Einflüsse

Die OGM unterliegt als 100%ige Tochter der Stadt Oberhausen den strengen Regelungen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung und kann daher ihre Leistungen lediglich im Konzern „Stadt Oberhausen“ erbringen. Damit unterliegt sie nur in begrenztem Umfang gesamtwirtschaftlichen Einflüssen. Hier sind insbesondere Preissteigerungen im Energiebereich, allgemeine Preissteigerungen sowie tarifliche Lohn- und Gehaltssteigerungen zu nennen. Auf Grund der vertraglichen Beziehungen zwischen Mutter- und Tochterunternehmen steht die OGM in keiner direkten Wettbewerbssituation im Absatzmarkt. Dieser Sachverhalt hat sich zum Vorjahr nicht verändert.

Geschäftsverlauf

In der Vorperiode prognostizierte Wirtschaftsdaten waren in der Regel zutreffend, Abweichungen werden in der Plan/Ist-Analyse erläutert. Bezüglich der Finanzmittelströme wird auf die diesem Bericht beigefügte Kapitalflussrechnung verwiesen.

Beteiligungen

Die OGM hält Beteiligungen / Mitgliedschaften an der Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO, sowie am KDN Dachverband kommunaler IT-Dienstleister. In allen Fällen liegt die Beteiligungsquote unter 20 %. Unternehmenskäufe oder -verkäufe haben nicht stattgefunden.

C. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

1. Wirtschaftliche Entwicklung

Da die Stadt Oberhausen Hauptkundin der OGM ist, werden die Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die von der Stadt Oberhausen gezahlten Entgelte geprägt.

Die Entgelte in EUR sind wie folgt zusammengesetzt:

	2018/EUR	2017/EUR
Umsatzerlöse Einheitspreise aus LV	27.639.323	28.432.979
Umsatzerlöse Gebäudeunterhaltung	14.968.962	14.711.903
Umsatzerlöse Rechnungsjournale	13.733.068	15.199.661
Umsatzerlöse Bäderwesen	8.936.204	8.683.766
Mieterträge und Nebenkosten	8.836.152	10.306.036
Umsatzerlöse Objektmanagement und HOAI	3.066.335	3.543.218
Erlöse Nutzungsentgelt	2.743.524	2.870.395
Umsatzerlöse Friedhöfe	1.893.238	1.895.154
Versicherungserträge	1.885.445	1.476.338
Umsatzerlöse Tiergehege	988.131	956.770
sonstige Allgemeine Umsatzerlöse	10.134.682	11.506.353
	94.825.064	99.582.573

Die Umsatzerlöse belaufen sich im Geschäftsjahr 2018 insgesamt auf 94,8 Mio. EUR. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Verringerung von 4,8 Mio. EUR bzw. 4,8 %. Im Wesentlichen sind die reduzierten Umsätze im Mietwesen (Wegfall Großobjekt TZU), im Bereich der Rechnungsjournale (reduzierter Abruf durch die Stadt Oberhausen), im Bauwesen (viele nicht schlussgerechnete Maßnahmen, die erst zum Jahresende beauftragt wurden) und in den sonstigen Umsätzen (Im Vorjahr waren noch Verkaufserlöse eines Objektes enthalten).

Der Materialaufwand liegt mit 74,4 Mio. EUR rd. 17,7 Mio. EUR (31,2%) über dem Vorjahr (56,7 Mio. EUR). Die Steigerung korrespondiert mit der Erhöhung der Vorräte und den damit saldierten erhaltenen Anzahlungen. Im Wesentlichen sind hier das Großprojekt „Jobcenter“ sowie eine Vielzahl von Maßnahmen aus städtischen Förderprogrammen zu nennen.

Die Personalkosten liegen um rd. 1,0 Mio. EUR unter dem Vorjahresbetrag. Die Ursache liegt zum einen in der Reduzierung der Beschäftigtenzahl und zum anderen durch Mitarbeiterabgänge in höheren Entgeltgruppen, die durch neue Mitarbeiter mit geringeren Entgeltgruppen ersetzt wurden.

Eine Planunterschreitung ergibt sich dadurch, dass geplante Einstellungen erst später, oder im Jahr 2018 noch nicht realisiert wurden.

Die Abschreibungen liegen mit 5,9 Mio. EUR marginal unter dem Vorjahr (6,1 Mio. EUR).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 11,7 Mio. EUR und liegen 4,7% unter dem Vorjahresniveau.

Das Betriebsergebnis liegt mit einem Überschuss von 3,8 Mio. EUR etwas über dem Vorjahr (3,5 Mio. EUR) und mit 0,7 Mio. EUR über dem Planansatz für 2018.

Das Finanzergebnis in Höhe von -2,1 Mio. EUR schließt mit einer Verbesserung zum Vorjahr ab (14,3%).

Das Ergebnis nach Steuern beläuft sich auf 1,3 Mio. EUR (0,5 Mio. EUR) und hat sich annähernd verdreifacht.

Nach sonstigen Steuern ergibt sich ein Jahresüberschuss von 0,1 Mio. EUR (0,1 Mio. EUR).

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren sowie der Vermögens- und Kapitalstruktur.

	2014	2015	2016	2017	**2018**
Umsatzerlöse (TEUR)	93.078	99.052	110.359	99.583	94.825
Materialaufwandsquote	49%	55%	53%	54%	61%
Personalintensität	28%	25%	26%	28%	23%
Personalaufwand pro Kopf (TEUR)	39	39	42	44	44
Jahresergebnis (TEUR)	814	-320	172	75	139
Eigenkapital (TEUR)	10.202	9.882	10.054	10.130	10.269
Eigenkapitalquote	10,70%	9,90%	10,54%	11,12%	10,36%
Investitionen (TEUR)	5.707	6.263	9.220	2.320	3.618
Verschuldungsquote*	86,80%	88,10%	87,63%	87,24%	88,38%
Anlagevermögen	71.616	71.684	73.415	69.384	66.411
Anlagenintensität	74,80%	71,70%	76,94%	76,15%	67,01%
Abschreibungsintensität	6,80%	6,00%	6,51%	5,87%	4,89%

*=((Rückstellungen + Verbindlichkeiten)/Bilanzsumme)

2. Plan- / Ist-Vergleich

Die Umsatzerlöse liegen rd. 25,2 Mio. EUR unter dem Planansatz. Ursachen sind hier im Wesentlichen nicht schlussgerechnete Baumaßnahmen (u.a. Großprojekt Jobcenter), sowie im Nutzungsentgelt, da geplante Investitionen für die Stadt Oberhausen im Geschäftsjahr nicht abgerufen wurden.

Gegenüber der Planung sind vorwiegend die bezogenen Leistungen des Energiebereiches im Materialaufwand reduziert. Der sonstige betriebliche Aufwand liegt mit 11,7 Mio. EUR 0,6 Mio. EUR unter dem Vorjahr und mit 1,2 Mio. EUR unter dem Planwert von 12,9 Mio. EUR.

Der Investitionsplan, der sich auf Güter des beweglichen und immateriellen Anlagevermögens bezog, belief sich auf 5,5 Mio. EUR. Die Anlagenzugänge im Bereich dieses Anlagevermögens belaufen sich auf 3,6 Mio. EUR. Damit wurde der Investitionsplan in Teilen nicht umgesetzt. Ursächlich sind im Wesentlichen die geringeren Investitionsmaßnahmen im Bereich der Stadtverwaltung (Betriebs- und Geschäftsausstattung), hier wurden von ursprünglich geplanten 3,8 Mio EUR lediglich 0,5 Mio. EUR abgerufen. Leicht entgegengewirkt haben 0,5 Mio. EUR ungeplante Investitionen im IT-Sektor für die Stadt Oberhausen und vorzeitige Geräteinvestitionen im AQUApark die, neben dem Bau einer neuen Rutsche, mitrealisiert wurden.

3. Sonstiges

Notwendige Finanzierungen im Berichtsjahr erfolgten durch Kontokorrentkredite, Darlehen und Leasing-Verträge. Eine Kreditlinie wird ausschließlich bedarfsgerecht und flexibel mit Kreditinstituten vereinbart, da sich auf Grund des allgemeinen Zinsniveaus auch für nicht in Anspruch genommene Kontokorrentkredite Bereitstellungskosten etabliert haben.

Weitere Finanzierungsinstrumente wurden nicht eingesetzt.

4. Kapitalflussrechnung

Cashflowrechnung 2018	TEUR
1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	
Jahresergebnis	139
Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	5.852
Zunahme/Abnahme (-) der Rückstellungen	191
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-140
Zunahme(-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.536
Zunahme(+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	12.345
Gewinn(-)/Verlust(+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (saldiert)	-288
Zinsaufwendungen/Zinserträge	2.147
Ertragsteueraufwand/-ertrag	298
Ertragsteuerzahlungen	-203
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	**21.877**
2. Cashflow aus Investitionstätigkeit	
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-244
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	1.027
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-3.374
Erhaltene Zinsen	43
Erhaltene Dividenden	
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**-2.548**
3. Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	3.581
Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-8.072
Gezahlte Zinsen	-2.190
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**-6.681**
Finanzmittelfonds	
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	12.648
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	816
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	13.464
Zusammensetzung des Finanzmittelbestands	
Liquide Mittel	13.464
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	**13.464**

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Wirtschaftsplan 2019 / Finanzplanung 2020 ff.

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019 weist bei einem Umsatzvolumen von 142,7 Mio. EUR einen Jahresüberschuss in Höhe von 0,04 Mio. EUR aus. Im Investitionsplan sind Zugänge in Höhe von 5,7 Mio. EUR vorgesehen.

Basis für die Erstellung des Wirtschaftsplans für das Geschäftsjahr 2019 war das ab 01.01.2014 gültige Vertragswerk zwischen der OGM und der Stadt Oberhausen. Über die hierin festgeschriebenen Entgelte sind die von der OGM zu erbringenden Haushaltssanierungsbeiträge und die sich daraus ergebenden Konsequenzen (Senkung von Leistungsstandards, Umstrukturierungsmaßnahmen etc.) in vollem Umfang berücksichtigt. Etwaige Indizierungen wurden angepasst.

Die geplanten Umsätze für das Geschäftsjahr 2019 übersteigen die Umsätze des Berichtsjahres um fast 50 Mio. EUR. Nahezu ausschließlich ist diese Steigerung auf die für 2019 geplanten Umsätze aus Bauerträgen und HOAI zurückzuführen. Die hier um rd. 49 Mio. EUR steigenden Umsätze stehen im Zusammenhang mit zu erwartenden Endabrechnungen der Großbaumaßnahme zur Errichtung des Jobcenters an der Marktstraße in Oberhausen.

Ferner sind Bauerträge zu den Maßnahmenpaketen Gute Schule 2020 sowie zu den geplanten Investitionsvorhaben aus Mitteln des Kommunalinvestitions-förderungsgesetzes (KInvFöG NRW) geplant.

Des Weiteren wurden qualifizierte Schätzungen zur Entwicklung der übrigen Erlöse, der Entwicklung von Besucher- bzw. Benutzerzahlen etc. vorgenommen. Auf der Aufwandseite wurden zu erwartende Preisentwicklungen, und prognostizierte Mehrverbräuche berücksichtigt.

Aufgrund einer Neuausschreibung der Leistungen im Bereich Gebäudereinigung wurde der Planansatz für das Wirtschaftsjahr 2019 deutlich nach oben angepasst, ebenso führen geplante Ausstattungsreparaturen im Bäderbereich zu einem erhöhten Ansatz.

Bei den Personalkosten wurden die zu erwartende Tarifsteigerungen ab 04/2019 berücksichtigt.

Der Investitionsplan umfasst Ersatz- und Neubeschaffungen im Bereich des beweglichen Anlagevermögens sowohl für den Bedarf der Stadt Oberhausen als auch für den Eigenbedarf der OGM. Es ist beabsichtigt, in diesem Zusammenhang auch zu prüfen, ob Teile des vorhandenen beweglichen Anlagevermögens über ein Leasing-Modell finanziert werden können.

Bei der Finanzplanung für die nächsten 5 Jahre wurden die weiterhin ab 2020 zu erbringenden Haushaltssanierungsbeiträge, die vereinbarten Kosten-Elemente-Klauseln und Indexsteigerungen, tarifliche Lohn- und Gehaltssteigerungen, Energie- und sonstige Preissteigerungen, Investitionen auf der Basis des Planansatzes 2019, die Neuaufnahme von Darlehen zur Finanzierung der Investitionen in das bewegliche und unbewegliche Anlagevermögen und die daraus resultierenden Zins- und Tilgungsleistungen bzw. entsprechende Belastungen aus Leasingverträgen berücksichtigt. Die Planungen für die Jahre ab dem Geschäftsjahr 2020, wurden unter der Annahme der Kontinuität der bisherigen Geschäftsfelder getroffen. Es finden derzeit Umstrukturierungsuntersuchungen des Gesellschafters zu einer Neuordnung der OGM statt. Im Dezember 2018 hat der Rat der Stadt Oberhausen entschieden, die IT-Bereiche der OGM und der Stadt bei der Stadtverwaltung Oberhausen anzusiedeln. Darüber hinausgehende Änderungen sind derzeit noch nicht absehbar.

2. Risikomanagement

Die OGM hat im Geschäftsjahr 2005 ein Risiko-Chancen-Management eingeführt. Es werden grundsätzlich alle vier Monate Risiko-Inventuren durchgeführt, in denen eine Beschreibung der jeweiligen Risiken sowie die Eintrittswahrscheinlichkeit und die möglichen finanziellen Auswirkungen, aber auch Chancen in der künftigen Entwicklung erfasst werden.

Im Rahmen der Risiko-Inventuren werden alle bestehenden oder abzusehenden Risiken wirtschaftlicher, finanzieller, fachlicher und personeller Art erfasst, soweit sie sich nicht grundsätzlich aus dem Betrieb eines Objektes oder aus gesetzlichen und allgemeinen vertraglichen Regelungen ergeben.

Das auf dieser Basis erstellte Risiko-Chancen-Portfolio gibt dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung sowie den leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen regelmäßigen Überblick über die Chancen und Risiken in den einzelnen Bereichen und ermöglicht allen Verantwortlichen die Früherkennung und Steuerung der Risiken. Zum aktiven Einfluss auf ein Chancenpotential wird auf die einschränkenden Ausführungen zu A 1. verwiesen.

Risikoinventuren wurden im Januar, Mai und September 2018 und zuletzt zum 31. Januar 2019 durchgeführt.

Unternehmensgefährdende oder sonstige bestandsgefährdende Risiken wurden nicht festgestellt.

3. Steuerung des Unternehmens

Die OGM verfügt über ein Controlling, das als Stabsstelle bei der Geschäftsführung angesiedelt ist. Hier erfolgen monatliche Analysen im Rahmen von Plan- / Ist-Vergleichen auf der Basis eines detaillierten Kostenstellen- und Auftragsnummernsystems sowie eine Überwachung der mit der Hauptkundin Stadt Oberhausen vereinbarten Budgets. Das entsprechende Datenmaterial wird der Geschäftsführung und den leitenden Mitarbeitern/innen monatlich zur Verfügung gestellt und ermöglicht diesen eine zeitnahe Steuerung.

Darüber hinaus erfolgt im Bereich Finanzen eine tägliche Überwachung der Finanzströme und eine regelmäßige Liquiditätsplanung.

E. Sonstige Angaben

1. Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zielerreichung

Wie bereits unter Punkt A 1. ausgeführt wurde, ist die OGM in erheblichem Umfang direkt und indirekt für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oberhausen tätig.

Diese Aufgaben wurden im Geschäftsjahr 2018 in dem vertraglich vereinbarten Umfang und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des städtischen Haushalts erledigt und haben dazu beigetragen, für die Bürgerinnen und Bürger ein angemessenes städtisches Umfeld mit attraktiven Angeboten sicherzustellen.

2. Besetzung der Geschäftsführung

Die Geschäftsführung ist wie folgt besetzt:

Hartmut Schmidt	Angestellter, Sprecher der Geschäftsführung
Horst Kalthoff	Diplom-Ingenieur, Architekt, Beamter der Stadt Oberhausen

3. Angaben gemäß § 6 Abs. 7 Satz 4 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Die OGM betreibt auf dem in ihrem Eigentum stehenden Bergbau-Erlebnis-Bad AQUApark eine Photovoltaikanlage. Die für das Bad nicht benötigte Energie wird in das Netz des örtlichen Energieversorgers, der Oberhausener Netzgesellschaft mbH, eingespeist. Ein Entgelt von 11 TEUR wurde im Geschäftsjahr vereinnahmt.

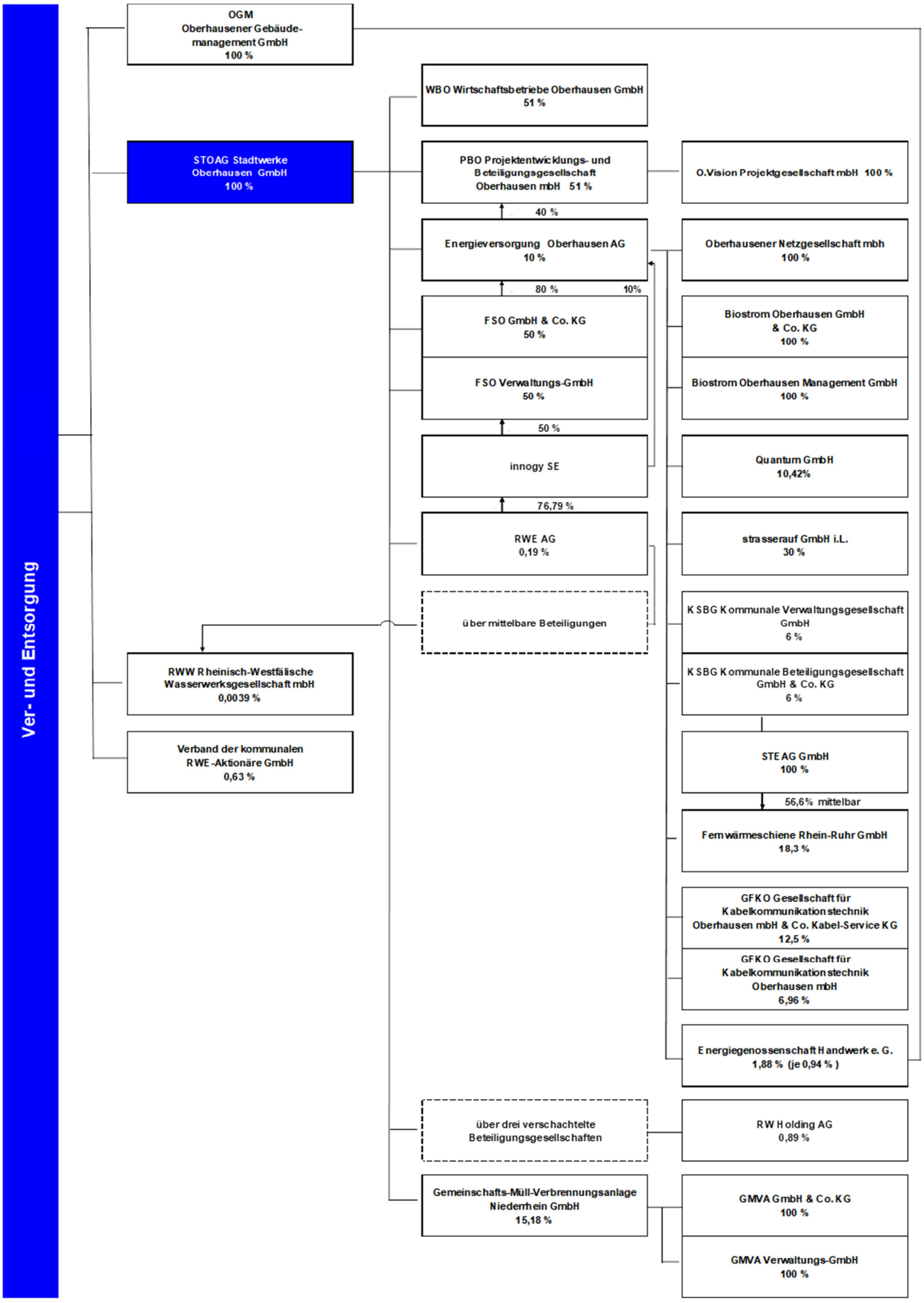
Weitere Tätigkeiten im Sinne von § 6 b Abs. 3 EnWG werden von der OGM nicht ausgeübt.

Es wird versichert, dass im Lagebericht nach bestem Wissen der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken beschrieben sind.

Oberhausen, 22. Februar 2019

Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM)

Hartmut Schmidt / Horst Kalthoff
Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Max-Eyth-Str. 62
46149 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 835 55
Fax	0208/ 835 5009
e-Mail	info@stoag.de
Internet	www.stoag.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25.600,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25.600,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Bedienung des Nahverkehrs sowie die Beteiligung an Energieversorgungs- und anderen Ver- und Entsorgungsunternehmen. Daneben kann das Unternehmen andere, ihm von der Stadt Oberhausen zugewiesene Aufgaben wahrnehmen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der evo vom 16.12.2003
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und der STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG
Mülheimer Verkehrsgesellschaft mbH	Betriebsführungsvertrag zwischen den Betrieben der Stadt Mülheim an der Ruhr und der STOAG in der Fassung vom 27.05.2010 (Straßenbahn).
Stadt Oberhausen	Gestattungs- und Nutzungsvertrag über den Personennahverkehr zwischen der Stadt Oberhausen und der STOAG in der Fassung vom 12.01.2007 sowie Zusatzvereinbarung über die Einrichtung eines rechnergesteuerten Betriebsleitsystems vom 29.11.1989
Verkehrsverbund Rhein Ruhr	Vertragswerk über den Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR) i.d.F. vom 31.12.1989 bestehend aus: - der Zweckverbandssatzung für den Zweckverband VRR - Satzung der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR - Richtlinie zur Finanzierung des ÖSPV im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr - dem Kooperationsvertrag für den VRR - dem Einnahmenaufteilungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Overkamp, Werner
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesell-schafterversammlung:		Bongers, Sonja
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Runkler, Hans-Otto
	1. stellv. Vorsitzender	Osmann, Denis
	2. stellv. Vorsitzender (AN)	Michalik, Herbert
	Mitglied gem. § 113 GO	Tsalastras, Apostolos
	Mitglied	Axt, Birgit
	Mitglied	Müthing, Christa
	Mitglied	Nowak, Werner
	Mitglied	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	Mitglied	Real, Ulrich
	Mitglied	Scheffler, Stefan
	Mitglied	Wolter, Marita
	Mitglied (AN)	Kamps, Thorsten
	Mitglied (AN)	Michalik, Manfred
	Mitglied (AN)	Ricken, Norbert
	Mitglied (AN)	Stemmer, Michael
Prokura:	Prokurist	Achterfeld, Uwe
	Prokurist	Thurm, Stefan
	Prokurist	Walenciak, Olaf

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,22
evo Energieversorgung Oberhausen AG	2.600,00	10,00
FSO GmbH & Co.KG	15,00	50,00
FSO Verwaltungs-GmbH	15,00	50,00
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	38,81	15,18
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	130,38	51,00
RW Beteiligungs GmbH	0,89	3,57
RWE Aktiengesellschaft	3.012,68	0,19
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	637,50	51,00
mittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	500,74	50,07
Biostrom Oberhausen Management GmbH	12,52	50,07
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	0,50	0,47
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,63	4,27
evo Energieversorgung Oberhausen AG	10.419,11	40,07
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	11,06	11,06
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	124,98	0,78
FSO GmbH & Co.KG	0,02	0,07
FSO Verwaltungs-GmbH	0,02	0,07
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	0,80	3,48
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	8,96	6,26
GMVA GmbH & Co. KG	151,80	15,18
GMVA Verwaltungs-GmbH	3,79	15,18
innogy SE	1.633,41	0,15
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,03	3,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	3,00	3,00
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	15,02	50,07
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	17,76	71,03
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	51,20	20,03
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	53,14	5,63
RW Holding Aktiengesellschaft i.L.	623,34	0,85
STEAG Fernwärme GmbH	615,90	3,00
STEAG GmbH	3.845,65	3,00
strasserauf GmbH i.L.	3,76	15,02

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	61.694,58	82,1	66.478,38	81,6	68.701,64	82,5	2.223,26	3,34
Umlaufvermögen	13.411,80	17,9	14.991,66	18,4	14.527,54	17,5	-464,12	-3,10
Rechnungsabgrenzungsposten	17,22	0,0	17,18	0,0	17,22	0,0	0,04	0,23
Bilanzsumme	**75.123,60**	**100,00**	**81.487,22**	**100,00**	**83.246,40**	**100,00**	**1.759,18**	**2,16**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	31.577,63	42,0	31.577,63	38,8	31.577,63	37,9	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	153,37	0,2	265,00	0,3	828,50	1,0	563,50	212,64
Rückstellungen	13.663,17	18,2	14.193,56	17,4	14.590,73	17,5	397,17	2,80
Verbindlichkeiten	29.579,06	39,4	35.305,42	43,3	36.121,88	43,4	816,46	2,31
Rechnungsabgrenzungsposten	150,37	0,2	145,61	0,2	127,67	0,2	-17,94	-12,32
Bilanzsumme	**75.123,60**	**100,00**	**81.487,22**	**100,00**	**83.246,40**	**100,00**	**1.759,18**	**2,16**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	28.893,84	31.094,39	31.368,47
sonstige betriebliche Erträge	2.863,70	3.139,67	3.477,48
Materialaufwand	13.511,64	14.293,63	14.954,05
Personalaufwand	23.125,74	23.781,44	24.172,79
Abschreibungen	4.253,35	4.520,79	4.738,43
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.248,94	4.636,40	5.014,40
Erträge aus Beteiligungen	8.110,31	8.192,92	8.886,12
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	5,67	5,68	2.012,46
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	64,53	116,14	22,00
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	50,00	50,00	50,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.244,79	1.488,59	1.505,45
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-7.496,41	-6.222,05	-4.668,60
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-19,17	103,75
sonstige Steuern	71,40	75,16	83,41
Erträge aus Verlustübernahmen	7.567,81	6.278,03	4.855,75
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-3.733,00		
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-3.733,00		
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-26,19	-20,19	-15,48	%
Eigenkapitalrentabilität:	-23,97	-19,88	-15,38	%
Cash-Flow:	-3.314,46	-1.757,24	-117,32	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	78,03	84,32	83,76	T€
Personalaufwandsquote:	72,82	69,47	69,37	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	43,29	44,41	46,20	%
Eigenkapitalquote:	42,03	38,75	37,93	%
Fremdkapitalquote:	57,97	61,25	62,07	%

e) Lagebericht

1. Geschäftstätigkeit und Unternehmensziele

Die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG) ist als hundertprozentige Tochter der Stadt Oberhausen der kommunale Anbieter für den Bus- und Straßenbahnverkehr in Oberhausen. Mit ihren modernen Diesel-, Hybrid- und Elektrobussen sowie der Straßenbahn leistet das Verkehrsunternehmen einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und unterstützt das Ziel des Masterplans „Saubere Luft für Oberhausen".

Diese Unternehmensziele stehen gleichberechtigt im Mittelpunkt des wirtschaftlichen und strategischen Handelns:

- Wahrnehmung der Regie- und Managementaufgaben für den kommunalen ÖPNV
- Optimierung der Marktfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des Unternehmens
- Sicherung der Leistungsfähigkeit des ÖPNV
- Sicherung der Arbeitsplätze
- Weiterentwicklung einer umweltverträglichen Mobilität

2. Rahmenbedingungen

Die Stadt Oberhausen hat zum dritten Mal hintereinander einen ausgeglichenen Haushalt für 2019 vorgelegt.

Die Einwohnerzahl der Stadt Oberhausen ist nach einer Phase des Wachstums gesunken. Zum Stichtag 31. Dezember 2018 lebten 212.166 Bürgerinnen und Bürger in der Stadt, 524 Personen weniger als im Vorjahr (2017: 212.690). Der Bestand an Kraftfahrzeugen lag bei 520 Fahrzeugen pro 1.000 Einwohner und damit über dem Vorjahresbestand von 513 pro 1.000 Einwohner. Die Arbeitslosenquote in Oberhausen entwickelt sich positiv und ist im September 2018 nach über 25 Jahren mit 9,8% erstmals wieder einstellig. Im Jahresdurchschnitt beträgt sie 10,2 % (2017:10,8 %). Der Kaufkraftindex in Oberhausen beträgt 88,1 (Vorjahr 88,4).

Der Tourismus entwickelt sich trotz leichten Rückgangs bei Übernachtungszahlen im Jahr 2018 (-1,6%) positiv. Von Januar bis Dezember 2018 haben 476.177 Gäste in Oberhausen übernachtet.

Direktvergabe

Die Stadt Oberhausen strebt eine nach Art. 5 Abs. 2 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehene Direktvergabe an die STOAG als einen internen Betreiber an.

Am 27. November 2017 hat der Rat der Stadt Oberhausen beschlossen, die STOAG für zehn Jahre, vom 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2029, im Rahmen ihrer Kontrollbefugnisse mit der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen des ÖPNV im Wege der Direktvergabe nach Art. 5 Abs. 2 VO 1370/2007 und nach Maßgabe des VRR-Finanzierungssystems zu betrauen. Die geplante Direktvergabe der Stadt Oberhausen an die STOAG GmbH wurde am 7. Dezember 2017 im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Nach Ablauf der Jahresfrist nach Art. 7 Abs. 2 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 zum 8. Dezember 2018 können nunmehr die weiteren Schritte zur Umsetzung der Direktvergabe in die Wege geleitet werden.

Masterplan „Saubere Luft“

Oberhausen ist eine der Städte, die im Jahr 2018 den zulässigen EU-Jahresmittelgrenzwert für Stickstoffdioxid (NO2) von 40 µg/m³ nicht eingehalten hat. Der Grenzwert wurde an der Maßstation an der Mülheimer Straße um 6 µg/m³ (2017: 9 µg/m³) überschritten. Der Grenzwert für Feinstaub (PM10) wurde eingehalten. Im Masterplan „Saubere Luft für Oberhausen“ wurden insgesamt 27 Maßnahmen erarbeitet, die zu einer Reduzierung der NO_2-Emissionen und damit zu einer dauerhaften Einhaltung des Grenzwertes beitragen sollen. „Das zentrale Ziel des Masterplanes „Saubere Luft für Oberhausen“ besteht darin, der Stadt Oberhausen als Grundlage für die Umsetzung von emissionsreduzierenden Maßnahmen zu dienen, bestehende Grenzwerte für NO2-Emissionen einzuhalten und Fahrverbote zu vermeiden.“[1]

Am 10. Dezember 2018 hat die Deutsche Umwelthilfe (DUH) Klage gegen das Land Nordrhein-Westfalen beim Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster wegen der Grenzwertüberschreitung u.a. in Oberhausen eingereicht.

[1] Masterplan ,,Saubere Luft für Oberhausen“, erstellt durch PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Seite 14

3. Geschäftsentwicklung und Lage

Fahrgäste

Im Jahr 2018 hat sich bei den „Vielfahrern“ der Trend fortgesetzt, den Zeitfahrausweis monatlich zu kaufen und nicht mehr als Abonnement für ein ganzes Jahr zu erwerben. Dies ermöglicht den Kunden mehr Flexibilität in Zeiten, in denen der ÖPNV weniger oder gar nicht genutzt wird. So gab es Zuwächse bei den Fahrgästen mit den monatlich erworbenen Zeitfahrausweisen Ticket1000 (+0,7 %) und Ticket2000 (+4,0 %), Rückgänge hingegen bei der Anzahl der Fahrgäste mit Abo-Ticket, besonders mit Ticket1000 9 Uhr (-5,4 %) und Ticket2000 9Uhr (-4,1 %).

Zum zweiten Mal in Folge ist der Anteil der Fahrgäste, die mit dem subventionierten SozialTicket, genannt MeinTicket, unterwegs sind, zurückgegangen (-11,4 %). Die rückläufigen Flüchtlingszahlen und die Verbesserung des Arbeitsmarktes mögen dazu beigetragen haben.

Der Ausfall des VRR-Ticketshops im April 2018 hat zu einem Rückgang der Fahrgäste geführt, die das 7-Tage-Ticket, das nur online erhältlich ist, nutzen (-67,9 %).

Die Entwicklung der Fahrgastzahlen im Zeitkartenbereich über alle Ticketarten lag gegenüber dem Vorjahr bei -4,5 %.

„Ab-und-zu-Fahrer“ sind vorwiegend mit Tickets aus dem Bartarif unterwegs. Der Anteil der Fahrgäste, die ein EinzelTicket erworben haben, ist im Vergleich zum Vorjahr um 2,1 % gestiegen, der Anteil der Fahrgäste mit dem NRW-PauschalTicket Schöner Tag um 5,0 %. Die Mehrfahrten- und 24- bzw. 48-StundenTickets sowie die SchönesWochenendTickets wurden dagegen weniger häufig genutzt als im Vorjahr (MehrfahrtenTicket -6,5 %, 24-/48-StundenTicket -9,9 %, SchönesWochenendTicket -27,7 %). Das Nutzerverhalten beim CityO.Ticket blieb nahezu konstant. Dieses Ticket ist vier Jahre lang ausschließlich in Oberhausen getestet worden und ist seit dem 1. Januar 2019 aufgrund der großen Nachfrage unter dem Namen 4-StundenTicket in weiteren Städten im Gebiet des VRR eingeführt worden.

Die Entwicklung der Fahrgastzahlen im Bartarif über alle Ticketarten lag gegenüber dem Vorjahr bei -0,9 %.

Im Ausbildungsverkehr sind die Fahrgastzahlen in der Summe um 1,3 % gestiegen. Entgegen dem negativen Trend im Bereich des Schülerverkehrs konnten die Fahrgastzahlen bei den Auszubildenden gesteigert werden, insbesondere zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres im August bzw. September 2018. Ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Vereinfachung des Tarifs – ein Ticket für den gesamten Verbund – und ein akzeptabler Preis von der Zielgruppe angenommen werden.

Insgesamt haben im Jahr 2018 34,5 Mio. Fahrgäste die Busse und Straßenbahnen der STOAG genutzt. Die weiter rückläufige Inanspruchnahme des ÖPNV durch Schüler sowie die geringere Anzahl der Abonnenten führten zu einem Rückgang um 300.000 Fahrgäste gegenüber dem Vorjahr. Diese Entwicklung ist auch in den anderen Verkehrsunternehmen mit ähnlicher Struktur im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) festzustellen.

Betriebsleistung

Die Betriebsleistung der STOAG in Oberhausen und in den benachbarten Stadtgebieten setzte sich im Jahr 2018 aus 8,45 Mio. Buskilometern und 0,38 Mio. Straßenbahnkilometern zusammen und lag mit einer Gesamtbetriebsleistung von 8,83 Mio. Nutzwagenkilometern (Nwkm) um 0,93 % unter dem Vorjahreswert. Diese Differenz bewegt sich im Rahmen eines üblichen Betriebsablaufes und ist unter anderem auf Baustellenumleitungs- bzw. Schienenersatzverkehre einerseits und Streiktage andererseits sowie auf die Lage und die Anzahl der unterschiedlichen Wochentage, der Arbeits- und Schulferientage zurückzuführen.

Ertragslage

Die wirtschaftliche Entwicklung der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH im Jahr 2018 war - wie bereits in den Vorjahren - positiv. Das Betriebsergebnis beträgt -14.117 TEUR (Vorjahr: -13.074 TEUR). Der Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen verminderte sich von 6.278 TEUR im Jahr 2017 um 1.423 TEUR auf 4.856 TEUR für das Jahr 2018.

Im Geschäftsjahr 2018 erzielte die STOAG Umsatzerlöse in Höhe von 31,4 Mio. EUR. Diese lagen mit 0,3 Mio. EUR über dem Vergleichswert des Vorjahres (31,1 Mio. EUR). Darin enthalten sind die Verkaufserlöse, die sich im Vergleich zum Vorjahr auf ähnlichem Niveau des vorherigen Geschäftsjahrs (Vorjahr: 26,4 Mio. EUR) belaufen.

Die Abgeltungszahlungen für die unentgeltliche Beförderung von Schülern und Studenten, die sogenannte Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW (vormals § 45a PBefG), wurden im Jahr 2018 in Höhe von 1.177 TEUR ausgezahlt (Vorjahr: 1.169 TEUR).

Bei Aufstellung des Jahresabschlusses lag vom VRR eine endgültige Auswertung zur Einnahmeaufteilung 2017 und 2018 noch nicht vor. Im Jahresergebnis 2018 wurden somit die bereits geleisteten Anzahlungen auf die Einnahmeaufteilung 2018 zuzüglich einer Preissteigerungsrate im gewichteten Mittel von 1,9% für das Jahr 2018 berücksichtigt, sodass innerhalb des Jahresergebnisses 2018 bei den Übersteigerbeträgen (Kommunale Verkehrsunternehmen, Deutsche Bahn AG und Busverkehr Rheinland GmbH) mit Verbindlichkeiten in Höhe von 1.035 TEUR gerechnet wird. Davon sind bereits 1.020 TEUR als Anzahlungen an den VRR geleistet worden. Der Restbetrag wurde in den Rückstellungen berücksichtigt.

Die Abrechnung der Einnahmeaufteilung 2017 wird für das 1. Halbjahr 2019 erwartet.

Die sonstigen Umsatzerlöse verringerten sich von 1,09 Mio. EUR im Jahr 2017 auf 0,8 Mio. EUR im Jahr 2018.

Das ÖPNVG NRW sieht ab dem Jahr 2017 vor, dass von dem Anteil der durch die Aufgabenträger für Zwecke des ÖPNV weiterzuleitenden ÖPNV-Pauschale gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW mindestens 30% der ÖPNV-Pauschale „innerhalb des europarechtlichen Rahmens als Anreiz zum Einsatz neuer und barrierefreier Fahrzeuge“ an öffentliche und private Verkehrsunternehmen weiterzuleiten sind.

Es entfallen 1.172 TEUR auf Alternative B (Ausbildungsverkehr). Weitere 586 TEUR werden investiv für die Beschaffung/Einsatz neuwertiger Fahrzeuge verausgabt. Diese Mittel wurden mittels Änderungsbescheid im Dezember 2018 beschieden und nach Bestandskraft erst Ende Januar 2019 an die STOAG ausgezahlt. Die STOAG wird diese Mittel im laufenden Geschäftsjahr mit den Anschaffungskosten der Gelenkbusse der Busbeschaffung 2019 verrechnen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge veränderten sich von 1,97 Mio. EUR auf 2,31 Mio. EUR. Im Geschäftsjahr sind insbesondere Buchgewinne aus Busverkäufen in Höhe von 0,74 Mio. EUR und Auflösungen von Rückstellungen von 0,49 Mio. EUR enthalten.

Somit ergeben sich Gesamtbetriebserträge in Höhe von 34.846 TEUR (Vorjahr: 34.234 TEUR).

Der Materialaufwand erhöhte sich von 14,29 Mio. EUR auf 14,95 Mio. EUR.

Der Personalaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 392 TEUR auf 24,2 Mio. EUR. Die gezahlten Entgelte stiegen gegenüber dem Vorjahr um 376 TEUR auf 18.787 TEUR (Vorjahr: 18.411 TEUR). Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Geschäftsführung, Auszubildende, geringfügig Beschäftigte und Mitarbeiter in der Ruhephase der Altersteilzeit erhöhte sich von 411 zu Beginn des Jahres 2018 auf 425 am Jahresende.

Die Abschreibungen erhöhten sich von 4,52 Mio. EUR auf 4,74 Mio. EUR.

Der sonstige betriebliche Aufwand betrug im Jahr 2018 5,0 Mio. EUR und ist gegenüber dem Vorjahr (4,6 Mio. EUR) um 0,4 Mio. EUR gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf höhere Aufwendungen für Kraftfahrzeugversicherungen sowie für Provisionsrückzahlungen an den VRR aus der Einnahmeaufteilung 2015 zurückzuführen.

Das Finanzergebnis veränderte sich um 0,1 Mio. EUR von -1,4 Mio. EUR auf -1,5 Mio. EUR.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der STOAG zum 31. Dezember 2018 betrug 83,2 Mio. EUR. Die Veränderung zum Vorjahreswert (81,5 Mio. EUR) resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung des Sachanlagevermögens um 2,3 Mio. EUR.

Im Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen sind erhaltene Zuschüsse beispielsweise für die Beschaffung von drei Elektrobussen, deren Auslieferung im 1. Quartal 2019 erfolgt, für das Projekt digitales Funksystem und den weiteren behindertengerechten Umbau von Haltestellen (7. Bauabschnitt) enthalten, die noch nicht mit getätigten Investitionen verrechnet werden können.

Die Rückstellungen belaufen sich auf 14,6 Mio. EUR und sind gegenüber dem Vorjahr (14,2 Mio. EUR) erhöht. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erhöhten sich auf 8,31 Mio. EUR (Vorjahr: 7,72 Mio. EUR). Hintergrund der Erhöhung ist, die Veröffentlichung aktualisierter Richttafeln der HEUBECK AG im Jahr 2018. Diese

Auswirkungen wurden in den Jahrespersonalgutachten zum Bilanzstichtag berücksichtigt und führten zu einer Erhöhung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich um 0,81 Mio. EUR von 35,31 Mio. EUR auf 36,12 Mio. EUR. Dies ist zurückzuführen auf die Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 24,95 Mio. EUR um 1,31 Mio. EUR auf 26,26 Mio. EUR, die Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 0,42 Mio. EUR, die Verringerung der Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, um 0,95 Mio. EUR (von 5,36 Mio. EUR im Jahr 2017 auf 4,41 Mio. EUR).

Investitionen und Förderprojekte

Die Summe der Investitionen belief sich im Geschäftsjahr 2018 auf 6,99 Mio. EUR. Größte Position mit 5.051 TEUR waren die Investitionen für die Busbeschaffung. Im Geschäftsjahr sind insgesamt 16 Gelenkbusse inkl. der Nachrichtentechnik zugegangen. Weiterhin sind für die Erstellung der Infrastrukturwerkstatt im Jahr 2018 1.068 TEUR und für Erweiterungsmaßnahmen der Werkstatt 88 TEUR aufgewendet worden.

Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der STOAG im Berichtsjahr wird seitens der Geschäftsführung als gut bewertet.

4. Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die STOAG jährlich eine Risikoinventur durch. Um Risiken frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen, ist bei der STOAG ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit ihres Entstehens und ihrer Auswirkung geprüft und eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit ihnen verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, sondern der Einfluss auf Ressourcen wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust wird auch analysiert. Die Risikoinventur wird in regelmäßigen Abständen aktualisiert.

In der Risikoinventur 2018 wurden dieselben acht Risiken wie im Vorjahr identifiziert und erfasst. Die Bewertung der Risiken hat sich nicht verändert.

Beim Risiko „Ausfall EFM-System“ wurden die Anlagen bereits modernisiert (Kundencenter) bzw. befinden sich gerade in der Modernisierung bzw. Erneuerung (Projekt Digitalfunk).

Beim Risiko „Ausfall von Straßenbahnen“ entfällt ein risikoerhöhender Faktor, da die Thyssenbrücke in Mülheim im Jahr 2018 neu gebaut und in Betrieb genommen wurde. Auf der ÖPNV-Trasse befindet sich die über 100 Jahre alte so genannte Blaue Brücke über den Rhein-Herne-Kanal. Die Brücke befindet sich aufgrund von Korrosionsschäden in keinem guten Zustand, für die Jahre 2021/2022 ist ein Neubau vorgesehen. Bis dahin wird die Brücke mit verminderter Geschwindigkeit befahren und intensiv überwacht, um eine Streckensperrung zu vermeiden. Bei Sperrung der Blauen Brücke können Straßenbahnen nur noch bis Oberhausen Hbf. verkehren, eine Weiterfahrt nach Sterkrade wäre nicht möglich.

Beim Risiko „Betrauungszeitraum ab dem Jahr 2020“ ist kein Antrag auf Eigenwirtschaftlichkeit erfolgt. Das Risiko der eigenwirtschaftlichen Anträge Dritter besteht nicht mehr.

Keines der erfassten Risiken wurde als inakzeptabel eingestuft. Für die STOAG wurde kein Risiko identifiziert, das von den Risiko-Paten in seiner Auswirkung als bestandsgefährdend und dessen Eintrittswahrscheinlichkeit als relativ hoch betrachtet wird.

5. Ausblick und Prognose

Fahrgastentwicklung und Tarifmaßnahmen

Für den VRR gilt der politische Auftrag der Kreise und Städte, die Nutzerfinanzierung des Öffentlichen Verkehrs zu stärken und somit die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Fahrgäste sind auf ein ausgeglichenes Preis-/Leistungsverhältnis bedacht und reagieren sehr sensibel auf aktuelle Tarifentwicklungen. Preisanpassungen im VRR gehen einher mit strukturellen Tarifentwicklungen und Vereinfachungen der Tarife.

Zum 1. Januar 2018 wurde das bisher preisstufenabhängige Ticket für Auszubildende, das YoungTicket, als Monatskarte und das YoungTicketPLUS im Abonnement dahingehend vereinfacht, dass es nur noch als verbundweites Ticket zu dem attraktiven Preis von 59,95 EUR erhältlich ist. Mit Beginn des neuen Ausbildungsjahres im Sommer konnte mit einer landesweiten Informationskampagne eine große Nachfrage bei den Azubis erreicht werden.

Für den 1. August 2019 ist ein NRW-weit gültiges AuszubildenenTicket geplant. Das Land stellt hierfür Fördermittel in Höhe von 4,9 Mio. EUR zur Verfügung. Durch Zuzahlung von 20 EUR pro Monat kann ein VRR-weit gültiges YoungTi-

cketPLUS-ABO zu einem NRW-weit gültigen AuszubildenenTicket erweitert werden. Für das Jahr 2019 wird eine steigende Nachfrage nach dem YoungTicketPLUS und dem AuszubildendenTicket erwartet.

Mit dem nextTicket hat der VRR im Jahr 2018 in einem zweistufigen Praxistest einen neuen elektronischen Tarif getestet. In Phase eins wurden die Fahrten nach dem bestehenden VRR-Tarif auf Basis der EinzelTicketpreise abgerechnet und am Monatsende unter Berücksichtigung von 4er-/10er- oder 24-Stunden-Tickets zusammengefasst. In Phase zwei wurde der neue elektronische Tarif zugrunde gelegt mit einem Festpreis pro Fahrt und einem Kilometerpreis. Das Fazit nach rd. 63.000 zurückgelegten Fahrten von ca. 8.350 registrierten Teilnehmern war positiv und dient als Diskussionsgrundlage für die Einführung eines elektronischen Tarifs in das reguläre Angebot.

Die drei Zweckverbände Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, Nahverkehr Rheinland und Nahverkehr Westfalen-Lippe haben beschlossen, zusammen an einem neuen Ticketsystem zu arbeiten. Das sogenannte Check-in/Be-out-System (CiBo) soll automatisch erkennen, wenn ein Fahrgast ein Verkehrsmittel betritt (Check-in) oder verlässt (Be-out). Nach Beenden der Fahrt erfolgt auf dieser Grundlage eine automatische Berechnung des Fahrpreises. CiBo wird so konzipiert, dass es in reguläre und bestehende Apps integriert werden kann und soll bereits ab 2020 den Fahrgästen zur Verfügung stehen. Dieses System soll Zugangshemmnisse zum Nahverkehrssystem abbauen und den ÖPNV auch den Kunden, die wenig bis gar keine Tarif- und Netzkenntnisse besitzen, erschließen.

On-Demand-Verkehr

In Zusammenarbeit mit der Firma door2door werden Anwendungsmöglichkeiten für Ride Sharing bzw. On-Demand-Verkehre in Oberhausen erarbeitet. Ziel ist es, weniger attraktive Taktverkehre − beispielsweise den Stundentakt des Nachtexpress-Netzes − durch ein attraktiveres Angebot zu ergänzen bzw. ggf. zu ersetzen. Dabei werden einerseits die Fahrtwünsche der Fahrgäste „von Haustür zu Haustür“ ohne Bindung an einen Fahrplan oder Linienweg erfüllt (On-Demand) und andererseits mittels Software so miteinander kombiniert, dass möglichst mehrere Fahrgäste gemeinsam befördert werden (Ride Sharing). Es entsteht somit ein sich auf Basis der Nachfrage selbstorganisierendes Verkehrssystem.

Weiterentwicklung der E-Mobilität

Im Februar 2019 wurde die aus zwei Fahrzeugen bestehende Elektrobusflotte der STOAG um drei Busse des niederländischen Herstellers VDL Bus & Coach erweitert. Die Busse vom Typ Citea SLF 120/E werden auf der Linie 979, die Oberhausen Sterkrade mit dem ZOB in Bottrop verbindet und von der STOAG und der Vestische Straßenbahnen GmbH gemeinsam betrieben wird, eingesetzt. Zusammen mit einem Elektrobus gleichen Typs der Vestischen Straßenbahnen GmbH wird die Linie 979 rein elektrisch befahren. Zur Ladung der vier Busse wird die am Bahnhof Sterkrade vorhandene Infrastruktur umgebaut.

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie soll unter wirtschaftlichen und technischen Aspekten geprüft werden, welche Linie bzw. welches Linienbündel mit welcher Elektrobus-Technologie bzw. Ladestrategie für den Einsatz von Elektrobussen geeignet ist. Hierbei werden verschiedene Ansätze wie Gelegenheits- oder Betriebshofladung untersucht. Ziel ist ein Umsetzungsplan mit dem Fernziel der möglichst vollständigen Umstellung auf alternative Antriebsformen. Dabei sollen auch künftige technologische Entwicklungen berücksichtigt werden. Der Förderantrag wurde im Juli 2018 gestellt und wird aktuell noch vom Ministerium (BMVI) bearbeitet.

„Strategie E“ nennt sich ein Förderprojekt, in dem gemeinsam mit der Firma ebusplan GmbH ein Softwaremodul zur betrieblichen Planung von Elektrobus-Linien entwickelt wird. Ziel ist neben einem wirtschaftlichen Betrieb von E-Bus-Linien auch die Sicherstellung von Handlungsmöglichkeiten, zum Beispiel bei Änderungen im Liniennetz. Der Zuwendungsbescheid ist am 28.09.2018 eingetroffen, die Laufzeit des Projektes ist von 1. Dezember 2018 bis 30.Juni 2022.

Beteiligungen

Die Energieversorgung Oberhausen AG (evo) hat im Geschäftsjahr 2018 ein Ergebnis in Höhe von 11,1 Mio. EUR erzielt und damit das mindestens erwartete Volumen von 11 Mio. EUR übertroffen. Auch in diesem Wirtschaftsjahr hat die evo die Einstellung eines Teils des Jahresüberschusses in die Gewinnrücklagen bei der evo vollzogen.

Die STOAG geht derzeit weiter davon aus, dass die FSO GmbH & Co. KG eine Ergebnisabführung für die Jahre 2019 bis 2023 von jährlich insgesamt 11 Mio. EUR erwirtschaftet und der innogy SE, Essen, und der STOAG somit jeweils 5,5 Mio. EUR pro Wirtschaftsjahr zufließen.

Das finanzielle Ergebnis aus der Beteiligung an der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) in Oberhausen ist in hohem Maße von der Auslastung der Verbrennungskapazitäten von dem auf Grund der Überkapazitäten hart umkämpften Markt und vor allem vom kommunalen Verbrennungsentgelt der Städte Oberhausen und Duisburg abhängig. Die GMVA führt den Weg der Konsolidierung stetig fort und hat im Geschäftsjahr 2017 ein Ergebnis in Höhe von 12.099 TEUR erzielt. In das Jahresergebnis 2018 der STOAG ist daraus eine Ausschüttung in Höhe von 1,1 Mio. EUR eingeflossen.

Aus den im Finanzanlagevermögen ausgewiesenen RWE AG Aktien wurde für das Jahr 2017 in 2018 eine Dividende in Höhe von 1,50 EUR pro Vorzugs- und Stammaktie ausgezahlt. Darin enthalten ist eine Sonderdividende in Höhe von 1 EUR.

Die sich in Auflösung befindliche Gesellschaft RW GöR Anteilseigner III mbH hat für das Geschäftsjahr 2018 eine Dividende in Höhe von 247 TEUR an die STOAG ausgeschüttet.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für den Zeitraum von 2019 bis 2023 weist für das Jahr 2019 nach derzeitiger Planung bei leicht steigenden Umsatzerlösen gegenüber dem Jahresergebnis 2018 einen leicht erhöhten Restfehlbetrag aus.

Die mittelfristige Planung weist für das Jahr 2019 einen verbleibenden Finanzierungsbetrag in Höhe von 10.260 TEUR aus. Für den Zeitraum von 2020 bis 2023 werden verbleibende Finanzierungsbeträge in Höhe von ca. 10 Mio. EUR erwartet.

Die STOAG geht für das Jahr 2019 von einer stabilen Entwicklung der Verkaufserlöse aus.

Die Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren werden in den kommenden Jahren steigen und im Jahr 2019 voraussichtlich 9.785 TEUR betragen. Der Vorstand der innogy SE, Essen, hat in seiner Sitzung am 14. März 2019 beschlossen, der am 3. Mai 2019 stattfindenden Hauptversammlung eine Dividende in Höhe von 0,70 EUR je Stamm- und Vorzugsaktie vorzuschlagen Für das Geschäftsjahr 2019 wird eine Erhöhung der ordentlichen Dividende auf 0,80 EUR angestrebt.

Dies bedeutet für die STOAG, dass sie im Jahr 2019 einen Dividendenertrag in Höhe von 1.005 TEUR erwartet. Die STOAG hat in ihrem Wirtschaftsplan 2019 bis 2023 eine Dividendenzahlung der RWE AG für die Stamm- und Vorzugsaktien in Höhe von 0,70 EUR je Stamm- und Vorzugsaktie eingeplant.

Die GMVA hat für das Geschäftsjahr 2018 einen Jahresüberschuss von 13.609 TEUR erzielt. Eine Ausschüttung seitens der GMVA ist im Wirtschaftsplan 2019 der STOAG nicht berücksichtigt.

Die Pensionsverpflichtungen entwickeln sich langfristig gesehen rückläufig.

Ein möglicher Anstieg der Rohstoffpreise im Energiebereich kann zukünftig zu Mehrbelastungen für die STOAG führen.

Als energieintensive Unternehmen, für die im Rahmen des Steuerrechtes nur unzureichende Ausnahmeregelungen vom Gesetzgeber zugelassen wurden, sind hier alle Nahverkehrsunternehmen gleichermaßen betroffen.

6. Chancen

Oberhausen arbeitet an der Mobilitätswende, eingeleitet durch die Maßnahmen des Masterplans „Saubere Luft für Oberhausen“. Das ist eine Chance, denn dem ÖPNV kommt eine wichtige Rolle, zu wenn es darum geht, den Anteil des motorisierten Individualverkehrs zu reduzieren.

Die anhaltenden Diskussionen um Fahrverbote und um Maßnahmen wie 1-Euro-Ticket können dazu führen, dass sich Bürgerinnen und Bürger kritisch mit ihrem eigenen Mobilitätsverhalten auseinandersetzen und die Nutzung energieeffizienterer Mobilitätsformen in Erwägung ziehen, wenn die Angebotsqualität hoch ist. Zusätzliche Mobilitätsprodukte wie On-Demand-Verkehre können in Kombination mit dem klassischen liniengebundenen ÖPNV Anreize schaffen, den eigenen Pkw stehen zu lassen.

Der öffentliche Verkehr muss dank der Digitalisierung in den kommenden Jahren einfacher, verständlicher und komfortabler werden: Über eine Oberfläche müssen Kunden auf alle Funktionalitäten rund um den ÖPNV zugreifen können: informieren, buchen und bezahlen ganzer Wegeketten mit einer App, unabhängig von Verkehrsmittel oder Anbieter. Die Kooperation der drei nordrhein-westfälischen Zweckverbände Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, Nahverkehr Rheinland und Nahverkehr Westfalen-Lippe bei der Beschaffung eines Check-in/Be-out-Systems ist ein richtiger und wichtiger Ansatz.

Auch die STOAG plant und investiert in neue Mobilitätsangebote. Hierfür ist Planungssicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung, die dadurch gegeben ist, wenn die STOAG auch über das Jahr 2019 hinaus mit der Erbringung der Verkehrsleistung in Oberhausen betraut wird. Der Rat der Stadt Oberhausen hat sich einstimmig dafür ausgesprochen.

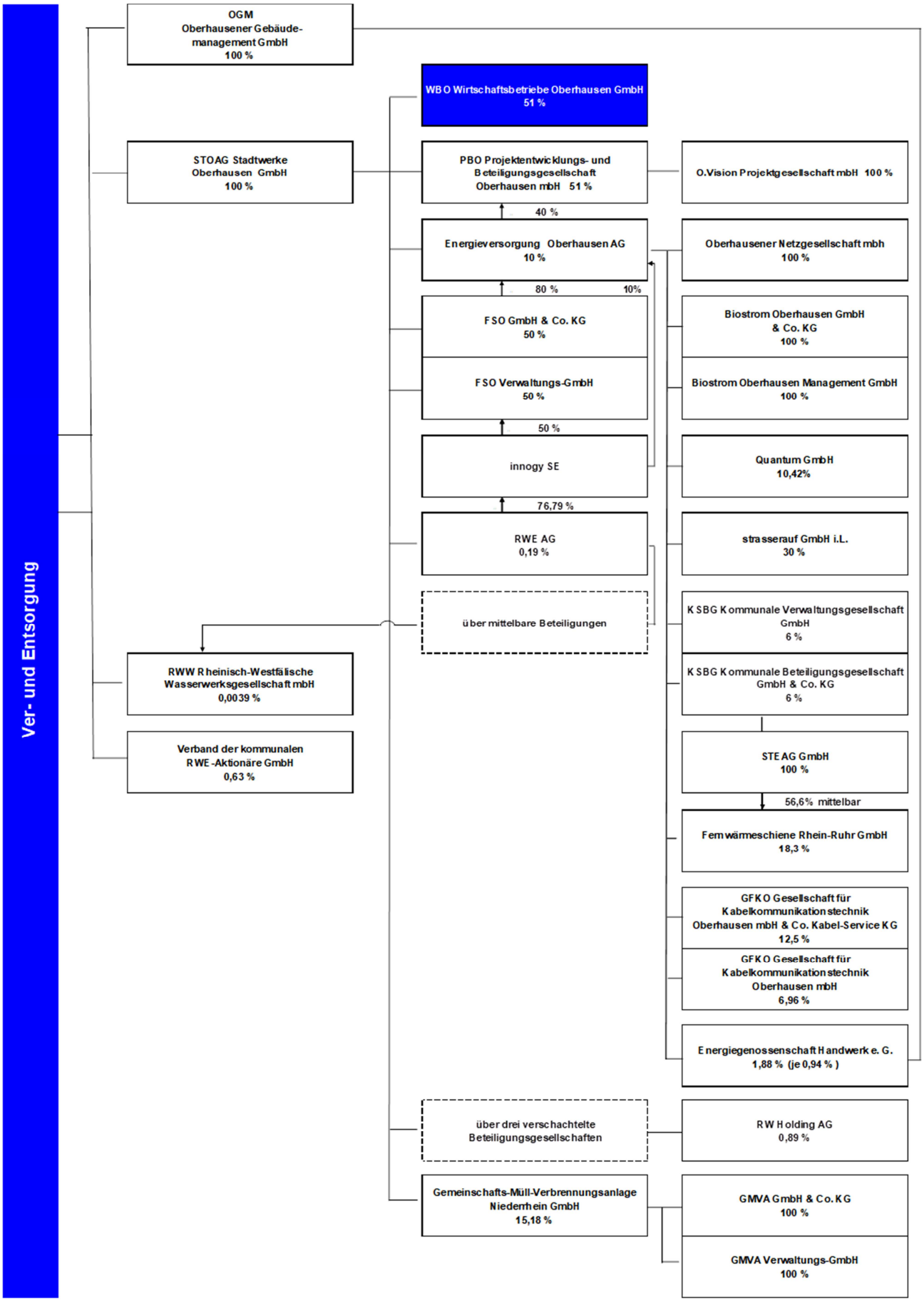
7. Fazit

Unter Berücksichtigung aller oben erwähnten Faktoren sieht sich die STOAG grundsätzlich für alle zukünftigen unternehmerischen Herausforderungen gewappnet und aus heutiger Sicht bestmöglich aufgestellt.

Oberhausen, 30. April 2019

Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG)

Werner Overkamp
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Buschhausener Straße 149
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 8587-30
Fax	0208 / 8578-404
e-Mail	info@wbo-online.de
Internet	www.wbo-online.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.250,00

Gesellschafter:

	T€	%
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	612,50	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	637,50	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Gegenstand des Unternehmens sind insbesondere Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen

1.1 in den gebührenrelevanten Bereichen
- Entwässerung
- Müllabfuhr
- Straßenreinigung

1.2 in den nichtgebührenrelevanten Bereichen
- Fließgewässer
- Straßenunterhaltung
- Kfz-Werkstattbetrieb
- Aufgaben im Rahmen des DSD
- Abfallwirtschaft
- Unterhaltung von Verkehrsflächen und Signalanlagen

2. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

3. Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag vom 15.01.2008
Stadt Oberhausen	Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 12.01.1996
Stadt Oberhausen	Personalgestellungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungstarifvertrag zwischen der Stadt Oberhausen, der WBO GmbH und der ÖTV (nunmehr ver.di) vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Vereinbarung Geobasisdaten vom 03.03.2006
Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Laub

	vom 01.07.2007 - 31.12.2010
Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Straßenlaub vom 01.07.2007 - 31.12.2010
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Kanalbau vom 22.01.1998
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Straßenbau vom 26.01.2001
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Regelung der Grundsätze der Alttextilerfassung in Oberhausen vom 08.03.2000; Nachtrag vom 19.11.2004
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Reinigung der Bundesautobahn-Anschlussstellen im Stadtgebiet Oberhausen vom 20.08.2008

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Woidtke, Karsten Bernard
	Mitglied	Guthoff, Maria
	Prokurist	Kußel, Andreas
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schranz, Daniel
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Bongers, Sonja
	stellv. Vorsitzender	Hanning, Guido
	stellv. Vorsitzende (AN)	Herrmann, Regina
	Mitglied gem. § 113 GO	Lauxen, Sabine
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Emmerich, Karl-Heinz
	Mitglied	Erlenbach, Klaus
	Mitglied	von Hebel, Antonius
	Mitglied	Jeppel, Jürgen
	Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	Mitglied	Rubin, Dirk
	Mitglied	Rudolph, Karl-Ulrich
	Mitglied	Schuler, Immanuel
	Mitglied	Steinberg, Wolfgang
	Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied (AN)	Bohnes, Ralf
	Mitglied (AN)	Croonenbroeck, Andreas
	Mitglied (AN)	Horatz, Stefan
	Mitglied (AN)	Langenbusch, Jürgen
	Mitglied (AN)	Althoff, Claudia
	Mitglied (AN)	Froese, Anke

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,22

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	11.109,30	31,0	10.851,67	29,1	11.593,58	33,4	741,91	6,84
Umlaufvermögen	24.709,42	69,0	26.469,96	70,9	23.114,19	66,6	-3.355,77	-12,68
Rechnungsabgrenzungsposten			2,64	0,0	8,31	0,0	5,67	214,77
Bilanzsumme	**35.818,72**	**100,00**	**37.324,27**	**100,00**	**34.716,08**	**100,00**	**-2.608,19**	**-6,99**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	5.446,22	15,2	5.974,80	16,0	5.721,12	16,5	-253,68	-4,25
Rückstellungen	5.091,31	14,2	4.256,73	11,4	4.439,59	12,8	182,86	4,30
Verbindlichkeiten	25.281,19	70,6	27.092,74	72,6	24.555,37	70,7	-2.537,37	-9,37
Bilanzsumme	**35.818,72**	**100,00**	**37.324,27**	**100,00**	**34.716,08**	**100,00**	**-2.608,19**	**-6,99**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	43.000,64	47.031,86	50.616,34
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	3.052,17	-1.451,88	-1.477,40
andere aktivierte Eigenleistungen	6,07	0,90	1,57
sonstige betriebliche Erträge	409,46	783,25	512,82
Materialaufwand	16.525,99	15.007,07	17.960,12
Personalaufwand	20.667,09	21.167,59	21.649,15
Abschreibungen	1.287,97	1.404,25	1.509,62
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.668,02	1.813,76	1.876,80
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,03	0,09	0,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	54,42	60,54	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	31,29	36,17	35,05
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.233,58	6.874,84	6.622,60
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.288,95	2.398,32	2.405,08
sonstige Steuern	81,05	82,95	81,19
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	3.863,57	4.393,58	4.136,33
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	4.577,83	3.866,40	4.394,98
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	4.575,00	3.865,00	4.390,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3.866,40	4.394,98	4.141,30

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,98	9,34	8,17	%
Eigenkapitalrentabilität:	244,56	278,11	261,82	%
Cash-Flow:	5.205,97	5.858,37	5.645,94	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	120,07	120,11	138,31	T€
Personalaufwandsquote:	44,48	45,66	43,60	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	30,62	28,67	33,09	%
Eigenkapitalquote:	15,20	16,01	16,48	%
Fremdkapitalquote:	84,80	83,99	83,52	%

e) Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2018 schließt mit einer Gesamtleistung von TEUR 49.653 ab (+7,1 % gegenüber Vorjahr). Nachstehende Tabelle bietet einen Überblick über die Entwicklung der zur Gesamtleistung beitragenden Positionen sowie einen Vergleich zum Vorjahr:

	2018	2017	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse	50.616	47.032	3.584	7,6
Bestandsveränderungen	-1.477	-1.452	-25	1,7
Aktivierte Eigenleistungen	1	1	0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	513	783	-270	-34,5
Gesamtleistung	**49.653**	**46.364**	**3.289**	**7,1**

Die Erhöhung des Umsatzvolumens gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 7,6 % ist überwiegend auf höhere Erlöse aus den Kanalbauprogrammen sowie aus anderen Umsätzen mit der Stadt Oberhausen und den städtischen Beteiligungen zurückzuführen.

Der Bestand der nicht abgeschlossenen Kanalbaumaßnahmen verringert sich um TEUR 2.386 (Vorjahr: Verringerung um TEUR 1.686). Gemeinsam mit den Bestandserhöhungen für sonstige Maßnahmen des Betriebes Kanäle und Straßen in Höhe von TEUR 909 ergibt sich in Summe eine Bestandsverringerung in Höhe von TEUR 1.477.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Vergleichszahlungen aus dem EU-LKW-Kartellverfahren in Höhe von TEUR 214, aus Versicherungserstattungen in Höhe von TEUR 117, aus Anlagenabgängen in Höhe von TEUR 47, aus der Auflösung von Wertberichtigungen in Höhe von TEUR 33 sowie aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 25 enthalten.
In der folgenden Tabelle sind die Umsatzerlöse der WBO dargestellt:

	2018	2017	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Leistungsvertrag Stadt OB	29.874	29.326	548	1,9
andere Umsätze Stadt OB / städt. Beteiligungen	3.446	2.691	755	28,1
Sonderbauprogramme Stadt OB	10.825	8.548	2.277	26,6
sonstige Umsätze	6.471	6.467	4	0,1
Summe Umsatzerlöse	**50.616**	**47.032**	**3.584**	**7,6**

Für den Leistungsvertrag ist die Steigerung der Umsatzerlöse von 1,9 % überwiegend auf die Erhöhung der Preisindizes zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse aus Sonderbauprogrammen mit der Stadt Oberhausen sind im Verhältnis zum Vorjahr um 26,6 % gestiegen. Unter Berücksichtigung der zugehörigen Bestands-veränderungen für die Kanalbaumaßnahmen ergibt sich eine Erhöhung der Gesamtleistung in Höhe von 23,0 % zum Vorjahr.

	2018	2017	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse Sonderbauprogramme	10.825	8.548	2.277	26,6
Bestandsveränderungen Sonderbauprogramme	-2.386	-1.686	-700	41,5
Leistungen Sonderbauprogramme	**8.439**	**6.862**	**1.577**	**23,0**
davon enthaltenen Ingenieurleistungen	799	799	0	0,0

Die anderen Umsätze mit der Stadt Oberhausen und den städtischen Beteiligungsgesellschaften sind gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 28,1 % gestiegen, was insbesondere auf höhere Umsätze für Bauleistungen der Sparte Stadtentwässerung bedingt durch den Bebauungsplan Lilienthalstraße sowie auf höhere Ingenieurleistungen der Sparte Straßenunterhaltung zurückzuführen ist.

Die sonstigen Umsätze sind auf dem Niveau des Vorjahres geblieben.

	2018	2017	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	28	79	-51	-64,6
Grundstücke und Bauten	10	52	-42	-80,8
andere Anlagen, BGA	1.890	911	979	107,5
Anlagen im Bau	334	142	192	135,2
Finanzanlagen	0	50	50	-100,0
Summe Investitionen	**2.262**	**1.234**	**1.028**	**83,3**

Die Investitionstätigkeit (TEUR 2.262) hat sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 83,3 % erhöht. Die Abweichung ergibt sich aus einem Anstieg bei den Investitionen in Fahrzeuge und Arbeitsmaschinen sowie der Einführung des Abfallbehälter-Identifikationssystems und der Erneuerung der EDV.

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

Der Jahresüberschuss sinkt gegenüber dem Vorjahr von TEUR 4.394 auf TEUR 4.136. Der Rückgang erklärt sich im Wesentlichen durch die Auflösungen höherer Rückstellungsbeträge im Vorjahr.

Die Kennzahlen des Unternehmens stellen sich wie folgt dar:

	2018	2017
Umsatzrentabilität*	8,2 %	9,3 %
Gesamtkapitalrentabilität**	12,0 %	11,9 %
Eigenkapitalrentabilität***	261,8 %	278,1 %

* Gewinn x 100 / Umsatz
** (Gewinn + Fremdkapitalzinsen) x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
*** Gewinn x 100 / gezeichnetes Kapital + Rücklage

Aufgrund einer Erhöhung der Umsatzerlöse bei gleichzeitiger Verringerung des Jahresergebnisses sinkt die Umsatzrentabilität gegenüber dem Vorjahr.

Die nahezu unveränderte Gesamtkapitalrentabilität erklärt sich aus der entsprechenden Verringerung sowohl der Bilanzsumme als auch des Jahresergebnisses.

Die Verringerung der Eigenkapitalrentabilität zum Vorjahr hingegen ist Folge des geringeren Jahresergebnisses.

Die Vermögens- und Finanzlage spiegeln folgende Kennzahlen wider:

	2018	2017
Eigenkapital (TEUR)	5.721	5.975
Eigenkapitalquote*	16,5 %	16,0 %
Verschuldungsgrad**	83,5 %	84,0 %
Anlagendeckungsgrad***	49,3 %	55,1 %

* Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
** Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
*** Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen

Das zum Bilanzstichtag ausgewiesene Eigenkapital verringert sich gegenüber dem Vorjahr entsprechend der Verringerung des Bilanzgewinns.

Die höhere Eigenkapitalquote erklärt sich aus der gesunkenen Bilanzsumme. Der Verschuldungsgrad als korrespondierende Größe verringert sich entsprechend.

Der gesunkene Anlagendeckungsgrad ist Konsequenz aus der Erhöhung des Anlagevermögens bei gleichzeitiger Verringerung des Eigenkapitals.

Die Innenfinanzierungskraft (Jahresüberschuss + Abschreibungen + Veränderung der langfristigen Rückstellungen) entwickelt sich positiv (+TEUR 213). Die positive Entwicklung dieser Kennzahl trotz geringerem Jahresergebnis erklärt sich durch höhere Abschreibungen im Berichtsjahr einerseits und eine deutliche Verringerung der langfristigen Rückstellungen im Vorjahr andererseits.

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres 2018

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres 2018 sind nicht eingetreten.

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WBO agiert auf der Grundlage langfristig abgeschlossener Verträge mit der Stadt Oberhausen und ihren Gesellschaften sowie aufgrund von mehrjährigen Verträgen mit Remondis relativ unabhängig von Marktentwicklungen.

Die Stadt Oberhausen hat der WBO in 2015 einen Kündigungsverzicht bis zum 30.06.2022 in einigen Leistungsbereichen ausgesprochen.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG hat in ihrem Abschlussbericht zur „Organisationsuntersuchung der OGM“ die Empfehlung ausgesprochen, die Zuständigkeit für die Straßen in eine Hand bei der WBO zu geben. Dies entspricht den Vorstellungen der WBO, um die Koordination und Leistungserbringung der Pflege des Straßenbegleitgrüns zu vereinfachen. Die Stadt Oberhausen beabsichtigt die Überführung der OGM-Aufgaben in einen Eigenbetrieb.

Im Rahmen des gemeinsamen Ziels der Stadt Oberhausen und der WBO, die Stadtsauberkeit zu optimieren, hat die WBO in einem Probebezirk die Reinigung von Hauskante zu Hauskante durchgeführt. Der Personal- und Zeitbedarf für Oberhausen, Osterfeld und Sterkrade sowie die Kosten wurden durch die WBO ermittelt und das Ergebnis der Stadt Oberhausen mitgeteilt. Die Entscheidung durch die Stadt zum weiteren Vorgehen bleibt abzuwarten.

Die WBO wurde durch die Stadt Oberhausen beauftragt, ein Kennzeichnungssystem für die Restmüll- und die Biomüllbehälter einzuführen. Das Identsystem ermöglicht eine optische und elektronische Identifizierung der Müllgefäße und trägt zu einer Optimierung der Abfallentsorgung bei. Es verhindert die Nutzung von illegalen, d. h. nicht veranlagten Abfallgefäßen. Bereits im Juli 2018 wurden Etiketten mit Klebeanleitungen an ca. 35.000 Hauseigentümer verschickt. Ab 01.01.2019 wurde die Abfallsatzung der Stadt Oberhausen geändert. Die Umsetzung im Echtbetrieb erfolgt ab dem 01.02.2019.

Überall dort, wo der Raum begrenzt ist, etwa bei dichter Wohnbebauung, oder in Innenstädten werden Müllgefäße möglicherweise schnell zum Platzproblem. An diesen Stellen kann der Einsatz von Unterflur-/Halbunterflurbehältern sinnvoll erscheinen. Die WBO hat in Abstimmung mit der Stadt Oberhausen inzwischen mehrere Standorte errichtet. Diese gewährleisten u. a. einen barrierearmen Zugang für Kinder, Senioren und Menschen mit Behinderungen und bieten eine deutliche Verbesserung hinsichtlich der Sauberkeit. Die Behälter sind über die Satzung der Stadt Oberhausen erfasst. Aus diesem Grund kann der Einsatz an geeigneten Standplätzen ausgebaut werden. Hierzu liegen mehrere Anfragen vor, die im Wesentlichen aus dem Bereich der Wohnungswirtschaft stammen.

Die WBO hat im Rahmen der europaweiten Ausschreibung der Erfassung der Glasmengen im Stadtgebiet Oberhausens den Auftrag für die Leistungserbringung 2019 - 2021 wiedergewinnen können.

Die WBO stellt den Fuhrpark in einigen Bereichen auf E-Fahrzeuge um bzw. testet aktuell ein gasbetriebenes Müllfahrzeug. Damit soll ein Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Stadt Oberhausen geleistet werden. Die technische Entwicklung wird unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten weiter verfolgt.

Seit Mitte 2015 nimmt die WBO u.a. Grünschnitt Oberhausener Bürgerinnen und Bürger am Wertstoffhof kostenlos an. Dies hat zu einem erheblichen Anstieg der Anlieferungen und Mengen geführt. Aus diesem Grund wurde in 2018 bereits der Parkplatz P4 am Niederrhein-Stadion Oberhausen als weitere Grünschnittannahmestelle genutzt. In Abstimmung mit der Stadt Oberhausen werden mögliche Alternativen wie z.B. der Ausbau des derzeitigen Standortes geprüft.

Die WBO ermittelt regelmäßig ihre Risiken im Rahmen des Risikomanagements, um Chancen rechtzeitig zu erkennen, zu bewerten und der Geschäftsführung die Möglichkeit zur rechtzeitigen Gegensteuerung zu geben.

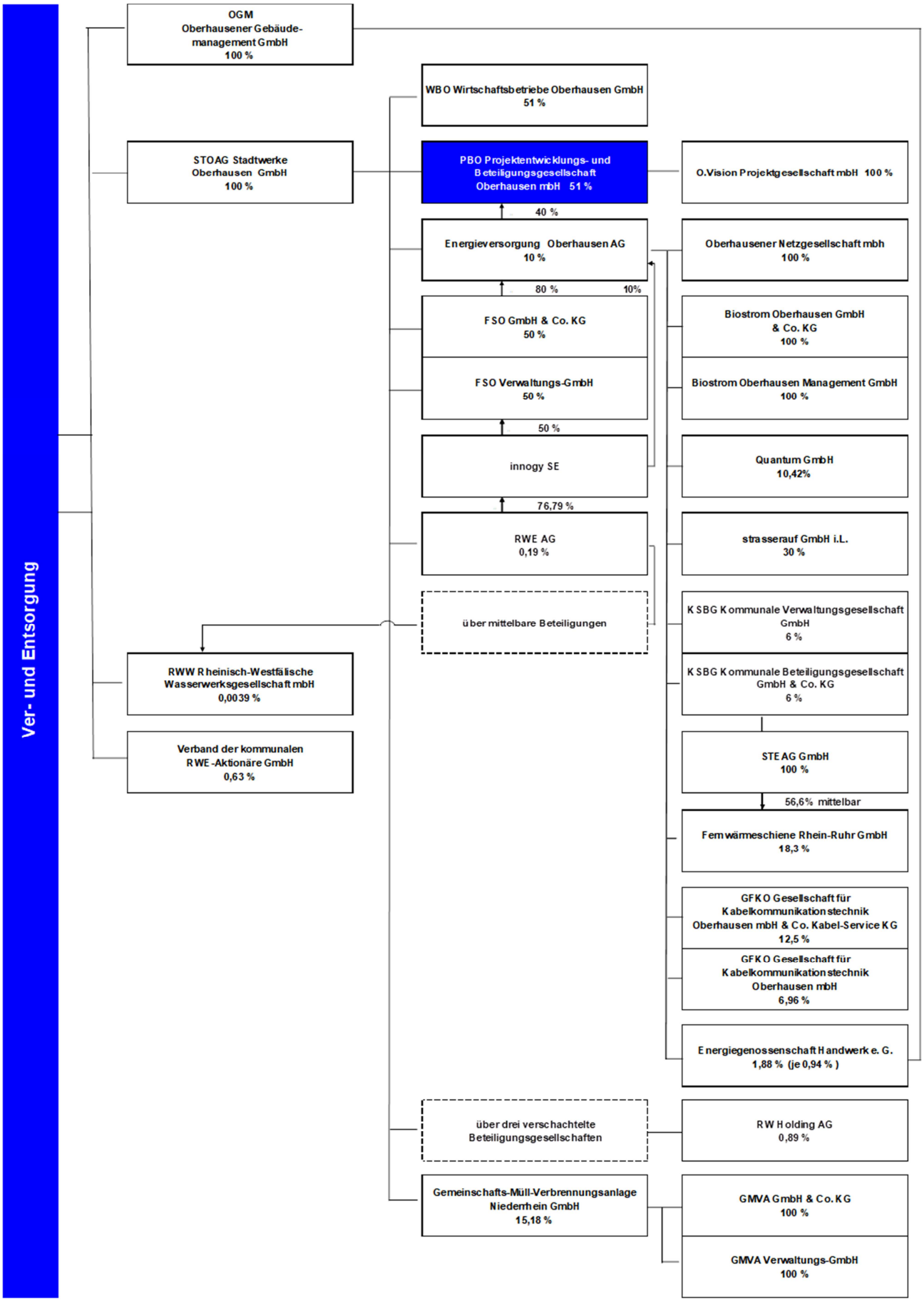
Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen, die einen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WBO haben, sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennbar.
Die gegenwärtig kreditfinanzierten Fahrzeuge verursachen Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 31 bis zum Jahre 2023.

Bestandsgefährdende Risiken sind von der Geschäftsführung derzeit nicht zu erkennen.

Unser besonderer Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft im Jahre 2018. Wir vertrauen auch weiterhin auf den Einsatz und die Leistungsbereitschaft der Belegschaft.

Oberhausen, 20. Februar 2019

Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO)
Maria Guthoff / Karsten Woidtke
Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/ 835 5301

Fax 0208/85 03 610

e-Mail lichtenheld@eno-gmbh.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 255,65

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	102,26	40,00
Stadtsparkasse Oberhausen	23,01	9,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	130,38	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Unternehmen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lichtenheld, Frank
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Overkamp, Werner

Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Schranz, Daniel
	stellv. Vorsitzender	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	Mitglied	Homberg, Bernd
	Mitglied	Müthing, Christa
	Mitglied	Overkamp, Werner
	Mitglied	Uppenkamp, Bernhard
	Mitglied	Wittmann, Regina

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	
Umlaufvermögen	3.903,31	53,7	3.940,73	53,6	3.667,97	49,3	-272,76	-6,92
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	3.364,99	46,3	3.405,09	46,4	3.772,65	50,7	367,56	10,79
Bilanzsumme	**7.268,30**	**100,00**	**7.345,82**	**100,00**	**7.440,62**	**100,00**	**94,80**	**1,29**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Rückstellungen	723,77	10,0	730,25	9,9	731,77	9,8	1,52	0,21
Verbindlichkeiten	6.544,53	90,0	6.615,57	90,1	6.708,85	90,2	93,28	1,41
Bilanzsumme	**7.268,30**	**100,00**	**7.345,82**	**100,00**	**7.440,62**	**100,00**	**94,80**	**1,29**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	75,14	145,31	64,71
sonstige betriebliche Erträge	18,04	0,00	0,06
sonstige betriebliche Aufwendungen	574,72	444,49	691,43
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	385,98	385,56	385,56
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	128,62	125,56	125,61
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-224,19	-39,17	-366,71
sonstige Steuern	0,40	0,94	0,85
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-224,59	-40,10	-367,56
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-224,59	-40,10	-367,56

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-298,89	-27,60	-568,04	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	-224,59	-40,10	-367,56	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Rechtsstreit EAI

EAI und PBO/OVP haben sich geeinigt, den Rechtsstreit durch einen Vergleich zu beenden. Der Beschluss erfolgte am 31. Januar 2019 durch das Landgericht Duisburg. Die notarielle Beurkundung soll im März 2019 erfolgen. EAI zahlt einen Restbetrag in Höhe von 1.741 TEUR in 12 gleichhohen Raten beginnend nach der Beurkundung des Vergleichs jeweils zum Quartalsende an PBO/OVP. Dieser Betrag setzt sich aus dem verbleibenden Betrag aus der Grundstücksverwertung in Höhe von 2.233 TEUR abzüglich einem vom Gericht vorgeschlagenen Nachlass von 635 TEUR zzgl. einer Kostenerstattung von 143 TEUR für Gerichtskosten einschl. Zinsen zusammen. Mit Abschluss des Vergleichs sind sämtliche wechselseitigen Ansprüche erledigt.

Jahresabschluss 2018

Im Geschäftsjahr 2018 hat die PBO (einschließlich der zum 1. Januar 2008 verschmolzenen O.Vision Zukunftspark Oberhausen - OVZ) Umsatzerlöse in Höhe von 65 TEUR aus Grundstücksverwertungen durch EAI und Kostenweiterberechnungen erzielt.

Die PBO weist zum Abschluss des Geschäftsjahres 2018 einen Jahresfehlbetrag von 368 TEUR aus. Das negative Eigenkapital hat sich hierdurch auf 3.773 TEUR erhöht.

Einer Überschuldung wurde durch entsprechende Rangrücktritte vorgebeugt.

Die Aufwandsseite ist im Wesentlichen von einer Erhöhung der Einzelwertberichtigung auf Forderungen gegen OVP (610 TEUR) und Zinsaufwendungen (126 TEUR) geprägt. Die Erlösseite wird durch Umsatzerlöse (25 TEUR Grundstücksverwertungen und 40 TEUR Kostenweiterberechnungen) sowie durch Zinserträge (386 TEUR), insbesondere aus interner Verrechnung mit der OVP, bestimmt.

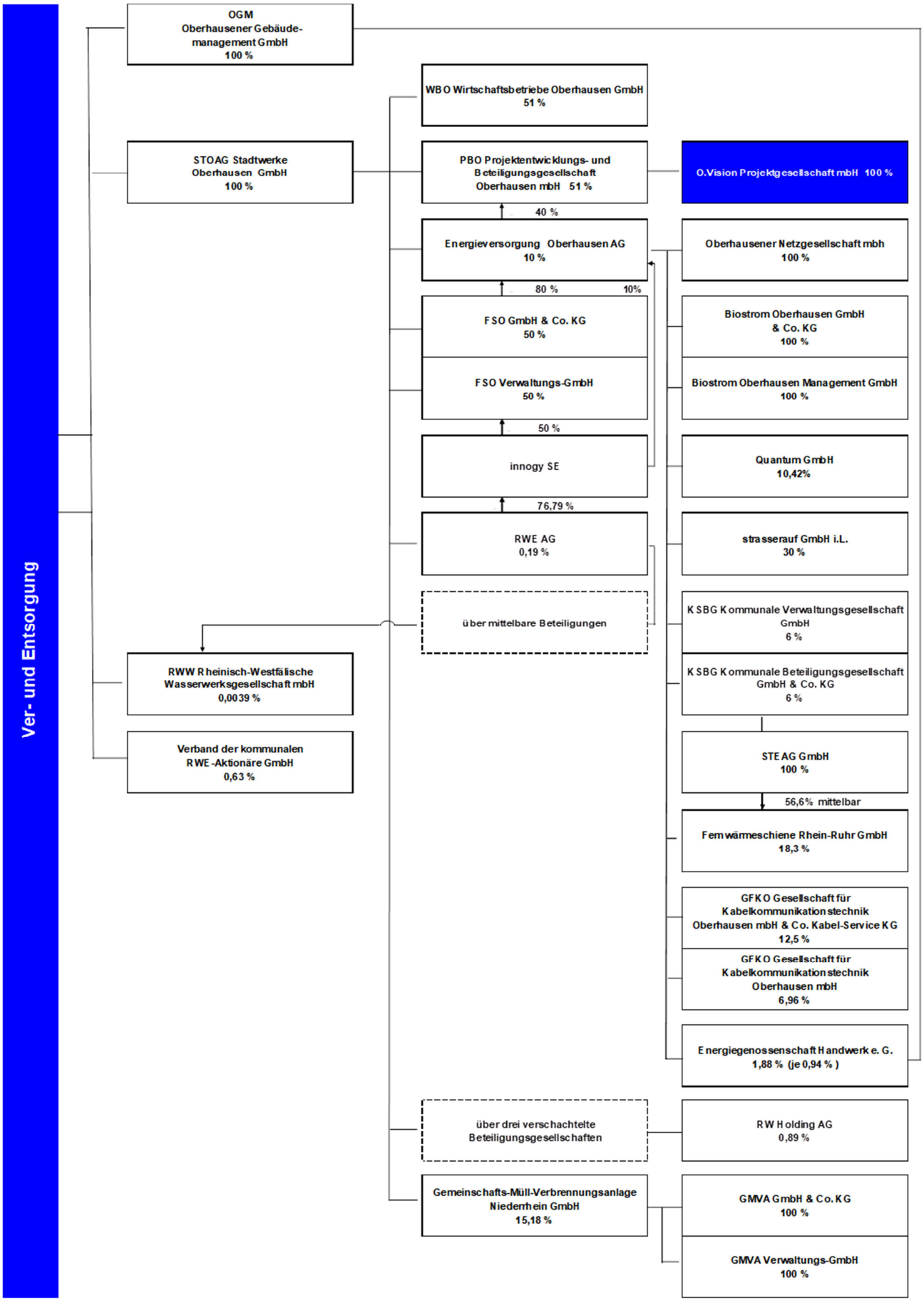
Ausblick

Bis zum 30.09.2021 werden Zahlungen von EAI aus dem Vergleich erwartet.

Oberhausen, 02. Februar 2019

Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH (PBO)

Frank Lichtenheld
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH 10,42%
76,79 %
RWE AG 0,19 %
strasserauf GmbH i.L. 30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
STEAG GmbH 100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 18,3 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100 %

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/ 835 5301

Fax 0208/ 85 03 610

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte, insbesondere von Grundstücksteilflächen des ehemaligen Stahlwerks Oberhausen mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH
Stadt Oberhausen	Erklärung einer Mittelverwendungsbürgschaft der Stadt über 18.491 TDM vom 17.11.1999 zur Sicherung des Investitionszuschusses des Landes an die O.Vision Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lichtenheld, Frank
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Overkamp, Werner

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	1.940,15	8,9	2.019,25	9,2	2.122,15	9,5	102,90	5,10
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	19.758,69	91,1	19.999,32	90,8	20.320,53	90,5	321,21	1,61
Bilanzsumme	**21.698,84**	**100,00**	**22.018,57**	**100,00**	**22.442,68**	**100,00**	**424,11**	**1,93**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Rückstellungen	7,60	0,0	7,70	0,0	7,70	0,0	0,00	0,00
Verbindlichkeiten	21.691,24	100,0	22.010,87	100,0	22.434,98	100,0	424,11	1,93
Bilanzsumme	**21.698,84**	**100,00**	**22.018,57**	**100,00**	**22.442,68**	**100,00**	**424,11**	**1,93**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	44,72	115,74	34,16
sonstige betriebliche Erträge	146,66	0,18	0,11
sonstige betriebliche Aufwendungen	52,03	52,52	51,44
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	82,47	82,47	82,47
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	445,15	385,56	385,56
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-223,33	-239,69	-320,27
sonstige Steuern	0,90	0,94	0,94
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-224,22	-240,63	-321,21
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-224,22	-240,63	-321,21

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-501,40	-207,91	-940,25	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	-224,22	-240,63	-321,21	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00		%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Rechtsstreit EAI

EAI und PBO/OVP haben sich geeinigt, den Rechtsstreit durch einen Vergleich zu beenden. Die notarielle Beurkundung soll im Februar oder März 2019 erfolgen.

EAI zahlt einen Restbetrag in Höhe von ca. 1.741 TEUR in 12 gleichhohen Raten beginnend nach der Beurkundung des Vergleichs jeweils zum Quartalsende an PBO/OVP. Dieser Betrag setzt sich aus dem verbleibenden Betrag aus der Grundstücksverwertung in Höhe von 2.233 TEUR abzüglich einem vom Gericht vorgeschlagenen Nachlass von 635 TEUR zzgl. einer Kostenerstattung von 143 TEUR für Gerichtskosten einschl. Zinsen zusammen. Mit Abschluss des Vergleichs sind sämtliche wechselseitigen Ansprüche erledigt.

Jahresabschluss 2018

Umsatzerlöse aus dem Vertrag mit EAI konnten im Geschäftsjahr 2018 in Höhe von 25 TEUR erzielt werden. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 321 TEUR resultiert in erster Linie aus den Zinsbelastungen im Zusammenhang mit den Gesellschafterdarlehen.

Zur Sicherstellung der Liquidität der Gesellschaft hat die PBO auch im Geschäftsjahr 2018 Gesellschafterdarlehen zur Verfügung gestellt. Zum 31. Dezember 2018 bestehen Rangrücktritte der Gesellschafterin PBO im Zusammenhang mit ihren Forderungen in Höhe von 12,9 Mio. EUR sowie der Stadt Oberhausen in Höhe von 9,6 Mio. EUR. Eine Überschuldung der OVP im insolvenzrechtlichen Sinne ist damit zum 31. Dezember 2018 nicht gegeben.

Ausblick / Risiken

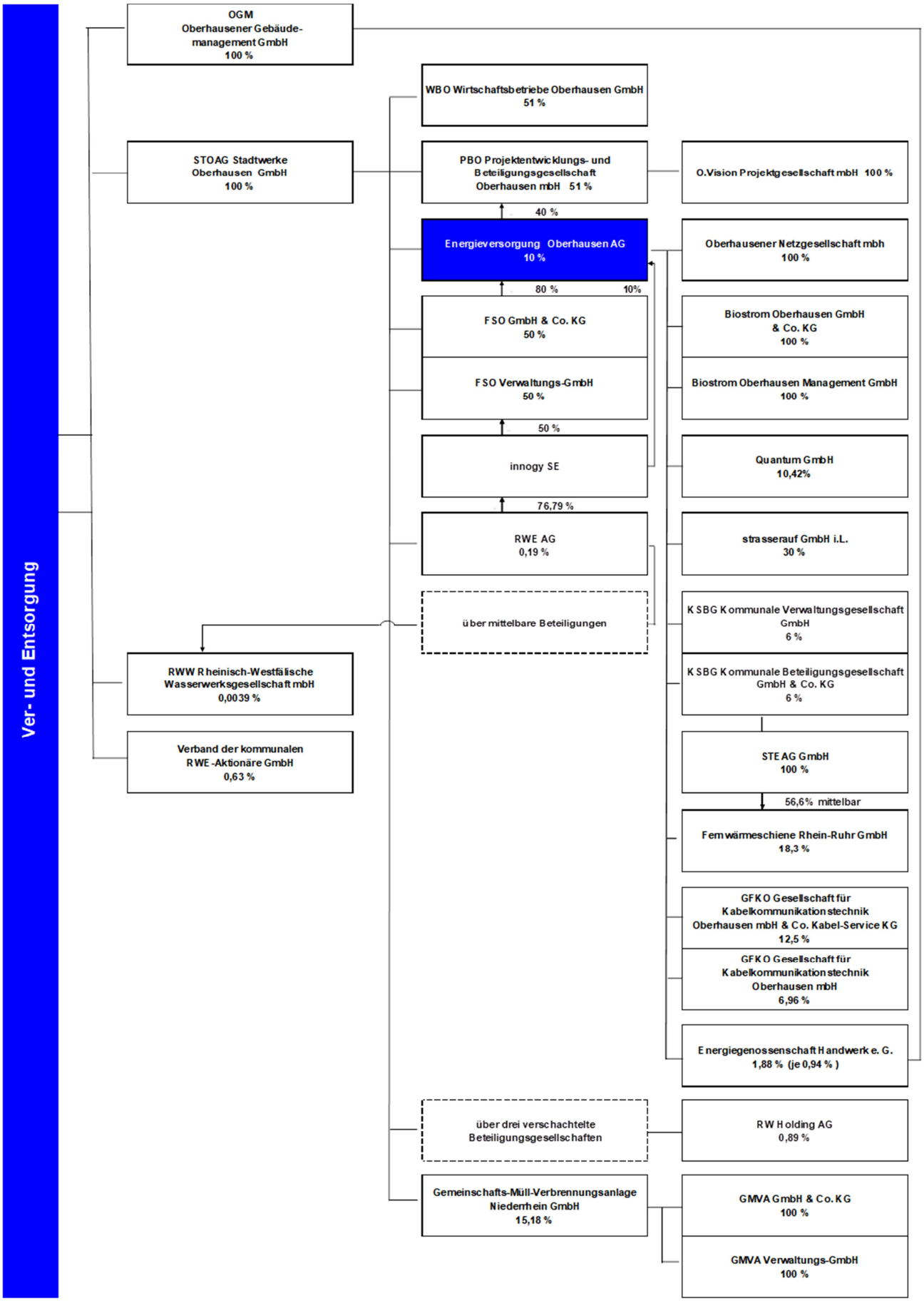
Bis zum 30.09.2021 werden weitere Zahlungen von EAI aus dem Vergleich erwartet. Voraussichtlich werden diese nicht ausreichen, die Gesellschafterdarlehen in vollem Umfang zurückzuzahlen.

Eine eigene operative Geschäftstätigkeit der OVP ist für das Jahr 2019 und auch für die Folgejahre weiterhin nicht geplant.

Oberhausen, 18. Februar 2019

O.VISION Projektgesellschaft mbH (OVP)

Frank Lichtenheld
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

evo Energieversorgung Oberhausen AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-0
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	www.evo-energie.de/

Rechtsform: AG

Stammkapital in T€: 26.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
FSO GmbH & Co.KG	20.800,00	80,00
innogy SE	2.600,00	10,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	2.600,00	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

- jedwede Art der Erzeugung, gewerblichen Nutzung und Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) und Wasser im jeweiligen Gebiet der Stadt Oberhausen sowie im Zusammenhang damit die Abgabe solcher Energien in Netze außerhalb des Stadtgebietes

- die Entsorgung von Abfällen jeglicher Art

- die Planung und Durchführung von baulichen und maschinellen Anlagen auf den Gebieten der Energie- und Wasserversorgung und -verteilung sowie der Abfallentsorgung auch für Dritte

- die Erbringung von Dienstleistungen

- sowie die Errichtung und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Telekommunikation.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.
Sie kann insbesondere

- Dienstleistungen erbringen;

- Anlagen und Einrichtungen aller Art erwerben, errichten und betreiben, allein oder gemeinsam mit anderen, für eigene oder fremde Rechnung;

- Forschung und Entwicklung betreiben;

- Patente oder sonstige gewerbliche Schutzrechte, Kenntnisse oder Erfahrungen erwerben, verwerten und veräußern;

- Grundstücke und andere Immobilien erwerben, verwerten und veräußern.

Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Fernwärmeliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen vom 1.10.2000
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	Pachtvertrag über Strom- und Gasversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006 sowie erste Änderungsvereinbarung vom 05./06.12.2007; Pachtvertrag über Fernwärmeversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006; Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 28.11.2006 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für OWT (vormals WFO) und deren Tochtergesellschaften
RWE Gesellschaften	Rahmenvertrag über den Kauf/Verkauf von elektrischer Energie und Optionen vom 28.06.2006; Vertrag über die "bilanzkreistechnische Abwicklung von Lieferungen in Regelzonen der E.ON, Vattenfall und EnBW" und Lieferung von Ausgleichsenergie in diesen Regelzonen; Vertrag über Kauf und Rückgabe von Fahrplänen und Lieferung von Ausgleichsenergie vom 17.07.2008
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für das Gasverteilungsnetz der allgemeinen Versorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für das Stromverteilungsnetz der allgemeinen Versorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für die Fernwärmeversorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der evo vom 16.12.2003
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und der STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Vorstand:	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Homberg, Bernd
Hauptversammlung:		Geschäftsführung der STOAG
Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Schranz, Daniel
	1. stellv. Vorsitzender	Dr. Schröder, Achim
	2. stellv. Vorsitzender (AN)	Teigelkamp, Frank
	Mitglied	Emmerich, Karl-Heinz
	Mitglied	Jacobs, Silke
	Mitglied	Nakot, Werner

	Mitglied	Reichardt, Jürgen
	Mitglied	Dr. Schulte, Franz-Josef
	Mitglied	Stehr, Simone Tatjana
	Mitglied	Bedenbecker, Nicolai
	Mitglied	Bockelmann, Cosima
	Mitglied (AN)	Ludwig, Andreas
	Mitglied (AN)	Püttmann, Uwe
	Mitglied (AN)	Tirbs, Markus
	Mitglied (AN)	Cleven, Frank
Prokura:	Prokuristin	Slomma, Claudia
	Prokurist	Basler, Christian
	Prokurist	Mucke, Arnd
	Prokurist	Seifert, Eckhard

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	1.000,00	100,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	25,00	100,00
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	1,00	0,93
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,22
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	18,30	18,30
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	1,60	6,96
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	17,90	12,50
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,06	6,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	6,00	6,00
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	30,00	100,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	102,26	40,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	82,50	8,73
strasserauf GmbH i.L.	7,50	30,00
mittelbar	**T€**	**%**
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	3,79	3,79
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	249,60	1,56
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	10,00	40,00
STEAG Fernwärme GmbH	1.230,00	6,00
STEAG GmbH	7.680,00	6,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	135.317,26	70,5	133.379,32	75,3	130.328,73	75,2	-3.050,59	-2,29
Umlaufvermögen	55.893,55	29,1	43.691,17	24,7	42.956,28	24,8	-734,89	-1,68
Rechnungsabgrenzungsposten	683,97	0,4	71,10	0,0	70,40	0,0	-0,70	-0,98
Bilanzsumme	**191.894,78**	**100,00**	**177.141,60**	**100,00**	**173.355,41**	**100,00**	**-3.786,19**	**-2,14**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	32.344,99	16,9	34.344,99	19,4	35.344,99	20,4	1.000,00	2,91
Sonderposten mit Rücklagenanteil	7.520,19	3,9	7.239,47	4,1	7.481,26	4,3	241,79	3,34
Rückstellungen	60.120,97	31,3	55.349,68	31,2	46.047,79	26,6	-9.301,89	-16,81
Verbindlichkeiten	91.578,63	47,7	79.877,45	45,1	84.151,37	48,5	4.273,92	5,35
Rechnungsabgrenzungsposten	330,00	0,2	330,00	0,2	330,00	0,2	0,00	0,00
Bilanzsumme	**191.894,78**	**100,00**	**177.141,60**	**100,00**	**173.355,41**	**100,00**	**-3.786,19**	**-2,14**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	209.522,81	203.162,55	199.405,92
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	8,43	38,19	5,56
andere aktivierte Eigenleistungen	6,47	12,74	2,39
sonstige betriebliche Erträge	5.089,12	4.897,18	7.246,46
Materialaufwand	142.148,67	127.149,31	126.234,51
Personalaufwand	21.888,74	22.063,10	24.568,33
Abschreibungen	8.866,49	8.959,49	8.977,02
sonstige betriebliche Aufwendungen	13.804,29	18.652,79	14.649,92
Erträge aus Beteiligungen	1.861,39	908,00	5,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	77,43	61,22	27,53
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	274,59	404,49	181,60
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	7.895,67	6.710,85	9.831,18
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	2.034,03	2.954,13	4.174,03
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.547,01	3.592,66	3.400,01
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	17.655,33	19.402,04	15.039,45
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.956,33	5.772,13	2.832,01
sonstige Steuern	188,84	306,66	194,66
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	11.470,16	11.323,26	11.012,79
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	2.040,00	2.000,00	1.000,00
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	2.040,00	2.000,00	1.000,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,45	6,56	6,02	%
Eigenkapitalrentabilität:	41,77	38,79	33,99	%
Cash-Flow:	24.410,67	25.236,88	25.163,84	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	841,67	825,84	813,62	T€
Personalaufwandsquote:	10,20	10,60	11,89	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	57,65	62,94	64,85	%
Eigenkapitalquote:	16,86	19,39	20,39	%
Fremdkapitalquote:	83,14	80,61	79,61	%

e) Lagebericht

1. Unternehmen

Die Energieversorgung Oberhausen AG (evo), Oberhausen, wurde 1971 durch Ausgliederung der Energieversorgungsbereiche aus der STOAG – Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG), Oberhausen, gemeinsam mit der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG – heute RWE AG –, Essen, gegründet. Aufgrund von Umstrukturierungen innerhalb des RWE-Konzerns ist die evo-Beteiligung inzwischen auf die Innogy SE übergegangen. Wegen der Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) erfolgte mit Wirkung zum 1. Januar 2007 die Ausgliederung sämtlicher Netzaktivitäten auf die neu gegründete 100-prozentige Tochtergesellschaft, die Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz), Oberhausen.

Das Grundkapital der evo beträgt TEUR 26.000 und ist eingeteilt in 64.000 Stückaktien. Aktionäre der Gesellschaft sind die Innogy SE, Essen, und die STOAG, mit je 6.400 Stückaktien sowie die FSO GmbH & Co. KG (FSO), Oberhausen, mit 51.200 Stückaktien. Diese repräsentieren derzeit ein Grundkapital von je TEUR 2.600 für die Innogy und die STOAG sowie ein anteiliges Grundkapital von TEUR 20.800 für die FSO. Sowohl zwischen der FSO und der evo als auch zwischen der evo und der OB-Netz bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge (EAV) im Rahmen des gesetzlich Zulässigen. Darüber hinaus ist eine ertragsteuerliche Organschaft mit der FSO (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben. Als Konzerntochter ist die evo in den FSO-Konzern eingebunden.

Die evo nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Sie hat damit eine signifikante regionale Stellung. Fernwärme und Strom werden nicht nur in zwei eigenen Heizkraftwerken (HKWs), sondern auch in einem Biomasse-Heizkraftwerk, betrieben von der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) als 100-prozentige Tochter der evo, an den Standorten Alt-Oberhausen und Sterkrade erzeugt. Weitere Wärmebezugsquellen sind die Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA; nur Wärme) und die OXEA Group (nur Abwärme).

2. In- und externe Rahmenbedingungen

Die Beschäftigtenzahl des Unternehmens ist im Vergleich zum Vorjahr bei leicht rückläufiger Tendenz konstant geblieben. Zum 31. Dezember 2018 waren 257 Personen bei der evo beschäftigt. Im Jahresmittel waren es inklusive der Auszubildenden jedoch ohne die Beschäftigten in Altersteilzeit (ATZ) 271. Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt gemäß Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe (TV-V) in der Fassung des 13. Änderungstarifvertrages vom 18. April 2018. Für die Beschäftigten besteht eine betriebliche Altersversorgung über die Rheinische Zusatzversorgungskasse (RZVK).

Die evo legt traditionell Wert auf die Qualifizierung und Förderung der eigenen Mitarbeiter. Entsprechend wurden auch 2018 zahlreiche interne und externe Weiterbildungsmaßnahmen angeboten. Darüber hinaus begegnet das Unternehmen den Herausforderungen des demografischen Wandels seit mehreren Jahren mit einem umfassenden „Betrieblichen Gesundheitsmanagement“ (BGM).

Der Wettbewerbsdruck auf dem Strom- und Erdgasmarkt nimmt weiter zu. Auf dem Strommarkt konkurriert die evo im Oberhausener Netzgebiet mit 271 Anbietern, im Gasbereich sind es 190 (Stand jeweils 31. Dezember 2018). Im Vergleich zum Vorjahr (Strom: 249; Erdgas: 174) ist dies nochmals eine Steigerung der Wettbewerbssituation.

Weiterhin nur schwer kalkulierbar bleiben die energiewirtschaftlichen und –politischen Rahmenbedingungen. Dies liegt u.a. daran, dass zentrale Fragen der künftigen Energieversorgung – etwa die Frage nach der Zukunft des Energieträgers

Kohle – bis dato nicht beantwortet sind: Entgegen der ursprünglichen Zeitplanung hat die eigens eingesetzte sogenannte Kohlekommission bis Ende 2018 keine abschließende Empfehlung vorgelegt. Damit bleiben die Zukunftsplanungen nicht nur der evo, sondern der Branche insgesamt schwierig, auch wenn – Stand Februar 2019 – die Kommissions-Empfehlungen inzwischen vorliegen. Da diese jedoch noch nicht in Gesetzesform gegossen sind, sind nochmalige Änderungen im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zumindest nicht ausgeschlossen.

Eine besondere Herausforderung bestand im Berichtsjahr in der Implementierung der weitreichenden Neuerungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie – daraus abgeleitet – des neuen Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG-neu).

3. Geschäftsverlauf

3.1 Absatz- / Preisentwicklung

3.1.1 Vertrieb Strom

Das anhaltend herausfordernde Wettbewerbsumfeld und die weiteren Einsparmaßnahmen der Kunden sind die Ursachen für den geringeren Stromabsatz. Er sank insgesamt um -3,1 Prozent auf 414,6 GWh. Dieser Rückgang findet sich bei den Kundengruppen Privat- und Gewerbekunden mit -4,2 Prozent, bei den Geschäftskunden mit -0,4 Prozent. Außerhalb von Oberhausen ist ein Absatzrückgang um -0,5 Prozent zu verzeichnen. Der Gesamtabsatz des Vertriebes sank in Summe um -2,9 Prozent auf 448,4 GWh.

Die Strompreise des Allgemeinen Stromtarifs für Privat- und Gewerbekunden haben den Stand der letzten Preisanpassung zum 1. April 2017 um 0,45 ct/kWh (Netto).

Für Geschäfts- und Industriekunden wurden die Preise individuell kalkuliert und überwiegend zum Jahresbeginn 2018 neu festgesetzt.

Der Marktanteil Strom lag in Oberhausen zum Jahreswechsel bei ca. 79 Prozent.

3.1.2 Vertrieb Erdgas

Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres bemerkbar. Als ein Indikator dient die Summe der Gradtagzahlen eines Jahres. Diese liegt für 2018 zum Zeit-punkt des Jahresabschlusses um -2,2 Prozent unter dem Wert des Jahres 2017.

Im Geschäftsjahr 2018 sank der Erdgasabsatz im Netzgebiet Oberhausen insgesamt um -3,9 Prozent auf 650,9 GWh. Bei den Privat- und Gewerbekunden lag der Absatz mit -5,0 Prozent unter dem des Vorjahres. Bei den Geschäfts- und Industriekunden konnte der Absatz um 16,8 Prozent gesteigert werden. Dieser Wert wird unter anderen durch die Rückgewinnung eines Kunden positiv beeinflusst, der seit Oktober 2017 wieder in Belieferung ist. Außerhalb von Oberhausen konnten Geschäftskunden mit einen Absatzpotenzial von ca. 10 GWh von der evo beliefert werden. Der Gesamtabsatz des Vertriebes sank jedoch in Summe um -3,1 Prozent auf 661,4 GWh.

Der Marktanteil Gas lag in Oberhausen zum Jahreswechsel bei ca. 79 Prozent.

3.1.3 Vertrieb Fernwärme

Im Bereich der Fernwärme liegt der Gesamtabsatz (Heizwasser und Dampf) mit 406,7 GWh, bei einer Abweichung von -2,4 Prozent, unter dem des Vorjahres. Die Fernwärmepreise wurden entsprechend der Preisgleitklausel zum 1. Oktober 2018 um +0,06 Cent/kWh (Netto) angepasst.

3.1.4 Energiebereitstellung

Die Energiebereitstellung der evo erfolgt im Rahmen der Energieerzeugung durch eigene Erzeugungseinheiten und der externen Energiebeschaffung. Zur externen Energiebeschaffung bedient sich die evo seit 2010 eines Dienstleisters, der Quantum. Die Höhe des zu beziehenden Erdgas- und Strombedarfs orientiert sich an dem zukünftigen prognostizierten Vertriebsbedarf. Insofern richtet sich das Beschaffungsportfolio konsequent am Absatzportfolio aus.

Durch ein Risikomanagementsystem ist dieses risikoaverse Vorgehen in den Arbeitsabläufen implementiert. Entsprechend der am Energiemarkt geübten Praxis, besteht innerhalb der Quantum eine strikte Funktionstrennung zwischen Geschäftsabschluss, Bearbeitung und Abrechnung von Beschaffungsvorgängen.

3.2 Technische und kaufmännische Dienstleistungen

Die evo erbringt kaufmännische oder technische Dienstleistungen für Dritte. Dazu gehören unter anderem die BSO KG, die OB-Netz und, die Infratec Duisburg GmbH und die FSO.

Weiterhin betreut die evo als professioneller Dienstleister seit vielen Jahren vorwiegend kommunale Oberhausener Beteiligungsgesellschaften (darunter STOAG, WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH u. a.) mit kompetenten Dienst-

und Outsourcing-Leistungen in den Bereichen Buchhaltung, IT, Personalmanagement, Einkauf und Materialwirtschaft. Dabei sind die individuelle und kompetente Betreuung der Kunden sowie die hohe Datensicherheit die Basis für die langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ferner bietet die evo Contracting-Leistungen im Bereich Wärmeversorgung für Privathaushalte oder Gewerbetreibende an. Der Absatz im Bereich Energielösungen (EL) lag bei ca. 6,0 GWh. Die Energielieferung konnte im Berichtszweitraum um weitere 0,1 GWh ausgebaut werden. Das Produkt „TOB-WärmeKomplett“ findet bei den Kunden weiterhin eine große Resonanz.

3.3 Partner und strategische Beteiligungen

Die evo ist ein starker Partner der Stadt Oberhausen und ein wichtiges Beteiligungsunternehmen der innogy SE. Um in diesem Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben, kann die evo – und damit auch der gesamte Konzern – auf ihre operativen und strategischen Beteiligungen zählen.

Um nachhaltig die lokale Entwicklung in der Stadt Oberhausen zu fördern, ist die evo auch an den Gesellschaften ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO, GfKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabelservice KG, PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH und der mit Vertretern des hiesigen Handwerks gegründeten EHO Energiegenossenschaft Handwerk Oberhausen eG beteiligt.

Die in den nachfolgenden Unterpunkten gesondert aufgeführten weiteren Beteiligungen waren für die Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr von besonderer Bedeutung.

3.3.1 Oberhausener Netzgesellschaft mbH

Die OB-Netz ist eine 100-prozentige Tochter der evo. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich im Wesentlichen auf die Verteilung von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme) im Versorgungsgebiet Oberhausen. Die dazu benötigten Verteilnetze sind von der evo gepachtet. Die Gesellschaft ist neben dem Betrieb für den Neu- und Ausbau sowie die Instandhaltung der gepachteten Anlagen verantwortlich, außerdem für die Vermarktung der bestehenden Netzkapazitäten.

Die Leistungsbeziehung zwischen der evo und der OB-Netz beinhaltet neben den regulierten Segmenten Strom und Erdgas auch den Bereich der Fernwärme, da dieser aufgrund der Synergieeffekte mit an die OB-Netz verpachtet wurde.
Die OB-Netz unterliegt hinsichtlich der Netznutzungsentgelte im Strombereich der Aufsicht der Bundesnetzagentur und im Gasbereich der Landesregulierungskammer NRW, die jeweils die Höhe der beantragten und nach den regulatorischen Bestimmungen ermittelten Netznutzungsentgelte prüfen beziehungsweise vorgeben.

3.3.2 Biostrom

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit – d.h. der Betrieb des Biomasse-Heizkraftwerks – obliegt der BSO KG. Die evo ist 100-prozentige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung und technische Dienstleistungen.

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresüberschuss nach Steuern von 692,7 TEUR.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 405,7 TEUR unter dem Vorjahreswert (520,7 TEUR); sie beinhalten die restliche Schadensregulierung aus dem Versicherungsschaden in 2017.

Aufgrund einer verbesserten Liquidität wird weiterhin davon ausgegangen, dass die Verbindlichkeiten aus den technischen/kaufmännischen Dienstleistungen sowie Grundstückspacht gegenüber der evo – wie bereits in 2017 begonnen – in den nächsten Jahren weiter abgebaut werden können. Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen hat die evo der Gesellschaft einen Kreditrahmen von bis zu 400 TEUR eingeräumt.

Die Verfügbarkeit der Anlage soll in 2019 weiter stabil gehalten werden, wie bereits zuvor berichtet konnten in 2018 ca. 7.689 Volllastbenutzungsstunden mit der Anlage erzielt werden, somit lag man im Vergleich zur letztjährigen Prognose (8.000 Stunden) unter dem angestrebten Zielwert. Trotz der gestiegenen Erlöse konnte das geplante EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) von ca. 1,7 Mio. Euro aufgrund der geringeren Voll-lastbenutzungsstunden nicht erreicht werden, der Plan wurde um ca. 200 TEUR unterschritten.

Unter diesen Rahmenbedingungen sieht die Wirtschaftsplanung für die folgenden beiden Geschäftsjahre Ergebnisse vor Zinsen, Abschreibungen und Steuern von rd. 1,5 Mio. Euro vor.

3.3.3 KSBG – STEAG

Gemeinsam mit fünf weiteren Stadtwerken ist die evo zum 31. Dezember 2018 mittelbar zu 100 Prozent an der STEAG GmbH (STEAG) beteiligt. Die jeweiligen Anteile sind in der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) gebündelt, die damit Alleingesellschafterin ist.

Aufgrund der anspruchsvollen wirtschaftlichen Herausforderungen, vor die sich die STEAG aktuell gestellt sieht, hat sich die evo – als autonom bilanzierendes Unternehmen – erneut entschlossen, dass der Buchwert der KSBG mit einem Betrag von TEUR 4.000 zu berichtigen ist. Im Vergleich zu den ursprünglichen Anschaffungskosten beläuft sich die Summe aller Wertberichtigungen damit auf 38,6 Prozent.

Auf die Herausforderungen der Energiewende und die geänderten Rahmenbedingungen reagiert STEAG mit dem Programm STEAG 2022. Im Kern geht es darum, Effizienzen im gesamten Konzern zu heben, das Portfolio zu optimieren und neue Wachstumsfelder zu besetzen.

Die von der STEAG GmbH für den Mittelfristplanungszeitraum vorgelegten Ergebnisabführungen sind ausreichend, um den Kapitaldienst inklusive Zinsaufwand sowie Betriebsaufwendungen der KSBG zu bedienen. Die vorgelegte Ergebnisprognose der STEAG für das Geschäftsjahr 2018 bestätigt die budgetierte Ergebnisabführung an die KSBG von rund 45 Millionen Euro im Jahr 2019.

Die Konsorten verzichten über den gesamten Planungszeitraum auf Ausschüttungen der KSBG, um so ihren Beitrag für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des KSBG Konzerns zu leisten.

3.3.4 Quantum

Hauptaufgabe der Quantum ist der Handel mit Energie und Dienstleistungen im Bereich der Energiebeschaffung. Ziel ist es, die örtliche Energieversorgung in den Kommunen zu stärken. Für die evo übernimmt die Quantum aktuell das Bilanzkreismanagement Strom und beschafft Strom und inzwischen auch Erdgas direkt an den Großhandelsmärkten. Dadurch kann der personelle Zusatzaufwand bei der evo in Grenzen gehalten werden.

Zur Stärkung der Bonität der Quantum besteht ein Besicherungskonzept, das unter anderem auf Gesellschafterbürgschaften beruht. Die evo als einer der drei größten Anteilseigner der Quantum stellt sich dabei im Außenverhältnis als Primärsicherungsgeber zur Verfügung und bürgt so für die Quantum. Die Gesellschafterbürgschaften der Primärsicherungsgeber sind im Innenverhältnis aller Quantum-Gesellschafter durch Patronatserklärungen, die sogenannten Binnen- oder Rückpatronate, abgesichert.

Nachdem zwischenzeitlich eine anderweitige Option zur Weiterentwicklung der Gesellschaft durch Fusion nicht zum Tragen gekommen ist, haben sich die Partner in 2018 intensiv mit alternativen Lösungen beim Thema Energiebeschaffung auseinandergesetzt. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Quantum auch in ihrer derzeitigen Struktur gegenüber allen diskutierten Lösungen ein besseres Leistungsportfolio für die evo aufzuweisen hat.

Insofern sieht sich die evo in dem eingeschlagenen Weg bestätigt, weiterhin mit der Quantum als strategischem Partner die Energiebeschaffung und weitere Dienstleistungen zu gestalten.

3.3.5 Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH (FWSRR)

Nach wie vor ist das Planfeststellungsverfahren bei der Bezirksregierung Düsseldorf als Genehmigungsbehörde nicht abgeschlossen. Nach Gesprächen im Frühjahr 2018 war zwischenzeitlich eine Entscheidung für Spätsommer 2018 in Aussicht gestellt worden. Dazu kam es nicht. Insofern alle Projektpartner bereits in 2017 beschlossen hatten, keine weiteren Investitionen zu tätigen, so weit diese nicht für die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens notwendig waren, ruht das Projekt derzeit.

3.4 E-Roller-Sharing

Seit 2018 bietet die evo nach einem erfolgreichen Probebetrieb im Herbst 2017 mit dem evo-E-Roller-Sharing eine neu Mobilitätsdienstleistung in Oberhausen an. Resonanz und Nachfrage sowohl im Privat- als auch Geschäftskundenbereich sind rege.

Die Fortführung des Projektes nach der Erprobungsphase 2017 und der weitere Ausbau zu einem neuen Geschäftsfeld der evo waren in 2018 einigen Verzögerungen unterworfen, die außerhalb des Einfluss- und Gestaltungsspielraums der evo lagen.

So verlief die Auslieferung der bestellten weiteren E-Roller nur schleppend, weil über Monate hinweg die für die entsprechende Anzahl von Akkus notwendigen Bestandteile am Markt nicht verfügbar waren. In der Folge konnte der für 2018 ursprünglich geplante schrittweise Aufbau der E-Roller-Flotte nicht mit der ursprünglich vorgesehenen Geschwindigkeit erfolgen.

Ungeachtet dessen steht mit Blick auf das E-Roller-Sharing am Jahresende ein positives Fazit, weil wesentliche Ziele, wie etwa die Zahl der registrierten Nutzer der rein App-basierenden Dienstleistung, deutlich vor der Zeit erreicht werden konnten.

4. Ertragslage

Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der evo war im Geschäftsjahr 2018 gut, die Um-satzerlöse sind jedoch im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

Umsatzerlöse

	EUR 2018	EUR Vorjahr
Energieverkäufe		
Strom	92.968.386,34	95.351.405,43
Erdgas	33.630.522,27	35.654.626,18
Fernwärme	29.810.201,05	30.872.084,35
Energieservice	724.622,58	617.138,98
	157.133.732,24	162.495.254,94
Sonstige Umsatzerlöse	42.272.192,31	40.667.297,46
	199.405.924,55	203.162.552,40

Das anhaltend herausfordernde Wettbewerbsumfeld und die weiteren Einsparmaßnahmen der Kunden sind die Ursachen für den geringeren Stromabsatz. Der weiterhin sehr lebhafte Wettbewerb auf dem Strommarkt spiegelt sich auch in der Entwicklung des Marktanteils wider, hier ist ein leichter Rückgang im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen.

Der Erdgasumsatz hat sich im Vergleich zur Planung gemindert, neutrale positive Effekte aus dem Vorjahr konnten den sinkenden Absatz nicht kompensieren. Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen und zunehmend lebhaftem Wettbewerb geprägt, hier spiegelt sich auch die milde Witterung des Jahres 2018 wider.

Die Umsatzerlöse in der Fernwärme liegen über der Planung. Effekte aus dem Vorjahr tragen zu dieser Steigerung bei. Der Wärmeabsatz liegt witterungsbedingt allerdings unter dem Budgetansatz.

Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten hauptsächlich die Leistungsbeziehungen zwischen der evo und der OB-Netz; sie liegen fast auf Vorjahresniveau.

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Erlöse in Höhe von TEUR 4.032 enthalten.

Aufwendungen

Die Aufwendungen für den Energiebezug, die Brennstoffkosten und den Materialdirektverbrauch sowie die bezogenen Leistungen sind im Berichtsjahr um TEUR 915 auf TEUR 126.234 gesunken. Ursächlich für diese Entwicklung sind unter anderem der Absatzrückgang und das niedrige Preisniveau. Weiterhin wurden aufgrund der Preisentwicklung zum 31. Dezember 2018 Rückstellungen für Risiken aus der Strombeschaffung, welche 2016 gebildet werden mussten, im Geschäftsjahr 2018 aufgelöst. Diese Effekte mindern den Materialaufwand. Der Materialdirektverbrauch und die bezogenen Leistungen steigen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 128 auf TEUR 3.943.

Der Personalaufwand steigt zum Vorjahr um TEUR 2.505 auf TEUR 24.568 an. Neben der Tariferhöhung (3,19 %) wirkt sich die Aktualisierung der sog. „Heubeck-Richttafeln“, welche zur Berechnung der versicherungsmathematischen Personalgutachten (Pensionsverpflichtungen u.a.) herangezogen werden, erhöhend auf den Personalaufwand aus.
Die Abschreibungen liegen auf dem Vorjahresniveau.

Aufgrund einer Steuerumlage des Organträgers wurde die evo für das Jahr 2018 mit TEUR 2.832 Gewerbesteuer belastet.

Insgesamt ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 12.012, von dem TEUR 1.000 in die Gewinnrücklagen gemäß Aufsichtsratsbeschluss vom 12. Mai 2016 zur zukünftigen Gewinnverwendungsstrategie eingestellt wurden. Die Gesellschafterversammlung der FSO hatte dieser Einstellung in die evo-Gewinnrücklagen mit Beschluss vom 4. Februar 2019 zugestimmt und die Geschäftsführung der FSO wiederum zu einer korrespondierenden Zustimmung ermächtigt, die umgehend erfolgt ist. Die Zustimmung zum Gesellschafterbeschluss der FSO durch den Rat der Stadt Oberhausen erfolgte in der Sitzung vom 18. Februar 2019.

Mit einer anschließenden Gewinnabführung in Höhe von TEUR 11.012 an die FSO konnte die evo ihre Prognose aus dem Vorjahr von geplanten TEUR 11.000 einhalten.

Tätigkeitenabschluss

Vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen sind nach § 6b Abs. 3 Nr. 1 - 6 EnWG verpflichtet, für jede ihrer dort genannten Tätigkeiten einen gesonderten Tätigkeitenabschluss zu erstellen.

Im Rahmen des Pachtmodells werden die Erträge aus der Verpachtung des Strom- und Gasnetzes in der evo ausgewiesen. Für diese Tätigkeiten gibt es eine gesonderte Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung. Demnach wurde im Berichtsjahr in der Strompacht ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von TEUR 1.486 erzielt; der Bereich Gas-Pacht weist einen Überschuss in Höhe von TEUR 4.789 aus.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 betrug die Bilanzsumme der Tätigkeit Strompacht TEUR 21.103; dies sind rund 12 Prozent der gesamten Bilanzsumme der evo. Die Tätigkeit Gas-Pacht steuerte mit einer Bilanzsumme in Höhe von TEUR 31.603 ca. 18 Prozent zur gesamten Bilanzsumme der evo bei.

Neben den Tätigkeitsbereichen Strom- und Gas-Pacht werden in den anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gasbereiches nach § 6b Abs. 3 Satz 3 EnWG die Beschaffung und der Vertrieb von Strom und Gas erfasst. Für die Bereiche Dienstleistung Strom und Dienstleistung Gas wurden intern gesonderte Tätigkeitenabschlüsse entsprechend dem Rechnungslegungsstandard des Fachausschusses für öffentliche Unternehmen und Verwaltungen (RS ÖFA 2) erstellt und damit den Empfehlungen der Bundesnetzagentur und des IDW gefolgt.

Unter den sonstigen Aktivitäten werden neben der Erzeugung und Verteilung von Fernwärme, dem Contracting und weiteren Dienstleistungen für Dritte, auch die Tätigkeiten des Verwaltungsbereiches zusammengefasst.

5. Finanz- und Vermögenslage

5.1 Finanzbewegung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit sinkt in 2018 um rund TEUR 8.743 auf TEUR 12.405. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind die Abnahme der kurzfristigen Rückstellungen und der Anstieg der Verbindlichkeiten.
Die Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belaufen sich im Berichtsjahr auf TEUR -10.101 (Vorjahr TEUR -9.946). Hierbei können die Investitionen in das Sachanlage- und Finanzanlagevermögen nicht zu 100 Prozent durch die Abschreibungen finanziert werden (siehe hierzu auch Punkt 5.2).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet neben der Ergebnisabführung aus dem abgelaufenen Berichtsjahr (TEUR -11.013) auch die Einzahlungen aus kurzfristigen Krediten in Höhe von TEUR 8.904. Des Weiteren sind Tilgungen von TEUR 11.179 enthalten.

Am Ende des Geschäftsjahres kam es zu einer Erhöhung des Finanzmittelfonds um TEUR 140 auf TEUR 1.173.

5.2 Investitionen

Die technisch-wirtschaftliche Optimierung in den Netzbereichen wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Der Anteil der Netzinvestitionen in 2018 an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände betrug 70,6 %.

	Budget 2018 in TEUR	**Ist 2018 in TEUR**	**Ist 2017 in TEUR**
Investitionen	12.459	10.980	10.048
Abschreibungen	9.500	9.151	11.884

Neben den Investitionen in Höhe von TEUR 8.374 zur Erneuerung der Netze sieht das Investitions-Budget 2018 weitere Erneuerungen im Bereich der Gemeinsamen Anlagen von TEUR 4.085 vor.

Die Investitionen betrugen TEUR 10.980 und teilen sich wie folgt auf:

			Ist 2018 in TEUR		**Ist 2017 in TEUR**
Immaterielle Vermögensgegenstände			255		482
Sachanlagen					
▪ Stromversorgung			3.212		3.484
▪ Erdgasversorgung			1.902		985
Fernwärmeversorgung			3.634		3.719
▪ Energieservice			512		574
▪ Gemeinsame Anlagen			1.351		775
Finanzanlagen			114		29
Gesamtbetrag			**10.980**		**10.048**

Im Bereich der Finanzanlagen kam es zu Investitionen in Höhe von TEUR 114.

In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen ausreichen. Es ist geplant, zukünftig den dafür jährlich erforderlichen Anteil der Investitionen durch langfristige Darlehensaufnahmen sukzessive zu finanzieren. Für das Geschäftsjahr 2019 wurden die Verhandlungen zur Darlehensaufnahme in Höhe von TEUR 10.000 zur anteiligen Finanzierung der Sachinvestitionen 2019 bereits im Oktober 2018 aufgenommen, zur Auszahlung des Darlehens kommt es im Januar 2019.

5.3 Finanzlage

Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung mit der OB-Netz und der FSO KG getroffen, wobei die Verzinsung von Darlehen zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die Anlage von kurz- und mittelfristig freien liquiden Mitteln erfolgt zentral durch die evo in Tages- und Festgeldern.

Ein seit 2007 bestehender Spezialfonds dient zur Deckung der mittelfristigen Rückstellungen, die im Wesentlichen Maßnahmen aus dem Personalbereich beinhalten. Dazu zählen unter anderem umfangreiche Rückstellungen für abgeschlossene Altersteilzeitverträge. Weiterhin werden bei den Rückstellungen Verpflichtungen für noch ausstehende Rechnungen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Rechnungen für erhaltene Energielieferungen aus den Bereichen Strom und Erdgas.

Die wesentlichen Mittelabflüsse ergeben sich aus der Investitionstätigkeit, dem zahlungswirksamen Rückgang der Rückstellungen (vorwiegend der Personalrückstellungen wie ATZ) sowie der jährlichen Gewinnabführung an die FSO KG.

Aus den Finanzplanungen der evo für die kommenden Jahre ergibt sich weiterhin – wie unter 5.2 erläutert – ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen.

Ebenso ist geplant, die Bezugskostenspitzen in den Wintermonaten über kurzfristige Mittel im Rahmen der bestehenden Kreditlinien temporär zu bezahlen.

Dem betriebsnotwendigen Vermögen stehen Passiva in Form von Eigenkapital oder langfristigen Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten sowie Rechnungsabgrenzungsposten gegenüber. Zum Bilanzstichtag belief sich die Eigenkapitalquote auf 20,4 Prozent.

Zusammenfassend ist eine solide Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage im Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses zu verzeichnen.

6. Risikobericht

6.1 Risikomanagement

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die OB-Netz und BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

In der letzten Risikoinventur wurden 39 Risiken erfasst. Die Risiken wurden bewertet und mit einer Ausnahme den Risikoklassen mit minimalen und niedrigen Ausmaßen zugeordnet. Die Werthaltigkeit der Beteiligung der evo an der KSBG hängt maßgeblich von deren wirtschaftlicher Entwicklung ab. Für den Jahresabschluss 2018 wird aus Vorsichtsgründen auf Ebene der evo eine Abwertung i.H.v. TEUR 4.000 vorgenommen. Das Risiko wurde daher mit mittlerem Ausmaß bewertet.

Im Rahmen der halbjährlich durchgeführten Risikoinventuren wurden für den Berichtszeitraum dreizehn neue Risiken identifiziert und zwei Risiken wurden abgemeldet.

6.2 Absatzmarktrisiken

Das wesentliche Risiko bilden die vermehrten Wechselprozesse in den Geschäftsfeldern Strom- und Erdgasvertrieb. Hier ist für die Zukunft mit einer steigenden, zumindest aber mit einer gleichbleibend hohen Wechselbereitschaft der Kunden zu rechnen, getrieben u.a. durch von Kundenwechseln profitierenden neuen Marktteilnehmern in Form von Vergleichs- und Wechselportalen. Hinzu kommen Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Preisgestaltung insbesondere im Bereich des Stromvertriebs, die angesichts zunehmender gesetzlicher Eingriffe und Regulierungen nicht mehr allein unternehmerisch zu beeinflussen sind.

6.3 Beschaffungsmarktrisiken

Bei der Energiebeschaffung verfolgt die evo eine risikoaverse Strategie. Die evo betreibt selbst keinen Energiehandel, sondern beschafft die Erdgas- und Strommengen für ihren geplanten Absatz über die Beteiligungsgesellschaft Quantum. Zur Vermeidung des Preisrisikos erfolgt die Beschaffung von Mengen für Großkunden „back to back“, d. h. die Menge wird erst bei Vertragsabschluss beschafft und unterliegt so nur einem geringen Preisrisiko. Für den größeren Teil der evo-Kunden, die über Standardlastprofile beliefert werden, erfolgt eine große Streuung über die Produktart (Standardprodukte und Fahrpläne) und den Zeitpunkt der zu beschaffenden Energien. Aufgrund des großen Anteils von Haushaltskunden und kleineren Sondervertragskunden am Gesamtabsatz ergeben sich nur geringe Mengenrisiken. Operative Risiken werden durch Prozesse und interne Kontrollmechanismen bei der Quantum minimiert.

6.4 Betriebsrisiken

Grundsätzlich schützt sich die evo gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Zu den Betriebsrisiken der evo gehören auch Risiken steigender Cyberkriminalität, die aufgrund der immer weiter voranschreitenden Digitalisierung entstehen. Hierzu gehören die Risiken, die sowohl die Verfügbarkeit der entsprechenden IT-Systeme, der damit zu verarbeitenden Daten und somit die Grundlage einer modernen, effektiven Prozessabwicklung bei evo, als auch die Verletzung der Vertraulichkeit und der Integrität von Informationen betreffen. Immer weiter in den Fokus rücken hier vor allem der unbeabsichtigte Datenabfluss – vor allem auch über mobile Kommunikationsgeräte, sowie die Nichtverfügbarkeit von Teilen der IT-Infrastruktur.

Die evo begegnet diesen Risiken mit geeigneten Maßnahmen, die im Rahmen eines Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) identifiziert und die zusätzlich in einen IT-Risikomanagement bewertet und behandelt werden. Hierzu gehören organisatorische und technische Maßnahmen, wie z.B. regelmäßige Updates, Datensicherungen, E-Mail- und Internet-Absicherung, die Analyse von Schwachstellen und deren Behebung, wenn solche aufgedeckt werden. Weiterhin erfolgt permanent eine Sensibilisierung der Mitarbeiter für das Thema in Form von Schulungen, Beiträgen im Intranet, Posterkampagnen oder E-Mails z.B. bei aktuellen Entwicklungen, die für alle Geschäftsbereiche relevant sind. Ein erhöhtes Risiko durch Cyberkriminalität ist bei der evo aufgrund des Betriebes kritischer Infrastruktur grundsätzlich zu sehen.

6.5 Finanzrisiken

Auf Basis einer kurz- bis langfristigen Liquiditätsplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb von genehmigten Kreditlinien. Durch das Kerngeschäft und die Vielzahl der Kunden ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen keine weiteren Preis- und Adressausfallrisiken. Zahlungsstromschwankungen sind aufgrund bekannter Abrechnungszyklen und anhand von Gradtagzahlen weitestgehend planbar.

Zur strategischen Ausrichtung hat die evo Geld- und Kapitalanlagen in Wertpapieren angelegt. Wertpapiere unterliegen Kursrisiken, die auch zu Kursverlusten und somit zu einem maximal leichten Schaden führen könnten. Das Kursrisiko wird als bewusst eingegangene unternehmerische Tätigkeit verstanden.

6.6 Umfeldrisiken

Auf Grundlage der beiden Risikoinventuren 2018 konnten für den Bereich wirtschaftliche oder rechtliche Umfeldrisiken jenseits der Thematik Energiewende keine Risiken mit Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder mit Bestandsgefährdung identifiziert werden.

6.7 Umweltrisiken

Für den Bereich der Abfallentsorgung haben Geschäftsführung/Vorstand einen Abfallbeauftragten benannt. Alle anfallenden Reststoffe werden, soweit möglich, getrennt gesammelt und einer Wiederverwertung zugeführt.
Erhöhten Umweltrisiken ist die evo zurzeit nicht ausgesetzt.

6.8 Gesamtrisiko

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

7 Prognosebericht

7.1 Umbau der Energiewirtschaft

Ein Ende der beständigen Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft ist weiterhin nicht absehbar. Zwar liegt mit dem zwischenzeitlich vorgelegten Kompromiss der sogenannten Kohlekommission ein Vorschlag auf dem Tisch, wie der Ausstieg aus der Kohleverstromung zwischen 2022 und 2038 gestaltet werden könnte, doch sind die Empfehlungen bisher nicht in Gesetzesform gegossen.

Zudem wird ein solch gravierender Schritt unabhängig von seiner konkreten Ausgestaltung in jedem Falle spürbare Auswirkungen auf die gesamte Branche haben. Auch deshalb ist es nicht unwahrscheinlich, dass einzelne Unternehmen womöglich juristisch gegen entsprechende Stilllegungsbeschlüsse vorgehen werden – mit der Konsequenz einer weiteren Einschränkung der mittel- und langfristigen Planungssicherheit für die Energiewirtschaft insgesamt.

7.2 Weiterentwicklung Fernwärme

Angesichts der schon seit längerem bekannten, erheblich verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der deshalb anfallenden, nachhaltigen Mehrkosten bei Umsetzung des ursprünglich konzipierten FWSRR-Modells, hat die evo zwischenzeitlich alternative Planungen für eine langfristige Sicherung der Fernwärmeversorgung in Oberhausen vorangetrieben.

So wird in 2019 mit dem Bau eines neuen Gasmotoren-BHKW am Standort des HKW I an der Danziger Straße begonnen werden. Die Fertigstellung der Maßnahme ist nach derzeitigem Planungsstand für den Herbst 2020 vorgesehen. Ähnlich sieht es am Standort des HKW II in Sterkrade aus: Hier wurde noch Ende 2018 eine Kooperation mit dem Oberhausener Partner MAN Energy Solution unterzeichnet, wonach in Sterkrade eine neue Gasturbine errichtet werden wird; geplante ist auch hier eine Inbetriebnahme in 2020. Gleichzeitig wird perspektivisch im Frühjahr 2019 die alte Gasturbine am Standort Sterkrade außer Betrieb genommen.

Mit beiden Projekten hat sich die evo erfolgreich am Ausschreibungsverfahren für eine KWK-Förderung der Bundesnetzagentur beteiligt.

7.3 E-Roller-Sharing

Für 2019 stehen die quantitative und geographische Ausweitung der Dienstleistung an. D.h., dass zum einen die Anzahl der eingesetzten Roller ab Jahresbeginn signifikant gesteigert werden wird und dass zum anderen die Dienstleistung voraussichtlich ab dem Frühjahr auch jenseits der Oberhausener Stadtgrenzen in ausgewählten Nachbarkommunen genutzt werden kann.

Parallel dazu steht das Projekt in Verhandlungen mit Nahverkehrsverbünden bzw. Nahverkehrsunternehmen, um auszuloten, inwieweit das E-Roller-Sharing in der Region in multimodale Mobilitätsangebote eingebunden werden kann.

7.4 Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung wird im gesamten Konzernverbund ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt. Dieses Berichtswesen, das zugleich Steuerungsinstrument ist, mündet in eine differenzierte Erfolgsrechnung. Analysiert werden dabei sowohl im Plan-/Ist als auch Ist/Ist-Vergleich beispielsweise die Abweichungen der Kostenpositionen. In den technischen Bereichen wird der Quartalsbericht noch um einen Aufwandsbericht auf Einzelmaßnahmenebene ergänzt, der mit voranschreitender Zeit im Geschäftsjahr in kürzeren Berichtszyklen zur Verfügung gestellt wird. Dies gewährleistet, im Bedarfsfall zeitnah Steuerungsmaßnahmen einleiten zu können.

Im Rahmen der Prognosetätigkeit im Vorfeld der beiden Aufsichtsratssitzungen der Konzernmutter im Mai und November werden mit den Spartenverantwortlichen die jeweiligen Geschäftsentwicklungen analysiert. Dabei stehen insbesondere die Bereiche Investitionen und Personalentwicklung im Fokus. Dadurch sind Abweichungen frühzeitig erkennbar, um bei unplanmäßigen Entwicklungen gezielte Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden im gesamten Konzernverbund unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange der Kunden, der Umwelt sowie der Belegschaft berücksichtigt.

7.5 Perspektiven 2021

Die bekannten und weiterhin nur schwerlich voraussehbaren politischen Rahmenbedingungen für die Energiewirtschaft stellen alle Versorger weiterhin vor erhebliche Herausforderungen. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich nur noch verminderte zugestandene Gewinne realisieren; im Bereich Energievertrieb herrscht nach wie vor ein deutlich zunehmender Wettbewerb.

Aus diesen Umständen resultiert ein steigender Erlös- und Kostendruck. Alle Unternehmensbereiche sind weiterhin dabei, zusätzliche Effizienzpotenziale zu identifizieren und umzusetzen.

Die evo ist ein gut aufgestelltes und profitables sowie insbesondere am Oberhausener Markt positioniertes Unternehmen. Die ambitionierte Mittelfristplanung für 2019/2020 strebt weiterhin Ergebnisse in Höhe von TEUR 11.000 an – wohl wissend, dass die allgemeinen volks- und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen es immer mehr erschweren, diese Zielvorgaben letztlich auch zu erreichen. Auch für das Berichtsjahr 2018 war mit einem Ergebnis und einer entsprechenden Gewinnabführung in Höhe von TEUR 11.000 Höhe geplant worden (vgl. eingehend Kap. 4). Dieser Planansatz konnte mit einer Gewinnabführung in entsprechender Höhe an die FSO exakt eingehalten werden. Zudem flossen aus dem Jahresergebnis TEUR 1.000 in eine Gewinnrücklagen.

Für die kommenden Jahre gelten folgende Annahmen für die Entwicklung des Strom- und Gas-Vertriebs: Mittelfristig muss die evo beim Strom mit einem weiteren Rückgang des Marktanteils im Stammgebiet Oberhausen rechnen. Insbesondere im SLP-Kundensegment (Standardlastprofilkunden; Privat- und Kleingewerbekunden) wird – wie schon in den Vorjahren – eine stärkere Wechselbereitschaft unterstellt. Im bereits wettbewerbsintensiven RLM-Kundensegment (Kunden mit registrierender Lastgangmessung; größere Geschäfts- und Industriekunden) wird ein konstantes Niveau an Vertragsabschlüssen unterstellt. Der Ausbau des Vertriebs außerhalb des Netzgebietes Oberhausen wirkt sich entsprechend positiv auf die Umsatzentwicklung aus. Ziel ist es, die Absatzrückgänge innerhalb Oberhausens durch vermehrten Absatz außerhalb zu kompensieren. Für das Geschäftsfeld Gas gelten ähnliche Annahmen.

Neben den traditionellen Geschäftsfeldern Strom, Erdgas und Fernwärme hat die evo begonnen, die Angebote im Geschäftsfeld Energiedienstleistungen (d.h. diverse Contracting-Modelle, E-Roller usw. – wie auf der Internetseite der evo beschrieben) auszubauen. Hier sehen wir – auch im Rahmen der Energiewerde – Wachstumspotentiale, die langfristig zum Ergebnis der evo beitragen können. Mit der Einrichtung einer Stabsstelle „Strategische Unternehmensentwicklung“ sowie eines Innovationsmanagements trägt die evo zudem dafür Sorge, dass das Unternehmen für die Identifikation, Analyse und eine mögliche, spätere Erschließung neuer Geschäftsfelder bestmöglich aufgestellt ist.

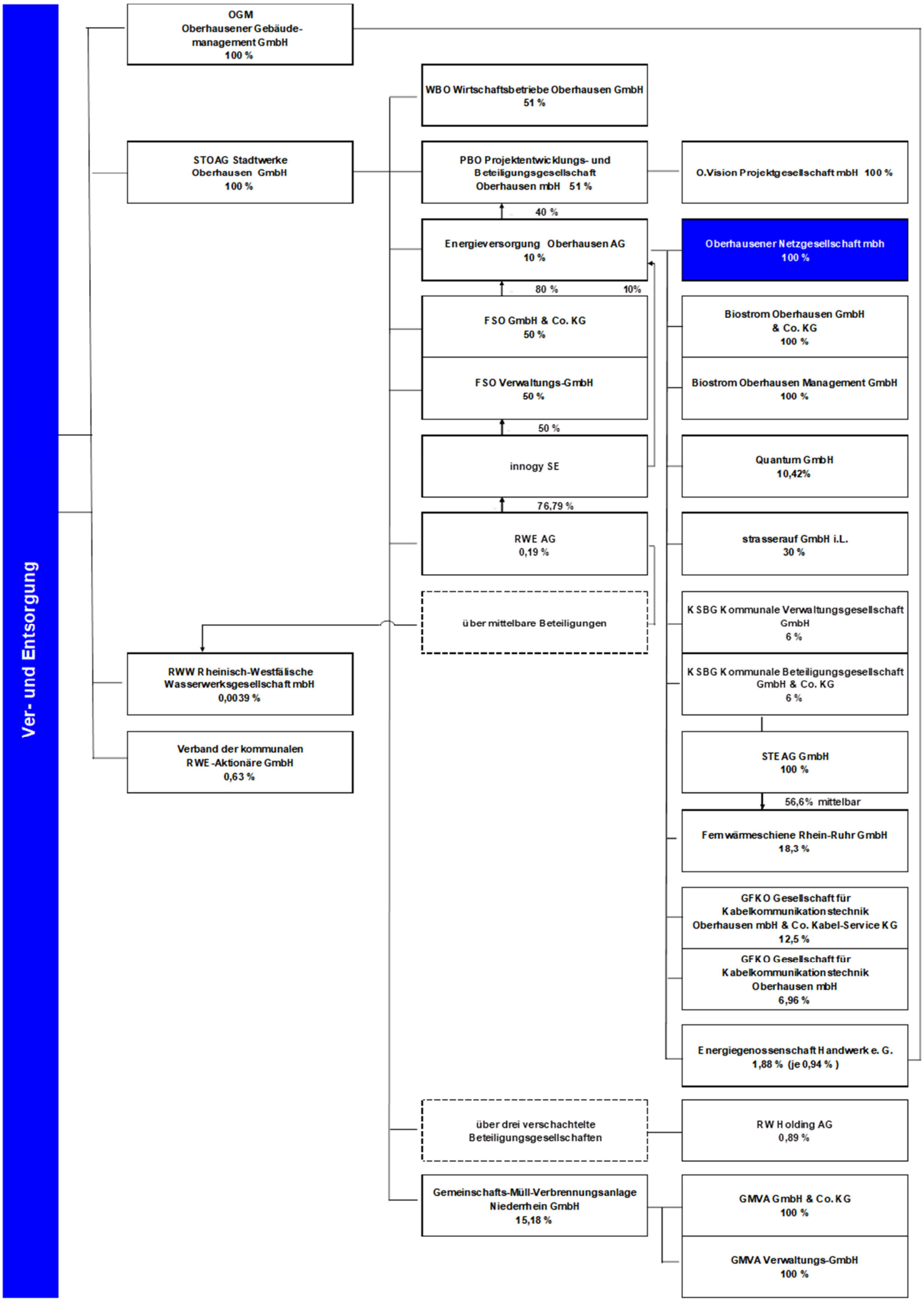
7.6 Fazit

Unter Berücksichtigung aller oben erwähnten Faktoren sieht sich die evo grundsätzlich für alle zukünftigen unternehmerischen Herausforderungen gewappnet und aus heutiger Sicht bestmöglich aufgestellt.

Oberhausen, 14. Februar 2019

Energieversorgung Oberhausen AG (EVO)

Gieske / Homberg
Vorstand


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-3000
Fax	0208/835-2697
e-Mail	info@ob-netz.de
Internet	www.ob-netz.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	30,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist
- die Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) an Weiterverteiler und Letztverbraucher,
- die Erbringung von energienahen Dienstleistungen,
- die Planung, der Neu- bzw. Ausbau, die Änderung und der Betrieb (Bedienung, Überwachung bzw. Inspektion, Wartung, Reparaturen und Erneuerungen) der Verteilungsanlagen,
- die Vermarktung der Kapazitäten der Verteilungsanlagen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Pachtvertrag über Strom- und Gasversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006 sowie erste Änderungsvereinbarung vom 05./06.12.2007; Pachtvertrag über Fernwärmeversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006; Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schneider, Jörn
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG

Prokura:	Prokurist	Hell, Bernd Paul
	Prokurist	Hein, Robert

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	346,79	1,7	340,18	1,5	309,33	1,4	-30,85	-9,07
Umlaufvermögen	20.057,00	98,3	21.988,35	98,5	21.925,92	98,6	-62,43	-0,28
Rechnungsabgrenzungsposten			5,13	0,0			-5,13	-100,00
Bilanzsumme	**20.403,80**	**100,00**	**22.333,66**	**100,00**	**22.235,25**	**100,00**	**-98,41**	**-0,44**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	1.142,48	5,6	1.142,48	5,1	1.142,48	5,1	0,00	0,00
Rückstellungen	6.087,72	29,8	6.999,42	31,3	6.327,35	28,5	-672,07	-9,60
Verbindlichkeiten	2.341,03	11,5	3.037,97	13,6	3.340,58	15,0	302,61	9,96
Rechnungsabgrenzungsposten	10.832,57	53,1	11.153,79	49,9	11.424,85	51,4	271,06	2,43
Bilanzsumme	**20.403,80**	**100,00**	**22.333,66**	**100,00**	**22.235,25**	**100,00**	**-98,41**	**-0,44**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	91.221,83	89.145,25	90.450,51
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-16,34	258,96	-275,00
sonstige betriebliche Erträge	1.745,74	498,03	978,64
Materialaufwand	45.047,11	39.998,45	43.326,76
Personalaufwand	13.249,01	13.866,67	14.049,38
sonstige betriebliche Aufwendungen	42.330,77	42.541,30	43.422,12
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8,24	87,13	22,14
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	228,25	293,79	209,20
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-7.895,67	-6.710,85	-9.831,18
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.460,42	-1.325,73	-2.123,15
Erträge aus Verlustübernahmen	6.435,25	5.385,12	7.708,04
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-7,05	-6,04	-8,52	%
Eigenkapitalrentabilität:	-563,27	-471,35	-674,68	%
Cash-Flow:	-6.435,25	-5.385,12	-7.708,04	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	584,60	558,40	562,68	T€
Personalaufwandsquote:	14,25	15,42	15,41	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	5,60	5,12	5,14	%
Fremdkapitalquote:	94,40	94,88	94,86	%

e) Lagebericht

1. Unternehmen

Die Oberhausener Netzgesellschaft mbH (Netzgesellschaft) ist eine 100-prozentige Tochter der Energieversorgung Oberhausen AG (evo). Das Kerngeschäft der Netzgesellschaft ist darauf ausgerichtet, das Strom- und Gasnetz entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht auszubauen. Um vorhandene Synergiepotenziale im Netzbereich zu erhalten, wurde in die Gesellschaft zusätzlich das Fernwärmenetz integriert. Darüber hinaus gehören die Unterhaltung der öffentlichen Beleuchtung für die Stadt Oberhausen und die Wartung von Nahwärme-Anlagen zur Geschäftstätigkeit der Netzgesellschaft. Alle Netzanlagen verbleiben im Eigentum der evo und werden zur Bewirtschaftung an die OB-Netz verpachtet.

Zwischen der OB-Netz und der evo besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag (EAV). Darüber hinaus ist eine ertragsteuerliche Organschaft mit der FSO GmbH & Co. KG, als Konzernmutter (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben.

2. Rahmenbedingungen

2.1 Regulierungssituation

Ein wesentlicher Teil des Geschäftes der Netzgesellschaft wird in den regulierten Sparten Strom und Gas erzielt. Daher werden die wichtigsten regulatorischen Rahmenbedingungen im Folgenden dargestellt.

Kostenantrag Erdgas

2016 hat die Netzgesellschaft den Antrag „Kostenprüfung Gas“ für die dritte Regulierungsperiode bei der Landesregulierungskammer NRW eingereicht. In intensiven Gesprächen mit der Behörde ist es 2017 gelungen, die Argumentation der Behörde in wesentlichen Punkten zu widerlegen und ein Ausgangsniveau zur Bestimmung der Erlösobergrenze zu erreichen, das dem fortgeschriebenen Niveau der letzten Kostenprüfung entspricht.

Der zugehörige Effizienzwert wurde mehrfach neu berechnet, mit jeweils unterschiedlichen Ergebnissen. Der per E-Mail vom 3. Dezember 2018 als Vorabinformation mitgeteilte Effizienzwert liegt mit 82,36 Prozent deutlich unter den Erwartungen. Zusammen mit einem Berater wird dieser Wert im Rahmen der Anhörung überprüft.

Kostenantrag Strom

Der Kostenantrag Strom zur Ermittlung des Ausgangsniveaus zur Bestimmung der Erlösobergrenze für die 2019 beginnende Regulierungsperiode wurde fristgerecht 2017 gestellt. Nach dem nun vorliegenden Beschlussentwurf der Bundesnetzagentur geht die Netzgesellschaft davon aus, dass alle in die Mittelfristplanung eingestellten Werte erreicht werden.

Beschwerden

Wie die meisten Unternehmen der Branche, beteiligt sich die Netzgesellschaft an mehreren Prozesskostengemeinschaften, mit dem Ziel eine höhere Erlösobergrenze Strom und Gas zu erreichen. Der Vorteil von Prozesskostengemeinschaften besteht darin, dass die Kosten überschaubar bleiben, da nur wenige Musterverfahren geführt werden und die Kosten auf alle Teilnehmer aufgeteilt werden. Das Chance-Risiko-Verhältnis ist hierbei sehr gut.

In der Beschwerde gegen die Festlegung der Eigenkapitalzinssätze der BNetzA für die dritte Regulierungsperiode vom 5. Dezember 2016 ist es das Ziel, eine angemessene und insbesondere auch das Marktrisiko adäquat berücksichtigende Eigenkapitalverzinsung zu erreichen. Das Verfahren wurde in der ersten Instanz bereits gewonnen – jetzt ist die Revision vor dem BGH abzuwarten.

Bei der Beschwerde gegen den generellen sektoralen Produktivitätsfaktor (Strom und Gas) soll erreicht werden, die reduzierende Wirkung des X-Gen auf die Erlösobergrenzen möglichst gering zu halten. Aufgrund methodischer Fehler in der Berechnung durch die Bundesnetzagentur werden hier gute Chancen gesehen. Ein Ergebnis der Verfahren kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber nicht abgeschätzt werden.

Vor einigen Jahren wurde das Regulierungsregime im Rahmen der Novellierung der Anreizregulierungsverordnung geändert. Investitionen werden nun zeitnah und nicht mehr mit einem Zeitverzug von mehreren Jahren vergütet (Kapitalkostenabgleich). Diese Änderung ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Allerdings besteht die Gefahr, die Kapitalkostenscheiben (insbesondere Abschreibungen) von zwei Jahren aufgrund mangelhafter Übergangsregelungen gar nicht vergütet zu bekommen. Auch hiergegen hat die Netzgesellschaft Beschwerden im Rahmen von Prozesskostengemeinschaften zu den Kapitalkostenaufschlägen (Gas 2018 und Strom 2019) eingelegt.

Marktkommunikation 2020

Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende wirkt sich im großen Umfang auf die Prozesse zur Belieferung von Endkunden mit elektrischer Energie aus. Dabei müssen moderne Messeinrichtungen (Zähler ohne Kommunikationseinheit) und intelligente Messsysteme (Zähler mit Kommunikationseinheit/sog. „Smart Meter Gateway“) in die etablierten Marktprozesse integriert werden. Hierzu sind umfängliche Eingriffe in die IT-Landschaft notwendig. Dies betrifft unter anderem, aber nicht abschließend, folgende Prozesse: Stammdatenmodelle, Lieferantenprozesse, Energiedatenmanagement und Rechnungsprozesse. Insbesondere wechselt die Aggregationsverantwortung für Energiemengen, an Marktlokationen die mit einem intelligenten Messsystem ausgestattet sind, von den Verteilnetz- zu den Übertragungsnetzbetreibern. Zusätzlich sind Anpassungen von Drittsystemen notwendig. Die Umsetzung erfolgt schrittweise, gemeinsam mit einem IT-Dienstleister.

Ursprünglich war ein zweistufiges Verfahren geplant. Nach kurzer Gültigkeit eines Interimsmodells sollte das Zielmodell, in dessen Mittelpunkt die sternförmige Verteilung der Messwerte an die berechtigten Empfänger steht, langfristig zur Anwendung kommen. Angesichts der Tatsache, dass am Markt noch keine Smart Meter Gateways zur Verfügung stehen, die sämtlichen Anforderungen zur Erfüllung des Zielmodells entsprechen (Smart Meter Gateways der zweiten Generation), wird zur rechtskonformen Ausgestaltung der Marktprozesse zum 1. Dezember 2019 die sogenannte Marktkommunikation 2020 („MaKo 2020“), unter Einbezug von Smart Meter Gateways mit eingeschränkter Funktionalität (Geräte der ersten Generation), etabliert. Perspektivisch wird die Mako 2020 solange Bestand haben, bis die zweite Generation von Smart Meter Gateways am Markt zur Verfügung steht. Die Netzgesellschaft hat sich entschieden, nur die notwendigsten Anforderungen aus dem Interimsmodell zu etablieren, wodurch bisher Investitionen in maßgeblicher Größenordnung vermieden wurden.

Messstellenbetriebsgesetz

Das Messstellenbetriebsgesetz unterscheidet zwischen modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen. 2018 wurden über 6.000 moderne Messeinrichtungen bei Kunden eingebaut. Grundsätzlich handelt es sich um eine, im Detail, recht komplizierte Thematik. Darüber werden die Kunden mittels eines gut verständlichen Flyers informiert.

Der Einbau intelligenter Messsysteme wird, sobald die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen (Geräteverfügbarkeit von mindestens drei Herstellern), voraussichtlich 2019 starten. Die Netzgesellschaft bereitet sich mit einem interdisziplinären Team intensiv darauf vor. Sowohl bei modernen Messeinrichtungen, als auch bei intelligenten Messsystemen findet eine enge Zusammenarbeit mit innogy Metering GmbH statt. Ein entsprechender Vertrag wurde 2018 geschlossen.

2.2 Belegschaft

Die Beschäftigtenzahl des Unternehmens ist im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. Zum 31. Dezember 2018 waren 164 (162) Personen bei der OB-Netz beschäftigt. Im Jahresmittel waren es 162 (161). Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt gemäß Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe (TV-V) vom 05.10.2000 in der Fassung des 13. Änderungstarifvertrages vom 18. April 2018. Für die Beschäftigten besteht eine betriebliche Altersversorgung über die Rheinische Zusatzversorgungskasse (RZVK).

Die Netzgesellschaft legt traditionell Wert auf die Qualifizierung und Förderung der eigenen Mitarbeiter. So wurden auch 2018 zahlreiche interne und externe Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt, um die Mitarbeiter bei der Ausübung ihrer anspruchsvollen Tätigkeiten zu unterstützen. Darüber hinaus begegnet das Unternehmen den Herausforderungen des demografischen Wandels mit einem umfassenden „Betrieblichen Gesundheitsmanagement“ (BGM).

3. Geschäftsverlauf

3.1 Netz Strom

2018 wurden 688,0 GWh (695,6 GWh) durch die gepachteten Stromnetze der Netzgesellschaft geleitet. Der Netzlastrückrückgang im Vergleich zum Vorjahr beträgt 1,1 Prozent. Damit setzt sich ein bundesweiter Trend fort, der vor allem auf ein verändertes Verbraucherverhalten und den vermehrten Einsatz energieeffizienter Geräte zurückzuführen ist.

3.2 Netz Erdgas

Im Geschäftsjahr 2018 wurden durch die gepachteten Erdgasnetze der Netzgesellschaft 946,1 GWh (948,2 GWh), an Erdgaskunden verteilt. In diesen Zahlen sind die an Erdgaskraftwerke durchgeleitete Mengen nicht enthalten. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um 0,2 Prozent. Verantwortlich dafür sind im Wesentlichen Witterungsgründe.

3.3 Netz Fernwärme

Das Fernwärmenetz ist im Gegensatz zu den Strom- und Gasnetzen kein regulierter Bereich. Die Netzgesellschaft übernimmt dienstleistend für die evo den Betrieb und die Wartung des Fernwärmenetzes.

4. Ertragslage

Der Jahresfehlbetrag wurde im Vergleich zum aufgestellten Budget um TEUR 2.847 überschritten, trotzdem war die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der OB-Netz im Geschäftsjahr 2018 zufriedenstellend.

Umsatzerlöse

	EUR 2018	EUR Vorjahr
Netznutzungsentgelte	65.613.196,97	66.088.009,59
Sonstige Umsatzerlöse	24.837.308,96	23.057.237,26
	90.450.505,93	89.145.246,85

Die Umsätze aus Netznutzungsentgelten Strom und Gas umfassen die internen und externen Erlöse aus der Netznutzung, das Regulierungskonto und die Mehr-/Mindermengen-abrechnung (MMA) der Vorjahre. Im Bereich Netzentgelte Gas ist eine leichte Steigerung im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen, die Netzentgelte Strom sind dagegen um 0,6 Mio. EUR gefallen, dies ist auf eine niedrigere Netzlast zurückzuführen.

Die Erhöhung der Sonstigen Umsatzerlöse ist im Wesentlichen auf die Erlöse bei der Abrechnung von Investitionsaufträgen gegenüber der evo zurückzuführen. Ebenfalls sind die Erlöse aus einem Dienstleistungsvertrag mit der evo sowie aus der Kostenerstattung Fernwärme leicht gestiegen.

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Erlöse in Höhe von TEUR 528 enthalten.

Aufwendungen

Die Aufwendungen für Netznutzungsentgelte der vorgelagerten Netze sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Der Gesamtanstieg um 3,9 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus der gestiegenen Vergütung für vorgelagerte Netzbetreiber.

Der Materialverbrauch sowie die bezogenen Leistungen für die Unterhaltung der Netze belaufen sich auf TEUR 4.916. Der Personalaufwand steigt leicht auf TEUR 14.049 (Vorjahr TEUR 13.867). Aufgrund des negativen Ergebnisses wurden der OB-Netz auf Basis einer Gewerbesteuerumlage vom Gesellschafter TEUR 2.123 Steuer erstattet.

Jahresergebnis

Das negative Ergebnis in Höhe von TEUR 7.708 liegt deutlich über dem budgetierten Jahresfehlbetrag von TEUR 4.861 und wird von der evo aufgrund eines EAV erstattet. Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus der gestiegenen Vergütung der vorgelagerten Netz-betreiber.

Tätigkeitenberichte

In der OB-Netz werden drei Tätigkeitsbereiche ausgewiesen. Dies sind die Verteilnetze Strom und Gas sowie die sonstigen Aktivitäten.

Im Verteilnetz Strom wurde in 2018 ein Verlust in Höhe von TEUR 5.731 realisiert; der Bereich Verteilnetz Gas weist einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 2.101 aus. Im Rahmen der Ergebnisabführung an die evo werden diese Beträge ausgeglichen.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 betrug die Bilanzsumme der Tätigkeit Verteilnetz Strom TEUR 14.064. Die Tätigkeit Verteilnetz Gas steuerte eine Bilanzsumme in Höhe von TEUR 6.393 zur Gesamtbilanz der OB-Netz bei. Die sonstigen Tätigkeiten umfassen die nicht regulierten Bereiche wie das Verteilnetz Fernwärme, die Netzdokumentation, Öffentliche Beleuchtung, das Zählerdatenmanagement und weitere sonstige Dienstleistungen für Dritte außerhalb des Strom- und Gasbereichs.

5. Finanz- und Vermögenslage

5.1 Finanzbewegung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit minderte sich in 2018 gegenüber dem Vorjahr um rund TEUR 1.305 auf TEUR -8.549. Dies ist im Wesentlichen auf die Abnahme der kurzfristigen Rückstellungen zurückzuführen.

Die Summe der Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belief sich im Berichtsjahr auf TEUR 51 (Vorjahr TEUR 23). In der Position der Investitionstätigkeit spiegeln sich ausschließlich der Zugang und die Tilgung bei Arbeitgeberdarlehen wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet neben der Verlustübernahme der evo in Höhe von TEUR 7.708 (Vorjahr TEUR 5.385) auch den Zugang von Baukostenzuschüssen von TEUR 1.024 (Vorjahr TEUR 1.052).

Somit kam es zu einer Erhöhung des Finanzmittelfonds um TEUR 234 auf TEUR 421.

5.2 Finanzstrategie

Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung mit der evo getroffen, wobei die Verzinsung sowohl der Forderungen als auch der Verbindlichkeiten zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt.

Die OB-Netz besitzt kein eigenes Sachanlagevermögen, die Vermögenslage ist im Wesentlichen durch Forderungen gegen verbundene Unternehmen (evo) geprägt.

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der OB-Netz wird im Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses aufgrund der Cash-Pooling-Vereinbarung und des vorhandenen EAV mit der evo und trotz des erhöhten Jahresfehlbetrages im Vergleich zum Budget als zufriedenstellend betrachtet.

6. Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die Netzgesellschaft wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

Grundsätzlich schützt sich die Netzgesellschaft gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt. In 2017 wurde zur Erfüllung der Anforderungen des IT-Sicherheitskatalogs der Bundesnetzagentur (BNetzA) ein Zertifizierungsprozess des Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) für den Geltungsbereich Netzleittechnik begonnen. Dazu fand im Dezember 2017 ein Zertifizierungsaudit statt. Der Zertifizierungsprozess wurde im März 2018 erfolgreich abgeschlossen. Weiterhin werden geeignete Steuerungsmaßnahmen ergriffen, um Netzausfälle zu vermeiden.

Im Rahmen der Risikoinventur wurden neun Risiken identifiziert. Diese entfallen mit einer Ausnahme in die niedrigen Risikoklassen. Das Risiko Ausfall der Stromnetze ist von rechtlich/technischer Art. Bei einem Ausfall, bzw. Störfall könnte es unter bestimmten Umständen zu Schadensersatzansprüchen von einigen wenigen Kunden in unbegrenzter Höhe kommen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird jedoch als gering erachtet, sodass es insgesamt zu einer mittleren Risikoeinstufung kommt. Im Rahmen des Asset-Managements wurden Maßnahmen zur Schadensminimierung und Reduzierung der Eintrittswahrscheinlichkeit definiert und werden laufend durchgeführt.
Folgendes Risiko wurde in 2018 gestrichen:

Effizienzwert Gas

Das Risiko „Effizienzwert Gas“ wurde in das Risiko „Änderung der regulatorischen Rahmenbedingungen“ mit aufgenommen und wird dort auch weiter überprüft. Die Netzgesellschaft hat mittlerweile ein Effizienzwert Gas i.H.v. 82,36 Prozent als Vorabinformation erhalten. Dieser wird im Rahmen der Anhörung überprüft. Es wurden in 2018 keine neuen Risiken identifiziert.

Der Netzgesellschaft sind zurzeit keinen erhöhten Umweltrisiken bekannt.

Abschließend bleibt festzustellen: Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

7. Prognosebericht

Die grundsätzliche Lage der Energiewirtschaft und hier insbesondere für Verteilnetzbetreiber hat sich im Vergleich zu den Vorjahren kaum verändert und bleibt von weiterhin volatil. Die stellt alle Verteilnetzbetreiber vor große wirtschaftliche Herausforderungen. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich Gewinne im Wesentlichen durch Kostenoptimierung und Effizienzsteigerung realisieren. Gleiches gilt z.B. auch für den Bereich des Messstellenbetriebswesens, wo vermeintliche Liberalisierungen letztlich allein den Kostendruck erhöhen. Gleichzeitig sind die Netze aufgrund der Energiewende zukunftsfähig auszubauen.

Entsprechend sind alle Abteilungen der OB-Netz weiterhin bemüht, im Rahmen des ELAN-Projektes kontinuierlich Effizienzpotenziale zu identifizieren und umzusetzen.

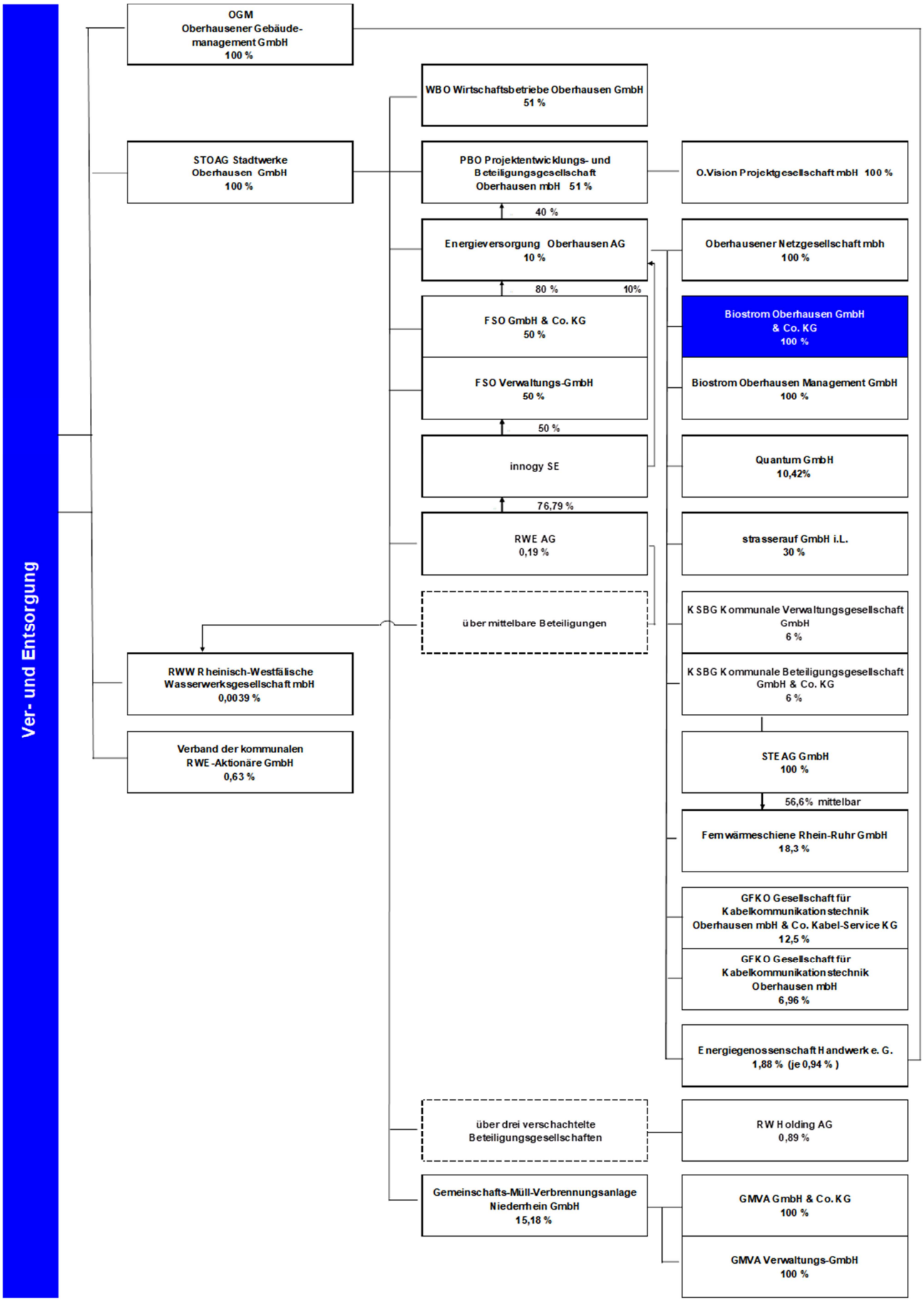
Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 liegen die Erträge aus Verlustübernahme mit rund TEUR 7.700 um rund TEUR 1.850 höher als erwartet. Die Verschlechterung des Ergebnisses der OB-Netz im Vergleich zum Budget resultiert im Wesentlichen aus erhöhten vorgelagerten Netzkosten beim Strom, die aufgrund einer geringeren Netzlast mit niedrigeren Umsatzerlösen aus Netznutzungsentgelten nicht kompensiert werden können. Des Weiteren ergaben sich im Vergleich zum Budget erhöhte sonstige betriebliche Aufwendungen aus den internen Verträgen mit der evo.

In den Jahren 2019 und 2020 werden die Umsatzerlöse hauptsächlich bestimmt sein durch die genehmigten Erlösobergrenzen in den regulierten Sparten Strom und Gas. Es werden Umsätze in Höhe von jeweils ca. TEUR 92.000 erwartet. Unter Berücksichtigung von Personal- und sonstigen Kostensteigerungen werden für 2019 Erträge aus Verlustübernahme in Höhe von TEUR 4.000 bzw. TEUR 4.900 für 2020 angenommen. Aufgrund des konzerninternen Gewinn-/Verlustausgleichs wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 0 EUR erwartet. Allerdings ist das Ergebnis der OB-Netz im Kontext des Gesamtkonzerns zu betrachten. Als innovativer und gut aufgestellter Verteilnetzbetreiber arbeitet die OB-Netz an Lösungen und Methoden, um auch weiterhin eine hohe Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten.

Oberhausen, Februar 2019

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

Jörn Schneider
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-0
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	www.evo-energie.de/

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 1.000,00

Gesellschafter:		**T€**	**%**
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	1.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb eines Biomasseheizkraftwerkes in Oberhausen sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Geschäftsführung der Biostrom Oberhausen Management GmbH

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	10.468,28	95,3	10.011,74	96,7	9.764,35	95,9	-247,39	-2,47
Umlaufvermögen	511,46	4,7	339,25	3,3	413,45	4,1	74,20	21,87
Bilanzsumme	**10.979,74**	**100,00**	**10.350,99**	**100,00**	**10.177,80**	**100,00**	**-173,19**	**-1,67**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	2.760,22	25,1	3.104,87	30,0	3.797,59	37,3	692,72	22,31
Rückstellungen	351,62	3,2	201,71	1,9	276,34	2,7	74,63	37,00
Verbindlichkeiten	7.867,90	71,7	7.044,41	68,1	6.103,87	60,0	-940,54	-13,35
Bilanzsumme	**10.979,74**	**100,00**	**10.350,99**	**100,00**	**10.177,80**	**100,00**	**-173,19**	**-1,67**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	5.148,46	4.754,99	5.244,83
sonstige betriebliche Erträge	43,98	520,75	405,67
Materialaufwand	3.183,57	3.387,79	3.283,72
Abschreibungen	761,28	734,95	751,68
sonstige betriebliche Aufwendungen	655,29	637,68	643,08
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6,03	5,00	3,91
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	57,03	40,75	46,45
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	541,30	479,57	929,48
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	204,05	134,92	236,76
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	337,24	344,65	692,72
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	337,24	344,65	692,72
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,55	7,25	13,21	%
Eigenkapitalrentabilität:	12,22	11,10	18,24	%
Cash-Flow:	1.098,52	1.079,59	1.444,40	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	95,34	96,72	95,94	%
Eigenkapitalquote:	25,14	30,00	37,31	%
Fremdkapitalquote:	74,86	70,00	62,69	%

e) Lagebericht

Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Vorbemerkungen

Die Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) hat auf dem postalisch mit Friedrichstraße 37, 46145 Oberhausen, bezeichneten Grundstück ein Biomasse-Heizkraftwerk (im Weiteren „BMK“) errichtet, welches mindestens über den gesamten Förderzeitraum über eine Laufzeit von 20 Jahren bis 2031 betrieben werden soll.

Das BMK arbeitet nach dem Grundsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Im Biomassekessel wird Wasser zu überhitztem Dampf aufgeheizt, der dann in einer Turbine entspannt wird. Der durch die Dampfturbine produzierte Strom wird in das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers Oberhausener Netzgesellschaft mbH eingespeist. Die Vergütungssätze für die Stromeinspeisung sind durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) über 20 Jahre gesichert. Die in der Turbine gleichzeitig anfallende Wärme, die im Dampf enthalten ist, wird zur Wärmeauskopplung genutzt und in das Fernwärmenetz der Energieversorgung Oberhausen AG (evo) eingespeist.

Die BSO KG verfügt über kein eigenes Personal und profitiert in erster Linie von der langjährigen Erfahrung der evo hinsichtlich technischer und wirtschaftlicher Betriebsführung von (Biomasse-)Kraftwerken. Sie stellt die qualifizierten Mitarbeiter, die den operativen Anlagenbetrieb gewährleisten und über Know-how im Betrieb von Dampfkesseln, Dampfturbinen sowie auf dem Gebiet der Strom- und Fernwärmeversorgung verfügen. Durch die Bündelung der kaufmännischen und technischen Aufgaben bei der evo stehen eine sichere Infrastruktur wie geprüfte Buchhaltungs- und andere Systeme sowie Risiko vermeidende Regelungen für die gesamte Geschäftsabwicklung zur Verfügung.

Als Brennstoff wird ausschließlich Material aus der Landschaftspflege/Grünschnitt (laut EEG-Positivliste) und insbesondere Holzhackschnitzel aus der Landschaftspflege eingesetzt. Die Brennstofflieferung ist ebenfalls über einen langfristigen Liefervertrag (20 Jahre) abgesichert.

Gesellschaftsrechtliche Situation

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der BSO KG und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit - d. h. der Betrieb des BMK - obliegt der BSO KG.

Die evo ist 100%-ige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung.

Herr Christian Basler ist Geschäftsführer der BSO GmbH und gleichzeitig Leiter der Energieerzeugung bei der evo.

Technische Bestandsanalyse

Im Jahr 2018 wurden in der Anlage 42.892 Tonnen Holzhackschnitzel verbrannt. Der Anteil der Rostasche im Verhältnis zur eingesetzten Brennstoffmenge lag bei 1,36 %, der Anteil der Feinasche bei 0,69%. Dies spricht für eine gute Qualität des eingesetzten Brennstoffs.

Die Verfügbarkeit der Anlage im Jahr 2018 war höher als im Jahr 2017, die Zahl der Volllastbenutzungsstunden lag in 2018 bei 7.689 Bh.

Die Bruttostromeinspeisung des Biomassekraftwerks lag im Jahr 2018 bei 20.498 MWh. Die dazu gehörende Fernwärmeerzeugung lag bei 72.046 MWh. Das entspricht einer Steigerung der Produktivität im Vergleich zum Vorjahr von ca. 10 %. Die Steigerung im Vergleich zum Jahr 2017 ergibt sich aus dem langen Revisionsstillstand im Jahr 2017 durch den Turbinenschaden.

Hauptbestandteil der Anlagenrevision im Juni 2018 war die Erneuerung der feuerfesten Auskleidung im 1. Rauchgaszug sowie im oberen und unteren Querzug. Neben einer deutlich höherwertigeren Steinqualität wurde das gesamte Verankerungskonzept optimiert und der Kessel durch zusätzliche Bandagen verstärkt. Die Neukonstruktion, die Beschaffung der Materialen und die Bauüberwachung wurden durch einen Sachverständigen für Feuerfestauskleidung begleitet. Der Zeitplan der Revision konnte trotz der umfangreichen Umbaumaßnahmen eingehalten werden.

Im Rahmen der Revision im Jahr 2019 soll der Bereich der feuerfesten Auskleidung im Feuerraum erneuert werden. Die Erneuerung des 2. Rauchgaszuges ist für das Jahr 2020 vorgesehen.

Optimierungsmaßnahmen am Kessel

Im Rahmen der Revision 2018 wurde testweise vor dem Überhitzer ein Schallreinigungs-system installiert. Hierbei wird mittels Schalldruck der an den Wärmetauschern anhaftende Staub in Vibration versetzt und abgelöst. Das System soll bis zur nächsten Revision betrieben und getestet werden. Hierdurch wird neben dem positiven Effekt der Online-Reinigung durch „Bang & Clean“ eine weitere Verbesserung der Anlagenverfügbarkeit erwartet.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresüberschuss nach Steuern von 692,7 T€.

Die Umsatzerlöse aus der Strom- und Wärmeeinspeisung in Höhe von 5.244,8 T€ sind im Vergleich zum Vorjahr um 489,8 T€ gestiegen. Gleichzeitig kam es zu einer Reduzierung der Materialaufwendungen um 104,1 T€ auf 3.283,7 T€. Dies ist im Wesentlichen auf die höheren Volllastbenutzungsstunden im Vergleich zum Vorjahr zurück zu führen.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 405,7 T€ unter dem Vorjahreswert (520,7 T€); sie beinhalten die restliche Schadensregulierung aus dem Versicherungsschaden in 2017.

Aufgrund einer verbesserten Liquidität wird weiterhin davon ausgegangen, dass die Verbindlichkeiten aus den technischen/kaufmännischen Dienstleistungen sowie Grundstückspacht gegenüber der evo - wie bereits in 2017 begonnen - weiter sukzessive in den nächsten Jahren abgebaut werden können. Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen hat die evo der Gesellschaft einen Kreditrahmen von bis zu 400 T€ eingeräumt.

Die Eigenkapitalquote der BSO KG liegt in 2018 bei 37,3 % (Vj. 30,0 %), daraus resultiert eine entsprechende Fremdkapitalquote in Höhe von 62,7 % (Vj. 70,0 %).

Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Hierbei werden auch mögliche Risiken die BSO KG betreffend untersucht.
Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem, das auch die BSO KG einschließt, gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert.

In den beiden halbjährlichen Risikoinventuren wurden keine bestandsgefährdenden Risiken für die BSO KG erkennbar. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken abzusehen.

Prognosebericht

Abweichend zu den Vorjahren (8.000 Stunden) werden für 2019 realistische Volllastbenutzungsstunden von 7.800 angestrebt.

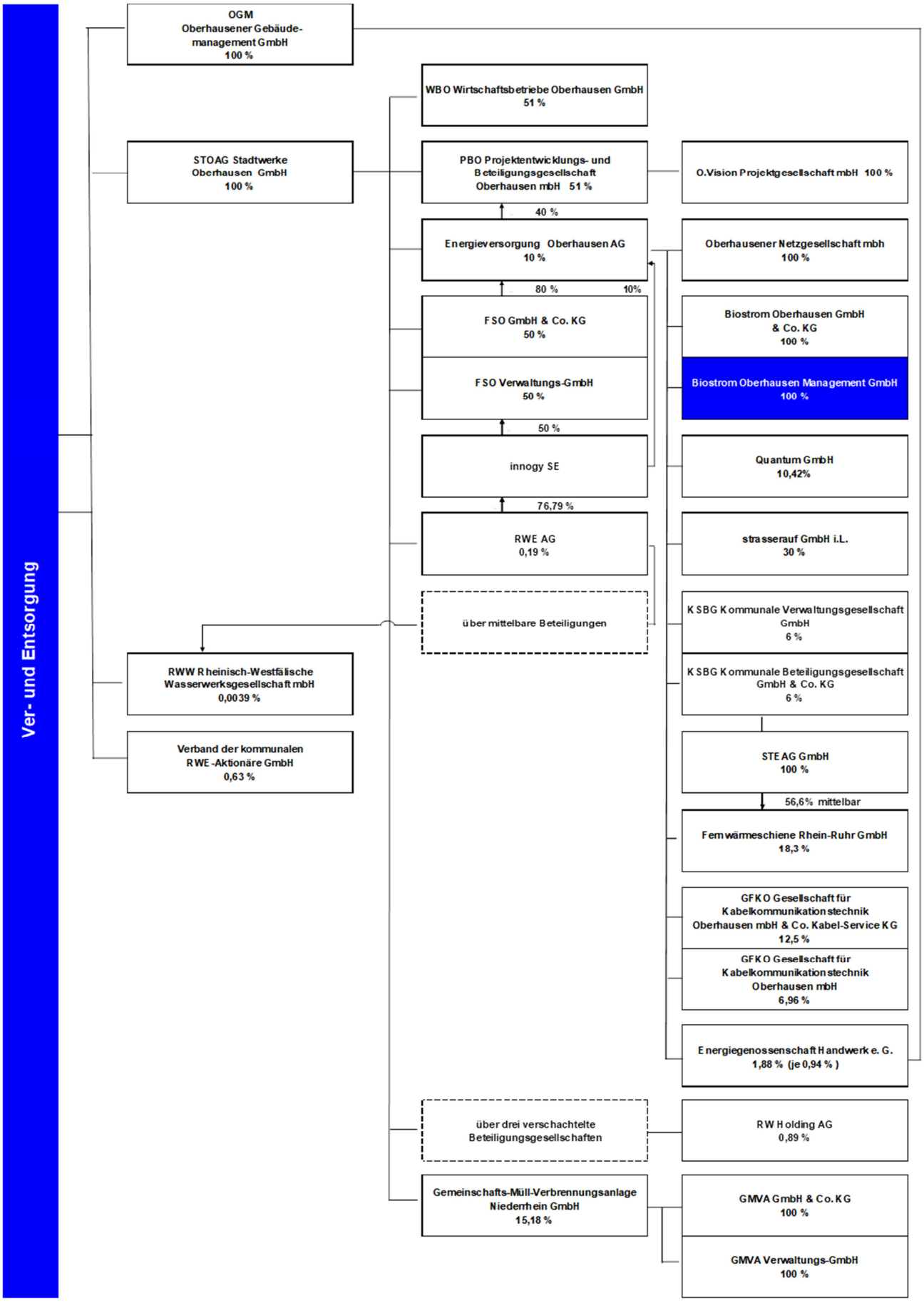
Die Verfügbarkeit der Anlage soll in 2019 weiter stabil gehalten werden, wie bereits zuvor berichtet konnten in 2018 ca. 7.689 Volllastbenutzungsstunden mit der Anlage erzielt werden, somit lag man im Vergleich zur letztjährigen Prognose (8.000 Stunden) unter dem angestrebten Zielwert. Trotz der gestiegenen Erlöse konnte das geplante EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) von ca. 1,7 Mio. € aufgrund der geringeren Volllastbenutzungsstunden nicht erreicht werden, der Plan wurde um ca. 200 T€ unterschritten.

Unter diesen Rahmenbedingungen sieht die Wirtschaftsplanung für die folgenden beiden Geschäftsjahre Ergebnisse vor Zinsen, Abschreibungen und Steuern von rd. 1,5 Mio. € vor.

Oberhausen, 14. Februar 2019

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

Christian Basler
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

Biostrom Oberhausen Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Danziger Straße 31 46045 Oberhausen
Kontakt:	
Telefon	0208/835-0
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	www.evo-energie.de/
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Funktion als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme von Geschäftsführungsaufgaben der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG, Oberhausen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Basler, Christian
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Prokura:	Prokurist	Engel, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	33,57	100,0	32,92	100,0	31,40	100,0	-1,52	-4,62
Bilanzsumme	**33,57**	**100,00**	**32,92**	**100,00**	**31,40**	**100,00**	**-1,52**	**-4,62**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	31,78	94,7	30,78	93,5	30,02	95,6	-0,76	-2,47
Rückstellungen	1,50	4,5	2,14	6,5	1,37	4,4	-0,77	-35,98
Verbindlichkeiten	0,29	0,9					0,00	
Bilanzsumme	**33,57**	**100,00**	**32,92**	**100,00**	**31,40**	**100,00**	**-1,52**	**-4,62**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	**T€**	**T€**
sonstige betriebliche Erträge	2,50	2,50	2,50
sonstige betriebliche Aufwendungen	2,53	3,50	3,25
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-0,03	-1,00	-0,75
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00		
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-0,03	-1,00	-0,75
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-0,03	-1,00	-0,75

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

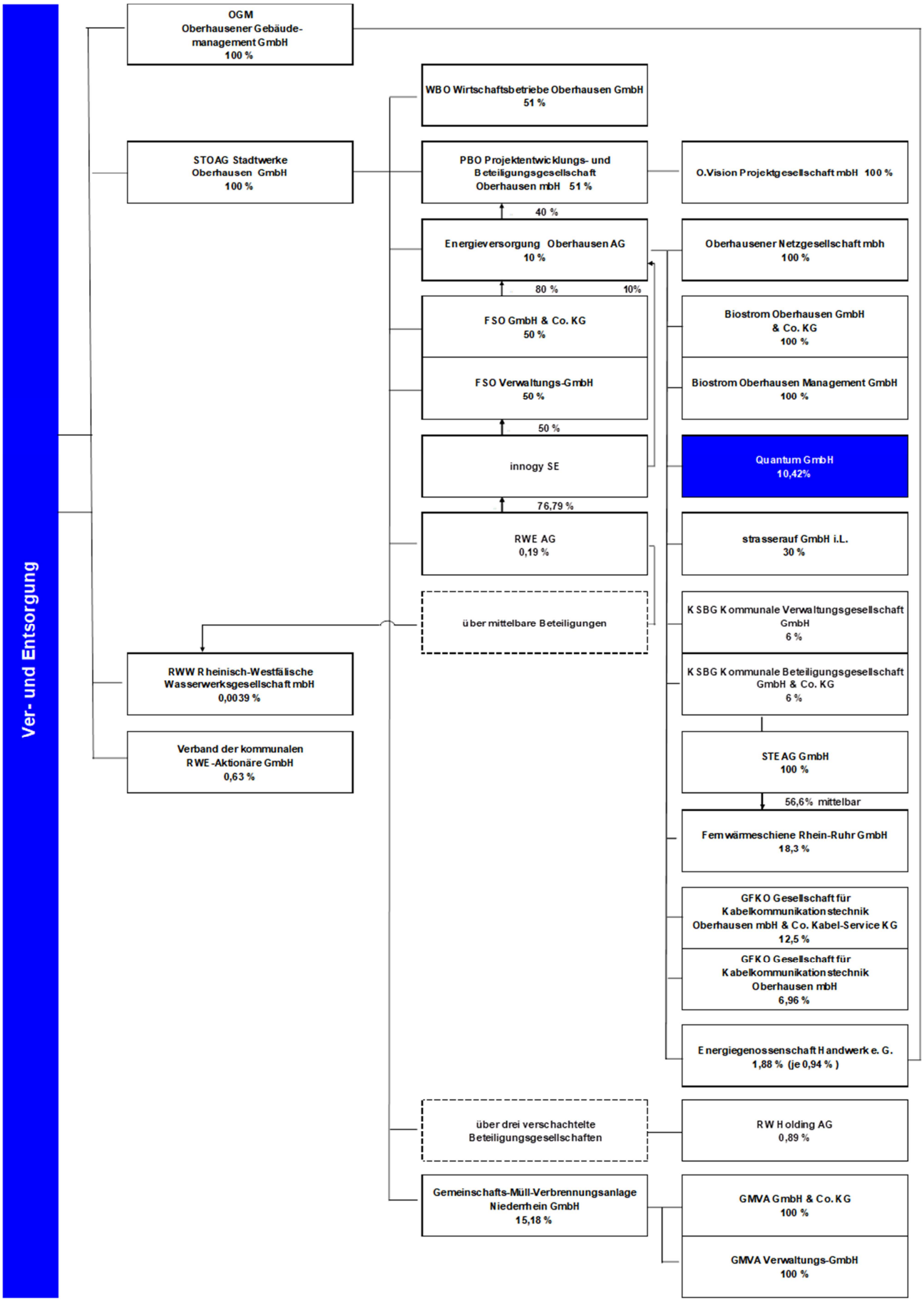
	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,11	-3,15	-2,44	%
Cash-Flow:	-0,03	-1,00	-0,75	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	94,66	93,49	95,63	%
Fremdkapitalquote:	5,34	6,51	4,37	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

Quantum GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Balcke-Dürr-Allee 1
40882 Ratingen

Kontakt:

Telefon	02102 939 77-0
Fax	02102 939 77-33
e-Mail	info@quantum.de
Internet	www.quantum.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.035,25

Gesellschafter:

	T€	%
Bocholter Energie- und Wasserversorgung GmbH	57,75	6,11
evo Energieversorgung Oberhausen AG	82,50	8,73
Gemeindewerke Grefrath GmbH	16,50	1,75
Klever Versorgungsbetriebe GmbH	57,75	6,11
Stadtwerke Brühl GmbH	33,00	3,49
Stadtwerke Goch GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Heiligenhaus GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Jülich GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Kempen GmbH	33,00	3,49
Stadtwerke Neuwied GmbH	57,75	6,11
Stadtwerke Radevormwald GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Rees GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Willich GmbH	33,00	3,49
SWK Energie GmbH	247,50	26,20
WBM Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH	33,00	3,49

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Energie und die Erbringung von Dienstleistungen im unmittelbaren Bereich der Energieversorgung mit dem Ziel, die örtliche Energieversorgung in den Gemeindegebieten der mittelbar an der Gesellschaft beteiligten Kommunen zu stärken.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Hardt, Dirk
	Geschäftsführer	Benz, Andreas
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Gieske, Hartmut
	1. stellv. Vorsitzender	Liedtke, Carsten
	2. stellv. Vorsitzender	Kamburg, Ulf
	Mitglied	Elmer, Jürgen
	Mitglied	Ix, Erik
	Mitglied	Ferling, Siegfried
	Mitglied	Herschbach, Stefan
Prokura:	Prokurist	Schäfer, Michael
	Prokurist	Schechinger, Klaus

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränderungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	262,93	1,1	264,92	1,0	220,66	0,8	-44,26	-16,71
Umlaufvermögen	23.199,22	98,9	25.827,26	98,9	27.235,92	99,2	1.408,66	5,45
Rechnungsabgrenzungsposten	2,32	0,0	10,20	0,0	3,91	0,0	-6,29	-61,67
Bilanzsumme	**23.464,47**	**100,00**	**26.102,38**	**100,00**	**27.460,48**	**100,00**	**1.358,10**	**5,20**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	3.995,76	17,0	3.850,38	14,8	5.400,05	19,7	1.549,67	40,25
Rückstellungen	3.754,20	16,0	2.283,34	8,7	2.108,08	7,7	-175,26	-7,68
Verbindlichkeiten	15.714,51	67,0	19.968,66	76,5	19.952,35	72,7	-16,31	-0,08
Bilanzsumme	**23.464,47**	**100,00**	**26.102,38**	**100,00**	**27.460,48**	**100,00**	**1.358,10**	**5,20**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	412.694,80	406.964,46	372.613,01
sonstige betriebliche Erträge	496,51	247,28	20,15
Materialaufwand	406.567,44	401.013,03	367.259,45
Personalaufwand	3.623,43	3.138,57	2.360,05
Abschreibungen	137,10	110,02	99,82
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.685,96	2.817,41	2.527,62
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4,12	0,00	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	275,48	278,10	235,95
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-93,98	-145,38	150,28
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00		14,15
sonstige Steuern	1,03		
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-95,01	-145,38	136,13
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-95,01	-145,38	136,13

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,02	-0,04	0,04	%
Eigenkapitalrentabilität:	-2,32	-3,64	2,59	%
Cash-Flow:	42,09	-35,37	235,95	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	12.912,23	12.339,75	15.856,73	T€
Personalaufwandsquote:	0,88	0,77	0,63	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,78	0,62	0,52	%
Eigenkapitalquote:	17,03	14,75	19,66	%
Fremdkapitalquote:	82,97	85,25	80,34	%

e) Lagebericht

1. Grundlagen der Quantum GmbH

1.1 Geschäftsmodell

Die Quantum versteht sich als Dienstleister mit überregionalem Betätigungsfeld. Alle Dienstleistungen werden überwiegend für die Gesellschafter und Kunden aus dem kommunalen Umfeld erbracht.

Die Quantum bietet umfassende Portfoliomanagement-Dienstleistungen, die auf den wirtschaftlichen Erfolg und damit auf die Stärkung ihrer Gesellschafter und Kunden im wettbewerblichen Umfeld ausgerichtet sind. Sie zielen darauf ab:

- die Eigenständigkeit der kommunalen Versorgungsunternehmen zu wahren,
- das Erreichen und Ausgestalten einer vorteilhaften Wettbewerbsposition zu ermöglichen, sowie
- die Professionalisierung und Verbesserung der Effektivität und Effizienz der Aufgabenerfüllung zu fördern.

Die Basis- und Zusatzdienstleistungen der Quantum werden entsprechend der Marktentwicklung und den Kundenwünschen ständig verbessert und erweitert.

Die Basisdienstleistungen der Quantum decken dabei die Kernfunktionen eines professionellen Beschaffungs-Portfoliomanagements ab.

Basisdienstleistungen

- Beschaffungsportfoliomanagement
- Beschaffungsabwicklung
- Bilanzkreismanagement
- Prognosedienstleistung
- Risiko- und Vertragsmanagement
- Regulatorische Meldungen im Rahmen der REMIT Anforderungen

Um dem individuell auch weiterreichenden Unterstützungsbedarf der Gesellschafter und Partner entsprechen zu können, bietet die Quantum ausgewählte Zusatzdienstleistungen an, die ergänzend beauftragt werden.

Zusatzdienstleistungen

- Absatzportfoliomanagement
- Unterstützung der Gesellschafter und Kunden bei Forschung und Entwicklung neuer Dienstleistungen für Stadtwerke (EFM) Vertriebsunterstützung
- Erweitertes Prognosemanagement
- Erzeugungsportfoliomanagement
- Speicherportfoliomanagement
- Erweitertes Bilanzkreismanagement
- Projektbegleitung
- Direktvermarktung nach dem Erneuerbare Energien Gesetz
- Management von Überführungszeitreihen nach dem Erneuerbare Energien Gesetz
- Wertorientierte Vertriebssteuerung
- Prozessprogrammierung im Stadtwerke Umfeld
- Planung und Optimierung von dezentralen Erzeugungsanlagen

Das Unternehmen steht als Kooperation im kommunalen Umfeld weiteren Gesellschaftern und Kunden offen.

1.2 Strategien und Ziele

Quantum-Beschaffungsstrategien

Im Jahr 2018 lag der Fokus auf der Optimierung der bestehenden Beschaffungsstrategien der Quantum.

Bei dem neu eingeführten Produkt PFM Flex reichte die eingesammelte Risikoprämie zur Strukturierung der offenen Positionen aufgrund von extremen Marktbewegungen nicht aus. Die ursprünglich veranschlagte Risikoprämie musste daher rückwirkend angepasst werden. Die Kosten einer nicht bewirtschafteten Position wäre für einzelne Kunden dennoch weitaus höher gewesen, als die adjustierte Risikoprämie.

Für das kommende Jahr 2019 liegt der Fokus auf der Harmonisierung der beiden Beschaffungsstrategien „Durchschnittspreisbeschaffung / Sukzessive“, als auch der Poolbeschaffung Strom und Gas.

Kurzfristoptimierung

Quantum nutzt weiterhin Optimierungschancen am Kurzfristmarkt durch die Glattstellung von ¼ h-Positionen im fortlaufenden Handel. Mithilfe eines bereits eingeführten Handelssystems können solche Positionen 24/7 an 365 Tagen im Jahr im kurzfristigen Markt weiterhin automatisiert und nach vordefinierten Strategien und Algorithmen risikominimierend gehandelt werden, mit dem weiteren Ziel, dabei zusätzliche Erlöse zu erwirtschaften.

Absatzportfoliomanagement

Die Dienstleistung Absatzportfoliomanagement (ehemals Vertriebs-Informations-Management) wird aktuell von fünf Quantum - Gesellschaftern in Anspruch genommen. Über die Dienstleistung wird rund die Hälfte des Gesamtabsatzes der Quantum abgewickelt. Die Software SE Sales unterstützt die Vertriebe bei der Kalkulation, Angebotslegung und Ausführung des Strom- / Gaseinkaufs am Großhandelsmarkt. Das integrierte Reporting verschafft einen detaillierten Ertrags- / Kosten-Überblick einzelner Vertriebssegmente. Für 2019 wird von einem neutralen Beitrag der Zusatzdienstleistung zum Gesamtergebnis ausgegangen.

Digitales Kunden-Portal eportfol.io

Das digitale Kunden-Portal der Quantum (eportfol.io) ist die zentrale, webbasierte (Energie-) Informations- und Transaktionsplattform für die effiziente Zusammenarbeit mit Kunden und Partnern der Quantum. Das Online-Portal unterstützt die Prozesse rund um die Energiebeschaffung mit folgenden Funktionen: Management-Dashboard, (Angebots-) Preis-Kalkulation und Prognosen von RLM- und SLP-Kunden, Energietransaktionen mit Warenkorb-Funktion sowie umfassende Portfolioinformationen (numerisch / graphisch).

Im Rahmen eines umfassenden Penetrationstests wurde die Sicherheit des Portals tiefgreifend überprüft und auf Grundlage der Ergebnisse weiter verbessert. Neben den regelmäßigen inhaltlichen Erweiterungen, wurde die technische Grundlage geschaffen, die Portfolioberichte neben der bekannten Jahresansicht zukünftig auch für frei definierbare Zeiträume bis hin zur Auswertung einzelner Monaten nutzen zu können. Das Portal wird in Lizenz von schweizerischen Energieversorgen in einer auf den Schweizer Energiemarkt angepassten Version genutzt.

Prozessautomatisierung

Die geplanten Maßnahmen im Bereich Prozessautomatisierung konnten erfolgreich umgesetzt werden. Diese belaufen sich im ersten Schritt auf die Visualisierung und laufende Überwachung der internen Prozesse. Dadurch können Fehler schneller erkannt und entsprechend behoben werden.

1.3 Organisation

Die organisatorische Weiterentwicklung erfolgte im Kontext der agilen Transformation. Anstelle der klassischen Säulen, insb. Front- und Back-Office traten Teams mit interdisziplinäreren Kompetenzen oder auch klar fokussierter Aufgabenstellung. Im Sinne einer flachen Hierarchie gibt es neben der Geschäftsführung auch den Strategiekreis und Teams mit thematischen Boards, wobei einzelne Mitarbeiter auch in mehreren Kreisen mitwirken.

1.4 Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung NRW

Die Quantum GmbH hat im Geschäftsjahr 2018 der aus ihrer gesellschaftsvertraglichen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung entsprochen.

1.5 Forschung und Entwicklung

Der Bereich Forschung und Entwicklung wird bei der Quantum im Wesentlichen durch die Innovations-Plattform EFM ("Energie für morgen") vorangetrieben. In 2018 stand zum einen die Arbeit an drei Innovations-Projekten im Vordergrund der Aktivitäten und zum anderen die konzeptionelle Weiterentwicklung des EFM-Innovations-Prozesses. Das im Smart-Home-/Internet-of-things-Umfeld angesiedelte Projekt "Raum-Luft/-Klima" wurde aufgrund falsifizierter Problem- und Nutzen-Hypothesen im Rahmen von EFM nicht weiterverfolgt.

Im Projekt "Kundenwert / Churn" wird aufbauend auf umfangreichen Daten-analysen für jeden Stadtwerke - Endkunden ein Kundenwert und eine Wechsel-wahrscheinlichkeit ermittelt, um so eine fakten- / datenbasierte Entscheidungsgrundlage für Maßnahmen der Kunden- und Serviceorientierung zu ermöglichen. Nachdem verschiedene Stadtwerke-Kunden der Quantum den Projekt-Prototypen positiv getestet haben, wurde das Projekt zu einer konkreten Dienstleistung „Wertorientierte Vertriebssteuerung (WOV)" der Quantum weiterentwickelt, die in unterschiedlichen Ausprägungen bereits von mehreren Quantum-Kunden beauftragt wurde. Für diesen neuen Dienstleistungsbereich konnte ein Kooperationspartner gewonnen werden. Die Firma xValue ist ein Spezialist im Bereich der Datenanalytics.

Die Aktivitätserkennung älterer Menschen durch die Analyse von Strom- und Wasserverbrauchsdaten steht im Zentrum des Projektes "ZELIA 3.0". Anfang 2018 wurde die Projektphase "Markt- und Kundenverständnis" erfolgreich abgeschlossen. In der sich anschließenden Prototypenphase wurde zusammen mit dem auf Datenanalyse spezialisierten Kooperationspartner xValue ein "Minimal-Produkt" entwickelt und erfolgreich getestet.

Neben den Projektaktivitäten wurde in 2018 ein umfassendes EFM-Innovations-Programm entwickelt, das insbesondere auf einen definierten und transparenten Innovationsprozess unter Beteiligung aller am EFM-Programm teilnehmenden Unternehmen abzielt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Regulatorische Rahmenbedingungen

Die Entwicklungen der europäischen Finanz- und Energiemarktregulierung waren fortgesetzt wichtiger Beobachtungsgegenstand des Risikomanagements.

Die Berichtspflichten der REMIT (Regulation on Energy Market Integrity and Transparency) wurden operativ an einen verbunden Dienstleister überführt. Der weitreichende Regulierungsrahmen für die finanziellen Produkte gilt auch bei kommerziell untergeordneter Bedeutung vollumfänglich, wie z.B. die MAR (Market Abuse Regulation). Sie soll analog die Integrität der europäischen Finanzmärkte gewährleisten und das Anlegervertrauen stärken.

Die Regelungen aus der neuen Datenschutzgrundverordnung wurde unter anderem mit neuen bzw. aktualisierten Vertragsklauseln umgesetzt.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Gesellschafterangelegenheiten

Mit der im Rahmen der Neuausrichtung der Quantum erfolgten Eintragung ins Handelsregister am 26.07.2018 wurde die in der Gesellschafterversammlung vom 7.12.2017 beschlossene Erhöhung des Stammkapitals der Quantum GmbH auf € 1.035.250 durchgeführt. Im Rahmen der Kapitalerhöhung erhöhte sich die Stammeinlage der SWK ENERGIE GmbH von 30 % auf 49 % und beträgt somit T€ 507. Verbunden mit der Erhöhung des Stammkapitals wurden auch die Rücklagen erhöht um insgesamt T€ 1.153,8. Die Summe des Eigenkapitals beträgt nun T€ 5.400.

2.2.2 Strommarkt

Der Aufwärtstrend bei den Strompreisen beschleunigte sich in 2018 noch im Vergleich zu 2017. Mit einem Plus von 9,75 EUR/MWh im Vergleich zum Vorjahr, mittelte der Baseloadpreis für die Grundlast in 2018 bei 43,95 EUR/MWh, im Vergleich zu 34,20 EUR/MWh in 2017. Der Preis für die Spitzenlast (Peak) stieg stärker um 15,56 EUR/MWh auf 54,08 EUR/MWh.

Der Base - Preis für das Kalenderjahr 2019 schloss das Jahr bei 54,44 EUR/MWh, der Peak - Preis bei 66,26 EUR/MWh.

2.2.3 Gasmarkt

Auch der Gasmarkt setzte in 2018 den Aufwärtstrend weiter fort. Der Tagesreferenzpreis an der EEX für die beiden deutschen virtuellen Handelspunkte NetConnect Germany (NCG) und Gaspool sowie die Niederlande (TTF) stieg im Durchschnitt um gut 3,80 EUR/MWh auf knapp unter 21 EUR/MWh.

Der 2019er-Kontrakt für das NCG-Marktgebiet schloss den Handel im Dezember unweit der Höchststände bei 22,26 EUR/MWh, das Cal20 für das Gaspool-Marktgebiet beendete das Jahr bei 22,21 EUR/MWh.

2.3 Ertragslage

Auch im Geschäftsjahr 2018 hat die Quantum GmbH ihre wirtschaftlichen Ziele erreicht. Da gemäß dem Geschäftsmodell der Quantum GmbH alle am Großhandelsmarkt realisierten Preiskonditionen grundsätzlich "1:1" an die Kunden weitergegeben werden, ist sie von den Auswirkungen der allgemeinen Marktpreisentwicklung nicht betroffen.

Die Umsatzerlöse, welche fast ausschließlich mit Gesellschaftern erzielt wurden, betrugen in 2018 Mio.€ 372,6. Die Planungsprognose für das Geschäftsjahr 2018 wurde deutlich übertroffen, gleichzeitig bedeutet dies im Vergleich zum Vorjahr eine Reduktion der Erlöse von 8,4%. Bei der Elektrizität haben sich die Umsätze von Mio.€ 212,9 auf Mio.€ 189,7 preisbedingt reduziert (-11,0%), die Gasumsätze gingen von Mio.€ 188,0 auf Mio.€ 177,9 (-5,4%) zurück. Die übrigen Erlöse gehen auf die Dienstleistungen an Gesellschafter und Partner, sowie auf Erlöse mit Zertifikaten, Managementprämien und Ähnlichem zurück.

Auf der Einkaufsseite unterhält die Quantum Handelsbeziehungen zu etablierten nationalen und internationalen Unternehmen der Energiebranche.

Die Gesellschaft hat ein Ergebnis von T€ 136,1 erzielt und damit das sich aus dem Finanz- und Wirtschaftsplan ableitende Ergebnis um T€ 133,5 übertroffen.

Nachdem die Personalkosten bereits im vorigen Berichtszeitraum um T€ 485 reduziert werden konnten, sanken diese im Berichtszeitraum um weitere T€ 778,5. Die Neuausrichtung der Quantum und die damit verbundene Stellenreduzierung war der wesentliche Grund für diese Kostenreduktion.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken im Berichtsjahr um T€ 289. Zu den Posten mit Kostensteigerung gehören die Kosten für nicht IT bezogene Geschäftsbesorgung, und die übrigen Fremd- und Dienstleistungen, die im Wesentlichen durch die Kooperation im Bereich der Wertorientierten Vertriebssteuerung entstanden. Wesentliche Kosteneinsparungen konnten in der Geschäftsbesorgung IT und den Portalkosten realisiert werden.

	2018 T€	2017 T€	Veränderung T€	Veränderung %
+ Umsatzerlöse	372.613	406.964	-34.351	-8,4
- Materialaufwand	367.259	401.013	-33.754	-8,4
Rohertrag	**5.354**	**5.951**	**-597**	**-10,0**
- Personalaufwand	2.360	3.138	-778	-24,8
- Abschreibungen	100	110	-10	-9,1
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.528	2.817	-289	-10,3
+ Sonstige betriebliche Erträge	20	247	-227	-91,9
Betriebsergebnis	**386**	**133**	**253**	**190,2**
+ Zinserträge				
- Zinsaufwendungen				
Finanzergebnis	**-236**	**-277**	**41**	**-14,8**
- Ertragsteuern	14	0	14	>100,0
Ergebnis nach Ertragsteuern	136	-145	281	>100,0
Jahresüberschuss	**136**	**-145**	**281**	**>100,0**

2.4 Finanz- und Vermögenslage

	Kapitalflussrechnung	2018 - T€ -	2017 - T€ -
	Periodenergebnis (Jahresfehlbetrag)	136	-145
±	Abschreibungen / Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	+100	+110
±	Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	-175	-1.471
±	Abnahme / Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-6.246	-5.577
±	Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	+46	+4.145
±	Zinsaufwendungen / Zinserträge	+236	+278
=	**Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit**	**-5.903**	**-2.660**
+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	+3	+0
-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-16	-72
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-43	-40
+	Erhaltene Zinsen	1	0
=	**Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit**	**-55**	**-112**
+	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern	+1.414	+0
+	Einzahlung aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	-62	+62
-	Gezahlte Zinsen	-237	-278
=	**Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit**	**+1.115**	**-216**
=	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds**	**-4.843**	**-2.988**
+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	11.511	14.499
=	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**6.668**	**11.511**

Durch die Steigerung der Forderungen aus Energielieferungen, die jedoch nicht durch einen analog verlaufenden Anstieg der Verbindlichkeiten aus Energielieferungen kompensiert wurde, sowie durch den Rückgang der Rückstellungen wurde ein negativer Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit erzielt. Erhöhend wirkten sich jedoch die Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern aus. Insgesamt lief es auf eine Reduzierung des Finanzmittelfonds hinaus.

Kapitalstruktur	**2018**	**2017**	**Veränderung**	
	T€	**T€**	**T€**	**%**
Summe Eigenkapital	5.400	3.850	1.550	40,3
Summe Fremdkapital	22.060	22.252	-192	-0,9
Bilanzsumme	**27.460**	**26.102**	**1.358**	**5,2**

	%	**%**
Eigenkapitalquote	19,7	14,7
Fremdkapitalquote	80,3	85,3

Das Anlagevermögen der Quantum ist in voller Höhe durch das Eigenkapital gedeckt. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich aufgrund des gestiegenen Stammkapitals sowie der Kapitalrücklage und der Reduzierung des Fremdkapitals auf 19,7%.

2.5 Liquidität

Die Quantum verfügte im Geschäftsjahr 2018 stets über ausreichende Liquidität. Der eingerichtete Dispositionskredit wurde nur an wenigen Tagen in Anspruch genommen.

2.6 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Quantum hat sich durch die Kapitalerhöhung und die damit verbundene Aufstockung der Rücklagen weiter verbessert. Mit dem ausgewiesenen Jahresgewinn werden die in den Jahren 2015 bis 2017 entstandenen Verlustvorträge ausgeglichen.

2.7 Organisation

Im Jahr 2018 waren alle Bereiche der Quantum mit durchschnittlich 23,5 qualifizierten Mitarbeitern planmäßig besetzt, davon durchschnittlich 17,25 Vollzeitkräfte und 6,25 Teilzeitkräfte.

Um die Quantum langfristig zukunftssicher aufzustellen, wurde im Herbst 2017 entschieden, die Organisationsstruktur der Quantum agil zu transformieren. Die Umstellung, die im Jahre 2018 entscheidend vorangetrieben wurde, bedeutet eine Umstellung der klassischen Linien- auf eine Matrixorganisation, ähnlich einer Teamstruktur. Ein Ziel dieser Wandlung ist es, dass Silo - geprägte Brockhaus – Denken in ein Netzwerk – Denken zu wandeln.

3. Risikobericht, Prognose- und Chancenbericht

3.1 Risikobericht

Die Quantum GmbH wurde gegründet, um ihren Gesellschaftern und Kunden einen transparenten, effizienten, Synergie nutzenden Zugang zu den Beschaffungsmärkten des Energie- Großhandelsmarktes zu ermöglichen. Satzungsgemäß können Gesellschafter nur Unternehmen werden, die zu mindestens 50 % in kommunalem Eigentum stehen.

Die gute Bonität der Gesellschafter erleichtert das Management der Kreditrisiken aus Energiebeschaffung und Energiepreissicherung. Während des starken Marktpreisanstieges stellte das Risikomanagementsystem seine Funktionsfähigkeit unter Beweis. Die Kreditlimitauslastung stieg deutlich an und führte vereinzelt zu Handelsbeschränkungen oder individuelle Maßnahmen zur Risikosenkung bzw. -streuung.

Das bewährte Besicherungskonzept zur Verstärkung der Eigenbonität der Quantum wurde fortgeführt. Bei Bedarf stehen ein oder mehrere Gesellschafter als Sicherheitengeber zur Verfügung. Das für Quantum bei Drittbürgschaftsgebern abrufbare Besicherungsvolumen konnte auf dem bestehenden Niveau fortgeführt werden. Das operative Besicherungsmanagement wurde permanent verbessert. Eine Verknüpfung von Beschaffungs- und Absatzseite und die darauf aufbauenden Auswertungen bieten eine höchstmögliche Transparenz für Gesellschafter und Lieferanten.

Das wesentliche Merkmal des Geschäftsmodells besteht darin, dass keine Marktpreisrisiken von der Quantum getragen werden. Auf dieser Grundlage entwickelt die Quantum die ihren Gesellschaftern und Kunden angebotenen Produkte weiter. Potenzielle Produkte und Optimierungsstrategien durchlaufen einen definierten Freigabeprozess, der die vollständige Identifikation und das erforderliche Management der Risiken sowie ggf. die Bereitstellung eines erforderlichen Risikokapitals zum Gegenstand hat. Unverändert hält die Quantum keine Termin-Positionen am Markt auf eigenes Risiko und gibt Energie zu den am Markt erzielten Konditionen an die Gesellschafter und Partner weiter. Diese erhalten damit Zugriff auf die Großhandelspreise ohne Margenaufschläge. Die Betriebskosten der Quantum werden durch Dienstleistungsentgelte finanziert, über deren Höhe die Gesellschafterversammlung im Zuge der Wirtschaftsplanung beschließt.

Rechtliche Risiken begrenzt Quantum durch standardisierte Rahmenvertragswerke mit den Marktpartnern, die weitestgehend kongruent bzw. spiegelbildlich gegenüber den Kunden ausgestaltet sind. Im operativen Vertragsmanagement standen die Abschlüsse neuer Standardbeschaffungsverträge (EFET oder individuelle Rahmenverträge) an.

Im Risikohandbuch der Quantum sind die Grundsätze für die risikobewusste Ausgestaltung des Geschäftsbetriebs beschrieben.

Die Umsetzung überwacht das Risikokomitee, das aus Vertretern der Gesellschafter, der Geschäftsführung und dem für Risikomanagement zuständigen Mitarbeiter der Quantum besteht. Alle wesentlichen Entwicklungen der Quantum erfolgen in enger Abstimmung mit dem Risikokomitee, dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung.

Für die Quantum wesentliche Risiken liegen weiterhin im operativen Bereich. Zur Minimierung von Risiken bei der Bearbeitung - insbesondere von Beschaffungsvorgängen - sind die wesentlichen Prozesse mit Kontrollschritten dokumentiert, die ständig weiterentwickelt werden. Die eingesetzten IT-Systeme werden ebenfalls ständig fortentwickelt und entsprechen den aktuellen Markt- und Regulierungsanforderungen. Das Audit über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems nach IDW PS 951 für 2017, bezogen auf die Prozesse, die die Quantum dienstleistend für Gesellschafter und Kunden leistet, wurde im Berichtsjahr vorgelegt. Diese Prüfung hat zu keinen Feststellungen geführt.

Ausblick regulatorische Rahmenbedingungen

Die europäischen und nationalen Aufsichtsbehörden für den Finanz- und den Energiesektor konnten schrittweise mehr Kontrolle und Einblick in die Märkte gewinnen. Vor den Wahlen zum Europäischen Parlament sind keine neuen Initiativen zu erwarten, die die Tätigkeit der Quantum auf dem Energiemarkt, insbesondere den Großhandel mit elektrischer Energie, Erdgas und Treibhaus-Emissionsrechten betreffen.

3.2 Prognosebericht / Chancenbericht

Wirtschaftliche Aussichten

Die Quantum rechnet für das Wirtschaftsjahr mit leicht steigenden Preisen an den Energiemärkten aber einer etwas geringeren Absatzmenge im Vergleich zu 2018, sodass insgesamt mit Erlösen geplant wird, die um die 400,0 Mio. € Grenze liegen werden. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Quantum GmbH im Geschäftsjahr 2019 ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen wird.

Die Gesellschaft beobachtet fortlaufend die sich ändernden Rahmenbedingungen im Hinblick auf die möglichen direkten und indirekten Einflüsse auf den Geschäftsbetrieb. Nach Analyse und Bewertung werden bei erfolgsversprechenden Handlungsfeldern entsprechende Produktentwicklungsprozesse angestoßen. Diese laufende Überprüfung und Ergänzung des Produktportfolios stellt die maßgebliche Basis für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft dar. Für die Folgejahre wird ein moderates Wachstum sowohl bei der Anzahl der Verträge als auch bei den erlösten Dienstleistungsentgelten angestrebt.

Der gesellschaftspolitisch gewollte Umbau der Energieversorgung in Deutschland ("Energiewende") setzt die gesamte Branche in Zugzwang. Auf die kommunalen Versorgungsunternehmen wird im neuen Marktdesign weitere Verantwortung zukommen, die größere Risiken, aber auch Chancen eröffnen.

Zur Abbildung der komplexen Anforderungen werden sich jedoch kleine und mittlere Versorgungsunternehmen Dritter bedienen oder über Kooperationen Synergieeffekte erzielen müssen.

Durch die jahrelange Erfahrung bei Dienstleistungen für Energieversorgungsunternehmen sieht sich die Quantum für die neuen Anforderungen im Markt gut positioniert und erwartet für ihre Dienstleistungen eine steigende Nachfrage.

Weiterhin im Fokus stehen bei der Quantum die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen für Kunden. Durch eine stetige Weiterentwicklung der IT-Systeme, Fortbildung der Mitarbeiter und organisatorische Anpassungen von Prozessen und Strukturen ist die Quantum auf kommende Herausforderungen gut vorbereitet.

Energie für Morgen

Im Zentrum der Aktivitäten der Innovations - Plattform EFM steht 2019 die inhaltliche und methodische Etablierung des Innovations - Prozesses. Zudem wird im Rahmen von EFM aktiv an der Vernetzung mit Innovations - Managern und Innovations - Teams aus dem Stadtwerke - Umfeld gearbeitet. Hierzu soll insbesondere das Event - Format eines „Stadtwerke Innovators Day“ etabliert werden.

Kunden-Portal

Für den weiteren Ausbau des Quantum-Portals in 2019 plant die Quantum folgende Schwerpunkte: Das Design der Portfolioberichte wird überarbeitet und die Auswahl von frei definierbaren Zeiträumen ermöglicht. Der elektronische Bestellprozess wird weiter automatisiert und die Darstellung der Marktdaten wird um eine interaktive Ansicht von Preisdaten erweitert.

Prozessautomation im Kundenauftrag

Die weiteren Automatisierungsmaßnahmen, welche in 2019 umgesetzt werden sollen, konzentrieren sich auf den Bereich der Energiebeschaffung. Dadurch soll der Bestellprozess effizienter abgebildet werden, wodurch der manuelle Aufwand weiter verringert wird. Zudem sollen die Tätigkeiten in diesem Bereich perspektivisch auch den Kunden der Quantum angeboten werden. Geplant ist, dass erste Automatisierungsmaßnahmen bereits in 2019 für Kunden umgesetzt werden.

Entwicklung Wertorientierte Vertriebssteuerung (WOV)

Der zunehmende Wettbewerbsdruck im Energievertrieb führt zu einer stärkeren Differenzierung der Gewinnung von Neukunden und der Bindung von Bestandskunden. Mit unserem neuen Dienstleistungsangebot der „Wertorientierten Vertriebssteuerung“ begleiten wir Unternehmen bei der Umsetzung der konsequenten Kundenorientierung und schaffen einen deutlichen Mehrwert für das Unternehmen.

In ersten Projekten wurden der Kundenwert und die Kündigungswahrscheinlichkeit berechnet und Maßnahmen der Kundenbindung mit Kunden erarbeitet. Markt- und Wettbewerbsdaten werden systematisch erfasst, automatisch ausgewertet und dienen der Preisfindung.

Gesellschafterangelegenheiten

Mit Wirkung zum 31.12.2019 werden die Stadtwerke Willich und die Stadtwerke Meerbusch als Gesellschafter aus der Quantum GmbH ausscheiden.

Unabhängig davon ist die Quantum GmbH weiterhin bestrebt, neue Kunden und Gesellschafter für das Kerngeschäft „Portfoliomanagement“ zu gewinnen.

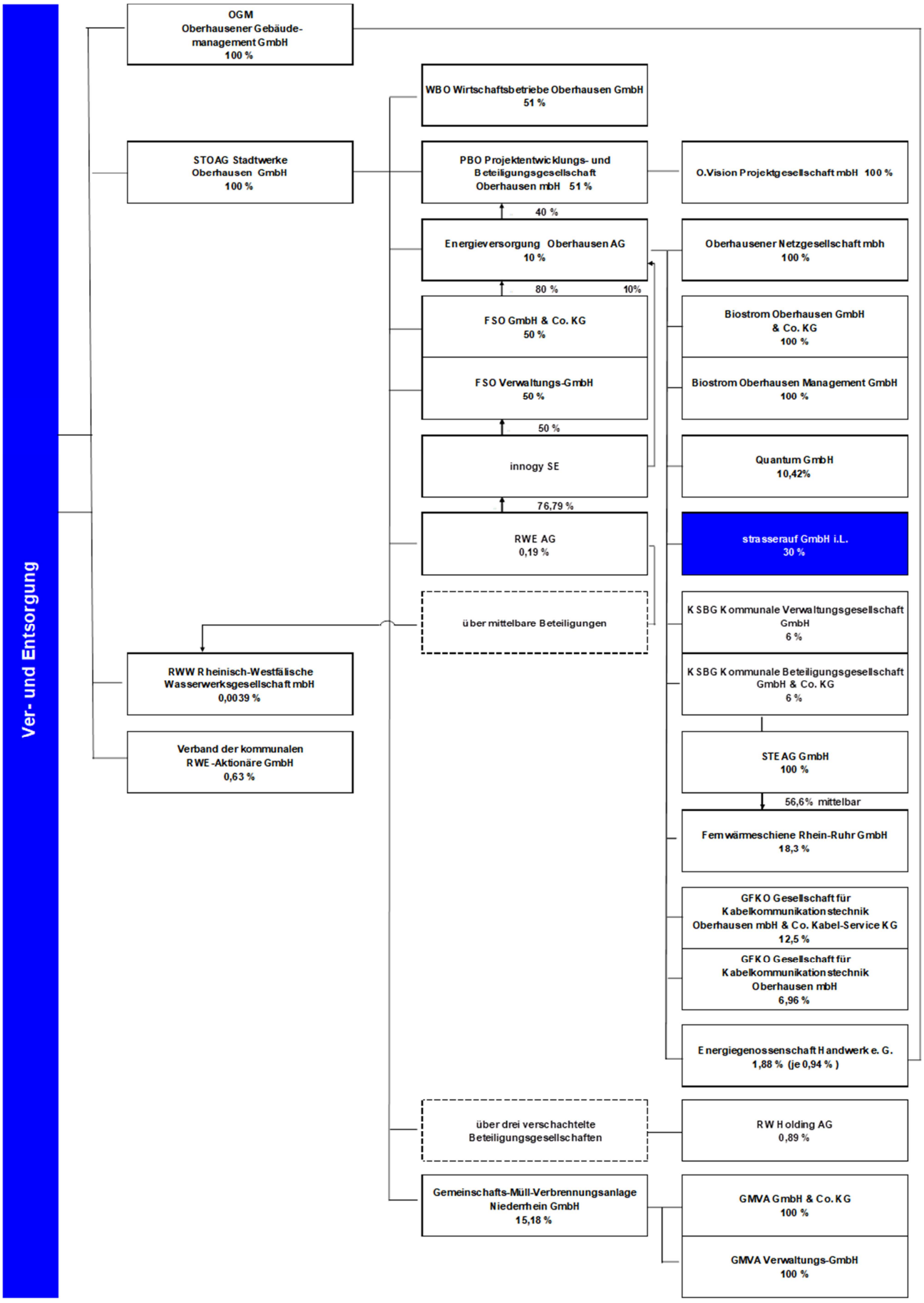
Organisation

Zum Stichtag 31.12.2018 beschäftigte die Quantum 17 Vollzeit- und 6 Teilzeitkräfte. In Abhängigkeit des Auftragseingangs für die neuen Geschäftsfelder der Wertorientierten Vertriebssteuerung und die Prozessprogrammierung im Stadtwerkeumfeld wird ein moderater Personalaufbau von zwei bis drei Personen angestrebt, um diese Aufträge kundengerecht bedienen zu können.

Düsseldorf, 29. März 2019

Quantum GmbH

Dirk Hardt / Andreas Benz
Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH 10,42%
76,79 %
RWE AG 0,19 %
strasserauf GmbH i.L. 30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
STEAG GmbH 100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 18,3 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100 %

strasserauf GmbH i.L.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	7,50	30,00
Energie Nordeifel GmbH & Co.KG	2,50	10,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	7,50	30,00
Stadtwerke Duisburg AG	7,50	30,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb und der Handel mit Energie vorrangig in den Vertriebsgebieten der Gesellschafter sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Energieversorgung im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen. Die Produkte und Dienstleistungen sollen das Leistungsspektrum der Gesellschafter und damit der mittelbar beteiligten Kommunen ergänzen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Vorstand der evo AG

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		Veränderungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	80,36	34,5	22,84	12,1		
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	152,42	65,5	166,39	87,9		
Bilanzsumme	**232,78**	**100,00**	**189,23**	**100,00**		

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%
Rückstellungen	56,37	24,2	2,50	1,3		
Verbindlichkeiten			186,73	98,7		
Bilanzsumme	**232,78**	**24,22**	**189,23**	**100,00**		

bb) GuV

	2016	2017
	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	0,52	3,69
Materialaufwand	-0,32	
sonstige betriebliche Aufwendungen	20,27	17,65
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-19,43	-13,97
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	45,70	
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-65,13	-13,97
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-65,13	-13,97

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

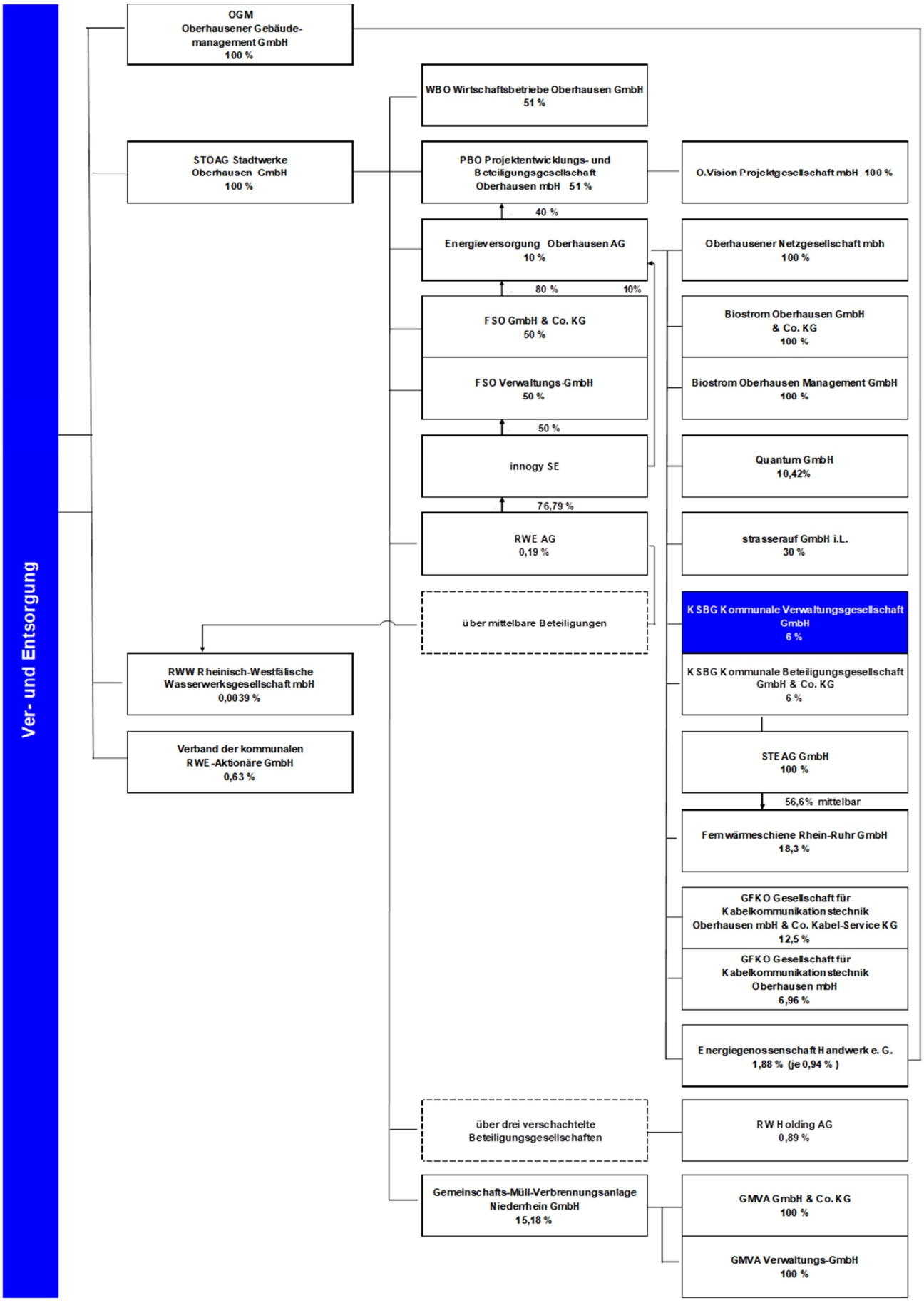
	31.12.2016	31.12.2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:			%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	-65,13	-13,97	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:			%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Es wird kein Lagebericht erstellt.


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH 10,42%
76,79 %
RWE AG 0,19 %
strasserauf GmbH i.L. 30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 18,3 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100 %

KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 1 - 3
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/801-1280
Fax	0208/835 2620
e-Mail	info-ksbg@ksbg-gmbh.de
Internet	www.stadtwerke-konsortium.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 100,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Stadtwerke AG	36,00	36,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	6,00	6,00
Stadtwerke Bochum Holding GmbH	18,00	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	6,00	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	19,00	19,00
Stadtwerke Essen AG	15,00	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Stellung als persönlich haftende Gesellschafterin und die Übernahme der Geschäftsführung der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schröder, Carsten
	Geschäftsführer	Spohn, Dietmar
	Geschäftsführer	Dr. Schäfer, Peter
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Kufen, Thomas
	1. stellv. Vorsitzender	Sikorski, Ralf
	2. stellv. Vorsitzender	Link, Sören
	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Hagemeier, Bernd

	Mitglied	Dr. Heidinger, Michael
	Mitglied	Melis, Ralf
	Mitglied	Monegel, Ulrich
	Mitglied	Pehlke, Guntram
	Mitglied	Schranz, Daniel
	Mitglied	Sierau, Ulrich
	Mitglied	Süpke, Sabine
	Mitglied	Wolff, Christine
	Mitglied	Eiskirch, Thomas
	Mitglied	Prof. Dr. Hermanns, Julia
	Mitglied	Banaszak, Jörg
	Mitglied	Beyer, Hartmut
	Mitglied	Dinter, Thomas
	Mitglied	Samland, Ursula
	Mitglied	Kiefer, Elmar
Prokura:	Prokuristin	Unterberg, Carina
	Prokuristin	Sommerfeld, Anke
	Prokurist	Grau, Tobias
Präsidium:	Vorsitzender	Kufen, Thomas
	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Link, Sören
	Mitglied	Melis, Ralf
	Mitglied	Sikorski, Ralf
	Mitglied	Eiskirch, Thomas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1,88	0,3	1,08	0,2	5,84	1,4	4,76	440,74
Umlaufvermögen	545,25	99,7	565,77	99,8	401,87	98,6	-163,90	-28,97
Bilanzsumme	**547,13**	**100,00**	**566,85**	**100,00**	**407,71**	**100,00**	**-159,14**	**-28,07**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	126,40	23,1	131,40	23,2	136,40	33,5	5,00	3,81
Rückstellungen	28,09	5,1	319,79	56,4	202,62	49,7	-117,17	-36,64
Verbindlichkeiten	392,63	71,8	115,66	20,4	68,69	16,8	-46,97	-40,61
Bilanzsumme	**547,13**	**100,00**	**566,85**	**100,00**	**407,71**	**100,00**	**-159,14**	**-28,07**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	1.009,24	1.353,55	1.052,55
Personalaufwand	717,58	761,75	709,02
Abschreibungen	0,54	0,81	2,20
sonstige betriebliche Aufwendungen	286,03	300,43	260,66
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	14,97	3,19
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5,10	275,60	77,48
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,35	270,45	72,34
sonstige Steuern	0,10	0,14	0,14
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	4,65	5,00	5,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4,65	5,00	5,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

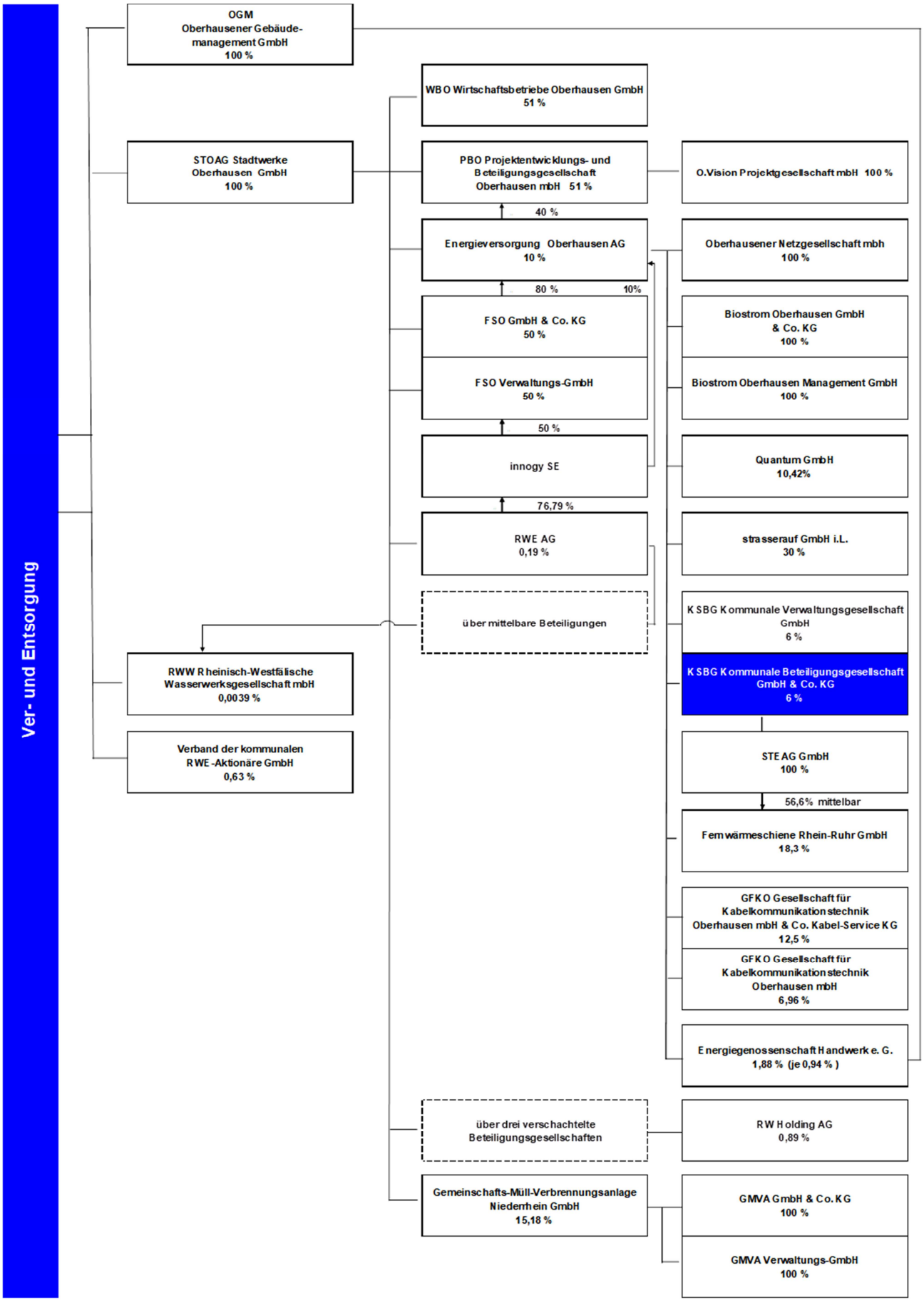
	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	3,82	3,96	3,81	%
Cash-Flow:	5,19	5,81	7,20	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	144,18	225,59	210,51	T€
Personalaufwandsquote:	71,10	56,28	67,36	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,34	0,19	1,43	%
Eigenkapitalquote:	23,10	23,18	33,46	%
Fremdkapitalquote:	76,90	76,82	66,54	%

e) Lagebericht

Der zusammengefasster Lagebericht für die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG KG) und Ihre Tochtergesellschaft (zusammen „KSBG-Konzern“) ist unter der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG nachzulesen.


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH 10,42%
76,79 %
RWE AG 0,19 %
strasserauf GmbH i.L. 30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
STEAG GmbH 100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 18,3 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100 %

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 1 - 3
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/801-1280
Fax	0208/835 2620
e-Mail	info-ksbg@ksbg-gmbh.de
Internet	www.stadtwerke-konsortium.de/

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 1,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Stadtwerke AG	0,36	36,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	0,06	6,00
Stadtwerke Bochum Holding GmbH	0,18	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	0,06	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	0,19	19,00
Stadtwerke Essen AG	0,15	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Evonik Steag GmbH als Unternehmen der Energieversorgung, die Erbringung von Dienstleistungen gegenüber ihren Gesellschaftern und der Evonik Steag GmbH, sowie die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Vorstand der evo AG

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
STEAG GmbH	128.000,00	100,00
mittelbar	**T€**	**%**
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	63,13	63,13
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	4.160,00	26,00
STEAG Fernwärme GmbH	20.500,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	991.413,84	88,8	991.323,80	90,6	863.424,00	90,5	-127.899,80	-12,90
Umlaufvermögen	121.197,20	10,9	98.953,20	9,0	88.394,00	9,3	-10.559,20	-10,67
Rechnungsabgrenzungsposten	3.659,20	0,3	3.414,50	0,3	2.166,00	0,2	-1.248,50	-36,56
Bilanzsumme	**1.116.270,24**	**100,00**	**1.093.691,50**	**100,00**	**953.984,00**	**100,00**	**-139.707,50**	**-12,77**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	405.300,02	36,3	409.639,64	37,5	299.299,00	31,4	-110.340,64	-26,94
Rückstellungen	12.901,13	1,2	14.298,02	1,3	11.862,00	1,2	-2.436,02	-17,04
Verbindlichkeiten	698.069,09	62,5	669.753,84	61,2	642.823,00	67,4	-26.930,84	-4,02
Bilanzsumme	**1.116.270,24**	**100,00**	**1.093.691,50**	**100,00**	**953.984,00**	**100,00**	**-139.707,50**	**-12,77**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.135,75	1.256,98	1.328,00
sonstige betriebliche Erträge	12.157,49	418,06	652,00
Materialaufwand	608,82	723,52	755,00
Abschreibungen	53.973,24	90,04	92,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.057,19	3.131,70	5.394,00
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	55.035,00	45.006,26	45.000,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.566,73	807,11	731,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	105.100,00		128.000,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	22.047,23	22.893,89	22.611,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-116.891,51	20.649,26	-109.141,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3.255,89	309,00	1.199,00
sonstige Steuern	0,64	1.000,64	1,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-113.636,27	19.339,62	-110.341,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-113.636,27	19.339,62	-110.341,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-10.005,41	1.538,58	-8.308,81	%
Eigenkapitalrentabilität:	-21,90	4,96	-26,94	%
Cash-Flow:	45.436,98	19.429,66	17.751,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,14	0,13	0,16	%
Eigenkapitalquote:	36,31	37,45	31,37	%
Fremdkapitalquote:	63,69	62,55	68,63	%

e) Lagebericht

Bei diesem Lagebericht handelt es sich um einen zusammengefassten Lagebericht für die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG KG) und ihre Tochterunternehmen (zusammen „KSBG-Konzern"). Auf die wirtschaftliche Entwicklung der KSBG KG wird in einem gesonderten Abschnitt eingegangen. Der Konzernabschluss wurde nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und der Einzelabschluss nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt.

Grundlagen des KSBG-Konzerns

Geschäftstätigkeit und Struktur

Geschäft

Die KSBG KG ist ein Konsortium aus sechs deutschen Stadtwerke-Gesellschaften der Rhein-Ruhr-Region. Gegenstand des Unternehmens ist neben der Beteiligung an der STEAG GmbH und der Erbringung von Dienstleistungen gegenüber Gesellschaftern insbesondere die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung. Dieser öffentliche Zweck wurde mit der Beteiligung an der STEAG GmbH erreicht. Darüber hinaus betreibt die KSBG KG drei dezentrale Energieerzeugungsanlagen.

Die KSBG KG ist Alleingesellschafterin der STEAG GmbH. Somit ist die KSBG KG gem. § 290 HGB zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet, in den neben der STEAG GmbH alle wesentlichen in- und ausländischen Tochterunternehmen einbezogen werden.

Da die KSBG KG im Wesentlichen Holdingfunktionen ausübt, wird die Tätigkeit des KSBG-Konzerns durch die Tätigkeit der STEAG GmbH und ihrer Tochtergesellschaften bestimmt. Darüber hinaus nutzt die KSBG KG im Wesentlichen die bei der STEAG GmbH eingerichteten Prozesse und Systeme, um die Geschäftstätigkeit des Konzerns zu überwachen. Hierzu zählen beispielweise Risiko- und Finanzmanagement sowie weitere kaufmännische Prozesse.

Der KSBG-Konzern ist ein national und international tätiges Unternehmen, das seinen Kunden integrierte Lösungen und Dienstleistungen im Bereich der Strom- und Wärmeerzeugung anbietet.

Zu den Kernkompetenzen gehören Planung, Realisierung und Betrieb von Großkraftwerken und von dezentralen Anlagen, die kraftwerksbasierte Stromvermarktung sowie mit der Energieerzeugung verbundene technische Dienstleistungen. Grundlagen für die Strom- und Wärmeerzeugung sind neben fossilen Brennstoffen, erneuerbare Energien und Spezialbrennstoffe.

Erzeuger konventioneller Energien

Als einer der größten Stromerzeuger Deutschlands verfügt der KSBG-Konzern zum 31. Dezember 2018 über eine installierte Leistung von insgesamt rund 7.700 Megawatt elektrisch (MW), davon rund 5.500 MW in Deutschland.

In Deutschland betreibt der KSBG-Konzern Großkraftwerke an acht Standorten sowie bis zu 200 dezentrale Anlagen zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien bzw. dezentrale Anlagen für die Industrie und zur Wärmeversorgung.

International betreibt der KSBG-Konzern eigene Großkraftwerke in Kolumbien, auf den Philippinen und in der Türkei und arbeitet hierbei langjährig eng mit Partnern zusammen. Das Kraftwerk im türkischen Iskenderun ist das größte Kraftwerk des KSBG-Konzerns und hat eine installierte Leistung von 1.320 MW.

Der Umbruch in der Energiewirtschaft aufgrund der gesellschaftlich gewollten und politisch getriebenen Energiewende in Deutschland setzt sich fort. Der KSBG-Konzern hat – wie die gesamte vergleichbare Energiebranche – aufgrund der schwierigen Marktbedingungen seit dem Jahr 2011 Ergebnisrückgänge hinnehmen müssen. Ein wesentlicher Schwerpunkt der strategischen Entwicklung bleibt es damit, das Deutschlandgeschäft des KSBG-Konzerns zukunftsfähig auszurichten. Mit Umsetzung des Strategieprojekts Dynamic verfolgt der KSBG-Konzern konsequent seine strategische Ausrichtung als national und international tätiger, technologieoffener Strom- und Wärmeproduzent und Dienstleister. Mit dem Programm STEAG 2022 wurden weitere Schwerpunkte auf dezentrale Erzeugung, das Dienstleistungsgeschäft und Investitionen in ausgesuchten Auslandsmärkten gelegt. Zusätzlich setzt der KSBG-Konzern weiterhin auf kontinuierlich optimierte Kraftwerksprozesse und maximale Einsatzflexibilität seiner Kraftwerke.

Im Juni 2018 hat die Bundesregierung die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (WSB-Kommission) eingesetzt. Ziel der Kommission war es unter anderem, eine Empfehlung für eine weitere Reduzierung der Verstromung von Braun- und Steinkohle zu erarbeiten, um die CO_2-Emissionsziele im Jahr 2030 einhalten zu können, sowie einen Vorschlag für ein Abschlussdatum für die Kohleverstromung in Deutschland vorzulegen. Zugleich sollen auch kurzfristig wirkende Maßnahmen vorgeschlagen werden, mit denen der Stromsektor zur weitgehenden Schließung der verbleibenden Lücke für das 40 Prozent-Reduktionsziel beim Ausstoß von Treibhausgasen der Bundesregierung für das Jahr 2020 gegenüber 1990 beitragen soll. Der KSBG-Konzern hat seine CO_2-Emissionen seit 1990 bereits um 67 Prozent reduziert, davon allein 50 Prozent in den letzten beiden Jahren.

In ihrem Abschlussbericht hat die WSB-Kommission am 26. Januar 2019 ein Paket an Zielen formuliert. Der Bericht enthält nur wenige Hinweise, wie der sukzessive Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland bis zum Jahr 2038 konkret verlaufen soll. Darüber hinaus enthält der Bericht viele Ansätze, die weitreichende Änderungen im rechtlichen Gesamtrahmen erfordern. Maßgeblich ist, zu welchem Ergebnis die politische Diskussion in den nächsten Monaten kommt.

Offen ist weiterhin die Beantwortung der Fragen, wie das energiewirtschaftliche System der Zukunft funktionieren wird und wie Versorgungssicherheit im Hinblick auf die geplante Abschaltung von Nuklearanlagen bis 2022 in Deutschland gewährleistet werden kann, wenn zusätzlich mehr als 12 GW an Leistung der Kohlekraftwerke zu diesem Zeitpunkt vom Netz gehen.

Für den KSBG-Konzern gibt es aus dem Abschlussbericht der WSB-Kommission positive Anknüpfungspunkte, die beispielsweise die in der Netzreserve befindlichen Kraftwerke im Saarland betreffen oder den Neubau von Gas- und Dampf (GuD)-Anlagen an bereits bestehenden Kraftwerksstandorten. Zudem ist es aus Sicht des KSBG-Konzerns vorteilhaft, dass die Wärmeversorgung einen wesentlichen Stellenwert hat.

Die Risiken liegen im Wesentlichen darin begründet, dass Kohleanlagen in Deutschland unter Umständen nicht so lange wie geplant betrieben werden dürfen oder können. Hinsichtlich des Vorschlags, Prämien im Rahmen eines Auktionsverfahrens für vorzeitige Kraftwerksstilllegungen zu vergeben, wird es entscheidend auf die konkreten Formulierungen im geplanten Gesetz zum Ausstieg aus der Kohleverstromung ankommen, ob sich der KSBG-Konzern an einem solchen Verfahren beteiligt.

Der starke Anstieg der CO_2-Zertifikatepreise auf vorübergehend sogar mehr als 25 € pro Tonne erhöhten im Geschäftsjahr 2018 marktseitig den Druck auf die Rentabilität konventioneller Kraftwerke weiter und führen im KSBG-Konzern zu einer fortlaufenden Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der inländischen Kraftwerkskapazitäten. Der KSBG-Konzern wird nur diejenigen Kraftwerke weiterbetreiben, deren Wirtschaftlichkeit dauerhaft gegeben ist.

Nach der endgültigen Stilllegung der Kraftwerksblöcke Voerde A und B, Herne 3 sowie West 1/2 im Jahr 2017 hat die Geschäftsführung der STEAG GmbH Anfang März 2018 entschieden, mit der gesetzlich geregelten Vorlauffrist von 12 Monaten die Blöcke Lünen 6 und 7 zum 2. März 2019 zur endgültigen Stilllegung anzumelden. Seitens des Übertragungsnetzbetreibers Amprion GmbH und der Bundesnetzagentur erfolgte am 6. August 2018 die Rückmeldung, dass die Blöcke nicht systemrelevant sind und zum 2. März 2019 oder früher stillgelegt werden dürfen. Infolge einer durchgeführten wirtschaftlichen Bewertung wurde am 30. August 2018 beschlossen, die beiden Blöcke Lünen 6 und 7 mit insgesamt 500 MW Erzeugungskapazität zum 31. Dezember 2018 endgültig stillzulegen.

Hinsichtlich der zur vorläufigen Stilllegung angemeldeten Kraftwerksblöcke im Saarland Weiher 3 und Bexbach hatte die Amprion GmbH im Januar 2017 entschieden, dass die beiden Blöcke unverändert systemrelevant und weiter vorzuhalten sind. Am 26. April 2018 wurde gegenüber der Amprion GmbH und der Bundesnetzagentur die erneute vorläufige Stilllegung der beiden Blöcke Bexbach und Weiher angezeigt. Im August 2018 hat Amprion GmbH mitgeteilt, dass diese beiden Blöcke für weitere 12 Monate bis zum 30. April 2020 systemrelevant sind und nicht stillgelegt werden dürfen.

STEAG und RWE haben sich im April 2018 auf die Übernahme des 51 Prozent Anteils der RWE Generation SE (RWE) an der Bergkamen OHG zum 1. Januar 2019 geeinigt. Die STEAG GmbH und RWE waren über die Gemeinschaftskraftwerk Bergkamen A beschränkt haftende OHG gemeinschaftlich am Steinkohlekraftwerk Bergkamen beteiligt.

Aktuell haben die STEAG GmbH und die Siemens AG den schlüsselfertigen Bau und die langfristige Wartung eines hochmodernen GuD-Kraftwerks am bestehenden Standort in Herne vereinbart. Die Realisierung steht unter anderem noch unter dem Vorbehalt der behördlichen Genehmigungen. Mit einer Investitionssumme im mittleren dreistelligen Millionenbereich soll eine GuD-Anlage mit einer elektrischen Leistung von über 600 MW und etwa 400 MW Dampfauskopplung entstehen. Der Gesamtnutzungsgrad des Brennstoffs Erdgas beträgt über 85 Prozent. Die Investition wird mit Fördermitteln aus dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) realisiert werden.

Daneben prüft die STEAG GmbH gemeinsam mit einem Partner den Bau eines Kokereigaskraftwerks mit bis zu 110 MW_{el} und 120 MW_{th} in Bottrop. Der Wirkungsgrad des Kraftwerks soll mehr als 42 % betragen. Es ist geplant, im Jahr 2019 eine Projektgesellschaft zu gründen, die dann sowohl alle relevanten Projektverträge abschließen als auch den Antrag für das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren stellen wird.

Die Stadtwerke Ulm entwickeln ein Gaskraftwerksprojekt in Leipheim mit einer Leistung von bis zu 600 MW. Die Projektentwicklung, die seit 2016 gemeinsam mit einem Partner erfolgt, ist weit fortgeschritten. Im Juni 2018 haben die drei Übertragungsnetzbetreiber in Deutschland eine EU-weite Ausschreibung über besondere netztechnische Betriebsmittel

verkündet. Diese umfasst jeweils eine Leistung von 300 MW je Regelzone sowie zusätzliche 300 MW als flexible Leistung auf bestimmten ausgewiesenen Netztrassen. Die STEAG GmbH ist im Oktober 2018 als weiterer Partner in die Projektgesellschaft, die im Dezember 2018 im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens Angebote abgegeben hat, eingestiegen.

Erzeuger erneuerbarer Energien

Durch das Engagement von Banken und Versicherern im Markt für erneuerbare Energien, insbesondere im Markt für Windenergieprojekte, hat sich der Wettbewerb speziell bei der Entwicklung fortgeschrittener Projekte deutlich intensiviert. Der KSBG-Konzern hat seine Strategie entsprechend angepasst, identifiziert frühzeitig Projektchancen, entwickelt diese kontinuierlich weiter und ist bereit, weitere Investoren mit aufzunehmen. So kann zusätzliches Kapital für Wachstum beschafft und gleichzeitig das Portfolio erweitert werden.

Der Einstieg des KSBG-Konzerns erfolgt in frühen Stadien der Projektentwicklung, sodass zum Beispiel Flächen für Windanlagen selbst oder mit Projektentwicklern zusammen entwickelt werden. Der KSBG-Konzern verfügt zum 31. Dezember 2018 über eine installierte Leistung von insgesamt rund 800 MW auf Basis erneuerbarer und dezentraler Erzeugung.

Im Geschäftsjahr 2018 konnten das neue Blockheizkraftwerk mit rund 3,3 MW und die Kälteanlage an der Technischen Universität Darmstadt in Betrieb genommen werden. Der Aufbau einer neuen Druckluftanlage im Ford-Werk in Saarlouis ist fortgeschritten. Die erste Ausbaustufe befindet sich im Betrieb. Zudem wurde der bestehende Blockheizkraftwerk-Motor in Fürstenwalde mit 2,0 $MW_{el/th}$ modernisiert. In Sömmerda ist die Montage zum Austausch des Motors mit ebenfalls 2,0 $MW_{el/th}$ erfolgt.

Im Projekt german paper solutions GmbH & Co. KG, einem Tochterunternehmen des führenden Tapetenherstellers Erfurt und Sohn KG, wurde am 2. Januar 2018 das bestehende Heizkraftwerk mit 2,4 MW von der WSW Energie & Wasser AG übernommen und an die Erfurt und Sohn KG verpachtet. Das Energiekonzept sieht einen reinen Gasbetrieb vor, der durch Investitionen in die vorhandene Leittechnik und Filteranlagen derzeit optimiert wird.

Der KSBG-Konzern entwickelt und realisiert mit einem lokalen Partner in Indonesien auf der Hauptinsel Java mit dem Projekt Baturraden ein Geothermiekraftwerk mit einer Leistung von bis zu 242 MW netto. Die derzeit geplante Kapazität beträgt 122 MW netto. Seit Dezember 2017 wurden bislang zwei Tiefenbohrungen abgeteuft, die sowohl eine möglichst hohe Temperatur als auch hohe Permeabilität aufweisen sollten. Das Vorliegen einer geothermischen Ressource wurde durch Temperaturmessungen der ersten Bohrung bestätigt. Die Gesteinsproben wiesen eine Gesteinszusammensetzung und Mineralien auf, wie sie bei einem Reservoir typischerweise vorgefunden werden. Allerdings ergab sich eine zu geringe Permeabilität der Formation. Die zweite Bohrung wurde aufgrund des erbohrten Gesteins, das nicht geothermischen Ursprungs war, unterbrochen und gesichert. Die im Rahmen der Bohrungen gesammelten Messdaten werden nun erfasst und im Modell des geologischen Gutachters eingebunden. Nach Auswertung der Messergebnisse wird ein Konzept für die weitere Vorgehensweise erarbeitet. Derzeit ist nicht vorgesehen, beide Bohrungen für Produktionszwecke zu nutzen.

Kompetenter Handelspartner

Auf der Grundlage langjähriger Erfahrung im Strom-, Kohle- und CO_2-Geschäft hat der KSBG-Konzern nicht nur ein breites Produkt- und Dienstleistungsportfolio geschaffen, sondern auch eine hohe Handelskompetenz aufgebaut. Dazu zählen die Beschaffung und Vermarktung von Strom, Brennstoffen und CO_2-Emissionsberechtigungen ebenso wie die Kapazitäts- und Energievermarktung von Wärme und Dampf. Daneben ist der KSBG-Konzern einer der führenden Importeure und Vermarkter für Steinkohle in Deutschland. Das Unternehmen importiert Steinkohle aus den wichtigsten Produzentenländern für die Versorgung sowohl der STEAG-Kraftwerke als auch für Dritte.

Professioneller Dienstleister

Das Angebot von Energiedienstleistungen gewinnt für den KSBG-Konzern weiter an Bedeutung. Der KSBG-Konzern hat sich über Jahrzehnte eine große Expertise in der Modernisierung bestehender Anlagen der Energieproduktion erarbeitet und ist heute einer der führenden Anbieter von Lösungen für eine maßgeschneiderte Energieversorgung, die umweltfreundlich und zugleich wirtschaftlich sind.

So ist der KSBG-Konzern nicht nur Vorreiter bei effizienten Technologien zur Steinkohleverstromung, die sich durch einen hohen Wirkungsgrad und Ressourcenschonung auszeichnen, sondern darüber hinaus auch Spezialist in der Optimierung der gesamten Wertschöpfungskette innerhalb des Kraftwerksprozesses. Auch in der Verwertung und Vermarktung von Reststoffen aus Steinkohlekraftwerken hat der KSBG-Konzern in Europa eine starke Position. Steinkohlenflugasche ist beispielsweise in der Baustoffindustrie vielfältig einsetzbar. Photoment® ist ein innovativer Zusatzstoff mit photokatalytischer Wirkung zur Reduzierung von Stickoxidbelastungen der Luft, der zum Beispiel als Zuschlagstoff bei der Herstellung von Betonwaren Einsatz findet. Mit Photoment® kann der KSBG-Konzern einen wichtigen Beitrag zur Senkung der Stickoxidbelastungen in verkehrsreichen Innenstädten leisten.

Führend ist der KSBG-Konzern in der Europäischen Union bei der Erzeugung von Strom und Wärme aus Grubengas und in Deutschland im Bereich der geothermischen Wärmegewinnung. Zudem ist der KSBG-Konzern einer der größten Fernwärmeversorger und Contracting-Anbieter sowie Betreiber von Biomasse-Anlagen in Deutschland.

Im Berichtsjahr konnte die Anbindung der neuen Energiezentrale 3 des RZR Herten an die Fernwärmeschiene Ruhr technisch abgeschlossen werden. Zum Jahresende erfolgte nach der Inbetriebnahme der neuen Energiezentrale die Aufnahme der Wärmelieferung.

Die STEAG Fernwärme Essen GmbH & Co. KG hat zur Erschließung der fernwärmewürdigen Stadtgebiete im Süd-Osten der Stadt Essen die Planung der sogenannten „Ost-Trasse“ fortgeführt. Das Anschlusspotenzial für die neue Hauptversorgungsleitung in diesem Erweiterungsgebiet beträgt ca. 80 MW.

Engineering- und Betreiberlösungen für alle Bereiche der Energieerzeugung gehören zum Kompetenzfeld des KSBG-Konzerns. Die Ingenieure der Tochtergesellschaft STEAG Energy Services GmbH sind international im Einsatz bei Projekten in Brasilien, Botswana, Rumänien, der Türkei, der Schweiz, den USA und Indien. Die STEAG Energy Services (India) Pvt. Ltd. ist mit rund 1.500 Mitarbeitern die personalstärkste ausländische Tochtergesellschaft des KSBG-Konzerns. Insgesamt werden im Ausland Kraftwerke mit rund 7.300 MW für Dritte betrieben und zusätzlich für rund 3.600 MW Betriebsführungsunterstützung geleistet.

Zum 31. Dezember 2017 hat die STEAG Energy Services GmbH den Geschäftsbereich „Krantz“ der Caverion Deutschland GmbH, einen Spezialisten für Heiz-, Luftführungs-, Kühl- und Reinraumsysteme, übernommen. Im Jahresverlauf konnten einige große Lieferprojekte akquiriert werden.

Partner der Energiewende

Als aktiver Partner der Energiewende in Deutschland steht der KSBG-Konzern für einen ganzheitlichen Blick auf den Wandel in der Energiewirtschaft. Ziel ist, einen substanziellen Beitrag für eine sichere, umweltverträgliche und wirtschaftliche Energieversorgung zu leisten.

Seit Fertigstellung und kommerzieller Inbetriebnahme der sechs Großbatteriesysteme mit insgesamt 90 MW im Jahr 2016 ist ein kontinuierlich steigendes Interesse an Speichertechnologien und insbesondere Investitionen in Batteriespeicher in Deutschland für die Erbringung von Primärregelleistung zu beobachten. Zum Bau von weiteren Batteriespeichern für die Erbringung von Primärregelleistung stehen im KSBG-Konzern ausreichend geeignete Standorte zur Verfügung. Damit könnten einerseits eine sinnvolle Nutzung von ansonsten ungenutzten Standortflächen, vor allem aber Synergieeffekte mit den bestehenden Großbatteriesystemen hinsichtlich Betriebsführung, Wartung, Instandhaltung und Vermarktung erreicht werden.

Neben der Speicherung von Energie, um beispielsweise die schwankende Netzspannung auszugleichen, sind die effiziente Bündelung und Vermarktung dezentraler Anlagen sowie die konsequente Einbeziehung des Wärmemarktes in die Umsetzung der Energiewende wesentliche Elemente für deren Gelingen. Der KSBG-Konzern fokussiert sich in Deutschland auf diese Schwerpunktthemen.

Gesellschaftsstruktur

Am 31. Dezember 2018 wurden 100 Prozent der Anteile an der STEAG GmbH von der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG, Essen, (KSBG KG) gehalten.

Integriertes Geschäftsmodell

Die STEAG GmbH mit Sitz in Essen ist die Führungsgesellschaft und das Stammhaus des KSBG-Konzerns. Sie hält direkt und indirekt die Anteile an den zum KSBG-Konzern gehörenden Tochterunternehmen. Der STEAG GmbH obliegt die strategische und operative Leitung der Unternehmensbereiche des KSBG-Konzerns, bestehend aus dem Unternehmensbereich Kraftwirtschaft (Geschäftsbereiche Kraftwerke (Erzeugung und Handel), Fernwärme, Power Minerals, Energy Services, Technischer Service) sowie dem Unternehmensbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen (Geschäftsbereiche New Energies, Waste to Energy und KWK Polen). Diese Stammhausorganisation entspricht dem integrierten Geschäftsmodell des KSBG-Konzerns.

Im Unternehmensbereich Kraftwirtschaft bildet das nationale und internationale Projekt-geschäft die Grundlage für hochwertige technische Lösungen im Kraftwerksbetrieb. Im Geschäftsbereich Kraftwerke sind der Bereich Trading & Optimization (T&O) für die Vermarktung der Stromprodukte und der Bereich Erzeugung für den Betrieb von Kraftwerken des KSBG-Konzerns verantwortlich.

Die deutschen Erzeugungsaktivitäten werden ergänzt durch den Geschäftsbereich Fernwärme, durch den Fernwärme aus Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen erfolgreich vermarktet wird.

Die Reststoffe aus den deutschen sowie den ausländischen Erzeugungsaktivitäten wiederum werden durch den Geschäftsbereich Power Minerals wirtschaftlich vermarktet. Abnehmer sind vor allem die Zement- und die Bauindustrie.

Innerhalb des Geschäftsbereichs Energy Services entwickeln STEAG-Ingenieure und STEAG-Techniker bereits seit Jahrzehnten Konzepte für konventionelle und erneuerbare Anlagen, planen und realisieren diese Anlagen und bieten auch im internationalen Markt Dienstleistungen sowie IT-Lösungen für die Optimierung dieser Anlagen an.

Das über Jahrzehnte gewachsene Know-how für Servicedienstleistungen mit den Schwerpunkten Instandhaltung von Kraftwerken sowie Dienstleistungen für elektrische Netze ist im Geschäftsbereich Technischer Service zusammengefasst.

Der zweite Unternehmensbereich ist der Bereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen. Hierin sind sämtliche Aktivitäten zur dezentralen Energieerzeugung (auf Basis erneuerbarer Energien und industrielle bzw. kommunale Versorgungslösungen) gebündelt. Der Geschäftsbereich New Energies ist darauf spezialisiert, dezentrale maßgeschneiderte Energielösungen auf Basis effizienter und nachhaltiger Konzepte zu entwickeln. Neben konventionell erzeugter Energie reicht das Energieangebot von der Wind, Bioenergie- und Grubengas- bis hin zur Geothermienutzung. Fernwärme und energetische Grubengasnutzung sind Produkte, mit denen der Unternehmensbereich auch im Ausland, zum Beispiel in Polen, erfolgreich ist.

Mit der Übernahme der restlichen Anteile der Thermische Abfallbehandlung Lauta GmbH & Co. oHG sowie dem Erwerb der Anteile der IKW Rüdersdorf GmbH im Jahr 2017 ist der KSBG-Konzern in den Abfallverbrennungsmarkt eingetreten. Die STEAG Waste to Energy GmbH entwickelt den Geschäftsbereich strategisch national wie international.

Unter Einbringung der technischen Fähigkeiten und Erfahrungen hat der KSBG-Konzern die seit vielen Jahren bestehenden Aktivitäten auch durch Zukäufe ausgebaut und sieht im Geschäftsbereich KWK Polen gute Wachstumsperspektiven.

Organisatorische Veränderungen

Zur Optimierung der bestehenden gesellschaftsrechtlichen Strukturen erfolgte auch 2018 eine Überprüfung mit dem Ziel der Auflösung bzw. Verschmelzung von Beteiligungen, die aufgrund ihrer Ausrichtung oder ihres geringfügigen Geschäftes für die weitere operative Entwicklung des KSBG-Konzerns nicht mehr notwendig sind. Eine Überprüfung zur Bereinigung der Konzernstrukturen wird in regelmäßigen Abständen vorgenommen, wenn eine Fortführung der Gesellschaften keinen erkennbaren Nutzen hat und zu fortlaufendem externen und internen Aufwand für den Konzern führt.

Insgesamt wurden 21 Gesellschaften identifiziert, die zum 1. Januar 2019 verschmolzen werden können, oder die nach Erwerb der restlichen Anteile durch den Hauptgesellschafter im Konzern auf die Obergesellschaft anwachsen. Es handelt sich dabei sowohl um Konzerngesellschaften als auch um beherrschte Beteiligungsgesellschaften, die in der Vergangenheit aufgrund Ihrer Größe und Wesentlichkeit nicht konsolidiert wurden.

Neue wesentliche Verträge

Bestandteil des im Jahr 2016 begonnenen Transformationsprogramms STEAG 2022 ist es unter anderem, für die Umsetzung von Wachstumsinvestitionen im Sinne eines unternehmerisch sinnvollen und auch notwendigen Portfoliomanagements gezielt finanzielle Mittel durch die Veräußerung von Anteilen an bestehenden Aktivitäten freizusetzen. Die im Jahr 2017 im Rahmen kompetitiver Bieterverfahren begonnenen Verkaufsprozesse wurden im Berichtsjahr fortgeführt.
Insbesondere konnten zur Bereinigung des Biogas- und Biomasseportfolios Biomasseanlagen in Neuwied und Großaitingen sowie Biogasanlagen in Karstädt, Kirchwalsede, Saxler und Tribsees veräußert werden. Aktuell wird noch der Verkauf der Biomasseanlage in Buchen mit potenziellen Investoren verhandelt. Ein Abschluss dieser Transaktion wird jedoch erst im Jahr 2019 erwartet.

Die Ruhr Oel GmbH betreibt eine Raffinerie in Gelsenkirchen mit den Werken in Horst und Scholven. Die jährliche Verarbeitungskapazität beträgt ca. 12 Millionen Tonnen Rohöl. Zur zukünftigen Sicherung des Dampfbedarfs sollten die Lieferung, Montage, Inbetriebsetzung und Instandhaltung der neu zu errichtenden Dampfversorgung auf Basis eines Engineering, Procurement and Construction (EPC)-Vertrages realisiert werden. Die Zahlungen erfolgen nach Baufortschritt. Im November 2018 wurde zwischen der STEAG GmbH und der Ruhr Oel GmbH ein sogenanntes Early Works Agreement abgeschlossen. Der Hauptvertrag soll zum 1. März 2019 abgeschlossen werden.

Hinsichtlich des Kraftwerks Walsum 10 haben die STEAG-EVN Walsum 10 Kraftwerksgesellschaft mbH und der japanische Hitachi-Konzern am 4. Juli 2018 einen Vergleich über die beiden anhängigen Schiedsverfahren geschlossen. Das nach den Regeln der Internationalen Handelskammer (ICC) in Paris bestellte Schiedsgericht wurde über die Verfahrensbeendigung informiert und hat die Schiedsverfahren formal für beendet erklärt. Hitachi hat auch die vor dem Landgericht Essen anhängige Klage gegen die STEAG GmbH zurückgezogen. Hitachi übernimmt darüber hinaus diverse technische Verbesserungen des Kraftwerks, um so die Leistungsfähigkeit zu erhöhen.

Die STEAG Energy Services GmbH ist erfolgreich im internationalen Wettbewerb um Energiedienstleistungen und Kraftwerksbetriebsführungen. Der zum 31. Dezember 2017 übernommene Geschäftsbereich „Krantz“ konnte einen großen Auftragseingang über die Lieferung von Aerosol- und Iodine-Filter für das Kernkraftwerk Takahama 1&2 von der Westinghouse Electric Germany GmbH verzeichnen. Auch der Bereich Nuclear Technologies konnte erfolgreich ein neues Projekt akquirieren. Die EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH plant, am Standort Lubmin ein neues Transportbehälterlager für eingelagerte Transport- und Lagerbehälter zu errichten. Für den gesamten Planungsprozess mit anschließender Überwachung der Errichtung wurde die STEAG Energy Services GmbH als Generalplaner beauftragt.

Das Schweizer Energie- und Infrastrukturunternehmen BKW Energie AG setzt bei der Planung des Rückbaus des Kernkraftwerkes Mühleberg in der Nähe von Bern auf das gemeinschaftliche Know-how der STEAG Energy Services GmbH und dem Projektpartner Kraftanlagen Heidelberg GmbH. Das Kraftwerk wird 2019 abgeschaltet und befindet sich dann in der Vorbereitung des Rückbaus. Wesentliche Aufgabe wird der Rückbau der Reaktordruckbehältereinbauten sein.

Neben den großen Betriebsführungsprojekten für thermische Kraftwerke in Indien und Botswana konnte die STEAG Energy Services GmbH auch ihre Position als Betriebsführer für Wind- und Wasserkraftanlagen sowie Photovoltaikanlagen und Übertragungsleitungen auf dem brasilianischen Markt weiter ausbauen. So werden im Sektor der erneuerbaren Energien allein in Brasilien aktuell Projekte mit einer installierten Gesamtleistung von 2,8 GW betrieben.

Strategie

Der Umbruch in der deutschen Energiewirtschaft wird durch die im Juni 2018 eingesetzte WSB-Kommission fortgesetzt. Mit der im Januar 2019 veröffentlichten Kommissionsempfehlung hat die politische Diskussion begonnen. Insbesondere für die betroffenen (Steinkohle-) Kraftwerke ergeben sich komplexe und relevante strategische Fragen, zum Beispiel im Hinblick auf Auktionsteilnahme und Gebotsstrategie. Das Ob und Wie der konkreten Umsetzungen der Empfehlungen der WSB-Kommission werden durch den Gesetzgeber zu erfolgen haben.

Die 2018 wieder angestiegenen Strompreise können nicht darüber hinwegtäuschen, dass der KSBG-Konzern wie die gesamte vergleichbare Energiebranche aufgrund der schwierigen Marktbedingungen in den letzten Jahren erhebliche Ergebnisrückgänge hat hinnehmen müssen. Mit dem Programm STEAG 2022 reagierte der KSBG-Konzern auf die geänderten Rahmenbedingungen. Im Kern geht es darum, Effizienzen im gesamten Konzern zu heben, das Portfolio zu optimieren und neue Wachstumsfelder zu besetzen. Mit STEAG 2022 wurden sechs strategische Stoßrichtungen erarbeitet, die im Weiteren im Rahmen des umfassenden Projekts Dynamic vor dem Hintergrund aktueller Markt- und Industrietrends national und international sowie der eigenen Kernkompetenzen hin überprüft, ausgearbeitet und dokumentiert wurden.

1. Effizienter Betreiber eigener Assets in dynamischer Marktumgebung

Basierend auf der Erfahrung von mehr als 80 Jahren steht der KSBG-Konzern für den effizienten Betrieb eigener Assets. Vor dem Hintergrund sich stetig verändernder Märkte werden die Anlagen fortlaufend optimiert, um diese wettbewerbsfähig in den Märkten betreiben zu können. Ein Beispiel für kontinuierliches und gegenseitiges Lernen ist das STEAG EinkaufsEntwicklungsPROgramm (SEEPRO), welches bereits in Deutschland zum proaktiven und strategischen Einkauf erfolgreich umgesetzt wurde. Das SEEPRO-Programm wird auch an internationalen Standorten in der Türkei, Kolumbien und auf den Philippinen implementiert und weiter genutzt.

2. Wettbewerbsvorteil als Energiehändler mit eigener Erzeugungsbasis

Die KSBG-Kompetenz besteht darin, die eigenen Erzeugungsanlagen optimal mit den Anforderungen der Energiewirtschaft und dem Energiehandel zu verknüpfen. Die wesentlichen strategischen Faktoren sind die Brennstoffbeschaffung und Vermarktung der Kraftwerke im In- und Ausland, aber auch die Vermarktung neuer Anlagen. Inzwischen ist eine eigene Handelsplattform in Betrieb gegangen, über die bereits der türkische Windpark Süloglu und der rumänische Windpark Crucea sowie in Zukunft auch die Kraftwerke Paipa und Iskenderun vermarktet werden.

3. Kompetenter Entwickler und Betreiber im Bereich dezentrale Energieversorgung

Im Fokus steht der Ausbau dezentraler Energieerzeugung in Deutschland und in Polen, insbesondere die Planung, Umsetzung und Betriebsführung von maßgeschneiderten dezentralen Lösungen im Industriebereich aber auch bei der Quartiersentwicklung für Wärmeversorgung, Strom und Kühlung. Beispiele für erfolgreiche Projekte sind die mobile Wärmeversorgung in Dortmund-Bodelschwingh mit einer Hochdruck-Heißwasser-heizungsanlage für bis zu 180 Grad Heißwasser und einer Erzeugungsleistung von 9,4 MW der STEAG New Energies GmbH, ferner die Einweihung der neuen Energiezentrale der TU Darmstadt mit Verbräuchen von 54.000 MWh Strom, 62.000 MWh Wärme und 5.000 MWh Kälte im Jahr sowie die Umrüstung des Blockheizkraftwerks (BHKW) Gröditz auf Gasmotoren. Weiterhin bildet den Schwerpunkt im wichtigen europäischen Markt Polen die Übernahme von Fern- und Nahwärmegesellschaften und -netzen durch die polnische STEAG-Gesellschaft SFW Energia Sp. z o.o. mit anschließender Optimierung der betrieblichen Prozesse. Akquisitionen spielen hier für das Wachstum eine bedeutende Rolle. Es geht auch darum, Partnerschaften einzugehen, durch Zukäufe das Know-How zu erweitern und um die erfolgreiche Prolongation des Bestandsgeschäftes wie das Beispiel Wärmelieferung für Opel in Gliwice zeigt.

4. Marktposition als führender Spezialist rund um die Stilllegung und den Rückbau von Nuklearanlagen

Der Markt für Dienstleistungen rund um die Sicherheit und den Rückbau von Nuklearanlagen besitzt national und international großes Potenzial. In Deutschland, der Schweiz und Schweden, aber auch in Japan, Frankreich und Großbritannien sind Generalunternehmen und Spezialisten für die Planung des Rückbaus von Nuklearanlagen sowie dessen Durchführung gefragt. In Deutschland ist der KSBG-Konzern bereits gut positioniert und arbeitet hier zum Beispiel für den Kernkraftwerksbetreiber EnBW. Zur Stärkung der Geschäftseinheit Nuclear Technologies hat die STEAG Energy Services GmbH mit dem Geschäftsbereich „Krantz“ einen Spezialisten in der Belüftungstechnik erworben und nun erfolgreich in dem KSBG-Konzern integriert. Für den weiteren Ausbau der KSBG-Kompetenzen wird ein gezielter Markteintritt in europäische und internationale Wachstumsmärkte weiter verfolgt.

5. Stärkung der internationalen Position als erfolgreicher Wettbewerber im Markt für Energiedienstleistungen

Im internationalen Dienstleistungsgeschäft ist die STEAG Energy Services GmbH seit Jahren international sehr gut aufgestellt. Künftig wird es insbesondere darum gehen, zum Beispiel Vertriebsstrukturen in West- und Ost-Afrika, Asien, Südamerika und Osteuropa zu nutzen, um weiter zu wachsen. Darüber hinaus wird das Dienstleistungs- und Lizenzgeschäft rund um digitale Produkte weiter ausgebaut. Durch die jahrzehntelangen Erfahrungen in der Betriebsführung von eigenen Anlagen kann der KSBG-Konzern wettbewerbsfähige Energiedienstleistungen anbieten. Hierbei handelt es sich insbesondere um Lösungen für Anlagenüberwachung, Optimierung sowie Betriebsführung und Instandhaltung, basierend auf einem sehr großen Fundus an Daten und Praxiserfahrung. Aktuelle Beispiele sind der Abschluss mehrerer Wartungs- und Betriebsführungsverträge für Windkraftparks und Solarkraftwerke mit führenden Investoren in Brasilien, sodass inzwischen eine Gesamtleistung von 2,8 GW durch 150 Mitarbeiter des KSBG-Konzerns betreut wird. Die Übernahme der Bauüberwachung und Qualitätssicherung für Zweizonen-Fernwärmespeicher der Stadtwerke Duisburg im Stadtteil Wanheim ist ein weiteres Beispiel. Für die digitalen Produkte „EBSILON“ (thermodynamisches Kreislaufsimulationsprogramm zur Auslegung eines Kraftwerkes), „SR::Suite“ (Gewinnung von Realdaten zur Analyse in EBSILON), „PIT Navigator“ (selbständiges datenbasiertes Modell-Programm zur Steuerung der Leittechnik durch Plan-Ist-Vergleich) und „SI/PAM“ (Betriebsführungssystem durch IT-gestützte Instandhaltung technischer Anlagen) sind insgesamt bereits über 1.000 Lizenzen an rund 200 Kunden verkauft worden.

6. Ausbau von Entwicklungsplattformen und gezielte Asset-Investitionen für Erzeugungsprojekte in nationalen und internationalen Wachstumsmärkten

Es war stets ein Element der KSBG-Strategie, zusammen mit starken Projekt- oder Finanzpartnern Energieinfrastrukturprojekte zu realisieren. Anhand solcher Partnermodelle sind die drei Auslandskraftwerke Termopaipa (Kolumbien), Iskenderun (Türkei) und Mindanao (Philippinen) erfolgreich umgesetzt worden. Das Projekt GuD Herne wird mit dem Ziel einer Fernwärmeauskopplung in die Fernwärmeschiene Ruhr weiterentwickelt. Als wesentlicher wirtschaftlicher Treiber ist dabei neben dem erwarteten Strompreisanstieg aufgrund von Kapazitätsrückgängen das nationale KWKG, das den Neubau von hocheffizienten KWK-Anlagen mit Zuschlägen auf den erzeugten KWK-Strom fördert.

Ferner operiert die ASEAN-Power Development Plattform (APDP) als Gemeinschaftsunternehmen mit der australischen Beteiligungsgesellschaft Macquarie Corporate Holdings Pty Limited in Asien. Das Modell der gemeinsamen dezentralen und partnerschaftlichen Projektentwicklung in bestimmten Regionen ist ein Weg im KSBG-Konzern, künftig im Ausland Projektentwicklung zu betreiben. Der KSBG-Konzern kann nach Inbetriebnahme dieser Projekte eine Beteiligung an den Anlagen übernehmen.

Deutschlandgeschäft zukunftsfähig ausrichten

Im Hinblick auf die dargestellten Stoßrichtungen des KSBG-Konzerns ist es ein wesentlicher Schwerpunkt der strategischen Weiterentwicklung, das Deutschlandgeschäft zukunftsfähig auszurichten.

Hierfür setzt der KSBG-Konzern weiterhin auf kontinuierlich optimierte Kraftwerksprozesse und maximale Einsatzflexibilität seiner Kraftwerke. Zusätzliche Wettbewerbsvorteile können durch den Einsatz von günstigen Brennstoffen, wie beispielsweise Sonderkohlen, erreicht werden.

Mit dem Kraftwerk Walsum 10 betreibt der KSBG-Konzern eines der effizientesten Steinkohlekraftwerke, dessen Leistung überwiegend durch langfristige Stromlieferverträge gesichert vermarktet ist. Der wirtschaftlich erfolgreiche Betrieb und die Vermarktung von thermischen Kraftwerken stellen eine maßgebliche Kompetenz des KSBG-Konzerns dar. Er nimmt auf diesem Gebiet eine Spitzenposition ein, die behauptet werden soll, getragen von der Überzeugung, dass thermische Leistung auch zukünftig unverzichtbar für eine permanente und sichere Versorgung mit Energie sein wird. Ebenfalls von hoher Bedeutung für das Gelingen der Energiewende ist der Bau von GuD-Kraftwerken mit hohem Wirkungsgrad und damit auch die Einbeziehung des Wärmemarkts. Hierzu leistet der KSBG-Konzern durch das Projekt GuD Herne seinen Beitrag.

Die effiziente Bündelung und Vermarktung dezentraler Anlagen stellt eine wesentliche Herausforderung der Energiewende dar. Virtuelle Kraftwerke sind eine mögliche Lösung, die der KSBG-Konzern schon seit Jahren aktiv nutzt. Dezentrale Erzeugungsanlagen und Erzeugungsanlagen auf Grundlage erneuerbarer Energien werden mit konventionellen thermischen Anlagen und neuen Technologien wie Batteriespeichern zusammengeschaltet und bewirtschaftet. Durch die gemeinsame Vermarktung mit dem konventionellen Kraftwerkspark des KSBG-Konzerns werden zusätzliche Synergien genutzt.

Die Veränderung der Energiebranche zeigt sich ebenfalls in der zunehmenden Dezentralität der Energieversorgung, dem Streben nach Autarkie verbunden mit aktivem Management der Energiekosten und umweltschonender Energieversorgung vor Ort. Zielgruppe sind neben kommunalen Wärmeversorgungen vornehmlich industrielle Contracting-Kunden, für die individuelle und komplette Energielösungen geplant, finanziert und umgesetzt werden. Auf Basis der bisherigen Erfolge – wie beispielsweise die Übernahme der Strom- und Dampferzeugung für die Erfurt & Sohn KG sowie deren Tochterunternehmen German Paper Solutions GmbH & Co. KG am Hauptstandort Wuppertal/Schwelm, die Errichtung der Energiezentrale für Ford in Saarlouis (22 MW_{el}, 20 MW_{th}) sowie des BHKW der Karlsberg-Brauerei in Homburg (3,4 MW aus KWK) und die Erweiterung und Modernisierung der Energieversorgung der TU Darmstadt durch die STEAG New Energies GmbH - wird der KSBG-Konzern seine außerordentliche Expertise weiterhin offensiv am Markt platzieren, um zusätzliche Unternehmen und Industriekunden dauerhaft zu gewinnen und die Geschäftstätigkeit im Bereich Dezent-

rale Energien auszubauen. Die Erschließung zusätzlicher Marktpotenziale in kleineren Anlagengrößen sowie neuer Kundengruppen und der effektive Vertrieb bei wettbewerbsfähigen Kostenstrukturen stehen im Vordergrund.

Diversifizierung und Technologieoffenheit sind wesentliche Elemente für die Zukunftsfähigkeit des KSBG-Konzerns im deutschen Energiemarkt. Einen Beitrag dazu leistet der strategische Wiedereintritt in den derzeit wachsenden Waste to Energy Markt durch die erfolgreiche Übernahme und den Betrieb von zwei Abfallverbrennungsanlagen. Der Prozess der Integration in den KSBG-Konzern konnte erfolgreich abgeschlossen werden und beide Anlagen liefern einen stabilen Ergebnisbeitrag in einem positiven Marktumfeld.

Ausbau des Dienstleistungsgeschäfts

Im Bereich der Energiedienstleistungen und im Betreiben von Energieerzeugungsanlagen ist der KSBG-Konzern international erfolgreich. Planung, Errichtung sowie Betriebsführung von Energieerzeugungsanlagen auf Basis konventioneller und erneuerbarer Energien für Dritte gehören zum Kerngeschäft der STEAG Energy Services GmbH. Der KSBG-Konzern blickt auf langjährige Kraftwerkskompetenz zurück, die erfolgreich in Deutschland, aber vor allem auch im Ausland, so zum Beispiel in Indien, Brasilien und Botswana, an Dritte vermarktet wird. Dabei steigt sukzessiv auch der Anteil der erneuerbaren Energien im Dienstleistungsportfolio. Die internationalen Aktivitäten werden in den nächsten Jahren verstärkt ausgebaut. Ein sehr gutes Beispiel ist das im Rahmen einer internationalen Ausschreibung erhaltene Mandat für die Entwurfsplanung des ökologischen Umbaus und der Modernisierung des Kraftwerks Pljevlja in Montenegro, eines der wichtigsten energiepolitischen Projekte des Balkanstaates.

Großes Potenzial für die Zukunft zeichnet sich im Rückbau von Nuklearanlagen ab. Bereits seit mehreren Jahrzehnten erbringt die STEAG Energy Services GmbH Planungs-, Dienst- und Beratungsleistungen, entwickelt und liefert Systeme und Komponenten zum Rückbau und zur Abfallbehandlung kerntechnischer Anlagen. Aktuell steht hierfür der erhaltene Auftrag für die Planung und Ausführung des Rückbaus von bestimmten Bauelementen im Reaktordruckbehälter im Kernkraftwerk Mühleberg in der Schweiz. Ferner bringt die Kooperation mit dem Kerntechnikspezialisten Kraftanlagen Heidelberg GmbH Kompetenzen zusammen und ist eine vielversprechende Ausgangsbasis für nationale und internationale Projekte beim Rückbau kerntechnischer Anlagen. Diese Kooperation und der Erwerb des Geschäftsbereichs „Krantz“ von der Caverion Deutschland GmbH versprechen mit Blick auf den deutschen Kernenergieausstieg breitgefächerte Wachstumsperspektiven - auch im internationalen Markt.

Der Fokus der STEAG Power Minerals GmbH als Dienstleister der Industrie und Bauwirtschaft liegt auf der Übernahme von Kraftwerksnebenprodukten, der Produktion und Lieferung von Baustoffen, Strahlmitteln und Industriemineralien, der Versorgung von Kraftwerken mit sekundären Brennstoffen sowie Absorbenzien für die Rauchgasreinigung und dem Management von Deponien für Sonderabfälle. Durch Partnerschaften sollen die internationalen Geschäftsaktivitäten weiter ausgebaut werden, um das durch die Stilllegung von Kraftwerken im Inland zurückgehende Flugaschengeschäft zu kompensieren.

Portfoliostrategie und Neuprojekte

Investoren zeigen aufgrund sicherer Renditen verstärkt Interesse an leitungsgebundener Infrastruktur, Fernwärme sowie an Wind- und Solar-Anlagen. Mit seinem aktiven Portfoliomanagement analysiert der KSBG-Konzern stetig seine Anlagen und Beteiligungen auf finanzielle und strategische Attraktivität. Vor dem Hintergrund des entsprechenden Marktumfelds können Beteiligungen (teil-)veräußert werden oder aber Partner für attraktive Anlagen und Beteiligungen gefunden werden, um neue Wachstumsimpulse zu setzen. Ziel ist es auch, Liquidität für Investitionen in neue Projekte, insbesondere zur Diversifizierung des Deutschlandgeschäftes und zur Realisierung von Investitionen in Wachstumsmärkte zu generieren.

Ein Beispiel für aktives Portfoliomanagement im Jahr 2018 ist der erfolgreiche Verkauf einer 49 Prozent Minderheitsbeteiligung an einem Windparkportfolio in Frankreich an ein Tochterunternehmen der Allianz Global Investors GmbH sowie der erfolgreiche Verkauf kleinerer, dezentraler Biomasse- und Biogasanlagen in Deutschland.

Auch der Wärmemarkt in Polen verspricht für den KSBG-Konzern Wachstumspotenzial. Die Chance, bereits einen längeren Zeitraum vor Ort vertreten und als Spezialist anerkannt zu sein, soll genutzt werden, um das Engagement auszuweiten. Der KSBG-Konzern kann seine Expertise bei der Optimierung bestehender Wärmeversorgungen einbringen und somit Potenziale heben.

Durch die Entwicklung von Projekten in ausgewählten Ländern und Märkten werden technologieunabhängig Wachstumschancen aufgegriffen. Durch lokale Netzwerke, ein hohes Maß an Flexibilität und durch Marktnähe können attraktive Projektansätze frühzeitig identifiziert, Marktveränderungen zeitnah antizipiert und so Wettbewerbsvorteile erzielt werden.

Geothermie und Windkraft sind wesentliche Elemente, um den Anteil der erneuerbaren Energien im Erzeugungsportfolio des KSBG-Konzerns auszubauen. So bereitet eine Konzerngesellschaft des KSBG-Konzerns in Indonesien gemeinsam mit einem lokalen Partner den Bau eines Geothermiekraftwerks vor. Die bisher im Rahmen der beiden, seit Dezember 2017 durchgeführten Explorationsbohrungen erhobenen Daten werden zurzeit aufgearbeitet, um einen belastbaren Bohrplan zu erstellen. Im Anschluss daran sollen die weiteren Schritte zeitnah festgelegt werden. Wie geplant, führt der KSBG-Konzern Gespräche zur Aufnahme eines weiteren Projektpartners.

Gleichzeitig bleiben erneuerbare Energien und insbesondere die Windkraft ein Zukunftsmarkt. Deshalb wird der KSBG-Konzern mit einem angepassten Geschäftsmodell weiter auf erneuerbare Energien setzen. Die veränderten Rahmen- und Investitionsbedingungen schaffen Märkte, die sich der KSBG-Konzern nutzbar machen will. Bei künftigen Investitionen liegt der Fokus nicht mehr auf dem langfristigen Eigentum von Vermögenswerten. Vielmehr sind ein früherer Einstieg in die Entwicklung von Projekten, die Übernahme der Betriebsführung, die Nutzung des energiewirtschaftlichen Know-hows sowie ein flexiblerer Abverkauf in Entwicklung befindlicher bzw. fertiggestellter Windparks vorgesehen.

Strategische Partnerschaften

Mit seiner Kompetenz, Innovationsfähigkeit und Erfahrung bei der Planung, Realisierung und dem Betrieb von Kraftwerken hat der KSBG-Konzern nicht allein in Deutschland einen Namen, auch im Ausland setzen Unternehmen bei der Suche nach geeigneten Partnern bereits seit Jahrzehnten auf das Know-how aus Essen. Da die thermischen Großkraftwerke in Deutschland wegen des Ausbaus der erneuerbaren Energien wirtschaftlich erheblich unter Druck stehen, erweisen sich die internationalen Tätigkeiten als eine wichtige Säule des KSBG-Konzerns.

Auf Basis der bisherigen Erfahrungen und mit Blick auf das internationale Wachstumspotenzial hat der KSBG-Konzern mit der australischen Beteiligungsgesellschaft Macquarie Corporate Holdings Pty Limited das Gemeinschaftsunternehmen Asian Power Development Platform Joint Venture PTE. Ltd. (APDP) gegründet, das in Südostasien, vornehmlich in Indonesien, Malaysia, Vietnam und auf den Philippinen im Wesentlichen erneuerbare Energieprojekte entwickeln, realisieren und betreiben soll. Die genannten Emerging Countries sind Länder, die einen hohen oder wachsenden Bedarf an Energieinfrastruktur und verlässlicher Energieversorgung haben. Der KSBG-Konzern liefert das auf langjähriger Erfahrung beruhende technische Know-How. Darüber hinaus kann der KSBG-Konzern Dienstleistungen in der Projektentwicklung, der Realisierung und der Betriebsführung erbringen und es besteht die Möglichkeit der direkten Beteiligung an den realisierten Projekten.

Forschung und Entwicklung

Forschung und Entwicklung 2018

Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der STEAG GmbH konzentrierten sich auch im Jahr 2018 auf anwendungsnahe Themen und nicht auf die Grundlagenforschung. Dies betrifft sowohl die zentrale Forschung und Entwicklung der STEAG GmbH als auch die Tochtergesellschaften.

Im Jahr 2018 wurde das Schwerpunkthema Digitalisierung intensiv vorangetrieben um die weitgefächerten Aktivitäten auf diesem Gebiet innerhalb des KSBG-Konzerns zu erfassen und weiterzuentwickeln. Der Dialog und enge Austausch des Themas innerhalb des gesamten Unternehmens wird weiter gestärkt.

Das Anfang des Jahres 2017 mit insgesamt 46 Partnern im Rahmen der SINTEG-Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums gestartete Vorhaben „Designetz“ erreicht in Kürze die Halbzeit. In diesem Zuge wurde ein Elektrodenkessel am Standort Fenne errichtet und am 20. November 2018 offiziell eingeweiht. Die durch den Kessel gegebene Flexibilität erlaubt es, insbesondere zu Zeiten negativer Strompreise, wirtschaftlich Fernwärme zu erzeugen.

Die am Standort Lünen befindliche CO_2-Abscheideanlage wird aufgrund der Stilllegung des Standorts nach Herne verlagert. Im Rahmen des Vorhabens, CO_2-arme Fernwärme aus Steinkohle zu erzeugen, soll eine Plattform errichtet werden, die die Erprobung einer Synthese von Kraftstoffen - vornehmlich Ethanol, Kerosin oder chemischer Produkte - ermöglichen soll. Zugleich sollen die Chancen einer Wasserstoffproduktion auf Basis von Stromüberschuss ausgelotet werden. Es ist geplant, mit Partnern diese Plattform und die in diesem Zusammenhang stehenden Digitalisierungsoptionen auszubauen. Die Plattform in Herne wird es ermöglichen, CO_2 sowohl aus dem bestehenden Kohleblock als auch aus dem neu zu errichtenden GuD-Block zu verwerten.

FlexiTes, ein Gemeinschaftsvorhaben zur Erprobung der Erweiterung der Flexibilität von thermischen Kraftwerken auch in Verbindung mit Speichern, an dem sich der KSBG-Konzern beteiligt hat, tritt in die Endphase. Das Verbundvorhaben wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gefördert.

Die Auswirkungen der E-Mobilität, insbesondere auf die Verteilnetze, werden im Zuge des Ausbaus der KSBG-eigenen Elektroautos weiter erprobt. Hier gewinnt die Integration von Batteriespeichern an Bedeutung.

Das Thema längerfristiger Stromspeicherung, auch unter dem Aspekt möglicher Netzersatzanlagen, wurde im Berichtsjahr weiter untersucht. Dazu gehörte auch die Erforschung der Möglichkeiten und Grenzen thermischer Speicher.

Im Rahmen der operativen Entwicklung sind in diesem Jahr die Aktivitäten im Bereich der Fernwärme im Zusammenhang mit der Digitalisierung, insbesondere die Lastoptimierung mit Vermeidung von Spitzenlasten sowie die Nutzung von Gebäudemassen als Pufferspeicher, hervorzuheben. Des Weiteren wird das Thema Smart Metering in der Fernwärme im Rahmen einer Zählerfernauslesung und Fernsteuerung erprobt.

Bei den Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Tochtergesellschaften der STEAG GmbH wurden Einzelaspekte, wie die Situation der rückläufigen Flugaschemengen oder die energetische Nutzung niederkalorischer Gase und thermische Abluftreinigung mittels Mikrogasturbinen untersucht.

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung[1]

Die konjunkturelle Expansion der Weltwirtschaft hat sich im Jahr 2018 fortgesetzt, wenngleich die Dynamik im Jahresverlauf nachgelassen hat. Das globale Bruttoinlandsprodukt stieg mit einer Rate von 4,3 Prozent ähnlich stark wie im Vorjahr (4,2 Prozent). Schon seit Jahresbeginn haben sich die Unterschiede in der konjunkturellen Dynamik zwischen den Ländern vergrößert. So expandierte die Konjunktur in den USA nach einem schwachen Start im weiteren Verlauf kräftig. Vor allem der private Konsum nahm zu, gestützt durch einen kräftigen Beschäftigungsaufbau und beschleunigten Lohnauftrieb. Zudem gaben die Steuersenkung und die erhöhten Staatsausgaben der Konjunktur zusätzlichen Schwung. Allerdings hat die gestiegene Unsicherheit durch den Handelskonflikt zwischen den USA und China die Investitionstätigkeit der amerikanischen Unternehmen in der zweiten Jahreshälfte etwas gebremst. In Japan ist es vor allem die Binnennachfrage, die den Aufschwung trägt. So wurden aufgrund der hohen Kapazitätsauslastung vor allem Erweiterungsinvestitionen getätigt. Der private Konsum wurde durch ein kräftiges Anziehen der Reallöhne begünstigt. Im Euroraum dagegen schwächt sich die Expansion ab. Maßgeblich dafür waren die schwächeren Exporte im Zuge der Verlangsamung des Welthandels, während die Binnennachfrage mit wenig verändertem Tempo weiter zunahm. Trotz der konjunkturellen Abschwächung setzte sich der Beschäftigungsaufbau weiter fort und die Arbeitslosenquote sank.

Die wirtschaftliche Stimmung in den Schwellenländern hat sich deutlich eingetrübt. Neben politischen Unsicherheiten spielt insbesondere die hohe Verschuldung einiger Länder in US-Dollar im Hinblick auf die Aufwertung der Währung eine entscheidende Rolle. Der Umschwung bei den Kapitalströmen hat einige Währungen der Schwellenländer wie die der Türkei oder Argentinien unter Druck gesetzt. Aber auch die sinkenden Preise für Industrierohstoffe treffen einige exportierende Länder und weisen auf eine allgemein nachlassende Grunddynamik der Weltwirtschaft hin. Dies zeigt sich auch in China, wo die konjunkturelle Dynamik im Jahresverlauf etwas an Fahrt verloren hat. So wirkt die hohe Verschuldung, aber auch der Handelskonflikt mit den USA leicht dämpfend auf die Binnennachfrage. Dennoch nahm in China das Tempo des Wachstums nur geringfügig ab (2018: 6,6 Prozent vs. 2017: 6,8 Prozent). Alles in allem weisen die Schwellenländer mit 5,76 Prozent eine ähnlich hohe Wachstumsrate auf wie im Vorjahr (5,6 Prozent).

Die deutsche Konjunktur setzt ihren Wachstumskurs fort, wenngleich mit geringerem Tempo als zuvor. So trägt der Verbrauch der privaten Haushalte zwar weiterhin erheblich zum Wachstum bei, allerdings fallen die Zuwachsraten nicht mehr so kräftig aus wie in den vergangenen drei Jahren, in denen über weite Strecken rückläufige Energiepreise die Kaufkraft der privaten Haushalte angeschoben hatten. Darüber hinaus ist die exportabhängige deutsche Wirtschaft besonders von den Risiken für die zukünftigen globalen Handelsverflechtungen betroffen: Vielerorts schwächelt die Investitionstätigkeit bereits und damit die Nachfrage nach deutschen Produkten. Dies wirkt sich auch auf die Investitionstätigkeit in Deutschland aus, die von Zurückhaltung geprägt ist. Die verlangsamte konjunkturelle Gangart spiegelt sich am Arbeitsmarkt wider. So wurde die Beschäftigung weiter ausgeweitet, wenngleich der Anstieg an Fahrt verliert. Zu der hohen Kapazitätsauslastung passt auch die anziehende Lohndynamik, die neben dem Anstieg der Energie- und Nahrungsmittelpreise die Inflation ansteigen lässt. Alles in allem setzt sich aber der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland weiter fort (2018: 1,5 Prozent vs. 2017: 2,2 Prozent).

Energieverbrauch und -erzeugung[2]

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland ist im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr deutlich um nahezu 5 Prozent gesunken und befand sich auf dem niedrigsten Niveau seit Anfang der 1970er Jahre. Diese Abnahme ist vor allem auf die milde Witterung, steigende Energiepreise und Erhöhung der Energieeffizienz zurückzuführen. Der Verbrauch von Mineralöl ging im Vergleich zum Vorjahr um rund 6 Prozent, der von Erdgas um rund 7 Prozent zurück. Einen noch deutlicheren Verbrauchsrückgang von rund 11 Prozent verzeichnete die Steinkohle, insbesondere aufgrund von Rückgängen in der Strom- und Wärmeerzeugung. Braunkohle verlor demgegenüber im Vergleich mit rund 2 Prozent nur leicht. Die Nutzung der Kernenergie war mit einem Rückgang von 0,3 Prozent nahezu unverändert. Erneuerbare Energien nahmen gegenüber dem Vorjahr mit 2 Prozent zu. Wieder ist hierbei die Windenergie mit einer Zunahme der Einspeisung um 7 Prozent zu nennen, die Photovoltaik nahm mit 16 Prozent noch deutlicher zu. Biomasse blieb nahezu unverändert und die Wasserkraft verzeichnete einen Verlust von 16 Prozent. Im Jahr 2018 betrug der Anteil erneuerbarer Energien am deutschen Energieverbrauch 14 Prozent (Vorjahr: 12,8 Prozent).

Die Höhe der energiebedingten CO_2-Emissionen sank im Vergleich zum Vorjahr um rund 6 Prozent.

[1] Die nachfolgenden Ausführungen basieren im Wesentlichen auf Kieler Konjunkturberichte, Institut für Weltwirtschaft (IFW) Kiel, Weltkonjunktur, Nr. 37 (2017/Q4), Deutsche Konjunktur, Nr. 38 (2017/Q4), Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin, Wochenbericht Nr. 50/2017, RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) Essen, RWI Konjunkturberichte 68 (2017) Heft 4.

[2] Alle Daten zu Energieverbrauch und -erzeugung sind vorläufige Angaben der AG Energiebilanzen e. V. (Stand: Dezember 2018)

Stromverbrauch

Der Stromverbrauch 2018 ist in Summe gegenüber 2017 nur um 0,2 TWh auf 598,9 TWh gestiegen. Die Bruttostromerzeugung nahm um 0,7 Prozent ab (2018: 648,9 TWh vs. 2017: 653,7 TWh). Der Exportüberschuss betrug 50 TWh (2017: 55,0 TWh).

Energiepreisentwicklung

Im Verlauf des Jahres 2018 konnte ein deutlicher Preisanstieg an den internationalen Rohstoffmärkten beobachtet werden.

Nachdem der Preis für ein Barrel der Nordseesorte Brent 2016 einen Tiefpunkt von 27,88 $/bbl erreicht hatte, stieg der Rohölpreis seitdem stetig an. Der durchschnittliche Brent-Preis für das Jahr 2018 lag mit 71,57 $/bbl um 30 Prozent höher als 2017 (54,85 $/bbl). Für diese Entwicklung sind insbesondere die OPEC-Staaten und Russland verantwortlich. Das Ziel, die weltweiten Speicherniveaus zu normalisieren, wurde mittlerweile erreicht. Selbst eine Steigerung der Ölproduktion in den USA mittels Fracking konnte den Ölpreisanstieg nicht nachhaltig bremsen.

Nach 9,353 Mio. Barrel pro Tag (mbpd) im Jahr 2017 produzierten die USA im Jahr 2018 10,88 mbpd (+16 Prozent).
Der durchschnittliche Preis für Erdgas im Marktgebiet Net Connect Germany nahm im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr um rund 30 Prozent zu. Damit verzeichnete Erdgas ähnlich wie Öl und Kohle einen deutlichen Preisanstieg. Die Zunahme des Durchschnittspreises für 2018 ist eine Folge der starken Kältewelle im Februar und März 2018 mit einem Maximalpreis von 71 €/MWh, auch folgte der Gaspreis zeitweise höheren Rohöl-Preisnotierungen (so existieren weiterhin Langfristverträge mit teilweiser Indexierung auf den Ölpreis). Ferner wurde der Erdgaseinsatz durch den steigenden Kohlepreis aufgrund möglicher Substitution der Kohleverstromung durch Erdgaskraftwerke unterstützt.

Im Vergleich zum Vorjahr hat der API#2, der für Europa relevante Preisindex für Steinkohle, einen Preisanstieg von knapp 9 Prozent verzeichnet. Nachdem der Preis für Steinkohle 2017 im Durchschnitt noch 84,49 $/t betrug, stieg dieser 2018 im Jahresdurchschnitt auf 91,91 $/t. Ein Großteil dieses Preisanstiegs ist auf den starken Nachfrageanstieg im asiatischen Raum durch die überdurchschnittliche Hitze im Sommer zurückzuführen.

Nach mehreren Jahren der Verhandlungen wurde die Reform des europäischen Emissionshandels für die vierte Handelsperiode (2021-2030) Ende Februar 2018 verabschiedet. Die wesentlichen Bestandteile der Reform sollen zum einen den europäischen Emissionshandel stärken, damit er seiner Funktion als zentrales Instrument der EU-Klimaschutzpolitik wieder gerecht wird. Dafür wird der lineare Reduktionsfaktor, der die jährliche Absenkung der Emissionsobergrenze widerspiegelt, von 1,74 Prozent auf 2,2 Prozent erhöht. Zudem wird die Entnahmerate der Marktstabilitätsreserve von 12 Prozent auf 24 Prozent im Zeitraum von 2019 bis 2024 erhöht. Damit soll der bestehende Überschuss an Zertifikaten schneller abgebaut werden. Die Zahl der Zertifikate in der Marktstabilitätsreserve wird auf die Auktionsmenge des Vorjahres begrenzt und die Menge an Zertifikaten, die darüber hinausgeht, wird dauerhaft gelöscht. Auch können einzelne Länder Zertifikate aus der Auktionsmenge bei Stilllegungen im Energiesektor aufgrund von zusätzlichen nationalen Maßnahmen freiwillig löschen. Zum anderen soll aber auch neben der Stärkung des EU-Emissionshandels die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrien in der EU erhalten bleiben. Dafür wird unter anderem der Anteil, der für die kostenlose Zuteilung vorhanden ist, um 3,5 Prozent erhöht. Zudem erhalten Branchen, die von Carbon – Leakage, also einem Mangel an Zertifikaten, betroffen sind, CO_2-Zertifikate bis zu 100 Prozent kostenlos. In Folge der Verabschiedung der Reform kam es im weiteren Verlauf des Jahres zu einem deutlichen Preisanstieg, der kurzzeitig sogar die 25 € Marke überschritt. Gründe dafür sind u.a., dass durch die gewonnene Sicherheit neue Investoren und damit einhergehend auch Spekulanten in den Markt ziehen. Auch dürfte die Nachfrage nach den CO_2-Zertifikaten gestiegen sein, weil viele Industriebetriebe, die weiterhin auf niedrige CO_2-Preise gesetzt hatten, Zertifikate nachgekauft haben, als sie feststellten, dass die Preise deutlich anstiegen. So liegt der Durchschnittspreis für das Jahr 2018 mit 15,95 €/t um rund 173 Prozent höher als 2017 (5,85 €/t).

Die Aufwärtsbewegung bei den Strompreisen setzte sich im Jahr 2018 fort. Mit einem deutlichen Anstieg von mehr als 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr lag der durchschnittliche Spotpreis an der Strombörse EPEX Spot bei 44,53 €/MWh (2017: 34,05 €/MWh). Auch der Peak-Kontrakt gewann 2018 um über 27 Prozent an Wert und erreichte im Jahresdurchschnitt 48,23 €/MWh (2017: 37,91 €/MWh). Dieser Preisanstieg ist vor allem auf die höheren Erzeugungskosten von Kohle- sowie Gaskraftwerken zurückzuführen.

Ertragslage

Ergebnis 2018

Zur internen Steuerung und als Indikator für die nachhaltige Ertragskraft des Konzerns werden die Kennzahlen EBITDA und EBIT verwendet. Es handelt sich um das um Sondereffekte (Neutrales Ergebnis) bereinigte Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) bzw. vor Zinsen und Steuern (EBIT).

Mit dem neutralen Ergebnis wird das in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit um Effekte bereinigt, die zwar für die Beurteilung der Ertragslage wesentlich, jedoch kein Indikator für die operative Wertschöpfung des Unternehmens sind, um so ein nachhaltiges betriebliches Ergebnis zu ermitteln und auszuweisen.

Im Geschäftsjahr 2018 sind die Kennzahlen EBITDA und EBIT des KSBG-Konzerns entsprechend der Planung im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen.

EBITDA und EBIT KSBG-Konzern

in Millionen €	**2018**	2017	Veränd. in %
Umsatzerlöse	2.890,4	3.614,2	-20,0
EBITDA	287,3	313,7	-8,4
EBIT	120,1	138,0	-13,0
EBITDA-Marge in %	**9,9%**	**8,7%**	
EBIT-Marge in %	**4,2%**	**3,8%**	

Vorjahreswerte angepasst.

Die Vorjahreswerte wurden aufgrund der retrospektiven Anwendung der neuen Rechnungslegungsstandards IFRS 9 „Finanzinstrumente“ und IFRS 15 „Erlöse aus Verträgen mit Kunden“ angepasst.

Das EBIT hat mit 120,1 Millionen € das Budget um 18,1 Millionen € überschritten und liegt erwartungsgemäß unter dem Wert aus dem Geschäftsjahr 2017 von 138,0 Millionen €. Die EBIT-Marge (EBIT/Umsatz) erhöhte sich leicht von 3,8 Prozent im Vorjahr auf nun 4,2 Prozent.

Das EBITDA hat mit 287,3 Millionen € das Budget um 13,5 Millionen € überschritten und liegt erwartungsgemäß unter dem Wert aus dem Geschäftsjahr 2017 von 313,8 Millionen €. Die EBITDA-Marge (EBITDA/Umsatz) liegt mit 9,9 Prozent über dem Niveau des Vorjahres von 8,7 Prozent.

Die Überschreitung von EBIT und EBITDA gegenüber Budget resultiert im Wesentlichen aus höheren Gewinnen bei dem Auslandskraftwerk des KSBG-Konzerns in der Türkei.

Die nachfolgende Überleitung vom Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern zum EBIT und EBITDA stellt dar, dass die Ergebnisgrößen im Geschäftsjahr 2018 in einem höheren Maße durch Sondereffekte beeinflusst wurden als im vorangegangenen Geschäftsjahr.

Überleitung EBIT und EBITDA KSBG-Konzern

in Millionen €	**2018**	2017
Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern	102,1	134,3
Neutrale Effekte aus dem Transformationsprogramm STEAG	-22,5	-16,4
Andere neutrale Wertaufholungen und Wertberichtigungen	40,4	28,9
Weitere Effekte	0,1	-8,8
EBIT	120,1	138,0
Abschreibungen und Wertminderungen	208,5	215,0
Wertaufholungen	-0,9	-10,4
zzgl. neutrale Effekte	-40,4	-28,9
EBITDA	287,3	313,7

Vorjahreswerte angepasst.

Die in dem Transformationsprogramm STEAG 2022 zusammengefassten neutralen Sachverhalte betreffen im aktuellen Berichtsjahr insbesondere die Auflösung von Rückstellungen für Restrukturierungen aufgrund nicht geplanter Fluktuation sowie Optimierungen in der Umsetzung der Personalmaßnahmen.

Gewinn- und Verlustrechnung KSBG-Konzern

in Millionen €	2018	2017
Umsatzerlöse	2.890,4	3.614,2
Bestandsveränderung der Erzeugnisse	-7,4	-14,4
Andere aktivierte Eigenleistungen	1,4	1,8
Sonstige betriebliche Erträge	880,4	542,4
Materialaufwand	-2.144,7	-2.869,7
Personalaufwand	-349,6	-355,5
Abschreibungen und Wertminderungen	-207,4	-213,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-961,0	-570,6
Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern	**102,1**	**134,3**
Zinserträge	71,8	69,4
Zinsaufwendungen	-95,5	-94,0
Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	17,4	-1,1
Sonstiges Finanzergebnis	0,9	1,1
Finanzergebnis	**-5,4**	**-24,6**
Ergebnis vor Ertragsteuern	**96,7**	**109,7**
Ertragsteuern	-91,7	-71,0
Ergebnis nach Steuern	**5,0**	**38,7**
davon entfallen auf		
andere Gesellschafter	56,5	61,7
Anteilseigner der KSBG KG	-51,5	-23,0

Vorjahreswerte angepasst.

Außenumsatz nach Unternehmensbereichen

in Millionen €	2018	2017	Veränd. in %
Kraftwirtschaft	2.555,3	3.256,8	-21,5
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	335,1	357,4	-6,2
KSBG-Konzern	**2.890,4**	**3.614,2**	**-20,0**

Vorjahreswerte angepasst.

Die Umsatzerlöse reduzierten sich insgesamt um 20,0 Prozent auf 2.890,4 Millionen € (Vorjahr: 3.614,2 Millionen €). Im Jahresvergleich wirkte sich die Reduktion der vermarktbaren Strommengen aus. Dies ist unter anderem dadurch begründet, dass die Blöcke Bexbach und Weiher als Netzreservekraftwerke mittelfristig keinen vermarktbaren Strom erzeugen und die Kraftwerksanlagen Herne 3 sowie West 1/2 stillgelegt wurden.

Der gesamte Energieabsatz aus eigener und für Kunden betriebener Leistung sowie aus zugekauften Handelsmengen im Unternehmensbereich Kraftwirtschaft sank um 38,3 Prozent gegenüber 2017 auf 48.450,4 $GWh_ä$[3] (Vorjahr: 78.575 $GWh_ä$). Der deutliche Rückgang des Energieabsatzes ist insbesondere auf die Stilllegung von Kraftwerksblöcken zurückzuführen.

Der Wärmeabsatz aus dem Unternehmensbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen sank um 9,3 Prozent auf 2.256 GWh_{th} (Vorjahr: 2.486,4 GWh_{th}) und der Stromabsatz nahm um 15,5 Prozent auf 2.279 GWh_{el} (Vorjahr: 2.696 GWh_{el}) ab.
Der Umsatzrückgang im Unternehmensbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen resultiert im Wesentlichen aus einem Sondereffekt im Jahr 2017 bei der STEAG New Energies GmbH aus dem Verkauf einer im Kundenauftrag erstellten Anlage für die Ford-Werke GmbH.

[3] Energieabsatz in GWh_a umfasst elektrische und thermische Energie, wobei die thermische in eine äquivalente elektrische Menge umgerechnet wurde.

Die Bestandsveränderungen der angearbeiteten Leistungen sind mit minus 7,4 Millionen € (Vorjahr: minus 14,4 Millionen €) gestiegen; die anderen aktivierten Eigenleistungen sind mit 1,4 Millionen € (Vorjahr: 1,8 Millionen €) gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr von 542,4 Millionen € um 338,0 Millionen € auf 880,4 Millionen € im Berichtsjahr gestiegen.

Die Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen zurückzuführen auf höhere Erträge aus der Derivatebewertung (ohne Zinsderivate) in Höhe von 756,4 Millionen € (Vorjahr: 391,0 Millionen €). Die Entwicklung liegt insbesondere begründet in gestiegenen Marktpreisen gepaart mit Schwankungen in den Handelsvolumina und zeigt sich ebenso in höheren Aufwendungen aus der Derivatebewertung.

Die Reduzierung des Materialaufwands um 725,0 Millionen € ist insbesondere auf die Reduktion der vermarktbaren Strommengen zurückzuführen. Es wird auf die Ausführungen zu den Umsatzerlösen verwiesen.

Der Personalaufwand ist um 5,9 Millionen € auf 349,6 Millionen € (Vorjahr: 355,5 Millionen €) gesunken. Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl hat sich im KSBG-Konzern gegenläufig von 6.183 auf 6.391 Mitarbeiter leicht erhöht. Dabei ist die Erhöhung im Wesentlichen auf Auslandsgesellschaften zurückzuführen. Im Berichtsjahr verminderte der Saldo aus Zuführung und Auflösung der Restrukturierungsrückstellungen den Personalaufwand um 21,4 Millionen €. Grund hierfür waren Veränderungen in der Umsetzung von geplanten Maßnahmen sowie eine stärkere Fluktuation in betroffenen Bereichen. Aus der Entscheidung zur Systemrelevanz der Kraftwerke Weiher und Bexbach ergab sich für das Vorjahr eine teilweise Auflösung der personalbezogenen Rückstellungen für Restrukturierung in Höhe von 27,9 Millionen €.
Die Abschreibungen und Wertminderungen von 207,4 Millionen € (Vorjahr: 213,9 Millionen €) betreffen mit 162,1 Millionen € (Vorjahr: 167,4 Millionen €) planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde das Anlagevermögen bei dem Geothermieprojekt in Indonesien um 25,6 Millionen € im Wert gemindert. Darüber hinaus erfolgte eine Wertminderung des Anlagevermögens bei einer Biomasseanlage in Polen in Höhe von 9,8 Millionen €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr von 570,6 Millionen € um 390,4 Millionen € auf 961,0 Millionen € gestiegen. Die Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen zurückzuführen auf höhere Aufwendungen aus der Derivatebewertung (ohne Zinsderivate) in Höhe von 745,4 Millionen € (Vorjahr: 363,3 Millionen €). Die Entwicklung liegt insbesondere begründet in höheren Marktpreisen gepaart mit Schwankungen in den Handelsvolumina und zeigt sich ebenso in höheren Erträgen aus der Derivatebewertung. Des Weiteren wirken sich im Vorjahr insbesondere höhere Aufwendungen aus der Zuführung von sonstigen Rückstellungen in Höhe von 19,4 Millionen € aus. Im aktuellen Berichtsjahr erfolgte eine Zuführung in Höhe von 5,1 Millionen €.

Das Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern hat sich gegenüber dem Vorjahr um 32,2 Millionen € auf 102,1 Millionen € vermindert.

Im Finanzergebnis 2018 haben sich die Zinserträge um 2,4 Millionen € erhöht. Die Zinsaufwendungen sind um 1,5 Millionen € im Finanzergebnis des Geschäftsjahres 2018 gestiegen.

Durch die Erhöhung des Ergebnisses aus at Equity bilanzierten Unternehmen um 18,5 Millionen € erhöhte sich ebenfalls das Finanzergebnis. Im Wesentlichen resultiert die Erhöhung aus einem Sondereffekt bei einem Gemeinschaftsunternehmen in den USA.

Des Weiteren reduzierte sich das sonstige Finanzergebnis um 0,2 Millionen €.

Das Ergebnis vor Ertragsteuern sank von 109,7 Millionen € auf 96,7 Millionen €.

Der Ertragsteueraufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr von 71,0 Millionen € um 20,7 Millionen € auf 91,7 Millionen € erhöht. Die Erhöhung des Ertragsteueraufwands resultiert im Wesentlichen aus höheren laufenden Steuern bei der Tochtergesellschaft Iskenderun Enerji Üretim ve Ticaret A.S. (Türkei) bedingt durch ein deutlich besseres Ergebnis vor Steuern als im Vorjahr. Des Weiteren wurde aufgrund des Erwerbs der Restanteile an der Thermische Abfallbehandlung Lauta GmbH & Co. oHG, Essen, ein einmaliger Steueraufwand erfasst, welcher durch den Verkäufer erstattet wurde. Die Erstattung wird als sonstiger betrieblicher Ertrag ausgewiesen.

Finanzlage

Finanzwirtschaftliches Risikomanagement

Das Finanzmanagement im Konzern wird für die Konzerngesellschaften im Wesentlichen von der STEAG GmbH vorgenommen. Die STEAG GmbH führt dies im Rahmen eines im Jahr 2011 mit der KSBG KG sowie der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH als Komplementärin der KSBG KG geschlossenen Dienstleistungsvertrags auch für diese Gesellschaften durch.

Die wesentlichen Ziele des Finanzmanagements sind die Sicherung der finanziellen Unabhängigkeit und die Begrenzung von Refinanzierungsrisiken für den KSBG-Konzern.

Die STEAG GmbH steuert die Mittelaufnahmen sowie die Bürgschaften und Garantien der STEAG-Konzerngesellschaften zentral. Die STEAG GmbH verfügt über flexible Möglichkeiten zur Absicherung der Kapitalerfordernisse aus laufender Geschäftstätigkeit sowie aus Investitionen und Tilgungen von Finanzschulden.

Ein weiteres wesentliches Ziel des Finanzmanagements ist es, die Einhaltung der in den Verträgen der KSBG KG und der STEAG GmbH enthaltenen Kennzahlen sicherzustellen. Die KSBG KG hat zur Finanzierung eines Teils des Kaufpreises für die Anteile an der STEAG GmbH einen Kreditvertrag mit einem Bankenkonsortium geschlossen. Zu den wesentlichen Konditionen dieses Konsortialkreditvertrags gehört die Einhaltung von Finanzkennzahlen, die auf Basis des Konzernabschlusses der KSBG KG zu ermitteln sind. Es sind Vorgaben zum Nettoverschuldungsgrad als Verhältnis von Nettoverschuldung und adjustiertem EBITDA sowie ein Zinsdeckungsgrad einzuhalten[4].

Zu den wesentlichen Konditionen der Schuldscheindarlehen der STEAG GmbH und der EFET-Verträge gehört die Einhaltung von Finanzkennzahlen, die auf Basis des Konzernabschlusses der STEAG GmbH zu ermitteln sind. Hierbei handelt es sich um eine Vorgabe zum Nettoverschuldungsgrad als Verhältnis von Nettoverschuldung zu adjustiertem EBITDA[5] sowie bei den EFET-Verträgen um Vorgaben zum Tangible Net Worth[6] und/oder zur Eigenkapitalquote.

Finanzierungspolitik

Im Rahmen des Erwerbs der restlichen 49,0 Prozent an der STEAG GmbH im Jahr 2014 wurde die Finanzierung der KSBG KG neu strukturiert. Ein Bankenkonsortium bestehend aus vierzehn Banken hat der KSBG KG einen Konsortialkredit mit einer Laufzeit von bis zu zehn Jahren zur Verfügung gestellt.

Innerhalb des Konzerns stellt die STEAG GmbH für die Gesellschaften die Finanzmittel zur Verfügung und übernimmt von den Gesellschaften überschüssige Liquidität zu jeweils marktüblichen Bedingungen. In geringem Umfang nehmen Nicht-Projektgesellschaften auch selbst Fremdmittel im Bankenmarkt auf bzw. legen überschüssige Liquidität dort an. In diesen Fällen erfolgt die Mittelaufnahme unter Besicherung der STEAG GmbH. Die Projektgesellschaften haften grundsätzlich mit ihren Cashflows und ihren Vermögenswerten und sind im Regelfall non-recourse finanziert. Ein Rückgriff auf die STEAG GmbH ist in diesen Fällen nicht möglich. Zum Beispiel sind die zwei Kraftwerke im Ausland, Mindanao und Termopaipa, non-recourse projektfinanziert.

Das Cashpooling im Inland wird bei der STEAG GmbH geführt. Um externe Kreditaufnahmen zu minimieren, werden Liquiditätsüberschüsse im Inland in einem Cashpool auf STEAG-Konzernebene genutzt. Dadurch wird der Finanzbedarf im Konzern insgesamt optimiert.

Finanzierungsstruktur

Wesentlicher Bestandteil der finanziellen Vermögenswerte sind die Forderungen aus Finanzierungsleasing in Höhe von 1.071,3 Millionen € (Vorjahr: 1.032,6 Millionen €). Hiervon entfallen 68,5 Millionen € (Vorjahr: 102,6 Millionen €) auf kurzfristige Forderungen.

Zum 31. Dezember 2018 standen den Finanzverbindlichkeiten von 3.000,9 Millionen € (Vorjahr: 2.582,2 Millionen €) flüssige Mittel in Höhe von 521,5 Millionen € (Vorjahr: 477,6 Millionen €) gegenüber. Weiterhin waren 70,1 Millionen € (Vorjahr: 160,0 Millionen €) in kurzfristigen Termineinlagen gebunden.

Ein wesentlicher Bestandteil der langfristigen Finanzverbindlichkeiten in Höhe von 1.702,3 Millionen € (Vorjahr: 1.664,0 Millionen €) sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, insbesondere für die KSBG KG, für das Kraftwerk Walsum 10 sowie Projektgesellschaften im In- und Ausland. Darüber hinaus wird auf der Passivseite das Schuldscheindarlehen der STEAG GmbH ausgewiesen, welches 2014 in Höhe von 400,0 Millionen € aufgenommen wurde und im Geschäftsjahr 2018 teilweise getilgt wurde. Außerdem hat die STEAG GmbH mit Banken weitere Kreditvereinbarungen getroffen, um die verfügbare Liquidität zu erhöhen, die über die aktuellen Notwendigkeiten hinausgehen.

Der KSBG-Konzern verfügt über keine außerbilanziellen Finanzierungsinstrumente, die einen wesentlichen Einfluss auf die derzeitige und zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben.
Die KSBG KG hat den Erwerb der Anteile an der STEAG GmbH teilweise fremdfinanziert. In diesem Zusammenhang hat sie ein Akquisitionsdarlehen in Höhe von 152,0 Millionen € mit einer Laufzeit bis zum 30. April 2020, ein Akquisitionsdarlehen in Höhe 50,0 Millionen € mit einer Laufzeit bis zum 30. September 2024, ein Akquisitionsdarlehen in Höhe 200,0 Millionen € mit einer Laufzeit bis zum 30. Juni 2020 sowie ein Akquisitionsdarlehen in Höhe von 173,0 Millionen € mit einer Laufzeit bis zum 18. August 2020 aufgenommen. Teilweise wurden einzelne Darlehen im Geschäftsjahr 2018 getilgt.

Für den KSBG-Konzern ist die Liquidität gesichert.

[4] Definition gemäß Konsortialkreditvertrag.
[5] Definition gemäß den Schuldscheindarlehensverträgen.
[6] Definition gemäß den EFET-Verträgen.

Investitionen

Der KSBG-Konzern verfolgt mit zielgerichteten Investitionsprojekten den Erhalt guter Wettbewerbspositionen und die Expansion in Geschäfte und Märkte, in denen Potenziale für nachhaltiges, profitables Wachstum und angemessene Renditen gesehen werden. Jedes Projekt wird detaillierten strategischen und wirtschaftlichen Analysen unter Berücksichtigung von Sensitivitäten und Szenarien zur Abbildung wesentlicher Risiken unterzogen. Die Projekte müssen geschäftsspezifische und risikoadjustierte Mindestrenditeanforderungen erfüllen.

Sach- und Finanzinvestitionen

in Millionen €	**2018**	2017	Veränd. in %
Kraftwirtschaft	102,0	83,1	22,7
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	67,2	176,5	-61,9
Sonstige	4,5	3,2	40,6
KSBG-Konzern	**173,7**	**262,8**	**-33,9**

Die Investitionen betrugen insgesamt 173,7 Millionen € (Vorjahr: 262,8 Millionen €) und übertrafen damit die planmäßigen Abschreibungen von 162,1 Millionen € (Vorjahr: 167,4 Millionen €). Die Sachinvestitionen erhöhten sich im Geschäftsjahr 2018 um 49,2 Prozent auf 164,8 Millionen € (Vorjahr: 110,5 Millionen €).

Mit 56,6 Prozent entfiel der größte Teil der Sachinvestitionen auf den Unternehmensbereich Kraftwirtschaft (93,3 Millionen €; Vorjahr: 71,7 Millionen €). Die größte Investition betrifft eine DeNOx-Anlage für das Kraftwerk Iskenderun (Türkei). Weitere 40,7 Prozent der Sachinvestitionen entfielen auf den Unternehmensbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen (67,1 Millionen €; Vorjahr: 34,6 Millionen €). Diese Investitionen beinhalten im Wesentlichen als größte Einzelinvestition ein Geothermieprojekt in Indonesien.

Regional lagen die wesentlichen Schwerpunkte der Sachinvestitionen des KSBG-Konzerns mit einem Anteil von 49,9 Prozent in Deutschland (82,2 Millionen €; Vorjahr: 63,2 Millionen €), mit einem Anteil von 21,0 Prozent in Indonesien (34,0 Millionen €; Vorjahr: 12,1 Millionen €) und mit einem Anteil von 13,1 Prozent in der Türkei (21,6 Millionen €; Vorjahr: 24,4 Millionen €).

Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen bestehen in Höhe von 9,2 Millionen € (Vorjahr: 18,6 Millionen €).

Die Finanzinvestitionen für das abgelaufene Geschäftsjahr belaufen sich auf 8,9 Millionen € (Vorjahr: 152,3 Millionen €) und betreffen im Wesentlichen eine Investition in das GuD-Kraftwerk am Standort Herne.

Im Vorjahr waren die Finanzinvestitionen insbesondere geprägt durch den Erwerb der Anteile an der Thermische Abfallbehandlung Lauta GmbH & Co. oHG, Essen, sowie der IKW Rüdersdorf GmbH, Essen. Darüber hinaus wurde Ende Dezember 2017 der Geschäftsbereich „Krantz“ von der Caverion Deutschland GmbH erworben.

Cashflow

Kapitalflussrechnung KSBG-Konzern (Kurzfassung)

in Millionen €	**2018**	2017
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	101,1	251,0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-21,5	-270,0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-36,4	-58,4
Einfluss von Wechselkurs- und sonstigen Wertänderungen auf die flüssigen Mittel	0,7	-13,1
Flüssige Mittel zum 31. Dezember	521,5	477,6

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit lag mit 101,1 Millionen € unter dem Vorjahreswert von 251,0 Millionen € und ist wesentlich durch die Verminderung des Ergebnisses vor Finanzergebnis und Ertragsteuern sowie stichtagsbedingte Veränderungen in den übrigen Vermögenswerten und Schulden geprägt.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit lag mit minus 21,5 Millionen € auf einem deutlich niedrigeren Niveau verglichen mit dem Vorjahreswert von minus 270,0 Millionen €. Dabei resultiert die deutliche Reduzierung im Vergleich zum Vorjahr

im Wesentlichen aus den höheren Auszahlungen für Investitionen in Unternehmensbeteiligungen im Vorjahr. Gegenläufig haben sich auch die Einzahlungen aus der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen reduziert. Ein weiterer Effekt betrifft die im aktuellen Berichtsjahr erfolgten Einzahlungen für Wertpapiere, Geldanlagen und Ausleihungen. Diese betreffen Einzahlungen aus der Anlage von Termingeldern.

Zum Bilanzstichtag werden 70,1 Millionen € (Vorjahr: 160,0 Millionen €) liquide Mittel in kurzfristigen Termineinlagen gebunden. Die Veränderung zum Vorjahr in Höhe von 89,9 Millionen € wird im Cashflow aus Investitionstätigkeit unter den Auszahlungen für Wertpapiere, Geldanlagen und Ausleihungen ausgewiesen.

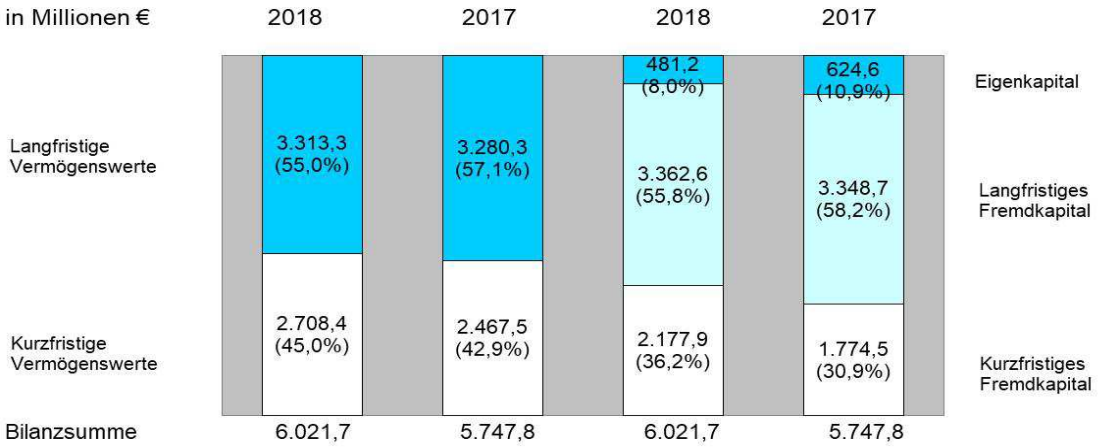
Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit lag mit minus 36,4 Millionen € über dem Vorjahreswert von minus 58,4 Millionen €. Im Berichtsjahr lagen die Einnahmen aus dem Verkauf von Unternehmensteilen ohne Kontrollverlust mit 28,2 Millionen € unter dem Vorjahreswert. Die Aufnahme von Finanzschulden war wesentlich geprägt durch die Akquisitionsfinanzierung in Höhe von 100,0 Millionen € durch die STEAG Waste to Energy GmbH.

Der Buchwert der flüssigen Mittel, die als Sicherheiten verpfändet wurden, beträgt 102,0 Millionen € (Vorjahr: 60,0 Millionen €).

Vermögenslage

Bilanzstruktur

KSBG-Konzern: Bilanzstruktur zum 31. Dezember



Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem 31. Dezember 2017 von 5.747,8 Millionen € um 273,9 Millionen € auf 6.021,7 Millionen € zum 31. Dezember 2018.

Die langfristigen Vermögenswerte erhöhten sich um 33,0 Millionen € auf 3.313,3 Millionen € (Vorjahr: 3.280,3 Millionen €). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus höheren Forderungen aus Finanzierungsleasing.

Den Investitionen in Höhe von 173,7 Millionen € (Vorjahr: 262,8 Millionen €) stehen planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien in Höhe von insgesamt 162,1 Millionen € (Vorjahr: 167,4 Millionen €) sowie Wertminderungen von 40,7 Millionen € (Vorjahr: 40,9 Millionen €) gegenüber. Für das Geothermieprojekt in Indonesien wurden bisher Gesamtinvestitionen in Höhe von rund 74,8 Millionen € getätigt. Für die Produktion nicht nutzbare Bohrungen werden im Konzernabschluss als Wertminderungen dargestellt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ergaben sich für das Projekt Wertminderungen von 25,6 Millionen €. Für das Projekt sind zum 31.Dezember 2018 Vermögenswerte in Höhe von 49,2 Millionen € aktiviert. Des Weiteren ergab sich eine Wertaufholung auf Anlagevermögen in Höhe von 0,2 Millionen € (Vorjahr: 8,2 Millionen €). Im Vorjahr resultierte die Wertaufholung im Wesentlichen aus der Wertaufholung bei einem Biomassekraftwerk des Konzerns.

Der Anteil des langfristigen Vermögens am Gesamtvermögen betrug 55,0 Prozent (Vorjahr: 57,1 Prozent). Die langfristigen Vermögenswerte sind zu 116,0 Prozent durch langfristiges Kapital gedeckt (Vorjahr: 121,1 Prozent).

Die kurzfristigen Vermögenswerte lagen mit 2.708,4 Millionen € (Vorjahr: 2.467,5 Millionen €) um 240,9 Millionen € über dem Wert zum Geschäftsjahresende 2017. Die Erhöhung resultiert zum einen aus einer Erhöhung der Finanziellen Vermögenswerte um 73,2 Millionen € auf 1.128,7 Millionen € (Vorjahr: 1.055,5 Millionen €). Hierbei wird eine Verringerung

des Bestands der Termingelder bei Kreditinstituten sowie der Forderungen aus Finanzierungsleasing überkompensiert durch einen im Wesentlichen preisbedingten Anstieg bei den Forderungen aus Derivaten.

Im Wesentlichen bedingt durch den erheblichen Preisanstieg der CO_2-Emissionszertifikate erhöhten sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 69,5 Millionen € auf 612,3 Millionen € (Vorjahr: 542,8 Millionen €) sowie der Vorratsbestand von 223,6 Millionen € um 55,7 Millionen € auf 279,3 Millionen €.

Die kurzfristigen Vermögenswerte überstiegen das kurzfristige Fremdkapital um 24,4 Prozent (Vorjahr: 39,1 Prozent).

Das Eigenkapital verringerte sich um 143,4 Millionen € auf 481,2 Millionen € (Vorjahr: 624,6 Millionen €). Die Eigenkapitalquote verringerte sich dementsprechend von 10,9 Prozent auf 8,0 Prozent.

Das langfristige Fremdkapital erhöhte sich um 13,9 Millionen € bzw. 0,4 Prozent auf 3.362,6 Millionen € (Vorjahr: 3.348,7 Millionen €). Die im Wesentlichen preisbedingte Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Derivaten überkompensiert hierbei die Verringerung der Rückstellungen für Restrukturierung aufgrund von Veränderungen im Restrukturierungsprogramm STEAG 2022.

Das kurzfristige Fremdkapital stieg um 403,4 Millionen € auf 2.177,9 Millionen € (Vorjahr: 1.774,5 Millionen €). Hierbei erhöhten sich die finanziellen Verbindlichkeiten um 380,4 Millionen € auf 1.298,6 Millionen € (Vorjahr: 918,2 Millionen €) im Wesentlichen bedingt durch den preisbedingten Anstieg der Verbindlichkeiten aus Derivaten. Zugleich stiegen die Sonstigen Rückstellungen um 60,1 Millionen € auf 319,6 Millionen € (Vorjahr: 259,5 Millionen €) hauptsächlich bedingt durch den preisbedingten Anstieg der Abgabeverpflichtungen aus CO_2-Emissionszertifikaten.

Wirtschaftliche Entwicklung der KSBG KG

Ertragslage

in Millionen €	**2018**	**2017**
Umsatzerlöse	1,3	1,2
Sonstige betriebliche Erträge	0,7	0,4
Materialaufwand	-0,8	-0,7
Abschreibungen und Wertminderungen	-0,1	-0,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5,3	-3,1
Beteiligungsergebnis	45,0	45,0
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-128,0	0,0
Finanzergebnis	-21,9	-22,1
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1,2	-0,3
Ergebnis nach Steuern	**-110,3**	**20,3**
Sonstige Steuern	0,0	-1,0
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	**-110,3**	**19,3**

Mit dem Verkauf von Wärmelieferungen aus den Heizwerken erzielte die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 1,3 Millionen €. Diese Erlöse entfallen ausschließlich auf Kunden im Inland.

Der Betrieb der Heizwerke verursachte einen Materialeinsatz von 0,8 Millionen €, der im Wesentlichen auf den Heizöleinsatz zurückzuführen war. Die im normalen Umfang vorgenommenen Wartungsarbeiten beeinflussten den Materialaufwand nur geringfügig.

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden im Wesentlichen Rechts- und Beratungskosten, Aufwendungen aus kaufmännischen- und technischen Dienstleistungs-verträgen sowie die von der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH im Rahmen der Geschäftsführung entstandenen und weiterbelasteten Geschäftsführungsaufwendungen, ausgewiesen.

Aus dem mit der STEAG GmbH geschlossenen Gewinnabführungsvertrag erzielte die Gesellschaft Beteiligungserträge in Höhe von 45,0 Millionen €.

Das im Berichtszeitraum negative Finanzergebnis in Höhe von 21,9 Millionen € wurde wesentlich durch die bestehenden Konsortialkredite bestimmt. Den angefallenen Zinsaufwendungen und Provisionen in Höhe von 22,6 Millionen € standen Zinserträge von 0,7 Millionen € gegenüber.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag beinhalten Gewerbesteuerbelastungen in Höhe von 1,2 Millionen €.

Vermögenslage

Bilanzstruktur

Der Abschluss der KSBG KG weist zum 31. Dezember 2018 eine im Vergleich zum Vorjahr um 139,7 Millionen € geringere Bilanzsumme von 954,0 Millionen € (Vorjahr: 1.093,7 Millionen €) aus.

Aktiva

in Millionen €	**31.12.2018**	**31.12.2017**
Sachanlagen	1,5	1,4
Finanzanlagen	861,9	989,9
Anlagevermögen	**863,4**	**991,3**
Vorräte	0,1	0,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	62,2	70,6
Flüssige Mittel	26,1	28,3
Umlaufvermögen	**88,4**	**99,0**
Rechnungsabgrenzungsposten	**2,2**	**3,4**
Summe Aktiva	**954,0**	**1.093,7**

Passiva

in Millionen €	**31.12.2018**	**31.12.2017**
Kapitalanteile	0,0	0,0
Rücklagen	409,6	390,3
Jahresüberschuss	-110,3	19,3
Eigenkapital	**299,3**	**409,6**
Rückstellungen	**11,9**	**14,3**
Verbindlichkeiten	**642,8**	**669,8**
Summe Passiva	**954,0**	**1.093,7**

Das Finanzanlagevermögen betrifft ausschließlich die 100 prozentigen Beteiligungen an der STEAG GmbH. Der Beteiligungsbuchwert wurde im Geschäftsjahr 2018 um 128 Millionen € wertberichtigt werden. Der Beteiligungsbuchwert beträgt nun 861,9 Millionen €.

Das Umlaufvermögen verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 10,6 Millionen € auf 88,4 Millionen €. Dies ist im Wesentlichen auf die um 7,6 Millionen € gesunkenen Forderungen aus Kapitalertragssteuer gegenüber den Gesellschaftern zurückzuführen. Die liquiden Mittel verminderten sich um 2,2 Millionen € auf 26,1 Millionen €.

Die Veränderungen im Rechnungsabgrenzungsposten werden wesentlich durch den am 21.Juli 2014 abgeschlossenen Konsortialkreditvertrag und den damit verbundenen Kreditnebenkosten beeinflusst. Die Auflösung des Rechnungsabgrenzungspostens erfolgt linear über die Laufzeit der Kredite.
Das Eigenkapital verringerte sich um 110,3 Millionen €. Der Jahresüberschuss 2017 in Höhe von 19,3 Millionen € wurde gemäß Gesellschafterbeschluss den Rücklagekonten zugerechnet. Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr 2018 einen Jahresfehlbetrag von 110,3 Millionen € aus. Die Eigenkapitalquote verminderte sich um 6,1 Prozentpunkte auf 31,4 Prozent.

Die ausgewiesenen Rückstellungen in Höhe von 11,9 Millionen € berücksichtigen im Wesentlichen mögliche Risiken aus der Endabrechnung der Kaufpreisverbindlichkeit, die im Zusammenhang mit dem Beteiligungserwerb der STEAG GmbH stehen, und Steuerrück-stellungen in Höhe von 4,8 Millionen €.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten um 26,9 Millionen € auf 642,8 Millionen € ist im Wesentlichen auf Tilgungen der bestehenden Kreditverbindlichkeiten zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich um 26,5 Millionen € auf 447,7 Millionen €. Die Verbindlichkeiten gegenüber der STEAG GmbH aus anrechenbaren Ertragsteuern sind um 7,1 Millionen € auf 17,3 Millionen € gesunken. Gegenläufig ist die Verbindlichkeit gegenüber der

STEAG GmbH aus dem von STEAG GmbH gewährten Aufwärtsdarlehen um die in 2018 angefallenen Zinsen von 6,8 Millionen € auf insgesamt 177,6 Millionen € gestiegen.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Mitarbeiter

Entwicklung der Mitarbeiterzahlen

Zum Jahresende 2018 waren im KSBG-Konzern 6.575 Mitarbeiter beschäftigt. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten betrug 11 Prozent, das Durchschnittsalter der Mitarbeiter lag bei 43 Jahren. Knapp 48 Prozent der Beschäftigten waren außerhalb Deutschlands tätig.

Der Personalstand im Konzern ist gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 82 Mitarbeiter gestiegen. Hierfür waren hauptsächlich Veränderungen im Unternehmensbereich Kraftwirtschaft (+84 Mitarbeiter) ursächlich: Im Geschäftsbereich Energy Services stieg die Personalzahl insgesamt um 163 Mitarbeiter aufgrund eines höheren Personaleinsatzes im Betriebsführungsprojekt der STEAG Energy Services (India) Pvt. Ltd (+ 24 Mitarbeiter) und der Konsolidierung nach Erwerb des Geschäftsbereichs „Krantz“ (+224 Mitarbeiter) zum 1. Januar 2018. Gegenläufig verzeichnete der Geschäftsbereich Energy Services bei den Tochtergesellschaften STEAG Energy Services do Brasil Ltda. (-53 Mitarbeiter) und bei der OPUS GmbH (-50 Mitarbeiter) eine Personalreduzierung. Im Geschäftsbereich Technischer Service und Netzgesellschaft kam es zu einem Personalabbau bei der Emtec GmbH um 39 Mitarbeiter. Der Personalstand im Bereich Erzeugung reduzierte sich um 32 Mitarbeiter. Dies ist insbesondere auf vorzeitige Austritte und das Nichtbesetzen offener Stellen vor dem Hintergrund der bevorstehenden Stilllegung des Kraftwerks Lünen zurückzuführen.

Mitarbeiter nach Unternehmensbereichen	**31.12.2018**	**31.12.2017**
Kraftwirtschaft	5.041	4.957
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	1.048	1.052
Verwaltung	486	484
KSBG-Konzern	6.575	6.493

Der mit den Kraftwerksstilllegungen und dem Transformationsprogramm STEAG 2022 verbundene Personalabbau wurde 2018 auf der Grundlage des geltenden Konzernsozialplans und Rahmeninteressenausgleichs sozialverträglich, das heißt ohne betriebsbedingte Beendigungskündigungen, fortgeführt.

Ausbildung

Im Oktober 2018 wurden insgesamt 218 Auszubildende in den unterschiedlichsten Berufen ausgebildet. Dies entspricht einer Quote von konzernweit 3,3 Prozent. Der KSBG-Konzern sichert eine qualitativ hochwertige und attraktive Berufsausbildung.

Personalentwicklung

Der KSBG-Konzern investiert in die Entwicklung seiner Mitarbeiter. Individuelle Maßnahmen ebenso wie Programme für spezielle Zielgruppen werden kontinuierlich durchgeführt und nachhaltig begleitet.

Der im Jahr 2017 begonnene Durchlauf des konzernweiten Potenzialträger-Programms (General Management Program) wurde 2018 wie geplant fortgeführt. 14 Potenzialträger werden im Rahmen des Programms in ihrer individuellen Entwicklung auf dem Weg zu Führungs- und Managementaufgaben begleitet.

Ebenso führt der KSBG-Konzern das interne Entwicklungsprogramm Energy Development Program fort: Im Jahr 2018 startete die zehnte Gruppe mit weiteren 13 Teilnehmern in das Programm.

Die Programme sind in eine STEAG-Entwicklungslandschaft eingebettet, die weitere Entwicklungsbausteine sowohl für individuelle Entwicklungsmaßnahmen als auch die Führungskräfteentwicklung und die klassische Fort- und Weiterbildung beinhaltet.

Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutzmanagement

Der Schutz vor Arbeitsunfällen sowie Umwelt- und Gesundheitsgefahren ist Unternehmensziel. Ein durchgängiges Managementsystem über alle Konzern- und Unternehmensebenen ermöglicht eine einheitliche Umsetzung von Arbeitssicherheitszielen und –maßnahmen. Auf der Basis dieses Managementsystems erfolgt ein jährlicher Review der Zielerreichung in allen Unternehmensbereichen. 2018 stieg die Unfallkennziffer wieder leicht auf 3,5 Unfälle pro 1 Millionen Ar-

beitsstunden an, nachdem sie im Jahr 2017 mit 3,3 Unfällen pro 1 Millionen Arbeitsstunden auf einem historischen Tiefstand lag.

Die Anzahl der unfallfreien Gesellschaften und Standorte konnte von 6 auf 10 im Jahr 2018 weiter erhöht werden. Dazu gehören das Kraftwerk Mindanao auf den Philippinen, das seit 12 Jahren unfallfrei ist sowie die STEAG Fernwärme GmbH und die Compania Electrica de Sochagota S.A.E.S.P - C.E.S, die seit drei Jahren unfallfrei sind.

Mit dem System „Vision ZERO - Kollegialer Mitarbeiterschutz“ wurde 2018 der präventive Arbeitsschutz durch die unmittelbare Beteiligung aller Mitarbeiter weiter verstärkt. Durch eingehende Analysen von Unfallabläufen wurden Unfallschwerpunkte identifiziert und Gegenmaßnahmen gezielt entwickelt. Damit konnte im zweiten Halbjahr 2018 wieder eine deutliche Reduzierung der Betriebsunfälle erreicht werden.

Um die „Vision ZERO-Kampagne“ in den nächsten Jahren weiter auszubauen, hat die STEAG GmbH mit der Berufsgenossenschaft Rohstoffe und chemische Industrie eine Kooperationsvereinbarung zur gegenseitigen Unterstützung und Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes im Oktober 2018 unterzeichnet. Ziel ist es, schon bei der Planung von auszuführenden Arbeiten, den Arbeitsschutz weiter zu verbessern, um präventiv das Entstehen unsicherer Situationen zu vermeiden.

Zusätzlich wurde mit der Vorbereitung der Umstellung des vorhandenen zertifizierten Arbeitsschutzmanagementsystems auf das erste weltweit gültige Arbeitsschutzmanagementsystem nach DIN ISO 45001 begonnen. Das seit 2008 umgesetzte Occupational Health and Safety Assessment Series (OHSAS 18001:2007) wird in den nächsten Jahren auslaufen.

Im Rahmen der standortbezogenen, durch die Behörden durchgeführten Inspektionen gemäß der Industrie-Emissions-Richtlinie und Störfallverordnung wurden das Umweltschutzmanagementsystem und die Auflagenerfüllung überprüft. Es wurden keine Mängel in den überprüften Kraft- und Heizwerken festgestellt.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Um die Berufstätigkeit und die Pflege Angehöriger besser vereinbaren zu können, steht den KSBG-Mitarbeiterinnen und –Mitarbeitern seit Anfang 2018 ein besonderes Beratungs- und Serviceangebot zur Verfügung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an allen deutschen Standorten des Konzerns können den Familienservice eines externen Anbieters in Anspruch nehmen. Er unterstützt und berät über Möglichkeiten der häuslichen, teil- oder vollstationären Pflege von Angehörigen.

Die Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen sowie einer freiwilligen Beanspruchungsanalyse wurde 2018 fortgeführt. Die Gründung von Lenkungskreisen sowie die Durchführung von Workshops mit Führungskräften und Betriebsräten flankieren den Umsetzungsprozess und gewährleisten die Implementierung von auf die Ergebnisse abgestimmten Maßnahmen.

Die STEAG GmbH verstärkt die Initiativen in der trägerübergreifenden Zusammenarbeit mit Sozialversicherungsträgern zur langfristigen Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiter durch vorbeugend wirkende gesundheitsfördernde Maßnahmen. Die STEAG GmbH beteiligt sich in Kooperation mit der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See auch an einem Modellvorhaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Betriebliches Vorschlagswesen

Im Betrieblichen Vorschlagswesen wurden im Jahr 2018 insgesamt 957 Vorschläge zur effizienteren Gestaltung von Betriebs- und Arbeitsabläufen, Arbeits- und Betriebssicherheit sowie Material- und Energieeinsparung von KSBG-Mitarbeitern eingereicht. Aus den 2018 bewerteten Vorschlägen ergab sich für den KSBG-Konzern ein rechnerischer Jahresnutzen von 2,74 Millionen €. Mit der Verleihung eines „Ideen-Award“ in der Kategorie „Beste Idee aus Produktion und Technik“ durch das Zentrum Ideenmanagement im Deutschen Institut für Ideen- und Innovationsmanagement wurde darüber hinaus ein Verbesserungsvorschlag vom Kraftwerksstandort Bergkamen ausgezeichnet.

Corporate Governance

Corporate Governance beschreibt die Rahmenbedingungen und Aktivitäten verantwortungsvoller Unternehmensführung und -kontrolle. Innerhalb des KSBG-Konzerns reichen die Corporate Governance-Maßnahmen von der Beachtung für den Konzern relevanter gesetzlicher Bestimmungen und unternehmensinternen Richtlinien über die Einhaltung von Vereinbarungen sowie vertraglicher Verpflichtungen bis zur Wahrnehmung von unternehmerischer Verantwortung und Sorgfaltspflichten gemäß international anerkannten Standards.

Die STEAG GmbH setzt dabei inhaltlich die Bestimmungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in seiner aktuellen Fassung weiterhin um, der die Leitlinien bildet, um das Vertrauen von Anlegern, Kunden oder Geschäftspartnern aber auch der Mitarbeiter weltweit zu stärken.

Im KSBG-Konzern wirken zahlreiche Bereiche und Gesellschaften zur Erreichung dieser Ziele zusammen. Die Geschäfte, die künftig noch schneller, flexibler und vielfältiger sein werden, erfordern belastbare Rahmenbedingungen, auch vor dem Hintergrund steigender regulatorischer Herausforderungen in vielen Themen- und Geschäftsfeldern.

Zentraler Bestandteil zur Konzeption der zielführenden Maßnahmen ist das Compliance Management System. Die inhaltliche Zuständigkeit der für den gesamten Konzern zuständigen, zentralen Fachabteilung umfasst die Prävention von Risiken im Bereich Wirtschaftskriminalität bis hin zu Themenfeldern aus dem Bereich der Corporate Responsibility, wie zum Beispiel der Wahrnehmung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten oder der Achtung von Arbeitsnormen weltweit. Die Richtschnur bilden die zehn Prinzipien des UN Global Compact, an dem der Konzern seit 2011 durch aktive Mitarbeit teilnimmt, und die sich im STEAG-Verhaltenskodex in der Regelung praktischer Geschäftsszenarien widerspiegeln.

Die Umsetzung der Maßnahmen zur Wahrung der Corporate Governance erfolgt gemäß dem Richtliniensystem in sämtlichen Unternehmensbereichen und -standorten. Die durch die jeweiligen Geschäftsführungen benannte „Beauftragte“ unterstützt die zentrale Fachabteilung durch regelmäßiges Reporting, Umsetzung von Präventionsmaßnahmen, Spezialwissen sowie in der Bearbeitung potentieller Verstoß- oder Verdachtsfälle, um gemeinsam definierte, spezifische Risiken zu reduzieren.

Im Berichtszeitraum standen das Thema Digitalisierung und deren interdisziplinäre Umsetzung im Fokus, insbesondere die technische Wertschöpfung, aber auch dazugehörende regulatorische Rahmenbedingungen, wie Neuerungen beim Datenschutz sowie IT-Sicherheit.

Der Turnus der zielgruppenorientierten Präsenzschulungen zu compliance-relevanten Themen wurde weiter aufrechterhalten und fortgeführt. Insbesondere an ausländischen Standorten liegt der Schwerpunkt auf gegenseitigem Informationsaustausch und interkulturellem Lernen, da die jeweiligen gesetzlichen oder gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von in Deutschland gängigen Regeln abweichen können. Die gewonnen Erkenntnisse fließen ein in zentral erstellte Compliance- und Corporate Responsibility-Länderreports, die im Fall neuer Projektvorhaben in den jeweiligen Ländern und Regionen wertvolle Informationen liefern.

Zudem wurden in zahlreichen Staaten im Jahr 2018 gesetzliche Neuerungen im Bereich Compliance- und Corporate Responsibility eingeführt, die mitunter über die (bisherigen) Standards hinausgehen. Neben der Beachtung der Regularien an sich wirkt sich dies auf die Vereinbarungen mit Geschäftspartnern aus. Wie bereits in den Vorjahren berichtet, ist die Zahl der Nachfragen aus der Finanzbranche zu Corporate Governance-Anforderungen weiterhin hoch.

Um mögliche Risiken bereits im Vorfeld eingrenzen zu können, wurden Geschäftspartnerüberprüfungen in einem möglichst frühen Projektstadium weiter verstärkt. Ziel ist dabei neben der Risikoidentifizierung im Bereich Compliance- und Corporate Responsibility eine mit den jeweiligen Geschäftspartnern gemeinsam vereinbarte, praxisorientierte Präventionsstrategie, um vielversprechende und nachhaltige Projekte erfolgreich verwirklichen zu können. Auch in anderen Themenfeldern wie Geldwäscheprävention oder dem Außenwirtschaftsrecht spielt die Erhöhung der Transparenz gegenüber den jeweiligen Geschäftspartnern zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens eine immer wichtigere Rolle und folgt damit den Grundsätzen der guten Unternehmensführung im Sinne der deutschen Corporate Governance-Regelungen.

Nachtragsbericht

Es liegen keine berücksichtigungspflichtigen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag vor.

Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

Risikobericht

Risikostrategie

Durch seine vielfältigen Geschäftsaktivitäten ergeben sich für den KSBG-Konzern kontinuierlich Chancen und Risiken. Das Risikomanagement ist daher ein zentraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung und dient der gezielten Sicherung bestehender und künftiger Erfolgspotenziale, insbesondere durch die Vermeidung und Verminderung von Risiken und daraus resultierender Folgen. Das frühzeitige Erkennen und die Realisierung von Chancen können den Unternehmenserfolg erhöhen.

Der KSBG-Konzern ist aufgrund seiner Betätigungsfelder sich ständig ändernden politischen, gesellschaftlichen, demografischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgesetzt. Den sich daraus ableitenden Risiken wird entsprochen, indem das gesamte Umfeld beobachtet und analysiert wird und Marktentwicklungen antizipiert werden. Die so gewonnenen Erkenntnisse werden genutzt, um das Portfolio konsequent entsprechend der Konzernstrategie weiterzuentwickeln.

Aufbau und Organisation des Risikomanagements

Grundlage des betrieblichen Risikomanagements des KSBG-Konzerns bildet ein konzernweites internes Risikomanagementsystem, bei dem gleichermaßen Risiken im Sinne von potenziell negativen Zielabweichungen, aber auch positive Zielabweichungen durch das Aufzeigen von Chancen im Fokus stehen.

Das Risikomanagementsystem hat einen dezentralen Aufbau. Die originäre Risikoverantwortung liegt bei den Bereichen, die für Früherkennung, Abschätzung der Auswirkungen, Erarbeitung und Umsetzung geeigneter Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen sowie die konzerninterne Kommunikation der Chancen und Risiken verantwortlich sind. Innerhalb

dieser Organisationseinheiten koordinieren Risikobeauftragte die jeweiligen Risikomanagementaktivitäten. Für den KSBG-Konzern nimmt das Konzerncontrolling die Steuerungs- und Kontrollfunktionen für Abläufe und Systeme wahr. Es ist Ansprechpartner für alle Risikobeauftragten und zuständig für die Koordination, Information und Dokumentation auf Konzernebene. Gleichzeitig verantwortet es die methodische Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems. Neben organisatorischen Sicherungsmaßnahmen und einem internen Kontrollsystem unterstützt dabei auch die Revision als prozessunabhängige Kontroll- und Beratungsinstanz das Risikomanagement.

Risikomanagement ist auf allen Ebenen ein wesentliches Element der Controllingprozesse des KSBG-Konzerns. Zu diesen zählen die strategische und operative Planung, die Vorbereitung von Investitionsentscheidungen sowie die Monatsberichterstattungen und Hochrechnungen und – ab einem bestimmten Schwellenwert – eine Risiko-Sofortberichterstattung. Die Organisationseinheiten führen einmal jährlich in Verbindung mit der Mittelfristplanung eine umfassende Inventur von Chancen und Risiken durch. Alle Sachverhalte werden systematisch erfasst, dokumentiert und hinsichtlich ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Für bei der Inventur erkannte Chancen und Risiken müssen sämtliche Organisationseinheiten Sicherungsmaßnahmen benennen, deren Umsetzung verfolgt wird. Die Inventur, die Sachverhalte kurzfristig für ein Jahr sowie mittelfristig über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren betrachtet, wird ergänzt durch monatliche Chancen- und Risikoberichte, in denen Veränderungen bei den bereits identifizierten sowie neu aufgetretenen Sachverhalten bezogen auf das laufende Jahr erfasst werden.

Gesamtrisikosituation

Aus der Gesamtheit der identifizierten Risiken (gegliedert nach strategischen, operativen, finanzwirtschaftlichen und sonstigen Risiken) können – in einer individuellen Betrachtung, aber auch unter Berücksichtigung von Interdependenzen zwischen Risiken sowie vor dem Hintergrund von bereits initiierten und geplanten Maßnahmen – zum heutigen Zeitpunkt keine bestandsgefährdenden Auswirkungen für den KSBG-Konzern und die KSBG KG abgeleitet werden.

Strategische Risiken

Veränderungen der bestehenden regulatorischen Rahmenbedingungen können die geplanten Investitionen und die Ertragslage des KSBG-Konzerns signifikant beeinflussen. Die Geschäfte des KSBG-Konzerns sind einem dynamischen und starken Wettbewerb ausgesetzt, der Mengen- und Preisrisiken bedingt.

Das geänderte Marktumfeld in Deutschland wird zu einem wirtschaftlich und ökologisch begründeten Rückgang der konventionellen Kraftwerkskapazitäten führen. Hierzu tragen insbesondere auch die nachfrageunabhängige Förderung und der Einspeisevorrang erneuerbarer Energien bei. Mit dem derzeitigen Förderregime wird eine Markt- und Systemintegration von erneuerbaren Energien verhindert und nicht nur Braun- und Steinkohlekraftwerke werden verdrängt, sondern auch hocheffiziente KWK-Anlagen. Zudem wird eine politische Diskussion über ein fest terminiertes Ende der Verstromung fossiler Brennstoffe in Deutschland als Beitrag zur Begegnung des globalen Klimawandels geführt, deren konkreter Ausgang zum heutigen Zeitpunkt nicht absehbar ist.
Durch Kapitalanlagegarantien der Bundesrepublik Deutschland wurden die politischen Risiken in den Ländern, in denen die Auslandskraftwerke Iskenderun, Mindanao und Termopaipa betrieben werden, abgesichert. Hierdurch ist ein Verlust des Kapitalanteils der STEAG GmbH weitgehend ausgeschlossen.

Operative Risiken

Im Rahmen des Kraftwerksgeschäfts kommt dem vorbeugenden Risikomanagement aus kommerzieller, aber auch gesellschaftlicher, politischer, technologischer und umweltbezogener Hinsicht eine besondere Bedeutung zu. Aufgrund der hohen Kapitalintensität und -bindungsdauer sind die sorgfältige Analyse der Markt- und Rahmenbedingungen, die bewusste Steuerung der relevanten Risiken durch eine systematische und ausgeglichene Risikopolitik, die hohe Qualität der eingesetzten Technik und die Akzeptanz der Anlagen in ihrem Umfeld zentrale Elemente im Hinblick auf eine proaktive und nachhaltige Sicherung des Bestandes der Gesellschaft. Eine vertrauensvolle, das heißt offene und transparente Kommunikation mit Kunden, Lieferanten und Nachbarn sowie der Betrieb der Anlagen nach höchsten Umwelt- und Sicherheitsstandards sind konzernweit ein Selbstverständnis sowie Grundlage des langfristigen Erfolgs.

Konzernintern abgestimmte Regelwerke geben den Rahmen vor, innerhalb dessen die finanzwirtschaftlichen Preisrisiken im Handelsbereich (Commodity-Preise, Währungen) sowie die damit verbundenen Kontrahentenausfall- und Liquiditätsrisiken gesteuert werden. Entsprechende Kennzahlen wie zum Beispiel Positionslimits, Verlustlimits oder auch Value at Risk dienen dabei der Einhaltung der gesetzten Grenzen. Während die Preisrisiken insbesondere durch den Einsatz von Derivaten auf Basis entsprechender Finanzmodelle gesteuert werden, liegt der Fokus bei den Kontrahentenausfallrisiken auf der sorgfältigen Bonitätsprüfung der Vertragspartner, der Angemessenheit der zugrunde liegenden Rahmenverträge sowie einer kontinuierlichen Überprüfung der daraus abgeleiteten Kreditlinien. Für das Handelsgeschäft wird die Einhaltung aller relevanten Kennzahlen durch das Back Office im Handelsbereich überwacht. Eine umfassende Aktualisierung des Risikorahmens für die Handelsaktivitäten wird regelmäßig geprüft, bei Bedarf wird eine Anpassung durchgeführt.

Im Rahmen der Terminvermarktung schließt die STEAG GmbH Handelsverträge ab, welche Verpflichtungen zur Einhaltung bestimmter Finanzkennzahlen beinhalten. Hierdurch können Nachbesicherungsforderungen ausgelöst werden. Zum 31. Dezember 2018 wurden nicht sämtliche vereinbarte Finanzkennzahlen eingehalten (zum Beispiel der Tangible net worth). Das Gesamtrisiko für die STEAG GmbH aus der Nichteinhaltung wird gleichwohl als gering eingestuft.

Risiken für den KSBG-Konzern ergeben sich auch aus dem regulatorischen Umfeld zum Betrieb der Kraftwerke. Die an den Kraftwerksbetrieb gestellten Umweltschutzanforderungen werden in vollem Umfang erfüllt. Weitere Risiken ergeben sich aus den energiepolitischen Rahmenbedingungen, die Einfluss auf den Geschäftserfolg des KSBG-Konzerns haben.

Investitionsentscheidungen bergen in ihrer Umsetzung aufgrund des hohen Kapitaleinsatzes und der langfristigen Kapitalbindung vielfältige und komplexe Risiken. Insbesondere Wachstumsprojekte sind aufgrund der frühen Projektphase mit höheren Unsicherheiten im Hinblick auf Einschätzung der zukünftigen Chancen- und Risikoposition verbunden. Zugleich kann die wirtschaftliche Verwertbarkeit von unsicheren künftigen Ereignissen abhängen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur auf der Grundlage von fundierten Chancen-/Risikobeurteilungen eingeschätzt werden können (zum Beispiel Vorhandensein eines kommerziell ausreichenden geothermischen Systems bei dem Geothermieprojekt in Indonesien). Der KSBG-Konzern führt daher die Vorbereitung und Umsetzung solcher Entscheidungen entlang festgelegter und differenzierter Zuständigkeitsregelungen und Genehmigungsprozesse durch.

Regulatorische Veränderungen haben auch außerhalb Deutschlands Einfluss auf die Geschäftsaktivitäten des KSBG-Konzerns. Beispielsweise führen Eingriffe der rumänischen Regierung in den Grünstromzertifikatemarkt zu einem Überangebot an Zertifikaten. Dies wirkt sich negativ auf die Möglichkeit zur Vermarktung der Zertifikate für den Windpark Crucea aus.

Die derzeitige politisch-wirtschaftliche Situation in der Türkei wird durch den KSBG-Konzern kontinuierlich beobachtet. Die seit Jahresbeginn zu verzeichnende erhebliche Entwertung der türkischen Lira verhält sich konträr zur positiven Entwicklung von Konsum, Außenhandel, Industrieproduktion und Investitionen. Der KSBG-Konzern ist in der Türkei vor allem mit dem Steinkohlekraftwerk Iskenderun engagiert, dessen derzeitiger Stromliefervertrag im November 2019 sein vertragliches Ende findet. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die Aktivitäten vor politischen und währungsbezogenen Entwicklungen nahezu vollständig abgesichert. Vereinzelt aufgetretene Zahlungsverzögerungen wurden durch den Endkunden bislang transparent kommuniziert und zeitnah ausgeglichen, sodass es derzeit keine Veranlassung gibt, von nachhaltigen negativen finanziellen Auswirkungen auszugehen. Im Hinblick auf die Anschlussvermarktung werden derzeit verschiedene Konzepte unter Ertrags- aber auch Risikogesichtspunkten analysiert. Durch seine langjährige Erfahrung im lokalen Markt und mit lokalen Partnern ist der KSBG-Konzern zuversichtlich, mögliche negative Effekte der als temporär angesehenen Krise weitgehend begrenzen und weiterhin als verlässlicher Partner im Hinblick auf die Versorgungssicherheit in der Region agieren zu können.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Das Ergebnis des KSBG-Konzerns kann durch Zins- und Währungsschwankungen beeinflusst werden.

Das Marktzinsniveau wirkt sich auf die Höhe der Refinanzierungskosten ebenso aus wie die Einschätzung der Bonität des KSBG-Konzerns. Diese wiederum wird unter anderem durch die Marktsituation für konventionelle Kraftwerke bestimmt. Hierdurch kann eine Verschlechterung der Bonitätseinschätzung eintreten, wodurch höhere Kosten für die Aufnahme von Fremdkapital entstehen können.

Die Bewertung der Rückstellungen wird ebenfalls durch das Marktzinsniveau beeinflusst. Sinkende Zinsen erhöhen das Niveau der Rückstellungen und umgekehrt.

Risiken aus Fremdwährung bestehen insbesondere bei der Beschaffung und Preisabsicherung von benötigten Brennstoffen. Sie werden mit geeigneten Finanzinstrumenten abgesichert. Hinsichtlich der Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten wird auf den Abschnitt im Anhang zum Konzernabschluss verwiesen.

Geplante Dividendenausschüttungen ausländischer Konzerngesellschaften außerhalb des Euroraumes werden grundsätzlich strukturiert gegen Wechselkursschwankungen gesichert. Zusätzlich werden bei der Gesellschaft Compañía Eléctrica de Sochagota S.A.E.S.P. (Kolumbien) die auf kolumbianischem Peso basierten Kosten gegen Wechselkursschwankungen gegenüber dem US-Dollar abgesichert.

Sonstige Risiken

Die Geschäftstätigkeit des KSBG-Konzerns birgt geschäftsübliche rechtliche Risiken aus Vertragsbeziehungen zu Kunden und Geschäftspartnern sowie technische Risiken aus dem Anlagenbetrieb, insbesondere von Großanlagen, für die – in Abstimmung mit den Fachbereichen – in angemessenem Umfang bilanzielle Risikovorsorge gebildet wurde.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte der noch offene Rechtsstreit zwischen der STEAG-EVN Walsum 10 Kraftwerksgesellschaft mbH und dem japanischen Hitachi Konzern endgültig beigelegt werden. Hierzu schlossen die Parteien einen außergerichtlichen Vergleich.

Risiken der KSBG KG

Die KSBG KG mit Sitz in Essen hat als Konzernmutter mit der STEAG GmbH einen Gewinnabführungsvertrag geschlossen. Die STEAG GmbH wiederum hat als Führungsgesellschaft und Stammhaus der STEAG-Gruppe mit dem Großteil der inländischen Tochtergesellschaften Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge geschlossen. Dadurch steuert die STEAG GmbH einen Großteil der inländischen Risiken im Konzern. Die KSBG KG steuert mit der STEAG GmbH die größte Einzelgesellschaft des Konzerns. Die vorgenannte Darstellung der risikobezogenen Situation des KSBG-Konzerns bildet somit auch die wesentlichen Risiken der KSBG KG ab.

Darüber hinaus ist die KSBG KG gemäß Konsortialkreditvertrag vom 21. Juli 2014 dazu verpflichtet, für die zwei folgenden Kennzahlen die im Kreditvertrag genannten Grenzen einzuhalten:

- das Verhältnis der konsolidierten Nettoverschuldung zu konsolidiertem EBITDA (Nettoverschuldungsgrad) ≤ 3,75 auf Ebene des KSBG Konzernabschlusses.
  Für die jeweiligen Berechnungszeiträume, die zu den Quartalsterminen vom 31. März 2017 (einschließlich) bis zum 31. Dezember 2018 (einschließlich) enden, gilt ein Nettoverschuldungsgrad ≤ 4,25.
  Für die jeweiligen Berechnungszeiträume, die zu den Quartalsterminen vom 31. März 2019 (einschließlich) bis zum 30. September 2019 (einschließlich) enden, gilt ein Nettoverschuldungsgrad ≤ 3,95.

- das Verhältnis des konsolidierten adjustierten EBITDA zu konsolidiertem Nettozinsaufwand („Zinsdeckungsgrad") ≥ 3,00 auf Ebene des KSBG Konzernabschlusses

Eine Nichterfüllung der Kennzahlen würde zu einem Kreditvertragsbruch führen.

Chancenbericht

Der KSBG-Konzern hat sich national und international eine bedeutende Stellung im Bereich der konventionellen Stromerzeugung sowie bei erneuerbaren, dezentralen Energien und energienahen Dienstleistungen erarbeitet, die weiter ausgebaut werden soll.

Die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des inländischen Geschäftes geht zu einem erheblichen Teil mit der kontinuierlichen Optimierung von Bestandskraftwerken einher, durch welche die technische und organisatorische Flexibilität der Kraftwerke erhöht werden soll. In der Konsequenz wird die Wirtschaftlichkeit der Standorte gesteigert und die jeweilige Laufzeit der Kraftwerksblöcke – unter Berücksichtigung der geänderten und sich weiter verändernden Rahmenbedingungen vor dem Hintergrund der energiepolitischen Neuausrichtung in Deutschland – maximiert.

Durch weiteres gezieltes Wachstum in Deutschland, vor allem im Bereich der dezentralen Energieerzeugung, den Eintritt in das Geschäftsfeld der Abfallverbrennung durch die STEAG Waste to Energy GmbH und den Ausbau der erneuerbaren Energien, eröffnen sich weitere Ertragsquellen für den Konzern. Weitere Opportunitäten werden in der Weiterentwicklung von KWK und Fernwärme sowie auch partiell im Bereich der konventionellen Energieerzeugung im Inland gesehen.

Mit der Weiterentwicklung und Ausweitung der Handelsaktivitäten kann einerseits das Inlands- und Auslandsgeschäft stabilisiert und weiterentwickelt und darüber hinaus Wachstum forciert werden.

In der Realisierung von ertragsstarken Auslandsprojekten (konventionelle Kraftwerke wie auch der Ausbau erneuerbarer Energien) sieht der KSBG-Konzern eine weitere Chance im Hinblick auf eine Stabilisierung sowie eine weitere Verbesserung der Ertragslage.

Potenziale im weiteren Ausbau von Dienstleistungen (Services im In- und Ausland, vor allem durch die STEAG Energy Services GmbH, die STEAG Power Minerals GmbH sowie die STEAG Technischer Service GmbH) runden das Portfolio der wesentlichen zukünftigen Chancen des Konzerns ab.

Begleitet werden die vorgenannten marktbezogenen Initiativen durch Optimierungsprogramme mit Fokus auf interne Strukturen, Prozesse und Systeme. Darüber hinaus wurde bereits 2016 mit dem Programm STEAG 2022 eine Transformation begonnen, die zur nachhaltigen Ergebnisverbesserung im abgelaufenen Geschäftsjahr bereits erhebliche Beiträge geliefert hat und zukünftig weiter liefern wird. Im Fokus stehen Hebel zur Steigerung der Effizienz sowie zu Portfolio- und Wachstumsinitiativen.

Chancen der KSBG KG

Analog zur risikobezogenen Situation steuert die KSBG KG als Konzernmutter die STEAG GmbH als Führungsgesellschaft des KSBG-Konzerns und somit auch alle wesentlichen Chancen des Konzerns. Die vorgenannte Darstellung der chancenbezogenen Situation des KSBG-Konzerns bildet somit auch die wesentlichen Chancen der KSBG KG ab.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung[7]

Gemäß der jüngsten gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung der Deutschen Bundesbank wird die deutsche Wirtschaft mittelfristig voraussichtlich in einer Phase der Hochkonjunktur bleiben. Der Dämpfer der konjunkturellen Entwicklung im dritten Quartal 2018 hing zu einem erheblichen Teil mit vorübergehenden angebotsseitigen Schwierigkeiten in der Automobilindustrie zusammen und dürfte zügig überwunden werden. Der bereits hohe gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad wird sich in den kommenden Jahren allerdings nur noch leicht erhöhen. Dabei spielt die demografische Entwicklung eine wichtige Rolle. Auf der Angebotsseite begrenzt sie den weiteren Anstieg der Erwerbstätigkeit und trägt so zu zu-

[7] Vgl. hierzu den Monatsbericht Dezember 2018 der Deutschen Bundesbank sowie das Jahresgutachten 2018 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Vor wichtigen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen").

nehmenden Engpässen am Arbeitsmarkt bei. Auf der Nachfrageseite dämpft sie den Bedarf an Wohnraum und die Investitionsneigung der Unternehmen. Dass die Binnennachfrage dennoch lebhaft ausfällt, ist dem privaten Konsum zu verdanken. Er wird nicht nur von kräftig steigenden Löhnen gestützt, sondern insbesondere 2019 auch von der expansiven Finanzpolitik. Zudem kann in der Zukunft von relativ stabilen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgegangen werden. Die derzeit in der Grundtendenz verhaltenen Ausfuhren sollten mittelfristig damit wieder nahezu im Einklang mit den moderat expandierenden Absatzmärkten wachsen. Vor diesem Hintergrund wird für das Jahr 2019 von einem kalenderbereinigten Anstieg des realen deutschen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1,6 Prozent ausgegangen.

Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unterstützt diese Einschätzung in seinem Jahresgutachten 2018/2019. Es wird konstatiert, dass die deutsche Volkswirtschaft sich in einer der längsten Aufschwungphasen der Nachkriegszeit befindet. Außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen, temporäre produktionsseitige Probleme und Kapazitätsengpässe skizzieren jedoch ein tendenziell gedämpfteres Expansionstempo. Die deutsche Volkswirtschaft steht zudem vor großen Herausforderungen. Auf nationaler Ebene ist dies vor allem der demografische Wandel, auf internationaler Ebene die ungewisse Zukunft der multilateralen globalen Wirtschaftsordnung. Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung ergeben sich hierbei insbesondere in Form einer Eskalation des Handelskonflikts, eines ungeordneten Brexits oder eines Wiederaufflammens der Euro-Krise.

Energiewirtschaftliche Entwicklung

Die Geschäftsentwicklung des KSBG-Konzerns wird weiterhin durch energiepolitische und -wirtschaftliche Rahmenbedingungen geprägt, die sowohl das Inlandsgeschäft aber auch die internationalen Geschäftsaktivitäten betreffen.

Die steigende Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und die damit verbundenen Überkapazitäten an konventionellen Erzeugungskapazitäten in vielen Jahresstunden führen durch den Preisbildungsmechanismus für Großhandelsstrom zu einer weiteren Verdrängung von Gas- und Steinkohlekraftwerken. Ferner stehen die Margen konventioneller Kraftwerke auch durch die im ersten Quartal beschlossene Reform des „European Union Emissions Trading Systems" mit Wirkung für die 4. Handelsperiode noch einmal mehr unter Druck. Die Reform sieht einen deutlich schnelleren Abbau des Überschusses von CO_2-Zertifikaten im Zeitraum 2019-2023 vor, wodurch es in unmittelbarer zeitlicher Folge zu einem (vermutlich nachhaltigen) Preisanstieg an den Spot- und Terminmärkten (mit einer zeitweisen Verfünffachung gegenüber dem Vorjahrespreis) kam. Mit einer Veränderung der derzeitigen Margensituation wird – auf Basis der Erwartungen von Analysten und Händlern – erst mittelfristig gerechnet, wenn mit der geplanten Abschaltung von Nuklearanlagen in Deutschland bis 2022 weitere ca. neun Gigawatt an Grundlasterzeugung aus dem Markt ausscheiden. Bis dahin bleiben hochflexible Gas- und Steinkohlekraftwerke wirtschaftlich unter Druck. Gerade Steinkohlekraftwerke bleiben jedoch für eine reibungslose Versorgungssicherheit und den flexiblen Ausgleich der schwankenden, wetterabhängigen Stromeinspeisung aus Wind- und Sonnenkraft bei gleichzeitig international wettbewerbsfähigen Preisen bis auf weiteres unerlässlich.

Die Empfehlungen der WSB-Kommission vom 26. Januar 2019 sind in einem ersten Schritt nicht bindend, aber durchaus hinsichtlich der Auswirkungen auf den KSBG-Konzern zu beachten. Es bleibt abzuwarten, wie die politische Diskussion und entsprechende Gesetzgebungsverfahren weiter verlaufen werden. Hieraus können sich für den KSBG-Konzern in Zukunft sowohl Chancen als auch Risiken ergeben.

International gilt es weiter zu verfolgen, welche Implikationen das Pariser Klimaabkommen für den Aus- und Umbau des globalen Energiesystems entfalten wird. Dies wird abhängig davon sein, inwieweit das Abkommen, insbesondere in den G20-Staaten, in nationale Energiepolitik übersetzt wird und inwiefern gemachte Zusagen hinsichtlich der Finanzierung und des Technologietransfers – speziell gegenüber den energiehungrigen Entwicklungs- und Schwellenländern – eingehalten werden. Die in diesem Kontext im Dezember 2018 abgehaltene UN-Klimakonferenz in Katowice brachte nur wenige neue Erkenntnisse. Vor allem wurden Kompromisslösungen im Hinblick auf Transparenzregeln zur Nachvollzieh- und Vergleichbarkeit der nationalen Anstrengungen zur Minderung von Treibhausgasemissionen erzielt. Eine konkrete Operationalisierung des Ziels einer Begrenzung der Erderwärmung mit Implikationen, insbesondere auch für den energiewirtschaftlichen Sektor, fand nicht statt.

Strategische und operative Herausforderungen

Der Energiemarkt in Deutschland ist weiterhin von erheblichen Umbrüchen geprägt. Der geförderte Ausbau der erneuerbaren Energien und die mangelhafte Zuordnung von Systemverantwortung haben dazu geführt, dass die installierte Erzeugungskapazität in den vergangenen Jahren stark angewachsen ist und die an den Großhandelsmärkten erzielbaren Strompreise deutlich gesunken sind. Auf der anderen Seite haben die politischen Entscheidungen großen Einfluss auf die Profitabilität der Erzeugungsanlagen. Mit seit Jahren sinkenden Margen kann der Betrieb vieler thermischer Kraftwerke nicht länger aufrechterhalten werden. Der KSBG-Konzern hat aufgrund der schwierigen Marktbedingungen seit dem Jahr 2011 hieraus signifikante Ergebniseinbußen hinnehmen müssen.

Mit Umsetzung des Strategieprojekts Dynamic verfolgt der KSBG-Konzern konsequent seine strategische Ausrichtung als national und international tätiger, technologieoffener Strom- und Wärmeproduzent und Dienstleister. Bereits mit dem 2016 initiierten Programm STEAG 2022 wurde ein deutlicher Schwerpunkt auf dezentrale Erzeugung, das Dienstleistungsgeschäft und auch Investitionen in ausgesuchten Auslandsmärkten gelegt. Dynamic justiert die Ansätze im Rahmen der sechs strategischen Stoßrichtungen noch präziser.

Für den KSBG-Konzern bestehen somit unverändert attraktive Wachstumsmöglichkeiten. Der Konzern hat sich im Wettbewerbsumfeld als konkurrenzfähiger, technologieoffener, innovativer und agiler Anbieter für den Betrieb von Energieer-

zeugungsanlagen, Energiedienstleistungen und Trading im In- und Ausland positioniert. Dabei gilt das Augenmerk zukünftig insgesamt weniger dem langfristigen Eigentum an Anlagen, als vielmehr deren Wertoptimierung und anschließendem teilweisen Abverkauf. Dienstleistungen werden an Bedeutung gewinnen. Der Konzern wird jedoch auch weiterhin das Projektgeschäft vorantreiben und Investitionen realisieren, deren Kapitalverzinsung dauerhaft zur Ergebnisverbesserung beitragen.

Operatives Ergebnis

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Umsatz in Höhe von 2,9 Milliarden € erwirtschaftet, womit der Vorjahresumsatz um 20,0 Prozent unterschritten wurde. Wesentlich wirkte sich hierbei die (geplante) Reduktion der vermarktbaren Strommengen (Blöcke Bexbach und Weiher durch Systemrelevanzstatus nicht mehr in der eigenen Vermarktung und die endgültige Stilllegung der Blöcke Herne 3 sowie West 1/2) gegenüber dem Jahr 2017 aus.
Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern des Konzerns übertraf die geplante Erwartung. Im Vorjahresvergleich bedeutete dies dennoch eine Unterschreitung, da das Vorjahresergebnis in erheblichem Maße durch Veräußerungsgewinne aus Portfoliomaßnahmen im Bereich der Netz- und Fernwärmeaktivitäten sowie Bewertungseffekte geprägt wurde.

Für das Geschäftsjahr 2019 wird von einem Anstieg des Umsatzes auf 3,1 Milliarden € ausgegangen. Hauptgrund sind vor allem preisbedingt höhere Umsätze aus dem Betrieb und der Vermarktung des inländischen Kraftwerksportfolios sowie die erwarteten Absatzsteigerungen in den anderen Geschäftsbereichen.

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern des KSBG-Konzerns wird für 2019 rund 37 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahres erwartet. Hierbei gilt es allerdings zu berücksichtigen, dass das geplante Ergebnis wesentlich durch einen Bewertungseffekt im Zusammenhang mit der Übernahme des Kraftwerks Bergkamen sowie einen Effekt im Zusammenhang mit der Reduktion des KSBG-Anteils am Geothermieprojekt Baturraden in Indonesien geprägt sein wird, ohne die das Ergebnis in etwa auf dem Niveau des Vorjahres liegen würde.

Für das Jahr 2019 sind Investitionen von rund 230 Millionen € vorgesehen. Hiervon entfallen rund 160 Millionen € auf bereits laufende bzw. neue Wachstumsprojekte. Treiber sind an dieser Stelle unter anderem weitere Akquisitionen im Hinblick auf den strategischen Ausbau der energienahen Dienstleistungen, insbesondere im Bereich Nuclear Technologies, sowie das geplante GuD am Standort Herne zur langfristigen Sicherung der Fernwärmeaktivitäten an der Ruhr. Hinsichtlich der Bestandsinvestitionen stellt der Abschluss der Errichtung einer Rauchgasentstickungs- (DeNOx-)Anlage am Kraftwerk Iskenderun (Türkei) die größte geplante Einzelmaßnahme im kommenden Geschäftsjahr dar, die aufgrund gesetzlicher Anforderungen bis Mitte 2019 realisiert sein muss. Darüber hinaus wird mit gezielten Maßnahmen an sämtlichen (Kraftwerks-) Standorten die bereits hohe Verfügbarkeit gesichert und die Effizienz im Anlagenbetrieb weiter gesteigert werden.

Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung

Der KSBG-Konzern geht davon aus, dass die sich aus der strategischen Ausrichtung ergebenden Chancen und insbesondere die geplanten Investitionen in Wachstumsfeldern, zukünftig dazu beitragen werden, dass sich der KSBG-Konzern weiterhin erfolgreich im Energiemarkt positionieren wird. Parallel hierzu werden Risiken aus dem Geschäftsumfeld und den Aktivitäten des Konzerns im Rahmen der Risikostrategie systematisch identifiziert, gesteuert sowie überwacht.

Ausblick zur voraussichtlichen Entwicklung der KSBG KG

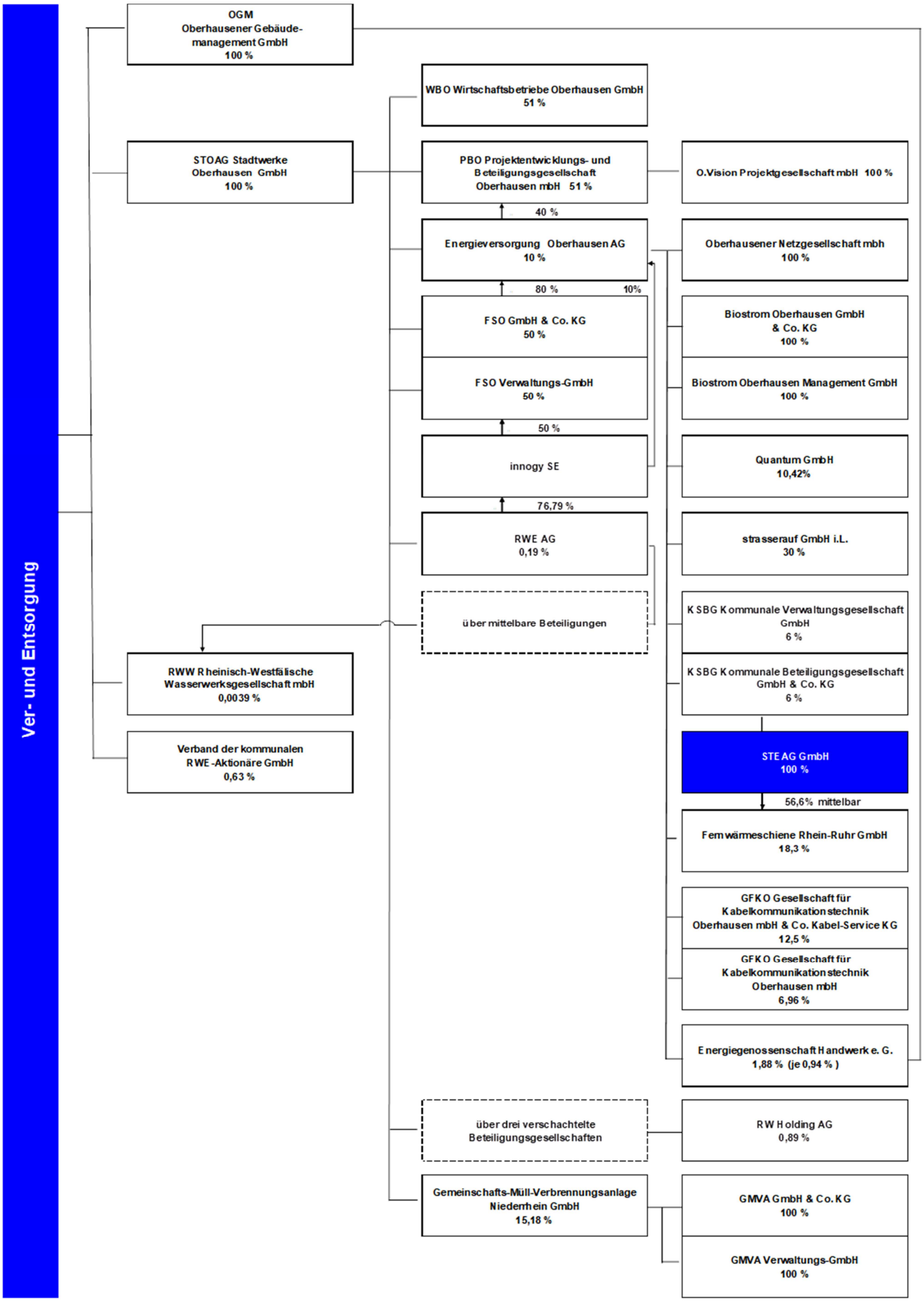
Das von der STEAG GmbH im Geschäftsjahr 2019 an die KSBG KG abzuführende Ergebnis wird sich auf dem Niveau für das abgeschlossene Geschäftsjahr 2018 stabilisieren. Die KSBG KG erwartet für das Geschäftsjahr 2019 wieder ein positives Ergebnis.

Essen, 26. Februar 2019

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG

Schröder / Dr. Schäfer / Spohn
Die Geschäftsführer der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Erwartungen, Vermutungen und Prognosen der Geschäftsführung sowie den ihr derzeit verfügbaren Informationen beruhen. Die zukunftsgerichteten Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen und Ergebnisse zu verstehen. Die zukünftigen Entwicklungen und Ergebnisse sind vielmehr abhängig von einer Vielzahl von Faktoren. Sie beinhalten verschiedene Risiken und Unwägbarkeiten und beruhen auf Annahmen, die sich möglicherweise als nicht zutreffend erweisen.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

STEAG GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Str. 1-3
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	+49 201 801-00
Fax	+49 201 801-6388
Internet	www.steag.com/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 128.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	128.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind
a) Planung, Errichtung, Erwerb und Betrieb von Kraftwerken und hiermit verbundene Dienstleistungen,
b) Beschaffung und Vermarktung von Energien, sonstigen Medien sowie Reststoffen und Herstellung, Anschaffung sowie Vorhaltung der diesen Zwecken dienenden Anlagen sowie verbundene Dienstleistungen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Rumstadt, Joachim
	Mitglied	Baumgärtner, Michael
	Mitglied	Dr. Cieslik, Wolfgang
	Mitglied	Geißler, Alfred

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Pehlke, Guntram
	stellv. Vorsitzender	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Auerhahn, Karlheinz
	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Held, Stefan
	Mitglied	Jacoby, Jörg
	Mitglied	Jochum, Gerhard
	Mitglied	Prof. Dr. Knorre, Susanne
	Mitglied	Dr. Neuhaus, Arndt

Mitglied	Vassiliadis, Michael
Mitglied	Spohn, Dietmar
Mitglied	Detemple, Andreas
Mitglied	Drese, Markus
Mitglied	Wittig, Marcus
Mitglied	Zimmer, Thomas
Mitglied (AN)	Hagemeier, Bernd
Mitglied (AN)	Melis, Ralf
Mitglied (AN)	Banaszak, Jörg
Mitglied (AN)	Samland, Ursula
Mitglied (AN)	Kremer, Josef

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
STEAG Fernwärme GmbH	20.500,00	100,00
mittelbar	**T€**	**%**
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	63,13	63,13
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	4.160,00	26,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		**2017**		**2018**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.960.300,00	55,9	1.948.700,00	59,3	1.878.300,00	57,5	-70.400,00	-3,61
Umlaufvermögen	1.544.900,00	44,0	1.336.400,00	40,6	1.385.600,00	42,4	49.200,00	3,68
Rechnungsabgrenzungsposten	4.100,00	0,1	3.200,00	0,1	2.700,00	0,1	-500,00	-15,63
Bilanzsumme	**3.509.300,00**	**100,00**	**3.288.300,00**	**100,00**	**3.266.600,00**	**100,00**	**-21.700,00**	**-0,66**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	478.300,00	13,6	478.300,00	14,5	478.300,00	14,6	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	300,00	0,0	100,00	0,0			-100,00	-100,00
Rückstellungen	1.067.500,00	30,4	992.700,00	30,2	1.112.300,00	34,1	119.600,00	12,05
Verbindlichkeiten	1.955.700,00	55,7	1.810.700,00	55,1	1.670.600,00	51,1	-140.100,00	-7,74
Rechnungsabgrenzungsposten	7.500,00	0,2	6.500,00	0,2	5.400,00	0,2	-1.100,00	-16,92
Bilanzsumme	**3.509.300,00**	**100,00**	**3.288.300,00**	**100,00**	**3.266.600,00**	**100,00**	**-21.700,00**	**-0,66**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.993.500,00	2.322.700,00	1.657.100,00
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-500,00	100,00	4.600,00
andere aktivierte Eigenleistungen	100,00		200,00
sonstige betriebliche Erträge	166.000,00	105.700,00	47.700,00
Materialaufwand	2.869.900,00	2.199.900,00	1.547.200,00
Personalaufwand	234.800,00	154.300,00	148.500,00
Abschreibungen	47.600,00	18.700,00	26.000,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	173.500,00	104.100,00	124.600,00
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	128.600,00	137.600,00	93.500,00
Erträge aus Beteiligungen	249.400,00	67.800,00	182.300,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	15.200,00	19.000,00	16.200,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.500,00	6.100,00	4.700,00
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	25.000,00	11.100,00	15.200,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	96.700,00	39.500,00	2.500,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	51.700,00	84.000,00	95.000,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	59.600,00	47.400,00	47.300,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.600,00	800,00	1.100,00
sonstige Steuern	1.400,00	1.600,00	1.200,00
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	54.600,00	45.000,00	45.000,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

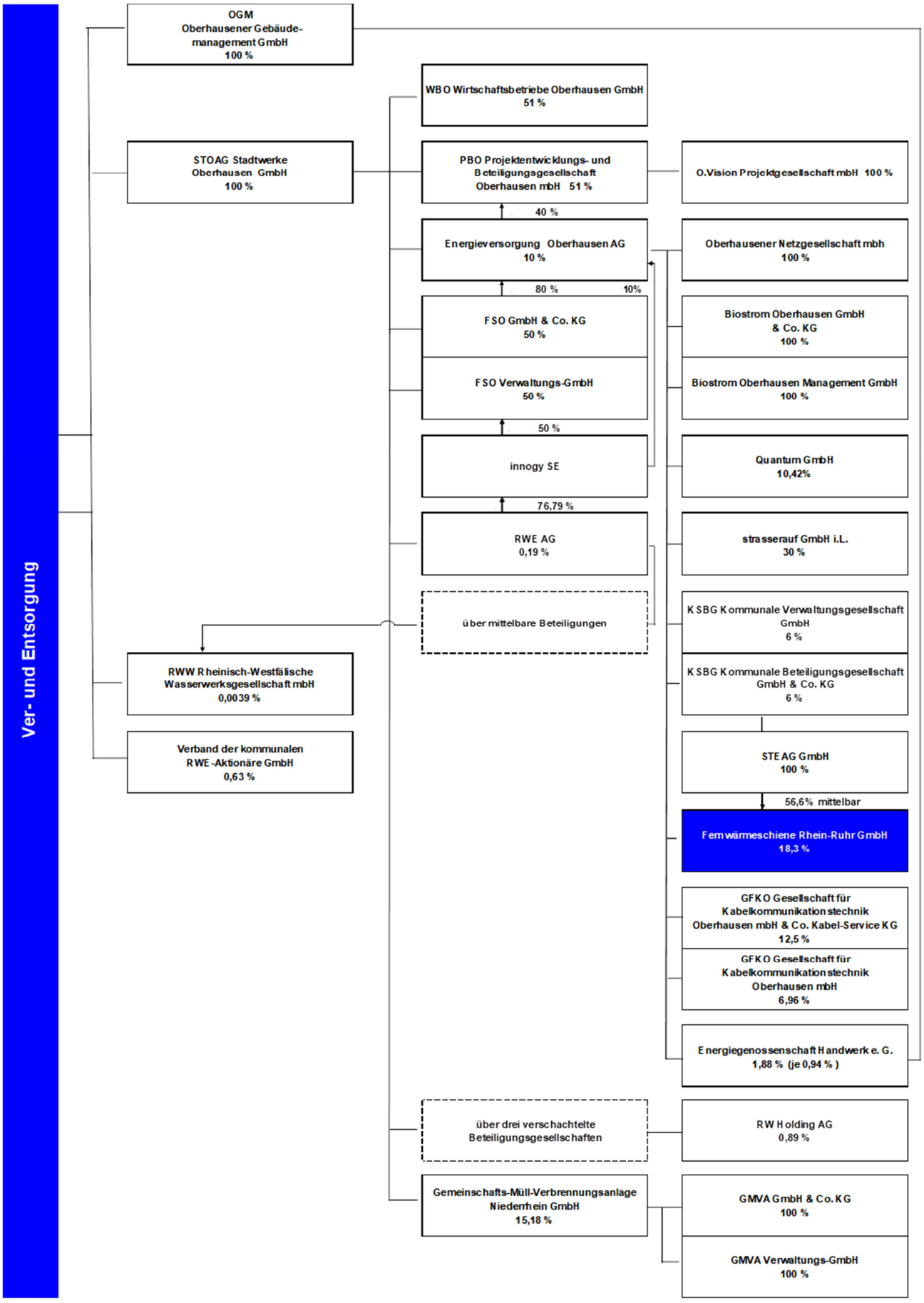
	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,82	1,94	2,72	%
Eigenkapitalrentabilität:	11,42	9,41	9,41	%
Cash-Flow:	198.900,00	103.200,00	73.500,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	2.035,50	1.785,66	1.356,83	T€
Personalaufwandsquote:	7,43	6,35	8,69	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	6,34	4,51	4,11	%
Eigenkapitalquote:	13,63	14,55	14,64	%
Fremdkapitalquote:	86,37	85,45	85,36	%

e) Lagebericht

Der Lagebericht der STEAG GmbH wird auf Grund seines Umfangs nicht abgedruckt. Der Bericht ist im Internet unter https://www.steag.com unter dem Stichwort „Bilanz 2018" nachlesbar.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Str. 1-3
45128 Essen

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 100,00

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	18,30	18,30
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	25,10	25,10
STEAG Fernwärme GmbH	56,60	56,60

Gegenstand des Unternehmens:

Die Planung, Errichtung und der Betrieb einer neu zu errichtenden Verbindungsleitung zwecks Herstellung einer überörtlichen Fernwärmeverbundleitung (Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr), bestehend aus der Fernwärmeschiene Niederrhein und der Fernwärmeschiene Ruhr sowie der neu zu errichtenden Verbindungsleitung zwischen diesen Fernwärmeschienen, sowie die Beschaffung und der Verkauf von Wärme.

Zweck der Gesellschaft ist ferner der optimierte Betrieb der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der effizienten Wärmeversorgung im Interesse des Klimaschutzes, der Primärenergieeinsparung und einer langfristigen sowie nachhaltigen Sicherung der Wärmeversorgung im Einzugsgebiet der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Engel, Michael
	Geschäftsführer	Döking, Thomas Josef
	Sprecher	Dr. Spindler, Klaus

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Wichert, Udo
	stellv. Vorsitzender	Dr. Heidinger, Michael
	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Homberg, Bernd
	Mitglied	Straus, Michael
	Mitglied	Buchmann, Jürgen
	Mitglied	Dr. Kalkühler, Kathrin
	Mitglied	Dr. Schiele, Ralf
	Mitglied	Manderfeld, Markus
	Mitglied	Wansing, Heinz

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	4.875,34	73,7	6.986,88	85,7	8.002,57	93,4	1.015,69	14,54
Umlaufvermögen	1.741,83	26,3	1.168,07	14,3	569,53	6,6	-598,54	-51,24
Bilanzsumme	**6.617,17**	**100,00**	**8.154,94**	**100,00**	**8.572,10**	**100,00**	**417,16**	**5,12**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	100,00	1,5	100,00	1,2	100,00	1,2	0,00	0,00
Rückstellungen	7,27	0,1	7,39	0,1	12,24	0,1	4,85	65,63
Verbindlichkeiten	6.509,90	98,4	8.047,55	98,7	8.459,86	98,7	412,31	5,12
Bilanzsumme	**6.617,17**	**100,00**	**8.154,94**	**100,00**	**8.572,10**	**100,00**	**417,16**	**5,12**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	**T€**	**T€**
sonstige betriebliche Erträge	34,44	32,00	31,78
sonstige betriebliche Aufwendungen	34,44	32,00	31,78
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	0,00	0,00	0,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	73,66	85,61	93,24	%
Eigenkapitalquote:	1,51	1,23	1,17	%
Fremdkapitalquote:	98,49	98,77	98,83	%

e) Lagebericht

Grundlagen der Gesellschaft

Geschäft und Strategie

Die Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH (FWSRR) ist eine Projektgesellschaft. Zweck des Projektes ist es, durch eine Verbindung der bestehenden Fernwärmeschiene Niederrhein mit der Fernwärmeschiene Ruhr eine effiziente Wärmeversorgung im Interesse des Klimaschutzes, der Primärenergieeinsparung und einer langfristigen sowie nachhaltigen Sicherung der Wärmeversorgung im Einzugsgebiet der FWSRR zu erreichen.

Die FWSRR wurde im Jahr 2015 gegründet und am 13. April 2015 beim Amtsgericht Essen unter der Nr. B 26267 in das Handelsregister eingetragen. Sitz der Gesellschaft ist Essen. Gesellschafter der FWSRR sind die Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH, Dinslaken, die Energieversorgung Oberhausen AG, Oberhausen, und die STEAG Fernwärme GmbH, Essen.

Die Aufgaben der FWSRR sind in der Projektentwicklungsphase insbesondere folgende Punkte:

- Klärung förderrechtlicher Rahmenbedingungen sowie Beantragung von Fördermitteln.
- Klärung technischer und wirtschaftlicher Umsetzung der Errichtung der Verbindungsleitung zwischen der Fernwärmeschiene Niederrhein und der Fernwärmeschiene Ruhr und deren Einbindung in die FWSRR.
- Klärung der genehmigungsrechtlichen Situation einschließlich möglicher Trassierungen und der dafür erforderlichen Gestattungen und Einholung erforderlicher öffentlich-rechtlicher Genehmigungen (insbesondere Durchführung des Planfeststellungsverfahrens mit Umweltverträglichkeitsprüfung/Einholung des Planfeststellungsbeschlusses).
- Festlegung der Liefer- und Leistungsgrenzen für den Wärmebezug bzw. die Wärmelieferung.
- Erstellung der Entwurfs- und Ausführungsplanung für den Bau der Verbindungsleitung zwischen der Fernwärmeschiene Niederrhein und der Fernwärmeschiene Ruhr einschließlich der erforderlichen Nebenanlagen.
- Ermittlung des Investitionsbudgets für die Realisierung des Projektes.
- Klärung der Bezugskonditionen für Wärme, differenziert nach den jeweiligen Quellen.
- Erstellung eines Finanzierungskonzeptes.
- Erarbeitung und Verhandlung aller wesentlichen Verträge und Durchführung erforderlicher Vergabeverfahren.
- Erstellung eines Projektplans für die Realisierung des Projekts.
- Klärung sonstiger Bedingungen oder Voraussetzungen für die Realisierung des Projektes.
- Dokumentation der Ergebnisse und Entscheidungsgrundlagen.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt in der Projektphase bis zur Entscheidung über den Baubeschluss durch Gesellschafterdarlehen. Bei positivem Baubeschluss erfolgt die Finanzierung entsprechend des noch zu erstellenden Finanzierungskonzeptes, das eine Grundlage für die Entscheidung über den Baubeschluss ist. Die Liquidität war im Geschäftsjahr jederzeit sichergestellt.

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf und Geschäftsergebnis

Der Antrag auf Planfeststellung für das Vorhaben der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH wurde am 6. September 2016 bei der Bezirksregierung Düsseldorf eingereicht. Die Antragsunterlagen haben vom 1. bis 31. März 2017 in 11 Kommunen öffentlich ausgelegen. Am 17. Mai 2017 konnte der Erörterungstermin innerhalb eines Tages durchgeführt werden. Aufgrund von Kapazitätsengpässen bei der Bezirksregierung Düsseldorf hat sich die Erteilung des Planfeststellungsbeschlusses auf voraussichtlich Mitte 2019 verzögert.

Parallel zu diesem Verfahren haben die Gesellschafter der FWSRR weiterhin die wirtschaftlichen Bedingungen des Projektes geprüft. Angesichts der energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Veränderungen seit Gründung der Gesellschaft haben sich in der Bewertung des Projektes für die Gesellschafter deutliche Verschiebungen ergeben. Vor diesem Geschäftsverlauf und Hintergrund wurde die Geschäftsführung der FWSRR mit Gesellschafterbeschluss vom 8. Juni 2017 beauftragt, „keine weitere Detailplanung für die Ausführung des Projektes durchzuführen, sofern diese nicht für die Fortführung des Planfeststellungsverfahrens erforderlich ist." Die Gesellschafter beabsichtigten damit, zunächst die Ergebnisse des Planfeststellungsverfahrens abzuwarten und danach eine erneute wirtschaftliche Bewertung des Projektes als Grundlage für eine Entscheidung über die weitere Vorgehensweise durchzuführen. Zwischenzeitlich wird die Wirtschaftlichkeitsrechnung an die veränderten energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Entwicklungen angepasst und weitere Möglichkeiten zur Verbesserung der Gesamtwirtschaftlichkeit untersucht.

Die Aufwendungen der FWSRR für die Entwicklung des Vorhabens der Verbindung der Fernwärmeschienen an Rhein und Ruhr sind grundsätzlich aktivierungsfähig. Die Gesellschaft weist daher zum 31. Dezember 2018 geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau in Höhe von 8.002.566,95 EUR aus.

Die nicht aktivierungsfähigen Aufwendungen reduzieren sich um neutrale Erlöse in Höhe von 120 €, so dass 31.664,10 € an die Gesellschafter weiterverrechnet worden sind. Dies führt bei der FWSRR zu einem ausgeglichenen Ergebnis.

Die Gesellschaft verfügt über Eigenkapital in Höhe von 100.000,00 EUR, welches mit Gründung der Gesellschaft durch die Gesellschafter in voller Höhe eingezahlt wurde.

Vor diesem Hintergrund wurde die Geschäftsführung der FWSRR mit Gesellschafterbeschluss vom 8. Juni 2017 beauftragt, „keine weitere Detailplanung für die Ausführung des Projektes durchzuführen, sofern diese nicht für die Fortführung des Planfeststellungsverfahrens erforderlich ist." Die Gesellschafter beabsichtigten damit, zunächst die Ergebnisse des Planfeststellungsverfahrens abzuwarten und danach eine erneute wirtschaftliche Bewertung des Projektes als Grundlage für eine Entscheidung über die weitere Vorgehensweise durchzuführen. Zwischenzeitlich wird die Wirtschaftlichkeitsrechnung an die veränderten energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Entwicklungen angepasst und weitere Möglichkeiten zur Verbesserung der Gesamtwirtschaftlichkeit untersucht.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die wesentliche finanzielle Auswirkungen haben.

Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft erwartet im Prognosezeitraum Ereignisse, die eine wesentliche Unsicherheit für die Fortführung der Unternehmenstätigkeit darstellen. Mit der positiven Erteilung des Planfeststellungsbeschlusses wird in den kommenden 12 Monaten gerechnet. Dies eröffnet die Basis für eine langfristige Sicherung des Wärmebezuges und damit die Voraussetzung für einen weiteren wirtschaftlichen und umweltschonenden Ausbau der Wärmeversorgung mit hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung durch die Verbindung der Fernwärmeschienen an Rhein und Ruhr. Demgegenüber
besteht für die FWSRR das Hauptrisiko, dass die wirtschaftlichen Ergebnisse aus der Projektentwicklung nicht hinreichend für einen positiven Baubeschluss sein können. In diesem Fall soll die Gesellschaft abgewickelt werden. Die fortlaufende Finanzierung und die Umsetzung
eines positiven Baubeschlusses bedürfen der finanziellen Unterstützung durch die Gesellschafter.

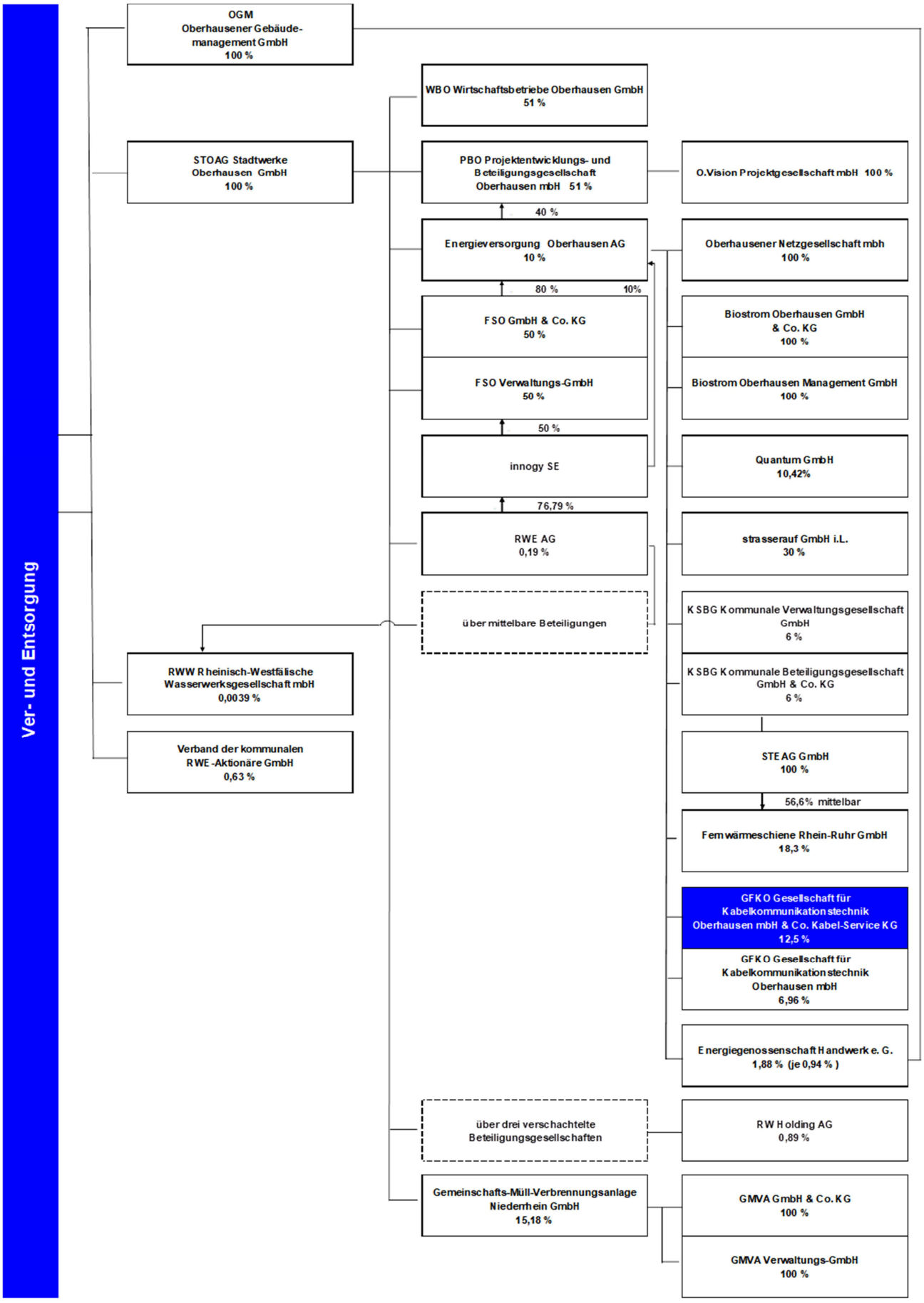
Prognosebericht

Wir erwarten in den kommenden 12 Monaten die Erteilung des Planfeststellungsbeschlusses. Zur Weiterentwicklung des Vorhabens der Verbindung der Fernwärmeschienen an Rhein und Ruhr sollen die Wirtschaftlichkeit und die CO2-Einsparungen des Projektes in Abhängigkeit der veränderten energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Entwicklungen geprüft werden und bei einer sich abzeichnenden wirtschaftlichen und ökologischen Perspektive die erforderlichen Voraussetzungen für einen positiven Baubeschluss geschaffen werden.

Essen, 26. April 2019

Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH (FWSRR)

Dr. Klaus Spindler / Thomas Josef Döking / Michael Engel
Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikation stechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikation stechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Lothringer Str. 9
46045 Oberhausen

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 143,16

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	17,90	12,50
Groesdonk und Holl GmbH	17,90	12,50
Günther Töller	17,90	12,50
Jürgen Schneider	17,90	12,50
Klaus Wilhelm Pütz	17,90	12,50
Norbert Albrecht	17,90	12,50
Ralf Günter Kock	17,90	12,50
Reinhold Jost	17,90	12,50
Ulrich Hütter	17,90	12,50

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb von Breitbandverteilanschlüssen, insbesondere das Angebot aller im Zusammenhang mit dem Breitbandverteilanschluss und der Rundfunkprogramm-Versorgung stehenden Leistungen aus einer Hand. Hierzu zählt auch das Errichten und Betreiben der auf privatem und öffentlichem Grund liegenden Breitbandverteilanschlüsse und auf öffentlichem Grund liegenden Breitbandverteilnetze, außerdem die Kundengewinnung, Betreuung und Verwaltung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

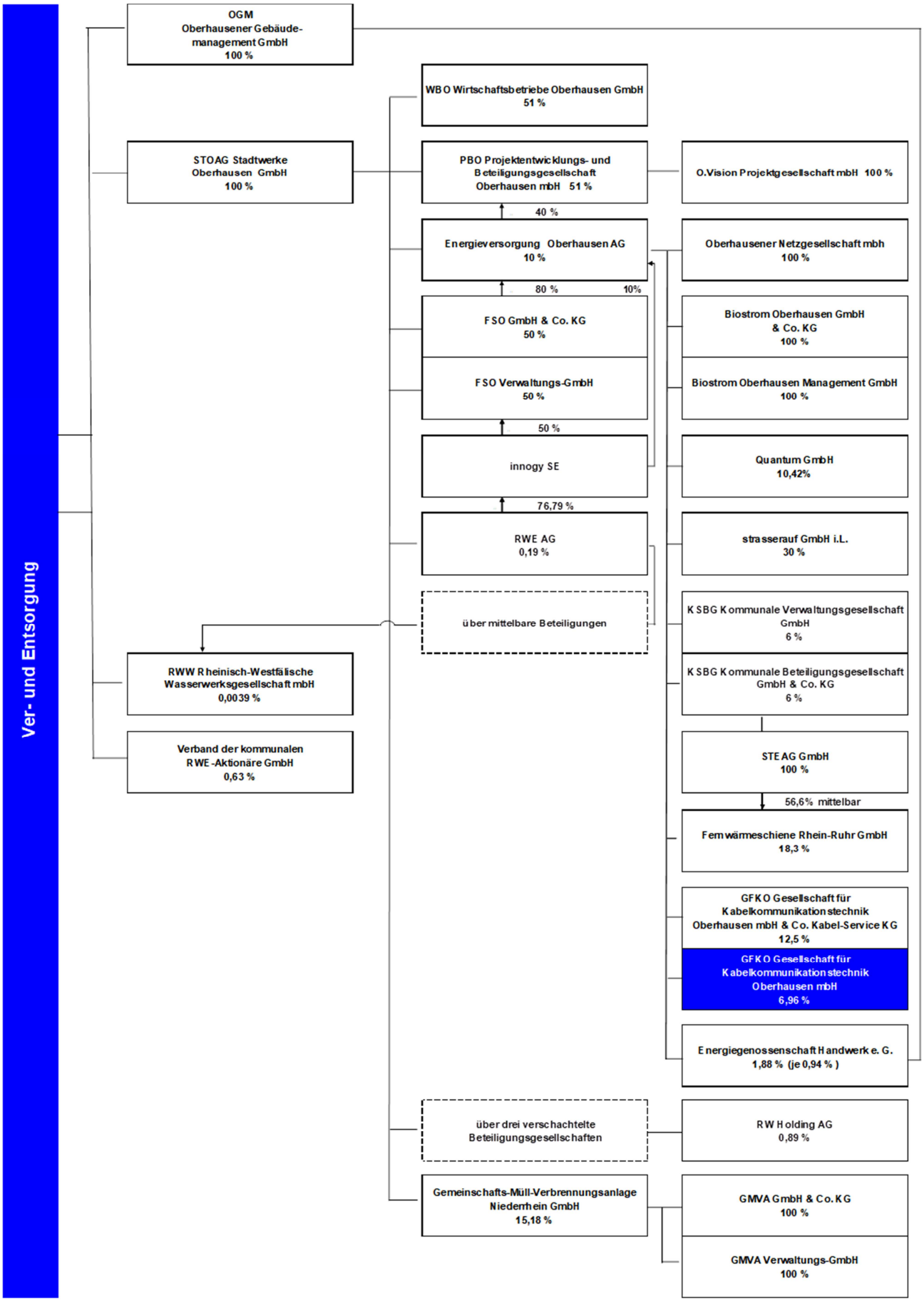
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung: Geschäftsführer — GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH 10,42%
76,79 %
RWE AG 0,19 %
strasserauf GmbH i.L. 30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
STEAG GmbH 100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 18,3 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100 %

GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Lothringer Straße 9
46045 Oberhausen

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,30

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1,60	6,96
Groesdonk und Holl GmbH	2,30	10,00
Günther Töller	2,30	10,00
Jürgen Schneider	2,30	10,00
Klaus Wilhelm Pütz	2,30	10,00
Norbert Albrecht	2,30	10,00
Ralf Günter Kock	2,30	10,00
Reinhold Jost	2,30	10,00
Ulrich Hütter	2,30	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, das Betreiben und die Vermietung von Kabelfernseh- und Kommunikationssystemen sowie die Entwicklung und Erarbeitung neuer technischer Lösungen in folgenden Bereichen: benutzerspezifische Monolog- und Dialogsysteme (Privatfernsehen o. ä.); Datenfernabfrage, z. B. Stromzähler, Wasserzähler, Gaszähler; hausinterne Datenerfassung, z. B. Heizkostenverteilung, Wasserverteilung; Energiespar- und Überwachungsmaßnahmen für weiträumig verteilte Unternehmen und Behörden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

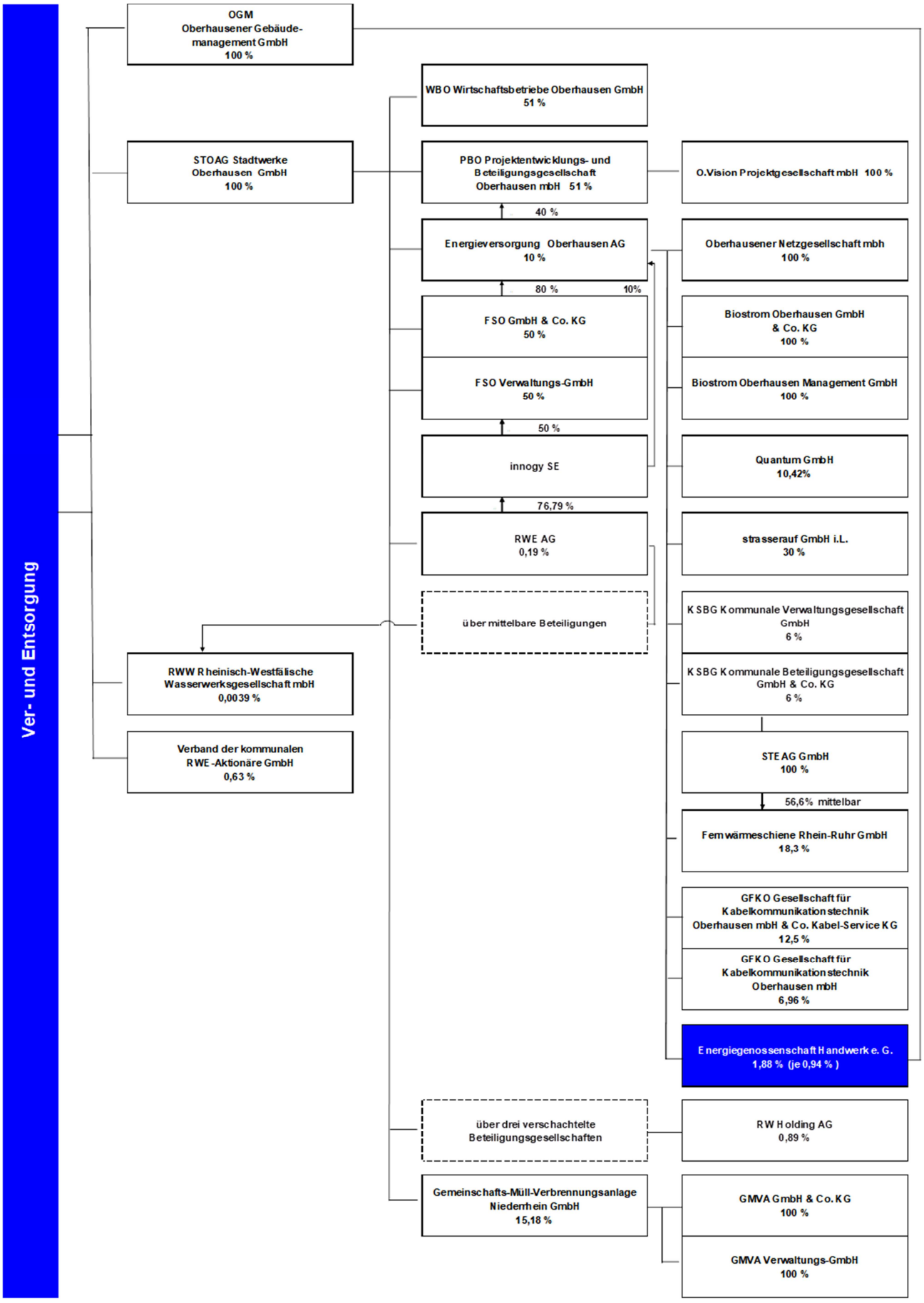
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schneider, Jürgen
Prokura:	Prokurist	Holl, Ulrich
	Prokurist	Pütz, Klaus Wilhelm

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH 10,42%
76,79 %
RWE AG 0,19 %
strasserauf GmbH i.L. 30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
STEAG GmbH 100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 18,3 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100 %

Energiegenossenschaft Handwerk e.G.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Zunftmeisterstraße 26
45468 Mülheim an der Ruhr

Kontakt:

Telefon	0208/960040
Fax	0208/9600429
e-Mail	info@kh-mo.de
Internet	www.kh-mo.de/

Rechtsform: eG
Stammkapital in T€: 107,50

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1,00	0,93
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	1,00	0,93
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	105,50	98,14

Gegenstand des Unternehmens:

a) die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung und dem Verkauf von Energien
b) der Absatz von Energie in Form von Strom und/oder Wärme
c) die Unterstützung und Beratung in Fragen der regenerativen Energiegewinnung einschließlich einer Information von Mitgliedern und Dritten, sowie einer Öffentlichkeitsarbeit
d) gemeinsamer Einkauf von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien für Mitglieder und Dritte
e) Contracting

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

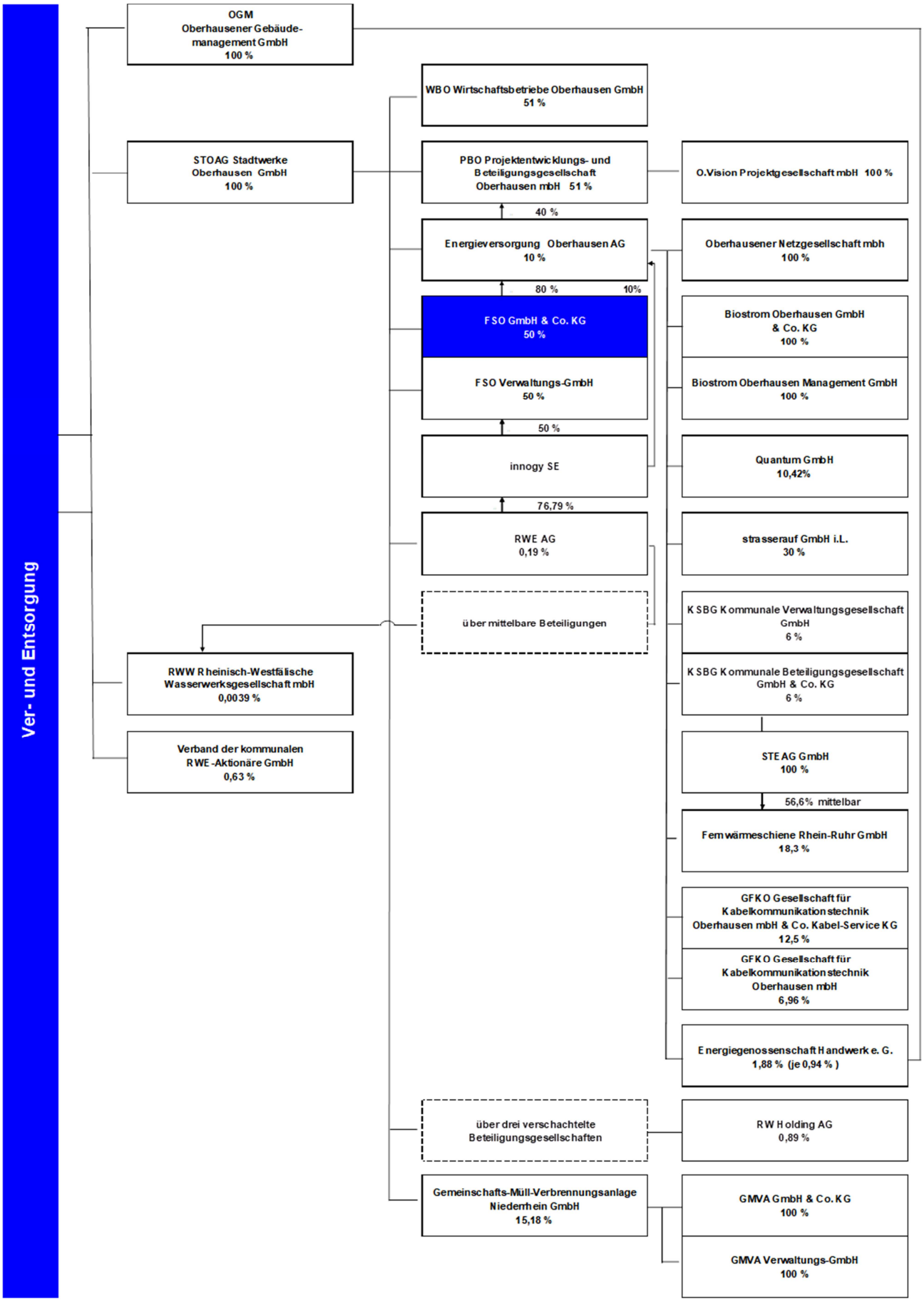
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Vorstand:	Mitglied	Pezzei, Barbara
	Mitglied	Poth, Gabriele

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten sowie des Lageberichts wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

FSO GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/835-0

Fax 0208/835-2697

e-Mail service@evo-energie.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:

	T€	%
innogy SE	15,00	50,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens sind
- das Erbringen von Dienstleistungen für die Energieversorgung Oberhausen AG, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werksgeländes
- das Halten einer Beteiligung an der Energieversorgung Oberhausen AG mit Sitz in Oberhausen und deren Verwaltung.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:

Geschäftsführung der FSO Verwaltungs- GmbH

Bevollmächtigte/r der STOAG

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	20.800,00	80,00
mittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	800,00	80,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	20,00	80,00
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	0,80	0,74
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	10,00	3,38
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	17,67	17,67
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	199,68	1,25
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	1,28	5,57
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	14,32	10,00
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,05	4,80
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	4,80	4,80
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	24,00	80,00
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	8,00	32,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	81,81	32,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	84,90	8,99
STEAG Fernwärme GmbH	984,00	4,80
STEAG GmbH	6.144,00	4,80
strasserauf GmbH i.L.	6,00	24,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		**2017**		**2018**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	21.561,84	61,4	21.561,84	61,9	21.561,84	61,9	0,00	0,00
Umlaufvermögen	13.557,60	38,6	13.291,57	38,1	13.284,82	38,1	-6,75	-0,05
Bilanzsumme	**35.119,44**	**100,00**	**34.853,41**	**100,00**	**34.846,66**	**100,00**	**-6,75**	**-0,02**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	33.115,28	94,3	33.006,99	94,7	32.680,10	93,8	-326,89	-0,99
Rückstellungen	702,81	2,0	97,57	0,3	86,30	0,2	-11,27	-11,55
Verbindlichkeiten	1.301,36	3,7	1.748,85	5,0	2.080,27	6,0	331,42	18,95
Bilanzsumme	**35.119,44**	**100,00**	**34.853,41**	**100,00**	**34.846,66**	**100,00**	**-6,75**	**-0,02**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	532,82	578,94	601,03
sonstige betriebliche Erträge	11,64	8,08	19,82
Materialaufwand	198,45	202,54	216,54
Personalaufwand	135,85	127,97	154,31
sonstige betriebliche Aufwendungen	99,13	107,39	111,94
Erträge aus Beteiligungen	15.426,49	17.095,39	13.844,80
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	791,95	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9,08	791,89	2,83
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15.528,45	17.244,56	13.980,03
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.975,01	5.799,42	2.861,77
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	11.553,44	11.445,15	11.118,26
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	11.553,44	11.445,15	11.118,26

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2.168,34	1.976,93	1.849,86	%
Eigenkapitalrentabilität:	53,58	53,08	51,56	%
Cash-Flow:	11.553,44	11.445,15	11.118,26	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	181,49	195,67	310,42	T€
Personalaufwandsquote:	24,95	21,80	24,85	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	94,29	94,70	93,78	%
Fremdkapitalquote:	5,71	5,30	6,22	%

e) Lagebericht

1. Konzernunternehmen

Der FSO-Konzern umfasst neben der FSO GmbH & Co. KG (FSO) als Konzernmutter auch die Konzerntochter Energieversorgung Oberhausen AG (evo) sowie die Konzernenkelinnen Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz), Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) und Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG).

Als Kommanditisten sind die Innogy SE (Innogy) und die Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG) jeweils zur Hälfte am Festkapital der FSO beteiligt. Das Jahresergebnis der FSO wird aufgrund der satzungsgemäßen Gewinnverteilungsabrede an die beiden Kommanditisten hälftig abgeführt.

Sowohl zwischen der FSO und der evo als auch zwischen der evo und der OB-Netz bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge (EAV). Darüber inaus ist eine ertragssteuerliche Organschaft mit der FSO (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben.

Die FSO legt ihren Fokus auf die Erbringung von Dienstleistungen für die evo, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werksgeländes.

Die evo nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme und Energieservice), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Sie hat damit eine signifikante regionale Stellung. Das frühere Kerngeschäft der Verteilung wird seit dem 01.01.2007 durch die OB-Netz wahrgenommen. Nach Planung und Bau betreibt die BSO KG seit Februar 2011 das Biomasse-Heizkraftwerk in Oberhausen und speist Wärme in das Netz der evo sowie Strom in das Netz der OB-Netz ein.

Alle Konzerngesellschaften haben sich zum Ziel gesetzt, durch ihr unternehmerisches Handeln eine Balance innerhalb des energiewirtschaftlichen Zieldreiecks – bestehend aus Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit – zu gewährleisten, um ihren Kunden langfristig eine bezahlbare Energieversorgung garantieren zu können. Dabei ist dem Gesichtspunkt der sicheren und umweltverträglichen Versorgung Rechnung zu tragen.

2. Rahmenbedingungen

2.1 In- und externe Faktoren

Die Beschäftigtenzahl ist im Vergleich zum Vorjahr nur marginal verändert. Zum 31. Dezember 2018 waren 424 Personen im FSO-Konzern beschäftigt (2017: 418). Im Jahresmittel waren es inklusive der Auszubildenden und der Beschäftigten in Altersteilzeit (ATZ) 435 (2017: 434). Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt gemäß Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe (TV-V) in der Fassung des 13. Änderungstarifvertrages vom 18. April 2018. Für die Beschäftigten besteht eine betriebliche Altersversorgung über die Rheinische Zusatzversorgungskasse (RZVK).

Der FSO-Konzern legt traditionell Wert auf die Qualifizierung und Förderung der eigenen Mitarbeiter. So wurden auch 2018 zahlreiche interne und externe Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt. Darüber hinaus begegnet das Unternehmen den Herausforderungen des demografischen Wandels mit einem umfassenden „Betrieblichen Gesundheitsmanagement“ (BGM).

Der Wettbewerbsdruck auf dem Strom- und Erdgasmarkt nimmt weiter zu. Auf dem Strommarkt konkurriert die evo im Oberhausener Netzgebiet mit 271 Anbietern, im Gasbereich sind es 190 (Stand jeweils 31. Dezember 2018). Im Vergleich zum Vorjahr (Strom: 249; Erdgas: 174) ist dies nochmals eine Steigerung der Wettbewerbssituation.

Weiterhin nur schwer kalkulierbar bleiben die energiewirtschaftlichen und –politischen Rahmenbedingungen. Dies liegt u.a. daran, dass zentrale Fragen der künftigen Energieversorgung – etwa die Frage nach der Zukunft des Energieträgers Kohle – bis dato nicht beantwortet sind: Entgegen der ursprünglichen Zeitplanung hat die eigens eingesetzte sogenannte Kohlekommission bis Ende 2018 keine abschließende Empfehlung vorgelegt. Damit bleiben die Zukunftsplanungen nicht nur der evo, sondern der Branche insgesamt schwierig, auch wenn – Stand Februar 2019 – die Kommissions-Empfehlungen inzwischen vorliegen. Da diese jedoch noch nicht in Gesetzesform gegossen sind, sind nochmalige Änderungen im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zumindest nicht ausgeschlossen.

Eine besondere Herausforderung bestand im Berichtsjahr in der Implementierung der weitreichenden Neuerungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie – daraus abgeleitet – des neuen Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG-neu).

2.2 Regulierungssituation

Ein wesentlicher Teil des Geschäftes der Netzgesellschaft wird in den regulierten Sparten Strom und Gas erzielt. Daher werden die wichtigsten regulatorischen Rahmenbedingungen im Folgenden dargestellt.

Kostenantrag Erdgas

2016 hat die Netzgesellschaft den Antrag „Kostenprüfung Gas“ für die dritte Regulierungsperiode bei der Landesregulierungskammer NRW eingereicht. In intensiven Gesprächen mit der Behörde ist es 2017 gelungen, die Argumentation der Behörde in wesentlichen Punkten zu widerlegen und ein Ausgangsniveau zur Bestimmung der Erlösobergrenze zu erreichen, das dem fortgeschriebenen Niveau der letzten Kostenprüfung entspricht.

Der zugehörige Effizienzwert wurde mehrfach neu berechnet, mit jeweils unterschiedlichen Ergebnissen. Der per E-Mail vom 3. Dezember 2018 als Vorabinformation mitgeteilte Effizienzwert liegt mit 82,36 Prozent deutlich unter den Erwartungen. Zusammen mit einem Berater wird dieser Wert im Rahmen der Anhörung überprüft.

Kostenantrag Strom

Der Kostenantrag Strom zur Ermittlung des Ausgangsniveaus zur Bestimmung der Erlösobergrenze für die 2019 beginnende Regulierungsperiode wurde fristgerecht 2017 gestellt. Nach dem nun vorliegenden Beschlussentwurf der Bundesnetzagentur geht die Netzgesellschaft davon aus, dass alle in die Mittelfristplanung eingestellten Werte erreicht werden.

Beschwerden

Wie die meisten Unternehmen der Branche, beteiligt sich die Netzgesellschaft an mehreren Prozesskostengemeinschaften, mit dem Ziel eine höhere Erlösobergrenze Strom und Gas zu erreichen. Der Vorteil von Prozesskostengemeinschaften besteht darin, dass die Kosten überschaubar bleiben, da nur wenige Musterverfahren geführt werden und die Kosten auf alle Teilnehmer aufgeteilt werden. Das Chance-Risiko-Verhältnis ist hierbei sehr gut.

In der Beschwerde gegen die Festlegung der Eigenkapitalzinssätze der BNetzA für die dritte Regulierungsperiode vom 5. Dezember 2016 ist es das Ziel, eine angemessene und insbesondere auch das Marktrisiko adäquat berücksichtigende Eigenkapitalverzinsung zu erreichen. Das Verfahren wurde in der ersten Instanz bereits gewonnen – jetzt ist die Revision vor dem BGH abzuwarten.

Bei der Beschwerde gegen den generellen sektoralen Produktivitätsfaktor (Strom und Gas) soll erreicht werden, die reduzierende Wirkung des X-Gen auf die Erlösobergrenzen möglichst gering zu halten. Aufgrund methodischer Fehler in der Berechnung durch die Bundesnetzagentur werden hier gute Chancen gesehen. Ein Ergebnis der Verfahren kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber nicht abgeschätzt werden.

Vor einigen Jahren wurde das Regulierungsregime im Rahmen der Novellierung der Anreizregulierungs-verordnung geändert. Investitionen werden nun zeitnah und nicht mehr mit einem Zeitverzug von mehreren Jahren vergütet (Kapitalkostenabgleich). Diese Änderung ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Allerdings besteht die Gefahr, die Kapitalkostenscheiben (insbesondere Abschreibungen) von zwei Jahren aufgrund mangelhafter Übergangsregelungen gar nicht vergütet zu bekommen. Auch hiergegen hat die Netzgesellschaft Beschwerden im Rahmen von Prozesskostengemeinschaften zu den Kapitalkostenaufschlägen (Gas 2018 und Strom 2019) eingelegt.

Marktkommunikation 2020

Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende wirkt sich im großen Umfang auf die Prozesse zur Belieferung von Endkunden mit elektrischer Energie aus. Dabei müssen moderne Messeinrichtungen (Zähler ohne Kommunikationseinheit) und intelligente Messsysteme (Zähler mit Kommunikationseinheit/sog. „Smart Meter Gateway“) in die etablierten Marktprozesse integriert werden. Hierzu sind umfängliche Eingriffe in die IT-Landschaft notwendig. Dies betrifft unter anderem, aber nicht abschließend, folgende Prozesse: Stammdatenmodelle, Lieferantenprozesse, Energiedatenmanagement und Rechnungsprozesse. Insbesondere wechselt die Aggregationsverantwortung für Energiemengen, an Marktlokationen die mit einem intelligenten Messsystem ausgestattet sind, von den Verteilnetz- zu den Übertragungsnetzbetreibern. Zusätzlich sind Anpassungen von Drittsystemen notwendig. Die Umsetzung erfolgt schrittweise, gemeinsam mit einem IT-Dienstleister.

Ursprünglich war ein zweistufiges Verfahren geplant. Nach kurzer Gültigkeit eines Interimsmodells sollte das Zielmodell, in dessen Mittelpunkt die sternförmige Verteilung der Messwerte an die berechtigten Empfänger steht, langfristig zur Anwendung kommen. Angesichts der Tatsache, dass am Markt noch keine Smart Meter Gateways zur Verfügung stehen, die sämtlichen Anforderungen zur Erfüllung des Zielmodells entsprechen (Smart Meter Gateways der zweiten Generation), wird zur rechtskonformen Ausgestaltung der Marktprozesse zum 1. Dezember 2019 die sogenannte Marktkommunikation 2020 („MaKo 2020“), unter Einbezug von Smart Meter Gateways mit eingeschränkter Funktionalität (Geräte der ersten Generation), etabliert. Perspektivisch wird die Mako 2020 solange Bestand haben, bis die zweite Generation von Smart Meter Gateways am Markt zur Verfügung steht. Die Netzgesellschaft hat sich entschieden, nur die notwendigsten Anforderungen aus dem Interimsmodell zu etablieren, wodurch bisher Investitionen in maßgeblicher Größenordnung vermieden wurden.

Messstellenbetriebsgesetz

Das Messstellenbetriebsgesetz unterscheidet zwischen modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen. 2018 wurden über 6.000 moderne Messeinrichtungen bei Kunden eingebaut. Grundsätzlich handelt es sich um eine, im Detail, recht komplizierte Thematik. Darüber werden die Kunden mittels eines gut verständlichen Flyers informiert.

Der Einbau intelligenter Messsysteme wird, sobald die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen (Geräteverfügbarkeit von mindestens drei Herstellern), voraussichtlich 2019 starten. Die Netzgesellschaft bereitet sich mit einem interdisziplinären Team intensiv darauf vor. Sowohl bei modernen Messeinrichtungen, als auch bei intelligenten Messsystemen findet eine enge Zusammenarbeit mit innogy Metering GmbH statt. Ein entsprechender Vertrag wurde 2018 geschlossen.

3. Geschäftsverlauf

3.1 Absatz- / Preisentwicklung

Die Ausführungen in den Kapiteln 3.1.1 bis 3.1.3 betreffen die Aktivitäten der OB-Netz bezogen auf assoziierte und fremde Vertriebe. Die nachfolgenden Unterkapitel geben dagegen durchgängig die Aktivitäten aller Konzerngesellschaften wieder.

3.1.1 Netz Strom

2018 wurden 688,0 GWh (695,6 GWh) durch die gepachteten Stromnetze der Netzgesellschaft geleitet. Der Netzlastrückrückgang im Vergleich zum Vorjahr beträgt 1,1 Prozent. Damit setzt sich ein bundesweiter Trend fort, der vor allem auf ein verändertes Verbraucherverhalten und den vermehrten Einsatz energieeffizienter Geräte zurückzuführen ist.

3.1.2 Netz Erdgas

Im Geschäftsjahr 2018 wurden durch die gepachteten Erdgasnetze der Netzgesellschaft 946,1 GWh (948,2 GWh), an Erdgaskunden verteilt. In diesen Zahlen sind die an Erdgaskraftwerke durchgeleitete Mengen nicht enthalten. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um 0,2 Prozent. Verantwortlich dafür sind im Wesentlichen Witterungsgründe.

3.1.3 Netz Fernwärme

Das Fernwärmenetz ist im Gegensatz zu den Strom- und Gasnetzen kein regulierter Bereich. Die Netzgesellschaft übernimmt dienstleistend für die evo den Betrieb und die Wartung des Fernwärmenetzes.

3.1.4 Vertrieb Strom

Das anhaltend herausfordernde Wettbewerbsumfeld und die weiteren Einsparmaßnahmen der Kunden sind die Ursachen für den geringeren Stromabsatz. Er sank insgesamt um -3,1 Prozent auf 414,6 GWh. Dieser Rückgang findet sich bei den Kundengruppen Privat- und Gewerbekunden mit -4,2 Prozent, bei den Geschäftskunden mit -0,4 Prozent. Außerhalb von Oberhausen ist ein Absatzrückgang um -0,5 Prozent zu verzeichnen. Der Gesamtabsatz des Vertriebes sank in Summe um -2,9 Prozent auf 448,4 GWh.

Die Strompreise des Allgemeinen Stromtarifs für Privat- und Gewerbekunden haben den Stand der letzten Preisanpassung zum 1. April 2017 um 0,45 ct/kWh (Netto).

Für Geschäfts- und Industriekunden wurden die Preise individuell kalkuliert und überwiegend zum Jahresbeginn 2018 neu festgesetzt.

Der Marktanteil Strom lag in Oberhausen zum Jahreswechsel bei ca. 79 Prozent.

3.1.5 Vertrieb Erdgas

Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. So ma-chen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres bemerkbar. Als ein Indikator dient die Summe der Gradtagzahlen eines Jahres. Diese liegt für 2018 zum Zeit-punkt des Jahresabschlusses um -2,2 Prozent unter dem Wert des Jahres 2017.

Im Geschäftsjahr 2018 sank der Erdgasabsatz im Netzgebiet Oberhausen insgesamt um -3,9 Prozent auf 650,9 GWh. Bei den Privat- und Gewerbekunden lag der Absatz mit -5,0 Prozent unter dem des Vorjahres. Bei den Geschäfts- und Industriekunden konnte der Absatz um 16,8 Prozent gesteigert werden. Dieser Wert wird unter anderen durch die Rückgewinnung eines Kunden positiv beeinflusst, der seit Oktober 2017 wieder in Belieferung ist. Außerhalb von Oberhausen konnten Geschäftskunden mit einen Absatzpotenzial von ca. 10 GWh von der evo beliefert werden. Der Gesamtabsatz des Vertriebes sank jedoch in Summe um -3,1 Prozent auf 661,4 GWh.
Der Marktanteil Gas lag in Oberhausen zum Jahreswechsel bei ca. 79 Prozent.

3.1.6 Vertrieb Fernwärme

Im Bereich der Fernwärme liegt der Gesamtabsatz (Heizwasser und Dampf) mit 406,7 GWh, bei einer Abweichung von -2,4 Prozent, unter dem des Vorjahres. Die Fernwärmepreise wurden entsprechend der Preisgleitklausel zum 1. Oktober 2018 um +0,06 Cent/kWh (Netto) angepasst.

3.1.7 Energiebereitstellung

Die Energiebereitstellung der evo erfolgt im Rahmen der Energieerzeugung durch eigene Erzeugungseinheiten und der externen Energiebeschaffung. Zur externen Energiebeschaffung bedient sich die evo seit 2010 eines Dienstleisters, der Quantum. Die Höhe des zu beziehenden Erdgas- und Strombedarfs orientiert sich an dem zukünftigen prognostizierten Vertriebsbedarf. Insofern richtet sich das Beschaffungsportfolio konsequent am Absatzportfolio aus.

Durch ein Risikomanagementsystem ist dieses risikoaverse Vorgehen in den Arbeitsabläufen implementiert. Entsprechend der am Energiemarkt geübten Praxis, besteht innerhalb der Quantum eine strikte Funktionstrennung zwischen Geschäftsabschluss, Bearbeitung und Abrechnung von Beschaffungsvorgängen.

3.2 Technische und Kaufmännische Dienstleistungen

Die evo erbringt kaufmännische oder technische Dienstleistungen für Dritte. Dazu gehören unter anderem die BSO KG, die OB-Netz und, die Infratec Duisburg GmbH und die FSO.

Weiterhin betreut die evo als professioneller Dienstleister seit vielen Jahren vorwiegend kommunale Oberhausener Beteiligungsgesellschaften (darunter STOAG, WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH u. a.) mit kompetenten Dienst- und Outsourcing-Leistungen in den Bereichen Buchhaltung, IT, Personalmanagement, Einkauf und Materialwirtschaft. Dabei sind die individuelle und kompetente Betreuung der Kunden sowie die hohe Datensicherheit die Basis für die langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ferner bietet die evo Contracting-Leistungen im Bereich Wärmeversorgung für Privathaus-halte oder Gewerbetreibende an. Der Absatz im Bereich Energielösungen (EL) lag bei ca. 6,0 GWh. Die Energielieferung konnte im Berichtszweitraum um weitere 0,1 GWh ausgebaut werden. Das Produkt „TOB-WärmeKomplett“ findet bei den Kunden weiterhin eine große Resonanz.

3.3 Partner und strategische Beteiligungen

Die evo ist ein starker Partner der Stadt Oberhausen und ein wichtiges Beteiligungsunternehmen der innogy SE. Um in diesem Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben, kann die evo – und damit auch der gesamte Konzern – auf ihre operativen und strategischen Beteiligungen zählen.

Um nachhaltig die lokale Entwicklung in der Stadt Oberhausen zu fördern, ist die evo auch an den Gesellschaften ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-**Oberhausen** mbH - ENO, GfKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabelservice KG, PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH und der mit Vertretern des hiesigen Handwerks gegründeten EHO Energiegenossenschaft Handwerk Oberhausen eG beteiligt.

Die in den nachfolgenden Unterpunkten gesondert aufgeführten weiteren Beteiligungen waren für die Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr von besonderer Bedeutung.

3.3.1 KSBG – STEAG

Gemeinsam mit fünf weiteren Stadtwerken ist die evo zum 31. Dezember 2018 mittelbar zu 100 Prozent an der STEAG GmbH (STEAG) beteiligt. Die jeweiligen Anteile sind in der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) gebündelt, die damit Alleingesellschafterin ist.

Aufgrund der anspruchsvollen wirtschaftlichen Herausforderungen, vor die sich die STEAG aktuell gestellt sieht, hat sich die evo – als autonom bilanzierendes Unternehmen – erneut entschlossen, dass der Buchwert der KSBG mit einem Betrag von TEUR 4.000 zu berichtigen ist. Im Vergleich zu den ursprünglichen Anschaffungskosten beläuft sich die Summe aller Wertberichtigungen damit auf 38,6 Prozent.

Auf die Herausforderungen der Energiewende und die geänderten Rahmenbedingungen re-agiert STEAG mit dem Programm STEAG 2022. Im Kern geht es darum, Effizienzen im gesamten Konzern zu heben, das Portfolio zu optimieren und neue Wachstumsfelder zu besetzen.

Die von der STEAG GmbH für den Mittelfristplanungszeitraum vorgelegten Ergebnisabführungen sind ausreichend, um den Kapitaldienst inklusive Zinsaufwand sowie Betriebsaufwendungen der KSBG zu bedienen. Die vorgelegte Ergebnisprognose der STEAG für das Geschäftsjahr 2018 bestätigt die budgetierte Ergebnisabführung an die KSBG von rund 45 Millionen Euro im Jahr 2019.

Die Konsorten verzichten über den gesamten Planungszeitraum auf Ausschüttungen der KSBG, um so ihren Beitrag für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des KSBG Konzerns zu leisten.

3.3.2 Quantum

Hauptaufgabe der Quantum ist der Handel mit Energie und Dienstleistungen im Bereich der Energiebeschaffung. Ziel ist es, die örtliche Energieversorgung in den Kommunen zu stärken. Für die evo übernimmt die Quantum aktuell das Bilanzkreismanagement Strom und beschafft Strom und inzwischen auch Erdgas direkt an den Großhandelsmärkten. Dadurch kann der personelle Zusatzaufwand bei der evo in Grenzen gehalten werden.

Zur Stärkung der Bonität der Quantum besteht ein Besicherungskonzept, das unter anderem auf Gesellschafterbürgschaften beruht. Die evo als einer der drei größten Anteilseigner der Quantum stellt sich dabei im Außenverhältnis als Primärsicherungsgeber zur Verfügung und bürgt so für die Quantum. Die Gesellschafterbürgschaften der Primärsicherungsgeber sind im Innenverhältnis aller Quantum-Gesellschafter durch Patronatserklärungen, die sogenannten Binnen- oder Rückpatronate, abgesichert.

Nachdem zwischenzeitlich eine anderweitige Option zur Weiterentwicklung der Gesellschaft durch Fusion nicht zum Tragen gekommen ist, haben sich die Partner in 2018 intensiv mit alternativen Lösungen beim Thema Energiebeschaffung auseinandergesetzt. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Quantum auch in ihrer derzeitigen Struktur gegenüber allen diskutierten Lösungen ein besseres Leistungsportfolio für die evo aufzuweisen hat.

Insofern sieht sich die evo in dem eingeschlagenen Weg bestätigt, weiterhin mit der Quantum als strategischem Partner die Energiebeschaffung und weitere Dienstleistungen zu gestalten.

3.3.3 Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH (FWSRR)

Nach wie vor ist das Planfeststellungsverfahren bei der Bezirksregierung Düsseldorf als Genehmigungsbehörde nicht abgeschlossen. Nach Gesprächen im Frühjahr 2018 war zwischenzeitlich eine Entscheidung für Spätsommer 2018 in Aussicht gestellt worden. Dazu kam es nicht. Insofern alle Projektpartner bereits in 2017 beschlossen hatten, keine weiteren Investitionen zu tätigen, so weit diese nicht für die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens notwendig waren, ruht das Projekt derzeit.

3.4 E-Roller-Sharing

Seit 2018 bietet die evo nach einem erfolgreichen Probebetrieb im Herbst 2017 mit dem evo-E-Roller-Sharing eine neu Mobilitätsdienstleistung in Oberhausen an. Resonanz und Nachfrage sowohl im Privat- als auch Geschäftskundenbereich sind rege.

Die Fortführung des Projektes nach der Erprobungsphase 2017 und der weitere Ausbau zu einem neuen Geschäftsfeld der evo waren in 2018 einigen Verzögerungen unterworfen, die außerhalb des Einfluss- und Gestaltungsspielraums der evo lagen.

So verlief die Auslieferung der bestellten weiteren E-Roller nur schleppend, weil über Monate hinweg die für die entsprechende Anzahl von Akkus notwendigen Bestandteile am Markt nicht verfügbar waren. In der Folge konnte der für 2018 ursprünglich geplante schrittweise Aufbau der E-Roller-Flotte nicht mit der ursprünglich vorgesehenen Geschwindigkeit erfolgen.

Ungeachtet dessen steht mit Blick auf das E-Roller-Sharing am Jahresende ein positives Fazit, weil wesentliche Ziele, wie etwa die Zahl der registrierten Nutzer der rein App-basierenden Dienstleistung, deutlich vor der Zeit erreicht werden konnten.

4. Ertragslage

Die wesentlichen Angaben zu den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften mit dem jeweiligen operativen Ergebnisbeitrag zum Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2018 stellen sich wie folgt dar:

Gesellschaft ---------- Position	**FSO** **TEUR**	**BSO GmbH** **TEUR**	**BSO KG** **TEUR**	**evo** **TEUR**	**OB-Netz** **TEUR**	**Summe** **TEUR**	**Konzen** **TEUR**
Umsatzerlöse	601	0	5.245	199.406	90.451	295.703	185.280
Materialaufwand	217	0	3.284	126.234	43.327	173.062	97.890
Personalaufwand	154	0	0	24.569	14.049	38.772	38.772
Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen	0	0	752	8.977	0	9.729	9.737
Konzessionsabgabe	0	0	0	0	8.703	8.703	8.703
Steuern vom Ertrag (einschl. Steuerumlage)	30	0	237	4.955	- 2.123	3.099	4.332
Ergebnis nach Steuern	105	- 1	693	19.915	- 7.708	13.004	11.943
Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag (vor Ergebnisabführung)	105	- 1	693	19.720	- 7.708	12.809	11.743
Mitarbeiter *(Köpfe im Jahresdurchschnitt)*	2	0	0	271	162	435	435

Zur Ermittlung des Jahresüberschusses für den FSO-Konzern sind die jeweiligen Einzelabschlüsse um die Leistungsinterdependenzen zwischen den Konzerngesellschaften - im Wesentlichen Netznutzungs- und Dienstleistungsentgelte, Strom- und Wärmeeinspeisung bzw. Bezug, verrechnete Personalkosten und Mieten - zu korrigieren.

Das Konzernergebnis ist im Wesentlichen durch die Minderung der aktiven latenten Steuern in Höhe von TEUR 1.233 negativ (Vorjahr TEUR 423 negativ) geprägt. Bis auf die BSO GmbH sind die Konzerngesellschaften nur gewerbesteuerpflichtig. Zur Berechnung wird ein Ertragsteuersatz von 20,3 % (Vorjahr 20,3 %) zugrunde gelegt.

Das Konzernergebnis wird auch weiterhin im Wesentlichen durch die evo geprägt.

Die Umsatzerlöse betreffen hauptsächlich die Erlöse aus Energieverkäufen (TEUR 177.118). Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Minderung um TEUR 4.218 zu verzeichnen.

Das anhaltend herausfordernde Wettbewerbsumfeld und die weiteren Einsparmaßnahmen der Kunden sind die Ursachen für den geringeren Stromabsatz. Der weiterhin sehr lebhafte Wettbewerb auf dem Strommarkt spiegelt sich auch in der Entwicklung des Marktanteils wider, hier ist ein leichter Rückgang im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen.

Der Erdgasumsatz hat sich im Vergleich zur Planung gemindert, neutrale positive Effekte aus dem Vorjahr konnten den sinkenden Absatz nicht kompensieren. Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen und zunehmend lebhaftem Wettbewerb geprägt, hier spiegelt sich auch die milde Witterung des Jahres 2018 wider.

Im Bereich der Fernwärme führen im Wesentlichen Effekte aus der Vorperiode zur Erhöhung der Umsatzerlöse. Der Wärmeabsatz liegt witterungsbedingt unter dem Budgetansatz.

Die Aufwendungen für den Energiebezug, die Brennstoffkosten und den Materialdirektverbrauch sowie die bezogenen Leistungen sind im Berichtsjahr um TEUR 2.248 auf TEUR 97.890 gestiegen. Ursächlich für diese Entwicklung sind unter anderem der Absatzrückgang und das niedrige Preisniveau. Weiterhin wurden aufgrund der Preisentwicklung zum 31.12.2018 Rückstellungen für Risiken aus der Strombeschaffung, welche im Vorjahr gebildet werden mussten, im Geschäftsjahr 2018 aufgelöst. Diese Effekte mindern den Materialaufwand. Der Materialdirektverbrauch und die bezogenen Leistungen bleiben im Vergleich zum Vorjahr stabil.

5. Finanz- und Vermögenslage

5.1 Finanzbewegung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit vermindert sich in 2018 um rund TEUR 6.803 auf TEUR 15.198. Dies ist im Wesentlichen auf die deutliche Abnahme der Rückstellungen sowie der Erhöhung der sonstigen Forderungen zurückzuführen.

Die Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belaufen sich im Berichtsjahr auf TEUR -10.327 (Vorjahr TEUR -10.128). Hierbei können die Investitionen in das Sachanlage- und Finanzanlagevermögen nicht zu 100 % durch die Abschreibungen finanziert werden (siehe hierzu auch Punkt 5.2).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet neben der Ergebnisabführung aus dem Vorjahr (TEUR -11.445) ebenfalls die Kredittilgungen von TEUR -11.179.

Es kommt zu einer Zunahme des Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres von TEUR 421, dieser stellt sich mit TEUR 2.028 positiv dar.

Die tabellarische Kapitalflussrechnung ist in der Anlage dargestellt.

5.2 Investitionen

Die Investitionen im Anlagevermögen des Konzerns sind fast ausschließlich durch Maßnahmen der evo geprägt.

Die technisch-wirtschaftliche Optimierung in den Netzbereichen wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Der Anteil der Netzinvestitionen in 2018 an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände betrug 70,6 %.

	Budget 2019 in TEUR	**Ist 2018 in TEUR**	**Ist 2017 in TEUR**
Investitionen	22.111	11.484	10.351
Abschreibungen	9.500	13.737	12.485

Neben den Investitionen in Höhe von TEUR 8.488 zur Erneuerung der Netze sieht das Investitions-Budget 2019 weitere Erneuerungen im Bereich der Gemeinsamen Anlagen von TEUR 13.623 vor. Die Investitionen betrugen TEUR 11.484 und teilen sich wie folgt auf:

	Ist 2018 in TEUR	**Ist 2017 in TEUR**
Immaterielle Vermögensgegenstände	255	482
Sachanlagen		
▪ Stromversorgung	3.716	3.762
▪ Erdgasversorgung	1.902	985
▪ Fernwärmeversorgung	3.634	3.719
▪ Energieservice	512	574
▪ Gemeinsame Anlagen	1.351	775
Finanzanlagen	114	54
Gesamtbetrag	**11.484**	**10.351**

Im Bereich der Finanzanlagen kam es zu Investitionen in Höhe von TEUR 114.

In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen ausreichen. Es ist geplant, zukünftig den dafür jährlich erforderlichen Anteil der Investitionen durch langfristige Darlehensaufnahmen sukzessive zu finanzieren. Für das Geschäftsjahr 2019 wurden die Verhandlungen zur Darlehensaufnahme in Höhe von TEUR 10.000 zur anteiligen Finanzierung der Sachinvestitionen 2019 bereits im Oktober 2018 aufgenommen, zur Auszahlung des Darlehens kommt es im Januar 2019.

5.3 Finanzlage

Die Finanzlage des Konzerns wird im Wesentlichen durch die evo geprägt. Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung zwischen der evo und der OB-Netz sowie der FSO KG getroffen, wobei die Verzinsung von Darlehen zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die Anlage von kurz- und mittelfristig freien liquiden Mitteln erfolgt zentral durch die evo in Tages- und Festgeldern.

Ein seit 2007 bei der evo bestehender Spezialfonds dient zur Deckung der mittelfristigen Rückstellungen, die im Wesentlichen Maßnahmen aus dem Personalbereich beinhalten. Dazu zählen unter anderem umfangreiche Rückstellungen für abgeschlossene Altersteilzeitverträge. Weiterhin werden bei den Rückstellungen Verpflichtungen für noch ausstehende Rechnungen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Rechnungen für erhaltene Energielieferungen aus den Bereichen Strom und Erdgas der evo.

Die wesentlichen Mittelabflüsse ergeben sich aus der Investitionstätigkeit der evo, dem zahlungswirksamen Rückgang der Rückstellungen (vorwiegend der Personalrückstellungen wie ATZ) sowie der jährlichen Gewinnabführung.

Aus den Finanzplanungen der evo für die kommenden Jahre ergibt sich weiterhin – wie unter 5.2 erläutert – ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen.

Weiterhin ist bei der evo geplant, die Bezugskostenspitzen in den Wintermonaten über kurzfristige Mittel im Rahmen der bestehenden Kreditlinien temporär zu bezahlen.

Dem betriebsnotwendigen Vermögen stehen angemessene Passiva in Form von Eigenkapital oder langfristigen Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber.

Zusammenfassend ist eine solide Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage im Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses zu verzeichnen.

6. Risikobericht

6.1 Risikomanagement

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die OB-Netz und BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

In der letzten Risikoinventur wurden 39 Risiken erfasst. Die Risiken wurden bewertet und mit einer Ausnahme den Risikoklassen mit minimalen und niedrigen Ausmaßen zugeordnet. Die Werthaltigkeit der Beteiligung der evo an der KSBG hängt maßgeblich von deren wirtschaftlicher Entwicklung ab. Für den Jahresabschluss 2018 wird aus Vorsichtsgründen auf Ebene der evo eine Abwertung i.H.v. TEUR 4.000 vorgenommen. Das Risiko wurde daher mit mittlerem Ausmaß bewertet.

Im Rahmen der halbjährlich durchgeführten Risikoinventuren wurden für den Berichtszeitraum dreizehn neue Risiken identifiziert und zwei Risiken wurden abgemeldet.

Für die OB-Netz stellt sich die Situation wie folgt dar: Grundsätzlich schützt sich die Netzgesellschaft gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt. In 2017 wurde zur Erfüllung der Anforderungen des IT-Sicherheitskatalogs der Bundesnetzagentur (BNetzA) ein Zertifizierungsprozess des Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) für den Geltungsbereich Netzleittechnik begonnen. Dazu fand im Dezember 2017 ein Zertifizierungsaudit statt. Der Zertifizierungsprozess wurde im März 2018 erfolgreich abgeschlossen. Weiterhin werden geeignete Steuerungsmaßnahmen ergriffen, um Netzausfälle zu vermeiden.

Im Rahmen der Risikoinventur wurden neun Risiken identifiziert. Diese entfallen mit einer Ausnahme in die niedrigen Risikoklassen. Das Risiko Ausfall der Stromnetze ist von rechtlich/technischer Art. Bei einem Ausfall, bzw. Störfall könnte es unter bestimmten Umständen zu Schadensersatzansprüchen von einigen wenigen Kunden in unbegrenzter Höhe kommen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird jedoch als gering erachtet, sodass es insgesamt zu einer mittleren Risikoeinstufung kommt. Im Rahmen des Asset-Managements wurden Maßnahmen zur Schadensminimierung und Reduzierung der Eintrittswahrscheinlichkeit definiert und werden laufend durchgeführt.

Folgendes Risiko wurde in 2018 gestrichen:

Effizienzwert Gas

Das Risiko „Effizienzwert Gas“ wurde in das Risiko „Änderung der regulatorischen Rahmenbedingungen“ mit aufgenommen und wird dort auch weiter überprüft. Die Netzgesellschaft hat mittlerweile ein Effizienzwert Gas i.H.v. 82,36 Prozent als Vorabinformation erhalten. Dieser wird im Rahmen der Anhörung überprüft. Es wurden in 2018 keine neuen Risiken identifiziert.

Der Netzgesellschaft sind zurzeit keinen erhöhten Umweltrisiken bekannt.

Abschließend bleibt festzustellen: Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

6.2 Absatzmarktrisiken

Das wesentliche Risiko bilden die vermehrten Wechselprozesse in den Geschäftsfeldern Strom- und Erdgasvertrieb. Hier ist für die Zukunft mit einer steigenden, zumindest aber mit einer gleichbleibend hohen Wechselbereitschaft der Kunden zu rechnen, getrieben u.a. durch von Kundenwechseln profitierenden neuen Marktteilnehmern in Form von Vergleichs- und Wechselportalen. Hinzu kommen Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Preisgestaltung insbesondere im Bereich des Stromvertriebs, die angesichts zunehmender gesetzlicher Eingriffe und Regulierungen nicht mehr allein unternehmerisch zu beeinflussen sind.

6.3 Beschaffungsmarktrisiken

Bei der Energiebeschaffung verfolgt die evo eine risikoaverse Strategie. Die evo betreibt selbst keinen Energiehandel, sondern beschafft die Erdgas- und Strommengen für ihren geplanten Absatz über die Beteiligungsgesellschaft Quantum. Zur Vermeidung des Preisrisikos erfolgt die Beschaffung von Mengen für Großkunden „back to back“, d. h. die Menge wird erst bei Vertragsabschluss beschafft und unterliegt so nur einem geringen Preisrisiko. Für den größeren Teil der evo-Kunden, die über Standardlastprofile beliefert werden, erfolgt eine große Streuung über die Produktart (Standardprodukte und Fahrpläne) und den Zeitpunkt der zu beschaffenden Energien. Aufgrund des großen Anteils von Haus-

haltskunden und kleineren Sondervertragskunden am Gesamtabsatz ergeben sich nur geringe Mengenrisiken. Operative Risiken werden durch Prozesse und interne Kontrollmechanismen bei der Quantum minimiert.

6.4 Betriebsrisiken

Grundsätzlich schützt sich die evo gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Zu den Betriebsrisiken der evo gehören auch Risiken steigender Cyberkriminalität, die aufgrund der immer weiter voranschreitenden Digitalisierung entstehen. Hierzu gehören die Risiken, die sowohl die Verfügbarkeit der entsprechenden IT-Systeme, der damit zu verarbeitenden Daten und somit die Grundlage einer modernen, effektiven Prozessabwicklung bei evo, als auch die Verletzung der Vertraulichkeit und der Integrität von Informationen betreffen. Immer weiter in den Fokus rücken hier vor allem der unbeabsichtigte Datenabfluss – vor allem auch über mobile Kommunikationsgeräte, sowie die Nichtverfügbarkeit von Teilen der IT-Infrastruktur.

Die evo begegnet diesen Risiken mit geeigneten Maßnahmen, die im Rahmen eines Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) identifiziert und die zusätzlich in einen IT-Risikomanagement bewertet und behandelt werden. Hierzu gehören organisatorische und technische Maßnahmen, wie z.B. regelmäßige Updates, Datensicherungen, E-Mail- und Internet-Absicherung, die Analyse von Schwachstellen und deren Behebung, wenn solche aufgedeckt werden. Weiterhin erfolgt permanent eine Sensibilisierung der Mitarbeiter für das Thema in Form von Schulungen, Beiträgen im Intranet, Posterkampagnen oder E-Mails z.B. bei aktuellen Entwicklungen, die für alle Geschäftsbereiche relevant sind. Ein erhöhtes Risiko durch Cyberkriminalität ist bei der evo aufgrund des Betriebes kritischer Infrastruktur grundsätzlich zu sehen.

6.5 Finanzrisiken

Auf Basis einer kurz- bis langfristigen Liquiditätsplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb von genehmigten Kreditlinien. Durch das Kerngeschäft und die Vielzahl der Kunden ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen keine weiteren Preis- und Adressausfallrisiken. Zahlungsstromschwankungen sind aufgrund bekannter Abrechnungszyklen und anhand von Gradtagzahlen weitestgehend planbar.

Zur strategischen Ausrichtung hat die evo Geld- und Kapitalanlagen in Wertpapieren angelegt. Wertpapiere unterliegen Kursrisiken, die auch zu Kursverlusten und somit zu einem maximal leichten Schaden führen könnten. Das Kursrisiko wird als bewusst eingegangene unternehmerische Tätigkeit verstanden.

6.6 Umfeldrisiken

Auf Grundlage der beiden Risikoinventuren 2018 konnten für den Bereich wirtschaftliche
oder rechtliche Umfeldrisiken jenseits der Thematik Energiewende keine Risiken mit Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder mit Bestandsgefährdung identifiziert werden.

6.7 Umweltrisiken

Für den Bereich der Abfallentsorgung haben Geschäftsführung/Vorstand einen Abfallbeauftragten benannt. Alle anfallenden Reststoffe werden, soweit möglich, getrennt gesammelt und einer Wiederverwertung zugeführt.
Erhöhten Umweltrisiken ist die evo zurzeit nicht ausgesetzt.

6.8 Gesamtrisiko

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

7. Prognosebericht

Sofern nicht anderweitig gekennzeichnet, beziehen sich die Ausführungen dieses Kapitels auf alle Konzerngesellschaften. Die Kapitel 7.2 und 7.3 betreffen jedoch primär Belange der evo.

7.1 Gesetzgeberische Ausgestaltung der Energiewende

Ein Ende der beständigen Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft ist weiterhin nicht absehbar. Zwar liegt mit dem zwischenzeitlich vorgelegten Kompromiss der sogenannten Kohlekommission ein Vorschlag auf dem Tisch, wie der Ausstieg aus der Kohleverstromung zwischen 2022 und 2038 gestaltet werden könnte, doch sind die Empfehlungen bisher nicht in Gesetzesform gegossen.

Zudem wird ein solch gravierender Schritt unabhängig von seiner konkreten Ausgestaltung in jedem Falle spürbare Auswirkungen auf die gesamte Branche haben. Auch deshalb ist es nicht unwahrscheinlich, dass einzelne Unternehmen

womöglich juristisch gegen entsprechende Stilllegungsbeschlüsse vorgehen werden – mit der Konsequenz einer weiteren Einschränkung der mittel- und langfristigen Planungssicherheit für die Energiewirtschaft insgesamt.

7.2 Weiterentwicklung Fernwärme

Angesichts der schon seit längerem bekannten, erheblich verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der deshalb anfallenden, nachhaltigen Mehrkosten bei Umsetzung des ursprünglich konzipierten FWSRR-Modells, hat die evo zwischenzeitlich alternative Planungen für eine langfristige Sicherung der Fernwärmeversorgung in Oberhausen vorangetrieben.

So wird in 2019 mit dem Bau eines neuen Gasmotoren-BHKW am Standort des HKW I an der Danziger Straße begonnen werden. Die Fertigstellung der Maßnahme ist nach derzeitigem Planungsstand für den Herbst 2020 vorgesehen. Ähnlich sieht es am Standort des HKW II in Sterkrade aus: Hier wurde noch Ende 2018 eine Kooperation mit dem Oberhausener Partner MAN Energy Solution unterzeichnet, wonach in Sterkrade eine neue Gasturbine errichtet werden wird; geplante ist auch hier eine Inbetriebnahme in 2020. Gleichzeitig wird perspektivisch im Frühjahr 2019 die alte Gasturbine am Standort Sterkrade außer Betrieb genommen.

Mit beiden Projekten hat sich die evo erfolgreich am Ausschreibungsverfahren für eine KWK-Förderung der Bundesnetzagentur beteiligt.

7.3 E-Roller-Sharing

Für 2019 stehen die quantitative und geographische Ausweitung der Dienstleistung an. D.h., dass zum einen die Anzahl der eingesetzten Roller ab Jahresbeginn signifikant gesteigert werden wird und dass zum anderen die Dienstleistung voraussichtlich ab dem Frühjahr auch jenseits der Oberhausener Stadtgrenzen in ausgewählten Nachbarkommunen genutzt werden kann.

Parallel dazu steht das Projekt in Verhandlungen mit Nahverkehrsverbünden bzw. Nahverkehrsunternehmen, um auszuloten, inwieweit das E-Roller-Sharing in der Region in multimodale Mobilitätsangebote eingebunden werden kann.

7.4 Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung wird im gesamten Konzernverbund ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt. Dieses Berichtswesen, das zugleich Steuerungsinstrument ist, mündet in eine differenzierte Erfolgsrechnung. Analysiert werden dabei sowohl im Plan-/Ist als auch Ist/Ist-Vergleich beispielsweise die Abweichungen der Kostenpositionen. In den technischen Bereichen wird der Quartalsbericht noch um einen Aufwandsbericht auf Einzelmaßnahmenebene ergänzt, der mit voranschreitender Zeit im Geschäftsjahr in kürzeren Berichtszyklen zur Verfügung gestellt wird. Dies gewährleistet, im Bedarfsfall zeitnah Steuerungsmaßnahmen einleiten zu können.

Im Rahmen der Prognosetätigkeit im Vorfeld der beiden Aufsichtsratssitzungen der Konzernmutter im Mai und November werden mit den Spartenverantwortlichen die jeweiligen Geschäftsentwicklungen analysiert. Dabei stehen insbesondere die Bereiche Investitionen und Personalentwicklung im Fokus. Dadurch sind Abweichungen frühzeitig erkennbar, um bei unplanmäßigen Entwicklungen gezielte Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden im gesamten Konzernverbund unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange der Kunden, der Umwelt sowie der Belegschaft berücksichtigt.

7.5 Perspektiven 2019ff.

Die bekannten und weiterhin nur schwerlich voraussehbaren politischen Rahmenbedingungen für die Energiewirtschaft stellen alle Versorger weiterhin vor erhebliche Herausforderungen. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich nur noch verminderte zugestandene Gewinne realisieren; im Bereich Energievertrieb herrscht nach wie vor ein deutlich zunehmender Wettbewerb.

Aus diesen Umständen resultiert ein steigender Erlös- und Kostendruck. Alle Unternehmensbereiche sind weiterhin dabei, zusätzliche Effizienzpotenziale zu identifizieren und umzusetzen.

Das Konzernergebnis der FSO ist im Wesentlichen bestimmt vom Ergebnisbeitrag der evo, sodass die Prognose für den FSO-Konzern in 2019 der entsprechenden Mittelfristplanung der evo entspricht. Diese sieht weiterhin Ergebnisse in Höhe von TEUR 11.000 an – wohl wissend, dass die allgemeinen volks- und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen es immer mehr erschweren, diese Zielvorgaben letztlich auch zu erreichen. Auch für das Berichtsjahr 2018 war mit einem Ergebnis und einer entsprechenden Gewinnabführung in Höhe von TEUR 11.000 Höhe geplant worden (vgl. eingehend Kap. 4). Dieser Planansatz konnte mit einer Gewinnabführung der evo an die FSO in entsprechender Höhe exakt eingehalten werden.

Für die kommenden Jahre gelten folgende Annahmen für die Entwicklung des Strom- und Gas-Vertriebs: Mittelfristig muss die evo beim Strom mit einem weiteren Rückgang des Marktanteils im Stammgebiet Oberhausen rechnen. Insbesondere im SLP-Kundensegment (Standardlastprofilkunden; Privat- und Kleingewerbekunden) wird – wie schon in den Vorjahren – eine stärkere Wechselbereitschaft unterstellt. Im bereits wettbewerbsintensiven RLM-Kundensegment (Kunden mit registrierender Lastgangmessung; größere Geschäfts- und Industriekunden) wird ein konstantes Niveau an

Vertragsabschlüssen unterstellt. Der Ausbau des Vertriebs außerhalb des Netzgebietes Oberhausen wirkt sich entsprechend positiv auf die Umsatzentwicklung aus. Ziel ist es, die Absatzrückgänge innerhalb Oberhausens durch vermehrten Absatz außerhalb zu kompensieren. Für das Geschäftsfeld Gas gelten ähnliche Annahmen.

Neben den traditionellen Geschäftsfeldern Strom, Erdgas und Fernwärme hat die evo begonnen, die Angebote im Geschäftsfeld Energiedienstleistungen (d.h. diverse Contracting-Modelle, E-Roller usw. – wie auf der Internetseite der evo beschrieben) auszubauen. Hier sehen wir – auch im Rahmen der Energiewerde – Wachstumspotentiale, die langfristig zum Ergebnis der evo beitragen können. Mit der Einrichtung einer Stabsstelle „Strategische Unternehmensentwicklung" sowie eines Innovationsmanagements trägt die evo zudem dafür Sorge, dass das Unternehmen für die Identifikation, Analyse und eine mögliche, spätere Erschließung neuer Geschäftsfelder bestmöglich aufgestellt ist.

Speziell für die OB-Netz ist festzuhalten: Die grundsätzliche Lage der Energiewirtschaft und hier insbesondere für Verteilnetzbetreiber hat sich im Vergleich zu den Vorjahren kaum verändert und bleibt weiterhin volatil. Die stellt alle Verteilnetzbetreiber vor große wirtschaftliche Herausforderungen. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich Gewinne im Wesentlichen durch Kostenoptimierung und Effizienzsteigerung realisieren. Gleiches gilt z.B. auch für den Bereich des Messstellenbetriebswesens, wo vermeintliche Liberalisierungen letztlich allein den Kostendruck erhöhen. Gleichzeitig sind die Netze aufgrund der Energiewende zukunftsfähig auszubauen.

Entsprechend sind alle Abteilungen der OB-Netz weiterhin bemüht, im Rahmen des ELAN-Projektes kontinuierlich Effizienzpotenziale zu identifizieren und umzusetzen.

Im Jahresabschluss der OB-Netz zum 31. Dezember 2018 liegen die Erträge aus Verlustübernahme mit rund TEUR 7.700 um rund TEUR 1.850 höher als erwartet. Die Verschlechterung des Ergebnisses der OB-Netz im Vergleich zum Budget resultiert im Wesentlichen aus erhöhten vorgelagerten Netzkosten beim Strom, die aufgrund einer geringeren Netzlast mit niedrigeren Umsatzerlösen aus Netznutzungsentgelten nicht kompensiert werden können. Des Weiteren ergaben sich im Vergleich zum Budget erhöhte sonstige betriebliche Aufwendungen aus den internen Verträgen mit der evo.

In den Jahren 2019 und 2020 werden die Umsatzerlöse hauptsächlich bestimmt sein durch die genehmigten Erlösobergrenzen in den regulierten Sparten Strom und Gas. Es werden Umsätze in Höhe von jeweils ca. TEUR 92.000 erwartet. Unter Berücksichtigung von Personal- und sonstigen Kostensteigerungen werden für 2019 Erträge aus Verlustübernahme in Höhe von TEUR 4.000 bzw. TEUR 4.900 für 2020 angenommen. Aufgrund des konzerninternen Gewinn-/Verlustausgleichs wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 0 EUR erwartet. Allerdings ist das Ergebnis der OB-Netz im Kontext des Gesamtkonzerns zu betrachten. Als innovativer und gut aufgestellter Verteilnetzbetreiber arbeitet die OB-Netz an Lösungen und Methoden, um auch weiterhin eine hohe Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten.

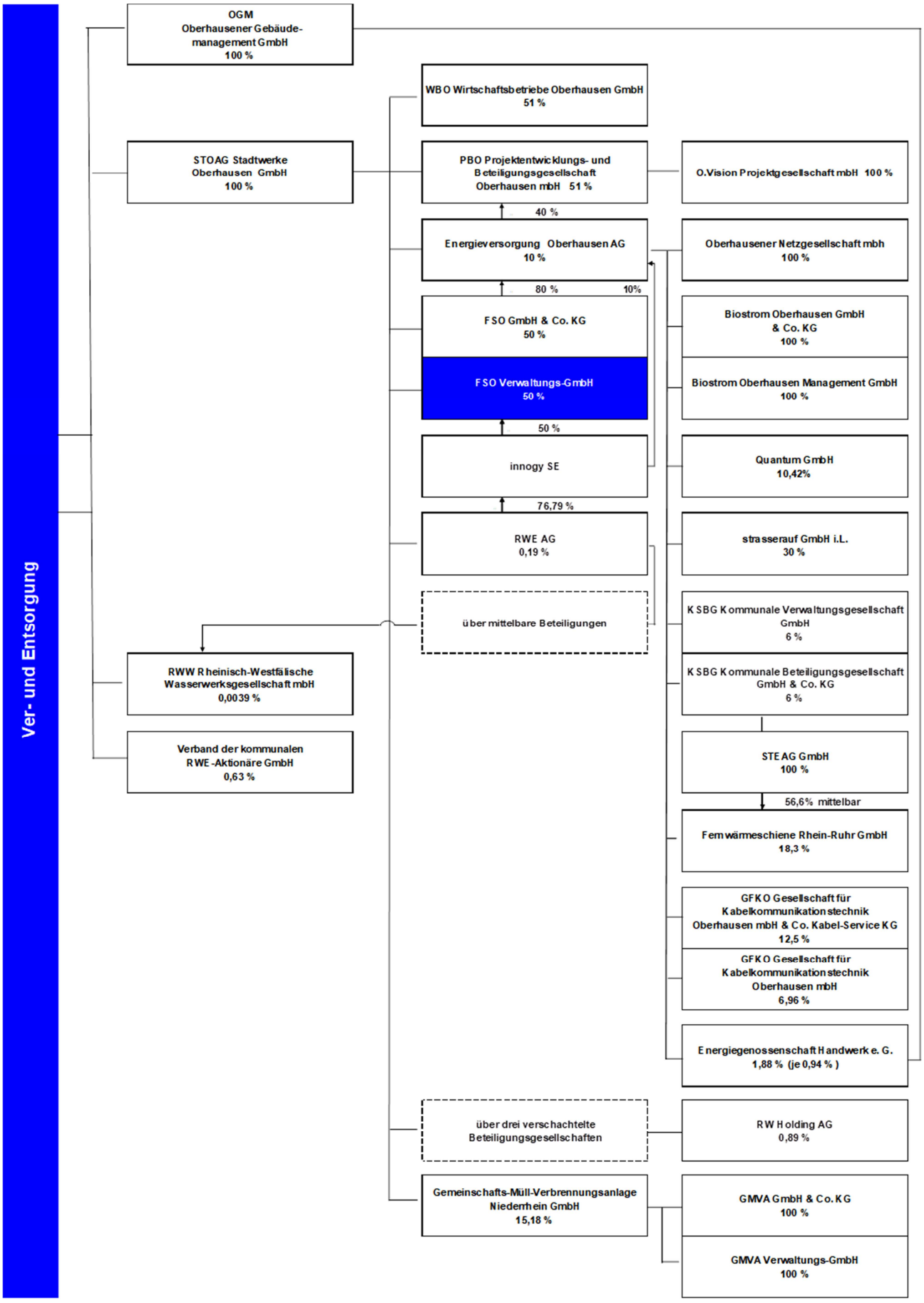
7.6 Fazit

Unter Berücksichtigung aller oben erwähnten Faktoren sieht sich der Konzern grundsätzlich für alle künftigen unternehmerischen Herausforderungen gewappnet und aus heutiger Sicht bestmöglich aufgestellt.

Oberhausen, 15. März 2019

FSO GmbH & Co. KG
vertreten durch die Geschäftsführung
der FSO Verwaltungs-GmbH

Hartmut Gieske / Bernd Homberg


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

FSO Verwaltungs-GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-0
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:

	T€	%
innogy SE	15,00	50,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der FSO GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Gieske, Hartmut
	Geschäftsführer	Homberg, Bernd
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bevollmächtigte/r der STOAG
Prokura:	Prokuristin	Slomma, Claudia
	Prokurist	Seifert, Eckhard

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	36,11	100,0	36,10	100,0	36,90	100,0	0,80	2,22
Bilanzsumme	**36,11**	**100,00**	**36,10**	**100,00**	**36,90**	**100,00**	**0,80**	**2,22**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	33,72	93,4	33,84	93,7	34,18	92,6	0,34	1,00
Rückstellungen	1,95	5,4	2,24	6,2	2,36	6,4	0,12	5,36
Verbindlichkeiten	0,44	1,2	0,02	0,1	0,36	1,0	0,34	1.700,00
Bilanzsumme	**36,11**	**100,00**	**36,10**	**100,00**	**36,90**	**100,00**	**0,80**	**2,22**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	**T€**	**T€**
sonstige betriebliche Erträge	4,86	4,86	5,36
sonstige betriebliche Aufwendungen	4,62	4,73	4,95
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,25	0,14	0,41
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,04	0,02	0,06
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,21	0,12	0,34
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,21	0,12	0,34

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

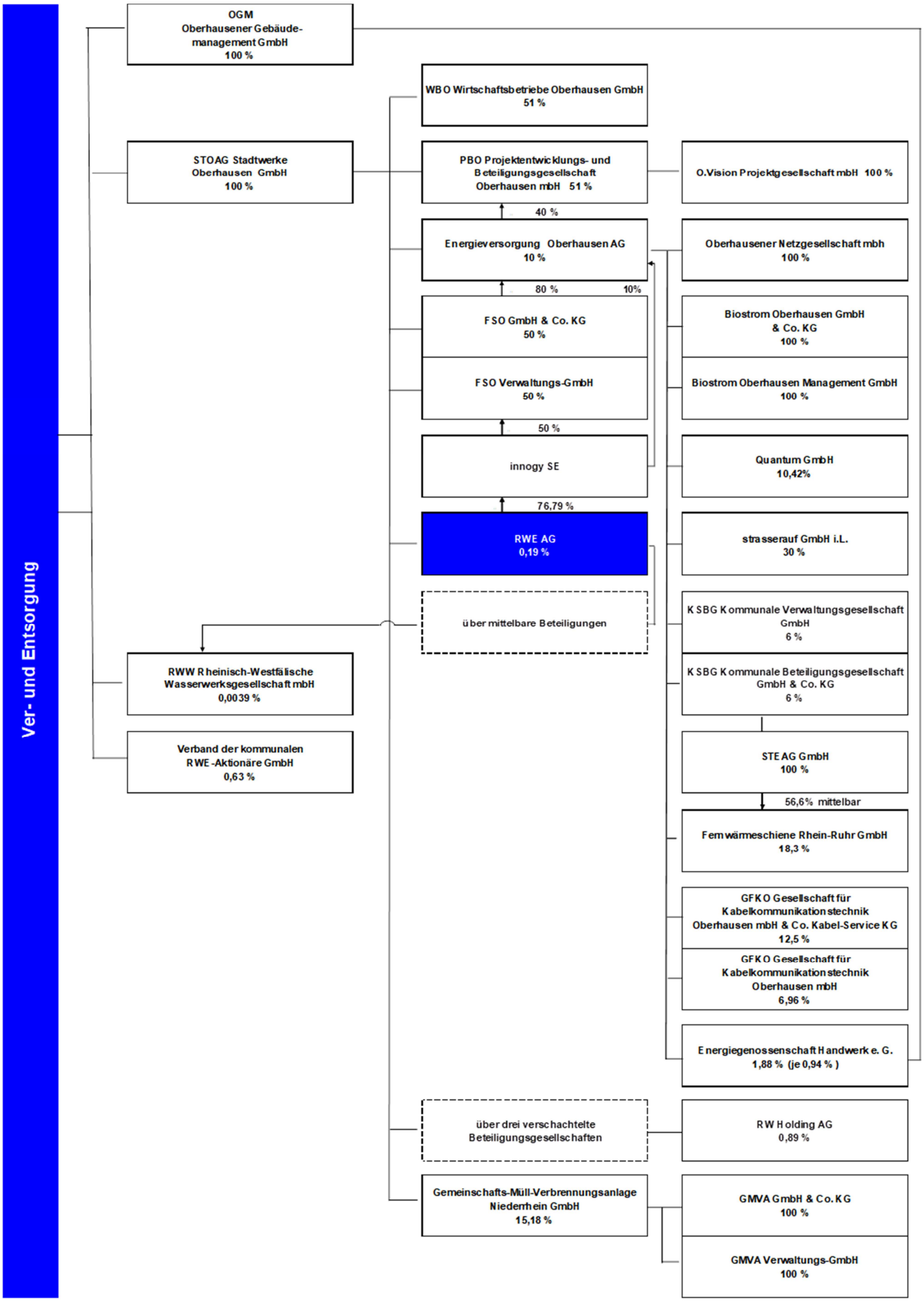
	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:				
Eigenkapitalrentabilität:	0,63	0,34	1,02	%
Cash-Flow:	0,21	0,12	0,34	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				
Personalaufwandsquote:				

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:				
Eigenkapitalquote:	93,39	93,73	92,64	%
Fremdkapitalquote:	6,61	6,27	7,36	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

RWE Aktiengesellschaft

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Altenessener Straße 35
45141 Essen

Kontakt:

Telefon 0201/ 1200

Fax 0201/ 1215199

Internet www.rwe.de/

Rechtsform: AG

Stammkapital in T€: 1.573.748,48

Gesellschafter:	**T€**	**%**
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	3.012,68	0,19

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:
a) Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,
b) Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,
c) Versorgung und Handel mit Energie,
d) Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,
e) Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,
f) Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann auf den in Absatz 1 bezeichneten Geschäftsfeldern auch selbst tätig werden.

Die Gesellschaft kann auch andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

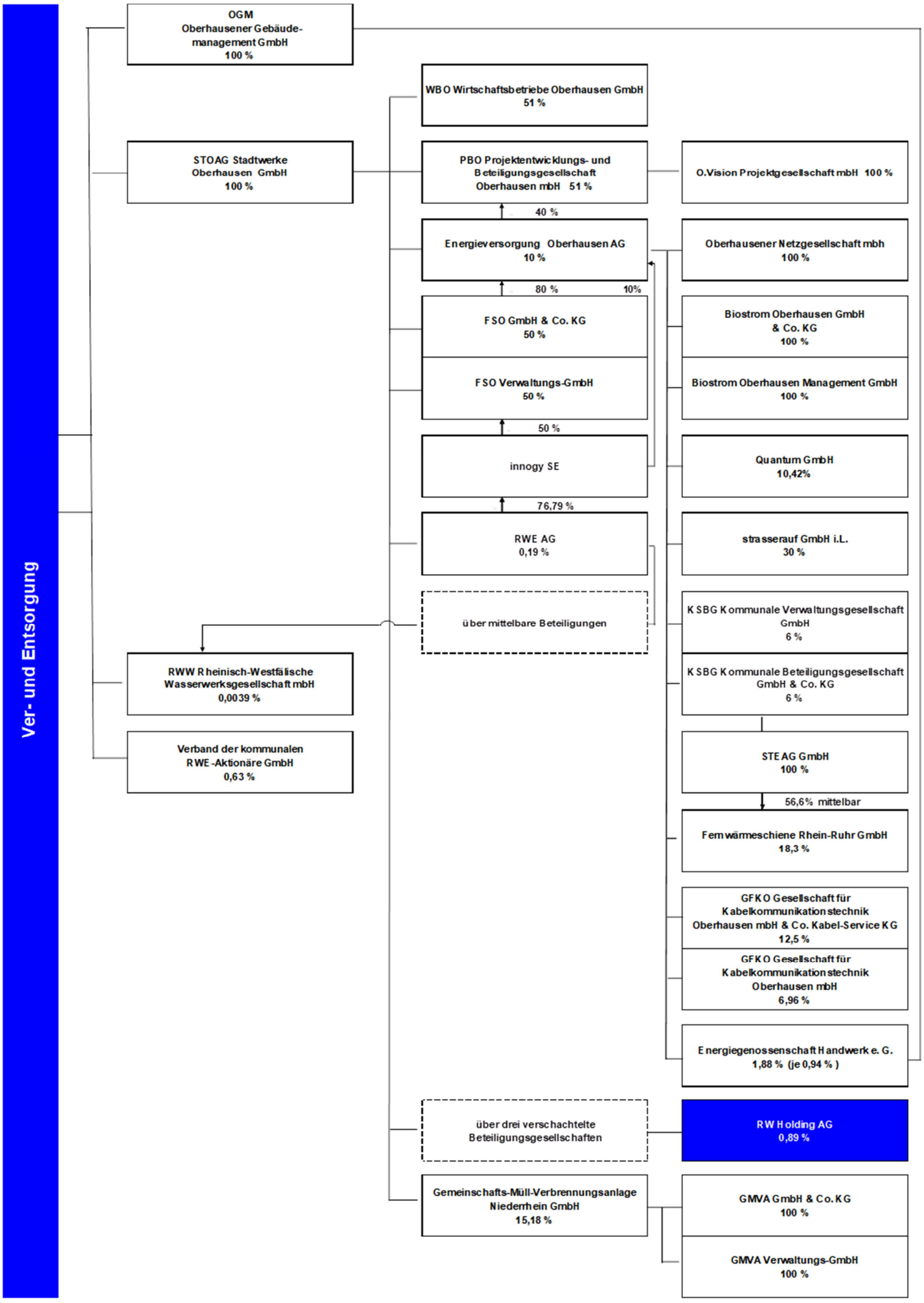
Vorstand:	Vorsitzender	Dr. Schmitz, Rolf Martin
	Mitglied	Dr. Krebber, Markus
Hauptversammlung:		Bevollmächtigte/r der STOAG

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
innogy SE	853.249,37	76,79
mittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	383,96	38,40
Biostrom Oberhausen Management GmbH	9,60	38,40
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	0,38	0,36
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	4,80	1,62
evo Energieversorgung Oberhausen AG	9.983,03	38,40
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	8,48	8,48
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	95,84	0,60
FSO GmbH & Co.KG	11,52	38,40
FSO Verwaltungs-GmbH	11,52	38,40
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	0,61	2,67
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	6,87	4,80
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,02	2,30
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	2,30	2,30
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	11,52	38,40
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	3,84	15,36
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	39,26	15,36
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,00
Quantum GmbH	40,75	4,31
STEAG Fernwärme GmbH	472,27	2,30
STEAG GmbH	2.948,83	2,30
strasserauf GmbH i.L.	2,88	11,52

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutungen dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet. Der Lagebericht der RWE AG wird auf Grund seines Umfangs nicht abgedruckt. Der Bericht ist im Internet unter www.rwe.com unter dem Stichwort „Geschäftsbericht 2018“ nachlesbar.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

RW Holding Aktiengesellschaft i.L.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Georg-Glock-Str. 8
40474 Düsseldorf

Kontakt:

Telefon 0211 1371-303

Fax 0211 1371170

e-Mail info@rwholding.de

Rechtsform: AG

Stammkapital in T€: 73.327,77

Gesellschafter:

	T€	%
Nicht gepoolte Aktionäre RWH	56.914,52	77,62
RW Beteiligungs GmbH	17.448,34	23,79

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen.
Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig oder nützlich erscheinen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

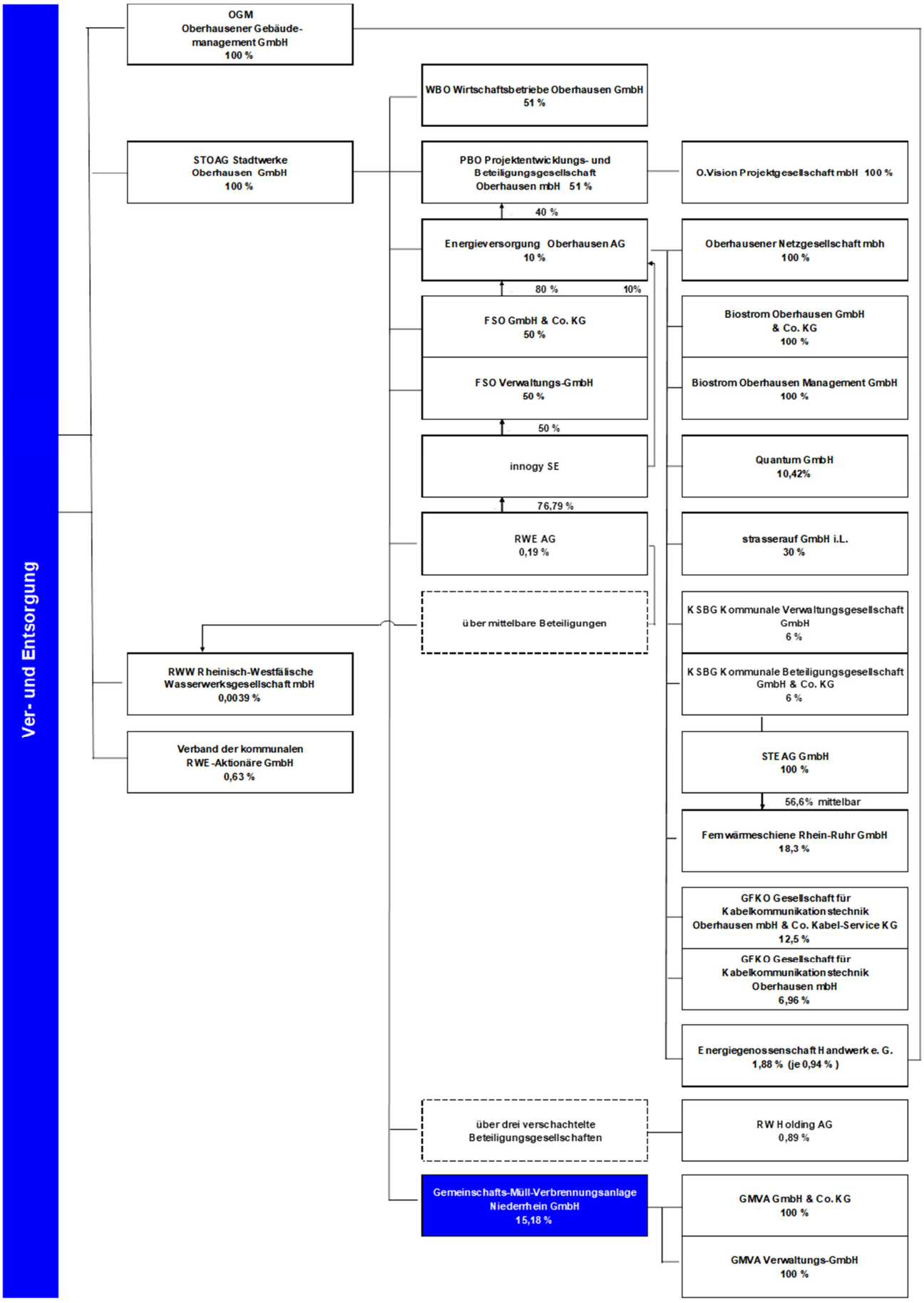
b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Hauptversammlung: Bevollmächtigte/r der STOAG

Aufsichtsrat: neun Mitglieder

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Liricher Straße 121
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8594-0
Fax	0208/8594-210
e-Mail	info@gmva.de
Internet	www.gmva.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 255,65

Gesellschafter:

	T€	%
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	125,27	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	38,81	15,18
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg AöR	91,57	35,82

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Dabei ist sie verpflichtet, vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten vorrangig zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der an der Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen. Beim Betrieb der Anlage sind die gesetzlichen Ziele der Abfallentsorgung nach den für die Abfallentsorgung erlassenen Gesetzen und Verordnungen in der jeweils gültigen Fassung, der Immissionsschutzgesetzgebung sowie die im Einzelfall festgesetzten Auflagen und Bedingungen einzuhalten.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Gesellschaften, die sich mit ähnlichen Aufgaben befassen, beteiligen und ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Fernwärmeliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
Gesellschaft für Schlackenaufbereitung mbH	Vertrag zwischen der GMVA und der Gesellschaft für Schlackenaufbereitung (GfS) über die Müllschlackenabfuhr und -aufbereitung in der Fassung vom 10.09.1996
GMVA GmbH & Co. KG	Unterauftragsverträge hinsichtlich der Aufgabenerfüllung der sich aus den Vereinbarungen über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen ergebenden Verpflichtungen der GMVA GmbH & Co. KG durch die GMVA
GMVA Verwaltungs-GmbH	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 02.12.2013 (mit Wirkung 01.01.2014)
Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbh	Abfallanliefervertrag zwischen der GMVA und der Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH vom 16.08.1996

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Mitglied	Dr. Sabac-el-Cher, Angela
	Mitglied	Schröder, Michaela
	Mitglied	Woidtke, Karsten Bernard
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schranz, Daniel
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Enzweiler, Rainer
	stellv. Vorsitzender	Hanning, Guido
	1. stellv. Vorsitzender	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	3. stellv. Vorsitzender	von Häfen, Werner
	Mitglied gem. § 113 GO	Motschull, Frank
	Mitglied	Bandel, Frank
	Mitglied	Erlenbach, Klaus
	Mitglied	Dr. Fendel, Ansgar
	Mitglied	Dr. Foppe, Johannes-Gerhard
	Mitglied	Maaßen, Thomas
	Mitglied	Mauthe, Jürgen
	Mitglied	Schmidt, Markus
	Mitglied	Slykers, Manfred
	Mitglied	Steinberg, Wolfgang
	Mitglied	Susen, Thomas
	Mitglied	Patermann, Thomas
	Mitglied	Vüllings, Karsten
	Mitglied	Juchem, Timo
	Mitglied (AN)	Küster, Helmut
	Mitglied (AN)	Linden, Stefan
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Lauxen, Sabine
	stellv. Mitglied	Axt, Norbert
	stellv. Mitglied	Müthing, Christa
Prokura:	Prokurist	Arens, Matthias

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
GMVA GmbH & Co. KG	1.000,00	100,00
GMVA Verwaltungs-GmbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	49.862,00	37,2	38.676,49	39,2	32.125,64	37,1	-6.550,85	-16,94
Umlaufvermögen	83.879,20	62,6	60.036,35	60,8	54.528,29	62,9	-5.508,06	-9,17
Rechnungsabgrenzungsposten	317,09	0,2					0,00	
Bilanzsumme	**134.058,28**	**100,00**	**98.712,83**	**100,00**	**86.653,93**	**100,00**	**-12.058,90**	**-12,22**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	18.275,21	13,6	27.235,21	27,6	28.455,21	32,8	1.220,00	4,48
Rückstellungen	7.220,63	5,4	7.957,37	8,1	8.974,87	10,4	1.017,50	12,79
Verbindlichkeiten	42.401,60	31,6	13.899,62	14,1	16.143,42	18,6	2.243,80	16,14
Rechnungsabgrenzungsposten	66.160,85	49,4	49.620,64	50,3	33.080,43	38,2	-16.540,21	-33,33
Bilanzsumme	**134.058,28**	**100,00**	**98.712,83**	**100,00**	**86.653,93**	**100,00**	**-12.058,90**	**-12,22**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	64.233,82	60.232,74	59.179,66
sonstige betriebliche Erträge	4.300,55	6.832,84	8.471,65
Materialaufwand	17.783,97	17.268,08	19.748,64
Personalaufwand	13.042,97	13.293,48	13.747,22
Abschreibungen	17.078,74	11.916,94	7.681,13
sonstige betriebliche Aufwendungen	10.431,31	9.548,29	9.824,86
Erträge aus Beteiligungen		45,68	68,80
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	33,08	2,77	3,27
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	2,52	4,24	3,98
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	353,80	17,89	15,89
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.874,15	15.065,11	16.701,65
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.736,20	2.858,48	2.960,76
sonstige Steuern	160,53	128,22	131,41
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	109,26	1,58	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	7.868,17	12.076,82	13.609,48
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	7.868,17	12.076,82	13.609,48

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	12,42	20,05	23,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	76,65	79,68	91,67	%
Cash-Flow:	25.056,17	23.995,34	21.290,61	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	380,75	378,90	382,21	T€
Personalaufwandsquote:	19,03	19,82	20,32	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	36,38	38,09	35,62	%
Eigenkapitalquote:	13,63	27,59	32,84	%
Fremdkapitalquote:	86,37	72,41	67,16	%

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses

1. Darstellung des Unternehmens

Die GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung (im Folgenden „GMVA“ genannt) mit Sitz in Oberhausen ist mit Wirkung vom 01. Januar 1984 durch Umwandlung eines seit 1968 bestehenden kommunalen Zweckverbandes gegründet worden. Die Gesellschaft betreibt die Müllverbrennungsanlage in Oberhausen, die 1972 ihren Betrieb aufgenommen hat.

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Die GMVA ist verpflichtet, vorrangig sämtliche anfallenden andienungspflichtigen Abfälle ihrer Vertragspartner im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen.

Gesellschafter sind die Wirtschaftsbetriebe Duisburg - Anstalt des öffentlichen Rechts (35,82 %), die Stadtwerke Oberhausen GmbH (15,18 %) und die REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH, Bochum (49,0 %).

Zum 02.12.2013 gründete die GMVA die Kommanditgesellschaft GMVA GmbH & Co. KG mit einer Haftungseinlage in Höhe von 1 Mio. € zusammen mit der persönlich haftenden GMVA Verwaltungs-GmbH als Organgesellschaft mit einem Stammkapital in Höhe von 25 T€.

Die GMVA wird seit dem 01.01.2014 als Unterauftragnehmerin von der GMVA Niederrhein GmbH & Co. KG beauftragt, die angelieferten Abfälle aus Oberhausen und Duisburg zu übernehmen und zu verwerten bzw. zu beseitigen.

Im Übrigen besteht für REMONDIS eine Lieferverpflichtung, die zur Auslastung der Anlage in erheblichem Umfang beiträgt.

2. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

In 2018 konnte eine weitere Erholung und Stabilisierung der Preise auf dem Gewerbeabfallmarkt verzeichnet werden. Grund hierfür ist vor allem die anhaltend gute Konjunkturlage in Deutschland. Im Bereich der Siedlungsabfälle war erneut eine Zunahme der kommunalen Anlieferungsmengen zu verzeichnen. Vorrangig ist dies auf eine stabile Einkommenssituation der Haushalte zurückzuführen. Das Jahr 2018 war eher von einer unzureichenden Verfügbarkeit von Verbrennungskapazitäten geprägt.

Der Anlagendurchsatz lag in 2018 unter dem des Jahres 2017. Dessen ungeachtet waren Auslastung und technische Verfügbarkeit der Anlage weiterhin zufriedenstellend.

Die insgesamt sehr gute Auslastung aller Abfallbehandlungsanlagen und die hiermit einhergehende weitere Preisstabilisierung auch in 2018 dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass weiterhin strukturelle Überkapazitäten im Bereich der thermischen Abfallverwertung bestehen. Das sich nun andeutende Ende der Hochkonjunktur in Deutschland, der Wegfall oder die drastische Reduzierung der Importmengen vor allem aus Großbritannien im Zuge eines möglichen „harten Brexits“ sowie die insgesamt noch unklare Umsetzung der Maßgaben der Gewerbeabfallverordnung können auch kurzfristig zu einer erheblichen Veränderung der Auslastung, der Spotpreise und damit auch der Ergebnissituation der GMVA führen.

Der langjährige Verfall der Strompreise erreichte in 2016 seinen vorläufigen Tiefpunkt; seither erholen sich die Strompreise wieder. Die spezifischen Umsatzerlöse (€ je MWh) konnten im Berichtsjahr erneut gesteigert werden und trugen damit zur Ergebnisverbesserung der GMVA maßgeblich bei.

Welche konkreten Auswirkungen die sog. De-Karbonisierung der Energieerzeugung, also der Ausstieg aus der Kohleverstromung, auf die Strompreise haben wird, kann weiterhin nicht abgeschätzt werden, zumal die Auswirkungen des bereits beschlossenen deutschen Ausstieges aus der Kernenergie bis 2022 auf den Energiemarkt noch nicht endgültig abzusehen sind.

Wir gehen auch weiterhin von einem schwierigen, volatilen und stark regulierten Umfeld in der Energiegewinnung und -vermarktung aus.

3. Umsatzentwicklung und Auftragsentwicklung

Die Umsätze sanken im Jahr 2018 von 60,23 Mio. € (2017) um 1,05 Mio. € auf 59,18 Mio. €. Das Abfallaufkommen der GMVA in 2018 betrug 694.022 t.

Ursachen für diese Abnahme sind vor allem anderen

- eine deutliche Reduzierung der Umsätze aus Kommunalmengen (einschließlich der Umsätze aus forfaitierten Forderungen), vor allem aus den andienungspflichtigen Städten Duisburg und Oberhausen um insgesamt 2,31 Mio. €. Diese Reduzierung ist Folge der im Berichtsjahr gefallenen kommunalen Verbrennungsentgelte, die gegenüber der WBD-AöR bzw. der Stadt Oberhausen über das Unterbeauftragungsverhältnis mit der GMVA GmbH & Co. KG in Rechnung gestellt werden.

- Die Umsätze mit dem Gesellschafter REMONDIS stiegen in 2018 um rd. 328 T€ an, während die aus der eigenen Akquisition der GMVA stammenden Umsätze in 2018, vor allem in Folge weiterhin gesunkener Importmengen aus Großbritannien, um rund 1,62 Mio. € zurückgingen.

- Der Umsatz mit dem anliefernden Kreis Kleve bzw. der KKA ist im Berichtsjahr erneut leicht rückläufig, was ebenfalls auf die gesunkenen kommunalen Verbrennungsentgelte zurückzuführen ist.

- Die Energieerlöse stiegen von 12,91 Mio. € aus 2017 trotz einer geringeren Anlagenverfügbarkeit in 2018 auf insgesamt 15,15 Mio. €, was vor allem Ergebnis der gestiegenen Vermarktungspreise pro verkaufter MWh war.

- Der passive Rechnungsabgrenzungsposten aus der Forfaitierung wurde auch in 2018 planmäßig um 16,54 Mio. € aufgelöst und beträgt zum Jahresende noch 33,08 Mio. €.

4. Geschäftsergebnis

Der Jahresüberschuss 2018 beträgt 13,609 Mio. €. Im Vorjahr wurde ein Überschuss von 12,077 Mio. € ausgewiesen.

5. Analyse und Erläuterung von finanziellen Leistungsindikatoren

	2018	2017	2016	2015	2014	2013
Anlagen-intensität in %	37,1	39,2	37,2	40,7	52,2	59,3
Bilanzsumme in T€	86.654	98.713	134.058	159.867	159.611	174.458
Fremdkapital-quote in %*	67,2	72,4	86,3	88,9	88,2	91,3
Jahresergebnis in T€	13.609	12.077	7.868	-1.175	3.575	3.297
Umsatzerlöse in T€	59.180	60.233	64.234	61.470	75.487	82.929
Materialaufwand in T€	19.749	17.268	17.784	18.203	22.403	28.278
Personalaufwand in T€	13.747	13.293	13.043	13.129	13.030	12.720

* inkl. passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Die Anlagenintensität ist infolge der planmäßigen Abschreibungen gefallen. Auch in 2018 waren die getätigten Investitionen deutlich niedriger als die Abschreibungen. Der Ersatz wesentlicher Anlagenteile in 2018 erfolgte im Wesentlichen durch Investitionen in die Umrüstung der Leittechnik (vor allem die der Kessel-Linie 4). Der Abschreibungsaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 4,2 Mio. € auf nunmehr 7,68 Mio. € gesunken.

Der Materialaufwand ist in 2018 gegenüber dem Vorjahr mit insgesamt 19,75 Mio. € um 2,48 Mio. € aufgrund einer Vielzahl von durchgeführten technischen Maßnahmen angestiegen. Er ist vor allem durch bezogene Fremdleistungen ge-

prägt (13,04 Mio. €; Vorjahr 11,92 Mio. €). Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren stiegen gegenüber dem Vorjahr um 1,37 Mio. € auf 6,7 Mio. €, was Folge des Preisanstieges auf den Rohstoffmärkten ist.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr mit 13,74 Mio. € um rd. 3,4 % angestiegen, was vor allem auf die Tarifsteigerung zurückzuführen ist.

6. Produktion

In 2018 war erneut ein Rückgang des Durchsatzes zu verzeichnen: er sank von 715.016 t in 2017 auf 687.408 t.

Auch die Mengenanlieferungen des Vorjahres konnten nicht mehr erreicht werden: Gegenüber 2017 (711.068 t) sind sie auf 694.022 t gesunken, obwohl die kommunalen Anlieferungen aus Duisburg und Oberhausen angestiegen sind. Dies ist vor allem Folge der geringeren Anlagenverfügbarkeit sowie leicht gestiegener Heizwerte.

Die Bruttostromerzeugung ist von 417,5 GWh auf 401,9 GWh infolge der geringeren Anlagenverfügbarkeit gefallen.

Die durchschnittliche Verbrennungsleistung pro Kessel sank in 2018 geringfügig auf 22,01 t/ Betriebsstunde (Vorjahr 22,7 t/ Betriebsstunde).

7. Beschaffung

Ein sehr erheblicher Anteil des Abfallaufkommens in 2018 ist durch Verträge mit dem Gesellschafter REMONDIS, den Gesellschafterkommunen und der Kreis Klever Abfallgesellschaft gesichert. Die verbleibende Restmenge wird durch die GMVA auf dem freien Abfallmarkt akquiriert.

Akquisitionsbemühungen konzentrieren sich hier auf Mengen aus dem Ausland, vor allem aus Großbritannien sowie den Benelux-Ländern. In 2018 wurde das freie Kontingent der GMVA aufgrund der kritischen Kapazitätssituation bei Müllverbrennungsanlagen vorrangig mit Gesellschaftermengen gefüllt.

8. Investitionen

Im Jahr 2018 wurden 1.161 T€ in das Anlagevermögen investiert. Die Investitionen betrafen im Wesentlichen Investitionen in die Umrüstung der Leittechnik, insbesondere an Kessellinie 4.

9. Finanzierungsmaßnahmen / -vorhaben

Aufgrund der Liquiditätslage der GMVA musste auch in 2018 die eingeräumte Kreditlinie nicht in Anspruch genommen werden.

10. Personal- und Sozialbereiche

Am 31.12.2018 waren bei der GMVA 187 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, davon 9 Auszubildende (2017 = 184 Beschäftigte, davon 7 Auszubildende) beschäftigt.

11. Umweltschutz

Die geltenden Umweltvorschriften, insbesondere die strengen Vorgaben der 17. Bundes-Immissions-Schutz-Verordnung (BImSchV), wurden auch in 2018 bei nahezu allen Parametern deutlich unterschritten.

Die 17. BImSchV ist mit Wirkung ab 02.05.2013 in der geänderten Fassung in Kraft getreten. Damit steht fest, dass für Bestandsanlagen ab 2019 ein niedrigerer NO_x-Tagesmittelwert von 150 mg/m³ (bisher 200 mg/m³) einzuhalten ist. Versuche bereits in 2017 zeigten, dass dieser Wert eingehalten mit der bestehenden Anlagentechnik werden kann.

12. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Die GMVA war im Ergebnis mehrerer Gerichtsentscheidungen sowie mehrerer im Jahr 2016 abgeschlossener Preisprüfungen der Bezirksregierung Düsseldorf zur rückwirkenden Anpassung der Verbrennungsentgelte gegenüber den kommunalen Anlieferern sowie der GMVA GmbH & Co. KG verpflichtet worden. Im Geschäftsjahr 2018 wurden die Verbrennungsentgelte der GMVA GmbH & Co. KG sowie der GMVA bis zum Jahr 2019 einschließlich durch die Preisüberwachungsbehörde der Bezirksregierung Düsseldorf geprüft.

Die GMVA hat im Jahr 2018 beantragt, im Umfang von bis zu 10 % der Durchsatzmenge kommunalen Klärschlamm mitverbrennen zu können. Die Bezirksregierung Düsseldorf als Genehmigungsbehörde hat diesen Antrag im September genehmigt.

Die Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb wurde 2018 erneut bestätigt. Die IED-Prüfung fand auch in 2018 „ohne Mängel“ statt.

B. Darstellung der Lage des Unternehmens

1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind auf 59.180 T€ (Vorjahr 60.233 T€) gesunken. Diese Veränderung ist im Wesentlichen Ergebnis der geringeren Verbrennungsentgelte für die kommunalen Anlieferungen im Berichtszeitraum.

Die Erlöse aus der Energieabgabe stiegen im Berichtszeitraum im Vergleich zum Vorjahr aufgrund höherer spezifischer (€ je MWh) Stromverkaufspreise.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind in 2018 um 1.639 T€ auf 8.472 T€ gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Hierin sind vor allem Sanierungsbeiträge der Gesellschafter enthalten, die infolge der abgesenkten Verbrennungsentgelte zur Sicherstellung einer positiven Fortführungsprognose geleistet wurden.

Der Materialaufwand, der sich aus den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren sowie den Aufwendungen für bezogene Leistungen zusammensetzt, stieg um 2.481 T€ auf 19.749 T€.

Der Personalaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um rd. 3,4 % und belief sich inklusive sozialer Abgaben auf 13.747 T€ (Vorjahr 13.293 T€).

Die Abschreibungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 4.236 T€ gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr um rd. 3 % auf 9.825 T€, was vor allem Folge höherer Beratungsaufwendungen und Kosten für EDV ist.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 25,9 T€ verbessert.

Der Jahresüberschuss hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.532 T€ auf 13.609 T€ verbessert (+ 12,7 %).

2. Finanzlage

Das Vermögen ist zu 38,2 % aus dem Forderungsverkauf (Forfaitierung) finanziert (passiver Rechnungsabgrenzungsposten). Die Fremdfinanzierungsquote (ohne passiven Rechnungsabgrenzungsposten) des Gesamtvermögens beträgt 28,7 % und ist gestiegen (Vorjahr 21,9 %), was vor allem Ergebnis der Rückführung der Bilanzsumme ist.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten betragen zum Bilanzstichtag 41.775 T€ und sind gegenüber dem Vorjahr um 3,9 % gesunken.

Eine Inanspruchnahme von Kontokorrentkrediten war aufgrund der Liquiditätslage nicht erforderlich. Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet.

Auch im nächsten Jahr wird die GMVA ihre Verbindlichkeiten erfüllen können; Darlehensaufnahmen sind nicht beabsichtigt.

Die Eigenkapitalquote beträgt 32,8 % (Vorjahr 27,6 %).

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten verminderte sich planmäßig von 49.621 T€ auf 33.080 T€
(-16.540 T€).

3. Vermögenslage

Das langfristig gebundene Vermögen ohne Finanzanlagen hat sich auf 30.866 T€ (Vorjahr 37.603 T€) verringert, was vor allem Ergebnis der planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen ist.

Die Neuinvestitionen inklusive Anzahlungen in Höhe von 1.161 T€ in 2018 wurden aus Eigenmitteln finanziert. Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen minderten sich auf 7.681 T€ (Vorjahr 11,91 Mio. €).

Die Vorräte verringerten sich von 5.189 T€ gegenüber dem Vorjahr um 168 T€ auf 5.021 T€.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betrugen am Bilanzstichtag 6.768 T€ und lagen damit um 709 T€ unter dem Vorjahr.

Der Kassenbestand/ Guthaben bei Kreditinstituten ist im Vergleich zum Vorjahr um 1.704 T€ auf 41.775 T€ gesunken.

4. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die Preise auf dem Spotmarkt konnten sich im Verlaufe des Jahres 2018 weiter auf zufriedenstellendem Niveau stabilisieren. Aufgrund der weiterhin guten Konjunkturaussichten gehen wir von mindestens stagnierenden bis geringfügig steigenden Gewerbeabfallpreisen aus.

Im Jahr 2019 wird für die GMVA in Summe ein leichter Umsatzanstieg erwartet. Dies ist vor allem Folge der ansteigenden kommunalen spezifischen Verbrennungsentgelte. Die eher steigenden Energieerlöse sowie die guten Gewerbeabfallpreise werden den Umsatz eher ansteigen lassen.

Aufgrund der rückläufigen Kosten, vor allem aufgrund der planmäßig sinkenden Abschreibung sowie der Sanierungsbeiträge der Gesellschafter, wird weiterhin ein positives Ergebnis erwartet.

C. Chancen- und Risikobericht

1. Umfeldrisiken und Branchenrisiken

Durch die Erweiterung von Müllverbrennungsanlagen, die Inbetriebnahme neuer EBS-Anlagen bis zum Jahr 2012 und die verstärkte Abfalltrennung durch die Einführung der getrennten Bioabfallsammlung und (teilweise) der Wertstofftonne bei grundsätzlich rückläufigen kommunalen Abfallmengen bis zum Jahre 2015 sind in Deutschland Überkapazitäten im Abfallentsorgungsbereich entstanden.

Da in den Niederlanden, in Österreich und in der Schweiz ebenfalls Überkapazitäten bei den thermischen Abfallbehandlungsanlagen vorhanden sind, bleibt der Druck auf die Abfallpreise grundsätzlich bestehen. Derzeit bestehen keine Anzeichen dafür, dass die von den Marktbeobachtern empfohlene strukturelle Reduzierung der Überkapazitäten in Angriff genommen wird.

Abfallimporte aus dem Ausland, wo z.Z. noch Unterkapazitäten von Abfallbehandlungsanlagen bestehen, wie dem Vereinigten Königreich, tragen zu einer Entspannung auf dem Abfallmarkt bei; dies kann aber eine langfristige Lösung des Problems nur kurz- bis mittelfristig verschieben.

Wir gehen aufgrund der andauernden guten inländische Konjunktur und einer stabilen Bevölkerungsentwicklung weiterhin von einem stabilen Mengengerüst für die Müllverbrennungsanlagen aus.

Für den Strompreis erwarten wir in der nahen Zukunft eine stabile Entwicklung. Die Prognoseunsicherheit bleibt in diesem stark reglementierten und unübersichtlichen Bereich sehr hoch und könnte noch steigen, wenn der Termin für den Atomausstieg und einen möglichen Kohleausstieg näher rückt.

Aufgrund der Umsetzung eines Wertstoffgesetzes und der 2017 umgesetzten Novellierung der Gewerbeabfallverordnung wird die Restabfallmenge, die die Müllverbrennungsanlagen verwerten, langfristig vermutlich zurückgehen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit Veränderungen der Recyclingmärkte, z.B. durch höhere Qualitätsanforderungen in Bezug auf die ausländische stoffliche Verwertung, auch den inländischen Markt für Restabfälle beeinflussen werden.

Mittelfristig gehen wir von einer stabilen Marktsituation aus; langfristig ist eher ein zunehmend schwieriges Umfeld für Müllverbrennungsanlagen zu erwarten.

2. Unternehmensstrategische Risiken

Die Unternehmensstrategie der GMVA ist darauf ausgerichtet, durch eine konsequente technische und wirtschaftliche Optimierung der Müllverbrennungsanlage in Oberhausen sowie durch eine möglichst durchgehend hohe Auslastung ihre Stellung als eine der größten Anlagen in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu behaupten.

Unternehmensstrategische Risiken können sich aus der weiteren Anwendung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ergeben, indem durch Abfallvermeidungsmaßnahmen und die weitere Fortführung der Abfalltrennung der Anteil, der einer thermischen Verwertung zuzuführen ist, weiter sinkt.

Es können sich unternehmerische Risiken aus fallenden Abfallpreisen, steigenden Kosten und niedrigeren Energieerlösen ergeben. In Folge des demographischen Wandels kann es für die GMVA darüber hinaus schwierig werden, geeignetes Fachpersonal zu finden und zu halten.

Die sich aus der Novellierung der 17. BImSchV ergebende Verschärfung der Emissionsgrenzwerte (Absenkung der Stickstoffdioxid- und der Quecksilbergrenzwerte) ist ab dem 01.01.2019 einzuhalten.

Die auf europäischer Ebene im Rahmen des sog. „Sevilla-Prozesses“ diskutierte weitere Verschärfung der Grenzwerte wird die GMVA ebenfalls betreffen, ebenso wie eine mögliche Novellierung der Störfallverordnung.

Unklar sind die Auswirkungen des in der Diskussion befindlichen Klimaschutzgesetzes auf die Kosten der Energieerzeugung.

3. Leistungswirtschaftliche Chancen und Risiken

Durch die verstärkte Akquisition neuer Abfallfraktionen können sich leistungswirtschaftliche Risiken aus der Heterogenität der Abfälle ergeben. Das deutlich erhöhte stoffliche Recycling, nun auch im Bereich der Gewerbeabfälle, und die verstärkte Biomassenutzung in Deutschland verschlechtern die Qualität der thermisch zu behandelnden Abfälle. Die GMVA wird diesem Risiko weiterhin durch eine konsequente Kontrolle der Abfallströme begegnen.

Die politisch gewollte Realisierung, organische Abfälle aus dem Restmüll vermehrt über die Biotonne Vergärungsanlagen zuführen zu wollen, kann weiterhin dazu führen, dass sich der Anlagendurchsatz reduziert, weil der Heizwert der verbleibenden thermisch zu behandelnden Abfälle steigt.

Das stabile konjunkturelle Umfeld ließ punktuelle Verbesserungen der Erlössituation in 2018 zu. Hieraus können sich bei weiterhin positiver Konjunktur auch Chancen ergeben, unter der Voraussetzung einer weiterhin zufriedenstellenden Anlagenverfügbarkeit.

4. Personal-, informationstechnische sowie finanzwirtschaftliche Risiken

Gravierende personal-, informationstechnische sowie finanzwirtschaftliche Risiken für die GMVA sind für 2019 nicht zu erwarten. Dem anstehenden demografischen Wandel begegnet die GMVA durch frühzeitige interne Aus- und Weiterbildung sowie durch gezielte Nachfolgeregelungen.

Ein grundsätzliches Risiko liegt in der zunehmenden Verbreitung von IT-Schadware, die auch eine Müllverbrennungs-Anlage betreffen kann. Durch eine besondere Berücksichtigung von IT-Sicherheitskonzepten soll diesem Risiko begegnet werden.

5. Sonstige Risiken

Die GMVA war aufgrund mehrerer Gerichtsentscheidungen, vor allem in Folge eines Urteils des Oberverwaltungsgerichtes Münster aus April 2015, und der Ergebnisse der Preisüberwachungsstelle der Bezirksregierung Düsseldorf zur Anpassung der Verbrennungsentgelte gegenüber der WBD-AöR bzw. der Stadt Oberhausen und auch der KKA verpflichtet worden.

Zum Zeitpunkt dieser Berichterstattung wurden die kommunalen Verbrennungsentgelte bis 2019 einschließlich geprüft. Die geprüften Verbrennungsentgelte werden laufend gegenüber den kommunalen Anlieferern abgerechnet.

D. Prognosebericht

Der Kreis Kleve hatte im Jahr 2018 die Entsorgung seiner Siedlungsabfälle ausgeschrieben, die seit 2005 über einen Verbrennungsvertrag in die GMVA geliefert wurden. Der Zuschlag wurde infolge dieser Ausschreibung an einen anderen Bieter erteilt. Der Wegfall dieser Menge (rd. 60.000 t p.a.) konnte durch den Abschluss eines Vertrages mit 10-jähriger Laufzeit zu auskömmlichen Preisen kompensiert werden.

Auch für das laufende Geschäftsjahr und das Folgejahr gehen wir von einer durchgehend guten Auslastung, auch mit kommunalen Mengen aus. Wir erwarten mindestens stabile Umsätze, steigende Kosten, vor allem im Bereich der technischen Kosten und der Personalaufwendungen. Insgesamt gehen wir weiterhin von einem positiven Ergebnis der Gesellschaft aus.

E. Zuverlässigkeit des unternehmensinternen Planungssystems sowie der zugrunde gelegten Daten und Annahmen

Das Planungssystem der GMVA reagiert angemessen auf die Änderungen des Abfallrechts, des Abfallmarktes und des Strommarktes. Planungssicherheit und Planungstiefe des Planungssystems haben sich bewährt.

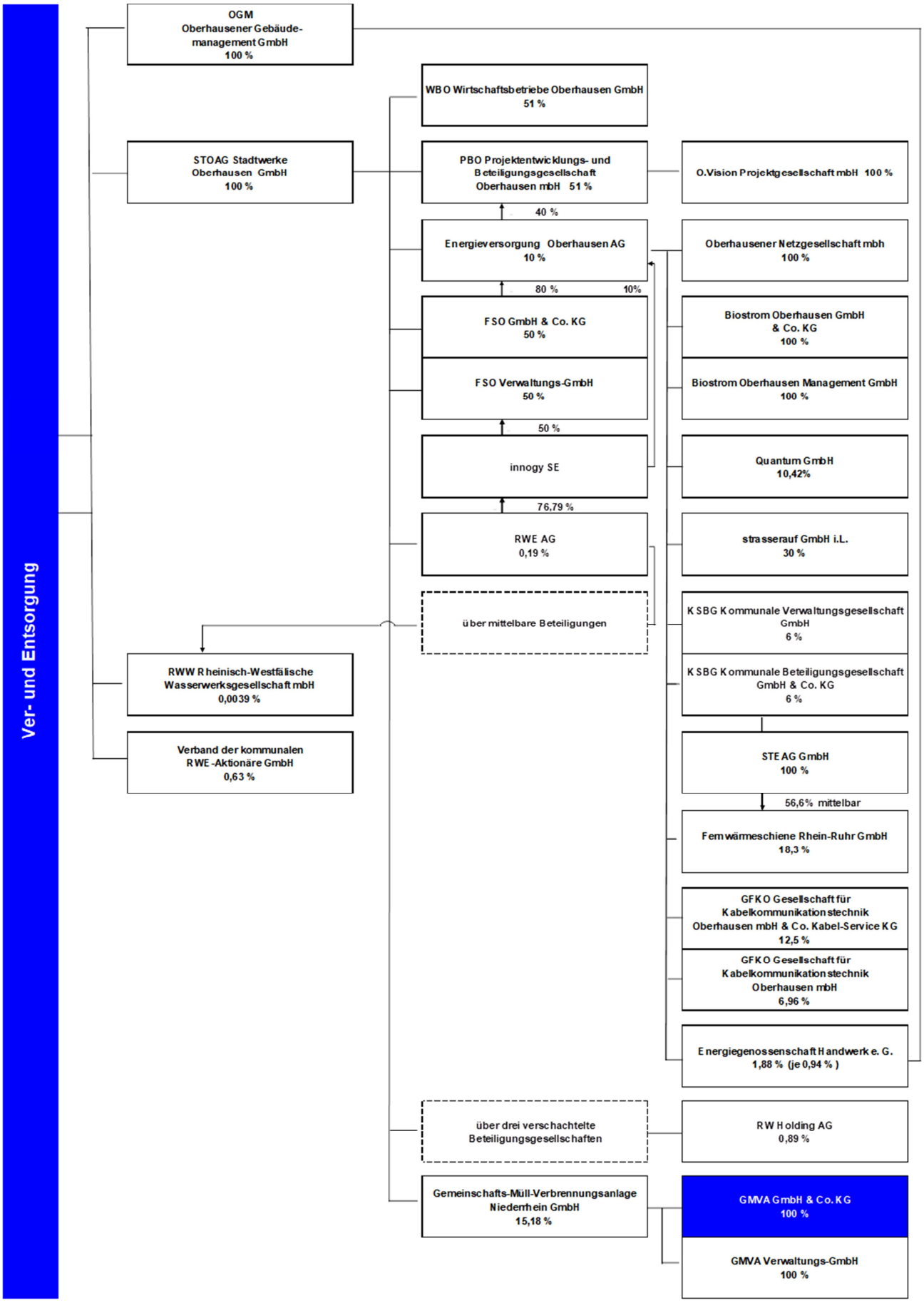
Die für die Planung erforderlichen Daten werden durch eine intensive Beobachtung der rechtlichen Entwicklungen, des Abfallmarktes und des Strommarktes gewonnen.

Die Mitgliedschaft in der Interessengemeinschaft der thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland (ITAD), die aktive Teilnahme an Veranstaltungen des VGB PowerTech, dem europäischen Fachverband für Strom- und Wärmeerzeugung, sowie der Meinungsaustausch im Rahmen des VKS/ VKU (Verband kommunaler Unternehmen), der Besuch von Fachmessen und Fortbildungsveranstaltungen tragen dazu bei, problematische Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen.

Oberhausen, 15. März 2019

Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA)

Dr. Angela Sabac-el-Cher / M. Schröder / K. Woidtke
Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

GMVA GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Liricher Straße 121
46049 Oberhausen

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 1.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	1.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrags der an der Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Gesellschaften, die sich mit ähnlichen Aufgaben befassen, beteiligen und ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Unterauftragsverträge hinsichtlich der Aufgabenerfüllung der sich aus den Vereinbarungen über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen ergebenden Verpflichtungen der GMVA GmbH & Co. KG durch die GMVA
GMVA Verwaltungs-GmbH	
Stadt Oberhausen	Vereinbarung über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen zwischen der GMVA und der Stadt Oberhausen in der Fassung vom 30.10.2001
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg AöR	Vereinbarung über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen zwischen der GMVA und der Stadt Duisburg in der Fassung vom 10.10.2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	GMVA Verwaltungs-GmbH

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€
Umlaufvermögen	24.833,40	100,0	2.688,00	100,0	1.796,92	100,0	-891,08
Bilanzsumme	**24.833,40**	**100,00**	**2.688,00**	**100,00**	**1.796,92**	**100,00**	**-891,08**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€
Eigenkapital	1.216,63	4,9	1.239,69	46,1	1.231,26	68,5	-8,43
Rückstellungen	18,00	0,1	24,86	0,9	25,74	1,4	0,88
Verbindlichkeiten	23.598,77	95,0	1.423,45	53,0	539,92	30,0	-883,53
Bilanzsumme	**24.833,40**	**100,00**	**2.688,00**	**100,00**	**1.796,92**	**100,00**	**-891,08**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	21.742,77	19.540,42	17.225,50
sonstige betriebliche Erträge	0,19	10,92	0,00
Materialaufwand	21.642,88	19.435,05	17.117,78
sonstige betriebliche Aufwendungen	44,50	52,76	47,45
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,27	16,85	0,12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3,92	0,75	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	51,93	79,63	60,39
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	115,52	12,41	-0,00
Erträge aus Verlustübernahmen	109,26	1,58	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	45,68	68,80	60,39
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	45,68	68,80	60,39

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,29	0,34	0,35	%
Eigenkapitalrentabilität:	-5,43	5,74	5,16	%
Cash-Flow:	-63,59	67,22	60,39	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	4,90	46,12	68,52	%
Fremdkapitalquote:	95,10	53,88	31,48	%

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses

1. Darstellung des Unternehmens

Zum 02.12.2013 gründete die GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (im Folgenden GMVA Niederrhein GmbH) die Kommanditgesellschaft GMVA GmbH Co. KG mit einer Hafteinlage in Höhe von 1 Mio. €. Persönlich haftende Gesellschafterin ist die ebenfalls zum 02.12.2013 gegründete GMVA Verwaltungs-GmbH ohne Einlage. Kommanditistin ist die GMVA Niederrhein GmbH mit einer Hafteinlage in Höhe von 1 Mio. €. Sitz der Gesellschaft ist Oberhausen.

Gegenstand der Gesellschaft ist, vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der an der Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzung.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben hat die GMVA GmbH & Co. KG seit dem 01.01.2014 die GMVA Niederrhein GmbH als Unterauftragnehmerin langfristig beauftragt.

Die Gesellschaft selber hat kein eigenes Personal und auch kein Anlagevermögen.

2. Umsatzentwicklung und Auftragsentwicklung

In 2018 betrugen die Umsätze mit den Wirtschaftsbetrieben Duisburg AöR und mit der Stadt Oberhausen in Summe 17,22 Mio. € (Vorjahr 19,54 Mio. €). Die mengenmäßigen Anlieferungen aus Duisburg sind in 2018 gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen; aus Oberhausen blieb die Anlieferungsmenge weitestgehend konstant. Die Umsatzreduzierung gegenüber dem Vorjahreszeitraum ist Ergebnis der Senkung der Verbrennungsentgelte, die in Folge von Gerichtsurteilen und Ergebnissen von Preisprüfungsverfahren auch auf die GMVA GmbH & Co. KG anzuwenden sind.

B. Darstellung der Lage des Unternehmens

1. Ertragslage

Es wurden Umsätze aus den Kommunalverträgen mit der Stadt Oberhausen und den Wirtschaftsbetrieben Duisburg AöR (WBD-AöR) in Höhe von insgesamt 17,22 Mio. € erzielt. Dem standen Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 17,12 Mio. € sowie sonstige betriebliche Aufwendungen (im Wesentlichen für Verwaltungskostenumlagen und Beratungskosten) in Höhe von 47,4 T€ (Vorjahr: 52,8 T€) gegenüber. Unter Berücksichtigung des leicht positiven Finanzergebnisses (0,1 T€) ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 60,4 T€ (Vorjahr 68,8 T€).

2. Finanzlage

Das Eigenkapital in Höhe von 1.231,3 T€ setzt sich aus der voll einbezahlten Einlage und Jahresüberschüssen des laufenden Jahres und einzelner Vorjahre zusammen. Die Eigenkapitalquote beträgt 68,5 %.

Innerhalb der GMVA-Gesellschaften besteht ein Cash-Pooling-Vertrag. Das Guthaben bei Kreditinstituten beträgt zum Bilanzstichtag 466,2 T€. Sowohl Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände als auch Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

Auch in 2018 war aufgrund der Liquiditätslage keine Darlehensaufnahme erforderlich. Die Zahlungsfähigkeit war und ist jederzeit gewährleistet.

3. Vermögenslage

Die signifikante Veränderung der Bilanzsumme (1.797 T€) gegenüber dem Vorjahr (2.688 T€) ist Ergebnis verminderter Steuerforderungen, der geringeren Ausnutzung der Cash-Pool-Vereinbarungen und damit auch reduzierter Verbindlichkeiten.

C. Chancen, Risiken und Prognose

Bedingt durch die Vertragsbeziehungen mit den WBD AöR und der Stadt Oberhausen und zum anderen mit der GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH sind für die GMVA GmbH & Co. KG keine Umfeld- und Branchenrisiken zu erkennen.

Leistungswirtschaftliche Risiken sind nicht zu erwarten. Die Preisüberwachungsbehörde der Bezirksregierung Düsseldorf hat zum Berichtszeitpunkt die Verbrennungsentgelte der GMVA GmbH & Co. KG auf die Konformität mit dem Preisrecht

bis zum Jahre 2019 einschließlich überprüft. Auch nach heutigem Kenntnisstand gehen wir weiter davon aus, dass für die Vergangenheit keine weiteren Ansprüche gegen die Gesellschaften bestehen.

Personal-, informationstechnische sowie finanzwirtschaftliche Risiken für die GMVA GmbH & Co. KG sind auch im Jahr 2019 nicht zu erwarten.

Dem wahrscheinlich steigenden Aufwand für die zu beziehenden Leistungen der Gesellschaft stehen in 2019 voraussichtlich steigende Verbrennungserlöse gegenüber.

Die Gesellschaft geht für 2019 und die Folgejahre davon aus, in Zusammenarbeit mit der GMVA Niederrhein GmbH leicht positive Ergebnisse zu erwirtschaften.

D. Zuverlässigkeit des unternehmensinternen Planungssystems sowie der zugrunde gelegten Daten und Annahmen

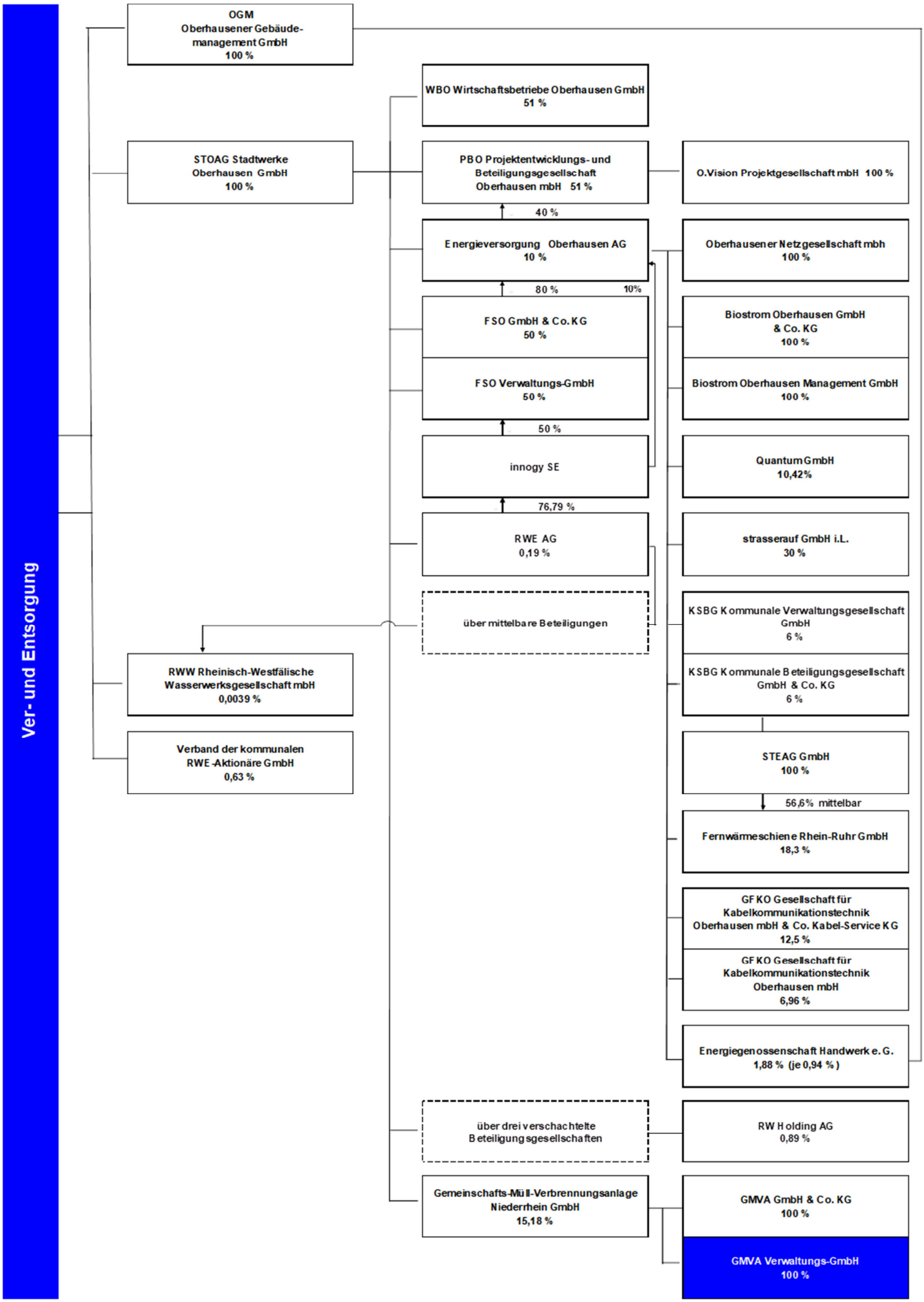
Das Planungssystem der GMVA GmbH & Co. KG ist eng an das Planungssystem der GMVA Niederrhein GmbH angelehnt. Planungssicherheit und Planungstiefe des Planungssystems haben sich bewährt.

Die für die Planung erforderlichen Daten werden durch eine intensive Beobachtung der rechtlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen gewonnen.

Oberhausen, 15. März 2019

Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH Co. KG (GMVA)

Dr. A. Sabac-el-Cher / M. Schröder / K. Woidtke
Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
STEAG GmbH
100 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

GMVA Verwaltungs-GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Liricher Straße 121
46049 Oberhausen

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der GMVA GmbH & Co. KG mit dem Sitz in Oberhausen (nachfolgend Kommanditgesellschaft genannt), die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Förderung des Gesellschaftszwecks der vorgenannten Kommanditgesellschaft innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes, nämlich vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags der an der Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH GMVA GmbH & Co. KG	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 02.12.2013 (mit Wirkung 01.01.2014)

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Mitglied	Dr. Sabac-el-Cher, Angela
	Mitglied	Schröder, Michaela
	Mitglied	Woidtke, Karsten Bernard

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€
Umlaufvermögen	5.004,55	100,0	2.100,98	100,0	277,51	100,0	-1.823,47
Bilanzsumme	**5.004,55**	**100,00**	**2.100,98**	**100,00**	**277,51**	**100,00**	**-1.823,47**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€
Eigenkapital	24,30	0,5	24,30	1,2	24,30	8,8	0,00
Rückstellungen	3,50	0,1	4,00	0,2	4,89	1,8	0,89
Verbindlichkeiten	4.976,75	99,4	2.072,68	98,7	248,32	89,5	-1.824,36
Bilanzsumme	**5.004,55**	**100,00**	**2.100,98**	**100,00**	**277,51**	**100,00**	**-1.823,47**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	0,42	0,00	
sonstige betriebliche Aufwendungen	4,18	5,49	5,23
Erträge aus Beteiligungen	1,25	1,25	1,25
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2,52	-4,24	-3,98
Erträge aus Verlustübernahmen	2,52	4,24	3,98
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-10,36	-17,44	-16,39	%
Cash-Flow:	-2,52	-4,24	-3,98	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	0,49	1,16	8,76	%
Fremdkapitalquote:	99,51	98,84	91,24	%

e) Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses

Die GMVA Verwaltungs-GmbH, Oberhausen, wurde am 02. Dezember 2013 gegründet. Gegenstand der Geschäftstätigkeit ist die Übernahme der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der GMVA GmbH & Co. KG und die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehender Geschäfte sowie die Förderung des Gesellschaftszweckes der vorgenannten Kommanditgesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2018 wurde ein Ertrag aus der Übernahme der Haftungsvergütung gegenüber der GMVA GmbH & Co. KG in Höhe von 1,25 T€ erzielt. Dem standen Aufwendungen in Höhe von 5,23 T€, vor allem aus Beratungskosten, gegenüber. Das Ergebnis nach Steuern in Höhe von - 3,98 T€ wird durch den Organträger, die GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH, Oberhausen, aufgrund eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages übernommen.

Die Guthaben bei Kreditinstituten (270 T€) haben sich gegenüber dem Vorjahr (2.095 T€) ebenso wie die Verbindlichkeiten gegenüber verbunden Unternehmen (248 T€; i.V. 2.073 T€) aufgrund der Rückführung von aus dem Cash-Pool-Vertrag zur Verfügung gestellten liquiden Mitteln verringert.

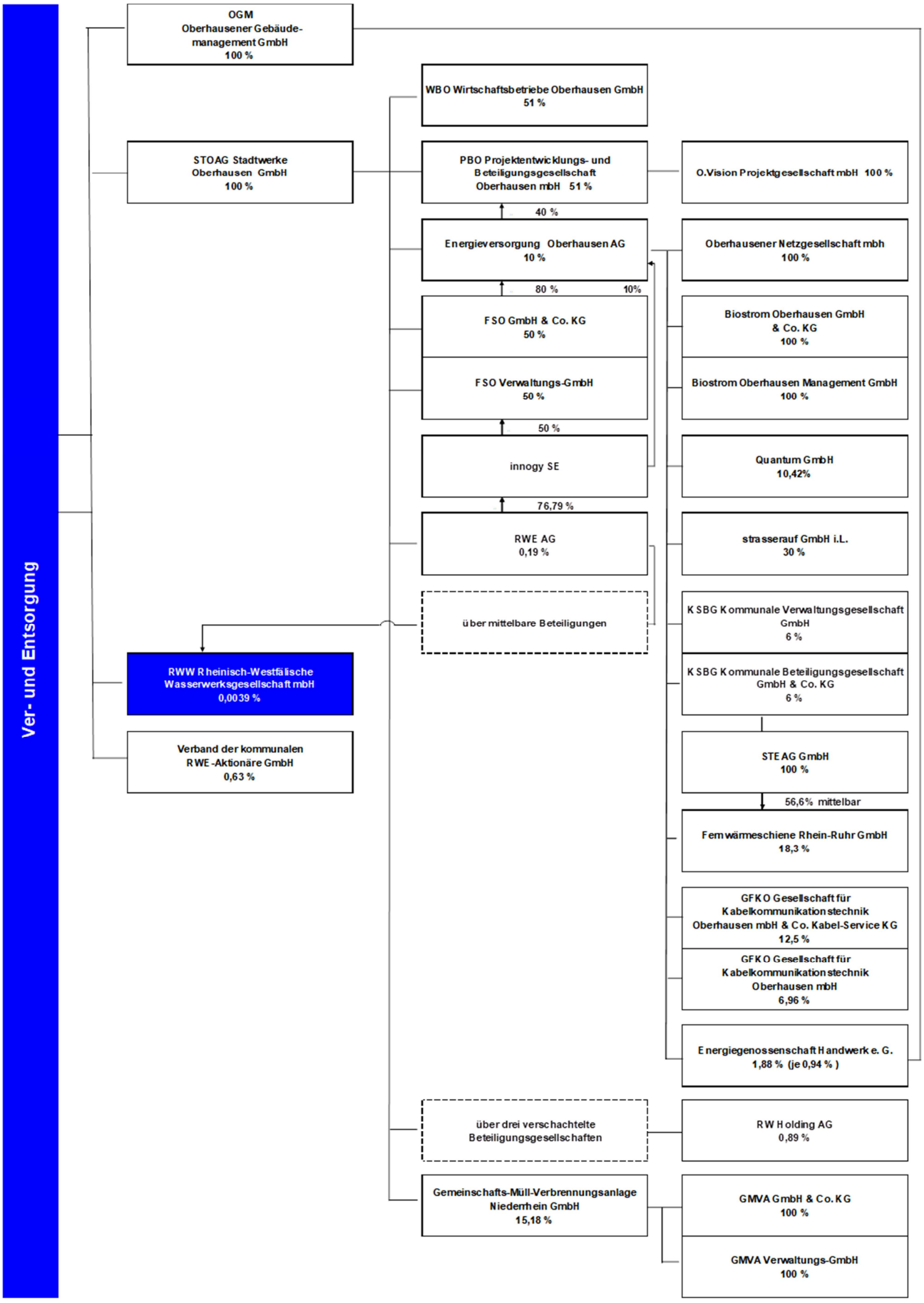
2. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Für 2019 wird sich die Lage der Gesellschaft nicht wesentlich verändern. Über das allgemeine unternehmerische Risiko hinausgehende Risiken sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erkennbar.

Oberhausen, 15. März 2019

Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein Verwaltungs-GmbH (GMVA)

Dr. Angela Sabac-el-Cher / M. Schröder / K. Woidtke
Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Schloß Broich 1-3
45479 Mülheim an der Ruhr

Kontakt:

Telefon	0208/ 44331
Fax	0208/ 4433233
e-Mail	rww@rwe.com
Internet	www.rww.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 15.381,95

Gesellschafter:

	T€	%
innogy Aqua GmbH	12.272,45	79,78
Kreis Recklinghausen	55,15	0,36
Stadt Bottrop	862,85	5,61
Stadt Gladbeck	652,70	4,24
Stadt Mülheim	1.538,20	10,00
Stadt Oberhausen	0,60	0,00

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung wassertechnischer und wasserwirtschaftlicher Aufgaben und Dienstleistungen auf dem Wasser- und Abwassersektor.

Dies gilt, beschränkt auf Deutschland, auch außerhalb des Versorgungsgebietes und für die Betätigung im Bereich der Energiewirtschaft mit Ausnahme des Energievertriebs an Erdkunden aller Art.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Schulte, Franz-Josef
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Flore, Manfred

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Böddeling, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Hirschfelder, Herrmann
	stellv. Vorsitzender	Brücker, Guido
	Mitglied	Dorsch-Kellermann, Andrea
	Mitglied	Püll, Markus
	Mitglied	Brinkel, Birgit
	Mitglied	Dr. Sanfleber, Martina
	Mitglied	Jüttermann, Jürgen
	Mitglied (AN)	Brockmann, Bernd
	Mitglied (AN)	Trapka, Alexander
Prokura:	Prokurist	Schubert, Achim
	Prokurist	Roggatz, Rainer

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	6,39	2,16
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	0,83	3,13
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	184,30	15,31
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH	24,60	48,00
Wasserverbund Niederrhein GmbH	600,60	26,00
WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	2,55	0,83

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		**2017**		**2018**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	117.038,27	64,7	119.652,12	65,6	120.356,28	64,8	704,16	0,59
Umlaufvermögen	63.912,61	35,3	62.667,54	34,4	65.387,75	35,2	2.720,21	4,34
Rechnungsabgrenzungsposten	78,38	0,0	51,27	0,0	29,98	0,0	-21,29	-41,53
Bilanzsumme	**181.029,26**	**100,00**	**182.370,93**	**100,00**	**185.774,01**	**100,00**	**3.403,08**	**1,87**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	76.871,67	42,5	79.480,40	43,6	77.574,05	41,8	-1.906,35	-2,40
Sonderposten mit Rücklagenanteil	5.642,65	3,1	5.800,59	3,2	5.935,56	3,2	134,97	2,33
Rückstellungen	94.187,09	52,0	86.897,92	47,6	96.203,03	51,8	9.305,11	10,71
Verbindlichkeiten	4.320,15	2,4	10.184,53	5,6	6.059,80	3,3	-4.124,73	-40,50
Rechnungsabgrenzungsposten	7,71	0,0	7,49	0,0	1,57	0,0	-5,92	-79,04
Bilanzsumme	**181.029,26**	**100,00**	**182.370,93**	**100,00**	**185.774,01**	**100,00**	**3.403,08**	**1,87**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	110.916,43	117.021,01	119.215,80
andere aktivierte Eigenleistungen	417,28	583,39	486,59
sonstige betriebliche Erträge	1.602,49	1.552,85	2.474,59
Materialaufwand	28.437,62	28.891,62	32.090,08
Personalaufwand	28.848,31	32.416,41	32.848,95
Abschreibungen	8.583,01	9.175,10	8.028,29
sonstige betriebliche Aufwendungen	26.032,52	25.827,12	24.859,81
Erträge aus Beteiligungen	342,41	305,69	344,52
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,10		
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	138,82	1,37	532,99
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.739,06	6.689,69	15.351,38
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	19.777,01	16.464,38	9.875,98
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.331,20	6.855,64	4.782,34
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	13.445,80	9.608,73	5.093,64
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	13.445,80	9.608,73	5.093,64

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	12,12	8,21	4,27	%
Eigenkapitalrentabilität:	21,20	13,75	7,03	%
Cash-Flow:	22.028,81	18.783,84	13.121,94	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	283,76	300,14	307,75	T€
Personalaufwandsquote:	25,54	27,20	26,89	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	62,08	62,92	63,43	%
Eigenkapitalquote:	42,46	43,58	41,76	%
Fremdkapitalquote:	57,54	56,42	58,24	%

e) Lagebericht

1. Geschäftsgrundlagen

Das Geschäftsmodell von RWW

Die RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH, Mülheim an der Ruhr (im Folgenden „RWW“ genannt), gehört als regionaler Trinkwasserdirektversorger – gemessen an der Trinkwasserabgabe (m³) – zu den größten deutschen Wasserversorgungsunternehmen. RWW wurde 1912 gegründet und versorgt in Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Bottrop, Gladbeck, Dorsten, Reken, Velen, Gescher, Schermbeck und Raesfeld ca. 750.000 Einwohner als Direktversorger mit Trinkwasser. Darüber hinaus versorgt RWW als Trinkwasservorlieferant der Stadtwerke Velbert, Wülfrath, Ratingen und Borken indirekt weitere ca. 250.000 Einwohner.

Im Bereich der unteren Ruhr in Essen-Kettwig, in Mülheim an der Ruhr sowie am Rhein in Duisburg-Mündelheim betreibt RWW Flusswasserwerke. Diese liefern Trinkwasser, ausgehend von der traditionell im Ruhrtal weit verbreiteten künstlichen Grundwasseranreicherung, durch den Einsatz eines mehrstufigen Aufbereitungsprozesses. Im nördlichen Versorgungsgebiet verfügt RWW im Verbreitungsgebiet der „Halterner Sande“ über drei Wasserwerke, die Grundwasser fördern. Betriebswasser gewinnt RWW zudem mit dem Seewasserwerk in Dorsten.

Die Wasserverteilung erfolgt über ein weit verzweigtes Rohrnetz mit einer Gesamtlänge von ca. 2.900 km. Zur Instandhaltung des Rohrnetzes sind vier regionale Service-Points im Versorgungsgebiet eingerichtet, die über die zentrale Betriebsdirektion in Bottrop gesteuert werden.

Das Unternehmen ist funktional gegliedert. Die Linienfunktionen umfassen die Organisationseinheiten Technik, Recht/Personal, Finanzen, Controlling sowie Geschäftsentwicklung. Die Organisationseinheiten Revision sowie Arbeitssicherheit/Umweltmanagement sind der Geschäftsführung als Stabsfunktionen zugeordnet.

Innogy Aqua GmbH (Sitz Mülheim an der Ruhr) ist mit 79,8% Hauptgesellschafter der RWW. Die Städte Mülheim an der Ruhr, Bottrop, Gladbeck, Oberhausen sowie der Kreis Recklinghausen sind die weiteren Gesellschafter des Unternehmens und unmittelbar in den Aufsichtsgremien des Unternehmens vertreten. Die Gesellschaft erfüllt mit ihrer Tätigkeit den öffentlichen Zweck der Trinkwasserversorgung (§§ 107 f. GO NRW).

Managementseitig geführt wird RWW von der innogy SE.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das hydrologische Jahr (auch Abflussjahr oder Wasserwirtschaftsjahr) weicht vom Kalenderjahr ab. Es beginnt am 1. November und endet am 31. Oktober.

Der Winter 2017/2018 zeichnete sich durch einen gewissen Kontrast der Witterungsbedingungen aus. Während die Monate Dezember 2017 bis Januar 2018 sehr mild, feucht und sonnenscheinarm waren, war der Februar durch Kälte, Trockenheit und eine hohe Sonnenscheindauer gekennzeichnet. Trotz Kältewelle Ende Februar 2018 war der Winter 2017/2018 mit 2,4 °C wärmer als im Mittel (1,7 °C). Durch den trockenen Februar 2018 wurde das langjährige Niederschlagsmittel von 223 l/m² mit 225 l/m² fast punktgenau erreicht.

Die Frühlingsmonate April und Mai stellten die wärmsten Monate seit Beginn der Wetteraufzeichnung dar. In NRW lag die Temperatur im Frühling 2018 mit 10,9 °C um 2,6 °C höher als der Mittelwert der Referenzperiode 1961-1990 (8,3 °C) und zählte somit zu dem zweitwärmsten Frühling seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Trotz hoher punktueller Niederschlagsmengen durch Gewitter fielen mit 155 l/m² nur 88% der ansonsten üblichen Niederschlagsmengen. Darüber hinaus zeigte sich der Frühling 2018 mit 580 Sonnenstunden als sehr sonnenreich.

Der Sommer 2018 war mit 19,3 °C der zweitwärmste Sommer seit der Wetteraufzeichnung. Mit nur 115 l/m² fielen nur 48% der üblichen Niederschlagsmenge und somit war dieser Sommer der zweittrockenste seit 1881. Bei der Anzahl der Sonnenstunden wurde das langjährige Mittel mit 740 registrierten Sonnenstunden um 34% übertroffen.

Der Herbst 2018 war im Versorgungsgebiet der RWW sehr trocken und sonnig. Anstatt der ansonsten üblichen Niederschlagsmengen von 208 l/m² fielen nur 95 l/m² des saisonalen Mittels. Die Temperatur lag mit 10,8 °C um 1,3 °C über dem Mittelwert der Referenzperiode der Jahre 1961-1990.

Im Dezember 2018 fielen mit 120 l/m² 36% mehr Niederschlag als im langjährigen Mittel; er konnte selbstverständlich die Niederschlagsdefizite der vergangenen Monate nicht kompensieren.

Die Förder- und Absatzsituation bei RWW wurde durch diesen Jahresverlauf beeinflusst. Die gesamte Absatzmenge von 74,6 Mio. m³ liegt abrechnungsbedingt mit 0,9 Mio. m³ unter der Vorjahresmenge. Die Mengenreduktion entfällt mit 0,3 Mio. m³ auf das Tarifkundensegment, mit 2,4 Mio. m³ auf das Betriebswasser sowie mit einem Anstieg der Trinkwassermengen der Sondervertragskunden um 1,8 Mio. m³.

Geschäftsverlauf

Die Schwerpunkte der Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen im Sachanlagevermögen (einschl. der Anlagen im Bau) von insgesamt 10,9 Mio. € (Vorjahr: 11,3 Mio. €) lagen in der Wassergewinnung und –aufbereitung sowie im Verteilnetz (Investitionen in Höhe von 8,9 Mio. €; Vorjahr: 9,2 Mio. €).

Der wesentliche Teil der Investitionen des Sachanlagevermögens einschließlich der Anlagen im Bau floss mit 4,6 Mio. € (Vorjahr: 5,1 Mio. €) in den Bereich der Wasserwerke, u. a. in die Netzersatzanlage im Wasserwerk Holsterhausen, in die Mittelspannungsanlage des Wasserwerks Styrum-Ost, in die Druckerhöhungsanlage sowie in den Wasserspeicher Fulerum.

Im Geschäftsjahr 2018 entfielen mit 4,3 Mio. € (Vorjahr: 4,1 Mio. €) einschließlich der Anlagen im Bau auf die Erneuerung bzw. Erweiterung des Versorgungsnetzes einschließlich Wasserzähler.

RWW baut gezielt auf Basis der Software PiReM (Pipe Rehabilitation Management System) die Rehabilitationsplanung auf und hat die daraus priorisierten Maßnahmen im Bereich des (Netz-) Asset Managements weiter umgesetzt. Abgeleitete Ergebnisse sind entsprechend in die Maßnahmenplanung integriert. Hauptleitungen („Magistralen“) stellen den kritischen Teil des Versorgungsnetzes dar. Mit dem weitergeführten Erneuerungsprogramm hat RWW konsequent die Versorgungssicherheit erhöht.

Berichterstattung nach EnWG / Wasserlaufkraftwerk Kahlenberg:

RWW ist ein im Sinne des § 3 Nr. 38 EnWG vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen mit den Folgen der Kontentrennungspflicht nach § 6 b Abs. 3 EnWG und der erweiterten Pflicht zur Lageberichterstattung nach § 6 b Abs. 7 S. 4 EnWG. Im Geschäftsjahr 2018 wurden innerhalb des Elektrizitätssektors ausschließlich „andere Tätigkeiten" gemäß § 6 b Abs. 3 S. 3 EnWG durchgeführt.

Die Energieeigenerzeugung aus dem RWW-Laufwasserkraftwerk Kahlenberg an der Ruhr stellt eine wichtige Komponente des RWW-Energiemanagements dar. Das Kraftwerk entnimmt dem Ruhrschifffahrtskanal so viel Wasser, dass möglichst die drei Turbinen zur Stromerzeugung eingesetzt werden können. Eine direkte wirtschaftliche Abhängigkeit von der Wasserführung der Ruhr ist gegeben.

Im Geschäftsjahr 2018 wurde eine Strommenge von 13,2 GWh (Vorjahr: 17,4 GWh) produziert, die RWW ausschließlich im eigenen Unternehmen einsetzt. Der Rückgang der produzierten Menge ist im Wesentlichen auf die geringe Abflussmenge der Ruhr zurückzuführen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten im Hinblick auf die Unternehmensziele nutzt RWW verschiedene Kennzahlen. Im Bereich Finanzen werden das Betriebsergebnis, die Dividende und die Höhe der Investitionen als wesentliche Steuerungsgrößen verwendet. Im nichtfinanzbezogenen Bereich steuert RWW die unternehmerischen Aktivitäten im Wesentlichen anhand der Kennzahlen Förder- und Absatzmenge.

Betriebliches Ergebnis und Absatzmenge: Die Kennziffer betriebliches Ergebnis definiert sich aus dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, bereinigt um das Zinsergebnis sowie die Erträge aus Ausleihungen und Genossenschaftsanteilen des Finanzanlagevermögens zuzüglich der Beteiligungserträge. Das betriebliche Ergebnis erhöhte sich im Geschäftsjahr um 1,5 Mio. € auf 24,7 Mio. € und liegt damit über Planniveau.

In 2018 wurden insgesamt 0,9 Mio. m³ weniger Wasser abgesetzt. Während die Absatzmenge gegenüber den Sondervertragskunden im Wesentlichen konjunkturbedingt um 1,8 Mio. m³ zunahm, reduzierten sich die Trinkwassermengen an Tarifkunden um 0,3 Mio. m³ und die Betriebswassermengen um 2,4 Mio. m³.

Investitionen: Das Geschäft der RWW ist anlagenintensiv. Daher bildet die optimale Höhe der Investitionen eine weitere Zielgröße. Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betrugen im Geschäftsjahr 10,9 Mio. € (Vorjahr: 11,4 Mio. €).

Der Rückgang des Jahresergebnisses auf 5,1 Mio. € (Vorjahr: 9,6 Mio. €) ist im Wesentlichen auf die erhöhte Dotierung der Pensionsrückstellung wegen der anhaltenden Zinsschmelze bei gleichzeitigem Rückgang des Marktwertes des CTA zurückzuführen.

Den Gewinnrücklagen soll ein Betrag von 1,9 Mio. € entnommen werden, um eine vorgesehene Dividende in Höhe von 7,0 Mio. € auszuschütten.

Ertragslage

Die nachfolgende Gewinn- und Verlustrechnung gibt einen Überblick über wesentliche Posten:

	2018 Mio. €	2017 Mio. €
Umsatzerlöse (einschl. aktivierte Eigenleistungen)	119,7	117,6
Sonstige betriebliche Erträge	2,5	1,6
Materialaufwand	-32,1	-28,9
Personalaufwand	-32,8	-32,4
Abschreibungen	-8,0	-9,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen (einschl. sonstige Steuern)	-24,9	-25,8
Zins- und Finanzergebnis	-14,5	-6,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4,8	-6,9
Jahresüberschuss	5,1	9,6

Die Umsatzerlöse (einschl. aktivierte Eigenleistung) erhöhten sich um 2,1 Mio. € auf 119,7 Mio. €. Davon entfielen 1,8 Mio. € auf die Wasserumsatzerlöse - im Wesentlichen konjunkturbedingt auf die Gruppe der Sondervertragskunden – sowie mit 0,3 Mio. € auf den Bereich der Warenverkäufe.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Mengenüberblick der Wasserbeschaffung bzw. der Wasserabgabe bei RWW:

	2018 in Mio. m³	2017 in Mio. m³
Wasserbeschaffung		
Eigenerzeugung	69,2	69,2
Fremdbezug	13,3	12,5
	82,5	**81,7**
Wasserabgabe		
Sondervertragskunden		
Trinkwasser	27,3	25,5
Betriebswasser	10,5	12,9
	37,8	**38,4**
Tarifkunden	36,8	37,1
	74,6	**75,5**
Eigenverbräuche, Rohrbrüche, Feuerlöschwasser, Spülungen, Netz-verluste (unentgeltliche Verbräuche)	**7,9**	**6,2**

Die Fördermenge lag mit insgesamt 69,2 Mio. m³ exakt auf Vorjahresniveau. Aufgrund der witterungsbedingten Trockenphase in den Monaten Juli bis Oktober 2018 ist die Trinkwasserfördermenge in den RWW-Wasserwerken gegenüber dem Vorjahr gestiegen (um 4%).

Die Förderung im Bereich des Betriebswassers im Seewasserwerk Dorsten musste aufgrund der vorübergehenden Außerbetriebnahme in der bereits erwähnten Trockenperiode reduziert werden.

Die Wasserbeschaffungsmengen des Fremdbezugs (Wasserhandel Trink- und Rohwasser) belaufen sich auf 13,3 Mio. m³. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein witterungsbedingter Zuwachs von 0,8 Mio. m³.

Mit 74,6 Mio. m³ lag die Gesamtabgabe abrechnungsbedingt an Trink- und Betriebswasser um 0,9 Mio. m³ unter der Vorjahresmenge. Auf das Kundensegment Sondervertragskunden einschließlich der Weiterverteiler (Trink- und Betriebswasser) entfiel eine Abgabemenge von 37,8 Mio. m³, das sind 0,6 Mio. m³ weniger als im Vorjahr. Auf die gesamte Trinkwasserabgabe entfielen 64,1 Mio. m³, davon 36,8 Mio. m³ auf die Trinkwasserlieferungen an Tarifkunden, das sind 0,3 Mio. m³ weniger als im Vorjahr. Die Mengen im Trinkwasser-Sondervertragskundenbereich erhöhten sich – vor allem konjunkturbedingt – insbesondere in den Segmenten Handelsgeschäft, Weiterverteiler, Bergbau, Industriekunden und Chemie. Der Absatz im Segment Betriebswasser RWW ist dagegen deutlich rückläufig, im Wesentlichen durch die eingeschränkte Fördersituation im Seewasserwerk Dorsten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um 0,9 Mio. € auf 2,5 Mio. €, im Wesentlichen bedingt durch den Anteilsverkauf der Wasserwerke Paderborn GmbH.

Der Materialaufwand erhöhte sich um 3,2 Mio. € auf 32,1 Mio. € gegenüber Vorjahr. Davon entfallen 2,2 Mio. € auf die Aufwendungen Roh,- Hilfs- und Betriebsstoffe, 0,3 Mio. € auf die Aufwendungen für bezogene Leistungen sowie 0,3 Mio. € auf die Aufwendungen für Energie. Aufgrund des geringen Wasserstands der Ruhr konnte das Kraftwerk Kahlenberg nicht die jahresdurchschnittlichen Energiemengen liefern, folglich mussten zusätzliche Mengen am Markt bezogen werden.

Die Personalaufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mio. € auf 32,8 Mio. €. Während die Aufwendungen für Löhne und Gehälter im Wesentlichen bedingt durch den Tarifabschluss zum 01.01.2018 um 0,7 Mio. € auf 25,8 Mio. € und die sozialen Aufwendungen um 0,1 Mio. € auf 4,8 Mio. € anstiegen, reduzierten sich die Aufwendungen für Altersversorgung um 0,4 Mio. € auf 2,2 Mio. € im Wesentlichen bedingt durch die im Berichtsjahr vorgenommenen Abfindungen gegenüber Anwartschaftlern.

Zum Stichtag 31.12.2018 beschäftigte RWW 425 (Vorjahr 422) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 15 Mitarbeiter befinden sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Die Zahl der Angestellten stieg von 213 auf 216 Mitarbeiter. Im gewerblichen Bereich sind 209 Mitarbeiter beschäftigt. Im Berichtsjahr beträgt der Anteil der weiblichen Beschäftigten 16% der Gesamtbelegschaft, bezogen auf den Angestelltenbereich beträgt ihr Anteil 29,6%. Auch im Berichtsjahr bildete RWW über den eigenen Bedarf aus. Am 31.12.2018 befanden sich 26 Jugendliche in einer Ausbildung in den Berufsbildern Elektroniker/-in für Betriebstechnik, Industriemechaniker/-in und Anlagenmechaniker/-in mit Fachrichtung Rohrsystemtechnik. RWW beschäftigte zum Jahresende 30 anerkannt schwerbehinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon befindet sich ein Mitarbeiter in der Altersteilzeit-Freistellungsphase.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen lagen mit 8,0 Mio. € (Vorjahr: 9,2 Mio. €) deutlich unter dem Vorjahresniveau. Im Wesentlich bedingt durch die im Berichtsjahr vorgenommene wirtschaftlich-technisch Restnutzdauernverlängerung (0,6 Mio. €) im Umstellungszeitpunkt der degressiven auf die lineare Abschreibung. Darüber hinaus endete die Nutzdauer bei einer Vielzahl von Vermögensgegenständen im Berichtsjahr.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (einschließlich der sonstigen Steuern) dotierten mit 24,9 Mio. € um 0,9 Mio. € unter dem Vorjahresniveau. Während die Aufwendungen für Konzessionsabgaben um 0,3 Mio. € anstiegen, reduzierten sich die sonstigen Beiträge und Gebühren um 0,1 Mio. €, ebenso die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 1,1 Mio. €.

Das Zins- und Finanzergebnis verschlechterte sich um 8,1 Mio. €. Die Ergebnisverschlechterung ist der Saldo aus erhöhten Zinsaufwendungen (Abzinsungssatz Berichtsjahr 3,21%; Vorjahr: 3,68%) der Pensionsrückstellungen (2,8 Mio. €) sowie einer verschlechterten CTA-Marktbewertung (5,8 Mio. €). Darüber hinaus wurden Zinserträge in Höhe von 0,5 Mio. € aufgrund eines gewonnen Finanzgerichtsstreits gebucht.

Die Steuerquote für das Geschäftsjahr 2018 beträgt ca. 48,5 %.

Finanzlage

RWW ist in den Cash Pool der innogy SE einbezogen. Das Cash Management umfasst die Durchführung von Zahlungsverkehr, Liquiditätsdisposition und Liquiditätsausgleich sowie die Anlage und die Aufnahme von Tages- und Termingeldern sowie Darlehen. Zum 31.12.2018 waren insgesamt 55,5 Mio. € bei der innogy SE verzinslich angelegt.

Wie der nachfolgend wiedergegebenen Kurzfassung der Kapitalflussrechnung zu entnehmen ist, ergibt sich ein zahlungswirksamer Anstieg des Finanzmittelfonds um 1,7 Mio. €. Der Finanzmittelfonds wird definiert als Summe aus Kassenbestand einschließlich Geldbestand bei der Sparkasse Mülheim sowie der konzerninternen Geldanlagen.

	2018 Mio. €	2017 Mio. €
Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit	17,4	15,9
Cash flow aus Investitionstätigkeit	-8,7	-11,2
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit	-7,0	-7,0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	**1,7**	**-2,3**

Der Anstieg des Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit um 1,5 Mio. € ergibt sich im Wesentlichen aufgrund nachfolgend aufgeführter, zahlungsrelevanter Veränderungen:

- Jahresüberschuss (-4,5 Mio. €),
- Rückstellungen (+16,6 Mio. €),
- Abschreibungen (-1,1 Mio. €),
- sonstige Verbindlichkeiten (-10,7 Mio. €) sowie
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (+1,3 Mio. €).

Der Cash flow aus Investitionstätigkeit stieg um 2,5 Mio. € auf -8,7 Mio. € an. Im Wesentlichen bedingt durch höhere Einzahlungen in das Anlagevermögen.

Ausschüttungsbedingt verblieb der Cash flow aus Finanzierungstätigkeit bei -7,0 Mio. €.

Das Manageable Working Capital (im Wesentlichen Differenz zwischen Umlaufvermögen und kurzfristigen Verbindlichkeiten) beläuft sich auf 4,1 Mio. € und unterschreitet somit deutlich die Zielvorgabe von maximal 10,5 Mio. €.

Vermögenslage

Nachfolgende Bilanzstruktur gibt einen Überblick über die wesentlichen Posten:

	31.12.2018 Mio. €	31.12.2017 Mio. €
Anlagevermögen	120,3	119,6
Umlaufvermögen	65,4	62,7
Rechnungsabgrenzungsposten	0,1	0,1
Bilanzsumme	**185,8**	**182,4**
Eigenkapital	77,6	79,5
Rohrnetzkostenzuschüsse	5,9	5,8
Rückstellungen	96,2	86,9
Verbindlichkeiten (einschl. passive Rechnungsabgrenzung)	6,1	10,2
Bilanzsumme	**185,8**	**182,4**

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 Mio. € auf 185,8 Mio. €. Auf der Aktivseite im Wesentlichen bedingt durch erhöhte Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände.

Das Anlagevermögen nahm um 0,7 Mio. € auf 120,3 Mio. € zu: Gesamtinvestitionen von 11,0 Mio. €, Abgängen von 2,3 Mio. € und verrechneten Abschreibungen (einschließlich Zuschreibungen) von 8,0 Mio. €. Die Gesamtinvestitionen (einschließlich der Zuordnung der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau) entfallen auf:

	31.12.2018 Mio. €	31.12.2017 Mio. €
immaterielle Vermögensgegenstände	0,1	0,1
Grundstücke	0,2	1,0
technische Anlagen und Maschinen	4,6	5,1
Rohrnetz und Wasserzähler	4,3	4,1
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1,7	1,1
Finanzanlagen	0,1	0,6
	11,0	**12,0**

Das Eigenkapital des Berichtsjahres reduzierte sich um 1,9 Mio. € auf 77,6 Mio. € im Wesentlichen bedingt durch den geringeren Jahresüberschuss von 4,5 Mio. € bei gleichzeitiger Erhöhung der Gewinnrücklagen von 2,6 Mio. €.

Die Rückstellungen erhöhten sich um 9,3 Mio. € im Wesentlichen bedingt durch die Entwicklung der Pensionsrückstellung. Aufgrund der weiter fortschreitenden Zinsschmelze erhöhte sich diese Rückstellung nach Saldierung des CTA um 9,2 Mio. €. Der Marktwert des CTA belastete das Vorsteuerergebnis mit 2,5 Mio. €. Rückstellungsreduzierend wirkte sich darüber hinaus die im Berichtsjahr vorgenommenen Abfindungsangebote gegenüber Pensionsanwartschaftlern mit einem Betrag von 3,7 Mio. € aus.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten beruht im Wesentlichen auf der Vereinnahmung des Verkaufserlöses der Beteiligung an den Wasserwerken Paderborn im Vorjahr, der wirtschaftlich dem Geschäftsjahr 2018 zuzuordnen war.

RWW weist für das Geschäftsjahr 2018 einen Jahresüberschuss von 5,1 Mio. € aus.

Die Eigenkapitalquote reduzierte sich auf 41,8% (Vorjahr 43,6%).

3. Chancen- und Risikobericht

Wir sind vollständig in das Risikomanagement der innogy SE eingebunden. Die Risikomanagementprozesse der Gesellschaft sind daher auf die Vorgehensweisen und Berichtsstrukturen der Führungsgesellschaft innogy SE abgestellt. Innerhalb der RWW ist ein Risikomanagement-Ausschuss implementiert, der sich aus Vertretern der wesentlichen Bereiche der Gesellschaft zusammensetzt. So ist sichergestellt, dass alle Risikokategorien berücksichtigt und bewertet werden können. Alle identifizierten Risiken, unabhängig von deren Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikohöhe, werden in einem Risikokatalog zusammengestellt. Der Risikomanagement-Ausschuss tagt regelmäßig, um diesen Katalog entsprechend zu aktualisieren. Der Risikomanagement-Ausschuss-Vorsitzende berichtet direkt an die Geschäftsführung, die die Funktion des Risikokoordinators wahrnimmt. Zu den vorbeugenden Maßnahmen des Risikomanagements zählen detaillierte Arbeits- und Verfahrensanweisungen, regelmäßige Wartungen und Überprüfungen der Anlagen, Schulungen sowie Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und, entsprechend dem Bedarf, Versicherungen. Hierdurch soll das Risikopotenzial minimiert werden. Die interne Revision, die direkt der Geschäftsführung zugeordnet ist, verfolgt in ihrer Tätigkeit einen risikoorientierten Prüfungsansatz und ist ebenfalls in die Revisionsprozesse der Führungsgesellschaft eingebunden.

Um im Spannungsfeld zwischen Verlustrisiken und Gewinnchancen weiterhin erfolgreich zu sein, ist die Wahrnehmung unternehmerischer Chancen wichtiger Bestandteil unserer strategischen Ausrichtung. Ein Ziel besteht in der systematischen und dauerhaften Verbesserung von Arbeitsabläufen und Prozessen.

Die wesentlichen Risiken lassen sich wie folgt strukturieren:

Marktrisiken: Preisrisiken sowie Risiken und Chancen aus dem Verlust bzw. Gewinn von Konzessionsverträgen begegnet RWW unter anderem durch eine aktive Vertriebspolitik, eine weitgehend absatzorientierte Beschaffung sowie ein effektives Kostenmanagement.

Betriebsrisiken: Betriebsrisiken, auch als operative Risiken bezeichnet, umfassen negative Effekte aus der spezifischen Geschäftstätigkeit. Durch die systematische Wartung von Leitungen und Anlagen sowie die kontinuierliche Optimierung entsprechender Prozesse werden Störungen vorgebeugt und sind Basis für eine hohe Versorgungssicherheit.

Finanzrisiken: Im Rahmen des unternehmerischen Handelns können auch Risiken und Chancen aus Kredit-, Zins- und Preisänderungen entstehen. Als Ursachen werden die Zinsentwicklung, die Geld,- Finanz- und Lohnpolitik genannt. RWW trägt diesen Risiken mit einer konservativen Anlagestrategie Rechnung. RWW hat zur Finanzierung der Pensionsrückstellungen eine Vereinbarung zur Übertragung von Vermögen zur treuhänderischen Verwaltung und zur Sicherung abgeschlossen. Der Schwerpunkt der strategischen Kapitalanlage liegt auf in- und ausländischen Staatsanleihen. Aktien haben im Portfolio ein geringeres Gewicht als Rentenpapiere. Die Anlage erfolgt in verschiedenen Regionen. Aus der Anlage in Aktien soll langfristig eine Risikoprämie gegenüber Rentenanlagen erzielt werden. Um zusätzlich möglichst gleichmäßig hohe Erträge zu erreichen, wird auch in Produkte investiert, die im Zeitablauf relativ gleichmäßig positive

Erträge erzielen sollen. Ein Asset Management Committee beschließt die Anlagestrategie in Bezug auf das Treuhandvermögen. Dennoch bestehen kurzfristig kapitalmarktübliche Chancen und Risiken, die sich unmittelbar in der Gewinn- und Verlustrechnung von RWW niederschlagen können.

Da Kunden ihren Zahlungsverpflichtungen unter Umständen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen, sind mit dem Vertriebsgeschäft grundsätzlich Risiken verbunden, denen RWW durch ein striktes Forderungsmanagement begegnet.

Die folgende Abbildung skizziert die Risikoportfolio-Matrix, bestehend aus den Dimensionen Eintrittswahrscheinlichkeit in % und erwartete Schadenshöhe in Mio. €, die von RWW als Analyse der Risiken genutzt wird. Die Wesentlichkeitsgrenze wird definiert in Abhängigkeit vom Betriebsergebnis bzw. vom Eigenkapital der Gesellschaft.

Schadenshöhe	niedrig >1 bis <=10%	mittel >10% bis <=20%	hoch >20% bis <=50%	sehr hoch >50% bis <=100%
existenzbedrohend >= 50% EK	H!	H!	H!	H!
kritisch > 50% BE	B/H	H!	H!	H!
schwerwiegend > 20% BE	B/H	B/H	H!	H!
mittel > 10% BE	Ü	B/H	B/H	H!
gering < 10% BE	Ü	Ü	B/H	B/H

Eintrittswahrscheinlichkeit

H!…aktueller Handlungsbedarf; B/H…beobachten, ggf. handeln; Ü…überwachen
EK…Eigenkapital nach HGB; BE…betriebliches Ergebnis

Die kritische Prüfung des Risikoportfolios lässt die Feststellung zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine wesentlichen Risiken bestanden haben und nach gegenwärtigem Kenntnisstand auch für das Geschäftsjahr 2018 nicht erkennbar sind, da sämtliche Risiken der Kategorie Ü zuzuordnen sind.

4. Prognosebericht

Wir sind bestrebt, unsere Marktposition als leistungsfähiger regionaler Wasserversorger stetig auszubauen. Das Unternehmen wird sich als „Regionales Kompetenzcenter Wasser“ der innogy SE weiter etablieren, die Stärken und fachlichen Kompetenzen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft weiter systematisch einbringen und Synergien in der Zusammenarbeit mit Unternehmen der innogy SE erschließen. RWW ist bestrebt, ihre Leistungsfähigkeit, Kosten- und Kundenorientierung auch mit Dritten kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Mit Wirkung zum 01.01.2019 wird RWW das Tarifpreismodell weiter optimieren. Ziel ist es, den verursachungsgerechten Wasserpreis weiterzuentwickeln. Es wird ein Leistungspreis für atypische Systemnutzung in die Allgemeinen Tarifen aufgenommen.

Hierdurch soll
- die Preisstruktur verursachungsgerechter der Systemnutzung angeglichen,
- Kundenanreize zum bewussten Umgang mit Kapazitätsvorhaltungen gesetzt und
- technisch-ökonomische Risiken unkontrollierter Kapazitätsvorhaltungen reduziert werden.

Mit Ausnahme des neuen Bestandteils "Leistungspreis" bleiben Systempreis und Mengenpreis zum 01.01.2019 gegenüber dem bisher geltenden Stand unverändert.

Wachstum für RWW, das auf dem Tagesgeschäft aufbaut, Unterstützung für das Wassergeschäft der innogy SE, die kontinuierliche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die nachhaltige Absicherung der erreichten Wertsteigerungen sind die wesentlichen mittel- und langfristigen Ziele des Unternehmens. Erfolge im Vertriebsbereich und damit verbundenes externes Wachstum sind wichtig für das Erreichen der gesetzten Ziele. RWW wird sich daher zukünftig weiter auf den Ausbau der vertrieblichen Aktivitäten und den Aufbau von Kooperationen mit benachbarten Versorgern konzentrieren. Die Überprüfung der Effizienz der Kernprozesse des Unternehmens und hiermit verbundene Anpassungen gehören für RWW zur Routine im Hinblick auf eine stetige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Absicherung der derzeitigen Position des Unternehmens im Versorgungsgebiet bildet zukünftig ebenso einen Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der RWW wie das Erreichen eines organischen Wachstums in den Bereichen Trinkwasser-Konzessionen und Vorlieferantenpositionen für Weiterverteiler sowie die Übernahme von Betriebsführungs- und Dienstleistungsfunktionen. In den folgenden Jahren wird RWW sich darauf konzentrieren, auslaufende Konzessionsverträge zu verlängern. In der Position als Vorlieferant für Trinkwasser und in dem Ausbau von wassernahen Dienstleistungen sieht RWW die Chance, weitere Wachstumsziele zu generieren.

Die Aktivitäten zur Ausweitung von Tätigkeiten im Abwassersektor werden auch in den kommenden Geschäftsjahren fortgesetzt. Darüber hinaus wird Wachstum durch den Erwerb ausgewählter Beteiligungen an Wasser- und Abwasserunternehmen angestrebt.

RWW steht – in sich langsam verändernden Wasserteilmärkten – im Wettbewerb zu anderen Wasserversorgungsunternehmen. Die Gesellschaft wird daher zur Erreichung der gesteckten Ziele insbesondere auch Chancen zur Zusammenarbeit mit Partnern innerhalb und außerhalb des innogy SE Konzerns nutzen. Auch in diesem Zusammenhang spielen die Möglichkeiten von Kooperationen mit benachbarten Versorgungsunternehmen eine strategische Rolle.

Die vorgesehenen Investitionen in das Sachanlagevermögen des kommenden Jahres konzentrieren sich mit einem Volumen von ca. 13,3 Mio. € auf Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen sowie verschiedene Sondermaßnahmen (u. a. Netzersatzanlage Wasserwerke, Automatisierung der Wasserwerke etc.).

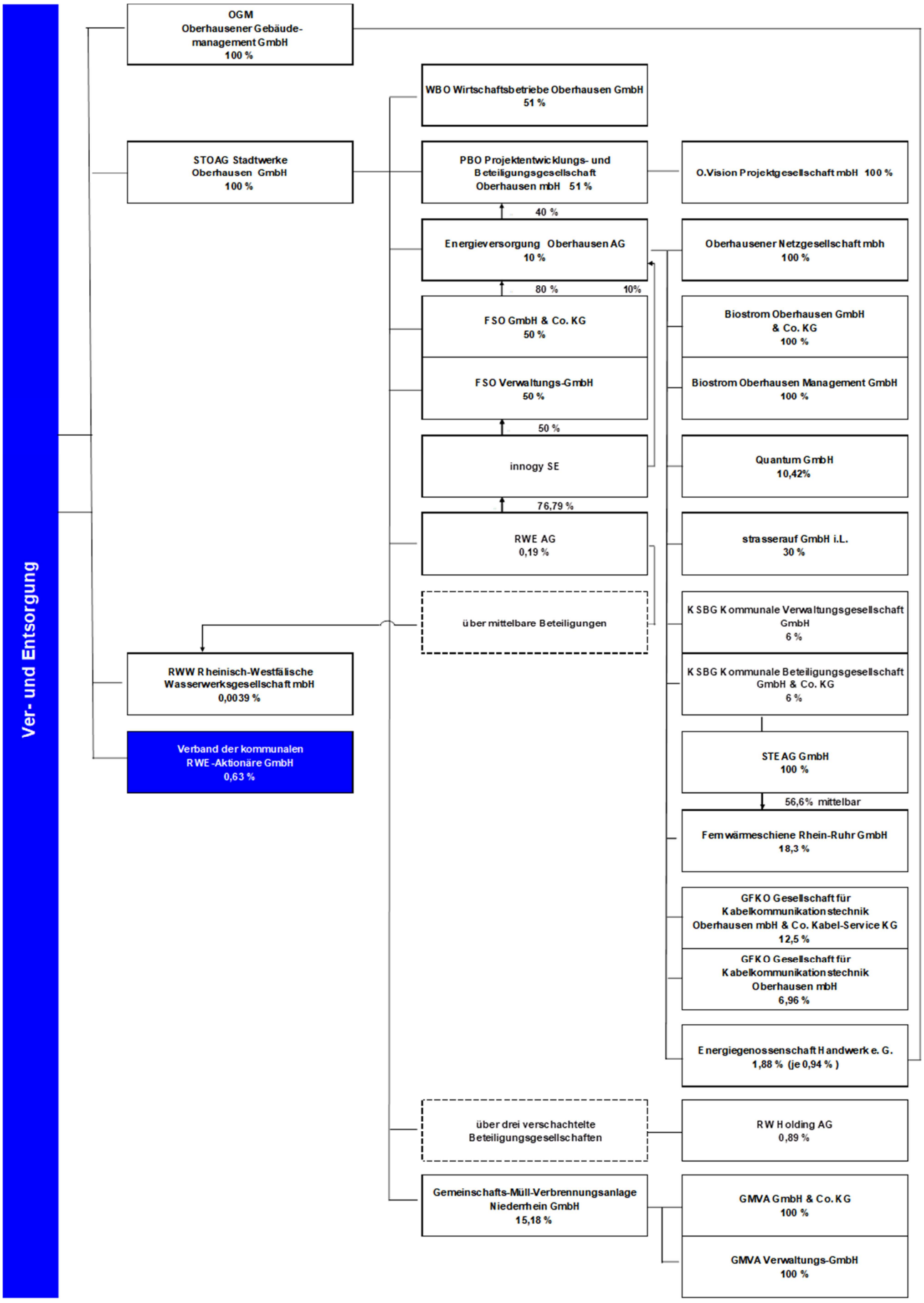
Für das kommende Geschäftsjahr wird ein Betriebliches Ergebnis von ca. 21,8 Mio. € erwartet. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass RWW bei annähernd gleich hohen Aufwendungen den vertrieblichen Bereich weiterentwickelt und somit seine Marktposition ausbaut. Das prognostizierte Betriebsergebnis basiert auf einer Absatzmenge von ca. 72,7 Mio. m³. Es bleibt abzuwarten, in welchem Umfang die „Zinsschmelze“ auf den Kapitalmärkten fortschreitet und damit den Jahresüberschuss durch hohe Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen zukünftig wieder belastet.

Die Geschäftsführung geht daher von einer Dividendenzahlung in 2019 in Höhe von 7,0 Mio. € aus.

Mülheim an der Ruhr, 29. Januar 2019

Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH (RWW)

Die Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH i.L.
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Str. 62
45130 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/ 221377
Fax	0201/ 222974
e-Mail	info@vka-rwe.de
Internet	www.vka-rwe.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 127,82

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	0,80	0,63
Stadtsparkasse Oberhausen	0,51	0,40

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben
- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und der Entsorgung zu beraten.

Die Gesellschaft kann nach Beschluss der Gesellschafterversammlung weitergehende Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ver- und Entsorgungswirtschaft übernehmen. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedarf einer Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

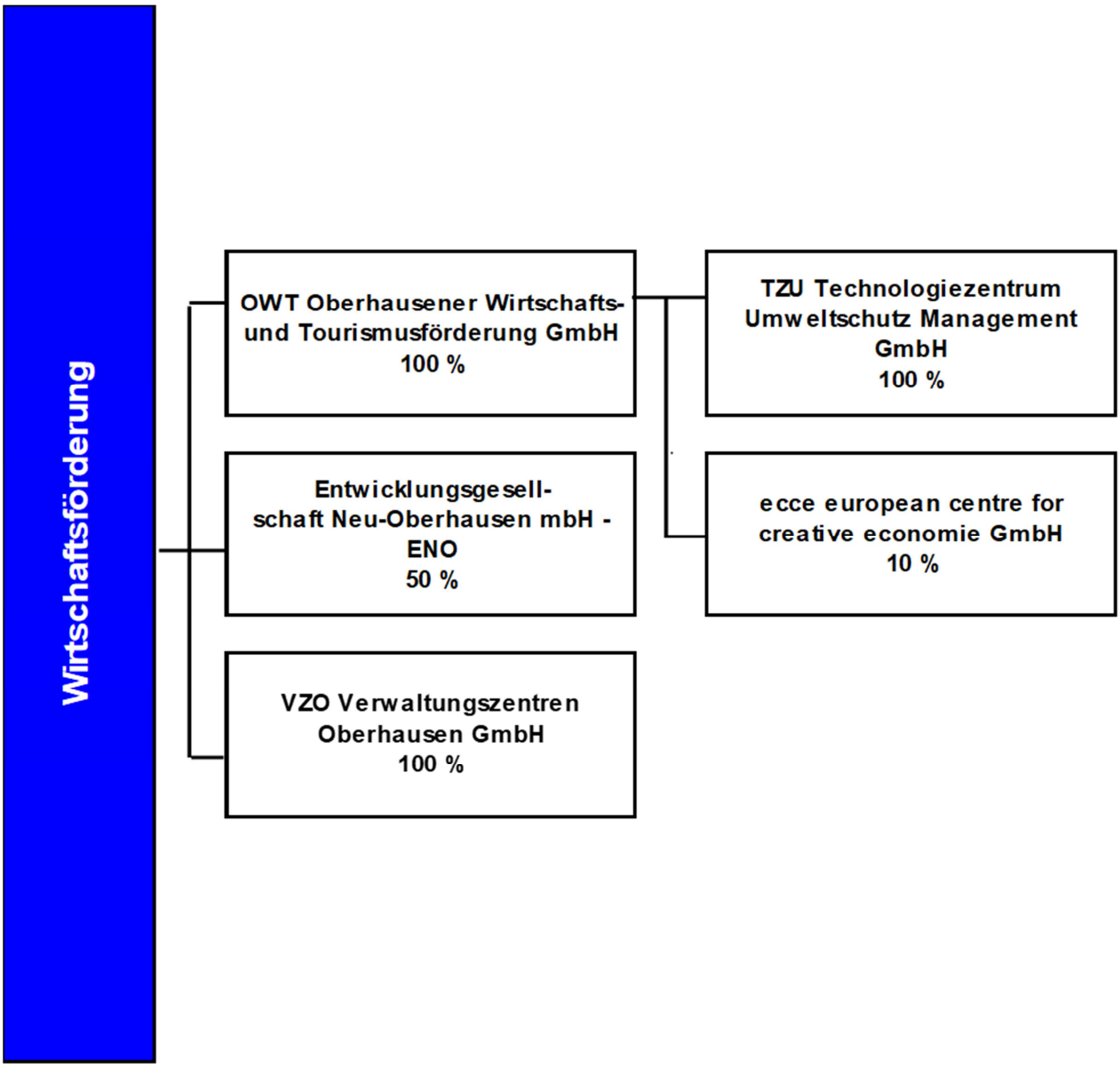
Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Gerlach, Ernst
	Geschäftsführer	Ottmann, Peter
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Schranz, Daniel

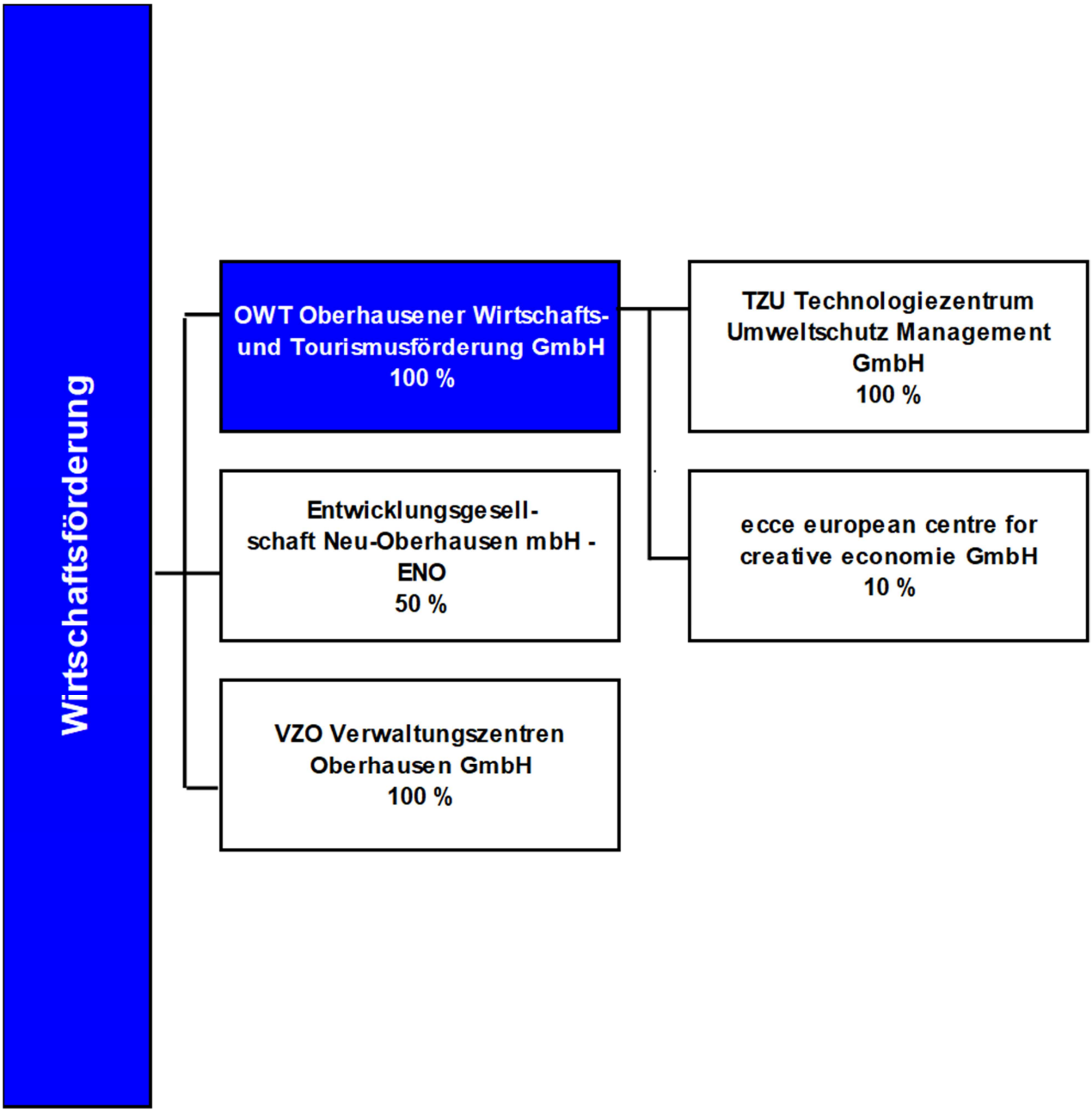
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Geisel, Thomas
	1. stellv. Vorsitzender	Schartz, Günther
	2. stellv. Vorsitzender	Bertram, Rudi
		sowie weitere 10 Mitglieder
Prokura:		Berndmeyer, Günter
		Roßberg, Judith

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten sowie des Lageberichts wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.

Wirtschaftsförderung




Wirtschaftsförderung
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
100 %
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO
50 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
100 %

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Centroallee 269
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85036-0
Fax	0208 / 8503610
e-Mail	info@owtgmbh.de
Internet	www.owtgmbh.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	26,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Verbesserung der räumlichen, sozialen, touristischen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk, Tourismus und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklungen des Arbeitsmarktes. Zur Verwirklichung des Unternehmensgegenstand der Gesellschaft gehören insbesondere folgende Aufgaben:

a. Förderung des touristischen Marketings für die Stadt Oberhausen, durch Netzwerkmanagement für die Neue Mitte Oberhausen und die touristischen Leistungsträger, Koordination, Entwicklung und Vertriebsunterstützung von touristischen Angeboten sowie Information und Betreuung von Touristen vor Ort,
b. Service für Oberhausener Unternehmen, erweitert um eine Schlüsselkundenbetreuung für ausgewählte Unternehmen; insbesondere zu den Themen: räumliche Standortentwicklung, Sicherung von Fachkräften, Förderung des Netzwerkmanagements und Beratung über die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Fördermitteln,
c. Ressourcenschonende Entwicklung von Flächen und Immobilien für die Industrie, Gewerbe und Büro in der Stadt Oberhausen, insbesondere durch Einleitung und Koordinierung von Maßnahmen zur Baureifmachung und Erschließung in Zusammenarbeit mit Dritten,
d. die Mitwirkung an der Entwicklung von Nutzungskonzepten für Industrie- und sonstige Grundstücke auf dem Gebiet der Stadt Oberhausen sowie die Aufbereitung der Grundstücke zum Zwecke der Vermarktung einschließlich aller damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten,
e. Gewinnung von Unternehmen zur An- und Umsiedlung in Oberhausen,
f. Beantragung und Verwirklichung von Fördermaßnahmen im Bereich der Infrastrukturförderung, insbesondere unter Beteiligung Dritter sowie Mitwirkung an Fördermaßnahmen Dritter,
g. Marketing für des Wirtschaftsstandort Oberhausen im In- und Ausland.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH ENO	- Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 28.11.2006 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für OWT (vormals WFO) und deren Tochtergesellschaften
Gasometer Oberhausen GmbH	Mietvertrag Gasometer vom 17.12.2009/21.12.2009
Gasometer Oberhausen GmbH	Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995
Gasometer Oberhausen GmbH	Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des Gasometers

Stadt Oberhausen	Vertrag über die Überlassung des LaGa-Grundstücks vom 04.10.1999
Theater Oberhausen	Vertrag über die Anmietung der Probebühne vom 01.10.1998
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 12.01.2010

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lichtenheld, Frank
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	stellv. Vorsitzender	Tüzün, Saadettin
	Mitglied gem. § 113 GO	Schranz, Daniel
	Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Bischoff, Jörg
	Mitglied	Boos, Regina
	Mitglied	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Ingendoh, Holger
	Mitglied	Kruft-Lohrengel, Jutta
	Mitglied	Marx, Petra
	Mitglied	Uppenkamp, Bernhard
	Mitglied	Wischermann-Bruckschlegel, Ursula
Prokura:	Prokurist	Suhr, Rainer
	Prokurist	Sprenger, Detlef

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
ecce - european centre for creative economy GmbH	2,50	10,00
Gasometer Oberhausen GmbH	50,00	100,00
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	300,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	2.457,35	35,5	2.409,66	33,5	2.317,34	33,3	-92,32	-3,83
Umlaufvermögen	4.465,86	64,4	4.775,82	66,4	4.627,16	66,5	-148,66	-3,11
Rechnungsabgrenzungsposten	6,70	0,1	6,65	0,1	12,82	0,2	6,17	92,78
Bilanzsumme	**6.929,91**	**100,00**	**7.192,13**	**100,00**	**6.957,32**	**100,00**	**-234,81**	**-3,26**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	3.584,64	51,7	4.023,45	55,9	3.951,78	56,8	-71,67	-1,78
Sonderposten mit Rücklagenanteil	588,17	8,5	524,53	7,3	420,39	6,0	-104,14	-19,85
Rückstellungen	156,00	2,3	142,52	2,0	157,90	2,3	15,38	10,79
Verbindlichkeiten	2.601,10	37,5	2.500,29	34,8	2.427,24	34,9	-73,05	-2,92
Rechnungsabgrenzungsposten			1,34	0,0			-1,34	-100,00
Bilanzsumme	**6.929,91**	**100,00**	**7.192,13**	**100,00**	**6.957,32**	**100,00**	**-234,81**	**-3,26**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	2.212,89	2.358,76	2.754,70
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen			-87,88
sonstige betriebliche Erträge	234,64	193,12	237,92
Materialaufwand	463,37	528,83	529,84
Personalaufwand	1.668,10	1.789,61	1.881,80
Abschreibungen	148,96	157,05	171,93
sonstige betriebliche Aufwendungen	879,63	852,66	1.098,52
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,08	0,06	0,01
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	36,57	34,15	22,05
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-749,04	-810,36	-799,38
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			1,91
sonstige Steuern	63,88	67,33	66,88
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-812,92	-877,69	-868,17
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	2.863,94	2.051,02	1.173,33
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2.051,02	1.173,33	305,15

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-36,74	-37,21	-31,52	%
Eigenkapitalrentabilität:	-53,01	-30,79	-23,81	%
Cash-Flow:	-663,96	-720,64	-696,24	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	97,90	98,15	100,16	T€
Personalaufwandsquote:	68,15	70,13	64,78	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	14,62	12,95	12,17	%
Eigenkapitalquote:	51,73	55,94	56,80	%
Fremdkapitalquote:	48,27	44,06	43,20	%

e) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand der OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH (OWT) ist die Verbesserung der räumlichen, sozialen, touristischen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk, Tourismus und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklungen des Arbeitsmarktes.

Mit dieser Aufgabenstellung erfüllt die Gesellschaft Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (nichtwirtschaftliche Betätigung).

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Standortförderung ist eine permanente Aufgabe der Wirtschafts- und Tourismusförderung. Nur wenn die Voraussetzungen stimmen, können sich Unternehmen erfolgreich entwickeln. Es gilt, die Stärken zu bewahren und den Wirtschafts- und Tourismusstandort weiterzuentwickeln, um ihn am Markt wettbewerbsfähig zu halten.

2. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2018 ist durch intensive Beratungsleistungen für die Oberhausener KMUs im Bereich des Unternehmensservice geprägt.

Insbesondere wurde die Zusammenarbeit mit der HRW - Hochschule Ruhr West - über die Initiierung eines eigenen ZDIs - weiter ausgebaut. In diesem Zusammenhang gibt es starke gemeinsame Schnittmengen in den Bereichen Innovation, Digitalisierung und Wissenstransfer. Ferner sind zahlreiche gemeinsame Projektansätze mit dem Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits-, und Energietechnik UMSICHT in Oberhausen vorbereitet worden, die im Jahre 2019 fortgeführt werden.

Am 27. September 2018 wurde das zdi-Zentrum Oberhausen mit der Überreichung der Urkunde durch den Parlamentarischen Staatssekretär Klaus Kaiser offiziell gegründet. Dadurch wird die lokale Förderung des MINT-Fachkräftenachwuchses nachhaltig verstärkt und zusätzliche Angebote für Schülerinnen und Schüler sowie Unternehmen geschaffen, die über die bereits bestehende Großveranstaltung „zdi-praxis4u“ hinausgehen. Mit der Einstellung einer eigenen Koordination werden die Aktivitäten in der Geschäftsstelle, die bei der Hochschule Ruhr West und der OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH angesiedelt ist, gebündelt.

Bei allen Projekten von Unternehmensentwicklungen, spielt das Fachkräfte- und Qualifizierungsthema weiterhin eine ausgeprägte Rolle.

In 2018 wurden die EU-Förderprojekte, „greentech.ruhr“ und “ressourceneffiziente Gewerbegebiete” im Schulterschluss mit der BMR Business Metropoleruhr durchgeführt.. Im Folgejahr soll greentech.ruhr in einer zweiten Phase fortgeführt werden. Schließlich wurde die interkommunale Zusammenarbeit mit der BMR weiter ausgebaut und insbesondere hinsichtlich der städteübergreifenden „Immobilien- und Flächenentwicklung“ prozessorientiert aufgesetzt, was zu einer sehr guten Transparenz - aller 53 Städte und Kreise - hinsichtlich der Anfragen von Investoren und Maklern geführt hat.

Die Immobilien- und Flächenvermittlung vor Ort wird nach wie vor davon geprägt, dass diese Objekte im Eigentum privater Gesellschaften sind.

Die gestiegene Nachfrage nach Büro- und Gewerbeflächen findet über das Jahr 2018 hinaus, auch im Jahr 2019 statt. Es gibt hier nach wie vor eine enge Zusammenarbeit der OWT mit der Firma EAI Euroauctions Immobilien GmbH.

Das Segment, „Bauen und Entwicklungen im Bestand“, an der Duisburgerstraße 375, wird durch neue Vermietungen immer attraktiver. Der Eigentümer Henley360 entwickelt das Gelände in enger Kooperation mit der Stadt Oberhausen und unserer Gesellschaft.

Schließlich wurde auch im Jahr 2018 unsererseits das Projekt der Stadtverwaltung Oberhausen am Wettbewerb Zukunftsstadt 2030+ begleitet.

Die Vermarktungsbemühungen zur Entwicklung des im Eigentum der OWT stehenden Grundstücks im Bereich der ehemaligen „Zeche Osterfeld“ wurden im Geschäftsjahr 2018 intensiv fortgeführt und für ein Teilgrundstück zum Abschluss gebracht. Mit der für 2019 vorbereiteten Veräußerung weiterer Teilgrundstücke soll eine hochwertige Bebauung des Gesamtareals verwirklicht werden. Die Immobilien der OWT im Umfeld - das Steigerhaus, das Große Torhaus, und das Kleine Torhaus - waren auch im Geschäftsjahr 2018 durchgängig zu 100 Prozent vermietet.

Die Repräsentation des Wirtschafts- und Tourismusstandortes Oberhausen auf den maßgeblichen Messen und Ausstellungen stellt einen weiteren Tätigkeitsschwerpunkt dar.

Die OWT ist weiterhin an der ecce european centre for creative economy GmbH beteiligt und begleitet hierüber die Kultur und Kreativwirtschaft als wichtige Standortfaktoren.

Im Berichtsjahr 2018 konnte der Übernachtungstourismus in Oberhausen nicht an die hohe Dynamik der Vorjahre anknüpfen: 234.032 Gästeankünfte (minus 1,2 Prozent) bei 476.177 Übernachtungen führten zu einem leichten Rückgang von 1,6 Prozent gegenüber dem bisherigen Rekordjahr 2017. NRW-weit trat der Übernachtungstourismus bei einem leichten Wachstum von 0,8 Prozent 2018 nahezu auf der Stelle. Insbesondere der überproportionale Rückgang bei Ankünften und Übernachtungen ausländischer Gäste bei ungebrochener Attraktivität Oberhausens auf unserem wichtigsten ausländischen Quellmarkt, den Niederlanden, deutet auf ein rückläufiges Geschäft mit Ausstellern und Besuchern der Messen Düsseldorf und Essen hin. Ursächlich dafür sind nach Einschätzung der OWT neben einem turnusmäßig schwächeren Messekalender vor allem die erheblichen Kapazitätszuwächse in diesen beiden genannten Städten. Die von IT.NRW ermittelte Bettenauslastung von 50,0 Prozent im Jahresmittel liegt zwar deutlich über dem NRW-Schnitt von 44,1 Prozent. Sie liegt aber ebenso deutlich unter den Rekordwerten der Jahre 2015 bis 2017. Für 2019 erwartet die OWT – auch vor dem Hintergrund der Neueröffnung von Holiday Inn Express und Super8 mit zusammen 620 zusätzlichen Betten und einem anhaltend rückläufigen Messe-Geschäft – zwar eine steigende Zahl von Übernachtungsgästen, aber eine weiter sinkende Auslastung. Entscheidend für eine weitere positive Entwicklung des Übernachtungsgeschäfts am Tourismusstandort Oberhausen wird darum eine gesunde Balance zwischen Nachfrage und Angebot sein. Einen wichtigen Beitrag dazu kann der Masterplan Tourismus Oberhausen leisten, den die OWT im Herbst 2018 initiiert hat. In Abstimmung mit den Akteuren der Freizeit- und Tourismuswirtschaft vor Ort werden gegenwärtig geeignete Maßnahmen erarbeitet.

Bedeutsam für die Arbeit in der Tourismussparte war im Berichtsjahr auch die positive Entwicklung einer zweiten Tourist-Information am Mitteldom des Centro, die ihren Betrieb zu Beginn des Weihnachtsgeschäfts 2017 aufgenommen hat. Nachfrage, Umsätze und Kooperationen entwickeln sich positiv und über den Erwartungen. Besonders erfreulich in diesem Zusammenhang ist, dass die bestehende Tourist-Information am Hauptbahnhof keine Umsatzverlagerungen zu verkraften hatte. Sie verbuchte im Gegenteil sogar Zuwächse und schloss mit dem zweitbesten Ergebnis ihres 21jährigen Bestehens.

Die Erlössituation des „Stadtmagazins Oh!“ als wichtigstem und nachhaltigstem Instrument des Binnenmarketings konnte infolge verringerter Aufwände und verbesserter Anzeigenverkäufe spürbar verbessert und das Berichtsjahr nach Verlusten in 2017 wieder mit einer schwarzen Null abgeschlossen werden. Zuwächse waren erneut auch bei der Vermarktung von Werbekontingenten an touristische Partner auf Basis der Konzessionsverträge mit Ströer/Deutsche Städte Medien zu verbuchen.

III. Lage des Unternehmens

Im Geschäftsjahr 2016 wurden die Gesellschaften TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH und WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH zur OWT GmbH zusammengeführt. Die bis dahin unterschiedlichen Kontenkreise wurden vereinheitlicht. Hierdurch wurde eine transparente Finanzierungsdarstellung geschaffen, die ein einheitliches Kostencontrolling ermöglicht.

Die OWT wurde durch die Zuschussgewährung der Gesellschafterin Stadt Oberhausen in die Lage versetzt, ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Zuschusshöhe wurde im Rahmen der Neustrukturierungs-planungen bereits im Jahr 2015 verbindlich festgelegt. Sowohl durch positive Ertragsentwicklungen beinahe aller Projekte als auch Optimierungen der Aufwandspositionen konnten die auf Basis der Ergebnisse von TMO und WFO erstellten Planvorgaben weiter verbessert werden.

Das zur Vermarktung vorgesehene Restgrundstück der ehemaligen Zeche Osterfeld wurde in 2018 am Markt platziert und konnte in mehreren Einzeltranchen veräußert werden. Ein erster Teilverkauf wirkt sich auf das Geschäftsjahr 2018 aus. Weitere Veräußerungen werden in 2019 realisiert.

a) Ertragslage

Das Jahresergebnis der OWT des Geschäftsjahres 2018 weist einen Jahresfehlbetrag von T€ 868 (Vj.: T€ -878) aus. Gegenüber der Planvorgabe von T€ - 1.199 bedeutet dies eine Verbesserung von T€ 331.

Die Umsatzerlöse liegen bei insgesamt T€ 2.755 (Vj.: T€ 2.359). Hierin sind die Umsätze aus der Geschäftsbesorgung mit der ENO mit T€ 650 enthalten. Unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten der ENO wurde gegenüber dem Vorjahr eine Reduzierung des Auftragsvolumens um T€ 100 vereinbart. Aus dem o.a. Verkauf einer ersten Teilfläche des Grundstücks der ehem. Zeche Osterfeld sind Erlöse enthalten. Darüber hinaus werden in den Umsatzerlösen die Ausgleichsabgaben der Beherbergungsbetriebe ausgewiesen. Entsprechend dem Ratsbeschluss vom 27.11.2017 wurde im Gegenzug für diesen Ertrag der Zuschuss der Stadt Oberhausen um 50 TEUR reduziert.

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ist mit T€ 40 eine Auflösung von Sonderposten im Umlaufvermögen enthalten, die sich aus der Grundstücksveräußerung ergeben hat. Insgesamt liegen diese Erträge damit mit insgesamt T€ 238 um T€ 45 über dem Vorjahresergebnis sowie um T€ 42 über der Planvorgabe.

Der Personalaufwand im Geschäftsjahr 2018 entspricht mit T€ 1.882 beinahe genau den geplanten Aufwendungen in Höhe von T€ 1.885. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen aus der Tariferhöhung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit T€ 1.099 geringfügig über der Planvorgabe von T€ 1.087. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahresergebnis von T€ -853 beruht u.a. auf den Personal- und Sachkosten für die Tourist-Information im Centro, die in 2018 erstmalig für ein Jahr angefallen sind. Darüber hinaus wirkt sich der aus der Einführung der DSGVO ergebende Aufwand, der unter den Beratungskosten verbucht wird, aus.

b) Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2018 beträgt T€ 6.957 (Vj.: T€ 7.192). Der Jahresfehlbetrag soll durch Verrechnung mit dem Bilanzgewinn aus Vorjahren ausgeglichen werden.

Der Zuschussbetrag der Gesellschafterin Stadt Oberhausen wird der Kapitalrücklage zugeführt. Nach der sich in 2019 durch Verrechnung von Jahresfehlbeträgen ergebenden Auflösung des Bilanzgewinns aus Vorjahren steht die Kapitalrücklage zum Ausgleich der Jahresfehlbeträge zur Verfügung. Die Kapitalrücklage konnte im Geschäftsjahr 2018 um T€ 797 erhöht werden. Die Differenz zum städtischen Zuschuss von T€ 1.062 ergibt sich, da die erste Rate 2018 bereits am 28.12.2017 eingegangen ist und somit stichtagsgemäß bereits im Jahresabschluss 2017 abgebildet wurde.

Das Vermögen der OWT ist durch umfängliche liquide Mittel und eine hohe Eigenkapitalquote von 56,8% (Vj.: 55,9%) geprägt. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Das für die kurzfristige Vermarktung vorgesehene Grundstück der ehemaligen Zeche Osterfeld ist im Umlaufvermögen unter den Unfertigen Erzeugnissen bilanziert. In der Vergangenheit wurde der Wert des Grundstücks unter Berücksichtigung der Herstellungskosten sowie der damals geschätzten Verkaufspreise um T€ 217 reduziert. Da die nunmehr realisierten Verkaufspreise über diesem reduzierten Wertansatz liegen, sind diese Abschreibungen im Rahmen des Jahresabschlusses 2018 zurückzunehmen. Der Bestand an unfertigen Erzeugnissen hat sich daher mit T€ 1.404 trotz des Teilverkaufs gegenüber dem Vorjahreswert von T€ 1.492 nur unwesentlich verändert.

Das von der Stadt Oberhausen über die OWT und die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH an die PBO Projektentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH durchgereichte Liquiditätsdarlehen von T€ 1.240 wird weiterhin unter den Sonstigen Vermögensgegenständen sowie den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern ausgewiesen.

IV. Berichterstattung über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft

Im Rahmen der Neustrukturierung wurde kurz- bis mittelfristig bewusst eine Ergebnisvakanz in Kauf genommen. Die Geschäftsführung hatte die Aufgabe übernommen, diesen ab dem Jahr 2017 drohenden, nicht durch Zuschusszahlungen der Gesellschafterin Stadt Oberhausen ausgeglichenen, Fehlbetrag durch eigene Projekte bzw. Kostenreduzierungen aufzulösen. Wie auch im Vorjahr hat sich gezeigt, dass die OWT bei konstanter Zuschusszahlung zumindest mittelfristig eine Ergebnisvakanz aus eigenen Mitteln ausgleichen kann, sofern diese überhaupt entsteht. Weiterhin problematisch ist hierbei die weitere Kürzung des Auftragsvolumens mit der ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH. Bereits in den Vorjahren wurde das ursprüngliche Vertragsvolumen von ehemals 850 TEUR schrittweise auf 650 TEUR in 2018 reduziert. Da der ENO für Wirtschaftsförderungsaktivitäten ab dem Geschäftsjahr 2019 geringere Mittel zur Verfügung stehen, muss eine weitere Anpassung der Verträge auf dann 600 TEUR erfolgen. Die OWT muss diese Reduzierung aus eigener Kraft ausgleichen. Möglich wird dies insbesondere durch die Veräußerung der restlichen Grundstücksflächen an der ehemaligen Zeche Osterfeld. Da diese mittelfristige Finanzierungsmöglichkeit mit Verkauf der letzten Teilgrundstücke entfällt, ist mit der ENO vereinbart, dass jährlich geprüft wird, ob eine Erhöhung des Auftragsvolumens möglich ist.

Der Unternehmenssitz der OWT wurde durch den Eigentümerwechsel der Essener Str. 51 zur Centroallee 269 verlegt. Die in direkter Nachbarschaft des touristischen Zentrums von Oberhausen liegenden Büroräume wurden teilweise durch die Vermieterin sowie mit eigenen Investitionen der OWT aufwändig hergerichtet und bieten der Gesellschaft einen repräsentativen Standort. Finanziell wird die OWT jedoch laufend durch höhere Bruttomietkosten sowie Nebenkosten für Reinigung, Strom und Aktenlagerung, die in der Vergangenheit in den Mietzahlungen enthalten waren, belastet.

Im Geschäftsjahr 2019 hat die Stadt Oberhausen in Zusammenarbeit mit der OWT mit dem Masterplan Wirtschaft Strategieüberlegungen zur Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Oberhausen begonnen. Für dieses Projekt zur Förderung der Oberhausener Wirtschaft wird die OWT auch in 2019 Mittel bereitstellen müssen, deren Höhe noch nicht feststeht.

Der Gesellschaft stehen durch die Zuführung der Gesellschafterin Stadt Oberhausen für die laufenden Aufgaben grundsätzlich ausreichende Mittel zur Verfügung, um die mit diesen Projekten verbundenen finanziellen Risiken tragen zu können. Die bei den Planungen zur Neustrukturierung nicht vorgesehene Reduzierung des Volumens der ENO-Verträge sowie die beschriebenen nicht geplanten Aufwendungen können jedoch nur mit Hilfe der sich aus den positiven Jahresergebnissen aus 2016 bis 2018 ergebenden Rücklagen getragen werden. Zusammen mit den erwarteten Veräußerungsgewinnen für das eigene Grundstück ist die finanzielle Lage mittel- bis langfristig gesichert.

Zur Kompensation einer für die Laufzeit von fünf Jahren beschlossenen Zuschussreduzierung von jeweils T€ 50 wurde mit den Hotel- und Übernachtungsbetrieben die Zahlung einer freiwilligen Kompensationsleistung in gleicher Höhe vereinbart. Im Gegenzug hierzu verzichtet die Stadt Oberhausen auf die Erhebung einer Bettensteuer. Die OWT ist darauf angewiesen, dass die freiwilligen Zahlungen während der Laufzeit der Kürzung auch tatsächlich eingehen. Zurzeit bestehen keine gegenteiligen Anzeichen.

Die Entwicklung der Besucherzahlen in Oberhausen ist von verschiedenen, von der OWT nicht zu beeinflussenden, Faktoren abhängig. Die Tourist-Information im Centro weist einen sehr guten Kostendeckungsgrad auf. Gleichzeitig hat sich das Ergebnis der Tourist-Information am Hauptbahnhof auf hohem Level halten können. Die Entscheidung zur Erstellung eines zweiten Informationsstandortes hat sich also als richtig herausgestellt. Gleichwohl bleibt der Kostendeckungsgrad von der Nachfrage nach Produkten abhängig, deren Erfolg nicht beeinflusst werden kann. Die Schließung des Gasometers in 2020 zur Sanierung oder die Entscheidung für zukünftige Musicalinszenierungen wirken sich somit direkt auf das Ergebnis der Gesellschaft aus.

Bei der Präsentation des Standortes Oberhausen auf verschiedenen Fachmessen ist die OWT auf die finanzielle Unterstützung von Kooperationspartnern angewiesen. Die Einwerbung dieser Partner gestaltet sich unverändert anspruchsvoll.

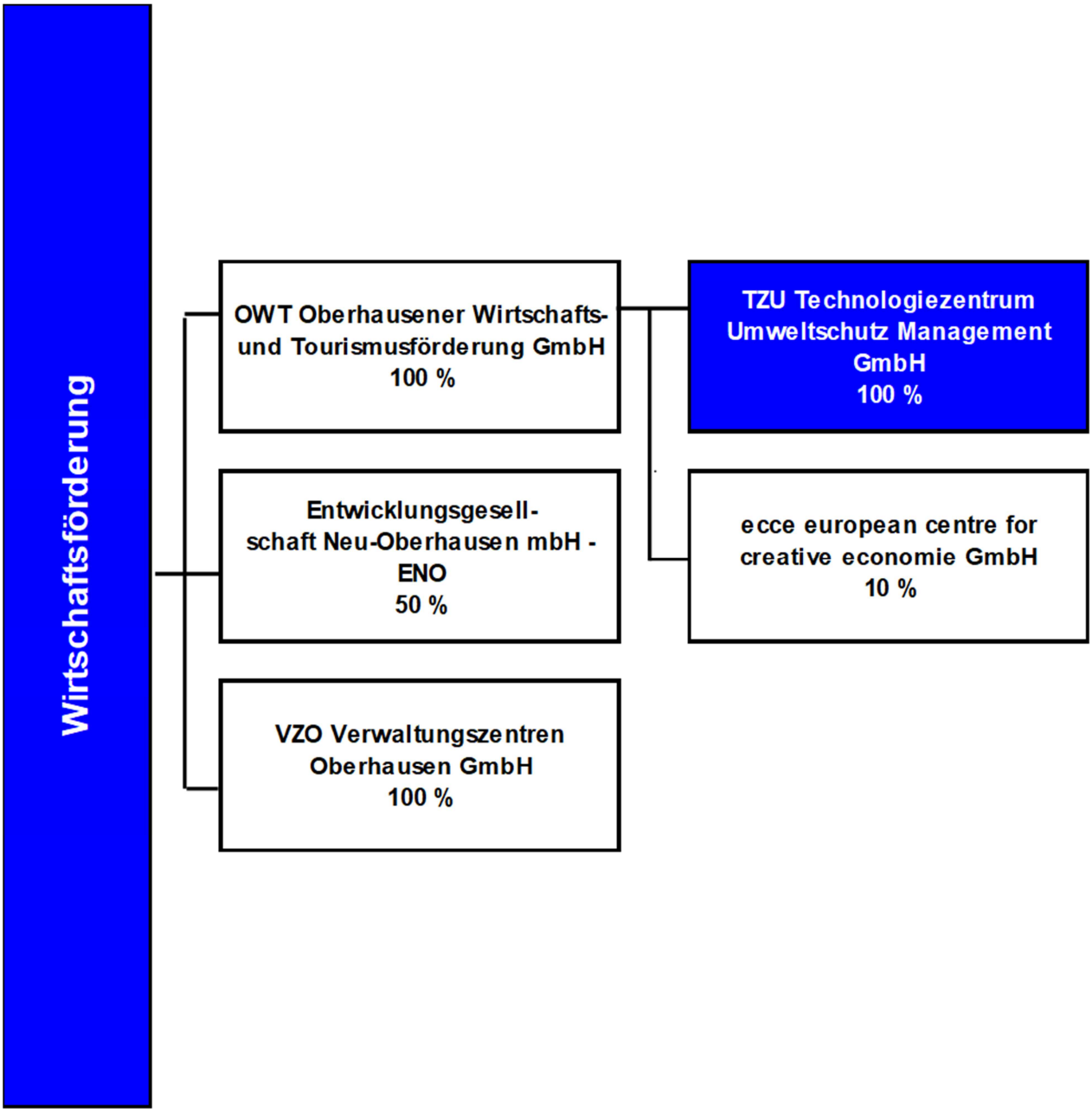
Aus Sicht der Geschäftsführung war die Zusammenführung der Bereiche Wirtschafts- und Tourismusförderung folgerichtig, da so die Ziele einer einheitlichen Förderung des Wirtschafts- und Tourismusstandortes Oberhausen optimal verfolgt werden können. Die sich aus der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung ergebenden Synergien wirken sich auf die finanzielle Lage der OWT positiv aus.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag 2018 von T€ 868 mit dem Bilanzgewinn aus Vorjahren in gleicher Höhe zu verrechnen.

Oberhausen, 12. April 2019

Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH (OWT)

Frank Lichtenheld
Geschäftsführer


Wirtschaftsförderung
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
Entwicklungsgesell- schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO
50 %
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
100 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %

TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 3
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85037-0
Fax	0208/851518
e-Mail	lerch@tzu.de
Internet	www.tzu.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 300,00

Gesellschafter:

	T€	%
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	300,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- die Weiterentwicklung und der Betrieb des Technologiezentrums Umweltschutz sowie die Förderung der Technologiezentren
- die Entwicklung von Grundstücken mit allen damit zusammenhängenden Tätigkeiten, insbesondere die Erarbeitung von Nutzungskonzepten sowie die Aufbereitung und Vermarktung der Grundstücke
- die Entwicklung, Betreuung und der Betrieb von Projekten mit besonderer Strukturrelevanz für den Standort Oberhausen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 12.01.2010
Stadt Oberhausen	Tilgungsvereinbarung Stadt/GEG/TZU/SSO

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lerch, Klaus
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	3.725,06	56,0	3.189,56	51,7	2.477,86	52,7	-711,70	-22,31
Umlaufvermögen	1.932,42	29,0	796,15	12,9	901,36	19,2	105,21	13,21
Rechnungsabgrenzungsposten	5,37	0,1	5,70	0,1	5,42	0,1	-0,28	-4,91
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	991,84	14,9	2.176,52	35,3	1.316,72	28,0	-859,80	-39,50
Bilanzsumme	**6.654,69**	**100,00**	**6.167,92**	**100,00**	**4.701,37**	**100,00**	**-1.466,55**	**-23,78**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Sonderposten mit Rücklagenanteil	2.389,43	35,9	1.954,99	31,7	1.520,54	32,3	-434,45	-22,22
Rückstellungen	399,57	6,0	411,33	6,7	432,85	9,2	21,52	5,23
Verbindlichkeiten	3.865,69	58,1	3.800,30	61,6	2.747,98	58,5	-1.052,32	-27,69
Rechnungsabgrenzungsposten			1,30	0,0			-1,30	-100,00
Bilanzsumme	**6.654,69**	**100,00**	**6.167,92**	**100,00**	**4.701,37**	**100,00**	**-1.466,55**	**-23,78**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	684,80	518,82	2.152,09
sonstige betriebliche Erträge	447,56	443,29	1.882,35
Materialaufwand		64,19	1.792,22
Personalaufwand	2,96	28,52	173,92
Abschreibungen	742,10	737,45	645,17
sonstige betriebliche Aufwendungen	360,69	1.191,64	350,76
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,07	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	130,57	124,54	91,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-103,88	-1.184,23	981,38
sonstige Steuern		0,45	121,58
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-103,88	-1.184,68	859,80
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-34.387,99	-34.491,87	-35.676,55
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-34.491,87	-35.676,55	-34.816,76

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-15,17	-228,34	39,95	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,30	-3,32	2,47	%
Cash-Flow:	638,22	-447,23	1.504,97	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:		962,10	1.344,82	T€
Personalaufwandsquote:	0,26	2,96	4,31	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	55,98	48,47	48,88	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Geschäftsverlauf und Lage

Mit Beginn des Geschäftsjahres 2018 hat die TZU Management GmbH (TZU) wieder den Betrieb des Oberhausener Technologiezentrums mit eigenem Personal von der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) übernommen.

Das ausgewiesene Ziel für 2018 war neben der Erhöhung der Vermietungsquote aufgestaute Instandsetzungs- und Verschönerungsmaßnahmen während des laufenden Betriebs möglichst störungsfrei durchzuführen.

Mit einem Vermietungsstand von 91 % zum Jahresende wurden die geplanten Umsatzerlöse von 2,04 Mio. EUR mit erzielten Umsätzen von 2,152 Mio. EUR klar übertroffen.

Durch den Verkauf des Gebäudes TZU II im November 2018 konnte auf die Aufnahme eines bereits genehmigten Darlehns i. H. v. 500 TEUR für notwendige Instandsetzungsmaßnahmen verzichtet werden. Da der Käufer einen Teil des Kaufpreises von der Erstellung von E-Ladesäulen abhängig gemacht hat, wird der Restbetrag des Kaufpreises i. H. v. 500 TEUR frühestens im Mai 2019 fließen. Die „sonstigen betrieblichen Erträge“ erhöhten sich durch den Veräußerungsgewinn in Höhe von 1.427 TEUR auf 1,877 Mio. EUR.

Die hohe Vermietungsquote in Verbindung mit dem beim Verkauf des TZU II vereinnahmten Kaufpreises führte zu einer soliden Liquidität im Geschäftsjahr 2018.

Durch den Verkauf des Gebäudes TZU II und der damit verbundenen anteiligen Umlage für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe verringerte sich der Materialaufwand entsprechend.

Der Aufwand für bezogene Leistungen erhöhte sich von geplanten 990 TEUR auf 1,29 Mio. EUR. Aufgrund der hohen Liquidität wurden hier für später geplante Verschönerungs- und Instandsetzungsmaßnahmen vorgezogen.

Durch einen von der Agentur für Arbeit gewährten Zuschuss bei der Eingliederung eines Mitarbeiters verringerten sich die Personalkosten von 160 TEUR auf ca. 133 TEUR.

Die weiterhin sehr niedrigen Zinsen verringerten den konservativ geplanten Zinsaufwand um ca. 40 TEUR auf ca. 85 TEUR.

Gegenüber dem Plan (Jahresfehlbetrag in Höhe von 467 TEUR) ergibt sich somit ein Jahresüberschuss in Höhe von 860 TEUR.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Mit Übernahme des Betriebes des Oberhausener Technologiezentrums werden auch die damit verbundenen Chancen und Risiken durch die TZU übernommen.

Nach Verkauf des Gebäudes TZU II in Verbindung mit einer vertraglich festgelegten Pauschale i. H. v. 25 TEUR netto für erbrachte Managementleistungen der TZU ist unter normalen Geschäftsbedingungen, d. h. keine unvorhergesehenen Instandhaltungskosten eine ca. 88 %ige Auslastung der Gebäude TZU I und TZU IV notwendig, um die Geschäftskosten zu tragen.

Eine hohe Vermietungsquote ist nur mit optimalen Rahmenbedingungen zu erzielen. Deshalb muss der Gebäudezustand nicht nur erhalten, sondern durch geeignete Maßnahmen weiter verbessert werden.

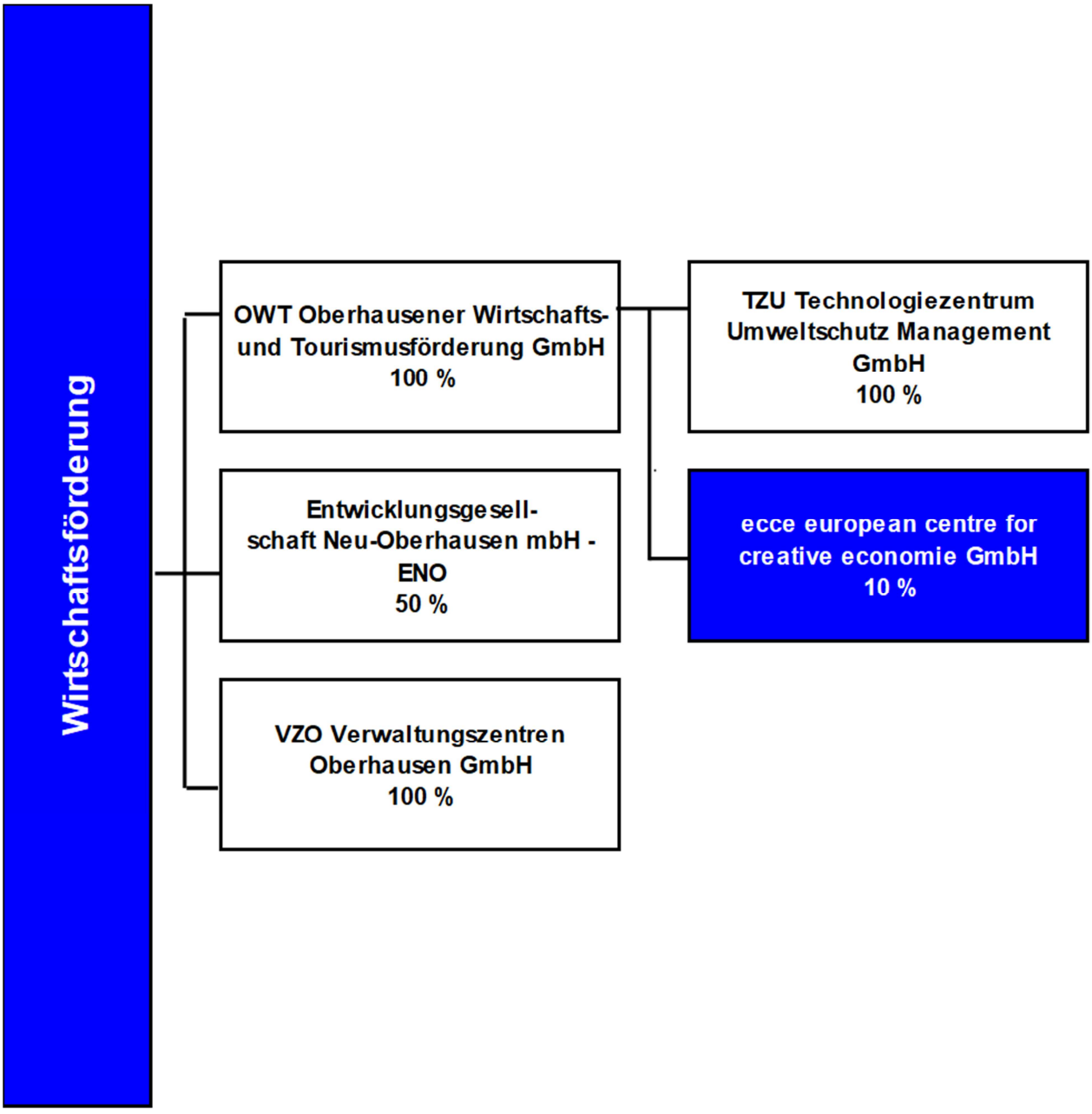
Mit der Errichtung von zehn privaten und sechs öffentlichen Elektroladesäulen bis spätestens Mitte 2019 sollen weitere attraktive Rahmenbedingungen für potenzielle Mieter geschaffen werden.

Aufgrund der vorhandenen Liquidität und der im Mai geplanten Zahlung des Restkaufpreises i. H. v. 500 TEUR sollte die Liquidität für 2019 gesichert sein. Eine Überschuldungsproblematik ergibt sich aufgrund des Marktwertes der Gebäude TZU I und TZU IV, der erheblich über dem Buchwert liegt, nicht.

Oberhausen, 25. März 2019

Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH (TZU)

Klaus Lerch
Geschäftsführer


Wirtschaftsförderung
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
Entwicklungsgesell- schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO
50 %
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
100 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %

ecce - european centre for creative economy GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Emil-Moog-Platz 7
44137 Dortmund

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Business Metropole Ruhr GmbH	5,00	20,00
Folkwang Universität der Künste	2,50	10,00
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	2,50	10,00
Stadt Bochum	2,50	10,00
Stadt Dortmund	7,50	30,00
Stadt Essen	2,50	10,00
Stadt Gelsenkirchen	2,50	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Zweck der Gesellschaft ist es, die Erfolge der Kulturhauptstadt RUHR.2010 nachhaltig abzusichern, die Kultur- und Kreativwirtschaft der Metropole RUHR zu fördern und deren europäische Potentiale weiterzuentwickeln.

2. Die Gesellschaft verwirklicht diesen Zweck durch
- die Unterstützung von kreativen Quartiersentwicklungen (z. b. Kreativ.Quartiere Ruhr);
- Maßnahmen zur Förderung kultureller Bildung sowie Projekte zum Aufbau und zur Etablierung von regionalen und überregionalen Netzwerken, wie bspw. Messen, Veranstaltungen und Wettbewerbe;
- die Stärkung und Bewerbung des Kreativstandortes Ruhr in Europa durch Veranstaltungen, internationale Foren, Fachkontakte und neue Kommunikationsformen (z.B. LABKULTUR.tv)

3. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

4. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

5. Die Gesellschaft wird sich im Rahmen des jährlich zu beschließenden Wirtschaftsplans zu wesentlichen Teilen aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanzieren. Darüber hinaus können Gelder für Projektfinanzierungen und Forschungsaufträge eingeworben werden. Die Gesellschaft wird alle ihr zu Verfügung stehenden Mittel ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke verwenden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Prof. Gorny, Dieter
	Prokuristin	Löhr, Claudia

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesell-schafterversammlung:		Lichtenheld, Frank
Kuratorium:	Vorsitzender	Stüdemann, Jörg
	stellv. Vorsitzende	Geiß-Netthöfel, Karola
	Mitglied gem. § 113 GO	Tsalastras, Apostolos
	Mitglied	Dr. Bandelow, Volker
	Mitglied	Buchloh, Volker
	Mitglied	Dustmann, Heinz Herbert
	Mitglied	Prof. Dr. Gather, Ursula
	Mitglied	Obereiner, Jörg
	Mitglied	Westphal, Thomas
	Mitglied	Fleskes, Heinz-Dieter
	Mitglied	Peters, David
	Mitglied	Prof. Mehnert, Kurt
	Mitglied	Timmerberg, Vera
	Mitglied	Dr. Kaluza, Hildegard
	Mitglied	Kufen, Thomas
	Mitglied	Dr. Eigenbrod, Jürgen
	Mitglied	Kaiser, Klaus
	Mitglied	Krause, Peter
	Mitglied	Al Ghusain, Muchtar
	Mitglied	Dieckmann, Dietmar

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	7,06	3,0	6,68	3,1	18,63	8,9	11,95	178,89
Umlaufvermögen	217,78	94,0	208,75	96,9	191,10	90,9	-17,65	-8,46
Rechnungsabgrenzungsposten	6,79	2,9	0,02	0,0	0,48	0,2	0,46	2.300,00
Bilanzsumme	**231,63**	**100,00**	**215,45**	**100,00**	**210,21**	**100,00**	**-5,24**	**-2,43**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	25,00	10,8	25,00	11,6	25,00	11,9	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	7,06	3,0	6,68	3,1	18,63	8,9	11,95	178,89
Rückstellungen	15,25	6,6	9,16	4,2	10,10	4,8	0,94	10,26
Verbindlichkeiten	178,63	77,1	156,65	72,7	156,14	74,3	-0,51	-0,33
Rechnungsabgrenzungsposten	5,69	2,5	17,96	8,3	0,34	0,2	-17,62	-98,11
Bilanzsumme	**231,63**	**100,00**	**215,45**	**100,00**	**210,21**	**100,00**	**-5,24**	**-2,43**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse		0,45	
sonstige betriebliche Erträge	1.225,24	1.185,64	1.051,38
Materialaufwand	297,54	291,28	286,80
Personalaufwand	637,75	660,30	574,28
Abschreibungen	6,73	11,35	9,71
sonstige betriebliche Aufwendungen	283,22	223,15	180,59
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:		0,00		%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	6,73	11,35	9,71	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	94,25	91,24	87,62	T€
Personalaufwandsquote:	52,05	55,67	54,62	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,05	3,10	8,86	%
Eigenkapitalquote:	10,79	11,60	11,89	%
Fremdkapitalquote:	89,21	88,40	88,11	%

e) Lagebericht

1. Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen

Nach Gründung durch die Stadt Dortmund als Ankergründerin und einziger Gesellschafterin hat die ecce GmbH am 28.11.2011 ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen.

Das Land NRW und der Regionalverband Ruhr haben sich 2011 im Nachhaltigkeitspapier zur Kulturhauptstadt RUHR.2010 darauf geeinigt, dass „die von Ruhr 2010 begonnene Entwicklung der Kreativwirtschaft in einer gesicherten Trägerstruktur fortgeführt werden" soll.

Zwischen dem Land NRW und dem RVR wurde mit der ecce GmbH eine Zielvereinbarung für die Jahre 2016-2018 abgeschlossen, die die Ziele der durchzuführenden Projekte festlegt und die Finanzierung der Betriebskosten für die Jahre 2016-2018 absicherte. Ab dem Jahr 2019 werden die Betriebskosten der ecce GmbH institutionell gefördert.

Die Gesellschafter-Struktur ist per 31.12.2018 unverändert:

Stadt Dortmund	30 %
Stadt Bochum	10 %
Stadt Gelsenkirchen	10 %
Stadt Essen	10 %
Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	10 %
Business Metropole Ruhr GmbH	20 %
Folkwang Universität der Künste	10 %

Die ecce GmbH hat für das Geschäftsjahr 2018 Bewilligungen für folgende Fördermittel und Projekte (des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport NRW, des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk NRW sowie des Regionalverbandes Ruhr) erhalten:

A. Betriebskosten in Höhe von 500.000,00 €
B. Kreativ-Quartiere/IKF in Höhe von 396.158,00 €
C. EU Strategie 224.766,00 €
D. Creative Industries Dialog 65.088,00 €
E. NICE Award 11.117,00 €

Diese Projekte sind die zentralen Handlungsfelder, die sich gegenseitig in einer nachhaltigen Gesamtstrategie ergänzen, um die Ziele von ecce effizient einzulösen, die Arbeitsbedingungen von Kreativen und KünstlerInnen zu verbessern und die lokale und regionale Kultur- und Kreativwirtschaft sowie deren entsprechende urbane Verortung unter Nutzung der europäischen Potenziale zu stärken. Die Fördermittel für die im Rahmen von B. (KQR/IKF) beantragten Einzelprojekte werden gesondert vom Land (MKW) bereitgestellt.

Im Folgenden sind einige herausragende Ergebnisse bzw. Kernfakten zusammengefasst:

Die Zahl der geförderten Projekte durch das Projekt Kreativ.Quartiere Ruhr ist 2018 erneut - wie schon 2017 - gestiegen, auf 18 Projektanträge aus 8 Städten und 9 Kreativ.Quartieren. Die Summe der Förderung ist von 432.648 € in 2017 auf 572.346,22€ in 2018 gestiegen. 2018 war eines der erfolgreichsten Jahre des Projektes - vor allem da unter den 18 ProjektantragstellerInnen 15 waren, die erstmalig einen Antrag auf Förderung durch Kreativ.Quartiere Ruhr gestellt haben. Das Gesamtförder-volumen 2012-2018 beträgt damit 3.235.895 €.

Erstmals wurde auf Initiative der Stadt Essen die Bereitstellung von NetzwerkerInnen in den Städten Duisburg, Oberhausen, Herne und Unna pilotiert. Ihr Aufgabengebiet umfasste u.a. die Betreuung von Neuansiedlungen im Quartier, Informationsveranstaltungen im Quartier sowie die Bestandsaufnahme von AkteurInnen und von Immobilien-Leerständen im Quartier. Ihre spezifischen Tätigkeiten waren von Stadt zu Stadt verschieden und wurden mit den Verwaltungen vor Ort entwickelt und umgesetzt.

Die Individuelle KünstlerInnen Förderung (IKF) hat im Jahr 2018 insgesamt zehn Förderrunden für die Förderbereich Barstipendium, Thematische Förderung und Künstlerische Aktionen durchgeführt. So konnten 78 Projekte in Höhe von 874.956 € durch das Projekt IKF gefördert werden. Das Programm erfreute sich unverändert hoher Nachfrage, vor allem auch unter Erstantragstellern.

Dies ist auch eine Folge der insgesamt sieben Informationsveranstaltungen in Herne, Duisburg, Bochum, Gladbeck, Unna, Wesel und Witten. Zudem war IKF auf sechs weiteren Veranstaltungen, wie der Duisburger Kulturkonferenz oder dem 13. Netzwerktreffen der Kreativ.Quartiere Ruhr vertreten.

Insgesamt wurden rund 300 AntragstellerInnen persönlich, per Mail oder telefonisch beraten.

Der **NICE Award** wurde seit seiner Gründung zeitlich mit dem Forum Europe Ruhr koordiniert; so konnten die Gäste der Preisverleihung am nächsten Tag am FER teilnehmen. Aufgrund der Verschiebung und Neukonzeption des FER wurde in Abstimmung mit dem Fördergeber MWIDE entschieden, den NICE Award künftig mit dem Creative Industries Dialog NRW, auch vom MWIDE gefördert, zu koordinieren. Diese Doppelveranstaltung fand erstmals im Februar 2019 statt. Der NICE Award 2018 wurde entsprechend in 2019 geschoben - ebenso der Creative Industries Dialog NRW.

Um eine möglichst große Synergie zwischen beiden Veranstaltungen zu erreichen, wurde als Thema des CID NRW 2019 „Zukunft Kreativwirtschaft: Der Brexit und seine europäischen Folgen“ gewählt - passend zu einem internationalen Preis für Innovation.

Im Rahmen der EU Strategie fanden im Laufe des Jahres Workshops für AkteurInnen aus der Region statt, die einen Überblick über das EU Fördergeschehen bieten sowie Einblicke in den Ablauf konkreter Antragsvorhaben anhand praktischer Beispiele.

Für das NICE Netzwerk wurden im Laufe des Jahres erneut sechs neue Mitglieder gewonnen. Damit zählt das Netzwerk nun 40 Mitglieder aus 18 Ländern und gewinnt damit weiter an Bedeutung.

Der 8. European Creative Industries Summit (ECIS) fand am 03. und 04. Oktober 2018 in der Wirtschaftskammer in Wien statt und war Programmteil der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft mit dem Titel „Cross-Innovation as Driver for Growth in the European Digital Single Market“. Rund 150 VertreterInnen aus der EU-Kulturpolitik nahmen an dem Event teil. Höhepunkte des ECIS war die Eröffnung durch die Österreichische Wirtschaftsministerin Schramböck sowie EU-Kommissar Tibor Navracsics.

Das Forschungsprojekt Cultural Creative Spillovers hat in 2018 eine zweite und aktualisierte Ausgabe des sehr erfolgreichen „Evidence Review Cultural Creative Spillovers“ herausgegeben. Dazu wurde die Dokumentation der Forschungslage aktualisiert sowie die Definition überprüft und fortentwickelt. Die Forschungspartner haben angesichts des Brexits die Planung weiterer Aktivitäten in 2019 und darüber hinaus verschoben.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Aufgrund der besonderen Finanzierungsform durch Fördermittel und nur geringfügiger Eigenerträge sind herkömmliche Betrachtungen des Jahresergebnisses bzw. daraus abzuleitender Kennzahlen auf die ecce GmbH nicht anwendbar. Die ecce GmbH erzielte in 2018 ein ausgeglichenes Jahresergebnis.

Die Finanzierung des eigenen Geschäftsbetriebs sowie der oben genannten Projekte war durch den Abruf der genehmigten Mittel aus den Förderbescheiden gesichert.

3. Nachtragsbericht

Wesentliche Risiken und weitere Vorfälle von besonderer Bedeutung, außer den in diesem Bericht genannten, haben sich im Berichtsjahr und auch nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben.

4. Risikobericht

Ein erhöhtes Betriebsrisiko ist nicht festzustellen. Die Zuwendungsbescheide der Projekte für 2019 liegen vor. Die Finanzierung der Betriebskosten ist erstmals durch eine institutionelle Förderung ab 2019 abgesichert.

5. Prognosebericht

Das Projekt Kreativ Quartiere Ruhr wird in Absprache mit dem Fördergeber MKW in 2019 neu konzeptioniert. Zur bisherigen Förderung der Kreativ. Quartiere (künstlerische und kulturelle Projektförderungen mit urbanen Impulsen und Effekten) tritt eine Förderung von Exzellenz-Quartieren sowie die Entwicklung von künstlerischen Produktionszentren, die in Kreativ.Quartieren verortet sein könnten, aber nicht müssen. Zudem ist das Zusammenspiel dieser drei Ansätze im Sinne einer Basisförderung, Aufbau- und Schwerpunktförderung zu gestalten. Durch diesen Prozess werden sich die Antragsfristen nach hinten verschieben. Ob unter diesen Voraussetzungen die Zahl von geförderten Projekten bzw. die Budgetausschöpfung wie in 2018 zu erreichen ist, bleibt abzuwarten. Die Zahl der Quartiere und teilnehmenden Städte wird nicht weiter steigen bzw. eher zurückgehen.

Die Entstehung von künstlerischen Produktionszentren im Ruhrgebiet wird in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt der Arbeit von ecce; schon jetzt sind zwei bis drei Zentren erkennbar, allein aufgrund der starken internationalen AkteurInnen vor Ort. Für ecce ergibt sich eine Verschiebung der Arbeit - von der reinen Durchführung eines Förderprogramms hin zur Moderation und Ermöglichung von strukturbildenden Einzel-Initiativen.

Das Projekt Individuelle Künstlerförderung wird in Absprache mit dem Fördergeber MKW in 2019 neu konzeptioniert.

Dabei wird die Vielzahl der Fördermöglichkeiten sowie der Förderrunden reduziert; die Anforderungen an künstlerische Qualität werden verstärkt. Durch diesen Prozess wird auch dieses Projekt später beginnen. 2019 wird die Zahl der geförderten Projekte bzw. ausgeschütteten Förderungen gegenüber 2018 voraussichtlich geringer ausfallen.

Das Forum Europe Ruhr (FER) wird 2019 neu konzipiert. Dazu finden mehrere Workshops statt, um Interessen und Bedarfe der anzusprechenden Zielgruppen zu erkunden. Diese Ergebnisse fließen in die Beratungen des Arbeitskreises ein, den ecce in Abstimmung mit dem MKW berufen hat und der über das neue Konzept berät. Im Laufe des Jahres 2019 soll das neue Konzept des FER entstehen und zur Durchführung im Jahr 2020 beantragt werden. Nach jetzigem Planungsstand findet das nächste FER im Herbst 2020 statt.

Der nächste NICE Award und der Creative Industries Dialog (CID) sollen im Frühjahr 2020 stattfinden. Damit wird Doppelformat von Preisverleihung und Dialog, das erstmals im Februar 2019 stattfand und sich bewährt hat, fortgeführt. Es wird in 2020 ein Hochpunkt der Arbeit von ecce werden - auch vor dem Hintergrund der EU-Ratspräsidentschaft in Deutschland und der Feier „100 Jahre RVR“.

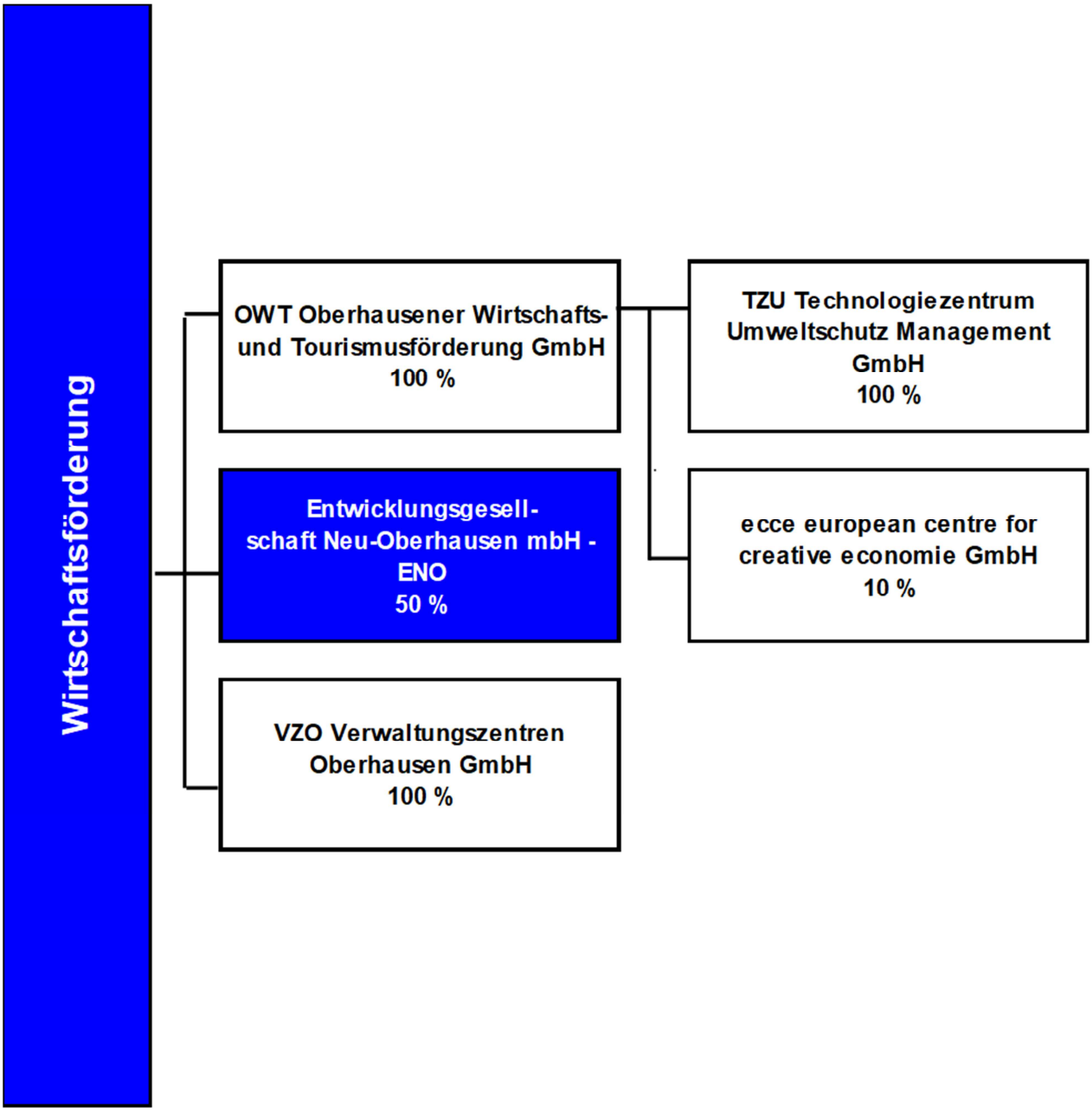
Die EU-Strategie des Jahres 2018 wird in 2019 erweitert um Kooperations- und Austauschaktivitäten zwischen Künstlern des Ruhrgebiets und Europa, zunächst mit Fokus auf die Musik-Branche. Grundlage hierfür ist die regionale Struktur für Popförderung, das „LaLa-Labor“ in Bochum, und die internationalen Bedarfe der Musiker im Ruhrgebiet.

Fortgesetzt wird auch die erfolgreiche Unterstützung von regionalen Antragstellern bei der EU-Kulturförderung, Creative Europe, sowie der Innovationsförderung „Horizon 2020“.

Dortmund, 01. März 2019

european centre for creative economy GmbH (ecce)

Prof. Dieter Gorny
Geschäftsführer


Wirtschaftsförderung
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO
50 %
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
100 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Centroallee 269
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/85036-0
Fax 0208/8503610
e-Mail info@eno-gmbh.de
Internet www.eno-gmbh.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 318,80

Gesellschafter:

	T€	%
1&1 Versatel Deutschland GmbH	0,26	0,09
Albrecht GmbH & Co. Verpachtungs KG	0,26	0,09
August Heine Baugesellschaft AG i.L.	0,61	0,21
Autohaus Kruft GmbH	0,26	0,09
BECKERautomobile GmbH & Co. KG	0,61	0,21
B & H Elektro-Anlagenbau GmbH	0,51	0,17
binary GmbH	0,50	0,17
b+w Electronic Systems GmbH	0,51	0,17
Contact gmbH	0,50	0,17
Der Baustoff-Mann Schneider oHG	0,36	0,12
Evers GmbH	0,50	0,17
evo Energieversorgung Oberhausen AG	12,50	4,22
Gehring Archivdepot GmbH	0,51	0,17
GEWA GmbH	0,50	0,17
GSI - Gesellschaft für Schweißtechnik International mbH	0,75	0,25
Gutehoffnungshütte Baugesellschaft mbH	0,61	0,21
Henley 360 Germany GmbH	1,50	0,51
Hermann Nottenkämper OHG	0,36	0,12
HOFFMANN Malerservice GmbH	0,50	0,17
Kreishandwerkerschaft	0,26	0,09
Lenord, Bauer & Co. GmbH	0,26	0,09
Lohmar & Meller oHG i.L.	0,61	0,21
MAN Energy Solutions SE	6,39	2,16
Marx Ingenieurgesellschaft mbH	0,50	0,17
medicos.AufSchalke Reha Verwaltungs GmbH	0,50	0,17
Möbelstadt Rück GmbH & Co. KG	0,66	0,22
move elevator GmbH	0,31	0,10
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	12,50	4,22
Plaßmeier GmbH	0,50	0,17
Prosperis Services GmbH & Co. KG	0,50	0,17
Radio NRW GmbH	0,26	0,09

RAG Montan Immobilien GmbH	0,51	0,17
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	1,00	0,34
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerks-gesellschaft mbH	6,39	2,16
Stadt Oberhausen	159,40	53,84
Stadtsparkasse Oberhausen	56,39	19,05
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	12,50	4,22
UVRN-Unternehmensverband-Ruhr-Niederrhein e.V.	0,75	0,25
VERITAS Unternehmensberatungs- und Treuhand GmbH Steuerberatungsgesellschaft	0,50	0,17
Volksbank Rhein-Ruhr eG	0,51	0,17
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	12,50	4,22
Weiterbildungsinstitut WBi GmbH	0,25	0,08

Gegenstand des Unternehmens:

Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrien, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lichtenheld, Frank
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Schranz, Daniel
	stellv. Vorsitzende	Kruft-Lohrengel, Jutta
	Mitglied	Boos, Regina
	Mitglied	Gäng, Thomas
	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Goeke, Martin
	Mitglied	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	Mitglied	Lacum, Markus
	Mitglied	Schmidt, Hartmut
	Mitglied	Dr. Schulte, Franz-Josef
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Uppenkamp, Bernhard
	Mitglied	Simon, Michael
Prokura:		Sprenger, Detlef

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	2,78	0,3	2,23	0,3	1,84	0,4	-0,39	-17,49
Umlaufvermögen	860,90	99,6	879,88	99,6	419,99	99,2	-459,89	-52,27
Rechnungsabgrenzungsposten	1,05	0,1	1,11	0,1	1,52	0,4	0,41	36,94
Bilanzsumme	**864,73**	**100,00**	**883,22**	**100,00**	**423,34**	**100,00**	**-459,88**	**-52,07**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	656,91	76,0	133,92	15,2	143,01	33,8	9,09	6,79
Rückstellungen	188,20	21,8	713,69	80,8	225,02	53,2	-488,67	-68,47
Verbindlichkeiten	19,63	2,3	35,60	4,0	55,31	13,1	19,71	55,37
Bilanzsumme	**864,73**	**100,00**	**883,22**	**100,00**	**423,34**	**100,00**	**-459,88**	**-52,07**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	192,56	189,63	1.077,15
sonstige betriebliche Erträge	20,61	984,79	12,64
Personalaufwand	273,87	273,06	263,41
Abschreibungen	0,93	0,83	0,89
sonstige betriebliche Aufwendungen	870,68	883,74	781,77
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,03	0,01	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12,04	88,68	33,58
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-944,31	-71,86	10,14
sonstige Steuern	0,39	451,31	0,55
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-944,70	-523,18	9,59
Gewinnvortrag/Verlustvortrag			-162,64
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-944,70	-360,54	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	-162,64	-153,05

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-490,60	-275,89	0,89	%
Eigenkapitalrentabilität:	-143,81	-176,42	3,24	%
Cash-Flow:	-943,77	-522,35	10,48	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	106,59	587,21	544,90	T€
Personalaufwandsquote:	128,47	23,25	24,17	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,32	0,25	0,43	%
Eigenkapitalquote:	75,97	15,16	33,78	%
Fremdkapitalquote:	24,03	84,84	66,22	%

e) Lagebericht

Ertragslage

Das Jahresergebnis der ENO des Geschäftsjahres 2018 weist einen Jahresüberschuss von T€ 10 aus. Gegenüber dem Jahresfehlbetrag 2017 in Höhe von T€ -523, der sich im Wesentlichen durch die Steuernachzahlung aus Vorjahren ergeben hat, bedeutet dies eine Verbesserung von rd. T€ 533.

In 2018 konnten Vermittlungsprovisionen in Höhe von T€ 20 verbucht werden. Darüber hinaus sind in den Umsatzerlösen sind daher neben Gesellschafterzahlungen Weiterberechnungen von Personal- und Sachaufwendungen an OWT GmbH und PBO GmbH enthalten. Weiterberechnungen ohne Gewinnzuschlag sind hierbei nach dem BilMoG unter den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgeführt.

Als Ergebnis der in 2017 durchgeführten Betriebsprüfung, sind die Gesellschafterzahlungen ab 2018 der Umsatzsteuer unterworden. Die Zuschusszahlungen sind daher ab 2018 zuzüglich der sich hierauf errechnenden Mehrwertsteuer angefordert worden. Bei den Zahlungen der nicht vorsteuerabzugsberechtigten Gesellschafter ergibt sich durch die Steueranteile ein Fehlbetrag von rd. T€106, der durch Reduzierung des Auftragsvolumens mit der OWT um T€ 100 im Wesentlichen kompensiert werden konnte. In den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt T€ 782 sind die mit der OWT geschlossenen Projektverträge mit T€ 650 enthalten.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss 2018 von T€ 10 mit dem Verlustvortrag des Vorjahres zu verrechnen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2018 beträgt T€ 423 (Vj.: T€ 883). Die Reduzierung gegenüber dem Vorjahr ergibt sich im Zusammenhang mit der Steuernachzahlung inklusive entsprechender Verzinsung. Das im Vorjahr durch die Nachzahlung auf T€ 134 reduzierte Eigenkapital konnte durch den Jahresüberschuss 2018 auf T€ 143 erhöht werden.

Die ENO verfügt unverändert über kein eigenes Anlagevermögen. Die im Umlaufvermögen bilanzierten Forderungen ergeben sich beinahe vollständig durch stichtagsbezogene Betrachtung. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen handelt es sich hierbei um zwischenzeitlich ausgeglichene Ansprüche auf Kostenverrechnung gegen OWT und PBO sowie ebenfalls ausgeglichene Provisionsforderungen aus Grundstücksvermittlung.

Das Vermögen der Gesellschaft ist weiterhin durch ausreichende flüssige Mittel und eine positive Eigenkapitalquote geprägt. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die beschriebene Vorsteuererstattung wirkte sich auf die ENO in 2017 einmalig aus. Zukünftig soll das Jahresergebnis der ENO unter Berücksichtigung der ergebniswirksamen Gesellschafterzahlungen im Wesentlichen ausgeglichen sein. Über die jährliche Vereinbarung der Verträge mit der OWT ist die ENO in der Lage, auf finanzielle Herausforderungen zu reagieren. Um die Reduzierung des Eigenkapitals aufzufangen, wurde das Auftragsvolumen für 2019 um T€ 50 reduziert.

Das laufende Geschäftsjahr 2019 soll gemäß des vom Aufsichtsrat am 22.11.2018 beschlossenen Wirtschafts- und Erfolgsplans mit einem Jahresüberschuss von T€ 48 enden. Mit diesem Überschuss soll das Eigenkapital weiter gestärkt werden.

Eine vorratsweise Erhöhung des Stammkapitals ist weiter nicht beabsichtigt, da die Gesellschaft zum 31.12.2018 über eigene Anteile in Höhe von rd. T€ 23 verfügt, die für eine Weiterveräußerung zur Verfügung stehen und die Übernahme von Stammeinlagen ermöglichen.

Ausreichende Immobilienangebote und ein umfassendes Serviceangebot sind wesentliche Faktoren für eine dynamische, erfolgreiche Strukturentwicklung und für den Erhalt sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Nach wie vor verfügt die Wirtschaftsförderung über sehr wenige eigene Flächen, die für die Realisierung gewerblicher Maßnahmen geeignet sind. Die verfügbaren vermarktbaren Flächen befinden sich im Eigentum privater Gesellschaften. Ein Schwerpunkt bei der Gewerbeflächen- und Objektvermittlung stellt somit die unter dem Oberbegriff „Bauen und Entwickeln im Bestand“ stehende Umnutzung von Bestandsimmobilien dar.

Im Hinblick auf die noch zu entwickelnden Großflächen im Bereich Waldteich (ehem. Thyssen-Krupp-Flächen) und an der von-Trotha-Straße (ehem. Zeche Sterkrade) steht die Wirtschaftsförderung im engen Kontakt mit der Stadt und den jeweiligen Eigentümern. Mit den Flächen stehen somit Potenzialflächen für Oberhausener Unternehmen und auswärtige Investoren zur Verfügung.

Weiterhin haben Kooperationen mit privaten Grundstücks- und Immobilieneigentümern eine besondere Bedeutung. Der Bereich Immobilienmanagement wird auch zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen. In diesem Zusammenhang ist auch die Mitgliedschaft der Stadt Oberhausen im „Flächenpool NRW“ zu sehen. Hier geht es im Wesentlichen darum, definierte, brachliegende Flächen in enger Abstimmung mit den Grundstückseigentümern einer neuen Nutzung zuzuführen.

„Auf der Grundlage des zum 01.01.2007 geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen ENO und der Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH (OWT) (ehemals Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO)) wurde die OWT seitens der ENO mit der Realisierung der Wirtschaftsförderungsprojekte beauftragt.

Die zum Teil bereits 2007 initiierten und bis heute erfolgreich weitergeführten Einzelprojekte werden in enger Kooperation zwischen ENO und OWT realisiert. Impulse aus Politik und Wirtschaft werden aufgegriffen und setzen in den Projekten und Veranstaltungen wichtige Eckpunkte.

Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Inhalte:

- Projektentwicklung, Immobilienvermarktung, Flächenvermarktung; Akquisition und Neuansiedlung, Flächenmanagement örtlich und überörtlich
- Unternehmensservice, Bestandsentwicklung, Bestandspflege und Potenzialberatung, Leitmärkte, Kreativwirtschaft, Innovationsförderung, Wissenstransfer
- Weiterbildung /Qualifizierung
- Kooperation mit anderen Unternehmensnetzwerken z. B. Business Partner Club, Unternehmerverbandsgruppe, Startercenter NRW, RVR, CityO
- Geschäftsstraßenmanagement
- Auslandsmärkte
- Betreuung von jungen Unternehmen: Intensivberatung, Durchführung von regelmäßigen Workshops, Seminaren und Treffen
- Standortmarketing sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Teilnahme und Standmanagement bei den internationalen Immobilienmessen EXPO REAL in München und MIPIM in Cannes.

Die Darstellung ist weder abschließend noch auf das laufende Geschäftsjahr beschränkt.

Der Umfang der einzelnen Tätigkeiten wurde dem reduzierten Auftragsvolumen entsprechend angepasst.

Um nachhaltige Wirkungen zu erzielen, sind die Projekte auf Dauer angelegt, werden kontinuierlich weiterverfolgt, an die jeweiligen Situationen angepasst und entsprechend gewichtet.

Berichterstattung über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft

Provisionseinnahmen durch Vermittlung von Grundstücksflächen können gegenwärtig kaum kalkuliert werden, da alle Gewerbeflächen, für die die Wirtschaftsförderung originär zuständig war, vermarktet sind. Allerdings ist die ENO an der Entwicklung von Liegenschaften und Immobilien beteiligt, so dass mittelfristig wieder entsprechende Umsatzerlöse realisierbar erscheinen.

Der Unternehmenssitz der ENO wurde durch den Eigentümerwechsel der Essener Str. 51 zur Centroallee 269 verlegt. Die in direkter Nachbarschaft des touristischen Zentrums von Oberhausen liegenden Büroräume wurden teilweise durch die Vermieterin sowie mit eigenen Investitionen der Gesellschaften aufwändig hergerichtet und bieten dadurch einen repräsentativen Standort. Finanziell werden sowohl die Hauptmieterin OWT als auch die ENO jedoch laufend durch höhere Bruttomietkosten sowie Nebenkosten für Reinigung, Strom und Aktenlagerung, die in der Vergangenheit in den Mietzahlungen enthalten waren, belastet.

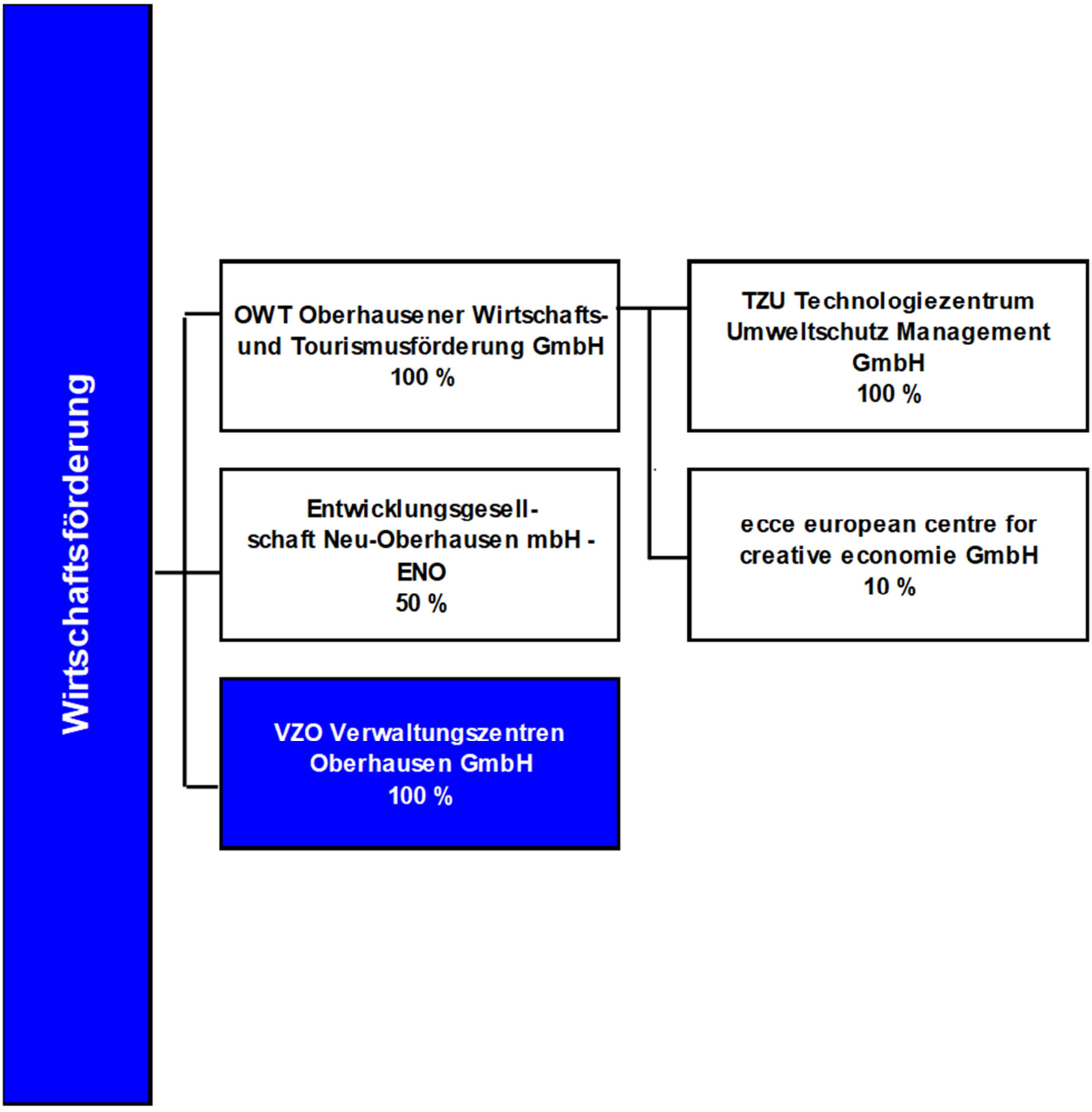
Die Zuführungen der Gesellschafter zur Sicherung der Finanzierung der ENO sind weiterhin rückläufig und eine nennenswerte Steigerung ist trotz Akquise nicht absehbar, obwohl in den letzten Geschäftsjahren weiter neue Gesellschafter gewonnen werden konnten. Deren Zuschusszahlungen können jedoch die wegen Kündigungen bzw. Insolvenzen ausfallenden Zuschüsse nicht vollständig kompensieren. Darüber hinaus wurden die bisherigen Zahlungen der nicht vorsteuerabzugsberechtigten Gesellschafter um den Mehrwertsteuersatz reduziert. Diese Ausfälle konnten zwar durch entsprechende Anpassung der OWT-Leistungsverträge aufgefangen werden. Das für Wirtschaftsförderungsaufgaben im Unternehmensverbund ENO/OWT insgesamt zur Verfügung stehende Ausgabenvolumen wird durch die geänderte Besteuerung jedoch um rund T€ 100 pro Jahr verringert. Die gleichzeitige Erhöhung der Sachkosten durch zusätzliche Mietkostenanteile am neuen Standort sowie Datenschutzaufwendungen unterstreichen die finanziellen Herausforderungen an beide Unternehmen.

Das ppp-Modell der ENO gewährleistet weiterhin eine intensive Kooperation zwischen Unternehmen und Wirtschaftsförderung. Die Vergabe von Projektaufträgen an die OWT gibt der Gesellschaft die Möglichkeit, Einfluss auf das operative Geschäft zu nehmen.

Oberhausen, 5. Juni 2019

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH (ENO)

Frank Lichtenheld
Geschäftsführer


Wirtschaftsförderung
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
100 %
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO
50 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
100 %

VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Schwartzstr. 72
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/594 7000

Mitarbeiter/-in Telef. 0208/825 2806

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, der Um- und Neubau (als Generalübernehmer) sowie die Verwaltung und Vermarktung von Verwaltungszentren in Oberhausen.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck die künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren sowie die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich zur Förderung ihres Unternehmenszweckes an anderen Unternehmen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

MAN Gutehoffnungshütte AG	Grundstückskaufvertrag vom 18.08.1999
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Betreibervertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Betreibervertrag zwischen der VZO GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mietvertrag zwischen der VZO GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
Stadt Oberhausen	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kalthoff, Horst
	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut
Vertreter der Stadt / der städt.		Schmidt, Jürgen

Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränderungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	26.416,73	92,4	32.198,14	94,2	48.241,76	96,2	16.043,62	49,83
Umlaufvermögen	2.169,14	7,6	1.973,90	5,8	1.923,61	3,8	-50,29	-2,55
Rechnungsabgrenzungsposten			0,89	0,0	0,89	0,0	0,00	0,00
Bilanzsumme	**28.585,87**	**100,00**	**34.172,93**	**100,00**	**50.166,26**	**100,00**	**15.993,33**	**46,80**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	3.079,41	10,8	3.565,79	10,4	3.954,99	7,9	389,20	10,91
Rückstellungen	1.535,18	5,4	336,55	1,0	24,66	0,0	-311,89	-92,67
Verbindlichkeiten	23.971,28	83,9	30.270,59	88,6	45.854,65	91,4	15.584,06	51,48
Rechnungsabgrenzungsposten					331,96	0,7	331,96	
Bilanzsumme	**28.585,87**	**100,00**	**34.172,93**	**100,00**	**50.166,26**	**100,00**	**15.993,33**	**46,80**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	4.217,46	4.197,73	5.103,13
sonstige betriebliche Erträge	0,70	2,00	0,98
Materialaufwand	625,18	590,03	1.475,83
Abschreibungen	1.172,58	1.141,00	1.119,53
sonstige betriebliche Aufwendungen	17,01	15,54	44,56
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	47,94	16,07	4,88
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.064,97	933,81	1.170,76
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.386,37	1.535,42	1.298,30
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.620,13	549,05	409,10
sonstige Steuern	0,00		-0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-233,76	986,38	889,20
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.498,65	764,89	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.264,89	1.751,27	889,20

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-5,54	23,50	17,42	%
Eigenkapitalrentabilität:	-12,88	54,36	29,00	%
Cash-Flow:	938,81	2.127,37	2.008,73	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				
Personalaufwandsquote:				

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,41	94,22	96,16	%
Eigenkapitalquote:	10,77	10,43	7,88	%
Fremdkapitalquote:	89,23	89,57	92,12	%

e) Lagebericht

Der Rat der Stadt Oberhausen hat 1998 den Erwerb des leerstehenden Bürokomplexes im Zentrum von Oberhausen-Sterkrade und die Gründung der VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH (VZS) mit einem Stammkapital von 25.000,-- € beschlossen. Mit dieser Maßnahme sollte eine Unterstützung des Nebenzentrums Sterkrade erfolgen; so konnten 600 Arbeitsplätze für die Sterkrader Innenstadt dauerhaft gesichert und deren Struktur damit gestärkt werden.

Seitens der Stadt Oberhausen sollten mit der Realisierung des Technischen Rathauses Sterkrade insbesondere ein verbesserter Bürgerservice und Haushaltskonsolidierungsbeiträge durch die Einsparung von Unterhaltungs- und Sanierungskosten sowie organisatorische Synergieeffekte realisiert und den dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern moderne Arbeitsbedingungen geboten werden.

Um dieses erfolgreiche Konzept zukünftig auch für andere kommunale Projekte nutzen zu können hat der Rat der Stadt Oberhausen in seiner Sitzung am 30.09.2013 beschlossen, den bis dato auf das Technische Rathaus Sterkrade beschränkten Gesellschaftszweck auf „Um- und Neubau sowie Verwaltung und Vermarktung von Verwaltungszentren in Oberhausen“ zu erweitern und dies gleichzeitig mit der Umfirmierung der VZS in „VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH“ (VZO) verbunden.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft und der Lage der Gesellschaft

Die 1999 begonnene Baumaßnahme zur Neukonzeptionierung der alten GHH-Hauptverwaltung wurde im Juni 2002 abgeschlossen. Nach Fertigstellung erfolgte eine direkte Vermietung an die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) als Generalmieterin des Technischen Rathauses, die wiederum (neben der Eigennutzung von Teilflächen) im Wesentlichen an die Stadt Oberhausen untervermietet.

Die VZO wurde im Juni 2007 durch die Stadt Oberhausen mit dem Bau eines Parkhauses beauftragt. Die Fertigstellung des Objektes erfolgte planmäßig im Juni 2009; Betreiberin des Parkhauses ist die OGM.

Der Rat der Stadt Oberhausen mit Beschluss vom 15.09.2014 die VZO mit der Realisierung des Projektes „JobCenter Untere Marktstraße“ –erneut in Kooperation mit der OGM- beauftragt. Hierin sollen die bisherigen dezentralen Oberhausener JobCenter-Standorte, für die die Baugenehmigungen kurzfristig auslaufen, zur Verbesserung der Betriebsabläufe zentralisiert und gleichzeitig das Quartier „Untere Marktstraße“ revitalisiert werden. Zu diesem Zweck hat die VZO bisher Grundstücke in einem Gesamtwert von ca. 2,6 Mio. € erworben; im Geschäftsjahr 2015 erfolgte der vollständig aus Eigenmitteln finanzierte Abriss der Altbausubstanz. Die Fertigstellung des den aktuellen Anforderungen entsprechender Neubauprojektes ist zum Ende des 4. Quartal 2018 planmäßig erfolgt.

Die Darlehen zur Finanzierung der bisherigen Baumaßnahmen sind allesamt langfristig aufgenommen, Prolongationen stehen in 2020 in geringem Umfang an, sind aber in Anbetracht des derzeitigen Zinsniveaus eher als Chance für die Gesellschaft zu sehen.

Für das Neubauprojekt JobCenter wurden die entsprechenden grundsätzlichen Finanzierungsverhandlungen bereits 2017 abgeschlossen, eine auf Grund von unvorhersehbaren Preissteigerungen notwendige Nachfinanzierung wurde 2018 in das Gesamtfinanzierungskonzept integriert. Die Finanzierung aller anfallenden Schuldendienste für die Bestandsdarlehen ist über die Mieteinnahmen sichergestellt; die aktuellen langfristigen Darlehen sind in voller Höhe über eine Bürgschaft der Stadt Oberhausen, eingetragene Grundschulden bzw. Abtretungserklärungen abgesichert.

Kontokorrentdarlehen wurden im Geschäftsjahr 2018 nicht in Anspruch genommen. Die übrigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber Kreditinstituten konnten im Berichtsjahr planmäßig reduziert werden.

Zum Stichtag 31.12.2017 waren bei der VZO lediglich 2 Geschäftsführer ehrenamtlich beschäftigt; alle übrigen betriebsnotwendigen Leistungen wurden eingekauft.

Der operative Geschäftsbetrieb der VZO bestand im Berichtszeitraum in der Vermietung des Technischen Rathauses sowie des Parkhauses am Eugen-zur-Nieden-Ring sowie der Konzeptionierung und Realisierung des Projektes JobCenter (siehe auch 2. / Zukünftige Entwicklung). Die Mieterlöse konnten im Berichtsjahr 2018 in der kalkulierten Höhe erzielt werden.

Auch für für das Geschäftsjahr 2018 konnte wieder ein Jahresüberschuss in Höhe von 889.200,70 € ausgewiesen werden.

Gemäß den städtischen Vorgaben zum Haushaltssanierungsplan sind aus den Vorjahresergebnissen jeweils 500 T€ an die Gesellschafterin Stadt Oberhausen ausgeschüttet worden, so dass sich zum 31.12.2018 Gewinnvorträge in Höhe von 1.751 T€ ergaben; der Geschäftsjahresüberschuss 2018 soll diesen Vorträgen (unter Berücksichtigung einer erneuten Ausschüttung in Höhe von 500 T€ an die Gesellschafterin unter dem Vorbehalt ausreichender Liquidität bei der VZO) zugeschlagen werden. Das Eigenkapital der Gesellschaft beläuft sich somit zum Bilanzstichtag auf 3.954 T€ (Eigenkapitalquote 7,88%).

Insgesamt ist die Geschäftstätigkeit der VZO langfristig ausgerichtet. Bedingt durch die in den Projektzyklen anfänglich hohen Zinsaufwendungen und Abschreibungen entstanden der Gesellschaft in der ersten Phase kontinuierlich hohe Aufwendungen, welche aber durch bereits längerfristig laufende Projekte überkompensiert werden können, so dass die sich die Ertragslage konsequent positiv entwickeln wird.

2. Zukünftige Entwicklung

Vorgänge von wesentlicher Bedeutung sind nach dem 31.12.2018 nicht eingetreten.

Hinsichtlich der Ergebnisplanungen 2019 ff. ist zu beachten, dass bedingt durch den Verbrauch der steuerlichen Verlustvorträge die Ergebnisse in vollem Umfang Steuern vom Einkommen und Ertrag unterliegen. Darüber hinaus werden sich auch die Auswirkungen des Projektes „JobCenter“ in Ergebnis und Bilanz niederschlagen, wobei auch dieses langfristig gewinnbringend für die VZO kalkuliert ist.

Die Jahresergebnisse 2018 ff. werden auf Grund der o. g. Voraussetzungen (insbesondere durch die fortgesetzte Entschuldung und der damit einhergehenden Reduzierung des Zinsaufwandes) auch unter Berücksichtigung des Projektes „JobCenter“ wiederum positiv ausfallen und entsprechen dem mehrjährigen Businessplan der Gesellschaft.

Seit dem 01.01.2001 ist die OGM (ebenfalls eine 100%-Tochter der Stadt Oberhausen) langfristige Generalmieterin für den Gesamtkomplex "Technisches Rathaus Sterkrade". Per Vertrag übernimmt die OGM den Betrieb und die Verwaltung für das Gebäude, einschließlich Finanzierung und Abrechnung der Nebenkosten sowie der Unterhaltung von Dach und Fach.

Für das Projekt „JobCenter“ ist die gleiche Betriebsstruktur gewählt worden: die OGM ist wiederum Generalmieterin für das Gebäude und übernimmt im Rahmen eines Betreibervertrages auch Betrieb und Verwaltung; mit dem Jobcenter Oberhausen (Bundesagentur für Arbeit) als Endnutzer ist ein Untermietvertrag geschlossen.

Im Rahmen des Projektes JobCenters wird derzeit ein weiteres städtisches Infrastrukturprojekt noch realisiert: auf dem Dach des neu zu errichtenden Gebäudekomplexes ist auf Betreiben der Stadt die Errichtung eines integrierten Dachgewächshauses – Projekt „Altmarktgarten“ - geplant. Mit Bescheid des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung vom 08.12.2015 wurde der Stadt Oberhausen eine nicht rückzahlbare Projektförderung in Höhe von 2.300 T€ zugesagt. Im Rahmen eines 2016 durgeführten städtebaulichen Wettbewerbs *für das Gesamtgebäude* gewann der Entwurf des Berliner Architekturbüros Kuehn Malvezzi; dieser bildet die Grundlage für die konkreten Gebäudeplanungen.

Die Fertigstellung des Bürogebäudes gelang zum Jahreswechsel 2018/19, so dass die Nutzung/Betriebsaufnahme zum Jahresbeginn 2019 erfolgen konnte.

Zur Umsetzung des Teilprojektes „Altmarktgarten“ wurde ein Durchleitungsvertrag zwischen der Stadt und der VZO auf der Grundlage des Zuwendungsbescheides geschlossen. Es wird davon ausgegangen, dass der VZO durch die Realisierung dieses Teilprojektes sowie für den weiteren Betrieb keine Kosten entstehen. Die Betriebskosten sind nach bisherigen Verhandlungen vom Träger der städtischen Grünflächenunterhaltung zu übernehmen. Mit der Fertigstellung / Übergabe des Dachgartens wird für das 3. Quartal 2019 gerechnet.

Alle der VZO zufließenden Mieterträge dienen nach Abzug der Betriebskosten fast ausschließlich der Bedienung der Darlehen. Liquide Mittel zur Bedienung der Schuldendienste stehen der VZO in ausreichender Höhe zur Verfügung. Bedingt durch die Tilgungen der Darlehen zur Finanzierung des Umbaus des TR Sterkrade sowie ebenfalls hohe Tilgungsquoten für die Finanzierungsdarlehen zu JobCenter ergeben sich direkte positive Auswirkungen auf die zukünfti-

gen Jahresergebnisse (Reduzierung Zinsaufwand). So wird das Darlehen zur Finanzierung der Grundstückskäufe für das JobCenter zum Jahresende 2019 vollständig getilgt sein.

3. Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

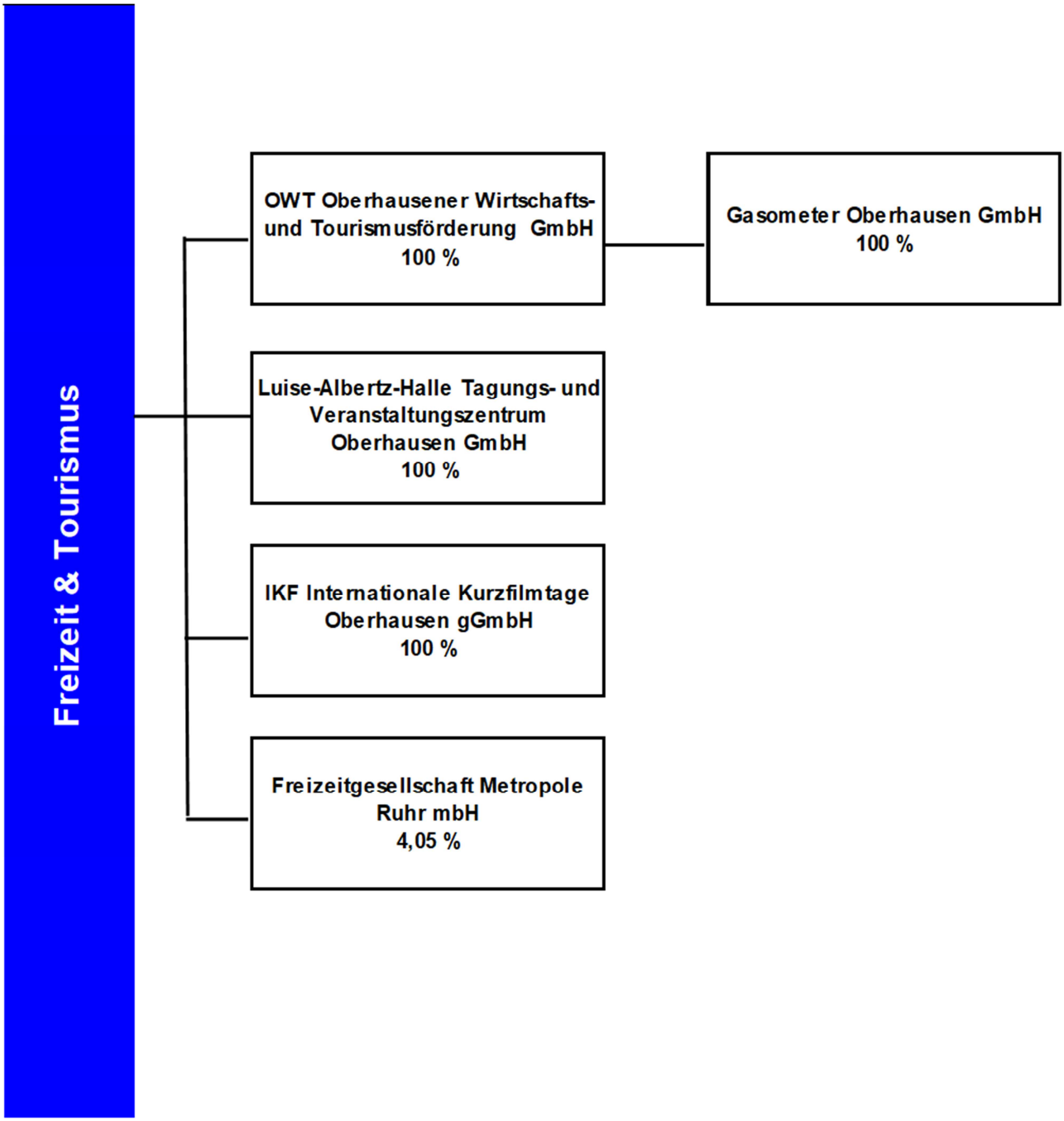
Wegen langfristiger Darlehensverträge mit festen Zinssätzen, langfristiger Mietverträge mit der OGM (und der Stadt für Teilflächen des Parkhauses) und langfristiger OGM-Betreiberverträge ergeben sich aus dem operativen Geschäft der Gesellschaft keine erkennbaren Risiken, zumal es sich bei der OGM ebenfalls um eine 100%-Tochter der Stadt Oberhausen handelt. Erfolg und Liquidität der Gesellschaft werden hierbei kontinuierlich überwacht und gesteuert.

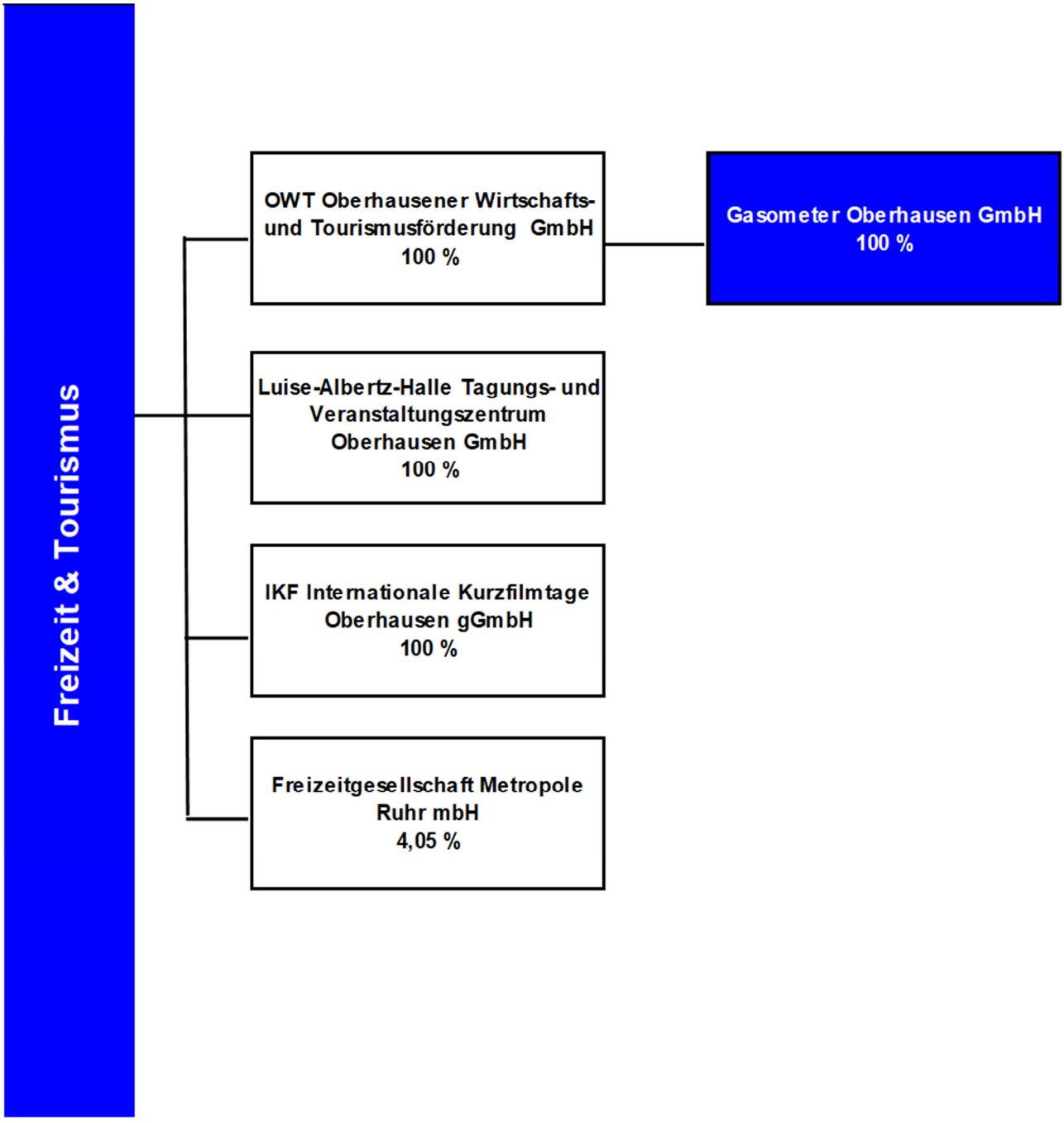
Oberhausen, Mai 2019

Verwaltungszentren Oberhausen GmbH (VZO)

Hartmut Schmidt / Horst Kalthoff
Geschäftsführung

Freizeit und Tourismus




Freizeit & Tourismus
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
Gasometer Oberhausen GmbH
100 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
100 %
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
4,05 %

Gasometer Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 3
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85037-30
Fax	0208/85037-33
e-Mail	info@gasometer.de
Internet	www.gasometer.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in TDM: 50,00

Gesellschafter:

	TDM	%
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:
Betrieb und Verwaltung des Gasometers.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Mietvertrag Gasometer vom 17.12.2009/21.12.2009
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des Gasometers

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Schmitz, Jeanette
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	177,88	4,0	382,78	5,9	278,64	4,7	-104,14	-27,21
Umlaufvermögen	4.223,90	96,0	6.055,19	94,0	5.667,66	95,3	-387,53	-6,40
Rechnungsabgrenzungsposten			4,81	0,1			-4,81	-100,00
Bilanzsumme	**4.401,78**	**100,00**	**6.442,78**	**100,00**	**5.946,30**	**100,00**	**-496,48**	**-7,71**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	3.416,00	77,6	4.768,78	74,0	5.535,43	93,1	766,65	16,08
Rückstellungen	611,71	13,9	1.312,02	20,4	207,83	3,5	-1.104,19	-84,16
Verbindlichkeiten	374,07	8,5	331,13	5,1	203,04	3,4	-128,09	-38,68
Rechnungsabgrenzungsposten			30,86	0,5			-30,86	-100,00
Bilanzsumme	**4.401,78**	**100,00**	**6.442,78**	**100,00**	**5.946,30**	**100,00**	**-496,48**	**-7,71**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	4.803,91	3.875,80	3.574,98
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-1,30	628,44	192,64
sonstige betriebliche Erträge	258,99	438,20	453,44
Materialaufwand	1.385,64	1.558,15	1.844,69
Personalaufwand	487,14	577,70	583,55
Abschreibungen	67,76	80,01	111,29
sonstige betriebliche Aufwendungen	448,77	510,29	541,19
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,16	0,29	0,15
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		17,85	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.672,46	2.198,72	1.140,51
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	592,04	826,09	354,00
sonstige Steuern	18,97	19,86	19,86
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	2.061,45	1.352,78	766,65
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-86,87	1.974,58	3.327,35
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.974,58	3.327,35	4.094,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	42,91	34,90	21,44	%
Eigenkapitalrentabilität:	143,01	93,85	53,19	%
Cash-Flow:	2.129,21	1.432,78	877,93	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	2.530,80	1.647,48	2.110,53	T€
Personalaufwandsquote:	9,62	11,69	13,82	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,04	5,94	4,69	%
Eigenkapitalquote:	77,61	74,02	93,09	%
Fremdkapitalquote:	22,39	25,98	6,91	%

e) Lagebericht

Im Geschäftsjahr 2018 präsentierte die Gesellschaft ab dem 16. März 2018 die Ausstellung „Der Berg ruft". Bis zum Ende des Jahres zählte die Ausstellung 537.062 Besucher. Damit konnte sie nicht ganz an die erfolgreichste Ausstellung „Wunder der Natur" in 2016/2017 anknüpfen, gehörte aber dennoch erneut zu den erfolgreichsten Wechselausstellungen in der Bundesrepublik.

Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich durch die geringeren Einnahmen aus Eintrittsgeldern ein Rückgang der Umsatzerlöse in Höhe von ca. 281.000 Euro. Weitere Umsatzerlöse in Höhe von rund 95.000 Euro wurden durch die Vermietung der Gastronomie und des Bookshops, Merchandiseverkauf und durch die akustischen Führungen erzielt. Der Klartextverlag stellte ein Sponsoring in Höhe von 100.000 Euro zur Verfügung.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 453.443 Euro ist der Zuschuss des Regionalverband Ruhr zur Grundsicherung in Höhe von 397.648 Euro enthalten. Bei den restlichen Erlösen handelt es sich hauptsächlich um Rückerstattungen von Krankenkassen.

Die Analyse der Ertragsseite verdeutlicht wieder einmal die Abhängigkeit der Gesellschaft von den mit dem Erfolg einer Ausstellung verknüpften Eintrittsgeldern.

Auf der Kostenseite stehen in 2018 angefallene Produktionskosten für die Ausstellung „Der Berg ruft" in Höhe von 1.010.334 Euro. Diese Kosten werden aufgrund der Vorgabe der steuerlichen Außenprüfung in 2017 nicht mehr wie in vorherigen Jahren dem ersten Jahr einer Ausstellung zugeordnet, sondern über die Laufzeit der Ausstellung verteilt. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Kosten um ca. 380.900 Euro erhöht, was in den höheren Kosten für das Matterhorn begründet ist. Die Erdkugel, der Höhepunkt der Ausstellung „Wunder der Natur", war in der Fertigung preiswerter.

Weitere Kosten (inkl. Personal) sind die Betriebskosten von „Der Berg ruft" in Höhe von 877.000 Euro und die Gesellschaftskosten für 2018 in Höhe von 1.008.000 Euro. Bei den Betriebskosten schlagen insbesondere die Personalkosten (anteilig 1 Angestellte, 46 Aushilfen) in Höhe von 436.000 Euro zu Buche (inkl. Sozialabgaben).

Im Geschäftsjahr wurden nur relativ wenige Anschaffungen getätigt (7.142 Euro in die Betriebs- und Geschäftsausstattung). Allerdings sind die Abschreibungen mit 110.487 Euro deshalb so hoch, weil Ende 2017 Projektoren und Beleuchtung erworben wurde, deren Abschreibung 2018 erstmalig ganzjährig das Ergebnis belasten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 541.189 Euro ca. 30.000 Euro über den Kosten des Vorjahres. Die Ursache dafür ist auf die Sanierung der sanitären Anlagen in Höhe von 50.211 Euro zurückzuführen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 766.648 Euro nach Steuern ab.

Bei der Vermögenslage der Gesellschaft stellen die liquiden Mittel mit 3.817.144 Euro den Hauptteil des Gesamtvermögens in Höhe von 5.946.298 Euro dar. Das Eigenkapital beträgt 5.535.429 Euro.

Im Berichtsjahr konnten die finanziellen Mittel für die dringend notwendige Sanierung des Gasometers sichergestellt werden. Insbesondere die Außenhülle des Gasometers benötigt einen neuen Korrosionsschutz. Ebenfalls dringend saniert werden müssen die Hauben auf dem Dach sowie das Fundament des Gasometers. In der Prioritätenliste nicht ganz so drängend, aber dennoch wünschenswert, wäre die Sanierung des Daches von innen, die Erweiterung der Elektrokapazitäten im Innen- und Außenbereich, die Sanierung der Lagerhalle, die Umstellung der Außenbeleuchtung auf LED-Beleuchtung etc. Insgesamt sind für die Sanierung 14,5 Millionen Euro veranschlagt worden. Mit 7,25 Millionen Euro fördert der Bund die Sanierung, 2,5 Millionen Euro wurden vom Land bewilligt. Der RVR bezuschusst die Maßnahmen über den Vertrag zur Instandhaltung zwischen dem Regionalverband und der Gasometer Oberhausen GmbH mit 4,4 Millionen Euro. 350.000 Euro muss die Gesellschaft aus eigenen Mitteln zur Verfügung stellen. Die Sanierung ist für das Jahr 2020 vorgesehen. Daher wurden die Architektenleistungen bereits Ende 2018 europaweit ausgeschrieben. Die Vergabe erfolgt in 2019. Für die Sanierung haben die Techniker ein Jahr angesetzt. Wenn die Sanierungsmaßnahmen planmäßig verlaufen sollten, kann die nächste Ausstellung im Frühjahr 2021 eröffnet werden.

Die Sanierung stellt die Gasometer Oberhausen GmbH vor große Herausforderungen. Während der Sanierungsphase muss der Gasometer für Besucher geschlossen bleiben. Dies bedeutet, dass die Gesellschaft mindestens ein Jahr auf Einnahmen aus Eintrittsgeldern verzichten muss. Je länger sich die Sanierungsarbeiten hinauszögern, desto größer wäre für die Gesellschaft das Risiko in Liquiditätsschwierigkeiten zu geraten.

Anhand der Abschlüsse in den letzten Jahren ist deutlich geworden, wie eng die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft mit dem Erfolg der jeweiligen Ausstellung verknüpft ist, und wie schnell eine weniger erfolgreiche Ausstellung oder eine Zeit ohne Ausstellungen, die Gesellschaft in finanzielle Schwierigkeiten bringen kann. Umso wichtiger ist es, dass bei erfolgreichen Ausstellungen die generierten Einnahmen im Unternehmen verbleiben und einer Rücklage zugeführt werden können. Nur so kann gesichert werden, dass in wirtschaftlich schwierigeren Jahren die Gasometer Oberhausen GmbH nicht sofort in ihrer Existenz bedroht ist.

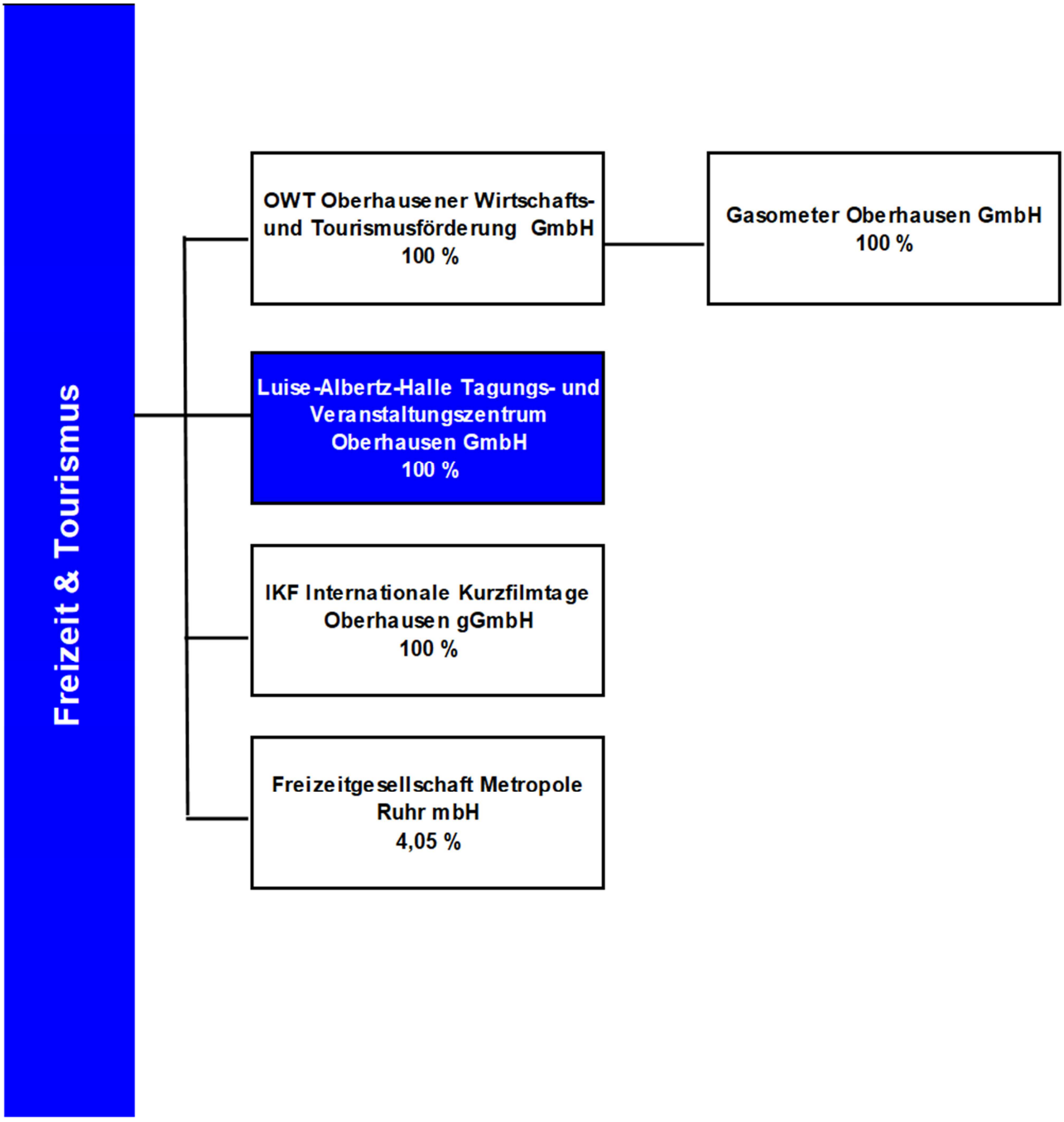
Ausblick:
Im Berichtsjahr erkrankte der langjährige Kurator Professor Peter Pachnicke schwer. Anfang 2019 verstarb er. Er hinterließ in der Grundstruktur ein Konzept für eine weitere Ausstellung im Gasometer. Die Geschäftsführerin beabsichtigt dieses Konzept im Team so weiterzuentwickeln, dass es in 2021 präsentiert werden kann.

Die europaweite Ausschreibung über die Architektenleistungen im Rahmen der Sanierung des Gasometers gewann das Büro Lindner | Lohse Architekten aus Dortmund. Die Leistungsverzeichnisse werden erstellt. Im Sommer 2019 sollen die Ausschreibungen erfolgen. Bei Erfolg könnte Ende des Jahres mit den Sanierungsarbeiten begonnen werden.

Oberhausen, 10. April 2019

Gasometer Oberhausen GmbH

Jeanette Schmitz
Geschäftsführerin


Freizeit & Tourismus
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
Gasometer Oberhausen GmbH
100 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
100 %
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
4,05 %

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Düppelstraße 1
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 859080
Fax	0208 / 8590811
e-Mail	Info@cc-oberhausen.de
Internet	www.cc-oberhausen.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 500,00

Gesellschafter:	**TDM**	**%**
Stadt Oberhausen	500,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und der Betrieb der Luise-Albertz-Halle Oberhausen.

Die Luise-Albertz-Halle ist eine öffentliche Einrichtung im Sinne des § 8 GO: NW. Sie dient als Veranstaltungs- und Tagungszentrum sowie als Erholungs-, Versammlungs-, Kultur- und Bildungsstätte und steht allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu diesen Zwecken zu Benutzung offen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks
Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu
gründen.

Die Gesellschaft kann den die Luise-Albertz-Halle betreffenden Grundbesitz erwerben, verwalten und veräußern.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

CCO Eventgastronomie GmbH	Pachtvertrag vom 28.09.2017
Deutsche Leasing für Sparkassen und Mittelstand GmbH	Mietkaufvertrag Großenkücheneinrichtung vom 01.10.2008.
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen vom 1.10.2000
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Dienstleistungsvertrag (insbesondere Gebäudeinnen- und Fensterreinigung sowie Transportarbeiten), Vertragsbeginn 21.12.2007 (ehem. Vertrag mit WBO)
Stadt Oberhausen	Grundstücksübertragungsvertrag vom 08.02.1999
Stadt Oberhausen	Verlustausgleichsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH vom 08.02.1999 unter Berücksichtigung der Nebenabrede vom 13.02.2003

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Mitglied	Lerch, Klaus
	Mitglied	Sprenger, Detlef
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Bongers, Sonja
	stellv. Vorsitzender	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied gem. § 113 GO	Willecke, Thomas
	Mitglied	Bruckhoff, Peter
	Mitglied	Hoff, Marc
	Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	Mitglied	Radtke, Dorothee

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränderungen
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**
Anlagevermögen	5.388,19	80,9	5.234,09	95,3	5.063,92	95,1	-170,17
Umlaufvermögen	209,08	3,1	130,74	2,4	259,06	4,9	128,32
Rechnungsabgrenzungsposten	2,51	0,0	1,67	0,0	0,42	0,0	-1,25
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.059,56	15,9	126,52	2,3			-126,52
Bilanzsumme	**6.659,35**	**100,00**	**5.493,03**	**100,00**	**5.323,40**	**100,00**	**-169,63**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**
Eigenkapital					708,86	13,3	708,86
Rückstellungen	30,99	0,5	26,49	0,5	29,15	0,5	2,66
Verbindlichkeiten	6.628,36	99,5	5.466,55	99,5	4.585,40	86,1	-881,15
Bilanzsumme	**6.659,35**	**100,00**	**5.493,03**	**100,00**	**5.323,40**	**100,00**	**-169,63**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	676,32	752,43	685,24
sonstige betriebliche Erträge	19,69	2,94	13,63
Materialaufwand	611,58	630,84	695,23
Personalaufwand	300,73	310,14	292,86
Abschreibungen	179,20	180,80	184,19
sonstige betriebliche Aufwendungen	287,09	274,08	256,27
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,05	0,02	0,02
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	277,60	235,70	205,48
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-960,12	-876,16	-935,15
sonstige Steuern	91,17	95,45	95,45
Erträge aus Verlustübernahmen	1.175,98	1.175,98	1.115,98
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	124,69	204,37	85,38
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	124,69	204,37	85,38

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-155,44	-129,13	-150,40	%
Eigenkapitalrentabilität:	843,16	475,42	-165,30	%
Cash-Flow:	-872,10	-790,81	-846,41	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	116,00	125,89	139,77	T€
Personalaufwandsquote:	43,21	41,06	41,91	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	80,51	94,82	94,63	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	13,32	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	86,68	%

e) Lagebericht

A. Berichterstattung zum öffentlichen Zweck und zur Zweckerreichung

Die Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH) ist im Jahre 1962 gegründet worden. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Oberhausen.

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und der Betrieb der für Tagungs-, Kongress-, Veranstaltungs-, Kultur- und Bildungszwecke in den Jahren 1999/2000 umgebauten Luise-Albertz-Halle. Hierzu darf sich die Gesellschaft an Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen. Sie ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die dieser Unternehmenszweck gefördert werden kann.

Mit dieser Aufgabenstellung erfüllt die Gesellschaft Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (nichtwirtschaftliche Betätigung).

Der Zwecksetzung nach dem Gesellschaftsvertrag ist die Gesellschaft in allen Geschäftsfeldern nachgekommen.

B. Gesamtwirtschaftliches Umfeld und Geschäftsverlauf

Mit einem Plus von 2,8 Prozent auf insgesamt rund 405 Millionen Teilnehmer von Tagungen, Kongressen und Events in Deutschland im Jahr 2017 erweisen sich Veranstaltungen laut „Meeting- & Event Barometer 2017/2018“ als Wachstumsmarkt. Spürbar sind Verschiebungen innerhalb dieses Marktes durch den Einsatz neuer Technologien: Kleine Meetings mit bis zu 50 Teilnehmern werden vermehrt als virtuelle Veranstaltungen umgesetzt. Der Rückgang dieser Meetings als klassische physische Veranstaltungen begründet das leichte Minus von 1,7 Prozent bei der Gesamtzahl der Veranstaltungen auf 2,97 Millionen. Innerhalb des Segments der Seminare, Tagungen und Kongresse verzeichnen die kleinen Veranstaltungen, die hier mit rund 38 Prozent den größten Anteil ausmachen, ein Minus von 3,2 Prozentpunkte, während die Zahl der mittelgroßen Veranstaltungen zunimmt – etwa um 2,7 Prozentpunkte in der Größenklasse von 51 bis 100 Teilnehmern.

Nach Aussage von rund 24 Prozent der Veranstaltungsplaner machen hybride Veranstaltungen – also die Kombination aus physischen Veranstaltungen mit virtuellen Zusatzangeboten – bereits einen Anteil von 26 Prozent an den selbst organisierten Tagungen, Kongressen und Events aus. 12 Prozent der Veranstalter führen zudem bereits rein virtuelle Veranstaltungen durch und benennen deren Anteil an allen von ihnen geplanten Veranstaltungen mit 18,5 Prozent.

Ein weiteres zentrales Ergebnis des „Meeting- & Event Barometers 2017/2018“: Die Internationalisierung des deutschen Veranstaltungsmarktes setzt sich auch 2017 fort. Der Anteil ausländischer Teilnehmer an Veranstaltungen ist im Vergleich zum Vorjahr erneut gestiegen – um 10,9 Prozent auf insgesamt 36,5 Millionen Teilnehmer.

Die Anzahl der Belegtage (ergibt sich aus Veranstaltungstagen plus Auf-und Abbautage) liegt für 2017 mit 175 Belegtagen über dem Wert von 2016 (170Tage), wobei die 40,6 Tage für Auf-und Abbau einen Anteil von 23,2 Prozent ergeben. Differenziert nach Arten der Veranstaltungsstätten liegen die Veranstaltungs-Centren mit 201 Belegtagen über dem Durchschnitt, der Anteil der Tage für Auf-und Abbau liegt bei 27,4 Prozent. Die Räume der Tagungshotels sind an durchschnittlich 175 Tagen im Jahr belegt und weisen mit 12,7 Prozent den niedrigsten Anteil an Auf- und Abbautagen auf.

Die LAH hat in den vergangenen Jahren stets ein deutlich negatives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erzielt. Die Hauptursachen hierfür liegen in den nicht über die Preise gedeckten Fixkosten sowie in der unzureichenden Eigenkapitalausstattung. Die Stadt Oberhausen zahlt zum Ausgleich dieses Ergebnisses jedes Jahr einen auf zuletzt max. TEUR 1.116 begrenzten Verlustausgleich, sofern das Eigenkapital nicht mind. TEUR 150 beträgt. Die Höhe des Verlustausgleichs innerhalb dieses Rahmens ist außerdem gemäß Verlustausgleichsvereinbarung von dem tatsächlichen Liquiditätsbedarf der LAH abhängig und somit nicht an Ertragskennziffern gebunden.

Als Ergebnis einer im Jahr 2017 durchgeführten steuerlichen Betriebsprüfung wird der Verlustausgleich ab dem Geschäftsjahr 2017 als ertragswirksame Einnahme verbucht. Dieser Ertrag ist jedoch auch nach Einschätzung der Betriebsprüfer nicht umsatzsteuerpflichtig, da eine eindeutige Zuordnung von Zahlungsbestandteilen zu einzelnen Leistungen nicht möglich ist.

In den Jahren 2008 bis 2017 wurde der Verlustausgleich jeweils in voller Höhe gezahlt. Im Jahr 2018 erfolgte eine Reduzierung um TEUR 60 als Beitrag der LAH GmbH zur Haushaltssanierung der Gesellschafterin Stadt Oberhausen. Auch in den zukünftigen Jahren kann bei der prognostizierten Ertrags- und Finanzlage auf eine entsprechende Verlustausgleichszahlung nicht verzichtet werden.

Im Jahr 2018 hat die LAH unter Berücksichtigung des Ertrags aus Verlustausgleich in Höhe von TEUR 1.116 ein positives Jahresergebnis von TEUR 85 erzielt. Gegenüber dem Vorjahresergebnis von TEUR 204 bedeutet dies eine leichte Verschlechterung von TEUR 119.

C. Ertragslage der LAH

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren:

LAH Oberhausen Erfolgsplanung in TEUR	**Ist 2017**	**Plan 2018**	**Ist 2018**
Umsatzerlöse	**752,5**	**714**	**685,24**
davon Halle	562,8	639	559,16
davon Gastronomie	189,7	75	126,08
sonstige Erträge	2,9	10	13,63
Erträge	**755,4**	**724**	**698,87**
Materialaufwand	-630,8	-770	-695,23
davon Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-16	-12	-13,22
davon Aufwand für bez. Leistungen	-615	-758	-682,01
Personalaufwand	-310,1	-318	-292,86
Abschreibungen	-181	-177	-184,19
sonstige betriebliche Aufwendungen	-274	-234	-256,27
sonstige Steuern	-95,4	-95	-95,44
Aufwand	-1.491,30	-1.594,00	-1.523,99
EBIT	**-735,90**	**-870,00**	**-825,12**
Finanzergebnis	-235,7	-207	-205,48
davon Zinsertrag	0	0	0
davon Zinsaufwand	-235,7	-207	-205,48
Ergebnis gew. Geschäftstätigkeit	**-971,60**	**-1.077,00**	**-1.030,60**
Erträge aus "Verlustübernahme"	1.176,00	1.116,00	1.116,00
Jahresüberschuss	**204,40**	**39,00**	**85,40**

Die Umsatzerlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 67 bzw. TEUR 28 reduziert. Hier wirken sich insbesondere die geringer vereinbarten Pachtzahlungen der Gastronomie sowie reduzierte Veranstaltungszahlen aus.

Im Rahmen der Planvorgabe konnten nur die fix vereinbarten Pachtbestandteile berücksichtigt werden. Der umsatzabhängige variable Anteil führt gegenüber der Planung zu einer Steigerung von rd. TEUR 51.

Die niedrigeren Erträge wurden durch einen reduzierten Materialaufwand sowie geringere Personal-aufwendungen kompensiert.

In Höhe von TEUR 60 ist die Reduzierung des Jahresüberschusses durch den Beitrag der LAH GmbH zur Haushaltssanierung der Gesellschafterin Stadt Oberhausen begründet. In dieser Höhe wird ab 2018 der Verlustübernahmeertrag dauerhaft reduziert.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit bleibt wie in den Vorjahren deutlich negativ und führt nur in Verbindung mit der Zahlung der Gesellschafter Stadt Oberhausen zu einem positiven Jahresüberschuss.

D. Vermögens- und Finanzlage der LAH

Die Vermögenslage ist unverändert geprägt durch die hohe Anlagenintensität der Geschäftstätigkeit. Das Sachanlagevermögen beträgt TEUR 5.038 und entspricht somit 94,7% der Bilanzsumme. Das CongressCentrum Oberhausen (CCO) ist mittelfristig finanziert. Dem langfristig gebundenen Kapital stehen TEUR 4.222 bzw. 79,3% der Bilanzsumme mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gegenüber.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss mit dem Verlustvortrag aus Vorjahren zu verrechnen. Dieser würde sich somit von TEUR -1.132 auf TEUR -1.047 reduzieren.

E. Wesentliche Veränderungen

Zur Verbesserung der Bilanzstruktur hat die Stadt Oberhausen als Gesellschafterin der LAH GmbH am 13.02.2017 eine Kapitalerhöhung in einer Gesamthöhe von 1.500.000,00 verteilt auf die Jahre 2017 und 2018, beschlossen. Dieses Kapital diente zur Ablösung des bestehenden Liquiditätssicherungsdarlehens. Der bis 2017 ausgewiesene Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag konnte durch die weitere Zuführung zur Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 750 ausgeglichen werden. Zum 31.12.2018 weist die LAH GmbH somit ein positives Eigenkapital aus.

F. Unternehmenssteuerung und Risikomanagement

F 1. Organisation der Risikoanalyse

Regelmäßige Hochrechnung für das laufende Jahr, die den Verlauf der Umsatzentwicklungen aufzeigen, sowie unterjährige Erfolgsplanungen bilden die Basis, den Fortbestand der Gesellschaft zu gewährleisten und gefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Es wird ein umfangreiches Benchmarking durchgeführt, um das Wettbewerbsverhalten der Konkurrenz zu analysieren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in diese Prozesse eingearbeitet und sensibilisiert. Zur Werterhaltung unserer Immobilie werden regelmäßig Instandhaltungsaufwendungen durchgeführt, so dass die Nutzung zukünftig uneingeschränkt möglich sein sollte.

F 2. Ertrags-, Liquiditäts- und Ausfallrisiken

Die LAH ist abhängig von der Entwicklung des Veranstaltungsmarktes, insbesondere im regionalen Umfeld. Durch gezielte Maßnahmen wird versucht, Wettbewerbsvorteile gegenüber der Branche zu erreichen.

Stark belastend für die Rentabilität und die Liquidität sind insbesondere die erheblichen Finanzierungskosten der Immobilie. Aus diesem Grund hat die Sicherung der Liquidität (Zahlungsfähigkeit) höchste Priorität für die Gesellschaft. Durch die Kapitalzuführung der Gesellschafterin Stadt Oberhausen sollte die Liquiditätssicherung zukünftig unabhängig von externen Finanzierungmitteln möglich sein.

Ausfallrisiken bestehen branchentypisch, werden jedoch durch aktives Forderungsmanagement überwacht. Es besteht ein funktionierendes Mahnwesen. Im Bedarfsfall werden Forderungen per Anwalt bzw. gerichtlich beigetrieben.

G. Prognose-, Chancen und Risikobericht

Im Jahr 2015 wurde erstmals der Versuch unternommen, den Gesamtbetrieb des CCO im Rahmen eines Konzessionsvertrags an einen privaten Betreiber zu vergeben. Der hierzu durchgeführte europaweite Teilnahmewettbewerb wurde beendet, ohne dass ein Angebot vorlag, das den Ausschreibungsbedingungen entsprach. Nach der ergebnislosen Ausschreibung sollte eine Vergabe des Gesamtbetriebes des CCO erfolgen. Das unterstützende Beratungsunternehmen führte in der Analyse des Gebäudes und der Funktionalität aus, dass sich das Gebäude in einem zeitgemäßen marktgerechten Zustand befindet, allerdings wurde bei der technischen Ausstattung und der Saalakustik Handlungsbedarf gesehen. Die Personalausstattung wurde im Vergleich mit den Strukturen in anderen Häusern vor dem Hintergrund des Aufgabenspektrums und der speziellen Arbeitszeiterfordernisse sowie eventueller Ausfallzeiten als gering eingeschätzt. In seiner Gesamtbewertung für die Zukunftsausrichtung des Betriebes der LAH stellte das Beratungsunternehmen fest, dass ein „Betreibermarkt“ privater Unternehmen für Veranstaltungshallen wie das CCO nicht existiert. Dementsprechend werde die überwiegende Mehrheit der Veranstaltungshäuser durch städtische Betreibergesellschaften betrieben. Vereinzelt übernehmen auch private Gesellschaften den Betrieb. Diese würden in keinem Fall das gesamte operative Risiko des Betriebs des Hauses und der immobilienbezogenen Kosten tragen. Diese würden, wie auch beim CCO, durch die städtischen Eigentümer der Immobilie getragen und seien vertraglich entsprechend fixiert.

Letztlich empfahl der Berater als prüfenswerte Variante den Abschluss eines Betriebsführungsvertrages mit einem in der Veranstaltungsbranche vernetzten und wirtschaftlich leistungsfähigen Partner. Anfang August 2018 wurde die Übernahme des Gesamtbetriebs des CCO ab dem 01.01.2019 erneut im Rahmen einer Dienstleistungskonzession europaweit ausgeschrieben. Als wesentliche Rahmenbedingungen bzw. Zuschlagskriterien waren definiert: Betriebskonzept, Akquise neuer Veranstaltungen, Berücksichtigung von Traditionsveranstaltungen, Personaleinsatz, Investitionsbereitschaft, Gastronomiekonzept, Vertragsbeginn zum 01.01.2019, Höhe der städtischen Zuschusszahlung, Gewinnbeteiligung,

Verlustdeckelung. Es wurden zwei Angebote abgegeben, die beide nicht den Ausschreibungsvorgaben entsprachen. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse des o.a. Gutachtens sowie der Erfahrung aus mehreren Ausschreibungsverfahren wurde entschieden, freihändig mit den existierenden Interessenten über einen möglichen Gesamtbetrieb zu verhandeln. Die Gesellschafterin Stadt Oberhausen hat Anfang 2019 entschieden, das hieraufhin erstellte Angebot der SMG Deutschland anzunehmen und den Gesamtbetrieb durch diese Gesellschaft sicherstellen zu lassen. Die LAH GmbH soll als Besitzgesellschaft erhalten bleiben. Der anschließend verhandelte Vertrag soll im Sommer 2019 geschlossen werden und den Betrieb des CCO ab 2020 sicherstellen.

Zukünftig wird die LAH GmbH für die Unterhaltung und Instandsetzung des Gebäudes zuständig sein und an den aus der Vermarktung und Bewirtschaftung des CCO erwarteten Überschüssen beteiligt werden. Mittelfristiges Ziel ist hierbei eine Reduzierung des Bedarfs an Erträgen zum Verlustausgleich. Die von SMG im Rahmen der Angebotsabgabe erstellten Prognoserechnungen sehen eine Umsatz- und Kostenentwicklung vor, die dieses Ziel auf Seiten der LAH GmbH erreichbar erscheinen lassen.

Da die LAH GmbH bei Abschluss des Vertrages zukünftig von der erfolgreichen Vermarktung des CCO durch die SMG Deutschland GmbH abhängig ist, bleibt die tatsächliche Entwicklung abzuwarten.

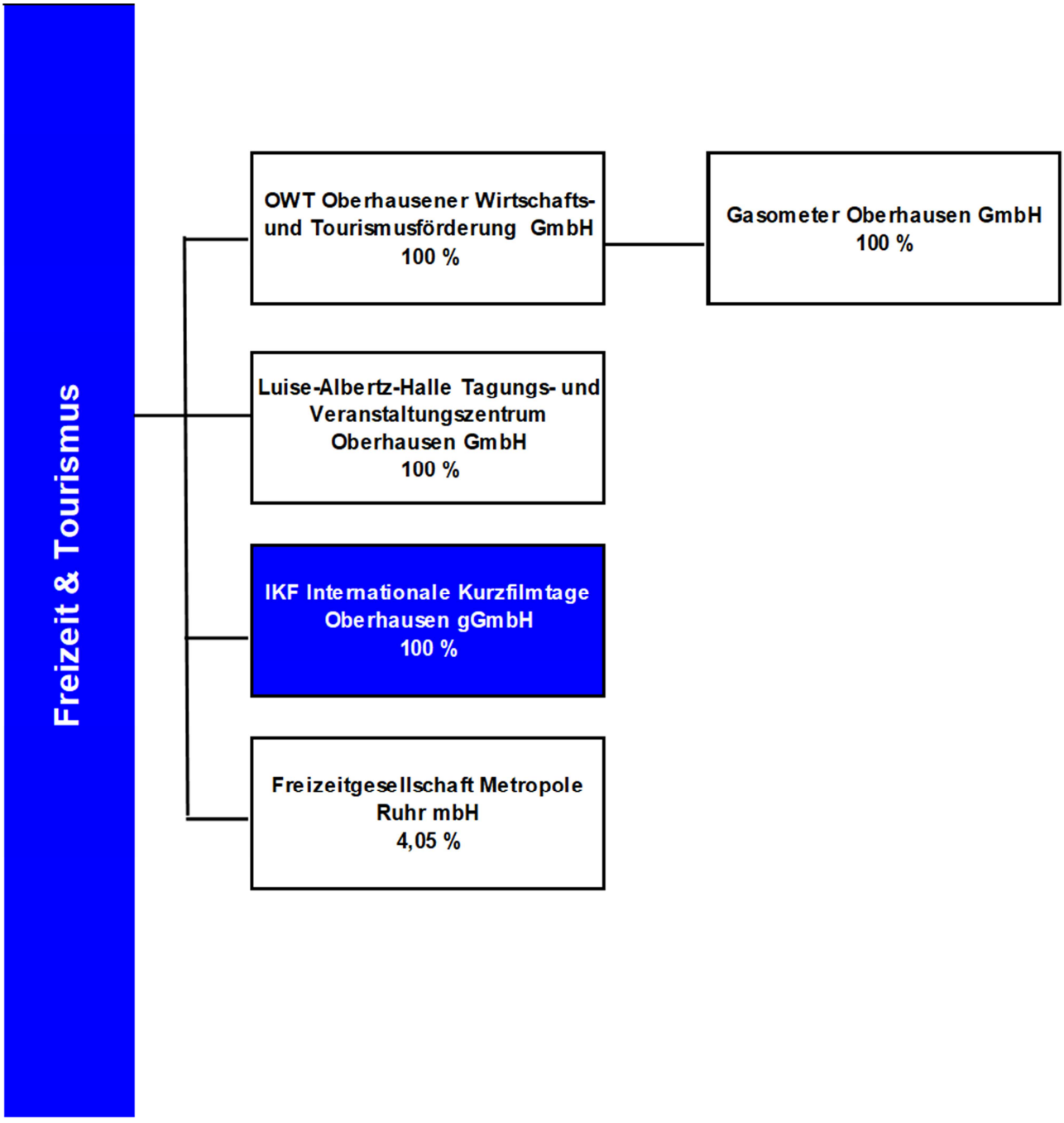
Vor dem Hintergrund der offenen Vertragssituation wurde auf die Erstellung einer Mittelfristplanung für die Jahre 2020 ff. verzichtet.

Das zukünftige Ergebnis der LAH GmbH wird neben den Anteilen am gesteigerten Umsatz insbesondere von der Entwicklung der Aufwendungen für Instandhaltungen an Dach und Fach abhängen. Die Entwicklung dieser Positionen muss daher kritisch betrachtet und begleitet werden.

Oberhausen, 15. April 2019

Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH)

Detlef Sprenger / Klaus Lerch
Geschäftsführung


Freizeit & Tourismus
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
Gasometer Oberhausen GmbH
100 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
100 %
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
4,05 %

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Grillostr. 34 46045 Oberhausen
Kontakt:	
Telefon	0208 / 825 2420
Fax	0208 / 825 5413
Internet	info@kurzfilmtage.de
Internet	kurzfilmtage.de/
Rechtsform:	gGmbH
Stammkapital in T€:	25,57

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,57	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen sowie die Förderung des internationalen Kurzfilms und anderer kurzer Formen technischer Medien.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftzweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Leistungsvertrag vom 03.12./18.12.2009 im Bereich der Materialwirtschaft, Post- und Botendienste, Medienwerkstatt, Druck und Grafik, Speditionsdienste, Arbeitssicherheit,Telekommunikation und IT
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Film- und Videoarchivs
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Grundstücks Grillostr. 34 nebst aufstehendem Gebäude inkl. Inventar
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Gass, Lars Henrik
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Wolter, Marita
	Mitglied gem. § 113 GO	Kirchhof, Sandra
	Mitglied	Arlt, Gerd
	Mitglied	Barwanietz, Thomas
	Mitglied	Brodrick, Helmut
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Cordes, Hubert
	Mitglied	Derksen, René
	Mitglied	Dittmeyer, Jürgen
	Mitglied	Dröhne, Manuel
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	Mitglied	Köster, Volker
	Mitglied	Sahin, Bülent
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Walther, Andrea-Cora
	Mitglied	Wrobel, Hans-Günter
	Mitglied	Schmidt, Georgis
	Mitglied	Mersmann, Ingo
	Mitglied	Scherer, Axel
	Mitglied	Gadde, Andreas
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Kocks, Sandra
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	stellv. Mitglied	Bennewa, Helmut
	stellv. Mitglied	Benter, Christian
	stellv. Mitglied	Bongers, Sonja
	stellv. Mitglied	Flecken, Sebastian
	stellv. Mitglied	Ilhan, Nuran
	stellv. Mitglied	Kösling, Anja
	stellv. Mitglied	Laß, Heike
	stellv. Mitglied	Mertens, Ursula
	stellv. Mitglied	Nowak, Annemarie
	stellv. Mitglied	Pascheberg, René
	stellv. Mitglied	Radtke, Dorothee
	stellv. Mitglied	Schucker, Rainer
	stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana
	stellv. Mitglied	Stöck, Gerold
	stellv. Mitglied	Tüzün, Saadettin
	stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	stellv. Mitglied	Wolter, Horst
	stellv. Mitglied	Holstein, Friedhelm
	stellv. Mitglied	Preißler, Lydia
	stellv. Mitglied	Höppner, Chris
	stellv. Mitglied	Schwarz, Ulrike

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	34,92	11,1	16,06	4,7	5,61	1,7	-10,45	-65,07
Umlaufvermögen	277,83	87,9	319,57	94,3	329,73	97,5	10,16	3,18
Rechnungsabgrenzungsposten	3,18	1,0	3,11	0,9	2,94	0,9	-0,17	-5,47
Bilanzsumme	**315,93**	**100,00**	**338,73**	**100,00**	**338,28**	**100,00**	**-0,45**	**-0,13**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	112,23	35,5	136,92	40,4	141,74	41,9	4,82	3,52
Sonderposten mit Rücklagenanteil	23,94	7,6	7,74	2,3			-7,74	-100,00
Rückstellungen	148,60	47,0	158,97	46,9	169,31	50,1	10,34	6,50
Verbindlichkeiten	31,16	9,9	35,10	10,4	27,23	8,0	-7,87	-22,42
Bilanzsumme	**315,93**	**100,00**	**338,73**	**100,00**	**338,28**	**100,00**	**-0,45**	**-0,13**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	137,85	1.354,79	1.381,18
sonstige betriebliche Erträge	1.242,46	71,58	53,34
Materialaufwand	715,84	711,02	749,21
Personalaufwand	549,95	588,63	581,98
Abschreibungen	24,32	21,21	19,38
sonstige betriebliche Aufwendungen	86,92	81,22	79,05
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,02	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3,31	24,30	4,93
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,31	-0,39	0,11
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	3,00	24,69	4,82
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	3,00	24,69	4,82
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2016	31.07.2017	31.07.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,18	1,82	0,35	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,68	18,03	3,40	%
Cash-Flow:	27,32	45,90	24,19	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	153,37	178,30	159,39	T€
Personalaufwandsquote:	39,84	41,27	40,57	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2016	31.7.2017	31.7.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	9,99	3,99	1,32	%
Eigenkapitalquote:	35,52	40,42	41,90	%
Fremdkapitalquote:	64,48	59,58	58,10	%

e) Lagebericht

Entwicklung

Die Gesellschaft hat seit ihrer Gründung im Jahr 1999 ihr Leistungsspektrum kontinuierlich erweitert. Durch Innovationen und stetige strategische Weiterentwicklung können sich die Kurzfilmtage in der immer größer werdenden Festivallandschaft seit mehr als sechs Jahrzehnten behaupten. Eine Herausforderung stellte und stellt weiterhin die rasante digitale Entwicklung im Filmbereich, aber auch der Datenverarbeitung dar sowie die mit der Digitalisierung einhergehenden rapiden Veränderung des Freizeit- und Besucherverhaltens. Wirtschaftlicher Mitteleinsatz sowie zusätzlich erreichte Mittel ermöglichten es, mit der Digitalisierung weitgehend Schritt zu halten. Zudem konnten durch gemeinsame Nutzung bzw. Entwicklung mit anderen Festivals die Investitionskosten z. B. in den Bereichen Technik und Onlineservices für den Einzelnen erheblich reduziert werden. Nachdem mit Einsetzen der Finanzkrise im Jahr 2009 die Sponsoringerlöse deutlich zurückgegangen waren, konnten im Jahr 2010 zur Deckung von allgemeinen Kostensteigerungen im Personalbereich bei der Stadt Oberhausen und für den Bereich der Sachmittel beim Land Nordrhein-Westfalen Zuschussanhebungen erreicht werden. Trotz leichter Erholung der Wirtschaftslage kann an das Niveau der Sponsoringerlöse der Vergangenheit nicht annähernd angeschlossen werden. Die Möglichkeit weggefallene Sponsoringerlöse durch Stiftungszuwendungen zu ersetzen, wird weiterhin durch das extrem niedrige Zinsniveau erschwert. Allgemeine Kostensteigerungen zehren erreichte Zuschussanhebungen weitgehend auf. Nach der Neuauflage des EU-MEDIA Programms mit angepassten Förderbedingungen konnte die Gesellschaft erstmals seit Jahren ab dem Festivaljahr 2014 wieder eine EU-Förderung erreichen. Im Berichtsjahr wurde erneut eine Festivalförderung durch den RVR bewilligt, nachdem vor zwei Jahren nach langjährigen Bemühungen erstmals wieder eine Zuwendung ausgesprochen wurde. Hierdurch können kurzfristig mögliche Unterdeckungen in der Festivalfinanzierung vermieden werden. Die notwendige Planungssicherheit und eine finanzielle Absicherung des Festivals können aber nur durch öffentliche Zuschüsse gewährleistet werden, die zudem mittelfristig auch allgemeine Kostensteigerungen berücksichtigen. Sowohl Sponsoringerlöse als auch Stiftungszuwendungen können auf Grund ihrer Unsicherheit in weiten Teilen nur für einzelne Projekte und Programme herangezogen werden, die das regelmäßige Programmangebot erweitern und ergänzen. Sie eignen sich nicht, um den Kostensockel des Festivals, insbesondere regelmäßige Anpassungen der Gehälter, zu sichern.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Wie in den Vorjahren lag das Hauptaugenmerk der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2017/18 in der Erfüllung des ihr vorgegebenen Satzungszwecks. Mit der Durchführung des Festivals und den Aktivitäten im Bereich Archiv/Verleih sowie Sonderprojekten wurden diese satzungsmäßigen Aufgaben wahrgenommen.

In der Aufsichtsratssitzung vom 20.06.2017 wurden die inhaltlichen und finanziellen Ziele für das Geschäftsjahr 2017/18 festgelegt. Der Wirtschaftsplan wurde im Geschäftsjahresverlauf fortgeschrieben und in der Aufsichtsratssitzung vom 17.04.2018 letztmalig den aktuellen Entwicklungen angepasst. Die im angepassten Wirtschaftsplan festgelegten finanziellen und inhaltlichen Ziele für das Geschäftsjahr 2017/18 wurden weitgehend erreicht. Öffentliche Zuwendungen wurden in beantragter Höhe bewilligt.

Die Kurzfilmtage 2018 schlossen mit einer Gesamtzahl von knapp 18.000 Eintritten ab, was einer leichten Steigerung gegenüber dem Vorjahr entspricht. Zahlreiche Vorstellungen, vor allem am Festival-Wochenende, waren ausverkauft. Bei den Kaufkarten registrierte das Festival keine wesentliche Veränderung, jedoch konnte die Zahl der Akkreditiertenausweise gegenüber dem Vorjahr um rd. 25% gesteigert werden und erreicht wieder das Niveau der Vorjahre, nachdem im Vorjahr wegen der Terminverlegung des Festivals die Zahl gesunken war.

Die Gesellschaft schließt mit Ende des Geschäftsjahres 2017/18 erneut ein erfolgreiches Geschäftsjahr ab. Das Jahresergebnis weist erneut einen Überschuss aus, der der satzungsmäßigen Rücklage zugeführt werden sollte. Im Vorjahr fand erstmalig das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) Anwendung, wonach Zuschüsse und ähnliche Erträge den Umsatzerlösen zuzuordnen sind. Hierdurch ergibt sich eine deutliche Verschiebung von den sonstigen betrieblichen Erträgen hin zu den Umsatzerlösen.

Die Kostenentwicklung differierte in einigen Positionen vom Plan wegen vorzunehmender Rückstellun-gen, Kostensteigerungen, aber auch Kostenreduzierungen, die zum Zeitpunkt der Planerstellung nicht vollends absehbar waren. Jedoch konnten Mehrausgaben in einigen Positionen durch Minderausgaben an anderer Stelle ausgeglichen werden. Die Neuausrichtung der Distributionswege für Magazin und Plakate führte in der Öffentlichkeitsarbeit zu deutlichen Verschiebungen, so dass das Magazin sowie das zusätzliche Programmbuch erneut ohne Budgetüberschreitung umgesetzt werden konnten. Insbe-sondere durch erforderliche Anpassungen im Internetauftritt ergab sich jedoch eine negative Planab-weichung von 2,8%. Bereinigt um Kosten für einmalige Projekte liegen die Aufwendungen für bezogene Leistungen in der Summe unter den Planansätzen. Die Verlegung der Preisverleihung auf den Festivalmontag hatte eine Reduzierung von Reise- und Aufenthaltskosten für Gäste zur Folge. Die weitere Abweichung resultiert überwiegend aus dem verstärkten Einsatz von befristet Angestellten und Aushilfen zur Betreuung einzelner Programmsegmente und zur Durchführung von einmaligen Projekten statt des Einsatzes von Honorarkräften. Diese befristeten Anstellungen sowie zu bildende Rückstellungen führen zu einer Abweichung vom angepassten Planansatz im Bereich der Personalkosten.

Mit Ablauf des Geschäftsjahres beschäftigt die Gesellschaft neun angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers. Zwei der Mitarbeiter sind auf Teilzeitbasis mit flexibler Jahresarbeitszeit eingestellt, vier auf Teilzeitbasis mit verringerter Wochenarbeitszeit. Zwei weitere Mitarbeiter werden auf der Basis von Werkverträgen für das Festival aktiv. Weiterhin beschäftigt die Gesellschaft stundenweise zwei freie Mitarbeiter im Bereich des Archivs und Verleihs. Für den Festivalbetrieb werden auf Basis von kurzfristigen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zwischen 15 und 20 Aushilfen beschäftigt. Kuratoren, Künstler, Autoren, Übersetzer und Filmvorführer werden auf Basis von Werk- und Honorarverträgen verpflichtet. Ziel der Personalplanung ist eine vernünftige Balance zwischen Kostenreduktion und Kontinuität. In allen Bereichen, in denen dies möglich ist, wird entweder in Teilzeit oder sogar auf Basis von kurzfristigen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen gearbeitet. Bei bestimmten Tätigkeiten ist dies aber sowohl aus arbeitsrechtlicher Perspektive als auch mit Blick auf das Qualitätsmanagement kaum darstellbar. Der Personalkostenanteil für fest angestelltes Personal kann weiterhin als konstant angesehen werden und liegt aktuell bei 37,9% (Vorjahr 37,0%).

Auch im Festivaljahr 2018 haben die Kurzfilmtage den in der Vergangenheit eingeschlagenen Weg fortgesetzt, Kostensenkungen zu erreichen bzw. Kostensteigerungen zu vermeiden. Jedoch können selbst durch äußerst wirtschaftlichen Mitteleinsatz inflationsbedingte Kostensteigerungen nicht dauerhaft vollständig aufgefangen werden, auch wenn diese weiterhin unter dem vom Statistischen Bundes-amt angegebenen Index liegen. Einsparpotentiale zu ermitteln, ohne das Leistungsspektrum einzugrenzen, wird zunehmend schwieriger. Die Umsetzung noch ermittelter Einsparpotentiale steht zudem in Abhängigkeit von Investitionen, die die Gesellschaft aus laufenden Mitteln kaum aufbringen kann.

2. Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Zur Finanzierung des Festivals über öffentliche Zuschussgeber wurden im Herbst/Winter 2017 Anträge auf Projektförderung gestellt, die durchgehend wie beantragt bewilligt wurden. Die bewilligte EU-Förderung wurde im Berichtsjahr erneut nicht ertragswirksam erfasst, da der reale Anspruch erst im Herbst/Winter 2018 nach der Auswertung des Abschlussberichts mit dem Nachweis der Anspruchsvoraussetzungen, insbesondere mit dem geforderten Anteil von 70% europäischer Filme, als tatsächlich entstanden angesehen werden kann. In Vorjahren festgestellte, nicht nachvollziehbare Abweichungen in der Bewertung der förderfähigen Anzahl an Filmen, lassen aus Vorsichtsgründen eine erfolgswirksame Erfassung erst nach Vorliegen des Auswertungsberichts im folgenden Geschäftsjahr zu. Die EU-Förderung für das Festivaljahr 2017 wurde nach positiver Auswertung durch die EU als periodenfremder Ertrag im Berichtsjahr erfasst.

In den vorangegangenen Jahren wurde das Projektsponsoring weitgehend von Stiftungen übernom-men, nachdem im Zuge der Wirtschaftskrise Wirtschaftsunternehmen sich zunehmend aus der Kultur-förderung zurückgezogen haben. Wie bereits oben erklärt, fand im Vorjahr erstmalig das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) Anwendung, wonach Zuschüsse und ähnliche Erträge nicht mehr den sonstigen betrieblichen Erträgen, sondern den Umsatzerlösen zuzuordnen sind. Mit der Zuordnung der Zuschüsse und ähnlichen Erträgen zu den Umsatzerlösen beträgt der Anteil der Umsatzerlöse an der Gesamtleistung im Berichtsjahr nunmehr 98,6%. Die erreichten Umsatzerlöse verfehlen den angepassten Planansatz nur um 0,13%.

Im Bereich Sponsoring wurde der angepasste Planansatz um rd. 10% überschritten, hingegen wurde im Bereich Anzeigen der angepasste Planansatz um knapp 8% unterschritten. Die Sponsorenerlöse von Wirtschaftsunternehmen liegen im Berichtsjahr geringfügig über denen des Vorjahres und können weiterhin als beinahe konstant angesehen werden. Durch das zusätzliche Programmbuch wurde das Anzeigenvolumen im Vorjahr vergrößert, die Anzeigenerlöse aus dem Vorjahr konnten jedoch nicht gehalten werden. Sie verringerten sich um 14%, lagen aber 10% über denen des Festivaljahres 2016 vor Einführung des Programmbuchs. Wegen der Durchführung der Tournee „Oberhausen on Tour“ in einem 2-Jahresrhythmus sanken die Erlöse aus dem Verleih im Vergleich zum Vorjahr um 52%. Ohne Berücksichtigung der Tourneeerlöse erreichen die Erlöse aus dem regulären Verleih knapp die Vorjahreswerte. Die Verleiherlöse werden wegen des 2-Jahresrhythmus der Tournee auch zukünftig jährlichen Schwankungen unterliegen. Die Eintrittszahlen des Vorjahres wurden überschritten. So stiegen die Eintrittserlöse im Vergleich zum Vorjahr um rd. 32%; der Planansatz wird um 23% überschritten. Begründet liegt die Steigerung in vermehrten Eintritten sowie einer moderaten Anhebung der Eintrittspreise nach drei Jahren. Wie im Vorjahr wurden verschiedene Veranstaltungen kostenlos angeboten. Trotz vieler Anstrengungen erreichen reine Erlöspositionen nicht die Höhe der Geschäftsjahre vor Einsetzen der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009. Im Vergleich zum Vorjahr konnte jedoch insbesondere durch

Kooperationen, aber auch durch sonstige Dienstleistungen ein Zuwachs in Höhe von 8% verzeichnet werden. Trotz intensiver Akquise ist eine deutlich positive Entwicklung der Einnahmesituation im Bereich Sponsoring in nächster Zukunft nicht zu erwarten. Durch bewilligte Zuschüsse öffentlicher Geldgeber, Zuwendungen und erreichte Umsatzerlöse war das Festival zu jeder Zeit finanziell abgesichert.

Auf Grund der Vorlage der Steuererklärungen erhielt die Gesellschaft am 11.08.2017 vom Finanzamt Oberhausen-Süd, vorbehaltlich der Nachprüfung, den Freistellungsbescheid für 2016 zur Körper-schaftssteuer und Gewerbesteuer. Laut Freistellungsbescheid ist die Körperschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit, weil sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient. Ausgenommen hiervon ist der von der Körperschaft unterhaltene wirtschaftliche Geschäftsbetrieb, der der Steuerpflicht unterliegt. Für das Jahr 2017 lagen die entsprechenden Bescheide bei Berichtserstellung noch nicht vor.

Neben den gewöhnlichen Aktivitäten wurden im Geschäftsjahr 2017/18 erneut zusätzliche einmalige Projekte durchgeführt, für die sowohl von Zuschussgebern als auch Stiftungen und sonstigen Institutionen zweckgebundene Mittel zur Verfügung gestellt wurden.

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet und kann als solide betrachtet werden. Die Bilanzsumme beträgt 338 TEUR und weist einen Anteil an liquiden Mitteln von 86% aus. Die Ge-sellschaft war im Berichtsjahr jederzeit in der Lage, ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Kapitalstruktur ist ausgewogen. Das Eigenkapital in Höhe von 142 TEUR setzt sich zusammen aus gezeichnetem Kapital und satzungsmäßiger Rücklage nach § 58 Nr. 6 AO und erreicht eine Quote von 42%.

3. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gemäß § 108 Abs. 2 GO NW für das Geschäftsjahr 2017/2018

Durch die Wahrnehmung der unter 1. dargestellten Aufgaben wurde der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages nachhaltig erfüllt.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2017/2018 haben sich nicht ereignet.

5. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweis auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Hauptziel der Gesellschaft ist auch weiterhin die langfristige Sicherung und offensive Weiterentwicklung des Festivals. Dies bezieht sich zum einen auf die Akquise von Sponsoren und Medienpartnern, die Einbindung weiterer öffentlicher Zuschussgeber und Partner für Einzelprojekte, zum anderen auf die Erschließung von neuen Besuchergruppen sowie die Entwicklung neuer Projekte.

Das Festival hatte in der Vergangenheit im Vergleich mit der Festivallandschaft in Deutschland eine überproportionale Quote an privaten Mitteln erreicht. Eine intensive Ansprache der Privatwirtschaft bleibt auch weiterhin für das Festival unerlässlich. Die letzten wirtschaftlichen Ergebnisse zeigen jedoch, dass Sponsoring als Finanzierungsquelle für die Kernaufgaben des Festivals keine geeignete Perspektive darstellt und nur über Fördermittel eine notwendige Planungssicherheit gegeben ist. Mit Sponsoringerlösen ebenso wie mit Stiftungszuwendungen können vor allem einzelne Projekte und (temporäre) Programme, die das regelmäßige Programmangebot erweitern und ergänzen, finanziert werden. Projektgebundene Förderungen bedeuten jedoch neben direkten Projektkosten oftmals inner-betrieblichen Mehraufwand bei Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Buchhaltung usw. Aus diesem Mehr-aufwand resultierten eindeutig Mehrkosten für die Gesellschaft durch Mehrstunden, die zum Jahresende vergütet werden müssen und die finanziell nur knapp von den Förderungen gedeckt sind. Bei allem Renommee, das auf diesem Wege erreicht werden kann, darf daher nicht aus dem Auge verloren werden, dass die Finanzierung des Kerngeschäftes der Kurzfilmtage immer schwieriger wird. Da Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft, die naturgemäß einen großen und auch kontinuierlich anwachsenden Teil der Gesamtkosten darstellen, in der Regel durch Fördermittel und Zuschüsse nicht anteilig abgerechnet werden können, droht allmählich zudem ein strukturelles Defizit für Gesellschaften in kommunaler Trägerschaft.

Bei stagnierenden Zuschüssen ist eine dauerhafte Finanzierung des Festivals in der bisherigen Form nicht denkbar und kann das Leistungsspektrum auch nicht aufrechterhalten werden. Allein durch die Zuschussanpassungen in den Vorjahren wurde der Gesellschaft mittelfristig der finanzielle Spielraum gegeben, notwendige Anpassungen und Erweiterungen im Bereich Personal und Sachmittel zu decken und unvorhersehbare Aufwendungen aufzufangen. Mit dem Einsatz neuer Kommunikationswege und angepassten modernen Arbeitsmethoden ist es in den letzten Jahren gelungen, in vielen Bereichen Kostensenkungen zu erreichen bzw. Aufwandssteigerungen zu verhindern, ohne die Unterdeckungen nicht zu vermeiden gewesen wären. Die Kostensteigerungen der Gesellschaft sind überaus moderat. Es werden alle Anstrengungen unternommen, diesen Weg fortzusetzen. Die erreichte EU-Förderung verschafft der Gesellschaft nur kurzfristig leichten finanziellen Spielraum, da die erreichten Zuschusserhöhungen bereits im Vorjahr durch unabwendbare allgemeine Kostensteigerungen aufgezehrt waren. Für das Geschäftsjahr 2017/2018 sowie für Folgejahre wird die Geschäftsführung daher alle Anstrengungen unternehmen, die Voraussetzungen zur Erfüllung der Förderkriterien des EU MEDIA-Programms zu schaffen und somit mittelfristig einen zusätzlichen Zuschussgeber zu

gewinnen. Darüber hinaus ist die Geschäftsführung bestrebt, die Festivalförderung durch den RVR zu verstetigen. Langfristig kann die Festivalfinanzierung nur durch Zuschüsse gesichert werden, die allgemeine Kostensteigerungen zumindest annähernd ausgleichen.

Die Sponsoringakquise wurde in der Vergangenheit fortlaufend verbessert, etwa durch aufwändig ge-staltete digitale Unterlagen mit aussagekräftigem Zahlenmaterial zur Leistungsbilanz und zu den Dar-stellungsmöglichkeiten. Seit der Finanzkrise ist es jedoch trotz leichter Erholung der Wirtschaftslage kaum mehr möglich, die Erlössituation zu halten oder gar deutlich zu verbessern. Sowohl große Unter-nehmen als auch Stiftungen haben mit Blick auf die ungewisse Konjunkturentwicklung bzw. das sehr niedrige Zinsniveau ihr Engagement im Bereich Kultur eingeschränkt oder sogar eingestellt. Insbeson-dere Partner aus Vorjahren reduzierten ihr Engagement bzw. verlagerten es auf andere Bereiche. Es ist erkennbar, dass sich im gesamten Kulturbereich ein ähnliches Bild zeigt. Es ist vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen derzeit nicht absehbar, ob und ggf. wann eine positive Entwicklung wieder einsetzen wird.

Zur Sicherung des Festivals über öffentliche Zuschussgeber werden jährlich Anträge auf Projektförde-rung gestellt. Neben den bereits eingeführten Zuschussgebern werden je nach Projektstand auch weitere mögliche öffentliche Fördergeber angesprochen. Für das Festivaljahr 2019 werden alle Anträge auf öffentliche Förderung bis Ende des Jahres 2018 gestellt. Eine Aussage zur Wahrscheinlichkeit der Bewilligungen kann gegenwärtig noch nicht getroffen werden. Das Land Nordrhein-Westfalen hat für das Jahr 2019 bereits eine Verpflichtungsermächtigung ausgesprochen.

Die Stadt Oberhausen als alleinige Gesellschafterin hat im Festivaljahr 2010 nach zehn Jahren mit gleicher Zuschusshöhe eine Anpassung bewilligt, da auf Grund der rückläufigen Umsatzerlöse Personalkostensteigerungen nicht mehr wie in der Vergangenheit allein von der Gesellschaft aufgefangen werden konnten. Überfällige Gehalts- und Honoraranpassungen konnten vollständig umgesetzt werden. Will man einen Leistungsrückgang vermeiden, werden allein zur Deckung zukünftiger jährlicher Personalkostensteigerungen weitere Anpassungen notwendig. Die Geschäftsführung hat der Gesellschafterin vorgetragen, den Zuschuss, wie im Festivaljahr 2015 erstmalig geschehen, auch zukünftig jährlich um wenigstens 1% anzupassen.

Auf Grund der unsicheren Haushaltssituationen bei Bund, Ländern und Gemeinden und der ange-spannten wirtschaftlichen Situation kann die Gesellschaft kein wirklich aussagekräftiges Szenario zur möglichen Entwicklung der Zuschüsse erstellen. Zumindest wurden bisher keine Kürzungen angekün-digt. Sollten Anpassungen ausbleiben oder sich sogar Kürzungen bei öffentlichen Zuschussgebern ergeben, so werden voraussichtlich Leistungsspektrum und Leistungsbilanz des Festivals hiervon unmittelbar und deutlich betroffen sein.

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2017/18 wurde der Vertrag mit dem Festivalkino Lichtburg Filmpalast für die Dauer von fünf Jahren neu verhandelt. Das Niveau des Mietzinses konnte gehalten werden. Zur Deckung zu erwartender allgemeiner Kostensteigerungen ist eine jährliche Anpassung des Mietzinses in Höhe von 1,5 v.H. festgeschrieben. Im Geschäftsjahr 2010/2011 wurde der Vertrag mit der OGM GmbH überarbeitet und in einem verringerten Leistungsumfang für die Dauer von fünf Jahren neu ge-schlossen. Der Leistungsvertrag beinhaltet eine automatische Verlängerung um ein Jahr, soweit nicht gekündigt wird.

Im Geschäftsjahr 2017/18 war im Bereich Öffentlichkeitsarbeit eine Teilzeitstelle neu zu besetzen. Die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH wird voraussichtlich neun angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers, beschäftigen. Auf die Besetzung einer Ausbildungsstelle muss aus finanziellen Gründen verzichtet werden. Die unmittelbare Festivalvorbereitung kann nach wie vor nur unter Zuhilfenahme von kurzfristigen Aushilfen, Zeitarbeits- und Honorarkräften sowie freien Mitarbeitern erfolgen. Um einen reibungslosen Festivalbetrieb mit stetig wachsenden Anforderungen zu gewährleisten und den Mehraufwand für projektbezogene Förderungen abzudecken, werden auch in diesem Bereich weitere Anpassungen notwendig.

An der Aufschlüsselung der steuerbegünstigten wirtschaftlichen Betätigungsfelder der Gesellschaft in die Zweckbetriebe „Festival“ und „Archiv & Verleih“ sowie dem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Ge-schäftsbetrieb „Anzeigen, Sponsoring, Verkauf von Merchandiseartikeln“ wird auch künftig festgehalten.

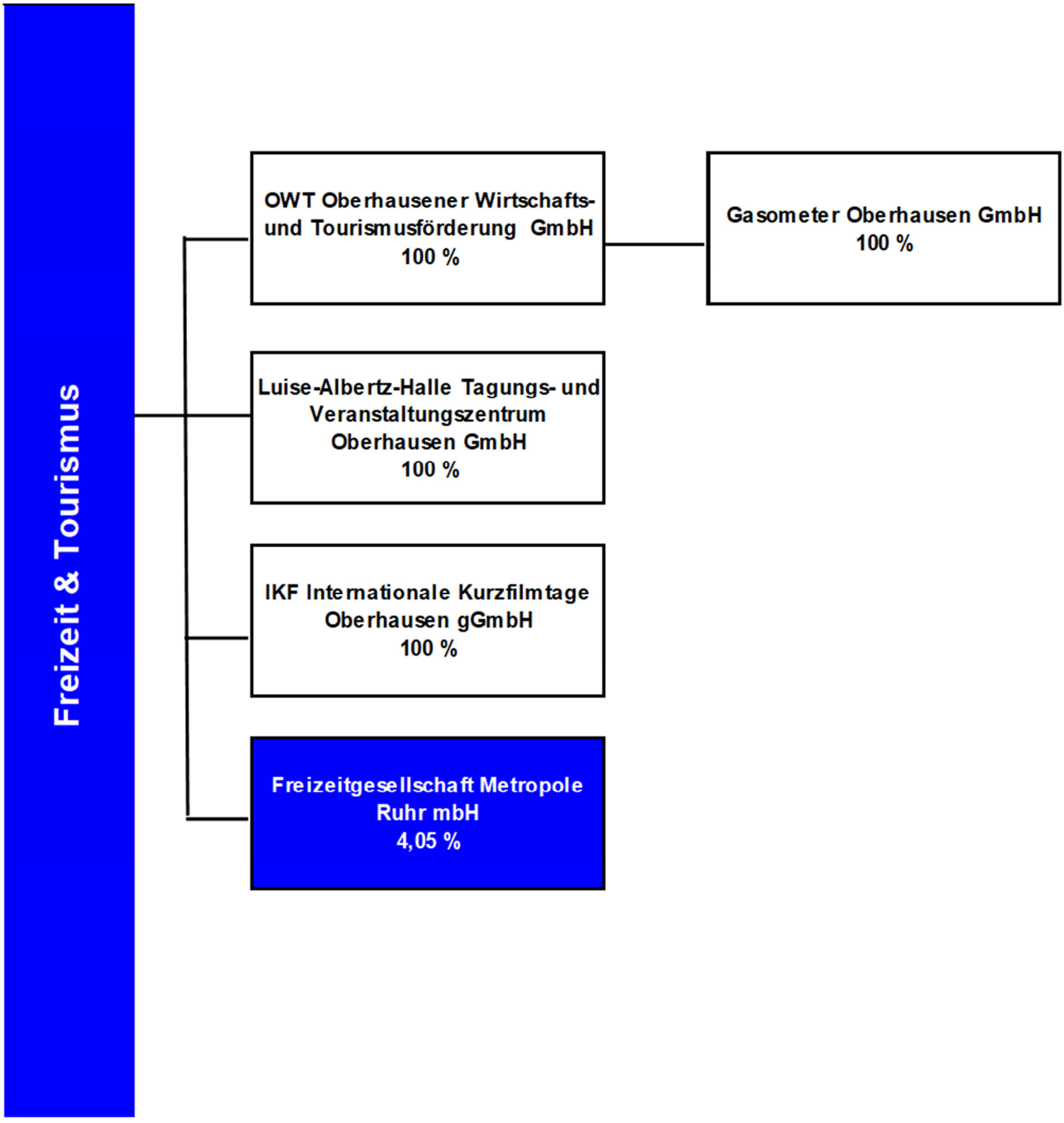
Die Geschäftsführung ist bestrebt, die internationale Bedeutung und Anerkennung des Festivals fortlaufend neu zu behaupten. Dabei steht die behutsame Weiterentwicklung der historischen Substanz des Festivals im Mittelpunkt der Bemühungen der Markenführung. Die Fähigkeit, gesellschaftliche Veränderungen frühzeitig wahrzunehmen, auf diese zu reagieren, sie in Programme zu übertragen und dafür auch neue Zielgruppen zu erschließen, hat in Oberhausen eine lange Tradition. Insbesondere im Bereich des Kurzfilms ist die ständige Regenerierung des Fachpublikums dringend erforderlich. Nur eine fortgesetzte strategische internationale Vernetzung mit wichtigen Partnern, ein Programmprofil, das höchsten Ansprüchen im internationalen Vergleich genügt, sowie eine anhaltend intensive und kreative Öffentlichkeitsarbeit können die Gesellschaft nachhaltig sichern. Weiterhin steht vor allem die strategische Weiterentwicklung der Bereiche Onlineauftritt, Filmbildung und Kunstmarkt auf der Agenda. Hier wurden in den letzten zehn Jahren bereits außerordentlich gute Ergebnisse erzielt, zuletzt mit der Einführung des SEMINARS, das sich an Filmemacher, Kuratoren und Wissenschaftler gleichermaßen richtet und sich vollständig über Teilnahmegebühren finanziert. Aus diesem Projekt erwuchsen weitere Impulse für Fachbesucher, das Festival zu besuchen.

Eine große Herausforderung stellt derzeit auch die Weiterentwicklung der Aktivitäten zur Ansprache eines Breitenpublikums dar, insbesondere durch eine neue Gestaltung und Verteilung von Printprodukten, in der Außenwerbung, aber vor allem auch im Bereich E-Marketing (Soziale Medien und Website). Die Datenbank der Kurzfilmtage wird künftig für externe Nutzer noch komfortabler. In diesem Bereich sind wegen der rasanten technischen Entwicklung stetig Aufwendungen nötig, insbesondere mit Blick auf die Vernetzung von Onlineauftritt und Datenbanken. Die Kurzfilmtage setzen mit Filmchief fortlaufend ein gemeinsames Online-Datenbank-Projekt mit internationalen Filmfestivals um. Durch die gemeinsame Entwicklung und Nutzung sollen Investitionen erheblich reduziert werden. Für Fachbesucher und Breitenpublikum entsteht so ein weitaus größeres und vor allem nutzerfreundliches Angebot mit vielfältigeren Serviceangeboten und verbesserten Bewegtbildern. Auf lokaler Ebene werden weiterhin Bemühungen unternommen, für das ehemalige Europa-Kino neue Perspektiven auch für andere Akteure in der Stadt zu entwickeln und Fördermöglichkeiten zu erschließen.

Oberhausen, 28. September 2018

Internationale Kurzfilmtage gGmbH (IKF)

Dr. Lars Henrik Gass
Geschäftsführer


Freizeit & Tourismus
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
Gasometer Oberhausen GmbH
100 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
100 %
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
4,05 %

Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Querenburger Straße 29 58455 Witten
Kontakt:	
Telefon	02302/20120
Fax	02302/201212
e-Mail	verwaltung@kemnadersee.de
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	440,30

Gesellschafter:

	T€	%
Ennepe-Ruhr-Kreis	12,50	2,84
Regionalverband Ruhr	282,40	64,14
Stadt Bochum	31,50	7,15
Stadt Bottrop	17,85	4,05
Stadt Duisburg	35,95	8,16
Stadt Essen	11,75	2,67
Stadt Gelsenkirchen	11,75	2,67
Stadt Oberhausen	17,85	4,05
Stadt Witten	18,75	4,26

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, des Sports, der Kinder- und Jugendhilfe, der Kultur und des Landschaftsschutzes. Diese Zwecke werden verwirklicht durch den Betrieb von Freizeitanlagen mit überörtlicher Bedeutung, die als Betriebsstätten der Gesellschaft geführt werden und in denen als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) in den öffentlichen Badbereichen und den sonstigen Einrichtungen das Jedermannschwimmen angeboten, verschiedene Angebote zur Sport- und Gesundheitsförderung, sonstige Programm- und Veranstaltungsangebote gemacht sowie Park-, Spiel- und Wassersportflächen bereitgestellt werden.
Von der Gesellschaft werden folgende Betriebsstätten geführt:
- das Freizeitzentrum Kemnade (Bochum),
- der Revierpark Nienhausen (Gelsenkirchen),
- der Revierpark Vonderort (Oberhausen) und
- der Revierpark Mattlerbusch (Duisburg).

Die genannten vier Betriebsstätten bestehen aus den in den als Anlagen 1 bis 4 diesem Gesellschaftsvertrag beigefügten Lageplänen gekennzeichneten Bereichen und den dort befindlichen Gebäuden und Anlagen. Die Grundstücke befinden sich mehrheitlich im Eigentum der Belegenheitskommunen. Es wird festgehalten, dass diejenigen Grundstücke/Grundstücksflächen, an denen die Gesellschaft weder Eigentum noch grundstücksgleiche Rechte besitzt, aufgrund getroffener Absprachen mit den Belegenheitskommunen weiterhin der Gesellschaft unentgeltlich zur Verfolgung des Gesellschaftszwecks zur Verfügung gestellt werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Diverse	Verschiedene Pachtverträge bezüglich der gastronomischen Bereiche; Verschmelzungsvertrag vom 30.06.2017; Vertrag über die Errichtung, Verpachtung und Betrieb eines Blockheizkraftwerks (BHKW), sowie ein entsprechender Vertrag über die Wartung der Anlage mit der Energieversorgung Oberhausen AG

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Hecht, Jürgen
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Motschull, Frank
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Geiß-Netthöfel, Karola
	stellv. Vorsitzende	Ossowski, Silke
	Mitglied gem. § 113 GO	Prof. Dr. Diemert, Dörte
	Mitglied gem. § 113 GO	Lawitzke, Paul
	Mitglied	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	Mitglied	Pfingsten, Jutta
	Mitglied	Richter, Tim
	Mitglied	Jentsch, Burkart
	Mitglied	Wüllscheid, Burkhard
	Mitglied	Dr. Rath, Uwe
	Mitglied	Boos, Thomas
	Mitglied	Wöll, Werner
	Mitglied	Devers, Josef
	Mitglied	Fuchs, Florian
	Mitglied	Dr. Haertel, Klaus
	Mitglied	Schmück-Glock, Martina
	Mitglied	Rörig, Barbara
	Mitglied	Sagurna, Bruno
	Mitglied	Frank, Rainhard
	Mitglied	Nees, Martin
Beirat:	Mitglied	Emmerich, Karl-Heinz
	Mitglied	Krey, Thomas
	Mitglied	Motschull, Frank
	Mitglied	Pfingsten, Jutta
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Wittmann, Regina
	Mitglied	Geise, Hans-Christian
	Mitglied	Wilkending, Sonja
	Mitglied	Müller, Klaus
	Mitglied	Feldeisen, Nils
	Mitglied	Gössinger, Doreen
	Mitglied	Wischermann, Hermann
Prokura:	Prokuristin	Weiße, Franziska

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	20.953,52	93,1	20.898,71	91,9	-54,81	-0,26
Umlaufvermögen	1.549,04	6,9	1.838,47	8,1	289,43	18,68
Rechnungsabgrenzungsposten	2,64	0,0	6,65	0,0	4,01	151,89
Bilanzsumme	**22.505,19**	**100,00**	**22.743,83**	**100,00**	**238,64**	**1,06**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	12.332,92	54,8	11.243,65	49,4	-1.089,27	-8,83
Sonderposten mit Rücklagenanteil	5.354,75	23,8	6.675,70	29,4	1.320,95	24,67
Rückstellungen	397,99	1,8	518,87	2,3	120,88	30,37
Verbindlichkeiten	3.283,71	14,6	3.155,33	13,9	-128,38	-3,91
Rechnungsabgrenzungsposten	1.135,82	5,0	1.150,27	5,1	14,45	1,27
Bilanzsumme	**22.505,19**	**100,00**	**22.743,83**	**100,00**	**238,64**	**1,06**

bb) GuV

	2017	2018
	T€	**T€**
Umsatzerlöse	11.307,53	11.431,67
andere aktivierte Eigenleistungen	34,09	0,00
sonstige betriebliche Erträge	654,66	742,47
Materialaufwand	7.010,28	6.798,13
Personalaufwand	7.024,19	7.105,09
Abschreibungen	1.513,24	1.576,29
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.349,19	1.685,47
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,01
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	60,95	53,56
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-4.961,57	-5.044,39
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	74,54	67,46
sonstige Steuern	33,79	28,89
Erträge aus Verlustübernahmen	3.517,16	45,70
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-1.552,74	-5.095,03
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-1.552,74	-5.095,03
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-44,84	-44,97	%
Eigenkapitalrentabilität:	-41,11	-45,72	%
Cash-Flow:	-3.556,65	-3.564,44	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	131,83	129,51	T€
Personalaufwandsquote:	58,55	58,36	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,06	91,79	%
Eigenkapitalquote:	54,80	49,44	%
Fremdkapitalquote:	45,20	50,56	%

e) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, des Sports, der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Kultur und des Landschaftsschutzes.

Diese Zwecke werden verwirklicht durch den Betrieb von Freizeitanlagen mit überörtlicher Bedeutung, die als Betriebsstätten der gemeinnützigen GmbH geführt werden und in denen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) für die Bürger erbracht werden. Angebote der Gesellschaft sind u.a. öffentlichen Badbereichen, sonstige Einrichtungen des Jedermannschwimmen, verschiedene Angebote zur Sport- und Gesundheitsförderung, sonstige Programm- und Veranstaltungsangebote sowie Park-, Spiel- und Wassersportflächen.

Von der Gesellschaft werden folgende Betriebsstätten geführt:

- Freizeitzentrum Kemnade, Witten
- Revierpark Nienhausen, Gelsenkirchen
- Revierpark Vonderort, Oberhausen
- Revierpark Mattlerbusch, Duisburg

2. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft hat sich im Jahr 2018 abgeschwächt, dennoch sank die Arbeitslosenquote von 5,7 % auf 5,2 % (Jahresdurchschnittswerte des Statistischen Bundesamtes) und die Quote der Erwerbstätigkeit stieg weiter an.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden (ohne reine Gemeindesteuern) stiegen im Haushaltsjahr 2018 gegenüber 2017 um insgesamt 5,8 % auf Mrd. € 713,6 an. Dies hat jedoch die nach wie vor angespannten Haushalte der an der FMR beteiligten Ruhrge-bietskommunen nur in geringem Umfang entlastet. Eine höhere Erwerbsquote wird sich wahrscheinlich dennoch nicht in höheren Besucherzahlen auswirken, wahrscheinlich ist sogar eher das Gegenteil der Fall, weil ein größerer Anteil der Bevölkerung schlicht weniger freie Zeit für einen Bad- oder Saunabesuch hat.

3. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2018 war bei der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH („FMR“) ganz wesentlich durch die Integration der im Vorjahr verschmolzenen Gesellschaften geprägt.

Organisationseitig zeigt sich die Verschmelzung in der Zentralisierung der Finanzbuchhaltung am Standort Kemnade sowie der Vereinheitlichung des ERP-Systems, DATEV. Außerdem wurde als Querschnittsaufgabe ein zentrales Risiko- und Qualitätsmanagement und eine Assistenz für die Umsetzung des IHK in den Revierparks und für die Entwicklung der Parkangebote installiert.

Zentrales Führungsgremium ist der Führungskreis. Dieser setzt sich zusammen aus den Betriebsstättenleitungen. Die Sitzungen des Führungskreises finden in der Regel 14tägig statt, Führungskreismitglieder vertreten sich in ihren Betriebsstätten gegenseitig und haben alle auch noch funktionale Aufgaben in der FMR übernommen.

Erwähnenswert ist das personalseitige fast geräuschlose Zusammenwachsen der Gesellschaft. Es gab keine Arbeitsgerichtsprozesse und viele Mitarbeiter identifizieren sich bereits mit der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr. Dies ist zwar ein immaterieller, weicher Aspekt aber dennoch ist er sehr wesentlich für das dauerhafte Funktionieren unseres Fusionsprozesses.

Das Geschäftsergebnis der Gesellschaft wird im Wesentlichen nach der Erfüllung der öffentlichen und gemeinnützigen Zwecksetzung bemessen. Dabei spielen Besucherzahlen, Eintrittspreise, erzielte Umsätze sowie Material- und Personalaufwendungen eine wichtige Rolle.

Haupteinnahmequellen der Gesellschaft sind nach wie vor die Einnahmen im Bad- und Saunabereich sowie Pachterlöse. Im Geschäftsjahr wurden Umsatzerlöse in Höhe von T€ 11.432 (Vorjahr T€ 11.308) erwirtschaftet, davon T€ 9.880 (Vorjahr T€ 9.675) in den Freizeitbädern (inkl. Kurse und Gastronomie). Die Erlöse aus Mieten und Pachten betrugen T€ 681 (Vorjahr T€ 759).

Die Betriebsstätten Vonderort und Mattlerbusch verzeichnen bei den Besucherzahlen im Vergleich zum Vorjahr einen leichten Rückgang, wohingegen die Besucherzahlen in den Betriebsstätten Nienhausen und Kemnade einen Anstieg verzeichnen. Insgesamt besuchten 669.467 Gäste (Vorjahr 705.184 Gäste) die Saunen der FMR, die Bäder wurden von 348.611 Gästen besucht (Vorjahr 330.147 Gäste). Die Besucherzahlen der Freibäder sind im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Im Geschäftsjahr wurden 52.810 (Vorjahr 37.316) Gäste gezählt, trotz der vorrübergehenden Schließung des Freibads Vonderort auf Grund von Sanierungsmaßnahmen.

Die wesentlichen Investitionen im Geschäftsjahr betrafen die Sanierung des Freibad Vonderort, hier wurden im Geschäftsjahr T€ 1.141 (Vorjahr T€ 66) in die Sanierung investiert. Zum Bilanzstichtag wird diese Investition als Anlage in Bau mit T€ 1.207 ausgewiesen. Die Fertigstellung des Freibades ist für Anfang Juni 2019 geplant.

4. Wirtschaftliche Lage

4.a Fortbestand der Gesellschaft

Der Jahresabschluss wird unter der Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt. Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft im Jahr 2018 war jedoch angespannt. Der Fortbestand der Gesellschaft ist abhängig von Zuschüssen und auch Sonderzuschüssen der Gesellschafter.

Die Zuschüsse im Geschäftsjahr 2018 in Höhe von T€ 4.005 reichten nicht aus, um die Betriebskosten und den Werteverzehr des Anlagevermögens auszugleichen. Folglich erzielt die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von T€ 5.095. Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019 sieht einen nicht durch Gesellschafterzuschüsse gedeckten Werteverzehr von T€ 964 vor. Ohne eine Anpassung der Zuschüsse der Gesellschafter oder Maßnahmen zur Steigerung der Einnahmen bzw. Senkung der Ausgaben der Gesellschaft ist die langfristige Entwicklung der Gesellschaft beeinträchtigt.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft war zeitweise angespannt. Zur Aufrechterhaltung der Liquidität ist die Gesellschaft auch zukünftig auf die Auszahlung von ausreichenden und rechtzeitigen Zuschüssen der Gesellschafter angewiesen.

4.b Ertragslage

Die Entwicklung der Besucherstatistik spiegelt sich auch in den Umsatzerlösen wieder. Auf Grund des Besucheranstiegs sind die Umsatzerlöse im Badebetrieb (Solebad, Freibad) von T€ 5.851 auf T€ 6.252 angestiegen.

Zum Jahresende 2017 wurde durch den Aufsichtsrat eine Erhöhung und Harmonisierung der Saunaeintrittsgelder innerhalb der FMR beschlossen. Im Schnitt handelt es sich um eine Preiserhöhung von € 1,07 pro Saunagast, Kindereintrittsgelder waren von dieser Erhöhung ausgeschlossen. Trotz dieser Preiserhöhungen müssen wir, zumindest buchhalterisch, zunächst feststellen, dass unsere Saunaerlöse von T€ 3.380 auf T€ 3.178 zurückgegangen sind obwohl wir insgesamt höhere Umsatzerlöse aus Eintrittsgeldern (ohne Gastronomie und Warenverkauf) im Vergleich zum Vorjahr T€ 199 auf T€ 9.430 beobachten. Weitere wesentliche Umsatzerlösquellen stellen die Miet- und Pachteinnahmen in Höhe von T€ 681 (Vorjahr T€ 759) und Erträge aus Gastronomiebetriebe und Warenverkauf in Höhe von T€ 450 (Vorjahr T€ 444) dar.

Abweichend zum Vorjahr werden die Zuschüsse der Gesellschafter nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen, sondern erfolgsneutral direkt im Eigenkapital der Gesellschaft erfasst. Die Gesellschafterzuschüsse im Vorjahr betrugen T€ 3.903 wovon T€ 3.428 ergebniswirksam als Ertrag ausgewiesen wurden. Dies erklärt den deutlichen Anstieg des Jahresfehlbetrages. Die Gesellschafterzuschüsse im Geschäftsjahr betragen T€ 4.005.

Die Aufwandsseite wird durch die zwei großen Kostenblöcke Materialaufwand (insbesondere Energiekosten) und Personalaufwand dominiert.

Dabei betragen die Aufwendungen für Energie inkl. Wasser, die als Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ausgewiesen werden, im Geschäftsjahr T€ 3.458 (Vorjahr T€ 3.381). Die Aufwendungen für Wartung, Instandhaltung und Reparaturmaterial zeigen den Bedarf an Modernisierung in den Freizeitbädern. Im Jahr 2018 wurden T€ 860 (Vorjahr T€ 1.182) für diesen Zweck aufgewandt. Die Personalkosten im Geschäftsjahr inkl. Sozialversicherung und Aufwendungen für Altersversorgung erhöhten sich leicht von T€ 7.024 auf T€ 7.105. Die Gesellschaft beschäftigt im Durchschnitt 287 Mitarbeiter (Vorjahr 295 Mitarbeiter). Der Anstieg der Personalaufwendungen in Folge von Tariferhöhungen wurde durch einen leichten Abbau der Anzahl von Angestellten kompensiert.

Die Abschreibungen belasteten mit T€ 1.576 das Ergebnis der Gesellschaft und entfallen im Wesentlichen auf Abschreibung von Gebäuden. Darin enthalten sind 75 außerplanmäßige Abschreibungen von T€ 75 (Betriebsstätte Mattlerbusch) die das Ergebnis der Gesellschaft außerordentlich belasten.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge um T€ 79 auf T€ 390 resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der periodenfremden Erträge auf T€ 245 (Vorjahr T€ 100). Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um T€ 336 auf T€ 1.685 resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der periodenfremden Aufwendungen auf T€ 285 (Vorjahr T€ 50). Es wird erwartet, dass diese periodenfremden Erträge und Aufwendungen einmalig bleiben und im nächsten Jahr deutlich sinken werden. Weitere wesentliche sonstige Aufwandsposten sind Marketingkosten mit T€ 255 (Vorjahr T€ 300) und Aufwendungen für Versicherungen mit T€ 210 (Vorjahr T€ 213)

Der Jahresfehlbetrag vor den Gesellschafterzuschüssen beträgt T€ 5.095 (Vorjahr T€ 1.553). Auf Grund der erstmaligen vollständig erfolgsneutralen Behandlung der Gesellschafterzuschüsse sind die Zahlen des Geschäftsjahres nicht mit den Zahlen des Vorjahres vergleichbar. Der Jahresfehlbetrag inklusive Gesellschafterzuschuss beträgt T€ 1.089 (Vorjahr T€ 1.077) und stellt den wesentlichen finanziellen Leistungsindikator der Gesellschaft dar. Das Ergebnis der Gesellschaft wurde durch periodenfremde Aufwendungen in Höhe von T€ 40 (Netto) und außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von T€ 75 belastet. Die Aufwendungen, insbesondere die Abschreibungen auf Anlagen und Einrichtungen, können auf Grund der gemeinnützigen Zielsetzung „eintrittsfreie Naherholungslandschaft“ nicht vollständig durch die betrieblichen Erträge gedeckt werden.

4.c Vermögens- und Kapitalstruktur sowie Investitionen

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist nach wie vor geordnet.

Das Anlagevermögen macht 91,9 % (Vorjahr 93,1 %) der Bilanzsumme aus. Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von T€ 1.521 getätigt. Wesentliche Investitionen waren die Sanierung des Freibads (T€ 1.141) in Vonderort und die Erneuerung der Heizkessel in Kemnade (T€ 142). Die Abschreibungen betragen T€ 1.576 und betreffen im Wesentlichen Gebäude. Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Anlagen im Bau in Mattlerbusch (Bodenplatte) in Höhe von T€ 75 vorgenommen. Der Anstieg der sonstigen Vermögensgegenstände resultiert aus dem erstmaligen Ausweis der Geldtransitforderungen in Höhe von T€ 212 (Vorjahr Liquide Mittel T€ 121) unter dieser Bilanzposition.

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 49,4 % (Vorjahr 54,8 %). Die Reduktion des Eigenkapitals und die damit einhergehende Verringerung der Eigenkapitalquote resultiert aus dem hohen Jahresfehlbetrag der Gesellschaft, welcher die Zuschüsse der Gesellschafter deutlich übersteigt. Die Quote des wirtschaftlichen Eigenkapitals (inkl. Sonderposten für Zuwendungen) liegt nunmehr bei 78,8 % (Vorjahr 78,6 %). Trotz dieser verhältnismäßig hohen Eigenkapitalquote verfügt die Gesellschaft nur über eine geringe Innenfinanzierungskraft. Durch projektbezogene Zuschüsse (im Wesentlichen für die Sanierung des Freibades Vonderort) wurden im Jahr 2018 dem Sonderposten T€ 1.674 zugeführt. Die Auflösung der Sonderposten wird in der Gewinn- und Verlustrechnung als gesonderte Ertragsposition ausgewiesen und beträgt T€ 353. Zum Bilanzstichtag sind die Sonderposten für Investitionszuschüsse von T€ 5.355 auf T€ 6.678 gestiegen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen zum Bilanzstichtag T€ 1.477 (Vorjahr T€ 1.616), wovon T€ 585 (Vorjahr T€ 446) innerhalb von einem Jahr fällig sind. Krediverpflichtungen gibt es in Nienhausen T€ 497 (Vorjahr T€ 534) und in Kemnade T€ 980 (Vorjahr T€ 1.083). Es gibt keine über die normale Geschäftstätigkeit hinausgehenden Verpflichtungen aus Lieferungen und Leistungen.

4.d Finanz- und Liquiditätslage

Die Liquidität der Gesellschaft war zum Bilanzstichtag auf Grund des schlechten JahreserBesonders deutlich wird dies bei der Betrachtung des Cash-Flows aus laufender Geschäftstätigkeit der, infolge des negativen Jahresergebnisses, mit T€ -3.902 (Vorjahr T€ -3.055) deutlich negativ ausfällt. Der Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit von T€ -1.521 (Vorjahr T€ -964) führte ebenfalls zu einer hohen Liquiditätsbelastung. Nur durch Einzahlungen der Gesellschafter erzielt die Gesellschaft einen positiven Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit von T€ 5.484 (Vorjahr T€ 3.945) der zu einem Anstieg des Finanzmittelfonds der Gesellschaft um T€ 61 auf T€ 1.002 führt.

Die Gesellschafter leisteten im Geschäftsjahr Zuschüsse in Höhe von T€ 4.005 (Vorjahr T€ 3.903). Davon wurden T€ 0 (Vorjahr T€ 3.428) ertragswirksam gebucht und T€ 4.005 (Vorjahr T€ 475) erfolgsneutral als Zuführung zur Kapitalrücklage bilanziert. Die Gesellschaft erhielt projektbezogene Investitionszuschüsse in Höhe von T€ 1.674 (Vorjahr T€ 467) die als Zugang zum Sonderposten für Investitionszuschüsse bilanziert wurden.

4.e Finanz- und Liquiditätslage

Der wesentliche finanzielle Leistungsindikator „Jahresfehlbetrag inklusive Gesellschafterzuschuss“ würde sich, ohne Berücksichtigung der Belastung durch Sondereffekte in Höhe von T€ 115 (periodenfremde Aufwendungen größer als periodenfremde Erträge, außerplanmäßige Abschreibung in Mattlerbusch), von T€ 1.077 auf T€ 974 verbessern.

Vor dem Hintergrund der Herausforderungen der Verschmelzung ist die Geschäftsführung mit der Geschäftsentwicklung einigermaßen zufrieden.

5.Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gem. § 108 Abs. 3 GO NW für das Geschäftsjahr 2018

Die Revierparks und das Freizeitzentrum Kemnade stellen ganzjährig besuchte, attraktive und eintrittsfreie Naherholungslandschaften für das Ruhrgebiet dar. Über eine Million Menschen kamen in die Bäder, Freibäder und Saunen und ca. 2 Millionen Gäste in die Revierparks und das Freizeitzentrum Kemnade zum Spazieren, Spielen, Erholen oder zu gesellschaftlichen Großveranstaltungen, zahlreiche Veranstaltungen, auch von Vereinen und Organisationen, werden in unseren Parks durchgeführt.

Bei allen Problemen der Revierparks sind diese dennoch nach wie vor für Millionen von Menschen zentrale und gut erreichbare Orte der Freizeit und Erholung. Sie sind innerstädtische „Lungen“ und dienen Menschen und Tieren als Rückzugsflächen in den überwiegend städtischen Umgebungen.

Ganz ohne Zweifel kann deshalb festgestellt werden, dass der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages nachhaltig erfüllt ist.

6. Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

6.a Risiken der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist in ihren Betätigungsfeldern unternehmerischen Chancen und Risiken ausgesetzt. Als identifizierte Risiken sieht die Gesellschaft

- Risiken aus „der Witterungsentwicklungen“
- Preissensibilität der Kunden
- Preissteigerungen im Bereich Energie und Personal
- Liquiditäts- und Ertragsrisiken auf Grund technischer Ausfälle
- Abwertungsaufwand aus außerplanmäßigen Abschreibungen
- Risiken auf Grund des zunehmenden Fachkräftemangels
- Risiken auf Grund der Entstehung von Private Spas
- Risiken auf Grund der Entstehung von weiterem lokalen Wettbewerb
- Risiken aus Rationalisierungszwang

Bei der Beurteilung der Einzelrisiken wird ein Einschätzungsraum von mindestens einem Jahr zugrunde gelegt. Die Risiken werden gemäß ihren geschätzten Eintrittswahrscheinlichkeiten und Auswirkungen als „hoch“, „mittel“ oder „gering“ eingestuft.

Die Einnahmebereiche der Betriebsstätten werden von nicht vorhersehbaren Witterungsentwicklungen beeinflusst. Die Besucherzahlen sind zu einem nicht unwesentlichen Teil von den Witterungsverhältnissen abhängig. Die Abhängigkeit vom Wetter war besonders im Sommer 2018 sehr gut zu sehen der einen sehr positiven Effekt auf die Besucherzahlen im Freibadbereich hatte. Das Risiko ist hier als mittel einzuschätzen. (Mittleres Risiko).

Ferner können sich die Preisänderungen im Bad- oder Saunabereich negativ auf die Besucherzahlen und damit auf die Umsatzerlöse auswirken. Allerdings hat die Gesellschaft in den letzten 18 Monaten zwei Preiserhöhungen für je die Sauna als auch das Bad durchgeführt, das Risiko für 2019 wird als gering eingeschätzt. Für die nächsten 24 Monate wurden Preiserhöhungen ausgeschlossen. (Geringes Risiko).

Es besteht das Risiko, dass die Energiekosten durch Preissteigerungen der Versorger und/ oder die Personalkosten durch hohe Tarifabschlüsse deutlich steigen. (Mittleres Risiko).

Das Risiko, dass z.B. Pumpen und installierte Technik in den Bädern ausfällt und sofort ersetzt werden muss, wird als beträchtlich eingeschätzt. Ausfälle können zu einer zeitweisen Einschränkung des Leistungsangebots und zu hohen Liquiditätsabflüssen für Ersatzinvestitionen führen. Ersatzinvestitionen für solche Fälle können nur im geringen Maße im Wirtschaftsplan vorgesehen werden. Zum Berichtszeitpunkt sind das Solebecken im Freizeitzentrum Kemnade als Totaldefekt außer Betrieb und die Lüftungsanlage im Solebad Vonderort defekt. (Hohes Risiko).

Es besteht das Risiko, dass ein außerplanmäßiger Abschreibungsbedarf bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens identifiziert wird, das Risiko besteht insbesondere hinsichtlich des Restbuchwertes einer Bodenplatte in der Betriebsstätte Mattlerbusch mit einem Restbuchwert von T€ 175. Da Abschreibungen kalkulatorischer Art sind und nicht liquiditäts-wirksam sind, wird dieses Risiko deswegen lediglich als gering eingeschätzt auch wenn es den Ergebnisausweis deutlich verschlechtern kann (geringes Risiko).

Der immer deutlicher zu spürende Fachkräftemangel könnte sich sowohl auf die operative Betriebsführung als auch auf die Verwaltung auswirken. Außerdem ist es wahrscheinlich, dass künftig vereinzelt deutlich höhere Gehälter gezahlt werden müssen, um entsprechend qualifizierte Mitarbeiter zu bekommen. Schon im Jahr beispielsweise, haben wir nur sehr schwer Personal für den Betrieb der Freibäder gefunden und mussten auch teilweise deutliche höhere Aushilfslöhne zahlen. Das hier denkbare Risiko wird als mittel eingeschätzt. (Mittleres Risiko).

Hoch wird dagegen das Risiko eingeschätzt, was aus dem neuen Trend der private Spas erwachsen könnte. Private Spas vermieten Sauna, Whirlpool etc. an Einzelpersonen oder Paare oder Kleingruppen. Diese Dienstleistung ist zwar deutlich teurer, erfreut sich aber großer Nachfrage und könnte im schlimmsten Fall sogar disruptiv für unsere Wellnessbereiche werden. (Hohes Risiko).

In Gelsenkirchen und Bochum gibt es Neubaupläne für Spaßbäder mit eigenen Wellnessanlagen. Sollten diese Pläne verwirklicht werden, werden unsere Anlagen in Nienhausen und Kemnade stark unter Druck kommen.

Die Kostenunterdeckung, vor allem in den nicht erwerbswirtschaftlich betriebenen Freizeiteinrichtungen und Erholungsflächen, führt auch im Jahr 2018 zu einem erheblichen Jahresfehlbetrag, der die Gesellschaft unter einen erheblichen Rationalisierungszwang setzt.

Die Geschäftsführung hat deswegen Rationalisierungsmaßnahmen umgesetzt und wird natürlich auch künftig jede Chance zur Kosteneinsparung prüfen und Möglichkeiten zur Kostenreduktion suchen. Allerdings sind Personaleinsparungen im operativen Bereich der Bäder genau zu prüfen, da diese zu Einschränkungen von Sicherheits- und Hygienestandards führen könnten, die im schlimmsten Fall sogar tödliche Konsequenzen haben könnten.

6.b Chancen der Gesellschaft, Synergien

Oben aufgezeigte Risiken bestehen für die FMR und wären ebenso, wenn nicht gar schlimmer, immanent, wenn es nicht zur Verschmelzung gekommen wäre. Insofern ist ein größeres FMR Gebilde sicherlich besser gegen aufgezeigte Risiken gewappnet, als die vormals deutlich kleineren Einheiten.

Das Jahr 2018 war durch das Zusammenwachsen der vier Betriebsstätten zu einer Gesellschaft geprägt. Und auch wenn das Zusammenwachsen in den letzten Monaten die Kapazitäten der Gesellschaft stark beansprucht hat, gibt es dennoch erwähnenswerte Lichtblicke die nachfolgend betrachtet werden sollen:

Zum Ende des Jahres 2018 hatte die Gesellschaft T€ 632 Synergien bereits im Jahr 2018 realisiert oder in der Planung für 2019. Diese Synergien übertreffen die Prognosen deutlich und nur deswegen konnte die Gesellschaft das Jahr 2018 die Tariflohnerhöhung und die Kosten der Zentrale kompensieren und ergebnismäßig zufriedenstellend abschließen.

Die Synergien wurden fast ausschließlich im Verwaltungsbereich gehoben und sind vor allem dadurch entstanden, dass Aufgaben zentralisiert worden sind, dadurch befristete Arbeitsverträge in der Verwaltung nicht verlängert werden mussten und freiwerdende Verwaltungsstellen nicht oder im Umfang geringer wiederbesetzt werden konnten. Allerdings wurde jede sich auftuende Chance genutzt, so dass zurzeit im Verwaltungsbereich nachjustiert werden muss, die Gesellschaft also wieder leicht Personal aufbauen muss.

Synergien sind auch dadurch entstanden, dass die Betriebsstätten sich gegenseitig mit Personal geholfen haben. Bei der Besetzung der Schichten in den Bädern, bei Aufgaben in den Parks und auch bei den natürlich immer noch dezentral anfallenden Verwaltungsaufgaben wurde FMR-intern geholfen und Kosten gespart wo immer das möglich war. Diese Synergien wurden nicht quantitativ erfasst, sind also nicht bewertet und so auch nicht in obiger Zahl enthalten.

Auf Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung verzichtet die Gesellschaft auch im Jahr 2018 gänzlich. Allerdings wurde dieses Thema von der Geschäftsführung in mehreren Gremien angesprochen und mit zahlreichen politischen Entscheidern diskutiert wobei die Reaktionen nicht nur negativ waren. Zum Berichtszeitpunkt Frühsommer 2019 steht bereits fest, dass die Gesellschaft anfangen wird dieses Geschäftsfeld zu erschließen. Dieses neue Produkt muss aufgebaut werden und wird anfänglich zu Investitionsausgaben führen. Dieser Fortschritt ist aber als sehr wesentlich und übrigens auch als neu in diesem Umfeld zu bewerten, die Geschäftsführung sieht hier deutliche finanzielle Chancen.

In der Größe der Gesellschaft liegen Potentiale für die Zukunft, z. B. in einheitlichen, kostengünstigen und qualitativ noch hochwertigeren Prozessen, in einer gemeinsamen Vermarktung mit Preisen, die sich nicht untereinander Konkurrenz machen, mit abgestimmten Angeboten, besseren Einkaufskonditionen und flacheren und einheitlichen Verwaltungswe-

gen. Viele Chancen zur Kostenreduzierung und Erlössteigerung können mit digitalen Möglichkeiten für Kunden und mit digitalen Abläufen für Mitarbeiter verwirklicht werden.

Die Idee „Verschmelzung zur FMR“ funktioniert, die Wirkung der zahlreichen Synergien belegt dies. Es wäre eine große Chance für die FMR, wenn es zum Abschluss des Transformationsprozesses mit dem Verschmelzungsschritt 2, Wischlingen und Gysenberg, käme. In diesem Fall könnten weitere Synergien im mittleren sechsstelligen Bereich in Wischlingen, Gysenberg und der FMR innerhalb der nächsten 24 Monate gehoben werden. Allerdings schließen sich hier kritische Zeitfenster, da es bei der FMR auf der Verwaltungsseite zu einer Nachjustierung kommen muss der nun mit Personalressourcen aus Wischlingen und Gysenberg besetzbar wäre. Käme es zu dem Verschmelzungsschritt 2, wäre außerdem auch die kritische Größe erreicht um wichtige Querschnittsthemen wie Beschaffung und Ausschreibungen, Unterstützung durch einen Architekten, zentrales IHK- und Parkmanagement zu besetzen.

6.c Voraussichtliche Entwicklung

Zwar sind die Bäder und Saunen betriebssicher und entsprechen auch technischen Anforderungen. Dennoch gilt es, einen Instandhaltungsstau vor allem auf der Ausstattungsseite zu beheben, die Anlagen energetisch zu optimieren und sie ganz allgemein attraktiver zu gestalten. Dazu bedarf es der Hilfe der Gesellschafter bzw. anderer externer Partner.

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019 sieht Umsatzerlöse in Höhe von T€ 11.851, Gesellschafterzuschüsse von T€ 3.858 und Aufwendungen von T€ 18.142 vor. In Summe rechnet die Gesellschaft mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 5.678. Es wird mit einem nicht durch Einnahmen und Gesellschafterzuschüssen gedeckten Werteverzehr des Gesellschaftsvermögens von T€ 964 (wesentlicher finanzieller Leistungsindikator) gerechnet. Für 2018 sind nur geringe Investitionen in Höhe von T€ 262 geplant.

Der Werteverzehr des Gesellschaftsvermögens (Jahresfehlbetrag abzüglich Gesellschafterzuschüsse) im Jahr 2018 von T€ 1.089 und der geplante Werteverzehr des Gesellschaftsvermögens im Jahr 2019 von T€ 964 beeinträchtigen die langfristige Entwicklung der Gesellschaft. Es sind Maßnahmen zu Steigerung der Einnahmen, der Gesellschafterzuschüsse oder zur Senkung der Aufwendungen notwendig. Die Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft erfordert die ausreichende und rechtzeitige Gewährung von Gesellschafterzuschüssen.

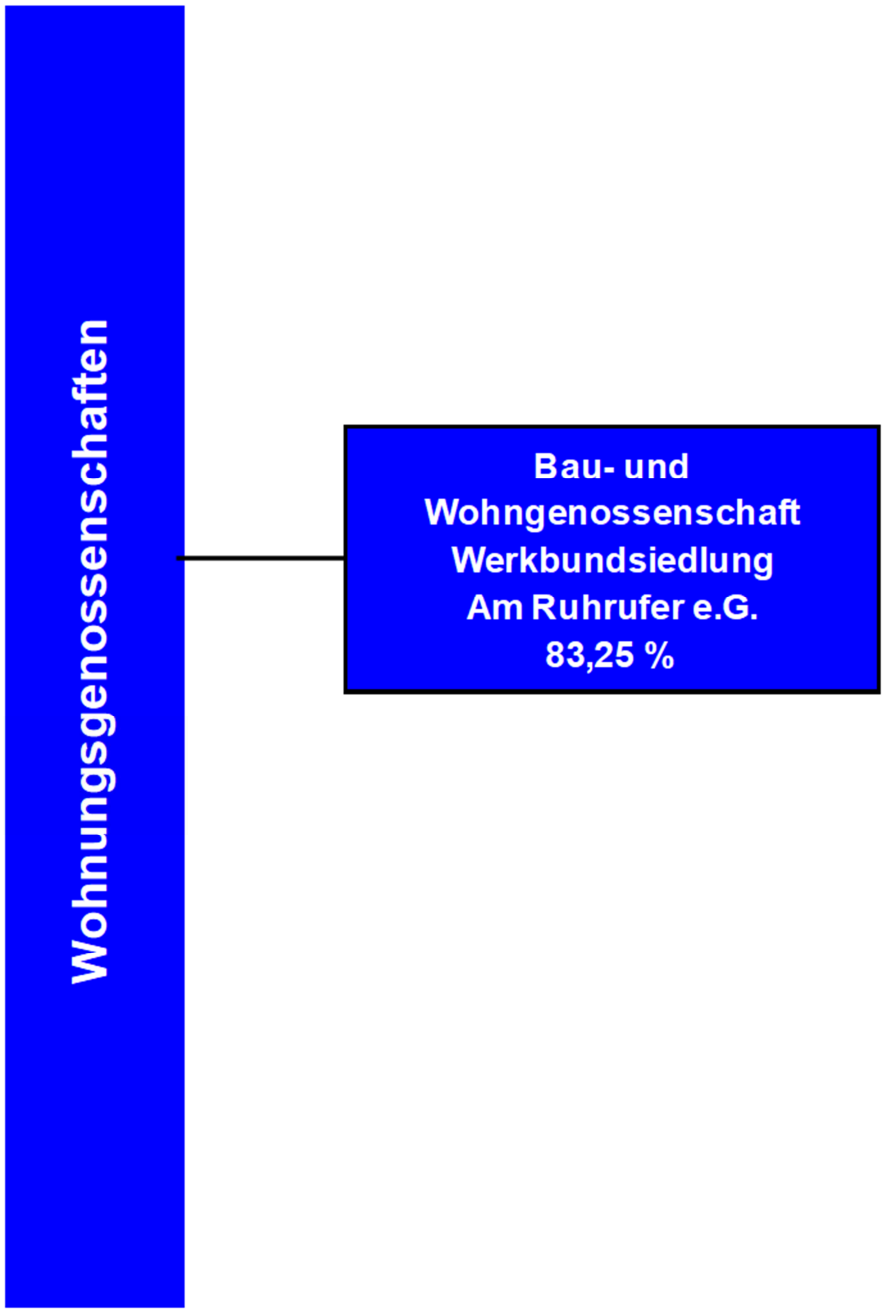
Trotz der Senkung der Personalkosten im administrativen Bereich steigen die Personalkosten insgesamt, bedingt durch die Auswirkungen der Tariferhöhungen. Die Betriebskostenzuschüsse dagegen sind seit 10 Jahren festgeschrieben. Die Gesellschafter einzelner Betriebsstätten leisten bei Bedarf zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes und für unabweisbare Maßnahmen Sonderzuschüsse in nicht unerheblichem Umfang. Obwohl die Belastungen durch den Kapitaldienst jährlich abnehmen, wird zur langfristigen Sicherung der Liquidität der Gesellschaft letztlich eine Erhöhung der Betriebskosten- und Investitionszuschüsse durch die Gesellschafter unumgänglich sein, falls sich die Geschäftsentwicklung in den Jahren 2019 und folgende nicht deutlich verbessert.

Bochum, 6. Juni 2019

Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR)

Jürgen Hecht
Geschäftsführer

Wohnungsgenossenschaften



Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Hauerweg 16
46049 Oberhausen

Kontakt:

Rechtsform: eG

Stammkapital in T€: 201,45

Gesellschafter:

	T€	%
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	33,74	16,75
Stadt Oberhausen	167,70	83,25

Gegenstand des Unternehmens:

Errichtung und Bewirtschaftung von Wohneinheiten und Gemeinschaftsanlagen mit verschiedenen Rechts- und Nutzungformen im Bebauungsplangebiet Nr. 137 B - Behrensstr./Fährstr.'/Am Ruhrufer Sanierungsgebiet Zechengelände Alstaden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Vorstand:	Vorsitzender	Schlünzen, Helmut
	Mitglied	van Bremen, Harald
	Mitglied	Mühle, Stefan
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Hammen, Margret
	Mitglied	van Suntum, Ute
	Mitglied	Nagel, Werner
	Mitglied	Schulz-Ebers, Carina
	Mitglied	Perez, Nino
Generalversammlung:		Willecke, Thomas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	1.528,88	92,5	1.499,69	90,9	1.470,49	89,4	-29,20	-1,95
Umlaufvermögen	123,49	7,5	150,14	9,1	174,62	10,6	24,48	16,30
Bilanzsumme	**1.652,37**	**100,00**	**1.649,82**	**100,00**	**1.645,11**	**100,00**	**-4,71**	**-0,29**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	555,42	33,6	581,72	35,3	606,58	36,9	24,86	4,27
Rückstellungen	6,00	0,4	5,26	0,3	4,59	0,3	-0,67	-12,74
Verbindlichkeiten	1.090,29	66,0	1.062,37	64,4	1.033,95	62,8	-28,42	-2,68
Rechnungsabgrenzungsposten	0,66	0,0	0,48	0,0			-0,48	-100,00
Bilanzsumme	**1.652,37**	**100,00**	**1.649,82**	**100,00**	**1.645,11**	**100,00**	**-4,71**	**-0,29**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	143,34	142,55	142,61
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-0,97	-0,40	1,17
sonstige betriebliche Erträge		4,00	4,00
Materialaufwand	58,55	50,05	54,80
Abschreibungen	29,20	29,20	29,20
sonstige betriebliche Aufwendungen	4,73	7,51	6,77
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,63	0,31	0,31
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26,76	26,08	25,13
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	23,76	33,62	32,19
sonstige Steuern	7,00	7,33	7,33
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	16,76	26,30	24,86
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	3,30	3,88	4,05
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	16,18	26,13	24,49
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3,88	4,05	4,42

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11,69	18,45	17,43	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,04	4,55	4,13	%
Cash-Flow:	45,96	55,49	54,06	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

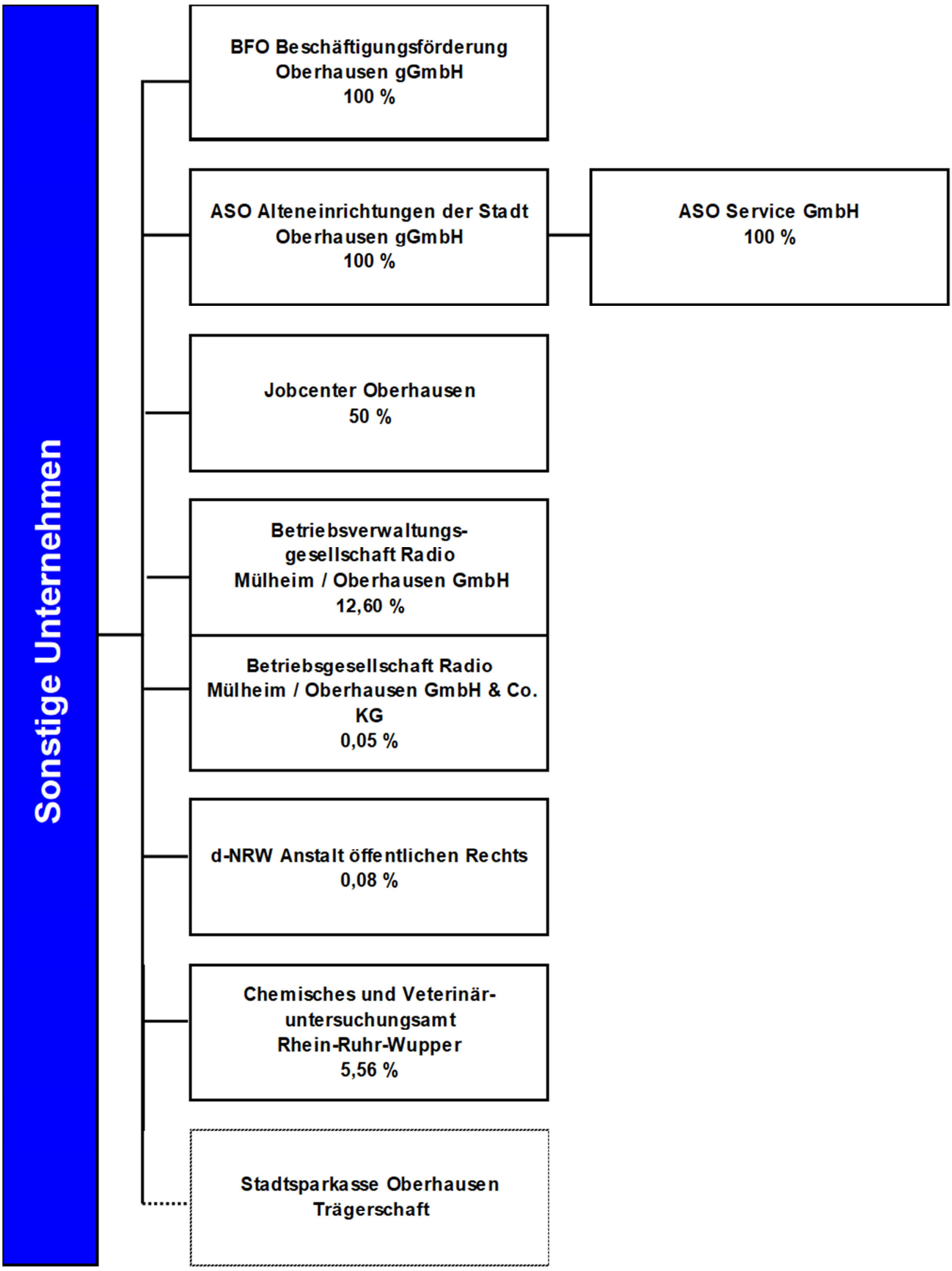
dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

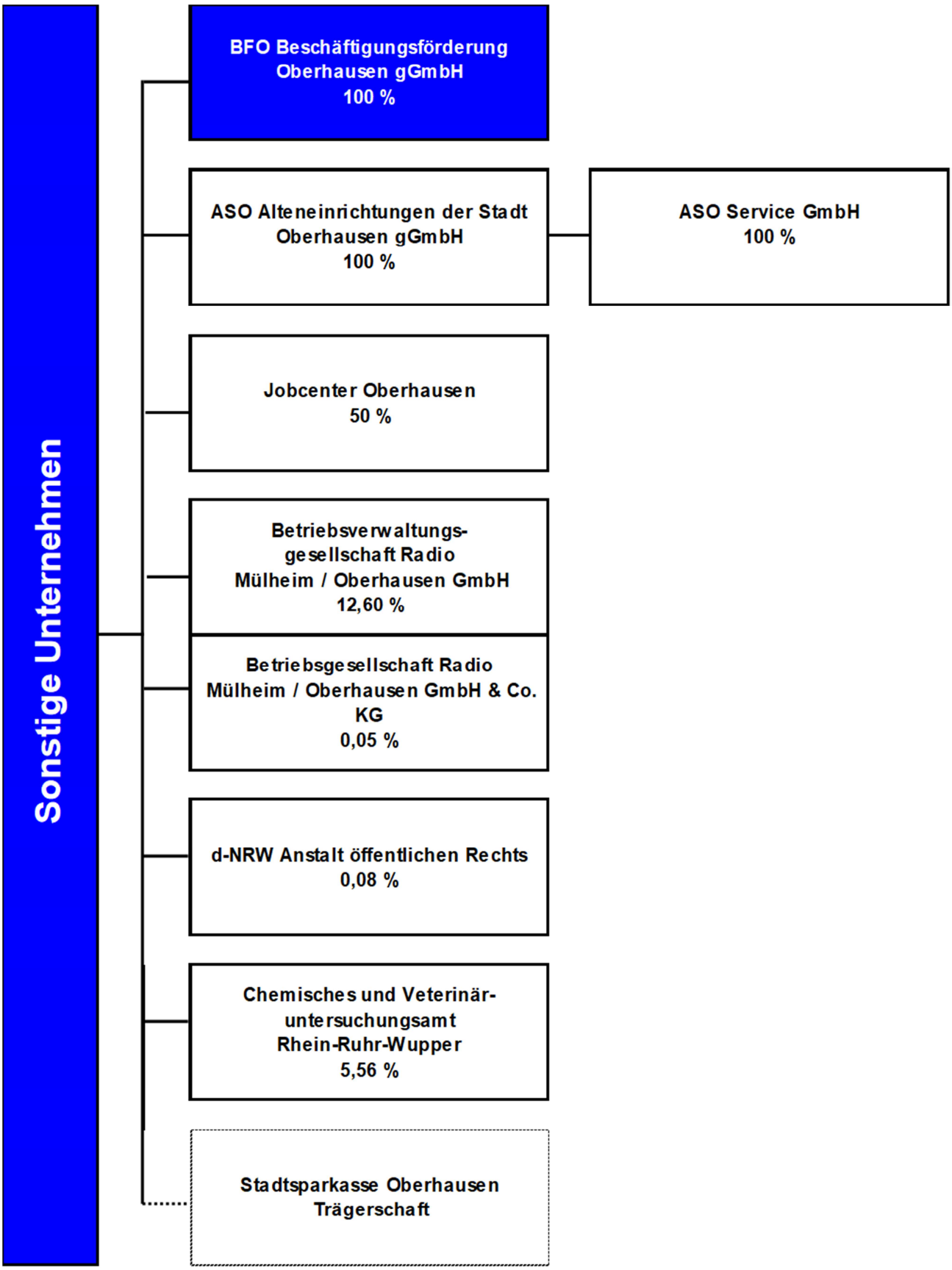
	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,53	90,90	89,39	%
Eigenkapitalquote:	33,61	35,26	36,87	%
Fremdkapitalquote:	66,39	64,74	63,13	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.

Sonstige Unternehmen




Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100 %
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50 %
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,05 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts 0,08 %
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56 %
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Gewerkschaftsstraße 76-78
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/46839100
Fax	0208/46839111
e-Mail	achim.kawicki@bfo.oberhausen.de

Rechtsform: gGmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- die aktive Beschäftigungsförderung, die sich an die am Arbeitsmarkt benachteiligten Personengruppen richtet, insbesondere an
-- Sozialhilfeempfänger/innen, die aufgrund Arbeitslosigkeit oder unzureichenden Erwerbseinkommens Sozialhilfe beziehen
-- Arbeitslose, die von Sozialhilfebedürftigkeit bedroht sind,
-- Geringqualifizierte und Jugendliche ohne Schul- und/oder Berufsabschluss
-- Berufsrückkehrer/innen nach der Familienphase

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Leistungsvertrag mit der OGM GmbH vom 05.03.2001
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 20.12.00
Stadt Oberhausen	Vereinbarung mit der Stadt Oberhausen vom 20.12.00 (Leistungsvertrag)

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kawicki, Achim
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Münich, Elke

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied gem. § 113 GO	Beulshausen, Andreas
	Mitglied	Bennewa, Helmut
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Brands, Beatriks
	Mitglied	Breuckmann, Ludgerus
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Hansen, Heike
	Mitglied	Kamps, Jochen
	Mitglied	Kösling, Anja
	Mitglied	Lampe, Siegfried
	Mitglied	Lenz, Eugen
	Mitglied	Opitz, Stefanie
	Mitglied	Pascheberg, René
	Mitglied	Pusch, Jörg
	Mitglied	Radtke, Dorothee
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Walther, Andrea-Cora
	Mitglied	Girrullis, Sebastian
	Mitglied	Lösken, Kathrin
	Mitglied	Selonke, Yannah
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Bohnes, Frank
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	stellv. Mitglied	Boos, Regina
	stellv. Mitglied	Derksen, René
	stellv. Mitglied	Hake, Michael
	stellv. Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
	stellv. Mitglied	Kirsten, Hildegard
	stellv. Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	stellv. Mitglied	Laß, Heike
	stellv. Mitglied	Matzat, André
	stellv. Mitglied	Paß, Eugen
	stellv. Mitglied	Rubin, Dirk
	stellv. Mitglied	Rudl, Rainer
	stellv. Mitglied	Sahin, Bülent
	stellv. Mitglied	Sporkmann, Bernhard
	stellv. Mitglied	Stelzer, Johannes
	stellv. Mitglied	Wesely, Kai
	stellv. Mitglied	Wolter, Horst
	stellv. Mitglied	Wolter, Marita
	stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan
	stellv. Mitglied	Preißler, Lydia
	stellv. Mitglied	Tonn, Gaby
	stellv. Mitglied	Gadde, Andreas
	stellv. Mitglied	Janetzki, Maximilian

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	0,96	0,8	0,36	0,3	1,04	0,8	0,68	188,89
Umlaufvermögen	116,08	99,2	106,32	99,7	130,59	99,2	24,27	22,83
Bilanzsumme	**117,04**	**100,00**	**106,68**	**100,00**	**131,63**	**100,00**	**24,95**	**23,39**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	87,44	74,7	81,51	76,4	80,03	60,8	-1,48	-1,82
Rückstellungen	12,90	11,0	10,80	10,1	35,90	27,3	25,10	232,41
Verbindlichkeiten	16,70	14,3	14,38	13,5	15,71	11,9	1,33	9,25
Bilanzsumme	**117,04**	**100,00**	**106,68**	**100,00**	**131,63**	**100,00**	**24,95**	**23,39**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	161,48	162,09	148,13
sonstige betriebliche Erträge	0,38	0,43	0,36
Personalaufwand	163,15	144,69	126,89
Abschreibungen	2,55	0,60	0,46
sonstige betriebliche Aufwendungen	22,96	23,17	22,63
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,01	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-26,80	-5,94	-1,48
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-26,80	-5,94	-1,48
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-26,80	-5,94	-1,48
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-16,59	-3,66	-1,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	-30,64	-7,29	-1,85	%
Cash-Flow:	-24,25	-5,34	-1,02	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	53,95	54,17	49,50	T€
Personalaufwandsquote:	100,80	89,03	85,45	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,82	0,34	0,79	%
Eigenkapitalquote:	74,71	76,40	60,80	%
Fremdkapitalquote:	25,29	23,60	39,20	%

e) Lagebericht

1. Ausgangslage

Vor dem Hintergrund der zum 01.04.2012 beschlossenen Neuregelungen des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt, entschied der Rat der Stadt Oberhausen in seiner Sitzung am 19.03.2012 und nachfolgend die Gesellschafterversammlung der BFO am 26.04.2012, den operativen Geschäftsbetrieb der BFO zum 31.12.2012 einzustellen. Diese Entscheidungen wurden in der Ratssitzung am 19.11.2012 und in der Gesellschafterversammlung am 21.11.2012 insoweit geändert, dass der Geschäftsbetrieb der BFO gGmbH nicht vollständig zum 31.12.2012 eingestellt wird, sondern die Tätigkeit der Beratungsstelle Jugend und Beruf über den 31.12.2012 hinaus bei der BFO gGmbH verbleibt.

2. Geschäftsentwicklung / Erfüllung des Gesellschaftszweckes

Während des gesamten Jahres 2018 wurde die vom Land NRW geförderte „Beratungsstelle Jugend und Beruf“ weitergeführt, die seit der Betriebsaufnahme im Jahr 2001 bei der BFO angesiedelt ist. Im Geschäftsjahr wurde die Beratungstätigkeit durch eine Teilzeit- und zwei Vollzeitfachkräfte durchgeführt. Die Zielgruppe der zu beratenden benachteiligten Jugendlichen im Übergang von der Schule zum Beruf gliedert sich unverändert insbesondere in folgende Personengruppen:

- Haupt-, Förder- und Gesamtschüler/Innen vorwiegend im 9. und 10. Schulbesuchsjahr
- sozial und individuell beeinträchtigte Jugendliche
- schulmüde und schulverweigernde Jugendliche
- Abbrecher/Innen schulischer und beruflicher Bildungsgänge
- berufsschulpflichtige Jugendliche ohne Ausbildungsplatz
- arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche
- Jugendliche mit Migrationshintergrund
- Flüchtlinge in der Berufsorientierung

Das Angebot der Beratungsstelle „Jugend und Beruf“ der BFO umfasst sowohl die klassische Einzelberatung als auch zielorientierte Gruppenveranstaltungen.

Die BFO ist mit ihrer tatsächlichen Geschäftstätigkeit der Erfüllung Ihres Gesellschaftszweckes auch im Jahr 2018 erfolgreich nachgekommen.

3. Organisatorische und personelle Entwicklung

Drei Fachkräfte waren im Jahr 2018 tätig. Die Geschäftsführung wurde nebenamtlich durch einen städtischen Beamten sichergestellt.

4. Finanzielle Entwicklung

Vor dem Hintergrund der Haushaltssanierung der Stadt Oberhausen und der Verpflichtung der Gesellschaft, die in Vorjahren gebildeten Rücklagen nach § 58 Abs. 6 AO mittelfristig abzubauen, weist die Gesellschaft zum 31.12.2018 einen planmäßigen Verlust in Höhe von 1 TEUR aus. In der Finanzplanung 2019 – 2023 sind weitere Verluste in Höhe von TEUR 38 eingeplant. Nach Verbrauch der Rücklage ist die Finanzierung der Gesellschaft durch erhöhte Gesellschafterzuschüsse sichergestellt.

5. Ausblick und Fazit

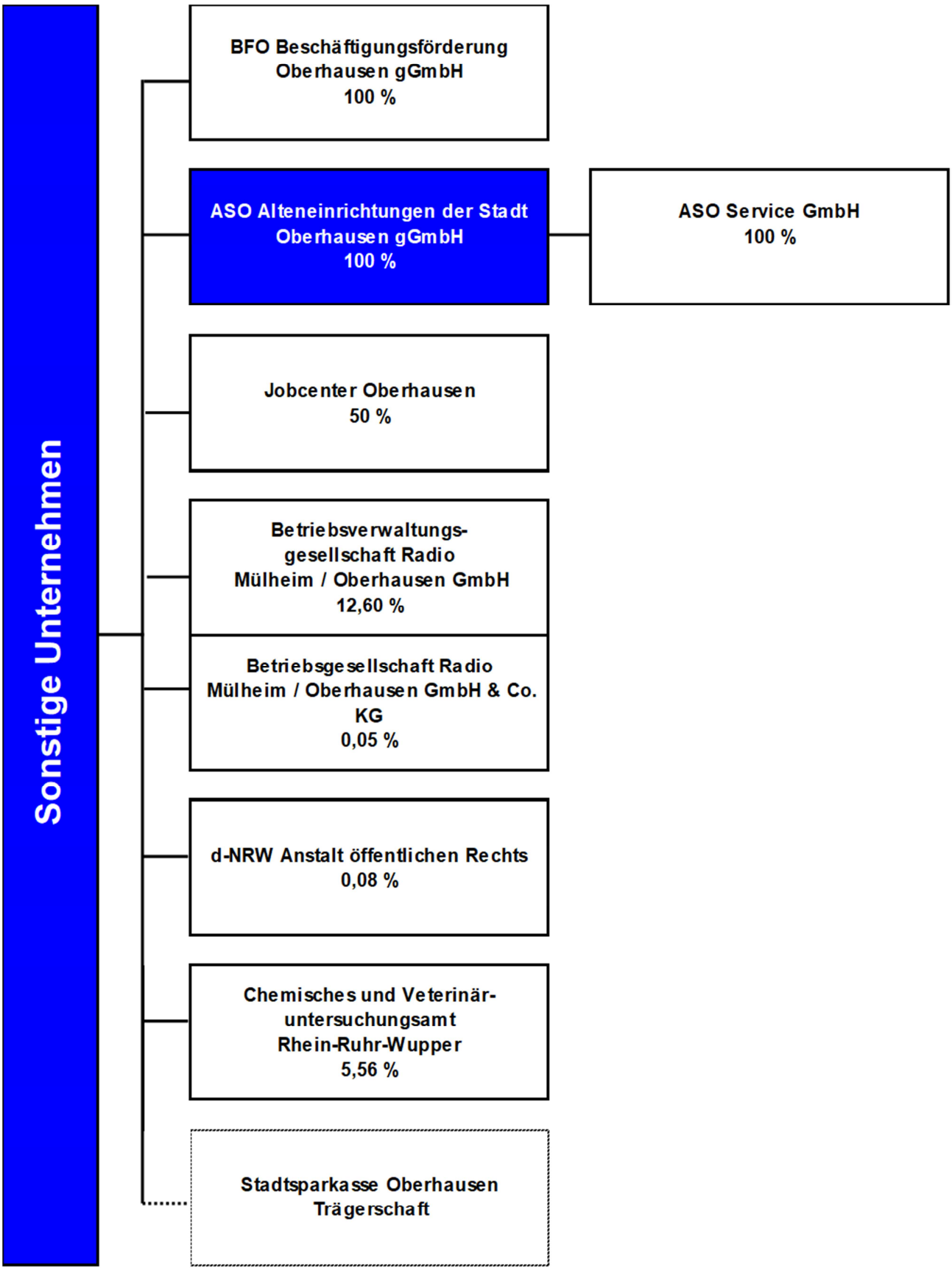
Auch im Jahr 2019 verbleibt als alleinige Aufgabe der BFO die ausgeübte Tätigkeit der Beratung von benachteiligten Jugendlichen, die sich im Übergang von der Schule in den Beruf befinden.

Im Zusammenhang mit dem am 01. Januar 2019 in Kraft getretenen Teilhabechancengesetz zur „Schaffung neuer Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt“ hat der Rat der Stadt Oberhausen in seiner Sitzung am 01. April 2019 über ein Handlungskonzept zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit in Oberhausen entschieden. In diesem Kontext wurde auch die Entscheidung getroffen, dass die BFO mit Ablauf des Jahres 2019 aufzulösen ist und die Beratungsstelle Jugend und Beruf sowie deren Fachkräfte mit Beginn des Jahres 2020 von der BFO zur Stadt Oberhausen zurückgeführt werden sollen.

Oberhausen, 02. April 2019

Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH (BFO)

Margit Köhler
Geschäftsführerin


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,05 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,08 %
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/691200
Fax	0208/691770
e-Mail	udo.spiecker@aso-ggmbh.de
Internet	www.aso-ggmbh.de/

Rechtsform: gGmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie die ambulante und stationäre Pflege in der Regel alter Menschen. Zu diesem Zweck betreibt die Gesellschaft Altenpflegeheime. Darüber hinaus bewirtschaftet die Gesellschaft Alten- und Betreuerwohnungen und betreibt eine Tagespflegeeinrichtung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
ASO Service GmbH	Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH
Diverse	Heimverträge, Pachtverträge, Mietverträge, Betreuungsverträge
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 27.05.2002
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag vom 17.12.2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Spiecker, Udo
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Münich, Elke

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied gem. § 113 GO	Bohnes, Frank
	Mitglied	Bennewa, Helmut
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Brands, Beatriks
	Mitglied	Breuckmann, Ludgerus
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Hansen, Heike
	Mitglied	Kamps, Jochen
	Mitglied	Kösling, Anja
	Mitglied	Lampe, Siegfried
	Mitglied	Lenz, Eugen
	Mitglied	Opitz, Stefanie
	Mitglied	Pascheberg, René
	Mitglied	Pusch, Jörg
	Mitglied	Radtke, Dorothee
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Walther, Andrea-Cora
	Mitglied	Girrullis, Sebastian
	Mitglied	Lösken, Kathrin
	Mitglied	Selonke, Yannah
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Beulshausen, Andreas
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	stellv. Mitglied	Boos, Regina
	stellv. Mitglied	Derksen, René
	stellv. Mitglied	Hake, Michael
	stellv. Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
	stellv. Mitglied	Kirsten, Hildegard
	stellv. Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	stellv. Mitglied	Laß, Heike
	stellv. Mitglied	Matzat, André
	stellv. Mitglied	Paß, Eugen
	stellv. Mitglied	Rubin, Dirk
	stellv. Mitglied	Rudl, Rainer
	stellv. Mitglied	Sahin, Bülent
	stellv. Mitglied	Sporkmann, Bernhard
	stellv. Mitglied	Stelzer, Johannes
	stellv. Mitglied	Wesely, Kai
	stellv. Mitglied	Wolter, Horst
	stellv. Mitglied	Wolter, Marita
	stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan
	stellv. Mitglied	Preißler, Lydia
	stellv. Mitglied	Tonn, Gaby
	stellv. Mitglied	Gadde, Andreas
	stellv. Mitglied	Janetzki, Maximilian

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
ASO Service GmbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		**2017**		**2018**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	9.662,88	75,8	9.400,17	73,8	9.133,62	72,1	-266,55	-2,84
Umlaufvermögen	3.074,23	24,1	3.331,69	26,2	3.522,29	27,8	190,60	5,72
Rechnungsabgrenzungsposten	4,22	0,0	3,82	0,0	13,11	0,1	9,29	243,19
Bilanzsumme	**12.741,33**	**100,00**	**12.735,68**	**100,00**	**12.669,02**	**100,00**	**-66,66**	**-0,52**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	3.728,34	29,3	3.494,43	27,4	3.648,97	28,8	154,54	4,42
Rückstellungen	2.582,41	20,3	2.799,15	22,0	2.304,91	18,2	-494,24	-17,66
Verbindlichkeiten	5.987,94	47,0	6.032,83	47,4	6.318,11	49,9	285,28	4,73
Rechnungsabgrenzungsposten	442,64	3,5	409,27	3,2	397,03	3,1	-12,24	-2,99
Bilanzsumme	**12.741,33**	**100,00**	**12.735,68**	**100,00**	**12.669,02**	**100,00**	**-66,66**	**-0,52**

bb) GuV

	2016	**2017**	**2018**
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	19.862,61	20.148,42	20.781,04
sonstige betriebliche Erträge	979,58	250,16	607,48
Materialaufwand	4.528,46	4.765,41	4.903,88
Personalaufwand	11.298,92	11.545,12	11.571,43
Abschreibungen	344,11	327,84	321,50
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.377,21	3.961,41	4.405,83
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,05	0,01	0,01
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	34,45	32,72	31,33
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	259,08	-233,91	154,55
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,17		
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	258,91	-233,91	154,55
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	258,91	-233,91	154,55

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,30	-1,16	0,74	%
Eigenkapitalrentabilität:	7,46	-6,27	4,42	%
Cash-Flow:	603,02	93,93	476,05	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	75,79	99,18	106,62	T€
Personalaufwandsquote:	54,21	56,60	54,10	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	71,55	69,66	68,06	%
Eigenkapitalquote:	29,26	27,44	28,80	%
Fremdkapitalquote:	70,74	72,56	71,20	%

e) Lagebericht

I. Geschäft- und Rahmenbedingungen

Der ASO-Verbund

Der ASO-Verbund besteht aus den beiden privatrechtlichen Gesellschaften „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ und „ASO Service GmbH“ sowie aus der öffentlichrechtlichen eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“.

Dieser Lagebericht bezieht sich ausschließlich auf die gemeinnützige GmbH.

Entsprechend der Satzung und des Gesellschaftsvertrages ist der Zweck der Gesellschaft die Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie die ambulante und die stationäre Pflege in der Regel alter Menschen. Zu diesem Zweck betreibt die Gesellschaft Altenpflegeheime. Darüber hinaus bewirtschaft die Gesellschaft Alten- und Betreuerwohnungen, betreibt einen ambulanten Pflegedienst und zwei Tagespflegeeinrichtungen.

Organe der gemeinnützigen Gesellschaft sind gemäß Satzung Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung. Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus den stimmberechtigten Mitgliedern des Sozialausschusses der Stadt Oberhausen sowie einem Mitglied gemäß § 113 Abs.2 Satz 2 GO NW besteht. Der Aufsichtsrat hat ferner stellvertretende Mitglieder. Für die stellvertretenden Mitglieder gelten die für Aufsichtsratsmitglieder geltenden Regelungen des Gesellschaftsvertrages. Die Mitglieder werden durch den Rat der Stadt entsandt. Die Tätigkeit der Mitglieder des Aufsichtsrates ist ehrenamtlich.

Geschäftsführer der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH ist Herr Udo Spiecker.

Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

Die Nutzung der sich über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Grundstücks- und Gebäudekomplexe an der Elly-Heuss-Knapp-Straße und an der Siepenstraße 30 richtet sich zunächst nach den beiden Pachtverträgen, die am 20. Juni 2002 zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH abgeschlossen worden sind. Danach ist die ASO gGmbH als Pächterin verpflichtet, die Substanz des gepachteten Anlagevermögens zu erhalten und zu erneuern. Dazu führt die Pächterin eigenverantwortlich Unterhaltungs- und Instandhaltungsarbeiten im Bereich der Einrichtungen für eigene Rechnung durch und übernimmt somit sämtliche mit der Abwicklung dieser Baumaßnahmen verbundenen Aufwendungen. Die Bausubstanz betreffende Investitionen (Erweiterung, Neubau), soweit es sich nicht um sogenannte Pächtereinbauten handelt, sind alleinige Sache der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung als Verpächterin, die sich zur Umsetzung ihrer Projekte der Pächterin bedient. Pächtereinbauten sind vor Beginn der jeweiligen Maßnahme mit der Verpächterin abzustimmen.

Gebäudebezogene Investitionen im handels- und steuerrechtlichen Sinne sind, wie bereits vor Gründung der ASO gGmbH im Jahre 2001, über die vermögensverwaltende eigenbetriebsähnliche Einrichtung abzuwickeln, da die ASO gGmbH die hierfür entstehenden Kosten nicht bilanziell aktivieren kann (Investition in fremdes Eigentum).

Der sich auf die Grundstücke und Gebäudekomplexe an der Elly-Heuss-Knapp-Straße beziehende Pachtvertrag vom 20. Juni 2002 wurde am 22. Dezember 2006 dahingehend redaktionell verändert, dass eindeutig klargestellt wurde, dass Sonderabschreibungen von der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung getragen werden müssen und nicht in den von der ASO gGmbH zu tragenden Pachtzins einbezogen werden können.

Durch eine weitere Änderung des Pachtvertrages vom 22. Dezember 2006 wurde die zum „Haus Bronkhorstfeld“ gehörende Grundstücksfläche und die zu ihm gehörende Gebäudesubstanz aus der Pachtzinsberechnung vom 20. Juni 2002 herausgelöst und insoweit auf die besonderen Regelungen des Pachtvertrages vom 22. Dezember 2006 zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH für das neu errichtete „Haus Bronkhorstfeld“ verwiesen.

Nach vorangegangener Beschlussfassung durch den Betriebsausschuss wurde hinsichtlich der an der Elly-Heuss-Knapp-Straße gelegenen Grundstücke und Gebäudekomplexe im Juli 2009 die dritte Änderung des Pachtvertrages vom 20. Juni 2002 vertraglich vereinbart. Danach wurde die bislang im Wesentlichen mit Haus II bebaute Grundstücksfläche ausparzelliert und besonderen vertraglichen Regelungen unterworfen.

Diese sehen für diese Teilfläche eine Pachtdauer von 50 Jahren vor, verpflichteten den ASO Eigenbetrieb als Verpächterin zum Abriss der auf der Teilfläche befindlichen Gebäudesubstanz und berechtigen die ASO gGmbH als Pächterin, die überlassene Fläche zu satzungsgemäßen Zwecken zu nutzen, insbesondere zu bebauen und an Dritte weiterzuverpachten. Der Pachtzins setzt sich zusammen aus einem einmaligen Zuschuss für den vom ASO Eigenbetrieb zu tragenden Abriss von Haus II (in 2010) und dauerhaft jährlichen Zuschüssen in Höhe der noch auf Haus II liegenden jährlichen Darlehensverpflichtungen.

Weiterentwicklung der Gebäudestruktur der Elly-Heuss-Knapp-Straße

Mit dem Abriss von Haus II des aus Haus I und Haus II bestehenden „Haus am Brunnen“ und der im Juli 2009 vereinbarten dritten Änderung des Pachtvertrages vom 20. Juni 2002 sollten die Voraussetzungen für die Errichtung eines Ersatzneubaus geschaffen werden. Dieser sollte entsprechend der Ratsentscheidung aus Februar 2009 auf der Abrissfläche errichtet werden, und zwar über die ASO gGmbH.

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen wurden jedoch von dieser die mit dem Bau gegebenenfalls verbundenen Risiken als zu hoch eingeschätzt, so dass der Aufsichtsrat der ASO gGmbH sich im Dezember 2009 für die Alternative des Wirtschaftsplans 2010 entschieden hatte, die den ursprünglich geplanten Neubau nicht mehr vorsah. Die abschließende Entscheidung durch die politischen Gremien wurde im Frühjahr 2010 getroffen. Der Rat der Stadt beschloss am 3. Mai 2010, von dem ursprünglich geplanten Ersatzneubau abzusehen und den Heimbetrieb im „Haus am Brunnen“ (Haus I) spätestens bis zum Ablauf der von Feuerwehr und Bauordnung akzeptierten Übergangsfrist (30. Juni 2011) einzustellen.

Zugleich wurde vom Rat beschlossen, nach Einstellung des Heimbetriebs das „Haus am Brunnen“ abzureißen und die mit dem Abriss verbundenen Kosten von der ASO gGmbH tragen zu lassen. Ferner wurde diese verpflichtet, auch die auf dem Haus noch liegenden Darlehensverpflichtungen ebenfalls dauerhaft auch nach dem Abriss zu tragen.
Der Rat der Stadt und der ASO-Aufsichtsrat hatten sich nicht nur gegen den Ersatzneubau, sondern auch dafür ausgesprochen, für die durch den Abriss von „Haus am Brunnen“ frei werdende Fläche Nutzungsalternativen unter der Prämisse Wohnen, Betreuen und Versorgen älterer Menschen zu erarbeiten. Zugleich wurde der Geschäftsführer der ASO gGmbH von deren Aufsichtsrat beauftragt, mit der Stadt Oberhausen als Grundstückseigentümerin Kaufverhandlungen hinsichtlich der für die Bebauung notwendigen Fläche aufzunehmen. Darüber hinaus sollte die Frage des Erhalts des Saales an der Elly-Heuss-Knapp-Straße bzw. der damit verbundene Kostenaufwand über das Architekturbüro Dr. Schramm-Fronemann Partner, Gelsenkirchen, geklärt werden.

Auf der Grundlage der abgearbeiteten Prüfaufträge wurden von der Stadt als Eigentümerin und der ASO gGmbH folgende Entscheidungen in 2011 getroffen:

- Der Saal an der Elly-Heuss-Knapp-Straße soll nicht abgerissen, sondern neu gestaltet werden.
- Auf der durch den Abriss vom „Haus am Brunnen“ frei werdenden Fläche sollen zwei sich gegenüberliegende Gebäude mit 30 bzw. 28 Wohnungen errichtet werden. Die Wohnungen verteilen sich auf jeweils 3 Geschosse zuzüglich Staffelgeschoss. In den beiden Staffelgeschossen sollen pro Gebäude 4 frei finanzierte Wohnungen entstehen, während die übrigen 50 Wohnungseinheiten mit öffentlichen Fördergeldern errichtet werden sollen.
- Die für den Neubau benötigte Grundstücksfläche wird ebenso wie die auf den Saal entfallende Fläche an die ASO gGmbH veräußert.
- Die mit dem Abriss von „Haus am Brunnen“ verbundenen Kosten sind von der ASO gGmbH zu tragen.

Am Ende des Jahres 2011 stand fest, dass das von der ASO gGmbH geplante Projekt auch die beantragte öffentliche Förderung erfahren würde, so dass die Realisierung des Bauvorhabens und eine dauerhafte adäquate Folgenutzung der fraglichen Grundstücksfläche gewährleistet sein würden. Der Grundstückskaufvertrag wurde im September 2011 geschlossen, die Eigentumsumschreibung von der Stadt auf die ASO gGmbH erfolgte im Juli 2012. Ende 2012 wurde mit dem Bau der beiden Häuser an der Elly-Heuss-Knapp-Straße 5 und 5 a begonnen. Im Juli 2014 waren alle Wohnungen bezogen.

Weiterentwicklung der Gebäudestruktur an der Siepenstraße 30

In den zurückliegenden Berichtsjahren wurde mehrfach auf die Notwendigkeit einer strategischen Neuausrichtung der zum Louise-Schroeder-Heim gehörenden Gebäudesubstanz hingewiesen. Der Fokus der Überlegungen richtete sich dabei auf Haus III, da dieser Gebäudeteil ohne eine umfassende Modernisierung und Brandschutzoptimierung ab August 2018 nicht mehr als stationäre Pflegeeinrichtung genutzt werden dürfte. Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile der beiden denkbaren Alternativen „Modernisierung von Haus III“ oder „Ersatzneubau“ sahen Verwaltung der Stadt Oberhausen, Betriebsleitung des ASO Eigenbetriebs und Geschäftsführung der ASO gGmbH in dem „Ersatzneubau“ die zukunftsorientiertere Lösung und schlugen deshalb dem Rat der Stadt die Errichtung eines Ersatzneubaus mit 80 Plätzen vor. Diesem Vorschlag ist der Rat am 21. November 2016 gefolgt.

Das neue Gebäude wird vom ASO Eigenbetrieb errichtet und soll nach seiner Fertigstellung Mitte 2021 an die ASO gGmbH verpachtet werden.

II. Entwicklung des operativen Geschäfts

Die ASO gGmbH betreibt 3 stationäre Pflegeeinrichtungen mit insgesamt 409 Plätzen. Davon entfallen 99 Plätze auf „Haus Bronkhorstfeld“, 60 Plätze auf die „Seniorenresidenz am OLGA-Park“ sowie 250 Plätze (bis zum 31. Juli 2018 268 Plätze) auf das „Louise-Schroeder-Heim“.

Jahresdurchschnittlich konnte mit einer Auslastungsquote von 92,1 % (Vorjahr: 95,1 %) bei Zugrundelegung von 250 Plätzen bzw. einer Auslastungsqoute von 88,7 % zu 91,1 % im Vorjahr (bei abgestimmtemn 268 Plätzen) nur ein Auslastungsniveau erreicht werden, das um 3,0 % unter dem des zuletzt erzielten Niveaus liegt.

Die Auslastung im „Haus Bronkhorstfeld“ lag bei 98,1 % (Vorjahr: 97,5 %) in der „Seniorenresidenz am OLGA-Park“ bei 98,1 % (Vorjahr: 99,0 %) und im „Louise-Schroeder-Heim“ bei 88,3 % (Vorjahr: 93,1 %) bzw. 82,4 % (Vorjahr: 86,9 %).

Das „Louise-Schroeder-Tagespflegezentrum“ konnte ebenso wie das „Tagespflegezentrum am Steigerhaus“ mit einer Auslastungsquote von 98,0 % (Vorjahr: 99,2 %) bzw. 99,4 % (Vorjahr: 99,2 %) auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken.
Der ambulante Betriebszweig des Unternehmens hat sich mit dem „ Elly-Heuss-Knapp-Quartier / Häuslicher Pflegedienst“ ebenfalls erneut am Oberhausener Pflegemarkt behaupten können, auch wenn seinen Gesamtumsatz gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken ist. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit liegt nach wie vor im Bereich des betreuten Wohnungsbestandes auf dem Gelände an der Elly-Heuss-Knapp-Straße.

Der vermietete Wohnungsbestand umfasst nach Bezug von Haus 5/5a nunmehr insgesamt 238 Wohnungen. Die Auslastung liegt im Betriebsjahr bei 99,8 %. Dies belegt die hohe Attraktivität des vorgehaltenen Wohnungsbestandes und bestätigt zugleich die Richtigkeit der damaligen vom Rat der Stadt und vom Aufsichtsrat getroffenen Entscheidung, weitere 58 Wohnungen an der Elly-Heuss-Knapp-Straße zu errichten.

III. Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres

Arbeitsrechtliche Konsequenzen der Wäschereischließung

Die unternehmenseigene Wäscherei wurde zum 1. Dezember 2017 geschlossen. Die von vier ehemaligen Wäschereimitarbeiterinnen erhobenen Klagen konnten im Berichtsjahr einvernehmlich durch Vergleiche erledigt werden. Nur eine der Klägerinnen entschied sich für eine Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses gegen Zahlung einer Abfindung.

Vergabe der Wäschereinigung

Nach Schließung der Wäscherei wurde ab Dezember 2017 die komplette Haus- und Bewohnerwäsche aller Einrichtungen von dem beauftragten Wäschereidienstleister mit Sitz in Lünen verarbeitet. Die Zusammenarbeit gestaltete sich problemlos und bestätigte die Richtigkeit der Vergabeentscheidung.

Mitte März 2018 wurde die Wäscherei des Dienstleisters durch eine Selbstentzündung völlig zerstört, wodurch auch die ASO gGmbH vor enorme Probleme gestellt wurde. Leidtragende waren natürlich in besonderer Weise die Bewohnerinnen und Bewohner, deren Wäsche sich zurzeit des Brandes in der Produktionshalle befunden hatte. Die Kleidungsstücke selbst waren zwar nicht durch den Brand zerstört worden. Die Halle aber durfte auf Grund der Einsturzgefahr für einen nicht kalkulierbaren Zeitraum nicht betreten werden, so dass der Dienstleister keine Möglichkeit hatte, an die fragliche Bewohnerwäsche zu gelangen, um diese in der von ihm gefundenen Ausweichwäscherei zu verarbeiten und danach an die Bewohnerinnen und Bewohner wieder auszuliefern.

Aus sozialen Überlegungen heraus und auf Grund des bis dahin ausgesprochen positiven vertraglichen Miteinanders wurde seitens der ASO-Geschäftsführung von einer möglichen Kündigung des Dienstleistungsvertrages abgesehen. In den mit dem Dienstleister geführten Gesprächen erklärte sich dieser bereit, den gesamten Schaden an nicht lieferbarer oder beschädigter Wäsche zu ersetzen. Einzige Bitte des Vertragspartners war, dass sich die ASO-Geschäftsführung persönlich um das gesamte Procedere wie Informationsschreiben, Schadensaufnahme, Plausibilitätsprüfung, Festsetzung der Erstattungsbeträge und Gesprächsführung mit den Betroffenen kümmern würde. Trotz der damit verbundenen zeitlichen Belastung ist man der Bitte nachgekommen. Bis Ende Mai 2018 waren alle Schäden reguliert, und die Beiräte

der stationären Einrichtungen hatten sich hinsichtlich der gezeigten Kulanz bei der Schadensabwicklung ausgesprochen positiv geäußert.

Im November 2018 konnte von dem Dienstleister dessen neue Produktionsstätte in Betrieb genommen werden.

Fristlose Kündigung einer Beschäftigten

Im Januar des Berichtsjahres musste das Arbeitsverhältnis einer seit 2006 beschäftigten Mitarbeiterin der Verwaltung außerordentlich fristlos gekündigt werden. Die Kündigung wurde auf den dringenden Tatverdacht gestützt, dass die Mitarbeiterin über Jahre bewusst private Telefonate als dienstliche Gespräche deklariert hatte. Eine zweite außerordentliche Kündigung wurde wegen des dringenden Verdachts der üblen Nachrede ausgesprochen. Das Beschäftigungsverhältnis der seit Dezember 2017 erkrankten Mitarbeiterin endete schließlich zum 30.09.2018 durch einen Vergleich, der im Rahmen eines weiteren Verfahrens vor dem Landesarbeitsgericht Düsseldorf geschlossen wurde.
Die arbeitsgerichtliche Auseinandersetzung wurde von den örtlichen Tageszeitungen begleitet, allerdings in einer tendenziösen Art, die von der Geschäftsführung massiv kritisiert werden musste, weil die verantwortliche Redakteurin ihre Berichterstattung nur auf einseitig eingeholte Informationen stützte und die Arbeitgeberin noch nicht einmal vor der Berichterstattung angehört hatte. Der nachdrücklichen Bitte um Abdruck einer Stellungnahme sind die beiden Tageszeitungen nicht nachgekommen. Daraufhin wurden die bislang abonnierten Exemplare gekündigt.

Einstellung eines neuen Leiters des betrieblichen Rechnungswesens

Der ASO-Aufsichtsrat hatte im Februar 2018 beschlossen, zum 01.07.des Berichtsjahres einen vollzeitbeschäftigten Diplom-Kaufmann (FH) einzustellen und als Leiter des Rechnungswesens zu beschäftigen. In dieser Funktion hat der neue Mitarbeiter die Aufgaben der fristlos gekündigten Teilzeitbeschäftigten übernommen und ist dienstlich unmittelbar der Geschäftsführungsreferentin unterstellt, die in Personalunion zugleich Leiterin der ASO-Verwaltung ist.

Auf Grund seiner früheren Tätigkeit und seiner Vollzeitbeschäftigung kann er einen wertvollen Beitrag zu der notwendigen Entlastung der Verwaltungsleiterin und der Geschäftsführung leisten. Gerade der Verwaltungsleiterin können nicht dauerhaft wöchentliche Arbeitszeiten von mehr als 50 Stunden zugemutet werden. Im Interesse einer entsprechenden Entlastung wurde bereits durch den Wirtschaftsplan 2017 eine zusätzliche Vollzeitstelle eingerichtet, die aber u. a. aus Kostengründen trotz der Entlastungsabsicht noch nicht besetzt worden war. Nach Einschätzung der Geschäftsführung ist nach der zwischenzeitlichen Festanstellung des neuen vollzeitbeschäftigten Mitarbeiters zur weiteren Entlastung die Besetzung einer Teilzeitstelle im Umfang von 20 Wochenstunden notwendig, aber auch ausreichend. Deshalb muss im Wirtschaftsjahr 2019 die Suche nach einer geeigneten Kraft fortgesetzt werden.

Entgeltverhandlungen

Die Entgeltverhandlungen für die vollstationären und teilstationären Bereiche wurden im November 2017 aufgenommen und im März 2018 abgeschlossen. Im Rahmen der schwierigen, aber konstruktiven Verhandlungen konnte für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 ein Ergebnis erzielt werden, mit dem positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens eingewirkt werden konnte. Auf die Nachfrage nach den entsprechenden Angeboten hatten sich die vereinbarten Entgeltsteigerungen nicht negativ ausgewirkt, wodurch die Verhandlungsstrategie bestätigt worden ist. Mit dem Ziel einer vergleichbaren Effizienz sind deshalb schon im Oktober des Berichtsjahres die Entgeltverhandlungen für 2019 eingeleitet worden.

Betriebsvereinbarung „Leistungsorientierte Bezahlung“

Das von den Tarifvertragsparteien 2007 eingeführte Leistungsentgelt ist in der Tarifpraxis der öffentlichen Arbeitgeber nicht so umgesetzt worden, wie es eigentlich geplant gewesen war. Viele Arbeitgeber hatten davon abgesehen, ein solches System einer leistungsbezogenen Bezahlung betrieblich zu vereinbaren. Sie hatten sich vielmehr darauf beschränkt, die jährlichen Beträge schlicht ohne jegliche Leistungsmerkmale nach dem „Gießkannen-Prinzip“ auszuschütten. Die ASO gGmbH hatte dies nicht getan, sondern die jährlichen Beträge zurückgestellt. Im April des Berichtsjahres kam es nach langen Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung zum Abschluss einer Betriebsvereinbarung, mit der die in den Jahren 2007 bis 2014 angesparten Beträgen von gut 621.000 EUR ausgezahlt werden sollten. Unter anderem wurden bei der individuellen Festsetzung Kriterien wie Beschäftigungsdauer, Entgeltgruppe, Beschäftigungsumfang, Ausfallzeiten, Ermahnungen und Abmahnungen berücksichtigt. Die geringe Zahl eingegangener Beschwerden hatte gezeigt, dass die Betriebsvereinbarung bei den Beschäftigten auf eine hohe Akzeptanz gestoßen ist.

Vergabe von Gebäudereinigungsleistungen

Die Gebäudeinnenreinigung sämtlicher Einrichtungen wurde seit 2015 von einem Unternehmen durchgeführt, dass seinerzeit eine europaweite Ausschreibung gewonnen hatte. Das Unternehmen hatte in den zurückliegenden Jahren eine in jeder Hinsicht einwandfreie Leistung erbracht und im Berichtsjahr eine Fortsetzung der Vertragslaufzeit angeboten. Das dann ausgehandelte Angebot wurde vom Aufsichtsrat akzeptiert, und zwar für eine Vertragslaufzeit von drei Jahren. Eine formale Ausschreibung war nicht erforderlich, da die ASO gGmbH nicht als öffentlicher Auftraggeber i. S. v: § 99 GWB anzusehen ist und deshalb keine vergaberechtlichen Regelungswerke angewendet werden müssen.

Zufluss eines Nachlassvermögens

Ein Verstorbener aus Dortmund hatte den im Elly-Heuss-Knapp-Quartier lebenden Pflegebedürftigen sein gesamtes Barvermögen testamentarisch vermacht. Insgesamt wurden ca. 343.000 EUR vereinnahmt, die im Sinne des Verstorbenen u. a. für die Anschaffung eines Busses, von Einrichtungsgegenständen, Spielgeräten und Außenbänken verausgabt werden können.

Erfüllung der 80/20-Quote.

Um den gesetzlichen Anforderungen nach dem WTG NRW nachzukommen, wurden im Louise-Schroeder-Heim die bislang 268 Pflegeplätze in den ersten Monaten des Berichtsjahres um 18 Plätze reduziert, indem 18 der im Haus drei gelegenen Doppelzimmer in Einzelzimmer umgewandelt worden sind. Das Louise-Schroeder-Heim verfügt somit seit dem 1. August 2018 nur noch über 250 stationäre Plätze.

Auf Grund der mit der Stadt bzw. mit dem ASO Eigenbetrieb getroffenen Regelungen bleiben die von der ASO gGmbH zu zahlenden Pachtzinsen bis zur Inbetriebnahme des Ersatzneubaus unverändert. Der vollzogene Platzabbau bei gleichzeitig unverändert hoher Pachtzahlung führt zwangsläufig zu einer zusätzlichen Belastung des Jahres- und Finanzergebnisses der ASO gGmbH.

Eventuelle Folgenutzung für die im Erdgeschoss von Haus 1/Louise-Schroeder-Heim gelegenen Räumlichkeiten

Im Jahre 2015 wurden auf Grund der damaligen Auslastungsprobleme die stationären Pflegeplätze von Haus 1 durch Umzüge in andere Wohnbereiche freigezogen. 2016 konnten die im 1. OG gelegenen Räumlichkeiten langfristig an eine Gesellschaft vermietet werden, die dort eine Wohngemeinschaft für Beatmungspatienten einrichten wollte. Im Herbst des Berichtsjahres hat die jetzige Mieterin ein ergänzendes Interesse auch an einer Anmietung der ehemals im Erdgeschoss gelegenen Pflegezimmer bekundet, sofern sie die behördliche Genehmigung erhalten würde. Im Berichtsjahr konnte dies noch nicht abschließend geklärt werden. Die Antwort der Interessentin auf eine Nachfrage des Geschäftsführers steht noch aus.

Beantragung der Investitionskosten für die stationären und teilstationären Einrichtungen

Das von der ehemaligen rot-grünen Landesregierung geschaffene Investitionskostenrecht für stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen hatte landesweit zu enormen Umsetzungsproblemen geführt. Die mit der Umsetzung befassten Stellen waren nicht in der Lage, die gesetzlichen Regelungen in dem vorgegebenen Zeitrahmen abzuarbeiten. Mehrere gesetzliche Fristverlängerungen hatten dazu geführt, dass im Berichtsjahr die aktuellen Feststellungs- und Festsetzungsanträge für die fünf von der ASO gGmbH betriebenen Einrichtungen gestellt worden sind. Die entsprechenden Investitionskostenbescheide des Landschaftsverbandes Rheinland sind im Berichtsjahr aber nur für Haus Bronkhorstfeld, die Seniorenresidenz am OLGA-Park und für das Tagespflegezentrum am Steigerhaus erteilt worden.

Die Geschäftsführung rechnet damit, dass die noch ausstehenden Bescheide auf Grund der Feststellungs- und Festsetzungsanträge für das Louise-Schroeder-Heim und das Louise-Schroeder-Tagespflegezentrum im Laufe des zweiten Quartals 2019 erteilt werden und dass den Anträgen auch in vollem Umfange zum 01.01.2019 entsprochen wird.

Zur Sicherstellung der rückwirkenden Ansprüche wurden die beantragten Investitionskostensätze den Nutzerinnen und Nutzern gegenüber fristgerecht schriftlich angekündigt.

IV. Darstellung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2018 ergibt sich ein Jahresüberschuss von 155 TEUR (Vorjahr Jahresfehlbetrag von 234 TEUR).

Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr um 633 TEUR von 20.148 TEUR auf 20.781 TEUR und entfallen dabei auf die Erträge aus Vergütungssätzen (allgemeinen Pflegeleistungen, Unterkunft und Verpflegung), sowie aus gesondert berechenbaren Investitionsaufwendungen (nach dem Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen).

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich im Geschäftsjahr um 357 TEUR auf 607 TEUR und entfallen dabei im Wesentlichen auf die Erbschaft in Höhe von 343 TEUR. Da für die Erbschaft eine Zweckbindung besteht, wurde diese aufwandswirksam den Verbindlichkeiten zugeführt.

Der Materialaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um 140 TEUR auf 4.904 TEUR im Wesentlichen durch die Inanspruchnahme von Wäschereidienstleistungen durch ein externes Wäschereiunternehmen.

Der Personalaufwand stieg um 26 TEUR auf 11.571 TEUR durch die Tarifsteigerung. Gleichzeitig wirkte sich die Schließung der Zentralwäscherei mindernd aus.

Des Weiteren wurden keine neuen Altersteilzeitverträge abgeschlossen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 101 TEUR auf 4.063 TEUR. Hierbei stiegen insbesondere die

Aufwendungen im periodenfremden Bereich durch Mietnebenkostenerstattungen für das Vorjahr.

Die Abschreibungen sanken im Geschäftsjahr um 6 TEUR auf 322 TEUR.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr tilgungsbedingt nur geringfügig um 2 TEUR verändert.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag gedeckt. In Höhe der Überdeckung von 727 TEUR (Vorjahr Überdeckung 422 TEUR) ist das Umlaufvermögen mit langfristigem Kapital finanziert. Der Anteil des langfristigen Kapitals an der Bilanzsumme ist auf 77,8 % nach 77,1 % am Vorbilanzstichtag gestiegen.

Die Liquidität auf kurze Sicht beläuft sich auf 654 TEUR (Vorjahr 376 TEUR) und deckt den betriebsgewöhnlichen monatlichen Finanzbedarf von 1.714 TEUR (Vorjahr 1.692 TEUR) für 0,4 Monate (Vorjahr 0,2 Monate).

V. Risikobericht

Mit Ausnahme der 58 Wohnungen an der Elly-Heuss-Knapp-Str. 5 und 5a, der Seniorenresidenz am OLGA-Park und dem Tagespflegezentrum am Steigerhaus ist die übrige Gebäudesubstanz Eigentum der Stadt Oberhausen, die insoweit vom ASO Eigenbetrieb als Eigentümerin bzw. Verpächterin vertreten wird. In den seit der GmbH-Gründung bzw. seit dem damals abgeschlossenen Pachtvertrag vergangenen Jahren wurden von der ASO gGmbH Pachtzahlungen in Höhe der bilanziellen Abschreibungen und Zinsen entrichtet. Mit den gezahlten Geldern konnten vom ASO Eigenbetrieb sowohl die mit den Darlehen verbundenen Tilgungsbeträge als auch die vollen Zinsbeträge problemlos bezahlt werden. Inzwischen sind aber Teile der Gebäudesubstanz abgeschrieben, für die jedoch immer noch -und das für zwanzig und mehr Jahre- Tilgungs- und Zinsbeträge vom ASO Eigenbetrieb gezahlt werden müssen. Aus Sicht der ASO gGmbH als Pächterin wird die Verpächterin mit den künftigen Pachtzahlungen in Höhe der -nur noch- geringeren bilanziellen Abschreibungen und Zinsen ihren finanziellen Verpflichtungen in absehbarer Zeit nicht mehr gerecht werden können. Dies hätte unmittelbare Auswirkungen auf das operative Geschäft der Pächterin. Denn sie müsste u.a. damit rechnen, dass die Verpächterin z. B. ihren Instandsetzungsverpflichtungen hinsichtlich Haus Bronkhorstfeld nicht mehr nachkommen könnte.

Das sich abzeichnende negative Finanzdelta der Verpächterin kann nur geschlossen werden, indem entweder seitens der Stadt an die Verpächterin ein jährlicher Zuschuss gezahlt wird oder bestimmte Darlehen unmittelbar von der Stadt übernommen werden. Die ASO gGmbH kann bis zum Abschluss der bereits eingeleiteten Gesundung der eigenen wirtschaftlichen Situation keinen Konsolidierungsbeitrag zugunsten der Verpächterin leisten, ohne den eigenen Bestand zu gefährden.

Unabhängig davon wurde auch im Berichtsjahr das operative Geschäft der Pächteriin durch eine unzureichende Vermarktungssituation des Louise-Schroeder-Heims belastet. Der Grund liegt vor allem in den baulichen Gegebenheiten dieses größten Oberhausener Pflegeheims, das im Gegensatz zu neuen Einrichtungen auch nach dem erfolgten Platzabbau zur Erfüllung der 80/20-Quote über eine sehr hohe Zahl an Doppelzimmern verfügt.

Auf die rückläufigen Auslastungsquoten und die damit verbundenen Belastungen des Betriebsergebnisses der Pächterin soll jedoch durch den Ersatzneubau, durch die ebenfalls beabsichtigte Attraktivitätssteigerung von Haus II und insbesondere durch den weiteren Abbau von Doppelzimmern effektiv und nachhaltig eingegangen werden. Diese Maßnahmen entsprechen der Erwartung der Pächterin, seitens der Verpächterin bzw. seitens des ASO Eigenbetriebs auch an der Siepenstraße ein Pachtobjekt zur Verfügung gestellt zu bekommen, das eine zukunftsfähige stationäre Pflege ermöglicht und die notwendigen Voraussetzungen erfüllt, um im örtlichen Wettbewerb bestehen zu können.

Mit der Inbetriebnahme des Ersatzneubaus wird aktuell aber aufgrund verschiedener Verzögerungen erst Mitte 2021 gerechnet. Im Rahmen dieses Risikoberichts muss darauf hingewiesen werden, dass nach Einschätzung der Verpächterin noch nicht klar ist, ob es zu einer nachbarschaftlichen Klage gegen den Ersatzneubau kommen wird. Einige Personen der Nachbarschaft hatten sich mit anwaltlicher Hilfe gegen den Ersatzneubau gewehrt, weil sie im Falle einer Versickerung des Regenwassers auf dem Grundstück der Verpächterin eine Beeinträchtigung ihrer Immobilie durch eine zusätzliche Feuchtigkeitsbelastung ihrer Kellermauerwerke befürchten. Diese Sorge sollte ihnen aber zwischenzeitlich genommen worden sein, da nach einer Änderung der ursprünglichen Entwässerungsplanung eine Beeinträchtigung des Nachbargrundstücks definitiv ausgeschlossen ist. Die Verpächterin hofft deshalb, dass sich das belastete Verhältnis zu den Nachbarn wieder entspannen und eine rechtliche Auseinandersetzung vermeiden lässt. Die ASO gGmbH als künftige Pächterin des Ersatzneubaus geht deshalb davon aus, dass sie Mitte 2021 das Gebäude in Betrieb nehmen kann. Bis zum Abschluss der dann noch folgenden Maßnahmen zur Optimierung von Haus II des Louise-Schroeder-Heims werden schätzungsweise weitere zehn bis zwölf Monate vergehen. Mitte 2023 sollte wieder eine problemlose Vermarktung der an der Siepenstraße befindlichen Pflegeplätze möglich sein.

VI. Prognosebericht

Die ASO gGmbH ist davon überzeugt, dass sie spätestens 2022/2023 wieder an die frühere erfolgreiche Geschäftsentwicklung anknüpfen und sich dauerhaft am Markt behaupten kann. Dafür spricht nicht zuletzt die finanzielle Entwicklung der ASO gGmbH im zurückliegenden Berichtsjahr. Denn ihr ist es gelungen, trotz aller Schwierigkeiten im operativen Geschäft mit einer stringenten Kostenkontrolle und einer ausgeprägten Ausgabendisziplin ein erheblich über den Erwartungen liegendes Gesamtergebnis zu erzielen.

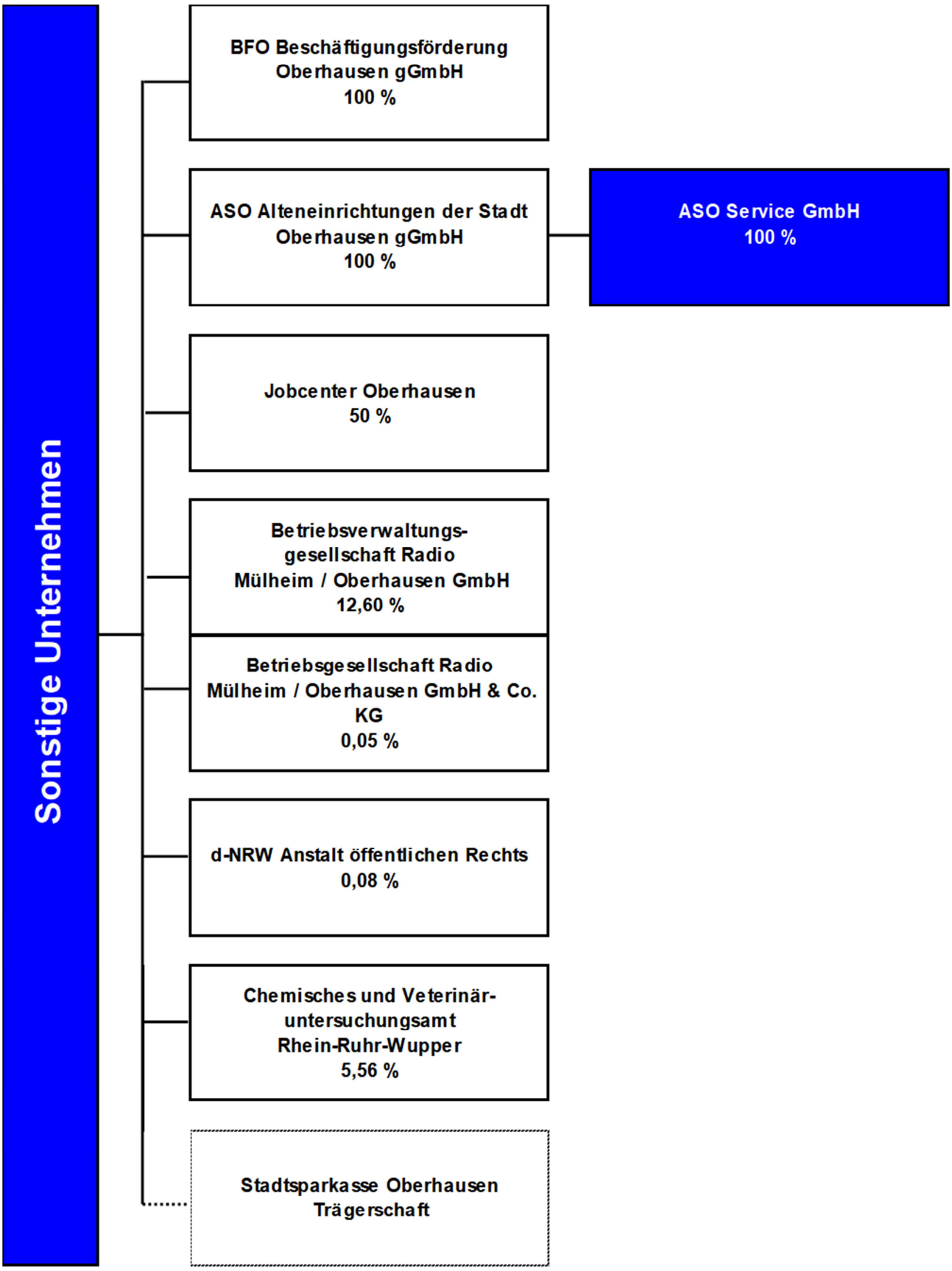
Eine weitere Stärkung des ASO Verbundes erhofft sich die Geschäftsführung nicht zuletzt auch aus der Ratsentscheidung vom November 2016, dass ein Teil des bislang vom ASO Verbund aufzubringenden Schuldendienstes für verschiedene Darlehen von der Stadt übernommen wird. Für das Geschäftsjahr 2019 wird mit einem Jahresfehlbetrag von 162 TEUR geplant.

Die Risikolage der Gesellschaft kann für das kommende Jahr 2019 als entspannt beurteilt werden. Es gibt keine außergewöhnlichen oder unkontrollierten finanzintensiven und sonstigen risikoreichen Vorfälle. Bestandsgefährdende Risiken, insbesondere mit Auswirkungen auf die Liquidität der Gesellschaft, sind für die folgenden 12 Monate nicht zu erkennen.

Oberhausen, 20. Februar 2019

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH (ASO)

Udo Spiecker
Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,05 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,08 %
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

ASO Service GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/6911

Fax 0208/691770

e-Mail udo.spiecker@aso-ggmbh.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die ausschließliche Erbringung von Dienstleistungen aus den Bereichen Gebäudereinigung, Küchen-, Catering-, Wäscherei- und Stationshilfen für die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Spiecker, Udo
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Münich, Elke

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	66,89	100,0	84,87	100,0	69,97	100,0	-14,90	-17,56
Bilanzsumme	**66,89**	**100,00**	**84,87**	**100,00**	**69,97**	**100,00**	**-14,90**	**-17,56**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	25,00	37,4	25,00	29,5	25,00	35,7	0,00	0,00
Rückstellungen	19,70	29,5	31,10	36,6	23,20	33,2	-7,90	-25,40
Verbindlichkeiten	22,19	33,2	28,77	33,9	21,77	31,1	-7,00	-24,33
Bilanzsumme	**66,89**	**100,00**	**84,87**	**100,00**	**69,97**	**100,00**	**-14,90**	**-17,56**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	1.109,14	1.191,70	1.154,05
sonstige betriebliche Erträge	39,80	116,47	99,46
Personalaufwand	1.132,61	1.291,76	1.233,53
sonstige betriebliche Aufwendungen	16,33	16,41	19,95
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			0,02
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	0,00	0,00	0,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	19,15	39,79	40,86	T€
Personalaufwandsquote:	98,58	98,75	98,41	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	37,38	29,46	35,73	%
Fremdkapitalquote:	62,62	70,54	64,27	%

e) Lagebericht

I. Geschäft- und Rahmenbedingungen

Der ASO-Unternehmensverbund

Weiterentwicklung des ASO-Unternehmensverbundes durch Gründung der ASO Service GmbH

Die gesamten Aufgaben des ehemaligen Stadtamtes 54/Amt für Alteneinrichtungen sind zum 1. Januar 1993 auf die neu gegründete eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ übertragen worden. Das operative Geschäft dieser Einrichtung ist entsprechend dem Ratsbeschluss vom November 2001 aus der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung herausgelöst und auf die „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ übertragen worden. Diese hat ihren Geschäftsbetrieb am 1. Januar 2002 aufgenommen. Ende 2002 hat der Rat der Stadt beschlossen, den ASO Verbund aus „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ und „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ um ein weiteres Unternehmen zu ergänzen, und zwar um die „ASO Service GmbH“. Diese Gesellschaft ist zum 1. Februar 2003 als 100 %-ige Tochter der bereits bestehenden gGmbH gegründet worden und soll künftig ausschließlich hauswirtschaftliche Dienstleistungen für das Mutterunternehmen erbringen. Organe der ASO Service GmbH sind die Geschäftsführung sowie die Gesellschafterversammlung. Geschäftsführer ist Herr Udo Spiecker.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

a. Umsatz- und Ertragsentwicklung

Die Gesamterträge beliefen sich im Geschäftsjahr 2018 auf 1.253.507,29 EUR.

Der vorgenannte Betrag entspricht im Wesentlichen den tatsächlich entstandenen Personalkosten. Diese werden der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH monatlich in Rechnung gestellt, und zwar aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft ohne Umsatzsteuer. Gleiches gilt für den in Rechnung gestellten Betrag zur Abdeckung der entstandenen Allgemeinkosten, die ebenfalls von der ASO gGmbH getragen werden müssen.

b. Personalbereich

Im Jahresdurchschnitt 2018 waren in der ASO Service GmbH insgesamt 30,68 Kräfte beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr sind dies durchschnittlich 2,20 Vollkräfte weniger. Auf den vorgenannten „Vollkraftstellen“ wurden durchschnittlich 60 Mitarbeitende beschäftigt. Zum 31. Dezember 2018 waren insgesamt 25,25 „Vollkraftstellen“ mit insgesamt 54 Mitarbeitenden besetzt.

Es gab eine Altersteilzeitvereinbarung. Hier begann für die Mitarbeiterin im Berichtsjahr die Freistellungsphase.

Der Personalbestand wurde durch Mitarbeitende aus dem Programm „Soziale Teilhabe“ erhöht. Das Jobcenter Oberhausen gewährte im Rahmen des Programms Eingliederungszuschüsse.

Des Weiteren sind die veränderten Zahlenwerte auf die im Berichtsjahr erforderlichen betriebswirtschaftlichen Personalanpassungen zurückzuführen.

c. Investitionen

Investive Maßnahmen wurden und werden aufgrund der rechtlichen Konstruktion der ASO Service GmbH nicht von dieser durchgeführt oder finanziert. Investitionen werden vielmehr ausschließlich über den ASO Eigenbetrieb bzw. die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH abgewickelt. Auf deren Jahresabschlüsse wird insoweit an dieser Stelle verwiesen.

d. Vermögens- und Finanzlage

Das Eigenkapital nimmt einen Anteil von 35,7 % der Bilanzsumme ein. Am 31. Dezember 2018 errechnet sich eine kurzfristige Liquidität von 37 TEUR (Vorjahr 33 TEUR), der ein betriebsgewöhnlicher monatlicher Finanzbedarf von 104 TEUR (Vorjahr 109 TEUR) gegenübersteht.

III. Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres

Arbeitsrechtliche Umsetzung der Wäschereischließung

Im letzten Lagebericht wurde auf die vom Aufsichtsrat beschlossene Schließung der ASO Zentralwäscherei und die sozialverträgliche Umsetzung der Entscheidung hingewiesen.

Von der Schließung waren acht Mitarbeiterinnen der ASO Service GmbH betroffen. Zwei Mitarbeiterinnen konnten verrentet werden. Vier Mitarbeiterinnen wechselten einvernehmlich auf freie Stellen als Wohnbereichsassistentinnen.
Lediglich zwei Mitarbeiterinnen waren nicht zu einem einvernehmlichen Wechsel in ein neues Aufgabengebiet bereit und

mussten gegen ihren Willen auf Stellen als Wohnbereichsassistentinnen versetzt werden.

Die von diesen beiden Mitarbeiterinnen erhobenen Klagen konnten Anfang 2018 durch Vergleiche beendet werden. Eine Mitarbeiterin entschied sich doch noch zu einem Einsatz als Wohnbereichsassistentin und damit zu einer weiteren Tätigkeit im Unternehmen. Die andere Mitarbeiterin wählte die einvernehmliche Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses gegen Zahlung einer Abfindung.

IV. Risikobericht

Da der überwiegende Teil der Beschäftigten der ASO Service GmbH im hauswirtschaftlichen Bereich des stationären Betriebszweiges der ASO gGmbH eingesetzt ist und dieser zugleich den Unternehmensschwerpunkt der Muttergesellschaft bildet, muss das besondere Augenmerk auf die wirtschaftliche Entwicklung der ASO gGmbH und die Auslastungsquoten der drei stationären Einrichtungen gerichtet werden: Während die Auslastung sowohl der Seniorenresidenz am OLGA-Park als auch von Haus Bronkhorstfeld wie im Vorjahr mit über 98 % gehalten werden konnte, muss hinsichtlich des Louise-Schroeder-Heims erneut eine unzureichende Auslastung mit 88,3% (bei einer Belegung mit 250 Betten) konstatiert werden.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind bekannt und liegen im Wesentlichen an dem hohen Doppelzimmeranteil im Louise-Schroeder-Heim und an zahlreichen Problemen der dortigen Gebäudesubstanz. Auf die rückläufigen Auslastungsquoten und die damit verbundenen Belastungen des Betriebsergebnisses der Gesellschafterin bzw. der ASO gGmbH wird jedoch durch den vom Rat der Stadt im November 2016 beschlossenen Ersatzneubau für Haus III des Louise-Schroeder-Heims und die ebenfalls vom Rat beschlossene Modernisierung von Haus II einschl. Abbau von Doppelzimmern effektiv und nachhaltig reagiert. Beide Maßnahmen entsprechen der Erwartung der ASO gGmbH als Pächterin, dass ihr seitens der Verpächterin bzw. seitens des ASO Eigenbetriebs auch an der Siepenstraße insgesamt eine Gebäudesubstanz zur Verfügung gestellt wird, die eine zukunftsfähige Pflege ermöglicht und alle Voraussetzungen erfüllt, um im örtlichen Wettbewerb bestehen zu können. Am Umfang der von der ASO Service GmbH erbrachten Dienstleistungen für die Muttergesellschaft wird es auch nach dem endgültigen Abschluss aller Maßnahmen keine Veränderungen geben, so dass kein Stellenabbau notwendig sein wird.

Bestandsgefährdende Risiken sind somit nicht zu erkennen, und zwar auch nicht vor dem Hintergrund, dass es möglicherweise zu einer nachbarschaftlichen Klage gegen den vom ASO Eigenbetrieb geplanten Ersatzneubau kommen könnte. Denn da die von der Nachbarschaft geäußerte Befürchtung, der Neubau könne zu einer Feuchtigkeitsbelastung ihrer Immobilie führen, definitiv unbegründet ist, dürfte eine Klage gegen die bereits erteilte Baugenehmigung im Ergebnis unbegründet sein. Die Geschäftsführung hofft aber, dass sich das nachbarschaftliche Miteinander wieder entspannt und es zu keiner rechtlichen Auseinandersetzung kommen wird.

Die Risikolage der Gesellschaft kann für das kommende Jahr 2019 als entspannt beurteilt werden. Es gibt keine außergewöhnlichen oder unkontrollierten finanzintensiven und sonstigen risikoreichen Vorfälle. Bestandsgefährdende Risiken, insbesondere mit Auswirkungen auf die Liquidität der Gesellschaft, sind für die folgenden 12 Monate nicht zu erkennen.

V. Prognosebericht

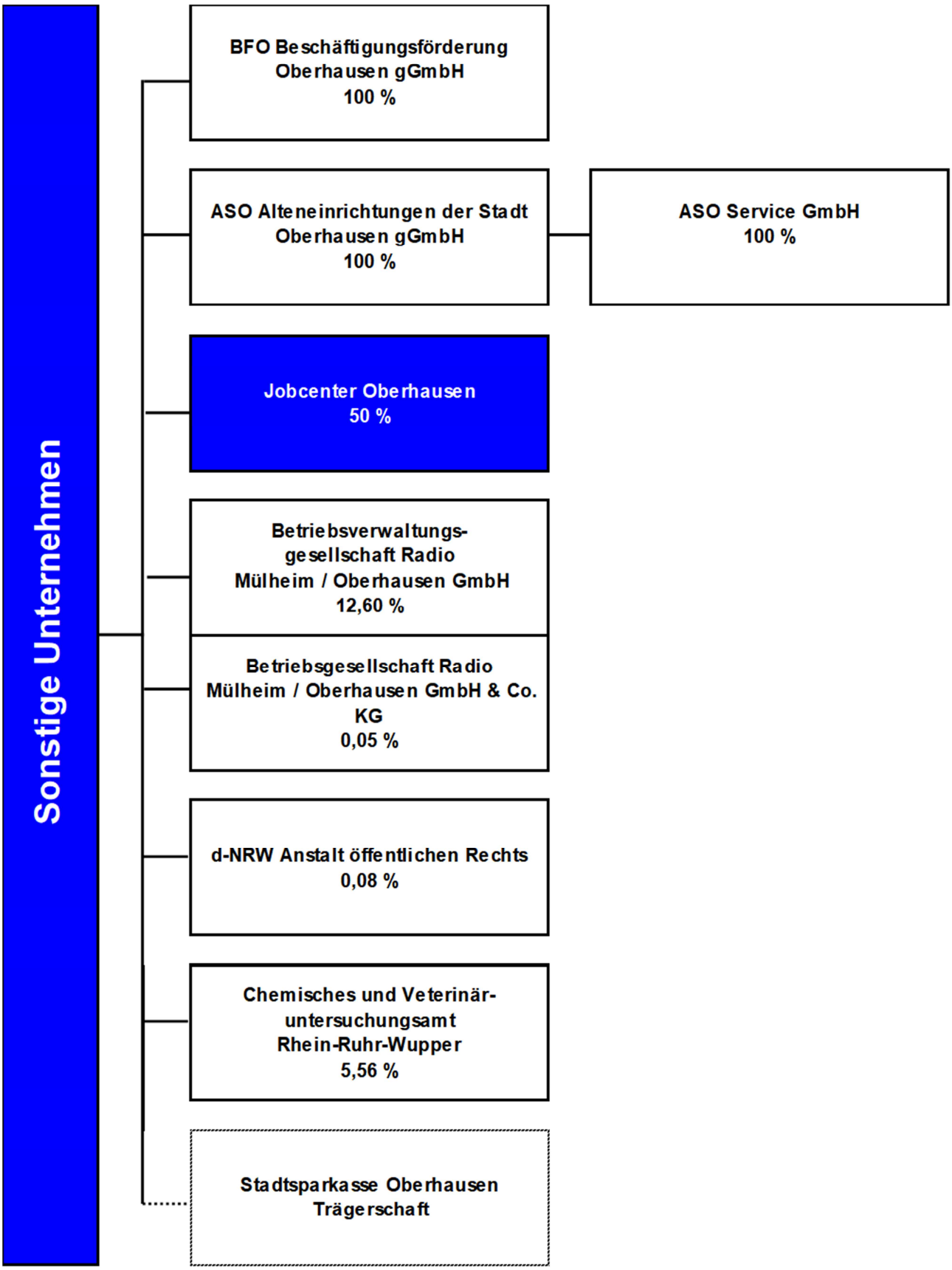
Aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft und des Gesellschaftszwecks ist die Entwicklung der ASO Service GmbH untrennbar mit der Geschäftsentwicklung der ASO gGmbH als Muttergesellschaft verbunden. Auf die Auslastungsprobleme des Louise-Schroeder-Heimes und die damit verbundenen Belastungen des Betriebsergebnisses der ASO gGmbH wird durch die oben erwähnten Maßnahmen eingegangen. Sie werden sicherstellen, dass die Muttergesellschaft auch an der Siepenstraße mittelfristig wieder eine konkurrenzfähige Gebäudesubstanz betreiben kann. Mit dem Abschluss der geplanten Maßnahmen wird zwar erst Ende 2021 / Anfang 2022 gerechnet. Seitens der Geschäftsführung wird aber nicht daran gezweifelt, dass die ASO gGmbH wieder an die frühere erfolgreiche Geschäftsentwicklung anknüpfen und sich am Markt behaupten wird.

Für diese Einschätzung spricht, dass es der Muttergesellschaft trotz aller Schwierigkeiten im Berichtsjahr gelungen ist, ein erheblich über den Erwartungen liegendes Gesamtergebnis zu erzielen.

Oberhausen, 22. Februar 2019

ASO Service GmbH

Udo Spiecker
Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,05 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,08 %
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Jobcenter Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Centroallee 261
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208-8506855

e-Mail Jobcenter-Oberhausen@jobcenter-ge.de

Internet www.jobcenter-oberhausen.de/

Rechtsform: Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis

Stammkapital in T€: 0,00

Gesellschafter:

	T€	%
Agentur für Arbeit Oberhausen	0,00	50,00
Stadt Oberhausen	0,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zur einheitlichen Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende bilden die Agentur für Arbeit und die Stadt Oberhausen als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende eine gemeinsame Einrichtung gem. § 44 b Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

Das Jobcenter nimmt gemäß § 44 b Abs. 1 Satz 2 SGBII die Aufgaben der Träger wahr.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Vereinbarung zur Bildung und Ausgestaltung einer gemeinsamen Einrichtung gemäß § 44 b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)

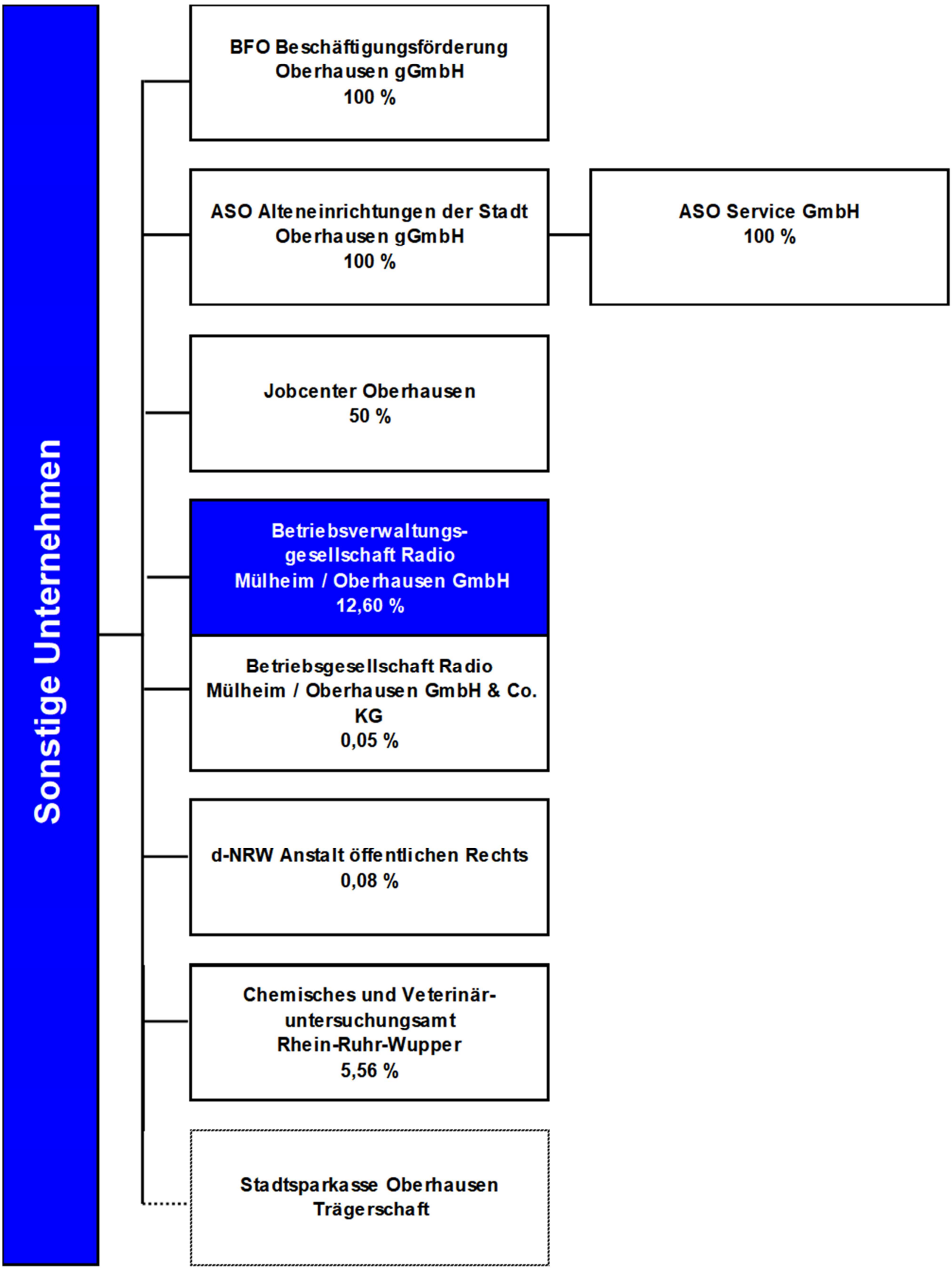
b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Weinand, Uwe
Trägerversammlung:	Vorsitzende	Münich, Elke
	stellv. Vorsitzender	Koch, Jürgen
	Mitglied	Claes, Christiane
	Mitglied	Engbroks, Wilhelm
	Mitglied	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Artz, Christiane
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Bohnes, Frank
	stellv. Mitglied	Abt-Nölle, Monika
	stellv. Mitglied	Brands, Beatriks

	stellv. Mitglied	Dimmek, Ulrich
	stellv. Mitglied	Fax, Rainer
	stellv. Mitglied	Muss, Ralf
	stellv. Mitglied	Opitz, Stefanie
	stellv. Mitglied	Seibert, Judith
	stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
Beirat:	Mitglied	Bischoff, Jörg
	Mitglied	Bohnes, Frank
	Mitglied	Cotta, Uwe
	Mitglied	Kamps, Jochen
	Mitglied	Pusch, Jörg
	Mitglied	Schulte, Elisabeth
	Mitglied	Girrullis, Sebastian
	Mitglied	Eickholt, Henrike
	Mitglied	Herfs, Liane
	Mitglied	Roggemann, Franz
	Mitglied	Domeyer, Frank
	Mitglied	Gerritzen, Mauro
	Mitglied	Kreuzfelder, Michael

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,05 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,08 %
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Sachsenstr. 36
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/319390
Telefon	0208/4500794
Fax	0201/3193918
Fax	0208/4500739
Internet	www.106.2radiooberhausen.de/
Internet	www.92.9radiomuelheim.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	3,10	12,40
Stadt Oberhausen	3,15	12,60
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	18,75	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Kommanditgesellschaft "Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG" als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

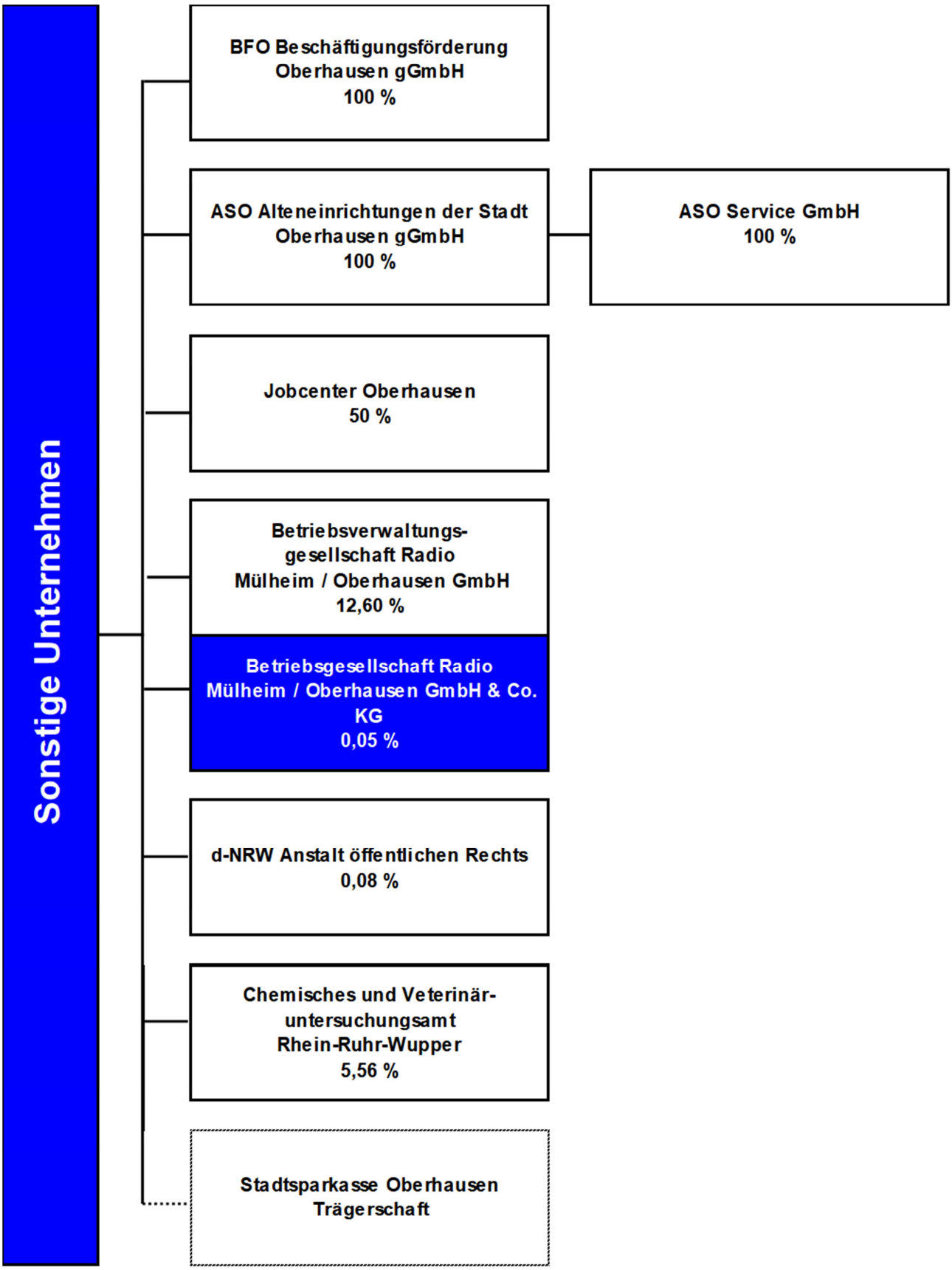
Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte
Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schindler, Axel
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Prokura:	Prokurist	Peters, Björn

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,05 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,08 %
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Sachsenstr. 36
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/319390
Telefon	0208/4500764
Fax	0201/3193918
Fax	0208/4500739
Internet	www.106.2radiooberhausen.de/
Internet	www.92.9radiomuelheim.de/

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 2.470,00

Gesellschafter:

	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	1,24	0,05
MFS-Holding GmbH	615,02	24,90
Stadt Oberhausen	1,24	0,05
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	1.852,50	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

Die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen.

Dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel im vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen.

Für den Vertragspartner Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen.

Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Zu diesem Zweck kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligen, derartige Untrnehmen erwerben, Tochtergesellschaften gründen, Zweigniederlassungen errichten sowie alle sonstigen den Gesellschaftszweck fördernde Geschäfte vornehmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schindler, Axel

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Tsalastras, Apostolos

e) Lagebericht

1. Geschäftsmodell

Die Tätigkeit der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG erstreckt sich im Wesentlichen auf die Verbreitung von Hörfunkwerbung, die Zurverfügungstellung von Sende- und Produktionstechnik für die vertraglich gebundene Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., sowie die Erstattung der durch die Veranstaltergemeinschaft verursachten Kosten. Die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG ist nach dem Landesmediengesetz verpflichtet, die Sende- und Produktionstechnik für die Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. zur Verfügung zu stellen und die dort verursachten Kosten zu übernehmen.

Das Kerngeschäft der Betriebsgesellschaft ist die Vermarktung von Hörfunkwerbung im lizenzierten Sendegebiet der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., der Lokalfunkmarken „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“. Sie bedient sich hier der Dienstleistungen der Westfunk GmbH & Co. KG, die im eigenen Namen für fremde Rechnung mit qualifiziertem Verkaufs- und Marketingpersonal für die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG im Sendegebiet tätig ist.

Die radio NRW GmbH produziert und liefert täglich das Rahmenprogramm, das im Anschluss an die originär im Sender produzierten Lokalstunden auf den Frequenzen von „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“ gesendet wird. Die radio NRW GmbH lässt die Werbeminuten vor der jeweils vollen Stunde von der Radio Marketing Service GmbH, Hamburg, national vermarkten und bestreitet daraus die Produktion des Rahmenprogramms. Nach Abzug der Kosten werden, neben einer Gewinnabschöpfung durch die Gesellschafter in Höhe von 15 %, die Überschüsse nach einem Umlageschlüssel der erzielten Reichweiten der Lokalfunksender in NRW verteilt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Rahmenbedingungen

Gegenüber dem Vorjahr ist die Stimmung in der Wirtschaft gesunken. Der ifo-Geschäftsklima-Index lag im Januar 2019 mit einem Index von 99,1 um 5,5 Punkte unter dem Index im Januar 2018 (Indexwert 2005 = 100,0). Diese Tendenz ist bei den Konsumenten bisher nicht zu sehen, der GfK-Konsumklima-Index lag im Februar 2019 bei 10,8 und damit lediglich um 0,2 Punkte unter dem Vorjahreswert.

Die Werbeaufwendungen der Unternehmen in Deutschland lagen im Jahr 2018 leicht unter dem Vorjahr. Insgesamt gaben die Werbetreibenden 30,4 Mrd. € (-0,1 Mrd. €) für Werbung aus, ein Minus von 0,4 % gegenüber dem Vorjahr. Die Werbeausgaben für die Gattung Radio erhöhte sich um 2,0 % überdurchschnittlich, so dass sich der Gesamtanteil dieser Gattung von 6,3 % (2017) auf 6,4 % im Jahre 2018 erhöhte.

2.2 Ertragslage

Die Werbezeitenerlöse verringerten sich im Geschäftsjahr 2018 um 81 T€ und lagen zum Jahresende bei 1.365 T€.

Die Überschussbeteiligung der radio NRW GmbH für die Betriebsgesellschaft verringerte sich um 47 T€ und lag im Geschäftsjahr 2018 bei 380 T€. Dabei lag die Gesamtausschüttung der radio NRW GmbH um 1,7 Mio. € unter dem Vorjahresniveau. Veränderungen ergeben sich auch aus dem Prozess bei der Umstellung des Verteilschlüssels der radio NRW GmbH. Im Geschäftsjahr 2018 wurde zu 50 % die Reichweite in der Zielgruppe 14-49 Jahre berücksichtigt, der Anteil der Zielgruppe 14+ lag ebenfalls bei 50 % (Vorjahr: 25%/ 75%). In der E.M.A. I 2018 lag die durchschnittliche Stundenreichweite (Mo.-Fr.) bei den 14-49-jährigen von „Radio Mülheim“ mit 5,9 % um 1,4 % unter dem Vorjahr. Für „Radio Oberhausen“ lag dieser Wert mit 5,8 % um 3,8 % unter dem Vorjahr. Die durchschnittliche Stundenreichweite (Mo.-So.) in der Zielgruppe 14+ lag bei „Radio Mülheim“ mit 4,7 % um 0,4 % unter dem Vorjahreswert. Bei „Radio Oberhausen“ reduzierte sich dieser Wert um 0,2 % und lag bei 7,1 %.

Bei den Aufwendungen erhöhte sich der Materialaufwand um 18 T€. Im Gegenzug verringerten die Reise-, Bewirtungs- und Werbekosten um 17 T€ sowie die Aufwendungen aus Kostenumlagen und Dienstleistungen um 44 T€.

Das Ergebnis nach Steuern lag mit -263 T€ deutlich unter Vorjahresniveau (-125 T€).

Die Werbezeitenerlöse lagen um 254 T€ unter dem Ansatz im Wirtschafts- und Stellenplan 2018, die Ausschüttungsbeträge der radio NRW GmbH lagen um 22 T€ ebenfalls unter der Planung. Die Kosten lagen deutlich unter Planniveau. Das Planergebnis wurde um -94 T€ verfehlt.

2.3 Finanzlage

Die Gesellschaft finanziert sich über Einnahmen aus der Vermarktung von Werbezeiten und Sonderwerbeformen (inklusive Onlineangeboten). Aufgrund der Einbeziehung in das inländische Cash-Pooling der FUNKE MEDIENGRUPPE ist die Liquidität jederzeit gesichert.

2.4 Vermögenslage

Die Bilanzsumme liegt zum Jahresabschluss 2018 mit 3.594 T€ um 232 T€ über dem Vorjahr. Auf der Passivseite erhöhten sich die zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleisteten Einlagen um 235 T€. Auf der Aktivseite erhöhten sich die Forderungen gegen verbundene Unternehmen um 139 T€ und der nicht gedeckte Verlustanteil der Kommanditisten um 63 T€.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt unverändert bei 2 %. Hierbei handelt es sich um Anlagevermögen für Produktions- und Sendetechnik, Betriebs- und Geschäftsausstattung im Wert von insgesamt 74 T€.

Die nicht durch Vermögenseinlagen gedeckten Verlustanteile von Kommanditisten in Höhe von 3.104 T€ sind durch Darlehen in Höhe von 2.731 T€ und geleitete Einlagen zur Kapitalerhöhung von 435 T€ gedeckt.

2.5 Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Das Geschäftsjahr 2018 wurde mit einem negativen, unterplanmäßigen Ergebnis abgeschlossen. Die Prognose aus dem Vorjahr wurde verfehlt. Die Geschäftsführung ist auf Grund der negativen Ergebnisse nicht mit dem Geschäftsverlauf der letzten Jahre zufrieden. Die Relevanz von Hörfunk als Werbemedium ist weiterhin gegeben. Für die Zukunft wird es wichtig sein, digitale Geschäftsfelder weiter zu erschließen und die Chancen, die sich im Verbund mit weiteren Mediengattungen, v. a. innerhalb der FUNKE MEDIENGRUPPE, ergeben, zu heben.

3. Chancen und Risiken

3.1 Chancen

Der Marktanteil der Gattung „Radio“ ist stabil. Es gibt keine Anzeichen, dass sich dieses in den kommenden Jahren signifikant verändern wird. Der Aus- und Aufbau digitaler Auftritte und Produkte soll weiter vorangetrieben werden, mit dem Ziel, vor allem die werberelevante Zielgruppe 14 - 49 Jahre zu erreichen.

Im Jahr 2019 sollen neue Werbeplätze in den Online-Streaming-Angeboten in das Portfolio mit aufgenommen werden.

Zudem wird im Verbund aller Lokalfunk-Sender NRW über die radio NRW GmbH eine neue Digitalstrategie aufgesetzt. Ziel wird es unter anderem sein, ein Datenmanagement zu implementieren. Mit den gewonnenen Daten sollen noch zielgerichtetere Angebote für Hörer und Werbekunden gefunden und angeboten werden.

3.2 Risiken

Die Gesellschaft wird durch folgende Risiken beeinflusst:

<u>Markt- und Wettbewerbsrisiken</u>

Der Lokalfunk steht in direkter Konkurrenz zum WDR. Die WDR-Gruppe arbeitet stetig an der Optimierung der einzelnen Programme, um über die verschiedenen Programme von 1Live bis WDR 5 möglichst viele Hörer für ihr Programm zu gewinnen. Diese Aussteuerung ist für die Sender des privaten Hörfunks in NRW nicht möglich, da es pro Verbreitungsgebiet nur eine Lizenz, und damit nur die Möglichkeit zur Ausstrahlung eines Programms, gibt. Sollten die Veränderungen beim WDR von den Hörern angenommen werden, könnten diese zu sinkenden Reichweiten führen.

Digitale Angebote wie Internetradioprogramme und Streamingdienste erhöhen die Konkurrenz. Der Verbund der Lokalfunkanbieter NRW muss die digitalen Angebote verbessern und ausbauen, um auch hier eine Relevanz zu erhalten. Auf Grund der großen, auch internationalen Konkurrenz, wird dieses vor allem durch Allianzen geschehen müssen.

Die Landeanstalt für Medien NRW wird im Jahr 2019 neue DAB+ Frequenzen ausschreiben. Es ist aktuell unklar, welche finanziellen Belastungen auf die interessierten Betreiber hierbei zukommen werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass es einige Bewerber geben wird, die bisher noch nicht in NRW Radioprogramme im Kabel und UKW verbreitet haben. Das wird die Konkurrenzsituation mittelfristig erhöhen. Inwieweit sich der Lokalfunk NRW an der Ausschreibung beteiligen wird, ist noch nicht abschließend geklärt, da die Rahmenbedingungen der DAB+ Verbreitung in NRW noch nicht bekannt sind.

<u>Rechtliche Risiken</u>

Die erteilten rundfunkrechtlichen Lizenzen sind mit bestimmten Auflagen verbunden und konzentrationsrechtlichen Meldepflichten unterworfen, deren Beachtung und Befolgung wesentlich für den Bestand der Genehmigungen sind. Diese Sendelizenzen sind in Deutschland zeitlich befristet erteilt. Die Lizenz wurde der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für

die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. im Geschäftsjahr 2015 um 10 Jahre bis zum 31.08.2025 verlängert. Eine Verlängerung der Fristen wird in der Regel gewährt, jedoch ohne Garantie. Die Lizenzen und Genehmigungen beinhalten zum Teil auch Auflagen, deren Nichtbefolgung die Landesmedienanstalten auch während der Laufzeit zu einem Widerruf berechtigen.

Gesamtrisiko

Die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft ist seit einigen Jahren negativ. Auch für die Folgejahre erwartet die Geschäftsführung in den bestehenden Rahmenbedingungen keine signifikante Ergebnisverbesserung. Die Geschäftsführung ist mit der Veranstaltergemeinschaft in Gespräche eingestiegen, um über eine Programmreform die Reichweiten zu erhöhen. Höhere Reichweiten sind die Grundlage zur Verbesserung der Einnahmensituation. Sollte eine signifikante Reichweitenverbesserung nicht möglich sein, müssen Überlegungen zu weiteren Kostenreduzierungen, auch in Bezug auf die Programmproduktion, vorangetrieben werden.

Die Gesellschaft und der Sender sind wichtiger Bestandteil der Hörfunkbeteiligungen der FUNKE MEDIENGRUPPE. Eine lückenlose Verbreitung im Vermarktungsgebiet Ruhrgebiet und Umland ist für alle Sender der FUNKE MEDIENGRUPPE ein wichtiger Faktor. Um den Fortbestand der Berichtsgesellschaft dauerhaft zu sichern, ist, neben der eigenen positiven Entwicklung, vor allem eine positive Geschäftsentwicklung der gesamten Hörfunkbeteiligungen der FUNKE MEDIENGRUPPE entscheidend. Im Geschäftsjahr 2018 konnten die Hörfunkbeteiligungen der FUNKE MEDIENGRUPPE ein positives Ergebnis erzielen.

Risikomanagement

Die Geschäftsführung verfügt über ein implementiertes Risikomanagement. Durch geeignete Planungs-, Reporting- und Controlling-Systeme kann die Betriebsgesellschaft eine Risikobewertung vornehmen und die Gesellschaft entsprechend steuern. Die Geschäftsführung hat damit die Möglichkeit, Risiken zu erkennen, abzuwenden und zu minimieren.

4. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2019 erwartet die Geschäftsführung auf der Umsatzseite keine gravierenden Veränderungen bei den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zum Vorjahr. Um für die Zukunft besser aufgestellt zu sein, bedarf es allerdings vor allem technischer Investitionen in die IT-Infrastruktur und der digitalen Auftritte des Senders. Zudem müssen die neuen Vermarktungsmöglichkeiten im Online-Audio-Bereich technisch aufgesetzt werden.

Im Wirtschafts- und Stellenplan der Gesellschaft wurden für das Geschäftsjahr 2019 Umsätze auf Vorjahresniveau (-6 T€) eingestellt. Die Ausschüttung der radio NRW GmbH wurde in der Planung um 24 T€ über dem Vorjahr erwartet.

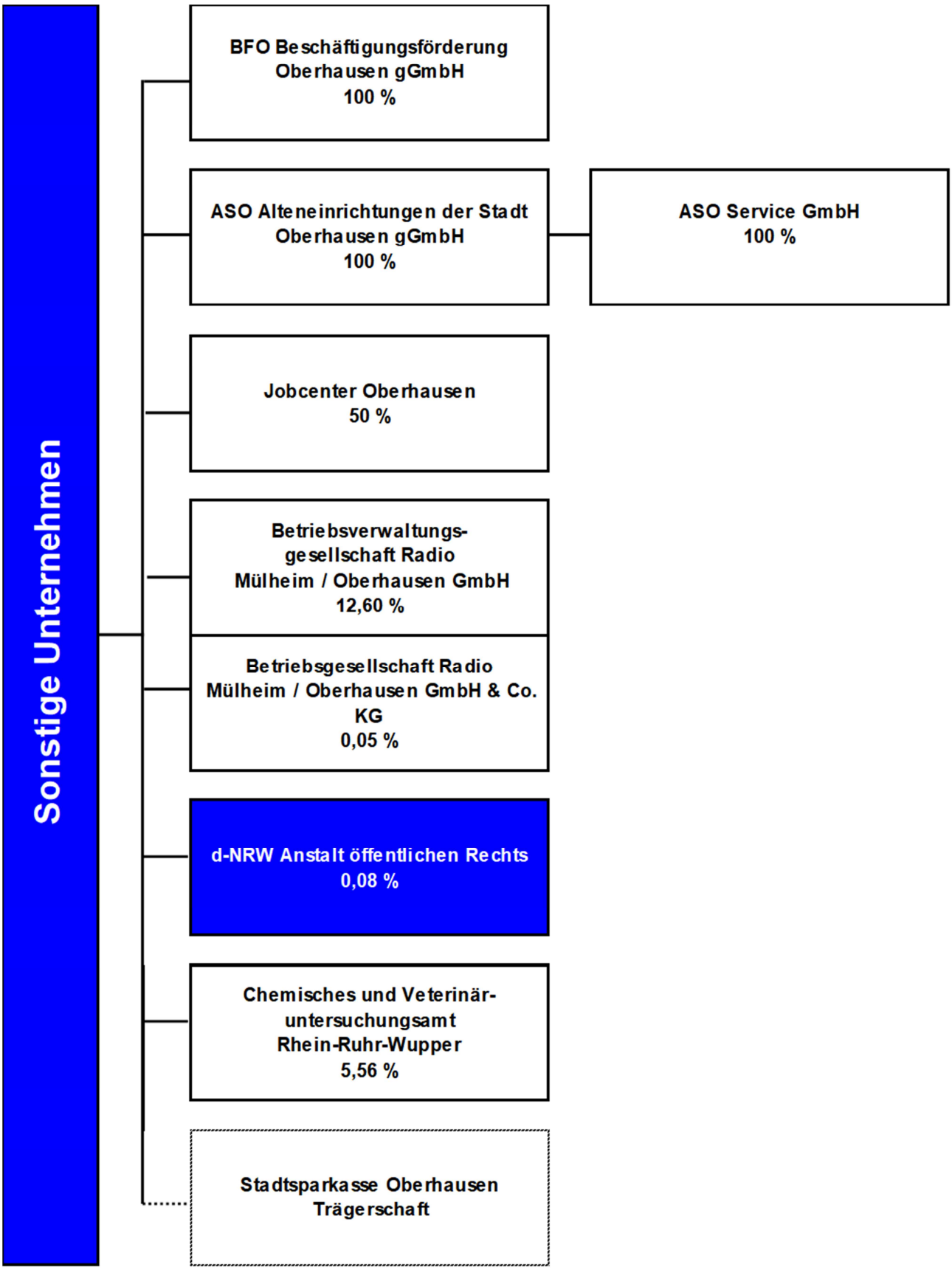
Das Kostenniveau der Gesellschaft wird vor allem auf Grund von technischen Investitionen über dem Vorjahreswert liegen.
Die Reichweiten der Sender „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“ liegen in der E.M.A. 2019 I in der Zielgruppe 14 - 49 (Mo - Fr.) auf Plan- und Vorjahresniveau. Die Betriebsgesellschaft wird die Veranstaltergemeinschaft, soweit möglich, unterstützen um die Reichweiten zu verbessern.

Für das Geschäftsjahr 2019 wurde im Wirtschafts- und Stellenplan ein negatives Ergebnis in Höhe von -441 T€ eingestellt. Dieses Ergebnis erscheint auch aktuell realistisch.

Essen, 30. April 2019

Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG

Axel Schindler
Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,05 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,08 %
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rheinische Str. 1
44137 Dortmund

Kontakt:

Telefon 0231/222438-10

Fax 0231/222438-11

e-Mail info@d-nrw.de

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 1.228,00

Gesellschafter:

	T€	%
div. Gebietskörperschaften des Landes NRW	225,00	18,32
Land NRW	1.000,00	81,43
Landschaftsverband Westfalen-Lippe	1,00	0,08
LVR Landschaftsverband Rheinland	1,00	0,08
Stadt Oberhausen	1,00	0,08

Gegenstand des Unternehmens:
Unterstützung ihrer Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Informationstechnische Leistungen, die der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen, erbringt d-NRW AöR insbesondere im Rahmen von staatlich-kommunalen Kooperationsprojekten. Außerdem unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 EGovG NRW.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Dr. Lienenkamp, Roger
	stellv. Vorsitzender	Both, Markus

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	52,38	0,9	44,93	0,7	-7,45	-14,22
Umlaufvermögen	5.496,68	99,1	6.816,52	99,3	1.319,84	24,01
Bilanzsumme	**5.549,07**	**100,00**	**6.861,45**	**100,00**	**1.312,38**	**23,65**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	2.755,75	49,7	2.756,75	40,2	1,00	0,04
Rückstellungen	1.277,60	23,0	1.904,38	27,8	626,78	49,06
Verbindlichkeiten	1.515,72	27,3	2.200,32	32,1	684,60	45,17
Bilanzsumme	**5.549,07**	**100,00**	**6.861,45**	**100,00**	**1.312,38**	**23,65**

bb) GuV

	2017	2018
	T€	**T€**
Umsatzerlöse	10.652,18	12.796,62
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-108,90	15,10
sonstige betriebliche Erträge	8,25	7,28
Materialaufwand	8.472,55	11.027,26
Personalaufwand	1.104,32	1.358,22
Abschreibungen	21,93	27,84
sonstige betriebliche Aufwendungen	939,88	390,41
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12,75	15,09
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,09	0,19
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,00	
sonstige Steuern	0,09	0,19
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	21,93	27,84	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	479,61	512,76	T€
Personalaufwandsquote:	10,47	10,60	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,92	0,65	%
Eigenkapitalquote:	49,66	40,18	%
Fremdkapitalquote:	50,34	59,82	%

e) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die d-NRW AöR ist auf der Grundlage des Gesetzes vom 25.10.2016 über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“, das am 05.11.2016 in Kraft getreten ist – geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in Kraft getreten am 02.02.2018 – seit dem Jahreswechsel 2016/2017 als Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätig.

Die d-NRW AöR unterstützt Ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

Träger der d-NRW AöR sind mit Stand vom 31.12.2018 das Land Nordrhein-Westfalen sowie 228 nordrhein-westfälischen Kommunen (Städte, Gemeinden, Kreise inkl. der Städteregion Aachen und der beiden Landschaftsverbände), die der Anstalt im Errichtungsjahr beigetreten sind. Sechs kommunale Beitritte, die im Verlauf des Jahres 2018 beschlossen und erklärt worden sind, werden mit Beginn des Folgejahres wirksam.

II. Geschäftsverlauf

a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die gute Konjunkturlage in Deutschland, die sich in einer weiterhin wachsenden Wirtschaft widerspiegelt, war auch für das Geschäftsjahr 2018 kennzeichnend. Im Dienstleistungsbereich konnte 2018 insgesamt erneut ein kräftiges Wirtschaftswachstum verzeichnet werden. Steigende Staatseinnahmen haben – in Kombination mit einer erhöhten Binnennachfrage im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Verwaltung – staatliche Ausgaben ausgelöst, von denen die IT-Branche profitiert hat.

b) Produktentwicklung

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich E-Gewerbe, das öffentliche Auftragswesen, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKFFI, die Weiterentwicklung der Online-Sicherheitsprüfung (OSiP), diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD-Projekte, die Weiterentwicklung des Meldeportals Behörden (MpB), die Entwicklung des Gewerbeservice-Portals NRW, der Landesredaktion FIM, und des Landes-Designs/CMS (nrwGOV) sowie die Kollaborationsanwendung NRW connect im Vordergrund.

c) Absatz- Beschaffungspolitik

Wesentlicher Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die d-NRW Betriebs-GmbH & Co. KG, Bochum sowie die d-NRW Gesellschaft für Softwareentwicklung und Beratung mbH, Düsseldorf. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

d) Produktion

Die Produktion erfolgte unmittelbar durch die unter lit. c) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

e) Investitionen

Die Anstalt hat im Jahr 2018 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen.

f) Finanzierung

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte im Geschäftsjahr 2018 vollständig durch die Kostenerstattung aus Aufträgen.

g) Personal

Die Anstalt hat im Jahr 2018 im Durchschnitt 25 Mitarbeiter beschäftigt. Kennzeichnend war die Aufstockung der Personalressourcen infolge von neuen Aufgaben und zunehmenden Projektaufträgen.

h) Umwelt

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

i) Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

Der IT-Kooperationsrat Nordrhein-Westfalen empfiehlt im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG), das Bund und Länder verpflichtet, Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten und ihre Verwaltungsportale miteinander zu einem Portalverbund zu verknüpfen, die d-NRW AöR als zentrale OZG-Koordinierungsstelle für Nordrhein-Westfalen zu beauftragen.

III. Lage des Unternehmens

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2018 Umsatzerlöse i.H.v. TEUR 12.797, d. h. eine Steigerung von TEUR 2.145 gegenüber dem Vorjahr (TEUR 10.652), verzeichnen. Die Bilanzsumme hat sich gegenüber 2017 von TEUR 5.549 um TEUR 1.312 auf TEUR 6.861 erhöht.

a) Vermögenslage

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

wesentliche Bilanzposten

	31.12.2017	**31.12.2018**	**Veränderung**
Aktiva	**T€**	**T€**	**T€**
Anlagevermögen	52	45	-7
Umlaufvermögen	5.497	6.816	+1.319
Passiva			
Eigenkapital	2.756	2.757	+1
Fremdkapital	2.793	4.104.	+1.311
Bilanzsumme	**5.549**	**6.861**	**+1.312**

Im Vergleich zum 31.12.2017 hat sich das Umlaufvermögen um TEUR 1.319 erhöht. Grund dafür sind insbesondere die gestiegenen Geldmittel.

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital nahezu unverändert (+TEUR 1) und das Fremdkapital um TEUR 1.311 gestiegen. Beim Fremdkapital sind insbesondere die Positionen „Rückstellungen“ (+TEUR 627) „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+TEUR 632) und „erhaltene Anzahlungen“ (+TEUR 194) im Vergleich zum 31.12.2017 gestiegen. Die „sonstigen Verbindlichkeiten“ sind gegenüber dem Vorjahr 2017 rückläufig (-TEUR 141).

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2018 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die Eigenkapitalquote ist im Vergleich zum 31.12.2017 wegen der höheren Bilanzsumme, insbesondere aufgrund der gestiegenen Verbindlichkeiten auf 40,2 % (31.12.2017 49,7 %) gesunken.

Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt TEUR 6.222 (31.12.2017: TEUR 4.550).
Die Liquidität 2. Grades beträgt 155,9%. (Vorjahr: 178,1%)

c) Ertragslage

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2018 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Meldewesen, Öffentliches Auftragswesen, E-Gewerbe, nrwGOV, Förderprogrammcontrolling, Schulwesen, Landesredaktion, Verwaltungssuchmaschine, Serviceportal NRW, Digitales Archiv, Online Sicherheitsprüfung, PfAD, KiBiz und EA-Portal sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landesverwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

	2017 TEUR	**2018 TEUR**	**+/- Vj. TEUR**
Betriebserträge	10.551	12.819	+2.268
Betriebsaufwendungen	-10.538	-12.804	+2.266
Finanzergebnis	-13	-15	+2
Jahresgebnis	0	0	0

Für das Geschäftsjahr 2018 wird ein Jahresergebnis von TEUR 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst – soweit möglich – auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Für das Berichtsjahr 2018 hat sich eine Kostenüberdeckung von TEUR 748 ergeben. In gleicher Höhe wurde eine Rückstellung für die Ausgleichsverpflichtung, die nunmehr insgesamt TEUR 1.398 (Vorjahr: TEUR 650) beträgt, passiviert.

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2017 TEUR	**2018 TEUR**	**+/- Vj. TEUR**
Projekterlöse	4.180	6.341	+2.161
Dienstleistungen	6.811	6.856	+45
Nutzungsgebühren Regionale Vergabemarktplätze	305	341	+36
übrige Umsatzerlöse	6	7	+1
	11.302	13.545	+2.243
Aufwand für Ausgleichsverpflichtung	-650	-748	-98
	10.652	12.797	+2.145

Die Materialaufwendungen TEUR 11.027 (Vorjahr: TEUR 8.473) betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmer für Programmierleistungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen TEUR 391 (Vorjahr: TEUR 940) betreffen im Wesentlichen Aufwendungen für die Zuführung zur Rückstellung für die Restrukturierung des IT-Systems OSiP TEUR 0 (Vorjahr: TEUR 500), Zuführung zur Rückstellung für Garantieleistungen TEUR 8 (Vorjahr: TEUR 8), Rechts- und Beratungskosten TEUR 30 (Vorjahr: TEUR 173) sowie Raumkosten TEUR 138 (Vorjahr: TEUR 114).

Bei den Zinsaufwendungen TEUR 15 (Vorjahr: TEUR 13) – ausgewiesen im Finanzergebnis – handelt es sich um Verwahrgeld.

IV. Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

a) Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AöR noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister besonders hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AöR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Die neue Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts bietet die Chance, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren.

b) Risiken

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

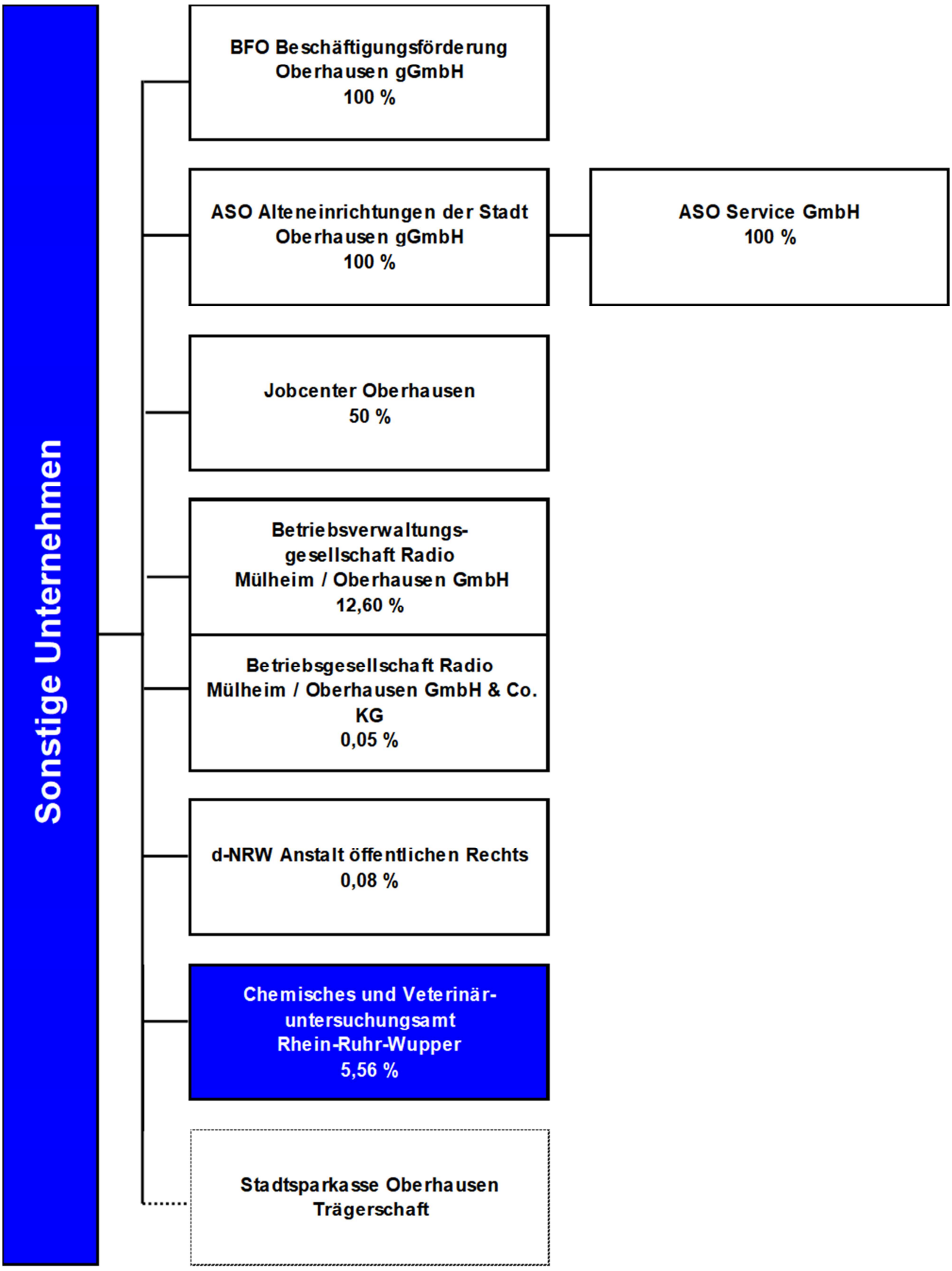
Unwägbarkeiten bestehen zudem in steuerlicher Hinsicht dadurch, dass die d-NRW AöR unter Berufung auf die Regelung des § 2b UStG in den Geschäftsjahren 2017 und 2018 als Nichtunternehmer im umsatzsteuerlichen Sinne eingestuft wurde. Diese Einstufung ist Gegenstand einer laufenden Umsatzsteuersonderprüfung. Überdies wird aktuell davon ausgegangen, dass die d-NRW AöR keinen ertragssteuerpflichtigen Betrieb gewerblicher Art (BgA) begründet und dementsprechend keine Körperschaft- und Gewerbesteuer zu entrichten hat.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen. Weitere Verzögerungen im Zusammenhang mit der Konstituierung des Verwaltungsrates können die weitere Geschäftstätigkeit der d-NRW AöR gegebenenfalls beeinträchtigen.

Dortmund, 11. Juni 2019

d-NRW AöR

Dr. Roger Lienenkamp
Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,05 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,08 %
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Deutscher Ring 100
47798 Krefeld

Kontakt:

Telefon 02151/849-0
Fax 02151/849-4042
e-Mail poststelle@cvua-rrw.de
Internet www.cvua-rrw.de/

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts
Stammkapital in T€: 270,00

Gesellschafter:

	T€	%
Kreis Wesel	15,00	5,56
Land NRW	135,00	50,00
Stadt Duisburg	15,00	5,56
Stadt Essen	15,00	5,56
Stadt Krefeld	15,00	5,56
Stadt Mülheim	15,00	5,56
Stadt Oberhausen	15,00	5,56
Stadt Remscheid	15,00	5,56
Stadt Solingen	15,00	5,56
Stadt Wuppertal	15,00	5,56

Gegenstand des Unternehmens:

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Vorstand: Vorsitzender Dr. Horn, Detlef
Pöll, Reiner

Verwaltungsrat:	Vorsitzende	Dr. Krüger, Christiane
	stellv. Vorsitzender	Berensmeier, Ralf
	Mitglied gem. § 113 GO	Ohletz, Horst
	Mitglied	Krumpholz, Ralf
	Mitglied	Raskob, Simone
	Mitglied	Dr. Steinfort, Frank
	Mitglied	Nocke, Matthias
	Mitglied	Dr. Delschen, Thomas
	Mitglied	Reul-Nocke, Barbara
	Mitglied	Welzel, Jan
	Mitglied	Visser, Thomas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	8.982,10	26,8	12.797,22	36,1	13.919,80	37,3	1.122,58	8,77
Umlaufvermögen	24.315,81	72,7	22.361,98	63,1	23.195,28	62,2	833,30	3,73
Rechnungsabgrenzungsposten	171,22	0,5	257,87	0,7	206,34	0,6	-51,53	-19,98
Bilanzsumme	**33.469,12**	**100,00**	**35.417,06**	**100,00**	**37.321,42**	**100,00**	**1.904,36**	**5,38**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	7.745,05	23,1	6.857,75	19,4	6.265,85	16,8	-591,90	-8,63
Rückstellungen	24.417,61	73,0	27.108,01	76,5	29.974,62	80,3	2.866,61	10,57
Verbindlichkeiten	856,84	2,6	976,41	2,8	1.009,92	2,7	33,51	3,43
Rechnungsabgrenzungsposten	449,63	1,3	474,89	1,3	71,04	0,2	-403,85	-85,04
Bilanzsumme	**33.469,12**	**100,00**	**35.417,06**	**100,00**	**37.321,42**	**100,00**	**1.904,36**	**5,38**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	17.552,22	18.092,75	18.087,38
sonstige betriebliche Erträge	3,03	16,97	44,88
Materialaufwand	6.758,62	6.811,59	6.663,74
Personalaufwand	7.470,98	6.037,01	5.331,29
Abschreibungen	1.142,18	1.125,68	1.200,56
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.861,20	3.989,05	4.156,12
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,04	1.252,07	1.619,38
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		2.285,76	2.991,82
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.677,68	-887,29	-591,91
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-1.677,68	-887,29	-591,91
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1.677,68	-887,29	-591,91

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-9,56	-4,90	-3,27	%
Eigenkapitalrentabilität:	-17,80	-11,46	-8,63	%
Cash-Flow:	-535,50	238,38	608,66	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	167,19	166,14	152,37	T€
Personalaufwandsquote:	42,56	33,34	29,40	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	18,28	16,97	16,01	%
Eigenkapitalquote:	23,14	19,36	16,79	%
Fremdkapitalquote:	76,86	80,64	83,21	%

e) Lagebericht

1. Überblick

1.1 Rechtlicher Rahmen

Basierend auf dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) wurden in ganz NRW integrierte Untersuchungsämter (CVUÄ) gebildet. Mit der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 13.11.2008 hat das damalige Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV) zum 01.01.2009 das Chemische und Veterinä-runtersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW), Krefeld, als Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Träger der Anstalt waren im Berichtsjahr neben dem Land Nordrhein-Westfalen die Städte Duis-burg, Essen, Oberhausen, Mülheim an der Ruhr, Wuppertal, Remscheid, Solingen und Krefeld sowie der Kreis Wesel. Jede dieser Trägerkommunen hat im Verwaltungsrat, dem höchsten Organ der Anstalt, einen Sitz und ist mit einer Stimme vertreten; das Land NRW hat zwei Sitze und ist mit der gleichen Anzahl aus der Summe der kommunalen Stimmen, also mit neun Stimmen, vertreten.

1.2 Organisation

Nach § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet das Untersuchungsamt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, so-weit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt das CVUA-RRW gerichtlich und außergerichtlich und stellt somit das geschäftsführende Organ der Organisation dar. Im Berichtsjahr waren folgende Mitglieder im Vorstand:

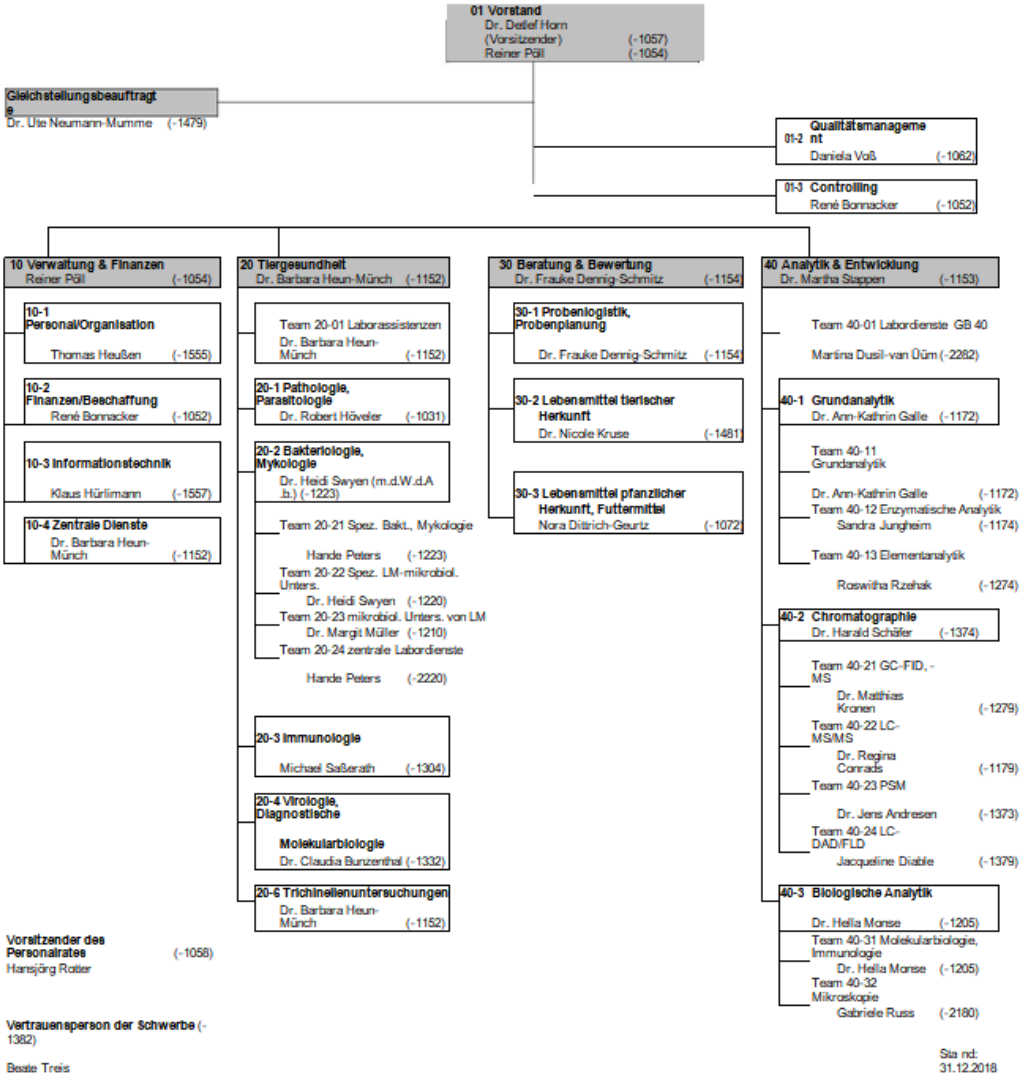
Vorstandsvorsitzender: Herr Dr. Detlef Horn

Vorstandsmitglied: Herr Reiner Pöll

Da der Vorstandsvorsitzende, Herr Dr. Horn, mit Ablauf des 31.12.2020 in den Ruhestand tritt und das weitere Vorstandsmitglied, Herr Pöll, zum 16.11.2021 in die passive Phase seiner Altersteilzeit tritt, hat der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 27.06.2018 beschlossen, den Vorstand um ein weiteres Vorstandsmitglied zu erweitern. Frau Dr. Martha Stappen wurde zum 01.01.2019 als wei-teres Mitglied in den Vorstand berufen.

Das CVUA-RRW gliedert sich in vier Geschäftsbereiche, die jeweils in Fachgebiete unterteilt sind.

Die Organisation im Berichtsjahr ist dem folgenden Organigramm zu entnehmen:



1.3 Finanzielle Rahmengrundsätze

Entsprechend den Regelungen des § 12 Abs. 1 IUAG NRW richten sich die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Prüfung des CVUA-RRW nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Die Grundsätze der Finanzierung des CVUA-RRW sind in einer Finanzsatzung fixiert.

1.4 Aufgabenkatalog

Die Aufgaben des CVUA-RRW ergeben sich aus § 4 IUAG NRW. Darüber hinaus wurden dem CVUA-RRW mit der v.g. Errichtungsverordnung weitere Aufgaben übertragen. Mit Änderung der Errichtungsverordnung wurde zum 01.01.2017 die landesweite Schwerpunktbildung für das CVUA-RRW über eine erweiterte Definition der jeweiligen Einzugsbereiche rechtlich neu manifestiert. Dabei wurde in der Anlage 1 „Einzugsbereiche für Untersuchungen in bestimmten Untersuchungsbereichen“ die Kompetenzzentren und in Anlage 2 „Einzugsbereiche für die Durchführung bestimmter Untersuchungen“ die Schwerpunktanalytik landesweit zugewiesen.

Das CVUA-RRW übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 aus.

In Angelegenheiten bzgl. des Aufgabenbereichs, insbesondere in Fragen der amtlichen Kontrolle, berät die Anstalt die Träger und auch Dritte.

Das CVUA-RRW wirkt mit bei:

- der Koordinierung und Durchführung europa-, bundes-, landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in der amtlichen Überwachung tätig sind,
- der Kontrolle von Betrieben und
- der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereichs.

Die Untersuchungsanstalt führt im Rahmen ihrer Aufgaben wissenschaftliche Entwicklungsarbeiten und Maßnahmen zur Qualitätssicherung durch. Auch ist das CVUA-RRW verpflichtet, Aufträge eines Trägers oder mehrerer Träger auszuführen, soweit andere Regelungen dem nicht entgegenstehen und die Finanzierung durch den Auftraggeber gesichert ist. Das CVUA-RRW kann Aufträge Dritter ausführen, soweit andere Regelungen dem nicht entgegenstehen. Für die Ausführung von Aufträgen Dritter sind mindestens kostendeckende Gebühren und Entgelte zu erheben.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Entsprechend dem oben dargestellten Aufgabenkatalog kann festgestellt werden, dass das CVUA-RRW ausschließlich hoheitliche Aufgaben wahrnimmt. Steuerverpflichtungen aufgrund gewerblicher Tätigkeiten sind nicht erkennbar.

1.5 Tätigkeitsfelder des CVUA-RRW

Dem integrativen Ansatz des IUAG NRW folgend, erstrecken sich die Aktivitäten des CVUA-RRW über den gesamten Bereich des Verbraucherschutzes von der Erzeugung gesunder Futtermittel, der Tierproduktion, der Erzeugung und Gewinnung der Lebensmittel in der Land- und Fleischwirtschaft über die Herstellung und den Vertrieb von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika („from farm to fork“ bzw. „from stable to table“). Darüber hinaus führt das CVUA-RRW Untersuchungen zur Überwachung nach dem Gentechnikgesetz durch. Dementsprechend ist die Untersuchungsanstalt im Wirtschaftsjahr 2018 in fünf Tätigkeitsfeldern aktiv geworden:

Bereich des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches:

1. Lebensmittel,
2. Futtermittel,
3. Fleischhygiene

Bereich der Bekämpfung von Zoonosen und Tierseuchen sowie des Tierschutzes:

4. Tiergesundheit

Bereich Gentechnik:

5. Überwachung nach dem Gentechnikgesetz

1.6 Überblick über die Branche

Im Berichtsjahr 2018 existieren in ganz NRW fünf integrierte Untersuchungsanstalten (CVUA Ost-westfalen-Lippe zum 01.01.2008, CVUA Rhein-Ruhr-Wupper zum 01.01.2009, CVUA Münsterland-Emscher-Lippe zum 01.07.2010, CVUA Rheinland zum 01.01.2011 und CVUA Westfalen zum 01.01.2014), die alle auf der Grundlage des IUAG NRW errichtet wurden.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Geschäftsverlauf

2.1.1 Beitrittsverhandlungen mit der Untersuchungskooperation Düsseldorf / Mettmann

Im Berichtsjahr wurden die Verhandlungen mit der Stadt Düsseldorf und dem Kreis Mettmann über den Weg zu einem Beitritt zum CVUA-RRW abgeschlossen. Der Verwaltungsrat des CVUA hat in seiner Sitzung am 19. November 2018 einstimmig beschlossen:

1. Der Verwaltungsrat nimmt das Konzept zum Beitritt der Untersuchungskooperation Düsseldorf / Mettmann in das CVUA-RRW zur Kenntnis.

2. Der Verwaltungsrat stimmt dem Beitritt der Stadt Düsseldorf und des Kreises Mettmann in die Trägerschaft des CVUA-RRW zum 01.01.2020 zu.

3. Die Stadt Düsseldorf und der Kreis Mettmann werden gebeten, die bestehenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit den Kreisen Kleve und Viersen zum 31.12.2020 und mit dem Rhein-Kreis Neuss sowie der Stadt Mönchengladbach zum 31.12.2021 einvernehmlich zu beenden.

4. Der Verwaltungsrat begrüßt einen Beitritt der Kreise Kleve, Neuss und Viersen sowie der Stadt Mönchengladbach in die Trägerschaft des CVUA-RRW.

5. Der Vorstand des CVUA-RRW wird aufgefordert, in 2019 die Verhandlungen zur Anpassung der Schwerpunktbildung mit den CVUÄ MEL, OWL, RLD und WFL aufzunehmen.

6. Der Verwaltungsrat beauftragt den Vorstand, bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2020 das Anfangsbudget für die Stadt Düsseldorf und den Kreis Mettmann auf Grundlage der Jahresabschlüsse 2018 der beiden Kommunen nach § 14 Abs. 2 Satz 1 IUAG entsprechend zu berücksichtigten.

7. Die Arbeitsgruppe Entgelte wird beauftragt, bei der Berechnung der Entgelte ab 2021 das Mo-dell 1 oder 2 zu Grunde zu legen.

8. Der Vorstand wird beauftragt, bis Ende März 2019 dem Verwaltungsrat die Auswirkungen des Beitritts auf das Stimmenverhältnis, den Vorsitz im Verwaltungsrat und das Stammkapital umfassend aufzuzeigen. Dabei sollen auch die Regelungen der anderen CVUÄ in NRW aufgezeigt werden.

2.1.2 Entgeltentwicklung

Dem Auftrag aus der Verwaltungsratssitzung vom 15.11.2017 folgend wurde auf Grundlage des Jahresabschlusses 2017 und unter Einbeziehung der regulären Preissteigerung sowie des vorliegenden Tarifabschlusses (Tarifbeschäftigte und Beamte) eine Entgeltsteigerung kalkuliert, die

a) auf die Jahre 2019, 2020 und 2021 im Sinne einer verstetigten Steigerungsrate wirkt und

b) die Entwicklung und Heranziehung der verschiedenen Rücklagen berücksichtigt.

Der Vorstand hat der AG Entgelte in ihrer Sitzung am 17.07.2018 die für die Wirtschaftsjahre 2019, 2020 und 2021 notwendigen Aufwendungen vorgestellt. Der Verwaltungsrat ist dem Vorschlag der AG Entgelte einstimmig gefolgt und hat der Erhöhung der Entgelte in 2019 um 6,50 % per Umlaufbeschluss vom 13.09.2018 zugestimmt.

2.1.3 Vorbereitungen auf einen möglichen Ausbruch der afrikanischen Schweinepest (ASP) in NRW

Nachdem in Belgien die ASP ausgebrochen ist, müssen sich die CVUÄ darauf einstellen, dass sich auch in NRW die Seuche ausbreitet. Obwohl damit zu rechnen ist, dass die ASP sich ausschließlich in der Wildschweinpopulation verbreitet, sind die Folgen für die Landwirtschaft enorm. Ein Ausbruch führt unmittelbar zu umfangreichen Handelsrestriktionen, die die Landwirtschaft nur mit umfangreichen Eigenkontrollen begegnen kann. In diesem Fall müsste das CVUA RRW seine Untersuchungskapazität kurzfristig drastisch erhöhen. Um diese Herausforderung bestehen zu können, hat das CVUA bereits im Jahre 2018 zusätzlich 180 T€ und in 2019 weitere 40 T€ investiert. Um kurzfristig auch die personellen Ressourcen bereit zu stellen, wurden organisatorische Maßnahmen in die Wege geleitet.

2.1.4 Start Pilotprojekt Trichinellenuntersuchung

Das CVUA ist Kompetenzzentrum für fleischhygienerechtlich relevante Parasiten. In diesem Zusammenhang nimmt es die Aufgabe der Betreuung kommunaler Untersuchungsstellen und führt auch Trichinellenuntersuchungen durch.

Um die Aufgabe Trichinellenuntersuchung landesweit anbieten zu können wurde 2018 gemeinsam mit dem Kreis Minden-Lübbeke, den Städten Mülheim an der Ruhr und Essen, dem LANUV und dem Ministerium ein Projekt zur Entwicklung eines Konzeptes zur landesweiten Untersuchung auf Trichinellen bei Wildschweinen gestartet.

2.1.5 Akkreditierung des CVUA-RRW

Im Rahmen eines umfangreichen Audits wurde das CVUA-RRW mit Bescheid vom 19. Dezember 2018 durch die Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH (DAkkS) auf Basis der EN ISO/IEC 17025:2005 akkreditiert. Die in Verbindung mit dem Bescheid erhaltene Akkreditierungsurkunde ist nun unbefristet gültig.

2.2 Geschäftsergebnis

Das CVUA-RRW hat das Wirtschaftsjahr 2018 im Rahmen der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresfehlbetrag von ca. 592 Tsd. € abgeschlossen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Jahresergebnis um rund 295 Tsd. € (Jahresfehlbetrag 2017: rund 887 Tsd. €) verbessert.

2.2.1 Ertragslage

Die Umsatzerlöse des CVUA-RRW beliefen sich auf 18.087 Tsd. € und setzten sich wie folgt zusammen:

Bezeichnung	IST 2018	IST 2017	Differenz
Umsatzerlöse	18.087.377,89 €	18.092.746,68 €	-5.368,79 €
Gebühren	1.053.432,90 €	1.050.494,33 €	2.938,57€
Entgelte	17.011.812,00 €	17.009.444,60 €	2.367,40 €
sonstige Umsatzerlöse	22.132,99 €	32.807,75 €	10.674,76

Die Umsatzerlöse im Berichtsjahr sind im Vergleich zum Vorjahr annähernd konstant geblieben. Die unter den sonstigen Umsatzerlösen enthaltenen Beträge i.H.v. rund 22 Tsd. € sind hauptsächlich Erstattungen von Untersuchungskosten.
Die Entgelte i.H.v. 17.012 Tsd. € gliedern sich wie folgt:

Bezeichnung	IST 2018	IST 2017	Differenz
Entgelte	17.011.812,00 €	17.009.444,60 €	3.367,40 €
Landesentgelt	10.300.374,00 €	10.300.374,00 €	0,00 €
kommunales Entgelt	6.695.238,00 €	6.695.238,00 €	0,00 €
sonstiges Entgelt	16.200,00 €	13.832,60 €	2.367,40 €

Die Umlagenquote (Verhältnis der Entgelte der Träger zu den Umsatzerlösen) betrug 93,96 %.

Neben diesen Erträgen sind im Wirtschaftsjahr 2018 sonstige Erträge in Höhe von rund 45 Tsd. € verbucht worden. Diese setzten sich hauptsächlich aus Auflösungen von Rückstellungen (40 Tsd. €) und Erstattungen von Portokosten (4 Tsd. €) zusammen.

2.2.2 Aufwendungen

Die betrieblich bedingten Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 100 Tsd. € auf rund 1,6 Mio. € gestiegen. Die Aufwendungen für bezogene Leis-tungen beinhalten hauptsächlich Personal-kosten für das gestellte Personal. Der Anteil für das gestellte Personal und die Löhne und Gehälter des eigenen Perso-nals sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 330 Tsd. € auf rund 10,1 Mio. € gestiegen. Die Aufwendungen für die Alters-versorgung betragen in 2018 -539 Tsd. € im Vergleich zu 814 Tsd. €, da von den eigentlichen Aufwendungen eine Er-stattung von einem Vordienstherrn abgesetzt wurde.

Die Kosten für den Probentransport beliefen sich auf rund 27 Tsd. €.

Der saldierte Zinseffekt für die Rückstellungen bei Pensionen und Beihilfe entsprach einem Aufwand i.H.v. 1,37 Mio. € (1,03 Mio. € im Vorjahr).

Die im Wirtschaftsjahr ermittelten Abschreibungen in der Höhe von ca. 1.201 Tsd. € liegen um rund 75 Tsd. € über den Abschreibungen des Vorjahres.

2.3. Vermögens- / Finanzlage

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr von 35.417 Tsd. € auf 37.321 Tsd. € gestiegen. Dies ist hauptsächlich durch die Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Kombination mit der anhaltenden Niedrigzinsphase begründet.

Die Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

		2018 T€	2017 T€
1.	Jahresergebnis	-592	-887
2. +	Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.200	1.126
3. +/-	Zunahme/Abnahme (-) der Rückstellungen	1.494	1.656
4. +/-	Sonstige zahlungsunwirksamen Aufwendungen/Erträge	0	0
5. -/+	Gewinn(-)/Verlust(+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (saldiert)	16	18
6. +/-	Zinsaufwendungen (+)/ Zinserträge (-)	1.373	1.034
7. -/+	Zunahme(-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.327	-1.092
8. +/-	Zunahme(+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-371	145
9.	**Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit**	1.793	2.000
10. +	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögen	0	0
11. -	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1.125	-981
12. -	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-161	-77
13. +	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0
14. -	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.053	-3.900
15. +	Erhaltene Zinsen	0	0
16.	**Cashflow aus Investitionstätigkeit**	-2.339	-4.958
17. +	Einzahlungen der Träger	0	0
18. -	Auszahlungen an die Träger	0	0
19. +	Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten	0	0
20. -	Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzkrediten	0	0
21. -	Gezahlte Zinsen	0	0
22.	**Cashflow aus Finanzierungstätigkeit**	0	0
23.	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-546	-2.958
24.	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	8.465	11.423
25.	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	7.919	8.465

2.4 Finanzielle Leistungsindikatoren

2.4.1 Kennzahlen zur Erfolgslage

	IST 2018	Plan 2018	IST 2017
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-591.905,74 €	-1.986.817,64 €	-887.294,76 €
Umsatzerlöse	18.087.377,89 €	18.038.329,04 €	18.092.746,68 €
Umsatzrendite in %	**-3,27%**	**-11,01%**	**-4,90%**

Die Umsatzrendite stellt den auf den Umsatz bezogenen Gewinnanteil dar. Diese Kennzahl lässt also erkennen, wieviel das Unternehmen in Bezug auf 1 € Umsatz verdient hat.

Die CVUA ist eine integrierte Untersuchungseinrichtung im Bereich des Verbraucherschutzes und finanzierte sich im Berichtsjahr zu 93,96 % aus Trägerentgelten. Da der Betriebszweck der Anstalt nicht auf Ertragssteigerung ausgerichtet ist und die Finanzierung hauptsächlich aus Trägerentgelten besteht, ist eine Umsatzrendite von 0 % erstrebenswert. Denn Ziel ist es, die durch die Träger der Anstalt zu tragenden Kosten im ausgewogenen Verhältnis zu halten, ohne den gesetzlichen definierten Auftrag der Anstalt zu gefährden.

Die Abfindungszahlung durch den Vordienstherrn und die Umsetzung der Zusage des Landes NRW, die zusätzlichen Kosten aus dem DRModG NRW für einen Beamten zu tragen, der zum 1.8.2016 in den Ruhestand versetzt wurde, verbesserte einmalig das diesjährige Jahresergebnis und damit auch die Umsatzrendite im Gegensatz zur geplanten Umsatzrendite 2018.

2.4.2 Kennzahlen zur Vermögenslage

	IST 2018	Plan 2018	IST 2017
Eigenkapital	6.265.846,78 €	4.870.934,88 €	6.857.752,52 €
Bilanzsumme	37.321.418,78 €	36.685.163,88 €	35.417.062,95 €
Eigenkapitalquote in %	**16,79%**	**13,28%**	**19,36%**

Die Eigenkapitalquote zeigt, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Je höher die Eigenkapitalquote, umso höher ist die finanzielle Stabilität der Anstalt. Die Senkung der Eigenkapitalquote in 2018 im Vergleich zum Vorjahr ist auf das negative Jahresabschlussergebnis zurückzuführen.

Das im Gegensatz zum Plan 2018 verbesserte Jahresergebnis führte zu einem weniger deutlichem absinken der Eigenkapitalquote.

	IST 2018	Plan 2018	IST 2017
Rückstellungen	29.974.617,00 €	30.194.229,00 €	27.108.011,00 €
Bilanzsumme	37.321.418,78 €	36.685.163,88 €	35.417.062,95 €
Rückstellungsquote in %	**80,31%**	**82,31%**	**76,54%**

Die Kennzahl Rückstellungsquote stellt den prozentualen Anteil der Rückstellungen am Gesamtkapital dar. Rückstellungen sind Verbindlichkeiten, die hinsichtlich ihrer Höhe oder ihres Auftretens ungewiss sind, aber mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit wirksam werden. Die Rückstellungen beim CVUA-RRW sind größtenteils Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen. Die hohe Rückstellungsquote verdeutlicht, wie abhängig das Jahresergebnis von den Rückstellungsentwicklun-gen der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen ist.

2.5 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Im Jahr 2018 waren im CVUA-RRW 221 Personen beschäftigt davon 171 weibliche und 50 männliche. Das Durchschnittsalter der Mitarbeitenden beträgt 48 Jahre (2017: 47 Jahre) und schlüsselt sich wie folgt auf:

Alter	**20-29**	**30-39**	**40-49**	**50-60**	**>60**
Anzahl	13	36	52	104	16

Das CVUA-RRW beteiligt sich seit dem Jahr 2014 am „KlimaKonzept.NRW“ der EnergieAgen-tur.NRW. Im Berichtszeitraum wurde die CO_2-Bilanz der Jahre 2013-2017 erstellt. Durchschnittlich konnte das CVUA-RRW jährlich die CO_2-Emissionen in den o.g. Jahren um 19,4% reduzieren.

3. Prognosebericht

3.1 Branchenbericht

3.1.1 Novellierung KontrollVO

Zum Ende des Jahres 2019 tritt die VO (EU) 2017/625 in Kraft und löst die alte Kontrollverordnung ab. In der Kontrollverordnung sind sowohl die Aufgaben der amtlichen Laboratorien wie auch die Finanzierung der amtlichen Kontrolle geregelt. Für das CVUA ergeben sich daraus keine Änderungen.

3.1.2 Untersuchungslandschaft NRW im stetigem Wandel

Amtlichen Kontrollen und die damit verbundenen Untersuchungen müssen sich auch im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und der Tiergesundheit kontinuierlich den sich ändern-den Rahmenbedingungen wie z.B. der Globalisierung des Handels, dem Auftreten neuer Tierkrankheiten oder dem Einsatz neuer Technologien bei der Herstellung oder Untersuchung von Le-bensmitteln anpassen. In den nun anstehenden Diskussionen wird der gesamte Bereich der amtli-chen Kontrolle einzubeziehen sein. Für die CVUÄ in NRW stehen dabei insbesondere die Themen

- Einbeziehung der Ergebnisse der Eigenkontrollen in die amtliche Kontrolle
- Neubewertung der Zahl amtlicher Untersuchungen
- Neuausrichtung der Untersuchungsziele (non Targent Analysen)
- Einbeziehung der CVUÄ in die Probennahme
- weitere organisatorische Änderungen wie die Zusammenführung der Untersuchungsanstalten

auf der Tagesordnung.

3.2 Unternehmensspezifische Entwicklungen

3.2.1 Beitritt der Kooperation Düsseldorf / Mettmann

Nachdem 2018 der Weg zum Beitritt der Untersuchungskooperation Düsseldorf / Mettmann geklärt wurde, wird es in 2019 um die Umsetzung des Beitritts gehen. Mit dem Beitritt werden im CVUA-RRW ca. 10.000 Proben (Lebensmittel, Kosmetika und Bedarfsgegenstände) zusätzlich zu unter-suchen sein, die Zahl der Mitarbeitenden auf annähernd 270 und das Budget über 24 Millionen Euro steigen. Es ist das Ziel des CVUA-RRW alle betroffenen Kommunen aus dem bisherigen Ein-zugsbereich der Untersuchungskooperation als Träger der Anstalt zu gewinnen. Für den Beitritt ist der 1. Januar 2020 vorgesehen. Die Übernahme der Proben macht eine Anpassung der bisherigen landesweiten Schwerpunktbildung notwendig.

3.2.2 Trichinellen

Sowohl bei der Aufgabe „Betreuung kommunaler Untersuchungsstellen“ wie auch bei der Aufgabe „Trichinellenuntersuchung“ sind deutliche Änderungen zu erwarten.

Im Jahre 2011 hat das CVUA-RRW mit einigen kommunalen Untersuchungsstellen öffentlich-rechtliche Verträge zur Wahrnehmung der Trichinellenuntersuchung abgeschlossen. Die VO (EU) 2017/625 über amtliche Kontrollen sieht ab dem 14.12.2019 die Option einer dauerhaften Befrei-ung der Trichinellenuntersuchungsstellen von der Akkreditierungspflicht vor. Dabei verlieren die öf-fentlich-rechtlichen Verträge zur Wahrnehmung der Trichinellenuntersuchung ihre Grundlage. Die Verträge werden durch das CVUA-RRW in 2019 gekündigt. Als Alternative bietet das CVUA-RRW eine Betreuung auf der Basis der neuen, abgeschwächten Rahmenbedingungen an.

Im Rahmen des Projektes zur Entwicklung eines Konzeptes zur landesweiten Untersuchung auf Trichinellen bei Wildschweinen versucht das CVUA die erwartenden Untersuchungen effizient zu untersuchen. Aus diesem Grunde unterstützt das CVUA die Entwicklung einer technikgestützten Lösung (Trichinellen-APP).

3.2.3 Akkreditierung des CVUA-RRW

Nach 12 Jahren ist eine revidierte Version der EN ISO/IEC 17025:2005 erschienen. In der Revisi-on EN ISO/IEC 17025:2017 werden Betrachtungen von Risiken und Chancen neu aufgenommen; stärker betont werden Unparteilichkeit und Vertraulichkeit. Die erweiterten Anforderungen an die Qualitätssicherung bedeuten einen zusätzlichen Akkreditierungsaufwand. Bis 2020 muss das CVUA-RRW das QM-System auf die neuen Inhalte und Forderungen der EN ISO/IEC 17025:2017 angepasst haben und bereitet sich in 2019 auf das Audit vor.

3.2.4 Entwicklung der finanziellen Leistungsindikatoren

	Plan 2019	IST 2018	Plan 2018
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-1.715.596,94 €	-591.905,74 €	-1.986.817,64 €
Umsatzerlöse	19.122.454,13 €	18.087.377,89 €	18.038.329,04 €
Umsatzrendite in %	**-8,97%**	**-3,27%**	**-11,01%**

	Plan 2019	IST 2018	Plan 2018
Eigenkapital	3.155.337,94 €	6.265.846,78 €	4.870.934,88 €
Bilanzsumme	38.059.415,94 €	37.321.418,78 €	36.685.163,88 €
Eigenkapitalquote in %	**8,29%**	**16,79%**	**13,28%**

	Plan 2019	IST 2018	Plan 2018
Rückstellungen	33.284.078,00 €	29.974.617,00 €	30.194.229,00 €
Bilanzsumme	38.059.415,94 €	37.321.418,78 €	36.685.163,88 €
Rückstellungsquote in %	**87,45%**	**80,31%**	**82,31%**

Das im Vergleich zum Plan 2018 verbesserte Jahresergebnis beruhte auf Einmaleffekten, die sich 2019 gemäß der Wirtschaftsplanprognose nicht wiederholen. Die zum Plan 2018 prognostizierte Senkung des Fehlbetrages 2019 und die gestiegenen Umsatzerlöse sind auf die Steigung der Trä-gerentgelte um 6,5 % zurückzuführen. Die gewollte Senkung der Eigenkapitalquote ist die Folge des geplanten Jahresfehlbetrages. Die geplante Erhöhung der Rückstellungen in 2019 ist auf die Niedrigzinsphase und dem Verhältnis von Beamten und Versorgungsempfänger zurückzuführen (20 Beamtinnen und Beamte; 8 Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger einschließlich Hinterbliebene).

3.2.5 Entwicklung der nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren wird ein Ergebnis auf dem Niveau der Vorjahresentwicklung angestrebt.

4. Chancen- / Risikobericht

4.1. Branchenbericht

4.1.1. Schwerpunktbildung NRW

Mit dem Beitritt der Untersuchungskooperation Düsseldorf / Mettmann wurde die Notwendigkeit begründet, die bisherige landesweite Schwerpunktbildung auf der Basis der neuen Probenzahlen den Anforderungen entsprechend anzupassen. Damit wird die Grundlage gelegt, auch zukünftig die notwendigen Ressourcen dauerhaft bereitzustellen.

4.1.2 Untersuchungslandschaft im stetigem Wandel

Die anstehenden fachlichen und organisatorischen Änderungen werden die integrierten Untersuchungsanstalten in NRW vor große Herausforderungen stellen. Insbesondere gilt es, die Orientie-rung der Arbeit des CVUA-RRW an die Bedürfnisse der Träger und der kommunalen Überwachungsämter auch in der neuen Struktur zur gewährleisten.

Die organisatorische Zusammenfassung der Untersuchungseinrichtungen und die Konsolidierung der Aufgaben bieten die Chance, für die CVUÄ ihre Aufgaben auch zukünftig mit einem zu vertretenden wirtschaftlichem Aufwand zu erledigen. Dabei sollte auf den mit der Gründung der integrier-ten Anstalten gemachten positiven Erfahrungen aufgebaut werden. Die Rechtsform der Anstalten des öffentlichen Rechts in der Trägerschaft der Kommunen und des Landes gewährleistet eine schnelle Reaktionsmöglichkeit, die direkte Berücksichtigung der wahrzunehmenden Aufgaben und eine Einflussnahme auf die eingesetzten Ressourcen.

4.2. Unternehmensspezifische Entwicklungen

4.2.1 Beitrittsverhandlungen mit der Kooperation Düsseldorf / Mettmann

Der Beitritt der Untersuchungskooperation Düsseldorf / Mettmann bietet die Chance, die Aufgaben im gesamten Regierungsbezirk Düsseldorf und Finanzierung des CVUA-RRW zu konsolidieren. Den befürchteten Risiken insbesondere durch die Übernahme der Pensionslasten für die überzu-leiteten Beamten und den Zuwachs an Standorten konnten durch abgestimmte Vorgehenskonzep-te begegnet werden. Die auf Grund der Übernahme der Untersuchungen aus dem Einzugsbereich der Untersuchungskooperation zu generierenden zusätzlichen Einnahmen werden das CVUA-RRW in die Lage versetzen, den Fehlbetrag, der insbesondere durch den Zinsverfall bei den Rück-lagen entstanden ist, kurzfristig auszugleichen und die Entgelte auf Dauer zu stabilisieren. Die durch den Beitritt bedingte Erhöhung der Probenzahlen macht eine Fortschreibung der bisherigen landesweiten Schwerpunktbildung in Absprache mit den vier weiteren CVUÄ erforderlich.

4.2.2 Entgeltentwicklung

Der Vorstand erhielt den Auftrag, mögliche Entgeltentwicklungen für die nächsten Jahre aufzuzeigen. Dabei sollte eine gleichmäßige Verteilung der prozentualen Steigerung auf die Jahre 2019, 2020 und 2021 im Sinne einer verstetigen Steigerungsrate zu Grunde gelegt und die Entwicklung und Heranziehung der verschiedenen Rücklagen dargestellt werden. Auch sollte geprüft werden, wie ein weiteres Abschmelzen der Gewinnrücklage vermieden werden kann (z.B. durch Festlegung eines Sockelbetrages). Unter Einbeziehung der vorhandenen Allgemeine Rücklage nach § 3 Abs. 2 der Finanzsatzung des CVUA-RRW und der Kapitalrücklage hat der Vorstand dem Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 27.06.2018 vorgeschlagen, die Entgelte für Jahre 2019, 2020 und 2021 um jeweils 6,5 % zu steigern. Dieses Modell führt zum vollständigen Abschmelzen der All-gemeinen Rücklage und der teilweisen Entnahme aus der Kapitalrücklage. Die Investitionspflichtrücklage nach § 3 Abs. 1 der Finanzsatzung des CVUA-RRW sollte als zweckgebundene Rücklage im Sinne eines Sockelbetrages innerhalb der Gewinnrücklage erhalten bleiben.

4.2.3 Trichinellen

Mit dem Inkrafttreten der VO (EU) 2017/625 obliegt dem CVUA-RRW zukünftig nicht mehr die Verantwortung für die Akkreditierung der kommunalen Trichinenellen-Untersuchungsstellen. Die Beratung der Kreisordnungsbehörden wird durch die Entgelte wirtschaftlich kompensiert. Die Ent-wicklung der Untersuchungszahlen auf Trichinellen ist derzeit nicht abzuschätzen. Wenn auch mit der Ausweitung der Untersuchungszahlen zusätzliche Gebühreneinnahmen verbunden sind, wür-de ein deutlicher Anstieg der Zahlen das CVUA-RRW vor organisatorische Herausforderungen stellen.

4.2.4 Entwicklung der Vermögens- / Finanzlage

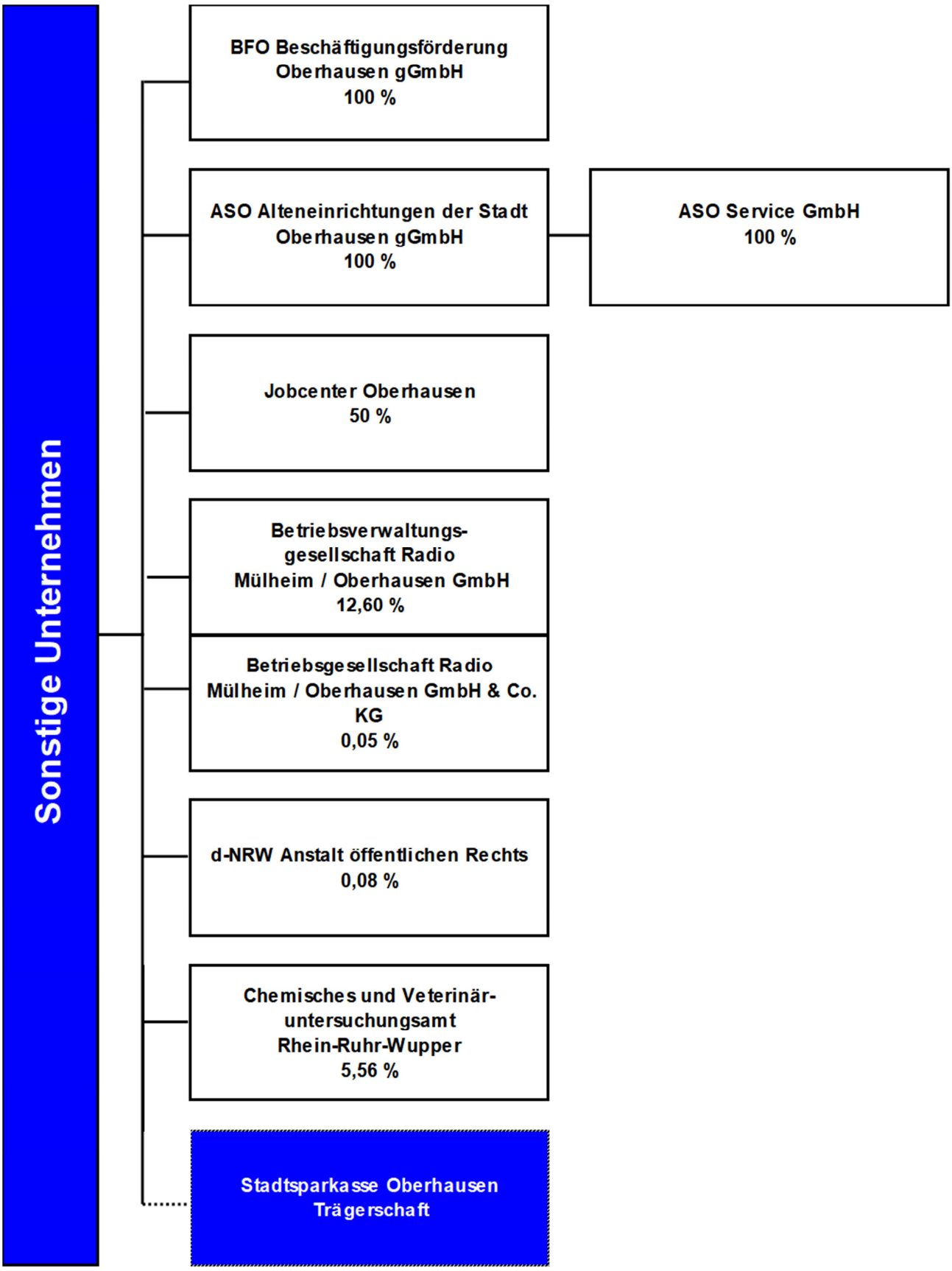
Die prognostizierte Niedrigzinsphase wird die Rückstellungsaufwände für Beamtenpensionen und Beihilfen auch im Jahr 2019 belasten. Darüber hinaus werden die zur Verfügung stehenden Ent-gelte der Träger geplant nicht ausreichen, die Aufwandssteigerungen aufgrund von Tarifabschlüs-sen und der normalen Preissteigungsrate aufzufangen. Der geplante Fehlbetrag wird zu einer wei-teren Reduzierung der Rücklagen beitragen.

Vor dem Hintergrund, dass die noch zur Verfügung stehenden Rücklagen zur Abdeckung von Fehlbeträgen annähernd aufgebraucht sind, können für die Jahre nach 2019 weitere Erhöhungen der Trägerentgelte zur Abwendung von Fehlbeträgen nicht ausgeschlossen werden.

Krefeld, 30. April 2019

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
- Anstalt des öffentlichen Rechts - (CVUA-RRW)

Dr. Detlef Horn	Reiner Pöll	Dr. Martha Stappen
Vorstandsvorsitzender	Vorstandsmitglied	Vorstandsmitglied


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,05 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,08 %
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Stadtsparkasse Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Wörthstraße 12
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8340
Fax	0208/8343231
e-Mail	info@stadtsparkasse-oberhausen.de
Internet	www.stadtsparkasse-oberhausen.de/

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts
Stammkapital in T€: 0,00

Träger:

	T€	%
Stadt Oberhausen	0,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stadtsparkasse Oberhausen mit dem Sitz in Oberhausen ist eine mündelsichere dem gemeinsamen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe (Stand: 31.12.2018)

Vorstand:	Vorsitzender	Uppenkamp, Bernhard
	Mitglied	Mebus, Oliver
	stellv. Mitglied	Gäng, Thomas
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	1. stellv. Vorsitzender	Schranz, Daniel
	2. stellv. Vorsitzender	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied	Benter, Christian
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Karschti, Albert
	Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Wittmann, Regina
	Mitglied	Wolter, Horst
	Mitglied (AN)	Berg, Thorsten
	Mitglied (AN)	Ehrlich, Dietmar
	Mitglied (AN)	Nockmann, Thomas
	Mitglied (AN)	Zimmermann, Thomas
	Mitglied (AN)	Zorn, Klaus
	stellv. Mitglied	Broß, Klaus Dieter

stellv. Mitglied	Cordes, Hubert
stellv. Mitglied	Gödderz, Sandra
stellv. Mitglied	Goeke, Martin
stellv. Mitglied	Jacobs, Silke
stellv. Mitglied	Müthing, Christa
stellv. Mitglied	Nakot, Werner
stellv. Mitglied	Radtke, Dorothee
stellv. Mitglied	Walther, Andrea-Cora
stellv. Mitglied (AN)	Höffner, Stefan
stellv. Mitglied (AN)	Klima, Michael
stellv. Mitglied (AN)	Sommerfeld, Kerstin
stellv. Mitglied (AN)	Zwingmann, Nina

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Castra Grundstückverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	0,40	0,40
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	56,39	19,05
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	10.570,00	0,28
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	23,01	9,00
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	27.469,12	1,38
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	1.539,48	1,78
RW Beteiligungs GmbH	0,32	1,30
S Bargeldlogistik GmbH	300,00	30,00
S-Direkt-Verwaltungs GmbH & Co. KG	314,30	0,70
S-Immobilien Oberhausen GmbH	525,00	100,00
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	8,29	6,63
S-International Rhein-Ruhr GmbH	65,00	10,40
S-Logistik Rhein-Ruhr GmbH	122,50	49,00
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	261,72	2,18
Sparkassen Vermietungs- und Immobilienvermittlungs GmbH Oberhausen	100,00	100,00
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	127,50	51,00
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	0,51	0,40
mittelbar	**T€**	**%**
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	2,25	9,00
RW Holding Aktiengesellschaft i.L.	225,96	0,31

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Barreserve	92.792,63	3,9	215.723,55	9,1	277.509,02	11,3	61.785,47	28,64
Forderungen an Kreditinstitute	170.622,45	7,2	99.229,12	4,2	116.373,95	4,7	17.144,83	17,28
Forderungen an Kunden	1.748.519,30	73,8	1.734.095,35	73,0	1.801.863,92	73,5	67.768,57	3,91
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	166.601,19	7,0	156.692,01	6,6	127.679,66	5,2	-29.012,35	-18,52
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	89.208,24	3,8	79.849,04	3,4	37.775,27	1,5	-42.073,77	-52,69
Beteiligungen	37.688,08	1,6	32.781,35	1,4	32.780,56	1,3	-0,79	-0,00
Anteile an verbundenen Unternehmen	252,50	0,0	252,50	0,0	752,50	0,0	500,00	198,02
Treuhandvermögen	839,95	0,0	951,94	0,0	499,54	0,0	-452,40	-47,52
Immaterielle Anlagewerte	5,23	0,0	2,43	0,0	39,37	0,0	36,94	1.520,16
Sachanlagen	48.699,89	2,1	42.210,02	1,8	40.577,90	1,7	-1.632,12	-3,87
Sonstige Vermögensgegenstände	2.159,57	0,1	1.433,83	0,1	4.187,49	0,2	2.753,66	192,05
Rechnungsabgrenzungsposten	223,27	0,0	216,21	0,0	265,00	0,0	48,79	22,57
Aktive latente Steuern	12.676,10	0,5	13.361,60	0,6	12.153,10	0,5	-1.208,50	-9,04
Bilanzsumme	**2.370.288,39**	**100,00**	**2.376.798,95**	**100,00**	**2.452.457,27**	**100,00**	**75.658,32**	**3,18**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	444.959,76	18,8	436.300,05	18,4	421.295,94	17,2	-15.004,11	-3,44
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.688.443,27	71,2	1.694.575,53	71,3	1.786.109,16	72,8	91.533,63	5,40
Verbriefte Verbindlichkeiten	28.872,58	1,2	31.856,95	1,3	27.649,01	1,1	-4.207,94	-13,21
Treuhandverbindlichkeiten	839,95	0,0	951,94	0,0	499,54	0,0	-452,40	-47,52
Sonstige Verbindlichkeiten	2.305,08	0,1	3.548,47	0,1	1.502,63	0,1	-2.045,84	-57,65
Rechnungsabgrenzungsposten	5.293,02	0,2	100,20	0,0	159,95	0,0	59,75	59,63
Rückstellungen	39.875,47	1,7	40.477,49	1,7	43.456,66	1,8	2.979,17	7,36
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.670,64	0,1	205,95	0,0			-205,95	-100,00
Genußrechtskapital	1.484,48	0,1	1.185,32	0,0	889,68	0,0	-295,64	-24,94
Fonds für allgemeine Bankrisiken	37.163,74	1,6	44.523,74	1,9	44.815,24	1,8	291,50	0,65
Eigenkapital	118.380,40	5,0	123.073,31	5,2	126.079,47	5,1	3.006,16	2,44
Bilanzsumme	**2.370.288,39**	**100,00**	**2.376.798,95**	**100,00**	**2.452.457,27**	**100,00**	**75.658,32**	**3,18**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	T€	T€
Zinserträge	59.623,91	53.832,48	52.517,87
Zinsaufwendungen	17.306,48	16.687,51	16.813,34
Laufende Erträge	2.813,46	3.073,99	3.462,56
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	265,00	260,00	125,00
Provisionserträge	22.153,73	22.996,88	24.751,56
Provisionsaufwendungen	702,93	734,12	2.033,79
Sonstige betriebliche Erträge	2.449,08	9.207,99	5.056,92
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	47.236,58	46.792,81	51.085,29
hierin: Personalaufwand	27.290,32	27.870,70	33.202,32
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	3.701,51	2.867,42	2.109,80
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.578,76	4.606,87	4.449,53
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	620,61	2.562,73	640,99
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	1.297,00	558,93	4.072,14
Zuführung/Entnahme Fond Bankenrisiken	2.000,00	7.360,00	291,50
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	11.102,53	12.326,42	5.699,53
Steuern vom Einkommen und Ertrag	4.221,13	7.422,73	999,82
Sonstige Steuern	216,70	210,78	193,55
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	6.664,70	4.692,91	4.506,15
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	6.664,70	4.692,91	4.506,15

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,85	5,85	5,57	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,97	3,96	3,71	%
Cash-Flow:	6.664,70	4.692,91	4.506,15	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	174.242,49	169.837,62	169.867,64	T€
Personalaufwandsquote:	32,16	34,77	41,06	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,05	1,78	1,65	%
Eigenkapitalquote:	4,99	5,18	5,14	%
Fremdkapitalquote:	95,01	94,82	94,86	%

e) Lagebericht

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse

Die Stadtsparkasse Oberhausen ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Wesentliche Grundlage neben dem Kreditwesengesetz (KWG) ist das Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen (SpkG NW).

Zentraler Inhalt des Sparkassengesetzes NW ist der öffentliche Auftrag und das Regionalprinzip.

Hiernach hat die Stadtsparkasse Oberhausen die Aufgaben:

- Der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen.
- Die Stärkung des Wettbewerbs im Kreditgewerbe.
- Die Förderung der finanziellen Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch in allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung.
- Die Versorgung im Kreditgeschäft vornehmlich des Mittelstandes sowie der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.
- Zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- und Schuldnerberatungsstellen beizutragen.

Die Sparkasse ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes in Düsseldorf. Hierüber ist sie dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. mit Sitz in Berlin angeschlossen. Träger der Stadtsparkasse Oberhausen ist die Stadt Oberhausen.

Die Sparkasse ist dem institutsbezogenen Sicherungssystem der Sparkassen Finanzgruppe angeschlossen. Dieses ist als Einlagensicherungssystem nach § 43 des Einlagensicherungsgesetzes (EinSiG) amtlich anerkannt. Das System besteht aus insgesamt 13 Sicherungseinrichtungen:

- den elf Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassen- und Giroverbände,
- der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und
- dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

Das Geschäftsmodell der Stadtsparkasse Oberhausen ist das einer Vertriebssparkasse. Die Beratung und der Verkauf von Finanzprodukten und Dienstleistungen bilden dabei den Hauptvertriebsansatz. Das Fundament dafür bilden der faire und partnerschaftliche Umgang mit Kunden sowie die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Grundlegende Leitidee der geschäftlichen Aktivitäten ist das Konzept der „einfachen und sicheren Sparkasse“. Diese ist u. a. durch ein einfaches Produktportfolio, eine konservative, benchmarkorientierte Vermögensanlage, reduzierte Prozesskosten durch Standardisierung sowie eine wenig komplexe Steuerung gekennzeichnet.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2018 um real 1,4 % und entwickelte sich damit deutlich weniger dynamisch als in den beiden vorangegangenen Jahren (2016 und 2017: +2,2 %).

Erstmalig seit dem ersten Quartal 2015 wurde im dritten Quartal 2018 wieder ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 0,2 % festgestellt, nachdem in den beiden Vorquartalen noch ein Wachstum von 0,4 % bzw. 0,5 % zu erkennen war. Im vierten Quartal blieb das BIP schließlich gegenüber dem dritten Quartal unverändert. Positive Wachstumsimpulse kamen, ebenso wie in den Vorjahren, vor allem von den Bruttoanlageinvestitionen sowie von dem privaten Konsum.

Im vergangenen Jahr gab es zwei außerordentliche Sondereffekte, die die gesamtwirtschaftliche Produktion in unterschiedlichem Maß negativ beeinflusst haben. Besonders gravierend war der sogenannte WLTP-Effekt, d. h. die Auswirkungen des neuen und weltweit einheitlichen Verbrauchs- und Abgastestverfahrens für Leichtfahrzeuge, der zum 1. September 2018 in der EU sowie einigen weiteren Ländern eingeführt wurde. Mangels ausreichender Testkapazitäten und verschlimmert durch die breite Modellpalette der deutschen Autobauer mussten diese ihre Produktion drosseln. Aufgrund der hohen Bedeutung der Automobilindustrie für die gesamte deutsche Wirtschaft und der starken Verflechtung mit weiteren Branchen dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Quartal alleine dadurch um knapp 0,4 %-Punkte reduziert haben. Auch im vierten Quartal wirkte dieser Effekt noch. Dazu kam als weiterer Sondereffekt, der insbesondere die chemische Industrie belastete, das Niedrigwasser im Rhein. Dieses führte zu erheblichen Transportproblemen (u. a. bei Mineralölprodukten). Der gesamtwirtschaftliche Effekt dürfte jeweils rund 0,1 %-Punkte im dritten und vierten Quartal betragen haben.

Insgesamt trugen im Jahr 2018 alle Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsproduktes bis auf den Außenhandel positiv zum BIP-Wachstum bei. Da die Importe deutlich stärker zulegten als die Exporte, reduzierte der Außenbeitrag die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate um 0,4 %-Punkte.

In Summe wurde im vergangenen Jahr 2,6 % mehr investiert als im Vorjahr. Damit entwickelten sich die Bruttoanlageinvestitionen schwächer als im Vorjahr (+2,9 %). Dabei fällt vor allem das starke Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen

auf, die noch stärker als im Vorjahr ausgeweitet wurden (+4,2 % nach +3,7 %). Die Bauinvestitionen wurden im Vergleich zum Vorjahr in geringerem Maße ausgeweitet (+2,4 %, 2017: +2,9 %). Eine dezidierte Aufteilung der Bauinvestitionen zeigt, dass vor allem im Wohnungsbau die Bautätigkeit erneut kräftig zunahm (+3,7 %). Aber auch im Gewerbebau wurde mehr investiert (+1,9 %), die Steigerungsrate fiel jedoch geringer aus als im Vorjahr (+2,9 %).

Die Preisentwicklung des Vorjahres hat sich in 2018 fortgesetzt. Die Preise stiegen im Durchschnitt um 1,9 % und waren damit im Einklang mit der Zielsetzung der EZB, die einen jährlichen Preisanstieg von unter aber nahe 2 % anstrebt. Unterjährig lagen die Preise stets zwischen 1,4 % und 2,5 % über dem des jeweiligen Vorjahresmonats. Ebenso wie im Vorjahr war auch im Jahr 2018 der Energiesektor der wesentliche Bestimmungsfaktor für die Preisentwicklung. Energie verteuerte sich im Jahresdurchschnitt um 4,9 % und lag damit sogar deutlich über dem Vorjahresanstieg (3,1 %). Ohne Berücksichtigung der Energiepreisentwicklung lag die jährliche Inflationsrate bei 1,6 %.

Der langanhaltend positive Trend auf dem deutschen Arbeitsmarkt setzte sich auch im vergangenen Jahr fort. So erreichte die Zahl der Erwerbstätigen im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand. Im Jahresdurchschnitt waren 44,84 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig, dies entspricht 569.000 (+1,3 %) mehr als im Vorjahr. Im vergangenen Jahr betrug die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 5,2 % (2017: 5,7 %).

Die positive Beschäftigungsentwicklung in Deutschland zeigt sich, wenn auch auf höherem Niveau, auch im Ruhrgebiet. Die Arbeitslosenquote konnte hier von 9,4 % auf 8,6 % reduziert werden.

Anders als in den Vorjahren, in denen es einen Anstieg zu verzeichnen gab, sank die Einwohnerzahl in der Stadt Oberhausen im Jahre 2018 auf einen Stand von nun 212.166 (vgl. 2017: 212.690 und 2016: 212.460).

Die Zahl der Arbeitslosen in Oberhausen sank im Jahresvergleich stark um -5,6 % auf 10.733 und ergab im Dezember 2018 eine Arbeitslosenquote von 9,7 %. Die in der Schuldnerquote zum Ausdruck kommende Überschuldung von privaten Verbrauchern hat sich zum Vorjahr von 15,17 % auf 15,19 % erhöht und liegt deutlich über der bundesdurchschnittlichen Marke von 10,04 %. Aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ergaben sich keine nennenswerten negativen Einflüsse auf den Geschäftsverlauf der Stadtsparkasse Oberhausen.

1.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Zahl der Kreditinstitute in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren spürbar reduziert. Auch die Zahl der Sparkassen ist sukzessive rückläufig und liegt mittlerweile bei unter 390 Instituten.

Nach der Niedrigzinsumfrage im Jahr 2017 tätigten die EBA und die EZB in 2018 erneut einen europaweiten Stresstest. Unter den geprüften Banken waren auch diverse deutsche Institute. Der EBA-Stresstest beinhaltete ein Basisszenario mit einem europaweit fortgesetzten Wirtschaftsaufschwung sowie ein adverses Szenario, mit dem die Kreditinstitute „gestresst“ werden. Das adverse Szenario geht von einem makroökonomischen Abschwung aus und unterstellt Stressannahmen über die Entwicklung langfristiger Zinssätze, die Änderung der Aktien- und Wechselkurse, der Inflationsrate, der Arbeitslosenquoten und der Wohnimmobilienpreise. Im Ergebnis konnte die deutsche Kreditwirtschaft insgesamt ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Stressszenario nachweisen.

Die Geschäftsentwicklung der rheinischen Sparkassen war im Jahr 2018 gekennzeichnet durch starke Zuwächse im Kreditgeschäft und weiterhin deutlich steigende Kundeneinlagen. Dem guten Ergebnis 2017 im Wertpapiergeschäft folgten dieses Jahr Umsatzeinbußen.

Das Kundenkreditvolumen erhöhte sich gegenüber dem Jahresende 2017 um 3,2 Mrd. € oder 2,8 % auf 118,2 Mrd. €. Dies bedeutet den höchsten Zuwachs seit dem Ausbruch der Finanz- und Schuldenkrise 2008. Schwerpunkt der Kreditnachfrage waren erneut vor allem Kredite an Firmenkunden und der Bereich private Wohnungsbaukredite. Das Volumen der Kredite an Firmenkunden stieg im Jahresverlauf um 2,8 Mrd. € oder 4,9 % auf 60,8 Mrd. €. Die Ausweitung der Kreditnachfrage der Firmenkunden wurde dabei durch die nach wie vor extrem günstigen Finanzierungsbedingungen begünstigt.

Die Bestandsentwicklung im Kreditgeschäft mit Privatpersonen trug im Jahr 2018 demgegenüber wieder nur unterdurchschnittlich zum Wachstum des Kundenkreditgeschäfts bei. Der Kreditbestand der Privatpersonen erhöhte sich insgesamt nur um 1,4 % auf 47,5 Mrd. €. Während bei Konsumentenkrediten ein Bestandsrückgang von 3,8 % auf 6,0 Mrd. € zu verzeichnen war, blieb das Geschäft mit privaten Wohnbaukrediten weiter expansiv. Hier kam es zu einem Plus von 2,2 % auf 41,5 Mrd. €. Die stetigen Einbußen im bilanzwirksamen Konsumentenkreditgeschäft konnten teilweise durch die erfolgreiche und vermehrte Zusammenarbeit zahlreicher Sparkassen mit der S-Kreditpartner GmbH (SKP) aufgefangen werden. Der an die SKP vermittelte Kreditbestand erreichte in 2018 0,86 Mrd. € und lag damit 20,8 % über dem Vorjahr.

Die Kredite an öffentliche Haushalte gingen erneut deutlich zurück. Mit einem Bestand von 6,8 Mrd. € per Ende 2018 entspricht der Rückgang in diesem Sektor um 6,6 %.

Die Kundeneinlagen der rheinischen Sparkassen erhöhten sich nochmals spürbar um 4,4 Mrd. € oder 3,6 % auf 123,8 Mrd. €. Einen höheren Mittelzufluss hat es zuletzt im Jahr 2001 gegeben. Damals gab es jedoch außergewöhnlich hohe Sichteinlagenbestände bedingt durch die bevorstehende Euro-Einführung.

Angesichts der weiterhin extremen Niedrigzinsphase wurden von den Kunden auch im Jahr 2018 liquide Einlagenformen bevorzugt. Die Kundeneinlagen stiegen dementsprechend nahezu ausschließlich über täglich fällige Verbindlichkeiten.

Demgegenüber setzte sich der Bestandsrückgang bei Eigenemissionen und Termingeldern weiter fort. Der Block der Spareinlagen zeigt sich in seiner Gesamtheit unterdessen seit einigen Jahren kaum verändert.
Zum Jahresende 2018 stieg der Anteil der täglich fälligen Einlagen an den gesamten Kundeneinlagen mit 61,2 % auf einen neuen historischen Höchststand.

Die Umsätze im Kunden-Wertpapiergeschäft der rheinischen Sparkassen blieben im Jahr 2018 hinter den Vorjahreswerten zurück. Der gesamte Wertpapierumsatz in Höhe von 16,2 Mrd. € -12,4 %) bewegt sich am unteren Rand der letzten 10 Jahre. Gegenüber dem absoluten Spitzenwert aus dem Jahr 2007 (33,0 Mrd. €) hat sich der Wertpapier-Umsatz mehr als halbiert.

Die zuvor getroffenen Aussagen zu der Branchenentwicklung treffen tendenziell auch auf die Entwicklung der Stadtsparkasse Oberhausen zu.

2. Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung

Die Bilanzsumme sowie das Geschäftsvolumen der Stadtsparkasse Oberhausen haben sich im Jahr 2018 durch den Zufluss weiterer Kundeneinlagen sowie die Ausweitung der Kundenforderungen spürbar erhöht.

Im Kundengeschäft konnte die Sparkasse ihre Position als größtes örtliches Kreditinstitut behaupten. Aufgrund der plangemäßen Entwicklung in der Mehrzahl der Geschäftsfelder sind wir mit der Geschäftsentwicklung insgesamt zufrieden.

Die nachfolgende Übersicht zeigt einige wesentliche Zahlen zur Geschäftsentwicklung:

	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung	Veränderung
	Mio.€	Mio.€	in Mio.€	in %
Bilanzsumme	2.452,5	2.376,8	75,7	3,2
Geschäftsvolumen	2.500,7	2.430,7	70,0	2,9
Jahresüberschuss nach Steuern	4,5	4,7	-0,2	-4,3
Barreserve	277,5	215,7	61,8	28,7
Forderungen an Kreditinstitute	116,4	99,2	17,2	17,3
Forderungen an Kunden	1.801,9	1.734,1	67,8	3,9
Eigene Wertpapierbestände	165,5	236,5	-71,0	-30,0
Sachanlagen	40,6	42,2	-1,6	-3,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	421,3	436,3	-15,0	-3,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.786,1	1.694,6	91,5	5,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	27,6	31,9	-4,3	-13,5
▪ Nachrangige Verbindlichkeiten	0,0	0,2	-0,2	-100,0
▪ Sicherheitsrücklage	121,6	118,4	3,2	2,7
Eventualverbindlichkeiten	48,2	53,9	-5,7	-10,6
		111,7		
▪ Nettoabsatz Wertpapiere	11,2	8,9	2,3	25,8
▪ Vermittlungssumme Lebensversicherungen (netto)	16,8	19,7	-2,9	-14,7
▪ Abschlusssumme Bausparverträge	34,4	37,5	-3,1	-8,3
Vermittlung Konsumentenkredite	28,6	25,0	3,6	14,4

Bilanzsumme

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bilanzsumme deutlich um 75,7 Mio. € (= 3,2 %) erhöht. Ursächlich für diese Entwicklung sind der Zufluss an täglich fälligen Einlagen unserer Kunden sowie Zuwächse im Kundenkreditgeschäft.

Kreditgeschäft

Unser bilanzielles Kundenkreditgeschäft verzeichnete im Jahr 2018 einen deutlichen Zuwachs von 67,8 Mio. €. Ursächlich für diesen Anstieg sind Geschäftsausweitungen sowohl im gewerblichen Kundenkreditgeschäft als auch im Bereich der privaten Wohnungsbaufinanzierungen. Im letztgenannten Bereich wurde die erneut spürbare Bestandsausweitung durch ein nochmals gestiegenes Vermittlergeschäft unterstützt.

Bei der Beurteilung des Kreditgeschäfts ist zu berücksichtigen, dass in 2018 Konsumentenkredite in Höhe von 28,6 Mio. € an den S-Kreditpartner vermittelt wurden. Unsere im Vorjahr getroffenen positiven Einschätzungen bezüglich der erwarteten Entwicklung im Kreditgeschäft sind somit eingetreten bzw. wurden im Bereich des gewerblichen Kreditgeschäftes sowie hinsichtlich der Vermittlung von Konsumentenkrediten sogar übertroffen.

Barreserve, eigene Wertpapierbestände und Interbankengeschäft

Die eigenen Wertpapierbestände sowie die Forderungen an Kreditinstitute haben sich in Summe nochmals deutlich um 53,8 Mio. € verringert. Im Gegenzug erhöhte sich die Barreserve um 61,8 Mio. €. Hintergrund für diese Entwicklung sind größtenteils entsprechende Liquiditätsverschiebungen durch fällige Wertpapiere im Eigenbestand sowie aus dem im vierten Quartal 2018 erfolgten Verkauf des Spezialfonds der Sparkasse. Zu einem kleineren Teil haben auch die gestiegenen Kundeneinlagen zur dargestellten Entwicklung beigetragen. Da sich die Wiederanlage von Fälligkeiten sowie die Anlage der gestiegenen Einlagen von Kunden aufgrund der weiterhin andauernden Niedrigzinsphase und der an den Märkten gestiegenen Risikolage zunehmend schwieriger gestalten, wurde die vorhandene Liquidität vorübergehend fast ausschließlich bei der Deutschen Bundesbank vorgehalten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind insgesamt um 15,0 Mio. € bzw. 3,4 % gesunken.

Einlagengeschäft

Im Jahr 2018 konnten wir trotz der weiter anhaltenden Niedrigzinsphase einen deutlichen Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden von 91,5 Mio. € bzw. 5,4 % verzeichnen. Die im Vorjahr ausgesprochene Erwartung eines spürbaren Anstiegs der Einlagenbestände wurde somit erfüllt. Hauptbestandteil der Kundeneinlagen bleiben die täglich fälligen Anlagen sowie Spareinlagen mit 3-monatiger Kündigungsfrist. Der Rückgang der verbrieften Verbindlichkeiten resultiert alleine aus der regelmäßigen Teilnahme der Stadtsparkasse Oberhausen an einem Kreditsicherungsgeschäft innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe, bei welchem die Sparkasse entsprechende Inhaberschuldverschreibungen begibt. Im Jahr 2018 hat das Volumen des fälligen Kreditsicherungsgeschäftes das Neugeschäftsvolumen überstiegen.

Bilanzstruktur

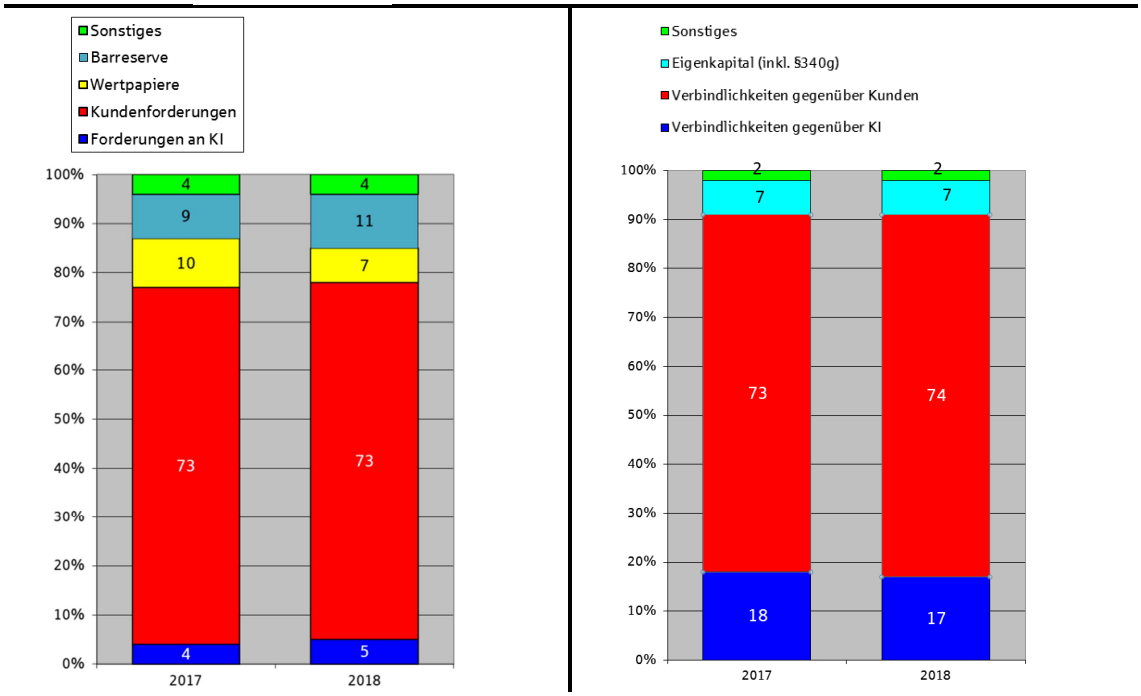
Die Bilanzstruktur der Stadtsparkasse Oberhausen ist geprägt durch das Kundengeschäft. Dieses stellt auf der Aktivseite mit unverändert 73 % weiterhin den herausragenden Bilanzposten dar. Der Verbandswert der Forderungen an Kunden beträgt unverändert 72 % und wird damit um 1 %-Punkt übertroffen. Der Anteil der Wertpapierbestände hat sich relativ betrachtet um 3 %-Punkte auf 7 % verringert. Der Anteil der Barreserve hat sich nochmals um 2 %-Punkte auf 11 % erhöht.

Die dominierende Position auf der Passivseite stellen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 74 % dar. Im Vorjahresvergleich hat sich der relative Anteil der Kundenverbindlichkeiten um 1 %-Punkt erhöht. Der Abstand der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zum Durchschnitt aller rheinischen Sparkassen beträgt nunmehr 4 %-Punkte und hat sich um 1 %-Punkt reduziert.

Der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beträgt 17 % und ist damit um 1 %-Punkt gefallen. Durch den unveränderten Verbandswert i. H. v. 10 % liegt der Anteil noch um 7 %-Punkte oberhalb des Verbandswertes.

Bilanzstruktur

Aktiva **Passiva**



Relativ betrachtet hat sich der Umfang des Kundengeschäftes am gesamten Geschäftsvolumen (Aktiv- und Passivgeschäft) kaum verändert.

Bilanzneutrales Geschäft

Das bilanzunwirksame, provisionstragende Kundengeschäft hat sich im Jahr 2018 differenziert entwickelt. Eine weitere, deutliche Steigerung des Vermittlungsvolumens konnte mit einem Plus von 3,6 Mio. € bzw. 14,4 % im Bereich der Konsumentenkredite verzeichnet werden. Unsere im Vorjahr getroffene Einschätzung einer leichten Steigerung im Jahr 2018 wurde somit übertroffen.

Im Bereich des Kundenwertpapiergeschäftes sind die Bruttoumsätze spürbar gesunken. Der Nettoabsatz ist im Jahr 2018 mit einem Wert von 11,2 Mio. € allerdings leicht positiver als im Vorjahr. Ebenso konnte die im Vorjahr getroffene Erwartung einer moderaten Ertragssteigerung im Wertpapiergeschäft realisiert werden.

Der (Netto-)Absatz von Lebensversicherungsprodukten ist gegenüber dem Vorjahr um 2,9 Mio. € oder 14,7 % gesunken, ebenso die Abschlusszahlen von Bausparverträgen (3,1 Mio. € bzw. 8,3 %). In beiden Bereichen konnte die im Vorjahr prognostizierte Seitwärtsentwicklung nicht erreicht werden.

3. Darstellung und Analyse der Lage

3.1 Ertragslage

Die nachfolgenden Ausführungen zur Ertragslage stützen sich neben der Betrachtung der Gewinn- und Verlustrechnung auch auf den bundeseinheitlichen Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation. Im Rahmen des Betriebsvergleiches erfolgen eine detaillierte Darstellung der Erfolgspositionen im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme und eine Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ergebnispositionen.

Mit einem Bilanzgewinn im Geschäftsjahr 2018 von 4,5 Mio. € wurde das gute Vorjahresergebnis (4,7 Mio. €) nahezu erreicht. Mit dem erzielten Jahresergebnis sind wir vor dem Hintergrund des anhaltenden Niedrigzinsniveaus, den schwierigen Bedingungen am Standort Oberhausen sowie der Tatsache, dass die für das Jahr 2018 formulierten strategischen Ziele nahezu vollständig erreicht werden konnten, zufrieden.

Die nachfolgende Übersicht zeigt wesentliche Zahlen zur Ertragslage und deren Entwicklung:

	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	35,7	37,1	-1,4	-3,8
Lfd. Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen	3,5	3,1	0,4	12,9
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	0,1	0,3	-0,2	-66,7
Provisionsüberschuss	22,7	22,3	0,4	1,8
Sonstige betriebliche Erträge	5,1	9,2	-4,1	-44,6
Summe Erträge	**67,1**	**72,0**	**-4,9**	**-6,8**
Personalaufwand	33,2	27,9	5,3	19,0
Sachaufwand	17,9	18,9	-1,0	-5,3
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen	2,1	2,9	-0,8	-27,6
Bewertung von Forderungen, Wertpapieren und Beteiligungen (GuV-Positionen 13-16)	3,4	-2,0	5,4	-270,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4,5	4,6	-0,1	-2,2
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	0,3	7,4	-7,1	-95,9
Jahresüberschuss vor Steuern	**5,7**	**12,3**	**-6,6**	**-53,7**
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1,0	-7,4	6,4	-86,5
Sonstige Steuern	-0,2	-0,2	0,0	0,0
Jahresüberschuss nach Steuern	**4,5**	**4,7**	**-0,2**	**-4,3**
Rücklagendotierung	0,0	0,0	0,0	0,0
Bilanzgewinn	**4,5**	**4,7**	**-0,2**	**-4,3**

Insgesamt sind die Erträge laut Gewinn- und Verlustrechnung deutlich um 4,9 Mio. € oder 6,8 % auf 67,1 Mio. € gesunken. Wesentliche Ursachen für den Rückgang der Erträge sind die deutlich gesunkenen sonstigen betrieblichen Erträge sowie ein nochmals rückläufiger Zinsüberschuss. Die gesunkenen Zinserträge resultieren im Wesentlichen aus der weiterhin anhaltenden Niedrigzinsphase. Im Provisionsbereich sind die Erträge um 0,4 Mio. € bzw. 1,8 % gestiegen. Trotz in 2018 weiter wirksam werdender Altersteilzeitvereinbarungen aus den Vorjahren ist der Personalaufwand deutlich um 5,3 Mio. € oder 19,0 % angestiegen. Die Gründe hierfür werden nachfolgend erläutert. Insgesamt ergab sich beim gesamten Aufwand inklusive der Abschreibungen auf Sachanlagen vor Bewertung und Steuern eine Steigerung um 3,4 Mio. € bzw. 6,3 %. Das Verhältnis der Aufwendungen zu den Erträgen (Cost-Income-Ratio) verschlechterte sich auf 86,0 % (Vorjahr 75,4 %).

Auf Basis des einheitlichen Betriebsvergleiches der Sparkassen, der eine Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ergebnissen (z. B. aperiodische Erträge und Aufwendungen, Sonderabschreibungen) vorsieht, ergibt sich eine gegenüber dem Vorjahr ebenfalls verschlechterte CIR von 79,7 % (Vorjahr: 76,4 %).

Das zinstragende Geschäft stellt weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle dar. Infolge des im Jahresverlauf 2018 anhaltenden Niedrig- bzw. Negativzinsniveaus ist der Zinsertrag weiter spürbar gesunken. Demgegenüber ergab sich beim Zinsaufwand aufgrund erhöhter Abzinsungseffekte bei Rückstellungen sogar eine leichte Steigerung. Insgesamt ist der Zinsüberschuss um 1,4 Mio. € oder 3,8 % gesunken. Bezogen auf die gegenüber dem Vorjahr spürbar gestiegene durchschnittliche Bilanzsumme ergibt sich für die Stadtsparkasse Oberhausen – ermittelt nach den Regeln des Betriebsvergleiches der Sparkassen – ein Rückgang der Zinsspanne von 1,75 % in 2017 auf 1,62 % im Jahr 2018.

Der Provisionsüberschuss konnte gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mio. € bzw. 1,8 % gesteigert werden. Ursächlich hierfür ist insbesondere eine Steigerung des Provisionsertrages aus dem Giroverkehr.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge ist trotz der nunmehr enthaltenen Erstattungen für erfolgte Personalgestellungen ein deutlicher Rückgang von 4,1 Mio. € zu verzeichnen. Ursächlich hierfür ist der Wegfall eines im Vorjahr eingetretenen Sondereffektes im Zusammenhang mit der Beendigung von Rechtsstreitigkeiten.

Hinsichtlich der Entwicklung der Aufwandspositionen greifen weiterhin die in den Vorjahren umgesetzten Maßnahmen aus dem internen Zukunftsprojekt „Stadtsparkasse Oberhausen 2025“. Zur Realisierung des angestrebten Personalabbaus und der damit verbundenen zukünftigen Kostenentlastungseffekte wurden in den Vorjahren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestimmter Jahrgänge aus der Sparkasse sowie den Tochtergesellschaften der Sparkasse Altersteilzeit- bzw. Abfindungsangebote unterbreitet. Zum 31.12.2018 befinden sich insgesamt 39 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Arbeits- oder bereits in der Freistellungsphase des Altersteilzeitmodells.

Belastend auf die Höhe der Personalaufwendungen wirken in 2018 der erfolgte Tarifabschluss mit einer Lohnsteigerung von (mindestens) 2,85 % sowie die mit den in 2019 anstehenden Veränderungen im Vorstandsgremium zusammenhängende Entwicklung der Pensionsrückstellungen. Darüber hinaus resultiert der Anstieg der Personalaufwendungen mit 3,3 Mio. EUR aus dem geänderten Ausweis von Erträgen aus Personalgestellungen. Im Zusammenhang mit der Gestellung von Personal an eine neue Auslagerungsgesellschaft werden die Erträge aus der Personalgestellung unter GuV 8 Sonstige betriebliche Erträge ausgewiesen. Bislang erfolgte eine Verrechnung mit den Personalaufwendungen. Insgesamt ergibt sich eine Erhöhung des Personalaufwands um 5,3 Mio. € (19,0 %).

Bei den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (Personal- und Sachaufwand) ergab sich gegenüber dem Vorjahreswert insgesamt eine Erhöhung um 4,3 Mio. € oder 9,2 %. Entgegen der deutlichen Erhöhung beim Personalaufwand konnte beim Sachaufwand eine weitere Reduzierung von 1,0 Mio. € oder 5,3 % erreicht werden. Bei der Entwicklung des Sachaufwandes ist zu berücksichtigen, dass im Jahr 2018 Aufwendungen i. H. v. insgesamt 0,7 Mio. € für die neue europäische Bankenabgabe sowie den Beitrag für die Zielausstattung des institutsbezogenen Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe geleistet wurden.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen konnten gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich um 0,8 Mio. € bzw. 27,6 % gesenkt werden. Der Rückgang resultiert insbesondere aus mittlerweile veräußerten bzw. vollständig abgeschriebenen Wirtschaftsgütern, die im Vorjahr noch zeitanteilig in den Abschreibungen enthalten waren. Das Bewertungsergebnis aus dem Kreditbereich sowie den erforderlichen Ab- und Zuschreibungen im Wertpapier- und Beteiligungsbereich beläuft sich im Jahr 2018 auf einen Aufwand von 3,4 Mio. € nach einem Ertrag von 2,0 Mio. € in 2017 (G.u.V.-Positionen 13 - 16). Den Fonds für allgemeine Bankrisiken haben wir mit weiteren 0,3 Mio. € dotiert.

Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt weiterhin auf Basis der Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) und der bereits in 2013 zusätzlich eingeführten Höchstgrenze für die Pauschalwertberichtigung in Höhe des erwarteten Verlustes für 12 Monate aus der Berechnung des Kreditrisikos mit dem Kreditrisikomodell „CreditPortfolioView“. Insgesamt ergibt sich damit per Ende 2018 eine Auflösung der Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 0,3 Mio. €. Der Effekt durch die vorgenommene Kappung der Höhe der Pauschalwertberichtigung beläuft sich auf 0,3 Mio. € (Vorjahr: 4,6 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung haben sich gegenüber zum Vorjahr geringfügig um 0,1 Mio. € auf 4,5 Mio. € reduziert.

Nach einem Steueraufwand in Höhe von 7,4 Mio. € im Vorjahr besteht im Jahr 2018 ein Steueraufwand von insgesamt 1,0 Mio. €. Dieser ergibt sich aus Auflösungen aus der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB (latente Steuern) in Höhe von 1,2 Mio. € (Vorjahr: Zuführung von 0,7 Mio. €). Auf den Steueraufwand mindernd ausgewirkt haben sich positive Effekte aus der in 2018 erfolgten Auflösung des Spezialfonds der Sparkasse.

Die Vertretung des Trägers entscheidet nach der Feststellung des Jahresabschlusses über die Verwendung des Jahresüberschusses. Eine Ausschüttung ist aufgrund der bestehenden Ausschüttungssperre gemäß § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB nicht vollumfänglich möglich. Das Gesamtergebnis ermöglicht eine Aufstockung des Eigenkapitals um bis zu 4,5 Mio. €.

Das gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme zum 31.12.2018 beträgt 0,18 %.

Entsprechend unserer Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklung im Jahr 2018 konnten wir beim Provisionsergebnis eine spürbare Steigerung erreichen, während sich das Zinsergebnis deutlich rückläufig entwickelte. Bei den Verwaltungsaufwendungen ergab sich – bezogen auf den bundeseinheitlichen Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation und unter Ausklammerung der geänderten Zurechnung der Erträge aus Personalgestellungen – statt einer prognostizierten leichten Steigerung eine leichte Reduzierung, wobei sich sowohl der Personal- als auch der Sachaufwand positiver als erwartet entwickelt haben. Hinsichtlich des Bewertungsergebnisses aus dem Kreditgeschäft konnte die positive Einschätzung sogar übertroffen werden, während die Ergebnisbelastung aus dem Wertpapier-Bewertungsergebnis aufgrund der Entwicklungen an den Kapitalmärkten deutlich höher als erwartet ausfiel. Im Ergebnis konnte ein Jahresüberschuss gemäß unserer Erwartung erzielt werden.

3.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Stadtsparkasse Oberhausen war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die bankaufsichtsrechtlich geforderte Liquiditätsquote wurde von uns deutlich übertroffen. Die Liquiditätskennzahl LCR (Liquidity Coverage Ratio) lag im Jahr 2018 in einer Bandbreite zwischen 2,56 und 3,27.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in der erforderlichen Höhe unterhalten.

Darüber hinaus bestehen Refinanzierungspotenziale, u. a. bei der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba). Diese wurden seitens der Sparkasse im Laufe des Jahres 2018 nur an wenigen Tagen in Anspruch genommen. Offenmarktgeschäfte wurden im Jahr 2018 nicht getätigt.

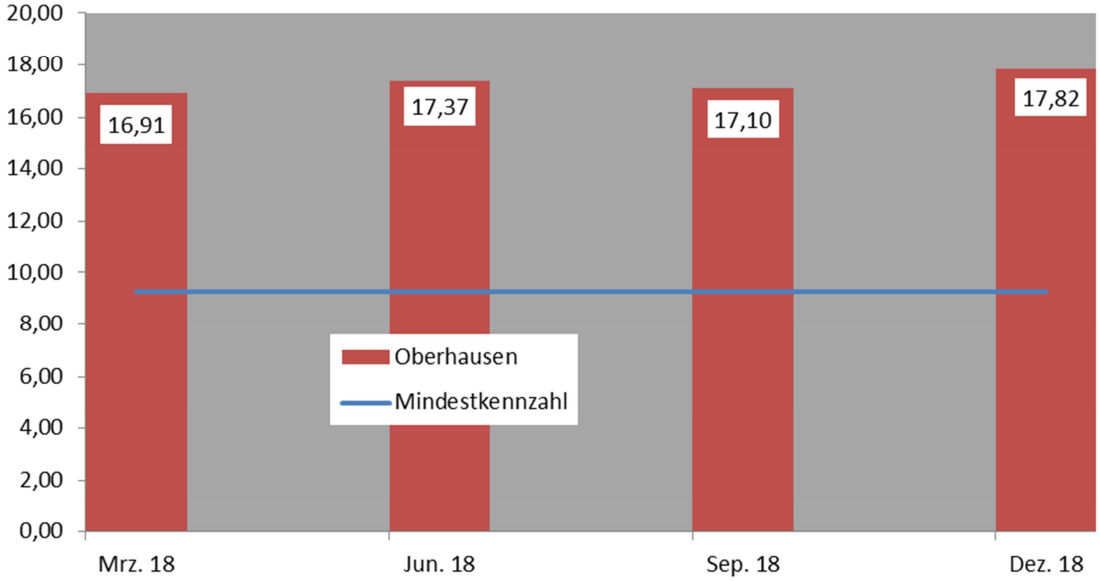
3.3 Vermögenslage

Nach der Zuführung des Bilanzgewinns 2017 beträgt die Sicherheitsrücklage 121,6 Mio. €. Auf Basis des SpkG NW wird der Rat der Stadt Oberhausen über die Verwendung des gesamten Bilanzgewinnes 2018 in Höhe von 4,5 Mio. € entscheiden. Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Stadtsparkasse Oberhausen über umfangreiche weitere Eigenmittelbestandteile im Sinne der EU-Verordnung Capital Requirements Regulation (CRR). So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken um 0,3 Mio. € auf insgesamt 44,8 Mio. € aufgestockt. Hiervon sind 7,9 Mio. € für mögliche zukünftige Risiken aus der mittelbaren Verlustübernahme für die Erste Abwicklungsanstalt der WestLB reserviert.

Im Rahmen der Lösung der WestLB-Problematik waren ursprünglich über 25 Jahre Rücklagen für erwartete und unerwartete Verluste der WestLB / EAA zu bilden. Für dieses Risiko hat die Sparkasse im Rahmen der Jahresabschlüsse 2009 bis 2014 eine bilanzielle Vorsorge gebildet. Die im Zuge der Übernahme der Ausgleichsverpflichtungen vereinbarte Überprüfung des Vorsorgebedarfs im Jahr 2016 hat ergeben, dass die Voraussetzungen für eine Aussetzung der Dotierung erstmals zum 31.12.2015 erfüllt waren und dass bis auf weiteres keine weitere Vorsorge gebildet werden muss. Auch zum 31.12.2018 waren die Voraussetzungen für eine Aussetzung der Dotierung erfüllt.

Die im Jahr 2009 aufgenommenen nachrangigen Verbindlichkeiten wurden im Jahr 2018 vollständig zurückgeführt, so dass per Jahresende kein Bestand mehr vorhanden ist.

Die geforderte Mindest-Eigenmittelquote gemäß der CRR wird von der Stadtsparkasse Oberhausen deutlich übertroffen. Das Verhältnis der anrechenbaren Eigenmittel bezogen auf die Summe der risikogewichteten Positionswerte überschreitet gemäß der Berechnung per 31.12.2018 mit einer Gesamtkennziffer von 17,8 % (Vorjahr: 17,0 %) deutlich den von der Bankenaufsicht im Jahr 2018 geforderten Mindestwert 9,875 % (inklusive Kapitalerhaltungspuffer). Zusätzlich hat die Sparkasse im Jahr 2016 seitens der Bankenaufsicht einen individuellen SREP-Zuschlag erhalten, welcher seitdem ebenfalls dauerhaft eingehalten wurde. Die Höhe des SREP-Zuschlags blieb in 2018 unverändert.



Gesamtkapitalquote gemäß CRR 2018

Die Kernkapitalquote der Stadtsparkasse Oberhausen, definiert als Verhältnis des Kernkapitals zu den Risikopositionen, beträgt per Ende 2018 14,7 % (Vorjahr: 13,9 %).

Die Bewertung des Wertpapierbestandes erfolgte unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips. Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen ist den Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen entsprechend den strengen Bewertungsmaßstäben unseres Hauses ausreichend Rechnung getragen worden. Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Insgesamt ist die wirtschaftliche Lage der Stadtsparkasse Oberhausen unter Berücksichtigung der branchenspezifischen Entwicklungen als zufriedenstellend zu bezeichnen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die für das Jahr 2018 formulierten Ziele bzw. Planungen nahezu vollumfänglich erreicht werden konnten. Die Finanz- und Vermögensverhältnisse sind geordnet. Allerdings belastet das weiterhin anhaltende Niedrig- bzw. Negativzinsniveau sowie weitere regulatorische Anforderungen die Ertragslage weiter.

4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Personalbereich

Unsere Mitarbeiterzahl hat sich im Jahr 2018 von 546 um 12 Beschäftigte auf 534 reduziert. Enthalten sind darin noch 39 Beschäftigte mit Altersteilzeitvereinbarungen, die in den kommenden Jahren zu entsprechenden Personalrückgängen führen werden.

Zum Stichtag 31.12.2018 gehörten 28 Auszubildende in insgesamt 3 Ausbildungsjahrgängen zu unseren Beschäftigten. Die Stadtsparkasse Oberhausen unterstreicht damit ihre Bereitschaft zur Übernahme gesamtgesellschaftlicher Verantwortung, insbesondere für die Stadt Oberhausen, und die Bedeutung, die unser Haus der Ausbildung junger Menschen beimisst. Die Ausbildung zur Bankkauffrau bzw. zum Bankkaufmann bildet die Basis für einen erfolgreichen Weg in der Sparkassenorganisation und für die weitere berufliche Zukunft aufgrund der qualifizierten Berufsausbildung. Im Januar 2018 haben 15 der Auszubildenden die Abschlussprüfung zum Bankkaufmann/Bankkauffrau vor der Industrie- und Handelskammer absolviert. 4 Auszubildende übernahmen wir in unbefristete Angestelltenverhältnisse, 3 Auszubildende erhielten befristete Verträge.

Einer Teilzeitbeschäftigung sind 181 Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen nachgegangen.

Als Folge der Verlagerung von Abteilungen unseres Hauses in die gemeinsamen Tochterunternehmen mit der Sparkasse Mülheim an der Ruhr bzw. die S-Servicepartner Ruhrgebiet GmbH arbeiten per 31.12.2018 68 Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen im Rahmen einer Entsendung bzw. Personalgestellung bei diesen Unternehmen.

Gesellschaftliches Engagement

Mit ihrem gemeinnützigen Engagement ist die Stadtsparkasse Oberhausen ein wichtiger Pfeiler des gesellschaftlichen Lebens in der Stadt. In 2018 beträgt das Fördervolumen aus Spenden, Stiftungen und Sponsoring sowie den Fördermitteln aus dem PS-Zweckertrag rund T€ 790.

Die Stiftungsinitiative der Stadtsparkasse Oberhausen besteht mittlerweile aus 12 Stiftungen. Dazu zählen die Sparkassen-Bürgerstiftung sowie die Stiftung Oberhausener Bürger. Letztere ist auch Trägerstiftung für zehn nicht rechtsfähige Stiftungen. Hinzu kommen der Hermann-und-Luise-Albertz-Stiftungsfonds sowie der Hilfe für bedürftige und kranke Kinder-Stiftungsfonds in der Stiftung Oberhausener Bürger. Jede Stiftung als auch die Stiftungsfonds verfolgen eigene Förderschwerpunkte. Allen gemeinsam ist das Ziel, Oberhausen noch attraktiver und lebenswerter zu machen und nachhaltig Gutes für die Mitbürgerinnen und Mitbürger zu tun.

Die Stiftung Oberhausener Bürger setzt hierbei auf die langfristige Förderung von Projekten aus den verschiedensten Bereichen wie Soziales, Bildung, Kultur, Jugend- und Altenhilfe, Natur- und Umweltschutz, Gesundheit und Sport. Das treuhänderisch verwaltete Stiftungskapital beträgt zum 31.12.2018 3,7 Mio. €. Aufgrund testamentarischer Verfügungen wird die Stiftung Oberhausener Bürger perspektivisch Trägerin von weiteren 19 Treuhandstiftungen.

Die Sparkassen-Bürgerstiftung ist die älteste Stiftung der Stiftungsinitiative der Stadtsparkasse Oberhausen. Sie wurde bereits 1983 errichtet. Die Förderschwerpunkte der Sparkassen-Bürgerstiftung liegen in den Bereichen Kultur, Wohlfahrtswesen, Bildung, Kinder- und Jugendförderung sowie dem Heimatgedanken. Seitdem hat die Sparkassen-Bürgerstiftung gemeinnützige Vereine, karitative und wohlfahrtspflegerische Organisationen, Bildungsprojekte sowie vielfältige kulturelle und heimatpflegerische Projekte in Oberhausen mit einem Gesamtvolumen von rund 15,43 Mio. € gefördert. Das Stiftungskapital der Sparkassen-Bürgerstiftung liegt zum 31.12.2018 bei 4,15 Mio. €. Im vergangenen Jahr wurden 44 Förderanträge bewilligt.

C. Chancen- und Risikobericht

1. Risikomanagementziele und -methoden

1.1 Aufsichtsrechtliche Vorgaben für das Risikomanagement

Die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Bemessung, Kontrolle und Steuerung der wesentlichen Risiken eines Kreditinstitutes finden sich in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk).

1.2 Risikomanagementsystem, -ziele und –methoden

Im Zentrum der Geschäftsaktivitäten der Sparkasse steht das Ziel der Erwirtschaftung der benötigten Jahresüberschüsse zur Erreichung der angestrebten Eigenkapitalquoten. Einen Teilaspekt dieses Zieles stellt die rentable Nutzung des Eigenkapitals durch das bewusste Eingehen von Risiken, deren aktive Steuerung sowie die gezielte Transformation von Risiken dar. Hierbei verfolgt die Stadtsparkasse Oberhausen das Konzept der „einfachen und sicheren Sparkasse“, welches u. a. durch die Begrenzung von Kreditrisiken sowie eine konservative Vermögensanlage gekennzeichnet ist. Für eine erfolgreiche Durchführung dieser Aufgaben ist es für die Sparkasse unabdingbar, dass sie die mit der Geschäftstätigkeit untrennbar verbundenen Risiken zeitnah erkennt, bewertet, umfassend steuert und die Steuerungsmaßnahmen laufend überwacht.

Wesentlicher Bestandteil unserer Risikomanagementsysteme ist die Beachtung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Risiken werden bewusst eingegangen, wenn sie zur Erzielung von Erträgen notwendig und im Verhältnis zu den Chancen vertretbar sind. Die Übernahme von Risiken ist in der Stadtsparkasse Oberhausen in eine G.u.V.-orientierte Gesamtbanksteuerung eingebunden, die das Erreichen der mittel- bis langfristigen Finanzziele sicherstellen soll.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist bis in die Ebene des Vorstands eine funktionelle Trennung zwischen Markt und Marktfolge festgelegt. Durch die Ausgestaltung der Aufbau- (und Ablauf-) Organisation wird sichergestellt, dass miteinander unvereinbare Tätigkeiten durch unterschiedliche Mitarbeiter durchgeführt werden. Im Rahmen des Risikomanagements sind insbesondere die Abteilungen Unternehmenssteuerung, KreditService sowie die Interne Revision beteiligt.

Der organisatorisch von den Marktbereichen getrennten Abteilung Unternehmenssteuerung, genauer gesagt der Gruppe Controlling innerhalb der Abteilung Unternehmenssteuerung, obliegt die risikoüberwachende Funktion. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung der Gesamtbanksteuerungssysteme, die Risikomessung/-beurteilung sowie das Risikocontrolling, d. h. für die Überwachung der einzelnen Risikokategorien und die Risikokommunikation. Dies beinhaltet auch die regelmäßige sowie anlassbezogene Durchführung angemessener Stresstests für die wesentlichen Risiken. Die Erfüllung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist eine weitere Kernaufgabe.

Die Betreuung der im Kreditbereich eingesetzten Rating- und Scoring-Systeme sowie des Frühwarnsystems zur frühzeitigen Identifizierung wesentlicher Risiken obliegt der Abteilung KreditService. Sie ist organisatorisch ebenfalls vom Marktbereich getrennt.

Die Interne Revision kontrolliert auf der Grundlage eines risikoorientierten Prüfungsansatzes die Einhaltung der festgelegten internen Regeln sowie der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Sie überprüft die Angemessenheit und Wirksamkeit des Managements der einzelnen Risikoarten und begleitet als unabhängige Instanz die Weiterentwicklung der Gesamtbanksteuerungssysteme.

Eine Darstellung der Aufbauorganisation im Risikomanagement sowie der Ausgestaltung der Risikomanagement- und -controllingprozesse findet sich im Risikohandbuch der Stadtsparkasse Oberhausen. In der vom Vorstand festgelegten Risikostrategie sind ferner die Ziele und Leitlinien verankert, die die Stadtsparkasse mit der Risikoübernahme und -steuerung verfolgt.

Die Beurteilung der Risiken erfolgt hinsichtlich ihrer G.u.V.-Wirkungen und im Bereich der Zinsänderungsrisiken zusätzlich im Rahmen eines vermögenswertorientierten Value-at-Risk-Ansatzes. Zur Quantifizierung der einzelnen Risiken werden Szenarioanalysen durchgeführt, die auf historischen bzw. erwarteten Veränderungen von risikobeeinflussenden Parametern beruhen. Soweit eine explizite Quantifizierung der Risiken aufgrund des Entwicklungstandes der Systeme noch nicht möglich ist, tragen wir dem durch die Festlegung eines plausibilisierten Risikobetrages im Rahmen unseres Risikotragfähigkeitskonzepts Rechnung. Diese Art der Limitfestlegung kam im Jahr 2018 beim Beteiligungsrisiko teilweise sowie bei der Ableitung des Risikodeckungspotenzials beim Modellrisiko zum Tragen. Darüber hinaus führen wir auf Basis der für die jeweiligen Risiken identifizierten wesentlichen Risikofaktoren ergänzende Stressszenarien durch, die die Auswirkungen außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse abbilden. Die Stresstests erstrecken sich dabei auch auf die angenommenen Risikokonzentrationen und Diversifikationseffekte innerhalb und zwischen den einzelnen Risikoarten.

Im Rahmen der Steuerung der Risiken setzen wir zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken Finanzderivate ein. Darüber hinaus ist die Sparkasse per 31.12.2018 an fünf Kreditbasket-Transaktionen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt. Daraus resultieren 14 Credit Default Swaps (jeweils ein Credit Default Swap je eingebrachtem Engagement), bei denen die Sparkasse aufgrund der vorgegebenen Symmetrie der Transaktion einerseits Sicherungsgeber, andererseits aber auch Sicherungsnehmer ist. Zudem hat die Sparkasse eine Beteiligungsposition über den Verkauf von Aktienfutures abgesichert. Die per 31.12.2018 bestehenden Finanzderivate können der Übersicht im Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden.

Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit der in der Sparkasse eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme existieren Notfallpläne für die Sparkasse sowie für deren Tochtergesellschaften.

1.3 Risikotragfähigkeitskonzeption

Zentrales Element unserer Risikosteuerung ist das implementierte Risikotragfähigkeitskonzept. Die Stadtsparkasse Oberhausen hat im Jahr 2018 ein periodenorientiertes System eingesetzt. Dem Ansatz liegt dabei der Fortführungsansatz (Going-Concern-Sicht) zugrunde, nach dem die Fortführung des Geschäftsbetriebes auch bei vollständiger Aufzehrung der zur Risikoabdeckung zur Verfügung gestellten Risikodeckungsmasse sichergestellt sein muss. Die periodische Risikotragfähigkeitsbetrachtung ist als primärer und einziger Steuerungskreis in der Sparkasse definiert. Das Risikotragfähigkeitskonzept der Sparkasse entspricht dabei einer rollierenden 12-Monats-Betrachtung, d. h. die Risikoquantifizierung erfolgt zu jedem Stichtag für die folgenden 12 Monate.

Darüber hinaus erfolgt eine Begrenzung der Risikoübernahme durch die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen (Zinsrisiko-Koeffizient, Eigenkapitalquote bzw. Kernkapitalquote und Liquiditätskennzahlen).

In der periodenorientierten Sichtweise werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den handelsrechtlichen Jahresüberschuss der Sparkasse hat. Der Going-Concern-Sichtweise folgend zielt das Risikotragfähigkeitssystem dabei auf die Sicherung einer Mindesteigenkapitalquote ab. Demzufolge bilden im Rahmen der periodenorientierten Risikotragfähigkeit das über die intern festgelegte Mindest-Eigenkapitalquote hinausgehende freie Eigenkapital und das Planergebnis nach Steuern (nach Abzug der erwarteten Adressrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft sowie aus Beteiligungsrisiken) die Risikodeckungsmasse. Existierende Genussrechte werden entsprechend dem Fortführungsansatz nicht in die Risikodeckungsmasse einbezogen. Zur Ermittlung des endgültigen Risikodeckungspotenzials werden von der zuvor ermittelten Risikodeckungsmasse ein Puffer für das Modellrisiko sowie die aus der Bankenabgabe resultierenden Eventualverbindlichkeiten abgezogen.

Anschließend legt die Geschäftsleitung entsprechend ihrer Risikoneigung fest, welchen Anteil des Risikodeckungspotenzials sie als Risikolimit zur Verfügung stellt bzw. welcher Freiraum zwischen Risikodeckungspotenzial und Gesamtbanklimit zu jedem Stichtag gegeben sein muss. Das Gesamtbanklimit wird anschließend auf die unterschiedlichen Risikokategorien Bewertungsrisiko Wertpapiere (inkl. Adressenrisiko, Zinsänderungsrisiko, Immobilienrisiko und Spreadrisiko aller Risikopositionen im Depot A), unerwartete Adressrisiken Kundenkreditgeschäft, Zinsspannenrisiko (inkl. Bestands-, Margen- und Optionsrisiko), Vertriebsrisiko, Liquiditätsrisiko, Kostenrisiko, Beteiligungsrisiko sowie Operationelles Risiko verteilt.

Über die Limiteinhaltung wird monatlich mit Hilfe eines Ampelsystems berichtet, wobei die gelbe Ampelstufe bei einer 80-prozentigen Limitauslastung erreicht wird.

Die Risikodeckungsmasse wird wie in der nachfolgenden Tabelle dargestellt auf die einzelnen Risikoarten aufgeteilt. Die Anteilswerte für das Jahr 2018 stellen dabei den Stand per 31.12.2018 dar.

GuV-Limit für	**2018 %-Anteil**	**2017 %-Anteil**
Bewertungsrisiko Wertpapiere	41,5	44,7
Adressenrisiken Kundengeschäft	17,5	18,8
Zinsspannenrisiko	18,6	13,4
Vertriebsrisiko	2,6	2,8
Kostenrisiko	2,4	2,6
Operationelle Risiken	5,4	5,9
Beteiligungen	8,7	7,1
Liquiditätsrisiken	3,3	4,7
GuV-Limit gesamt	**100,0**	**100,0**

Im Zinsspannenrisiko zeigt sich das erhöhte Risiko durch die Auswirkungen des Niedrig- bzw. Negativzinsumfelds in einem spürbar erhöhten Limit. Das Limit für das Wertpapier-Bewertungsrisiko konnte im Gegenzug durch Bestandsfälligkeiten sowie die vorgenommenen Maßnahmen zur Risikoreduzierung (Schließung Spezialfonds) entsprechend reduziert werden.

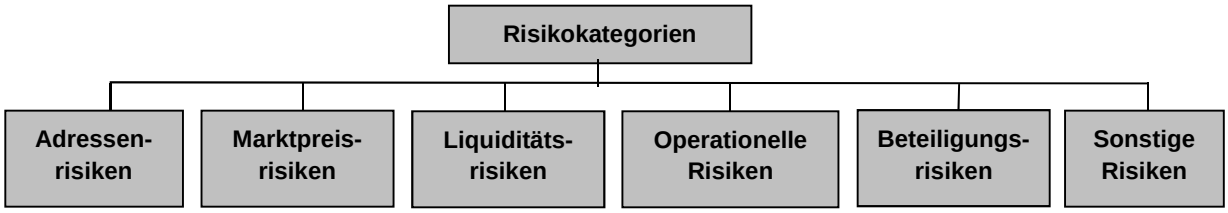
1.4 Risikoreporting

Über die eingegangenen Risiken, die existierenden Risikokonzentrationen sowie die Auslastung der verschiedenen Limite wird dem Gesamtvorstand monatlich im Rahmen eines umfassenden Gesamtrisikoreports schriftlich berichtet. Die Ausführungen enthalten neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risikosituation und der Limitauslastungen auch Handlungsempfehlungen zur Risikosteuerung, über die der Vorstand entscheidet. Der Risikoreport wird vierteljährlich um einen ausführlichen Kreditrisikoteil sowie Ausführungen zu den Operationellen Risiken ergänzt. Darüber hinaus werden in dem Risikoreport halbjährlich die Ergebnisse der durchgeführten Stresstests sowie des Liquiditätskostenverrechnungssystems dargestellt. Ergänzend erhält der Vorstand mindestens wöchentlich einen Report über die Marktpreis- und Adressenrisiken der Eigenhandelsgeschäfte. Eine Ad-hoc-Berichterstattung erfolgt bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung.

Der Verwaltungsrat als Aufsichtsorgan der Stadtsparkasse Oberhausen hat einen Risikoausschuss gebildet, der die Grundsätze der Risikopolitik und Risikosteuerung der Sparkasse mit dem Vorstand berät. Der Risikoausschuss wird vierteljährlich ausführlich über die von der Sparkasse eingegangenen Risiken und die aktuellen Auslastungen sämtlicher Risikolimite informiert. Die zentralen Aspekte aus dem Risikoreport werden dem gesamten Verwaltungsrat ebenfalls quartalsweise vorgestellt.

2. Darstellung der wesentlichen Risikokategorien

Die Risiken, die wir im Rahmen unseres Risikomanagement- und -controllingsystems steuern, haben unterschiedliche Ursachen und bedürfen speziell abgestimmter Instrumente und Methoden zu deren Erfassung und Begrenzung. Die zentralen Risiken stellen für uns dabei folgende Risikokategorien dar:



2.1 Adressenrisiken

Unter dem Adressenrisiko wird eine negative Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, die durch eine Bonitätsverschlechterung (Migrationsrisiko) einschließlich Ausfall (Ausfallrisiko) einer Gegenpartei bedingt ist.

Es erfolgt eine Unterteilung in die folgenden Risikoarten:

1. Adressenrisiko Kundengeschäft

Das Adressenrisiko Kundengeschäft umfasst einerseits die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines originären Kredites sowie Eventualverbindlichkeiten (Ausfallrisiko). Andererseits umfasst es auch die Gefahr, dass Sicherheiten während der Kreditlaufzeit teilweise oder ganz an Wert verlieren und deshalb zur Absicherung der Kredite nicht ausreichen oder sogar überhaupt nicht beitragen können (Sicherheitenverwertungs- und Einbringungsrisiko). Schließlich ist auch die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) der Gegenpartei ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko), Teil des Adressenrisikos im Kundengeschäft.

2. Adressenrisiko Eigengeschäft

Das Adressenrisiko Eigengeschäft umfasst das Ausfall- sowie das Migrationsrisiko einer Gegenpartei (Kontrahent oder Emittent) im Eigengeschäft der Sparkasse.

3. Länderrisiko

Ein Bestandteil des Länderrisikos ist das Ländertransferrisiko. Darunter wird die Gefahr verstanden, dass ein ausländischer Schuldner trotz eigener Zahlungsfähigkeit auf Grund fehlender Transferfähigkeit oder -bereitschaft seines Sitzlandes seine Zahlungen nicht fristgerecht oder überhaupt nicht leisten kann. Der andere Teil des Länderrisikos, welcher das Risiko eines Ausfalls von Länderanleihen aufgrund der Zahlungsfähigkeit des Schuldners umfasst, fällt unter Adressenrisiken im Eigengeschäft und dort unter das Emittentenrisiko.

Die Basis für die Steuerung der Adressenrisiken im Kreditgeschäft bildet die Risikostrategie der Stadtsparkasse Oberhausen. Sie enthält neben den Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft auch die unter Berücksichtigung der Gesamtbankrisikotragfähigkeit geplanten Aktivitäten im Kreditgeschäft. Dazu gehören neben risikobegrenzenden Maßnahmen auch Aktivitäten zur Weiterentwicklung des Instrumentariums der Kreditrisikosteuerung. In der Risikostrategie hat die Sparkasse Leitlinien bezüglich Kreditarten, Einzelkreditvolumen, Rating sowie Branchen der Kreditnehmer festgelegt. Hierdurch werden Bonitätsrisiken sowie Risikokonzentrationen eingeschränkt.

Zur Beurteilung der Adressenrisiken im Kundenkreditgeschäft setzt die Sparkasse die Rating- und Scoringverfahren des DSGV ein. Derzeit werden im gewerblichen Kreditgeschäft das DSGV-Standard-Rating, das ImmobiliengeschäftsRating bzw. das ImmobilienKompaktRating sowie das KundenKompaktRating eingesetzt. Im privaten Kreditgeschäft wird neben den anlassbezogenen Antragsscorecards für Private Baufinanzierungen sowie für Konsumentenkredite die Bestandsbewertung KundenScoring eingesetzt, die eine fortlaufende Risikobetrachtung aller Privatgirokonten und Konsumentenkredite durchführt und monatlich automatisch eine Note erstellt. Im kommerziellen Immobiliengeschäft werden die dafür vorgesehenen Ratingverfahren (ImmobilienGeschäftsRating, ImmobilienKompaktRating bzw. Immo-Light) verwendet. Die Rating- und Scoringergebnisse bilden die Basis für die Festlegung risikoadjustierter Kreditkonditionen. Die Bonität einzelner Kreditnehmer wird zudem jährlich durch die Interne Revision der Sparkasse in umfangreichen Stichproben geprüft.

Der überwiegende Teil des gewerblichen Kreditgeschäftes entfällt auf Kreditnehmer in Risikoklassen mit niedrigen bis moderaten Ausfallwahrscheinlichkeiten. Bezogen auf das zugrunde liegende Kreditvolumen weisen 48,7 % (Vorjahr 48,6 %) eine Ratingnote zwischen 1 und 5 auf. Der Volumensanteil in den Ratingklassen 1 bis 9, auf die sich die kreditgeschäftlichen Aktivitäten im gewerblichen Neukundengeschäft gemäß der Risikostrategie 2018 konzentrieren sollen, liegt bei 87,4 % (Vorjahr 86,5 %). Unter zusätzlicher Einbeziehung der Ergebnisse des im Privatkundensegment einge-

setzten KundenScorings beträgt der Volumensanteil in den Rating- bzw. Scoringklassen 1 bis 9 sogar 91,1 % (Vorjahr 90,1 %). Die Aufteilung des Kreditbestandes der Sparkasse auf die Ratingklassen findet sich in den folgenden Tabellen.

Gewerbliches Kundenkreditgeschäft		
Ratingnote	**2018 %-Anteil**	**2017 %-Anteil**
1-5	48,7	48,6
6-9	38,7	37,9
10-15	8,2	8,8
16-18	4,4	4,7
Summe	**100,0**	**100,0**

Kundengeschäft gesamt		
Ratingnote	**2018 %-Anteil**	**2017 %-Anteil**
1-5	68,2	67,3
6-9	22,9	22,8
10-15	5,9	6,4
16-18	3,0	3,5
Summe	**100,0**	**100,0**

Zur Früherkennung von Kreditrisiken auf Kundenebene wird ein automatisiertes System eingesetzt, das hinsichtlich definierter Frühwarnindikatoren auffällig gewordene Kreditnehmer identifiziert. Die durch das Frühwarnsystem identifizierten Problemkredite werden seitens des im KreditService angesiedelten Risikomanagements den Segmenten Normalbetreuung, Intensivbetreuung, der Sanierungs- oder der Abwicklungsbetreuung zugeordnet.

Für den Eintritt von Adressenrisiken hat die Sparkasse durch die Bildung von Wertberichtigungen und Vorsorgereserven angemessene Vorkehrungen getroffen. Wertberichtigungen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Zahlungsverhaltens der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen nach den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Darüber hinaus erfolgt eine Bewertung der existierenden Sicherheiten mit ihrem wahrscheinlichen Realisationswert, um einschätzen zu können, welche Zahlungen nach Eintritt von Leistungsstörungen noch zu erwarten sind. Die Angemessenheit der vorgesehenen Wertberichtigungen ist Prüfungsgegenstand der Internen Revision. Latente Ausfallrisiken werden darüber hinaus durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt.

Das Kreditvolumen (inklusive Avale) nach Kundensegmenten verteilt sich per Ende 2018 wie folgt:

	31.12.2018 %-Anteil	**31.12.2017 %-Anteil**
Firmenkunden	18,7	18,5
Gewerbekunden	6,8	6,8
Geschäftskunden	0,8	0,8
Bauträger	0,7	0,9
Existenzgründer	0,6	0,6
Kommunale Kunden	30,3	30,5
Großkunden	0,7	0,9
Privatkunden	41,4	41,0
Summe	**100,0**	**100,0**

Die Beurteilung der Kreditrisiken auf Portfolioebene erfolgt insbesondere durch das Kreditportfoliomanagement-Tool CPV (CreditPortfolioView). Mit Hilfe dieses Programms wird eine Analyse des Kreditportfolios hinsichtlich der Darstellung der erwarteten Verluste und des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs (CreditValue-at-Risk) sowie der Berechnung von Größenkonzentrationen (Klumpenrisiken) und deren Wirkung auf den CreditValue-at-Risk des Gesamtportfolios vorgenommen. Darüber hinaus erfolgt eine Risikobeurteilung durch die Analyse des gesamten Kreditportfolios hinsichtlich unterschiedlicher Kriterien wie z. B. der Branchen-, Größenklassen-, Sicherheiten- oder Ratingverteilung.

Hinsichtlich der Verteilung der hereingenommenen Sicherheiten ergibt sich aufgrund des Geschäftsmodells in der Sparkasse eine deutliche Konzentration auf grundpfandrechtliche Sicherheiten. Die wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Grundpfandrechte machen dabei – bezogen auf die verrechneten Sicherheitenbeträge – 87,5 % (Vorjahr 88,5 %) des Gesamtvolumens aus.

Die Branchenverteilung im gewerblichen Kundenkreditportfolio bestimmt sich im Wesentlichen aus dem Geschäftsgebiet der Sparkasse und gestaltet sich per 31.12.2018 wie folgt:

	31.12.2018 %-Anteil	31.12.2017 %-Anteil
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	0,2	0,2
Energie, Wasser, Bergbau	1,5	1,8
Verarbeitendes Gewerbe	6,6	7,7
Baugewerbe	8,2	8,6
Kraftfahrzeughandel	3,0	3,2
Großhandel	4,3	4,5
Einzelhandel	3,8	4,1
Verkehr, Nachrichten	4,8	4,9
Kredit- u. Versicherungswesen	8,2	6,1
Gastgewerbe	7,0	7,7
Grundstücks- und Wohnungswesen	31,3	30,2
Dienstleistungen für Unternehmen	9,3	9,7
Öffentliche und private Dienstleistungen	8,6	9,2
Bauträger	3,2	2,1
Summe	**100,0**	**100,0**

Die Anteile der einzelnen Branchen sind im Vergleich zum Vorjahr relativ konstant. Wesentliche Veränderungen zum Vorjahr ergeben sich nicht.

Die mit einem Anteil von 31,3 % mit Abstand größte und nochmals leicht gewachsene (Ober-) Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ setzt sich aus verschiedenen Teilbranchen zusammen, die wiederum den beiden Bereichen Gewerbe- oder Wohnungsbau zugeordnet werden können. Aufgrund der insgesamt hohen Volumina in der Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ sowie der zuvor dargestellten Konzentration auf grundpfandrechtliche Sicherheiten werden in der Risikostrategie der Sparkasse spezielle Regelungen zur Risikoüberwachung und -begrenzung festgelegt. Darüber hinaus berücksichtigt die Sparkasse das gesamtgeschäftsbezogene Risiko sinkender Immobilien- und Grundstückspreise im Rahmen der simulierten Stresstests.

Die Großkredite gemäß Artikel 387ff. der CRR in Verbindung mit § 13 Abs. 1 KWG machten am 31.12.2018 das 0,79-fache der am Bilanzstichtag anrechenbaren Eigenmittel aus (31.12.2017: das 0,94-fache). Dem Grundsatz einer angemessenen Kredit- und Risikosteuerung wird die vorhandene größenmäßige Schichtung somit gerecht.

Auch per Ende 2018 weist die Stadtsparkasse Oberhausen im Vergleich zum Verbandsdurchschnitt einen stark überproportionalen Anteil an öffentlichen und korrespondierend dazu einen unterdurchschnittlichen Anteil an privaten und gewerblichen Kreditnehmern auf.

	31.12.2018 %-Anteil	31.12.2017 %-Anteil
Öffentliche Haushalte	26,9	28,9
Unselbstständige Privatpersonen	35,5	35,5
Unternehmen	37,3	35,3
Sonstige	0,3	0,3
Summe	**100,0**	**100,0**

Für das Jahr 2018 ergibt sich im Kundenkreditgeschäft ein leicht positives Bewertungsergebnis für die Sparkasse. Die in den vergangenen Jahren durchgeführten Risikoreduzierungen im Kreditportfolio zeigen damit in Kombination mit der positiven konjunkturellen Lage ihre Wirkung. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft des Jahres 2018 ist damit ebenfalls leicht besser als der Verbandsdurchschnitt. Das Risikolimit für unerwartete Adressenrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft wurde im gesamten Jahr 2018 eingehalten.

Im Rahmen der Kreditportfoliosteuerung hat die Sparkasse bereits in Vorjahren an Kreditbasket-Transaktionen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe teilgenommen. Im Jahr 2018 wurden weitere Engagements in eine neue Kreditbasket-Transaktion eingebracht.

Für die Eigenhandelsgeschäfte im Sinne der Mindestanforderungen an das Risikomanagement hat die Sparkasse detaillierte Regelungen bezüglich des zulässigen Kontrahenten- und Emittentenkreises sowie - bezogen auf die unterschiedlichen Geschäftsarten - hinsichtlich der zulässigen Volumina je Kontrahent / Emittent eingesetzt. Zur Beurteilung des Adressenrisikos werden externe Ratings und weitere öffentlich zugängliche Informationen herangezogen.

Insbesondere bedingt durch die negative Entwicklung ihres Spezialfonds, der unter Risikogesichtspunkten im November 2018 aufgelöst wurde, hat die Sparkasse zum 31.12.2018 ein deutlich negatives Bewertungsergebnis aus dem Wertpapierbereich ausgewiesen. Aufgrund der größtenteils guten Bonität der zum Jahresende im Depot A enthaltenen Emittenten – nahezu sämtliche geratete Direktanlagen der Stadtsparkasse Oberhausen mit Ausnahme der Kreditstrukturen sowie von zwei Publikumsfonds verfügen per Jahresende über ein Rating im Investment Grade-Bereich – wird erwartet, dass es in den nächsten Jahren zu keinen nennenswerten Ausfällen im Bereich der Eigenanlagen kommen wird.

Das im Direktbestand bzw. in einem Publikumsfonds der Sparkasse gehaltene Engagement in Anleihen wirtschaftsschwacher Euro-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) beläuft sich per Ende 2018 auf insgesamt 6,2 Mio. EUR (Kurswert inkl. Stückzinsen). Davon entfallen 5,5 Mio. EUR auf italienische, 0,4 Mio. EUR auf spanische und 0,3 Mio. € auf portugiesische Staatsanleihen. Darüber hinaus befinden sich in den Publikumsfonds der Sparkasse besicherte und unbesicherte Anleihen gegenüber privaten Schuldnern aus den fünf genannten Staaten in Höhe von 4,9 Mio. EUR. Das Gesamtengagement der Sparkasse in Wertpapieren aus wirtschaftsschwachen Euro-Staaten beläuft sich auf insgesamt 11,1 Mio. EUR (Kurswert inkl. Stückzinsen, Vorjahr: 28,3 Mio. EUR inklusive der im Spezialfonds gehaltenen Aktienwerte).
Eine separate Limitierung der Adressenrisiken aus Eigenanlagen erfolgte für das Jahr 2018 nicht. Diese wurden gemeinsam mit den weiteren Risiken aus Eigenanlagen im Bewertungsrisiko Wertpapiere zusammengefasst, welches zum Stichtag 31.12.2018 eingehalten wurde.

Der Anteil von Kreditstrukturen am gesamten Depot A der Stadtsparkasse Oberhausen hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht und liegt bei 16,4 % (Vorjahr 13,3 %). Einzige Ursache für diese Entwicklung ist die deutliche Reduzierung des Gesamtvolumens des Depot A, insbesondere aufgrund der Auflösung des Spezialfonds.

2.2 Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko wird als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position definiert, welche sich aus der Veränderung von wertbeeinflussenden Parametern (Marktpreisen) ergibt. Bei den Marktpreisrisiken werden die folgenden Risikoarten unterschieden: Zinsänderungsrisiko (im Zusammenhang mit Eigenhandelsgeschäften und auf Gesamtbankebene), Spread-Risiko, Währungsrisiko, Aktienkursrisiko, Immobilienrisiko, Optionsrisiko und Rohstoffrisiko. Für die Sparkasse weisen insbesondere das Zinsänderungs-, das Spread- und das Aktienkursrisiko eine zentrale Bedeutung auf.

Als Folge der in der Sparkasse festgelegten Anlagerestriktionen ist die Struktur der Eigenanlagen geprägt durch Termingeldanlagen bei anderen Instituten der S-Finanzgruppe, durch inländische öffentliche Anleihen sowie durch Inhaberschuldverschreibungen von deutschen Kreditinstituten. Bei komplexeren Instrumenten greift die Sparkasse grundsätzlich auf ein Fremdmanagement in Form eines Spezialfonds zurück. Der bestehende Spezialfonds der Sparkasse wurde jedoch zur Risikobegrenzung im vierten Quartal 2018 aufgelöst.

	31.12.2018 %-Anteil	**31.12.2017 %-Anteil**
Termingelder	29,7	22,8
Gedeckte Schuldverschreibungen	5,4	6,6
In- und ausländische öffentliche Anleihen	19,9	23,0
IHS inländischer Kreditinstitute	21,2	21,0
Unternehmensanleihen	8,2	8,9
Aktien	0,0	3,2
Kreditbaskets	11,6	10,3
Immobilienfonds	3,6	1,0
Sonstige	0,4	3,2
Summe	**100,0**	**100,0**

Das Volumen der Eigenanlagen der Sparkasse hat sich im vierten Quartal 2018 vor allem durch die Auflösung des Spezialfonds deutlich reduziert. Hierdurch kam es zu Veränderungen in der relativen Struktur der einzelnen Anlageklassen, wobei lediglich in der Anlageklasse „Immobilien“ das absolute Volumen ausgeweitet wurde.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken aus Eigenhandelsgeschäften erfolgt anhand einer G.u.V.-orientierten Ermittlung des Abschreibungsrisikos. Sämtliche Marktpreisrisiken des Eigenanlagegeschäftes werden mindestens wöchentlich, in der Regel aber täglich durch die Abteilung Unternehmenssteuerung nach Art und Höhe bewertet und an die Geschäftsleitung kommuniziert.

Als langfristiger, strategischer Investor geht die Stadtsparkasse Oberhausen keine Investments in Spreadrisiken zur Erzielung kurzfristiger Kursgewinne ein. Der Erwerb von Creditspread-behafteten Wertpapieren erfolgt unter Berücksichtigung der angestrebten Granularität auf Basis einer positiven Einschätzung des Adressenrisikos im Rahmen der Adressenausfallrisikostrategie. Die sich im Zeitablauf ggf. ergebenden Schwankungen des Spreadniveaus müssen dabei im Rahmen der Risikotragfähigkeit ausgehalten werden können. In ihrem Risikotragfähigkeitskonzept hat die Stadtsparkasse Oberhausen das Spread-Risiko im Rahmen des Limits Bewertungsrisiko Wertpapiere berücksichtigt.

Neben den Berechnungen für die Eigenhandelsgeschäfte wird auch eine Beurteilung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene vorgenommen. Das Risiko wird sowohl hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrech-

nung als auch im Hinblick auf mögliche Wertveränderungen der verzinslichen Vermögens- und Schuldpositionen untersucht. Die Ergebnisse der Risikobetrachtung werden der Geschäftsleitung im Rahmen des Gesamtrisikoberichtes monatlich vorgelegt.

Im Rahmen der G.u.V.-orientierten Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt die Messung auf der Grundlage von Simulationsberechnungen, die alle zinstragenden Positionen und deren voraussichtliche Entwicklung einbeziehen.

Bei der wertorientierten Risikobetrachtung werden alle zinstragenden Geschäfte in einer einheitlichen Cash-Flow-Übersicht abgebildet. Für Geschäfte ohne feste Zins- und/ oder Kapitalbindungen werden dabei produktspezifische Annahmen zugrunde gelegt. Die Annahmen werden dabei in Abhängigkeit von den einzelnen Produkten entweder aus historischen Daten oder über eine Analyse und Prognose der zukünftigen Entwicklung von Zinsänderungen und Kundenverhalten abgeleitet. Für den aus dem Gesamt-Cash-Flow der Sparkasse errechneten Barwert wird anschließend das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Dieses errechnet sich auf Basis einer historischen Simulation von Renditeveränderungen über den Planungshorizont von 12 Monaten mit einem Konfidenzniveau von 99 %. Bei der Steuerung des Zinsänderungsrisikos verfolgt die Stadtsparkasse Oberhausen grundsätzlich eine passive Steuerung. Dabei orientiert sich die Sparkasse an einer als effizient eingeschätzten Benchmark (gleitender 10-Jahres-Durchschnitt), wobei die Höhe des maximalen Risikos bei Eintritt des aufsichtsrechtlich vorgegebenen Zinsschocks von +/- 200 Basispunkten durch die Einhaltung des Zielwertkorridors zwischen 2,75 % und 3,75 % der Risikoaktiva determiniert wird. Abweichungen zeigen ggf. Bedarf von Steuerungsmaßnahmen an und dienen als zusätzliche Information für zu tätigende Geschäfte.

Im Rahmen der Steuerung des gesamten Zinsbuches setzt die Sparkasse Zinsswaps ein. Nähere Informationen können der Übersicht im Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden. Zur Absicherung der unterjährig in einem Spezialfonds gehaltenen Positionen wurden während des Jahres 2018 ebenfalls Finanzderivate eingesetzt. Die Absicherung der Aktienkursrisiken erfolgte dabei über Futuregeschäfte.

Zur Begrenzung der Risiken aus Marktpreisrisiken hat die Sparkasse auf Basis des eingesetzten Risikotragfähigkeitskonzepts Limite definiert, die die Übernahme von Marktpreisrisiken auf ein für die Stadtsparkasse Oberhausen tragbares Niveau begrenzen.

Unter Verwendung der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Zinsänderungen von +/- 200 Basispunkten sowie des aufsichtlich vorgegebenen Einbezugs von Pensionsverpflichtungen hat die Stadtsparkasse Oberhausen die definierte 20%-Grenze zur Einstufung als „Institut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko“ im Sinne des BaFin-Rundschreibens Nr. 11/2011 im Jahr 2018 durchgängig unterschritten.

Es ergeben sich dabei die folgenden Wertänderungen per 31.12.2018

Zinsschock (+/- 200 BP) per 31.12.2018 in Mio. EUR	
Wertänderung +200 BP	Wertänderung -200 BP
-32,8	-0,8

Per 31.12.2018 werden sämtliche für Marktpreisrisiken im Risikotragfähigkeitskonzept bereitgestellten Limite eingehalten. Unterjährig kam es beim Risikolimit für das Zinsspannenrisiko an einem Stichtag zu einer Überschreitung. Diese wurde durch eine Limitverschiebung zu Lasten des Risikolimits für das Wertpapier-Bewertungsergebnis ausgeglichen.

2.3 Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisiken werden in das Zahlungsunfähigkeitsrisiko und das Refinanzierungsrisiko unterteilt. Das Liquiditätsrisiko umfasst in beiden nachfolgend definierten Bestandteilen auch das Marktliquiditätsrisiko. Unter dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird die Gefahr verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen in einer Periode (kurz- wie auch längerfristig) nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachkommen kann. Beim Refinanzierungsrisiko handelt es sich um das Risiko einer negativen Abweichung vom Erwartungswert der Refinanzierungskosten. Dabei sind sowohl negative Effekte aus veränderten Marktliquiditätsspreads als auch aus einer adversen Entwicklung des eigenen Credit-Spreads maßgeblich. Darüber hinaus beschreibt das Risiko die Gefahr, dass negative Konsequenzen in Form höherer Refinanzierungskosten durch ein Abweichen von der erwarteten Refinanzierungsstruktur eintreten.

Als eine zentrale Basis für die Beurteilung der Zahlungsfähigkeit der Sparkasse dient die aufsichtsrechtlich vorgegebene Liquiditätskennzahl Liquidity Coverage Ratio. Die einzuhaltende Mindestquote der Liquidity Coverage Ratio (LCR) für das Jahr 2018 betrug 1,0. Diesen Wert konnte die Sparkasse im Jahr 2018 jeweils deutlich einhalten. Per 31.12.2018 lag die LCR bei einem Wert von 3,27.

Darüber hinaus wird das Liquiditätsrisiko mittels vier standardisierter Szenariorechnungen sowie einer Liquiditätsübersicht beurteilt. Letztgenannte ist die Ermittlung der Zahlungsfähigkeit der Sparkasse, die gegeben ist, wenn innerhalb des zu betrachtenden Zeitraums die ausgehenden Zahlungsströme nicht größer sind als die eingehenden Zahlungsströme (Liquiditätsablaufbilanz) zuzüglich der Vermögenswerte des stetigen Liquiditätsdeckungspotentials. Die Liquiditätsübersicht umfasst einen Betrachtungshorizont von 10 Jahren. Durch eine ausreichende Liquiditätsvorsorge versucht die Sparkasse Liquiditätsrisiken zu vermeiden. Zur Steuerung der Liquidität bestehen inoffizielle Kreditlinien bei mehreren Landesbanken. Darüber hinaus kann die Sparkasse auf das über die LCR-Anforderungen hinausgehende EZB-

Guthaben zurückgreifen oder über Offenmarktgeschäfte der EZB Liquidität generieren. Letztgenannte Möglichkeit wurde im Laufe des Jahres 2018 nicht in Anspruch genommen.

Ein weiteres Instrument zur kurzfristigen Liquiditätsbeschaffung stellt das Depot A dar. Hier ist es möglich, durch den Verkauf einzelner Positionen Liquidität zu schaffen. Aus diesem Grund bezieht die Sparkasse bei anstehenden Investitionsentscheidungen die Marktliquidität der entsprechenden Wertpapiere in die Kaufüberlegungen mit ein. Zur Begrenzung des entsprechenden Risikos hat die Sparkasse dabei in ihren Organisationsrichtlinien qualitative und quantitative Mindestanforderungen für die Eigenhandelsaktivitäten definiert. Neben der Festlegung eines benötigten Mindestratings der Emission/des Emittenten sind z. B. auch höhere Volumenslimite für öffentliche Anleihen und Pfandbriefe definiert, die über eine vergleichsweise hohe Marktliquidität verfügen. Zudem berücksichtigt die Sparkasse bei der Auswahl der Finanzinstrumente im Depot A deren Anrechnung in der Liquiditätskennziffer LCR zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Ziel unserer Refinanzierungsstrategie ist die Sicherstellung der Generierung von Refinanzierungsmitteln zu günstigen Konditionen, um diese zum Zwecke der Finanzierung des Aktivgeschäftes einsetzen zu können. Aufgrund der stabilen Entwicklung der Kundeneinlagen sowie aufgrund von fälligen Wertpapieren im Depot A war – analog zum Vorjahr – auch in 2018 keine Erfordernis zur Aufnahme längerfristiger Refinanzierungsmittel gegeben.

Hauptrefinanzierungsquelle der Sparkasse sind die Kundeneinlagen. Zur Begrenzung des Refinanzierungsrisikos und zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsquellen treibt die Stadtsparkasse Oberhausen die Erschließung alternativer Refinanzierungsquellen voran. Im Vordergrund steht dabei die Teilnahme an einer Pfandbrief-Pooling-Transaktion. Dazu wurden im Jahr 2018 die Tätigkeiten zum Aufbau einer entsprechenden Deckungsmasse weiter vorangetrieben.

Die Stadtsparkasse Oberhausen hat auch in 2018 Eigenhandelsaktivitäten betrieben. Die in 2018 getätigten Wertpapierkäufe im Eigenbestand beschränkten sich, neben den aufgrund der Transaktionssymmetrie zu zeichnenden Kreditbasket-Anteilen, auf zwei Laufzeitfonds, einen LCR-Fonds sowie zwei Wertpapiere von inländischen Kreditinstituten. Darüber hinaus kam es zu Kapitalabrufen von zwei Immobilienfonds. Das für Liquiditätsrisiken bereitgestellte Limit im periodischen Risikotragfähigkeitskonzept wurde in 2018 – wie im Vorjahr – durchgängig eingehalten.

2.4 Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder externer Einflüsse eintreten. In dieser Definition ist das Rechtsrisiko enthalten, d. h. die Gefahr von Verlusten aufgrund der Verletzung geltender rechtlicher Bestimmungen sowie aufgrund einer Änderung der Rechtslage (geänderte Rechtsprechung oder Gesetzesänderung) für in der Vergangenheit abgeschlossene Geschäfte.

Zur Identifizierung zukünftiger wesentlicher Schadenspotenziale werden jährlich Szenarien über mögliche Schadensereignisse aus den risikorelevanten Bereichen der Sparkasse und der Tochtergesellschaften erhoben und anschließend in Form einer Risikolandkarte dargestellt. Zur Schaffung einer einheitlichen Datenbasis und als Grundlage für die Ableitung von entsprechenden Maßnahmen werden des Weiteren die bereits eingetretenen Schäden aus Operationellen Risiken laufend in einer zentralen Schadensfalldatenbank erfasst.

Zur Begrenzung und Steuerung von Operationellen Risiken existieren aufgrund der vielschichtigen Ursachen diverse Regelungen und Verfahren in der Stadtsparkasse Oberhausen. Dazu zählen u. a. die Existenz von angemessenen Kontrollmechanismen, Kompetenzregelungen, Arbeitsanweisungen, Notfallplänen, Berechtigungssystemen, Vertretungsregelungen, IT-Sicherheitssystemen sowie von Versicherungen. Die im Zusammenhang mit dem Zahlungsverkehr bzw. dem Kartengeschäft bestehenden Risiken werden durch die Teilnahme an diversen Haftungsfonds und Missbrauchspools minimiert. Bei komplexeren Instrumenten oder Anlagen auf fremden Märkten im Rahmen ihrer Vermögensallokation greift die Sparkasse aufgrund fehlender interner Ressourcen auf das Fremdmanagement in Form eines Spezialfonds zurück. Zudem hat die Sparkasse separate Mitarbeiter für die Bereiche Qualitäts- und Beschwerdemanagement eingesetzt, welche u. a. als zentrale Ansprechpartner für alle Anliegen von Kunden zum Thema Zufriedenheit/Unzufriedenheit fungieren und somit zur Vermeidung bzw. Reduzierung von operationellen Risiken beitragen. Zur Umsetzung der Anforderungen des § 25h Abs. 1 KWG ist in der □-Service Rhein-Ruhr GmbH eine Stelle zur Verhinderung sonstiger strafbarer Handlungen angesiedelt.

Die Abwendung von Rechtsrisiken wird durch die Nutzung aktueller Vertragsvordrucke des Deutschen Sparkassenverlages und bei außerhalb des Standards liegenden Verträgen durch die Einbindung unserer in die □-Service Rhein-Ruhr GmbH ausgelagerten Rechtsabteilung erreicht. Im Bedarfsfall bedient sich die Sparkasse zusätzlicher externer Rechtsberatung.

Der nach Berücksichtigung von Zahlungen aus Versicherungen, Haftungsfonds o. ä. verbleibende Nettoschaden aus originären Operationellen Risiken weist in der Stadtsparkasse Oberhausen wie in den Vorjahren auch im Jahr 2018 keine nennenswerte Höhe auf. Das festgelegte Limit für operationelle Risiken wurde im Jahresverlauf sowie per 31.12.2018 durchgängig eingehalten.

Mögliche Risiken im Rahmen von gerichtlichen Auseinandersetzungen existieren weiterhin im Zusammenhang mit dem Ausfall von ehemaligen Kreditnehmern. Im Laufe des Jahres 2018 wurde hierbei schwerpunktmäßig eine außergerichtliche Einigung in einem Teilbereich vorangetrieben. Die bestehende Rückstellung für Prozesskosten deckt das Risiko zum 31.12.2018 in angemessener Höhe ab.

2.5 Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko umfasst die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer Beteiligung. Dabei beinhalten die Beteiligungsrisiken sowohl Adressen- als auch Marktpreisrisikokomponenten.

Bei den von der Stadtsparkasse Oberhausen gehaltenen Beteiligungen handelt es sich insgesamt um strategische Positionen, die langfristig gehalten werden. Im Vordergrund stehen die Grundsätze des Verbundgedankens (bankbezogene Beteiligungen) und der öffentliche Auftrag (standortfördernde Beteiligungen zur Förderung des Geschäftsgebietes). Renditeorientierte Beteiligungen werden derzeit nicht gehalten. Das Beteiligungsportfolio der Stadtsparkasse Oberhausen wird dominiert von den vier größten Einzelbeteiligungen der Sparkasse. Dabei handelt es sich zum einen um die Beteiligung am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband, der wiederum an diversen Unternehmen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt ist. Zum anderen existieren Beteiligungen an der Erwerbsgesellschaft der Sparkassen-Finanzgruppe zum Erwerb der Landesbank Berlin (LBB), der Rheinischen Sparkassen Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG sowie an der RW Beteiligungs GmbH (vormals Beteiligung an der RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner II GmbH). Die RW-Beteiligung war im Jahr 2018 durchgängig durch den Verkauf von Aktien-Futures abgesichert. Im Jahr 2018 wurde das von der Sparkasse definierte Risikolimit für Beteiligungen durchgängig eingehalten.

2.6 Sonstige Risiken

Im Rahmen unseres Risikotragfähigkeitskonzeptes hat die Sparkasse auch für das Vertriebsrisiko (= Nichterreichung der dem Vertrieb zuzurechnenden Ergebniskomponenten) und das Kostenrisiko (= Gefahr, dass die realisierten Kosten die geplanten Kosten übersteigen) durch die Reservierung von Risikodeckungsmasse Vorsorge getroffen. Analog zum Vorjahr wurden die eingeräumten Risikolimite sowohl im Jahresverlauf als auch per Jahresende eingehalten.

Darüber hinaus berücksichtigt die Stadtsparkasse Oberhausen auch Modellrisiken in ihrem Risikotragfähigkeitskonzept, wobei das Modellrisiko sowohl in das Zinsspannenrisiko mit einbezogen als auch im Rahmen der Ableitung des Risikodeckungspotenzials als Abzugsposten berücksichtigt wurde. Damit trägt die Sparkasse dem Risiko Rechnung, dass einerseits das Modell grundsätzlich die Realität nur eingeschränkt oder falsch abbildet bzw. andererseits Daten, Annahmen oder Schätzverfahren des verwendeten Modells falsch, fehlerhaft, ungeeignet, unsachgemäß oder nicht mehr aktuell sind.

Zur Stabilisierung der Westdeutschen Landesbank AG (WestLB) wurde im Dezember 2009 die Errichtung einer Abwicklungsanstalt beschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Beteiligungsanteils verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem festgelegten Höchstbetrag zu übernehmen. Auf die Stadtsparkasse Oberhausen entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Gesamtverpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Somit besteht das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko hat die Sparkasse im Rahmen der Jahresabschlüsse 2009 bis 2014 eine bilanzielle Vorsorge gebildet. Die im Zug der Übernahme der Ausgleichsverpflichtungen vereinbarte Überprüfung des Vorsorgebedarfs im Jahr 2016 hat ergeben, dass die Voraussetzungen für eine Aussetzung der Dotierung erstmals zum 31.12.2015 erfüllt waren und dass bis auf weiteres keine weitere Vorsorge gebildet werden muss. Auch zum 31.12.2018 waren die Voraussetzungen für eine Aussetzung der Dotierung erfüllt.

3. Gesamtbild der Risikolage

Das Jahr 2018 war, wie bereits das Jahr 2017, unter Risikogesichtspunkten einerseits durch eine positive Entwicklung im Bereich des Kundenkreditgeschäfts geprägt, so dass die Sparkasse in der Lage war, Risikovorsorge aufzulösen. Andererseits musste die Sparkasse aufgrund der Entwicklung an den Kapitalmärkten im Bereich der Wertpapiere allerdings Abschreibungen vornehmen, die deutlich über dem Wert des Vorjahres liegen. Das weiterhin vorherrschende Niedrig- und Negativzinsumfeld führte nochmals zu einer Belastung des Zinsergebnisses.

Analog zum Vorjahr war auch in 2018 auf Gesamthausebene die Risikotragfähigkeit jederzeit gegeben. Das Adressenrisiko aus dem Kundenkreditgeschäft ist trotz des umfangreichen und teils großvolumigen Neugeschäfts nochmals gesunken. Hier führen u.a. die günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen zu verbesserten Risikowerten. Darüber hinaus hat sich das Bewertungsrisiko aus dem Wertpapiergeschäft durch Bestandsfälligkeiten sowie im Jahresverlauf vorgenommene Maßnahmen zur Risikoreduzierung (Verkauf Spezialfonds) deutlich reduziert. Demgegenüber hat sich das periodische Zinsänderungsrisiko im Laufe des Jahres 2018 aufgrund des Niedrig- und Negativzinsumfeldes weiter erhöht. Insgesamt ist das Verhältnis der eingegangenen Risiken der Sparkasse zur Vermögens- und Ertragslage als angemessen zu bezeichnen; das Gesamtbankrisiko wird durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt.

Vor dem Hintergrund der bestehenden Risikoposition liegt der Fokus im Risikocontrolling der Sparkasse auf den Risiken aus den Eigenanlagen, dem Adressenrisiko aus dem Kundenkreditgeschäft sowie auf dem Zinsänderungsrisiko. Aufgrund der größtenteils guten Bonität der zum Jahresende im Depot A enthaltenen Emittenten wird erwartet, dass es in den nächsten Jahren zu keinen nennenswerten tatsächlichen Ausfällen kommen wird.

E. Prognosebericht

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung hat sich aufgrund zahlreicher Faktoren im Jahre 2018 teilweise deutlich verlangsamt. Aufgrund der Tatsache, dass das BIP im letzten Quartal auf dem Vorquartalsniveau verharrte und im dritten Quartal sogar ein Rückgang zu verzeichnen war, wurde eine technische Rezession nur knapp verfehlt.

Bisher scheint es sicher, dass die schwächeren Zahlen unter anderem auf den Sondereffekt um das Zulassungsverfahren WLTP sowie auf eine schwächere konjunkturelle Grundtendenz zurückzuführen sind. Es bleibt allerdings abzuwarten, inwiefern solche Effekte lediglich von temporärer Natur sind. Die stark erhöhte Sparquote beispielsweise ist ein Indiz dafür, dass PKW-Käufe zeitlich verschoben wurden und es somit zu erwarten ist, dass sie nachgeholt werden.

Aber auch die internationale Konjunktur hat sich abgekühlt. So hat der Internationale Währungsfonds (IWF) seine Wachstumsprognose für die Weltwirtschaft für dieses und das kommende Jahr bereits im Oktober vergangenen Jahres zurückgenommen und sie in der aktuellen Prognose um 0,2 bzw. 0,1 %-Punkte nach unten korrigiert. Damit erwartet der IWF ein Plus von 3,5 % im laufenden und 3,6 % im kommenden Jahr (vgl. 3,7 % 2017). Beim Welthandel erwartet der IWF einen Zuwachs von 4,0 %, der damit dem Vorjahresniveau entspricht.

Das Wachstum wird in diesem Jahr voraussichtlich erneut vor allem von der inländischen Nachfrage getrieben. Nach der Prognose des ifo-Instituts werden die privaten Konsumausgaben 0,6 %-Punkte und damit einen erheblichen Teil des gesamtwirtschaftlichen Wachstums von 1,1 % beisteuern. Die staatlichen Konsumausgaben werden gemäß der ifo-Prognose 0,4 %-Punkte und damit stärker zum Wachstum beitragen als in 2018 (0,2 %-Punkte). Der Wachstumsbeitrag der Investitionen dürfte demnach mit 0,5 %-Punkten auf vergleichbarem Niveau liegen, dabei entfällt der Großteil auf die Bauinvestitionen (0,3 %-Punkte). Erneut ist es der Außenhandel, der wohl das Wachstum dämpfen wird (-0,3 %-Punkte). Allerdings geht das ifo-Institut von einem deutlich höheren Wachstumsbeitrag der Exporte als im Vorjahr aus (1,4 %-Punkte anstatt 0,9 %-Punkte), der jedoch durch den negativen Wachstumseffekt der Importe überkompensiert wird (-1,7 %-Punkte statt 1,3 %-Punkte). Das nominale Volkseinkommen wird in 2019 voraussichtlich deutlich zunehmen.

Fast alle Forschungsinstitute gehen sogar von einer stärkeren Steigerung als im Vorjahr aus. Die Schätzungen liegen zwischen +3,1 % und +4,1 % (2020: +3,4 % bis +4,2 %). Beim verfügbaren Einkommen wird ein weiterer Anstieg erwartet (+3,1 % bis +3,8 %). Damit stehen auch unter Berücksichtigung der Inflation, welche sich wieder bei ca. 2,0 % bewegen soll, mehr Mittel für den Konsum und/oder das Sparen zur Verfügung.

Neben den steigenden Einkommen fördert nunmehr seit mehreren Jahren vor allem die gute Arbeitsmarktsituation den privaten Konsum, was sich in der Tendenz nicht ändern dürfte. Dementsprechend wird ein weiterer Anstieg der privaten Konsumausgaben erwartet. Dieser dürfte mit +1,2 % bis +1,9 % stärker ausfallen als im Vorjahr, als der private Konsum um 1,0 % zulegte. Die Verbraucherpreise in Deutschland werden im laufenden und kommenden Jahr voraussichtlich in ähnlichem Maße steigen wie in 2018 (+1,9 %). Die Prognosen zum Jahreswechsel liegen zwischen +1,7 % und +2,2 % für 2019 und +1,6 % bis +2,1 % im kommenden Jahr. Damit entspricht die Inflationsrate (in Deutschland) im Wesentlichen der EZB-Zielmarke von knapp 2 %. Die EZB hat jedoch im Januar 2019 nochmals betont, dass die Leitzinsen „mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden, um eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2 % auf mittlere Sicht sicherzustellen“.

Auch die Investitionen werden das Wachstum im laufenden Jahr weiter begünstigen. Die Wirtschaftsforscher der großen Forschungsinstitute rechnen mit einer jahresdurchschnittlichen Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen um 2,5 % bis 3,4 % in 2019.

Die Daten des Statistischen Bundesamtes zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe lassen eine weiterhin dynamische Bautätigkeit erwarten. Auch die Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen weist nach oben. Von Januar bis November 2018 wurde in Deutschland der Bau von 315.200 Wohnungen genehmigt (+0,5 % gegenüber 2017). In neu zu errichtenden Wohngebäuden wurden dabei rund 274.600 Wohnungen genehmigt. Das waren 1,3 % oder 3.600 Wohnungen mehr als im Vorjahreszeitraum. Auffällig ist, dass dieser Anstieg ausschließlich auf die Zunahme der Baugenehmigungen für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern zurückzuführen ist, während die Zahl der Baugenehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser zurückgegangen ist. Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten eine Ausweitung der Bauinvestitionen um 2,7 % bis 3,2 % im laufenden Jahr.

Der Außenhandel wird sich in diesem Jahr voraussichtlich beleben. Da – den Prognosen zufolge – die Importe stärker als die Exporte steigen werden, wird der Außenbeitrag, d. h. der Wachstumsbeitrag des Außenhandels, wohl negativ ausfallen (IWH-Prognose -0,2 %-Punkt).

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes ist aus Sicht der Arbeitnehmer weiterhin positiv. Im Jahresdurchschnitt 2019 werden nach Einschätzung der großen Wirtschaftsforschungsinstitute mit 45,1 bis 45,3 Millionen Erwerbstätigen erneut mehr Menschen erwerbstätig sein als im Vorjahr. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote wird sich in Summe in 2019 weiter deutlich reduzieren, die Prognosen liegen zwischen 4,7 % und 4,9 % (2018: 5,2 %).

Wir gehen davon aus, dass sich für den regionalen Wirtschaftsraum Ruhrgebiet sowie die Stadt Oberhausen keine wesentlichen Unterschiede zu den zuvor beschriebenen, prognostizierten Entwicklungen für das Jahr 2019 ergeben werden.

2. Branchenentwicklung

Trotz eines günstigen Konjunkturumfeldes wird das Zinsniveau voraussichtlich weiterhin auf einem historisch niedrigen Niveau verbleiben. Diese Ansicht wird gestützt auf der fortgesetzten expansiven Ausrichtung der Geldpolitik der EZB, die bereits veröffentlicht hat, ihren Hauptrefinanzierungszins 2019 voraussichtlich weiterhin sehr niedrig zu halten und das Wertpapierankaufsprogramm weiter-ühren zu wollen. Das andauernde niedrige Zinsniveau wird weiterhin einen Belastungsfaktor für die deutschen Banken und Sparkassen darstellen. Daher ist mit weiteren Kostenreduzierungen, Fusionen (vor allem bei kleinen Instituten), Abbau von Filialen und Mitarbeitern in der deutschen Kreditwirtschaft zu rechnen.

Gleichzeitig stellen außenpolitische Themen wie z. B. ein potenziell unkoordinierter Austritt Großbritanniens aus der EU mögliche Störfaktoren für die deutsche Wirtschaft dar.

Weitere regulatorische Maßnahmen, wie die Erweiterungen der FINREP-Meldung, veränderte Vorgaben im Rahmen der Ermittlung der risikogewichteten Aktiva, die Vorbereitung von Basel IV etc. werden auch zukünftig eine große Herausforderung für die Kreditinstitute sein und zu Kostenerhöhungen führen. Zusätzlich wird auch die immer weiter fortschreitende Digitalisierung ein zentrales Thema und die Finanzbranche in Zukunft nachhaltig verändern.

Die robuste Einkommens- und Beschäftigungssituation in Deutschland und die insgesamt positiven Konjunkturaussichten dürften die Entwicklung der Kreditwirtschaft dagegen unterstützen.

Im Hinblick auf die Sicherstellung der zukünftig geforderten höheren Kernkapitalquoten dürfte sich der Trend zur Umschichtung der Aktivitäten in risikoarme Geschäftsfelder fortsetzen. Im Blickpunkt stehen hierbei vor allem inländische Firmenkunden mit guter Bonität sowie der private Wohnungsbau, um die ein starker Wettbewerb unter Inkaufnahme von knappen Margen besteht.

Aus der im europäischen Vergleich deutlichen Überversorgung mit Bankdienstleistungen sowie dem Wettbewerb mit neuen Anbietern ergibt sich für alle Bankengruppen der Bedarf, ihre Geschäftsmodelle zu überprüfen und Überkapazitäten weiter abzubauen.

3. Entwicklung der Stadtsparkasse Oberhausen

Im Zentrum der Geschäftsaktivitäten der Sparkasse steht das Ziel der Erwirtschaftung der benötigten Jahresüberschüsse zur Erreichung der angestrebten Eigenkapitalquoten. Vor dem Hintergrund des kreditwirtschaftlichen Umfeldes (Stichworte Niedrigzinsniveau/Negativzinsen und den damit verbundenen Ertragsbelastungen) stehen in den nächsten Jahren die konsequente Senkung der Verwaltungskosten, eine weitere Steigerung der Provisionserträge sowie die Fortsetzung der Begrenzung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft auf niedrigem Niveau bei einer gleichzeitigen Ausweitung der Kreditbestände im Fokus unserer Anstrengungen. Hierzu haben wir in unserem weiter geführten internen Zukunftsprojekt „Stadtsparkasse Oberhausen 2025“ zahlreiche Maßnahmen erarbeitet. Zentrale Ansatzpunkte für die Reduzierung der Verwaltungskosten stellen u. a. die strategische Ausrichtung der eigenen Tochtergesellschaften sowie ein weiterer Mitarbeiterabbau dar. Die Fortführung der in den letzten fünf Jahren zu beobachtenden Entwicklung deutlich reduzierter Kreditrisikokosten wollen wir über eine weiterhin risikoorientierte Kreditpolitik, kontinuierliche Mitarbeiterfortbildung und ein effizientes Kreditrisikomanagement mit klaren regelbasierten Verfahren erreichen. Dazu zählt auch die Fortsetzung der Begrenzung von Risikokonzentrationen.

Ausgehend von diesen übergeordneten Handlungsschwerpunkten erwarten wir die nachfolgend beschriebene Entwicklung für das Jahr 2019. Diese Einschätzungen haben Prognosecharakter. Trotz der vorhandenen Steuerungsinstrumente können die tatsächlichen zukünftigen Ergebnisse von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes getroffenen Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen.

Im Privatkundenkreditgeschäft wird sich der starke Preis- bzw. Margenwettbewerb im Baufinanzierungsgeschäft mit anderen Anbietern fortsetzen. Hinzu kommt ein begrenztes Angebot an Baugebieten in unserem Geschäftsgebiet. Über eine weiterhin enge und nochmals ausgeweitete Zusammenarbeit mit Vermittlern und Vermittlerplattformen wollen wir den Bestand an Wohnungsbaufinanzierungen nochmals spürbar ausbauen.

Bei der Vermittlung von Konsumentenkrediten erwarten wir wiederum eine deutliche Steigerung. Auch im gewerblichen Kreditgeschäft gehen wir – trotz unserer risikoorientierten Kreditpolitik – von einer Geschäftsausweitung aus, die allerdings unter dem Niveau des Jahres 2018 liegen dürfte. Für den Bereich der Kredite an öffentliche Kunden planen wir aufgrund von Tilgungseffekten hingegen mit einem leichten Rückgang.

Hinsichtlich der Entwicklung der Einlagenbestände erwarten wir trotz des niedrigen Zinsniveaus einen weiteren starken Anstieg. Hintergrund hierfür sind u. a. die fehlenden rechtlichen bzw. vertraglichen Grundlagen für die Sparkasse zur Ergreifung möglicher gegenläufiger Maßnahmen. Darüber hinaus prognostizieren wir im Einlagenbereich nochmals einen deutlichen Rückgang der Margen. Bei dem in den letzten Jahren vorherrschenden Trend hin zu den variablen Einlagen erwarten wir auch im Jahr 2019 keine Änderung.

Insgesamt erwarten wir sowohl hinsichtlich der Entwicklung des Kundengeschäftsvolumens als auch der Bilanzsumme eine spürbare Steigerung.

Schwerpunkte im Bereich des provisionstragenden Vermittlungsgeschäfts bilden die Versorgung unserer Kunden mit Versicherungs- sowie Bausparprodukten, das Vermittlungsgeschäft mit Konsumentenkrediten sowie das Kundenwertpapiergeschäft. Im Unternehmenskundenbereich bildet die Vermittlung von derivativen Produkten und Lösungen im Auslandsgeschäft ein weiteres wichtiges Standbein. Insgesamt ergibt sich für das provisionstragende Vermittlungsgeschäft eine differenzierte Erwartungshaltung. Während hinsichtlich der Absatzvolumina im Bauspar- und Lebensversicherungsgeschäft insgesamt eine Seitwärtsentwicklung erwartet wird, gehen wir im Bereich des Wertpapiergeschäftes von einer moderaten Ertragssteigerung aus.

Auf Basis unserer Planungsrechnungen gehen wir vor dem Hintergrund des weiter niedrigen Zinsniveaus für das Jahr 2019 von einem deutlich rückläufigen ordentlichen Zinsergebnis aus. Das Zinsergebnis bleibt allerdings weiterhin die wichtigste Ertragsposition. Positive Effekte auf das Zinsergebnis ergeben sich durch die geplante Wiederanlage zum Jahresende 2018 vorhandener liquider Mittel in Spezialfonds.

Für das ausgewiesene Provisionsergebnis erwarten wir hingegen eine spürbare Steigerung. Hintergrund hierfür sind insbesondere erwartete Steigerungen im Privat- und Geschäftsgirobereich sowie steigende Erlöse aus der Vermittlung von Konsumentenkrediten. Insgesamt bleiben die Erträge aus dem Giroverkehr auch im Jahr 2019 eine wesentliche Stütze des Provisionsergebnisses.

Bei den Verwaltungsaufwendungen erwarten wir bezogen auf den bundeseinheitlichen Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation insgesamt eine spürbare Steigerung der Kosten. Dabei steht einem Personalaufwand auf Vorjahresniveau ein deutlicher Anstieg der Sachaufwendungen gegenüber. Hintergrund hierfür sind insbesondere für das Jahr 2019 geplante Gebäudeinvestitionen. Hinsichtlich der Mitarbeiterzahl (inklusive ausgelagerter Bereiche) planen wir mit einer weiter sinkenden Tendenz.

Im Kreditgeschäft gehen wir – trotz der leicht eingetrübten konjunkturellen Aussichten – aufgrund der in der Vergangenheit konsequent vorgenommenen Vorsorge für latente Kreditrisiken sowie der risikoaversen Kreditpolitik auch im Jahr 2019 von einer nur moderaten Belastung des Jahresergebnisses aus. Auch beim Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft erwarten wir – auch unter Berücksichtigung der geplanten Investition in Spezialfonds – auf Basis unserer Kapitalmarktprognose keine wesentlichen Belastungen.

Das Fördervolumen aus Spenden, Stiftungen und Sponsoring wird sich im Jahr 2019 auf wiederum hohem, voraussichtlich aber in Summe leicht reduziertem Niveau bewegen.

Wir gehen auch für das Jahr 2019 davon aus, keinen entsprechenden Teil unseres Gewinnes als zweckgebundene bilanzielle Vorsorge in den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB für zukünftige Ansparleistungen der Ansparrücklage für die EAA einstellen zu müssen.

Risiken für den erwarteten Unternehmenserfolg stellen Bestandsrückgänge im Bereich der Kundenforderungen, ein sich noch verstärkender Wettbewerb im Bereich der privaten Baufinanzierung, die Notwendigkeit von über Plan liegenden Provisionszahlungen im Vermittlergeschäft, eine mögliche negative konjunkturelle Entwicklung verbunden mit steigenden Kreditrisiken, hohe Einlagenzuwächse, ein massiver schneller Zinsanstieg, ein noch weiterer Rückgang bzw. eine erneute Verflachung der Zinskurve, Kostensteigerungen bei den geplanten Gebäudeinvestitionen sowie neue Belastungen an den Kapitalmärkten durch eine Eskalation bestehender oder neuer Krisenherde dar.

Unter Würdigung aller genannten Risiko- und Belastungsfaktoren, der erwarteten Geschäftsentwicklung und der weiteren Umsetzung unseres Kostensenkungs- und Optimierungsprogrammes gehen wir für das Jahr 2019 zusammenfassend von einer spürbar rückläufigen ordentlichen Ergebnissituation aus. In Kombination mit der oben beschriebenen Prognose einer moderaten Belastung aus den Bewertungsergebnissen erwarten wir einen gegenüber dem Vorjahr spürbar rückläufigen Jahresüberschuss, der allerdings weiterhin eine Stärkung des Eigenkapitals der Stadtsparkasse Oberhausen zulässt.

Bei einem fortdauernden Niedrig- bzw. Negativzinsniveau wäre auch in den Folgejahren über einen rückläufigen Zinsüberschuss mit einem nennenswerten Rückgang des Betriebsergebnisses vor Bewertung zu rechnen. Durch die Umsetzung gegenläufiger Maßnahmen gehen wir allerdings davon aus, das Betriebsergebnis dann annähernd auf konstantem Niveau halten zu können. Die Zahlungsfähigkeit der Stadtsparkasse Oberhausen wird auf Basis der vorausschauenden Liquiditätsplanung jederzeit gegeben sein. Dies beinhaltet auch die Einhaltung der Liquiditätsanforderungen aus der europäischen CRR-Verordnung.

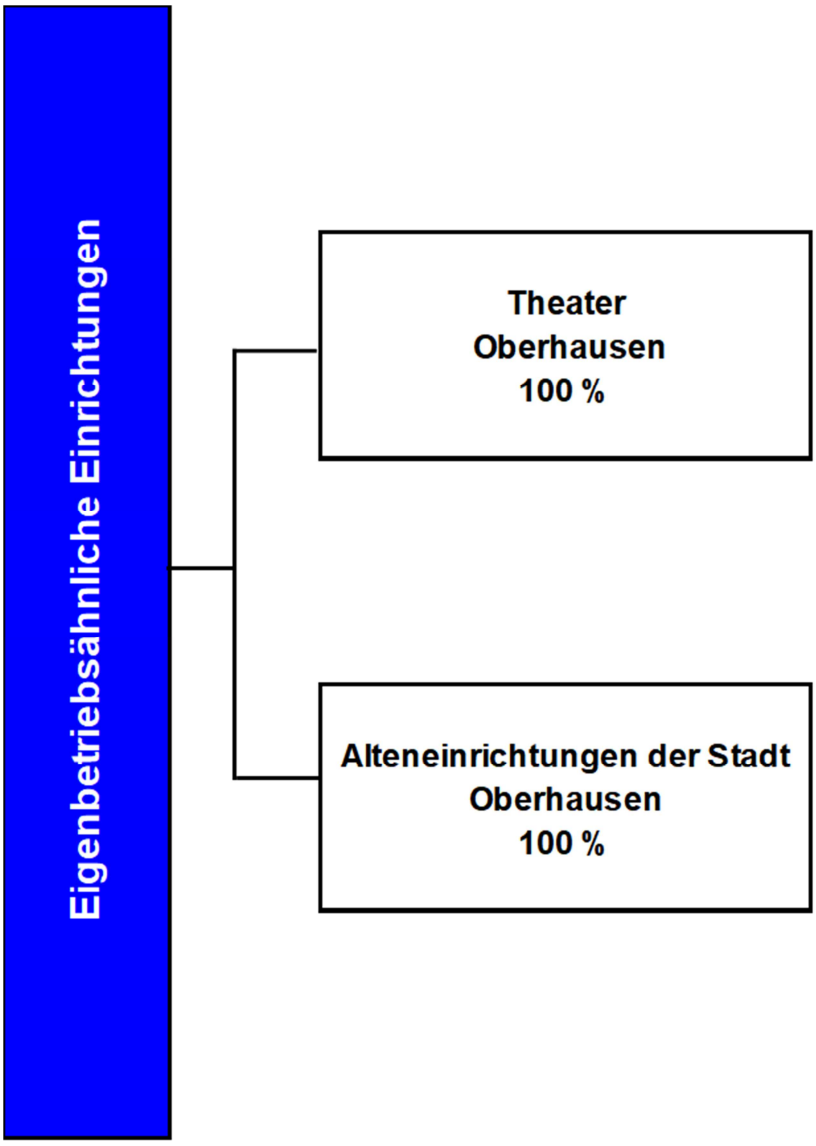
Die ebenfalls der CRR-Verordnung entstammenden gesetzlichen Eigenmittelanforderungen sehen bei einzelnen Eigenmittelbestandteilen eine nur noch teilweise bzw. abschmelzende Anerkennung vor. Dieser Effekt führt in Kombination mit einem erwarteten deutlichen Anstieg der Risikoaktiva – trotz der positiven Auswirkungen des Jahresabschlusses 2018 – dazu, dass es per Saldo zu einer merklichen Reduzierung der Eigenmittelquote kommt. Die aufsichtsrechtlichen Mindest-Eigenmittelanforderungen inklusive des – per Anfang 2019 reduzierten – individuellen SREP-Zuschlags werden wir dennoch auch weiterhin deutlich übertreffen.

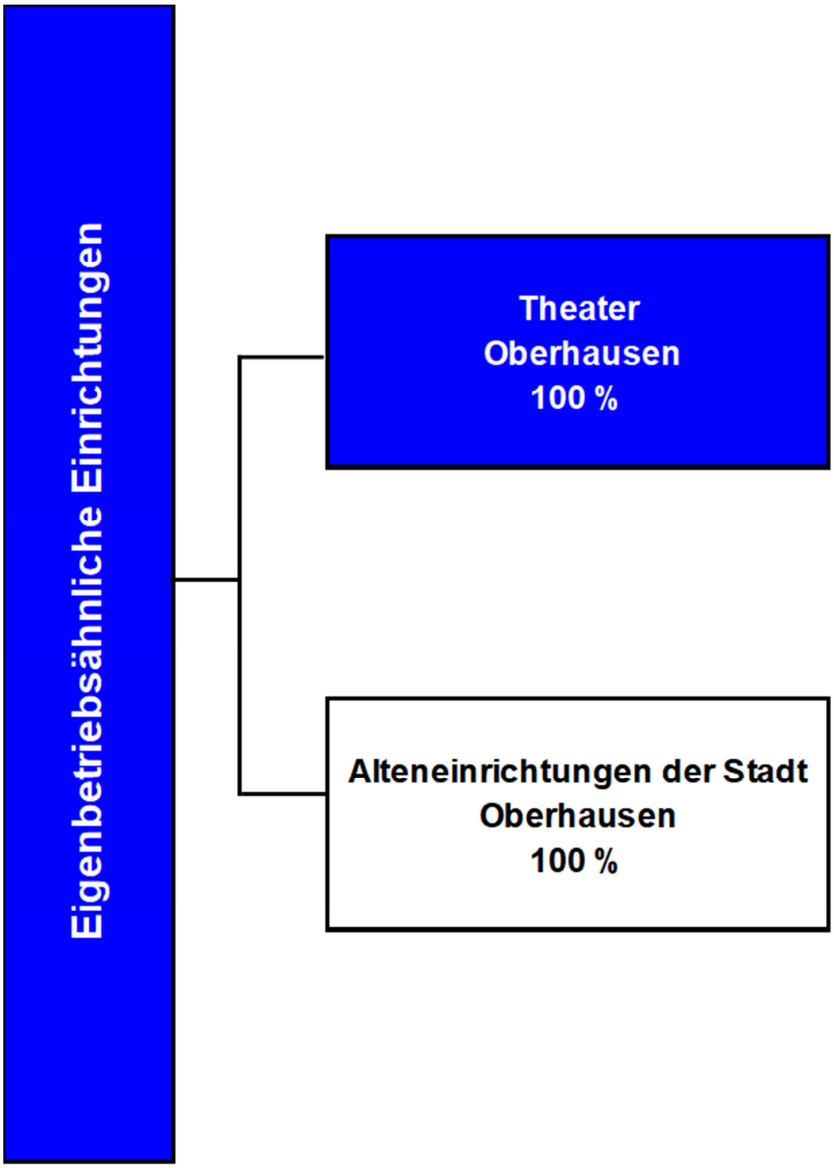
Oberhausen, Mai 2019

Stadtsparkasse Oberhausen

Mebus / Gäng
Vorstand

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen




Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
Theater Oberhausen 100 %
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 100 %

Theater Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Ebertstr. 82
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85780
Fax	0208/8578325
e-Mail	info@theater-oberhausen.de
Internet	www.theater-oberhausen.de/

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb
Stammkapital in TDM: 100,00

Gesellschafter:	**TDM**	**%**
Stadt Oberhausen	100,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Das Theater der Stadt Oberhausen bildet eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung und wird auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betreibssatzung geführt.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Vertrag über die Anmietung der Probebühne vom 01.10.1998
Stadt Oberhausen	Treuhandüberlassungsvertrag vom 01.12.1998 zur Nutzung des Grundstücks (inkl. Gebäude) Ebertstraße 82 einschließlich fest verbundener Einbauten sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung des Theaters

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Betriebsleiter	Hennemann, Jürgen
	Betriebsleiter	Fiedler, Florian
Betriebsausschuss:	Mitglied	Arlt, Gerd
	Mitglied	Barwanietz, Thomas
	Mitglied	Brodrick, Helmut
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Cordes, Hubert
	Mitglied	Derksen, René
	Mitglied	Dittmeyer, Jürgen
	Mitglied	Dröhne, Manuel
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Flore, Manfred

Mitglied	Gödderz, Sandra
Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
Mitglied	Köster, Volker
Mitglied	Sahin, Bülent
Mitglied	Telli, Ercan
Mitglied	Tscharke, Hans Josef
Mitglied	Walther, Andrea-Cora
Mitglied	Wolter, Marita
Mitglied	Wrobel, Hans-Günter
Mitglied	Schmidt, Georgis
Mitglied	Mersmann, Ingo
Mitglied	Scherer, Axel
Mitglied	Gadde, Andreas
stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
stellv. Mitglied	Bennewa, Helmut
stellv. Mitglied	Benter, Christian
stellv. Mitglied	Bongers, Sonja
stellv. Mitglied	Flecken, Sebastian
stellv. Mitglied	Ilhan, Nuran
stellv. Mitglied	Kösling, Anja
stellv. Mitglied	Laß, Heike
stellv. Mitglied	Mertens, Ursula
stellv. Mitglied	Nowak, Annemarie
stellv. Mitglied	Pascheberg, René
stellv. Mitglied	Radtke, Dorothee
stellv. Mitglied	Schucker, Rainer
stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana
stellv. Mitglied	Stöck, Gerold
stellv. Mitglied	Tüzün, Saadettin
stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
stellv. Mitglied	Wolter, Horst
stellv. Mitglied	Holstein, Friedhelm
stellv. Mitglied	Preißler, Lydia
stellv. Mitglied	Höppner, Chris
stellv. Mitglied	Schwarz, Ulrike

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	752,75	85,8	689,71	85,8	670,31	84,3	-19,40	-2,81
Rechnungsabgrenzungsposten	124,30	14,2	114,06	14,2	124,94	15,7	10,88	9,54
Bilanzsumme	**877,05**	**100,00**	**803,76**	**100,00**	**795,25**	**100,00**	**-8,51**	**-1,06**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	121,91	13,9	127,99	15,9	158,27	19,9	30,28	23,66
Rückstellungen	426,42	48,6	262,87	32,7	266,63	33,5	3,76	1,43
Verbindlichkeiten	278,72	31,8	397,90	49,5	368,58	46,3	-29,32	-7,37
Rechnungsabgrenzungsposten	50,00	5,7	15,00	1,9	1,78	0,2	-13,22	-88,13
Bilanzsumme	**877,05**	**100,00**	**803,76**	**100,00**	**795,25**	**100,00**	**-8,51**	**-1,06**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	578,94	620,46	427,21
sonstige betriebliche Erträge	9.389,25	9.564,98	9.695,79
Materialaufwand	757,31	769,02	836,13
Personalaufwand	7.340,53	7.454,14	7.430,36
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.856,01	1.953,19	1.827,06
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,06	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	14,33	9,15	29,45
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		3,07	-0,83
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	14,33	6,08	30,28
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	14,33	6,08	30,28

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2016	31.07.2017	31.07.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,48	0,98	7,09	%
Eigenkapitalrentabilität:	13,32	4,99	23,66	%
Cash-Flow:	14,33	6,08	30,28	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	83,77	86,32	84,36	T€
Personalaufwandsquote:	73,64	73,18	73,40	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2016	31.7.2017	31.7.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	13,90	15,92	19,90	%
Fremdkapitalquote:	86,10	84,08	80,10	%

e) Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das Theater Oberhausen wird als Öffentliche Einrichtung in der Rechtsform einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung betrieben und hat aufgrund seiner Satzung vom 19. Juni 2006 den Auftrag, die Darstellende Kunst mit Durchführung von Theateraufführungen und mit der Öffnung zu anderen Kunstgattungen zu fördern. Es betreibt dabei auch ein Kinder- und Jugendtheater. Das Theater Oberhausen wird nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) und nach den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt. Das Theater Oberhausen wird überwiegend öffentlich finanziert und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung (AO).

Die Stadt Oberhausen ist eine im Strukturwandel befindliche Stadt im westlichen Ruhrgebiet mit ca. 212.000 Einwohnern. Weitere theatertragende Städte im Umfeld sind Duisburg, Moers, Essen und Gelsenkirchen.

Ertragslage

In Klammern: jeweils der Vorjahreswert

In der Spielzeit 2017/18 wurden in Oberhausen 367 (340) Veranstaltungen mit 48.893 (61.960) Besuchern durchgeführt. Die Platzausnutzung der eigenen Produktionen betrug 58,08 % (74,2 %) der angebotenen Plätze. Der Spielplan umfasste im Großen Haus 10 (14), im Saal 2 (früher Malersaal) 11 (10) und in Außenspielstätten und Rauchbar 6 (6) Produktionen bzw. Veranstaltungsreihen. Ferner fanden 29 (43) Gastspiel- und Sonderveranstaltungen statt.

Das Theater Oberhausen gastierte mit 2 (5) eigenen Abstechern.

Entwicklung der Umsatzerlöse:

	31.07.18	31.07.17
	EUR	EUR
Eintrittseinnahmen und		
Abstecher	427.205,86	620.459,06

Das wirtschaftliche Ergebnis schloss mit einem Jahresüberschuss von EUR 30.276,85 (Vorjahr EUR 6.081,39) ab.

Die Erträge lagen um TEUR 120 unter dem Planansatz. Die Mindereinnahmen betreffen im Wesentlichen Eintrittseinnahmen.

Auf der Kostenseite lagen die Personalkosten um TEUR 73 unter dem Planansatz.

Die Sachkosten lagen um TEUR 73 unter dem Planansatz.

Die Entwicklung im Bereich Personal stellt sich wie folgt dar:

Zahl der Beschäftigten	1.8.18	31.7.17	Veränderung
Künstler u. Künstl.-techn-Pers.	57,0	55,50	1,50
Verwaltungspersonal	10,0	9,75	0,25
Arbeiter	54,5	52,75	1,75
	121,5	118,00	3,50

Der Aufwand betrug TEUR 3.154 für Künstler und BTT –Kräfte und TEUR 3.256 für Beschäftigte nach TVöD. Gesetzliche und tarifvertragliche Sozialaufwendungen beliefen sich auf TEUR 1.516. Im Aufwand für das Künstl. Pers. sind auch Kosten für Gastschauspieler, -Regisseure und –Ausstatter enthalten.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	31. Jul 18		31. Jul 17		Verän-derung
	TEUR	%	TEUR	%	
Unfertige Ausstattungen	44	5,5	19	2,4	25
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3	0,4	46	5,7	-43
Forderungen an die Stadt Oberhausen	0	0	0	0,0	0
Übrige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	710	89,3	654	81,3	56
Kasse / Bank	38	4,8	85	10,6	-47
Gesamtvermögen	795	100	804	100	-9
Rücklagen	85	10,7	83	10,3	2
Gewinn	73	9,2	45	5,6	28
Eigenkapital	158	19,9	128	15,9	30
Sonstige Rückstellungen	267	33,6	263	32,7	4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	179	22,5	290	36,1	-111
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Oberhausen	79	9,9	63	7,8	16
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	112	14,1	60	7,5	52
Kurzfristiges Fremdkapital	637	80,1	676	84,1	-39
Gesamtkapital	795	100	804	100	-9

Das Eigenkapital entwickelte sich wie folgt:

	01.08.2017	Zuführung	Auflösung	31.07.2018
Eingefordertes gezeichnetes Kapital	0,00	0,00	0,00	0,00
Allg.Rücklage	43.172,13	6.081,39	0,00	49.253,52
Zweckgebundene Rücklage	39.369,53	0,00	3.579,04	35.790,49
Gewinn	45.450,83			
Aufl. zweckgeb.Rücklage		3.579,04		
Einstellung Allg.Rückl.			6.081,39	
Jahresüberschuss		30.276,85.		
Gewinn				73.225,33
	127.992,49	39.937,28	9.660,43	158.269,34

Entwicklung der Rückstellungen:

	01.08.2017	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	31.07.2018
Erneuerung RWA			0,00	57.000,00	57.000,00
Zuwendung 13. Gehalt	87.500,00	0,00	0,00	0,00	87.500,00
Jahresabschlussprüfung	28.000,00	26.033,63	0,00	27.300,00	29.266,37
Kosten des Intendanten-Wechsels (Vorbereitungs-Honorare und tarifvertragl. Abfindungen)	64.000,00	64.000,00	0,00	0,00	0,00
Übrige	83.373,76	45.351,47	126.34,02	674.73,00	92.861,27
	262.873,76	135.385,10	12.634,02	151.773,00	266.627,64

Risikobericht

Die bestandsgefährdenden Risiken werden regelmäßig im Rahmen des Risikomanagements überprüft. Dazu gehört auch ein umfangreiches Arbeitssicherheitsmanagement.

Durch fachlich begleitete Betriebsbegehungen sowie die regelmäßige Wartung und Instandsetzung der Anlagen kann die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls der Anlagen verringert werden. Erst 2012 wurden rd. TEUR 270 zur Sicherstellung der Betriebs- und Arbeitssicherheit der technischen Anlagen aufgewendet. 2017 wurde das Inspizientenpult ausgetauscht (TEUR 220). Für 2018 sind TEUR 800 für Investitionsmaßnahmen am Theatergebäude einschließlich der Bühnentechnik aus Haushaltsmitteln der Stadt Oberhausen bereit gestellt worden. Aus diesem Betrag sind umfangreiche Sanierungen des Bühnenhausdaches, die Erneuerung des Beleuchtungsstellwerkes sowie Planungskosten für in den Folgejahren anstehende Sanierungen finanziert worden. Für die Jahre 2019 bis 2021 ist beabsichtigt, Mittel für weitere Investitions- und Modernisierungsmaßnahmen in ähnlicher Größenordnung über eine Förderung aus Bundesmitteln zu erhalten. Die

Entscheidung darüber wird im Frühjahr 2019 erfolgen. Die dann notwendige Bereitstellung von städtischen Eigenanteilen ist durch einen entsprechenden Ratsbeschluss gesichert.

Sollte dem Antrag nicht entsprochen werden, stehen Haushaltsmittel für die vorrangig anstehende Sanierungsmaßnahme (Vorbühnenzüge) zur Verfügung.

Auch den Folgen Höherer Gewalt (z.B. die Vernichtung eines Teil oder des gesamten Theatergebäudes, der Werkstätten und Probebühnen) wird durch regelmäßige Maßnahmen des Brandschutzes, turnusmäßige TÜV- bzw. Sachverständigenprüfungen und Wartungspläne für die maschinellen Anlagen begegnet.

Den entsprechenden Maßnahmen wird durch ausreichende Vorsorge im Wirtschaftsplan Rechnung getragen. Der Versicherungsschutz wird durch den Rechtsbereich der Stadt Oberhausen sichergestellt. Auch weniger gravierenden Risiken wird durch angemessene organisatorische Maßnahmen begegnet.

Das Besucherverhalten wird in regelmäßigen Sitzungen analysiert.

Veränderungen des Kommunalen- und des Landeszuschusses unterliegen nicht den Handlungsmöglichkeiten der Theaterleitung.

Prognosebericht

Zur künftigen Entwicklung ist unverändert festzustellen, dass die Lebensfähigkeit des Theaters von der Bezuschussung durch die Stadt Oberhausen abhängig ist. Hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung muss weiterhin auf die äußerst angespannte Haushaltslage der Stadt Oberhausen verwiesen werden. Für das Wirtschaftsjahr 2018/19 liegt ein mit Datum vom 21.11.2016 durch den Rat der Stadt Oberhausen beschlossener Wirtschaftsplan vor, welcher einen städtischen Zuschuss in Höhe von TEUR 8.587 ausweist. Vor diesem Hintergrund gehen wir von einem ausgeglichenen Ergebnis für 2018/19 aus. Auch für 2019/20 wurde der Wirtschaftsplan mit einem städtischen Zuschuss von TEUR 8.787 am 27.11.2017 beschlossen.

Aufgrund des Stärkungspaktes für überschuldete Kommunen (§ 76 GO NRW) ist die Stadt Oberhausen verpflichtet, ab 2012 für zehn Jahre durchschnittlich mindestens 40 Mio. EUR p.a. einzusparen. Nach dem Haushaltssanierungsplan (HSP) 2012ff soll durch massive Einsparungen und Einnahmeverbesserungen bereits 2017 unter Einberechnung der Stärkungspakt-Mittel der Haushaltsausgleich erfolgen. Ab 2021 ist die Stadt verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt ohne Stärkungspakt-Mittel vorzulegen.

Die im HSP 2012ff ausgewiesene Einsparvorgabe für das Theater in Höhe von 2.0 Mio. Euro für den Fall einer Kooperation/Fusion mit einem anderen Theater wurde mit dem HSP 2016 durch Ratsbeschluss vom 16.11.2015 aufgehoben und durch einen Prüfauftrag ersetzt.

Gemäß HSP 2013 ff hält der Rat der Stadt weiterhin die Existenz der städtischen Bühnen für unverzichtbar. Das Theater hat in der Zeit von 2008 bis heute rd. 1.100 TEUR jährlich eingespart. Diese Vorgaben waren ohne eine grundsätzliche Gefährdung des Theaterbetriebes umsetzbar. Darüber hinausgehende Einsparmaßnahmen würden allerdings die Fortführung des Theaters in seiner jetzigen Form mit Sicherheit infrage stellen.

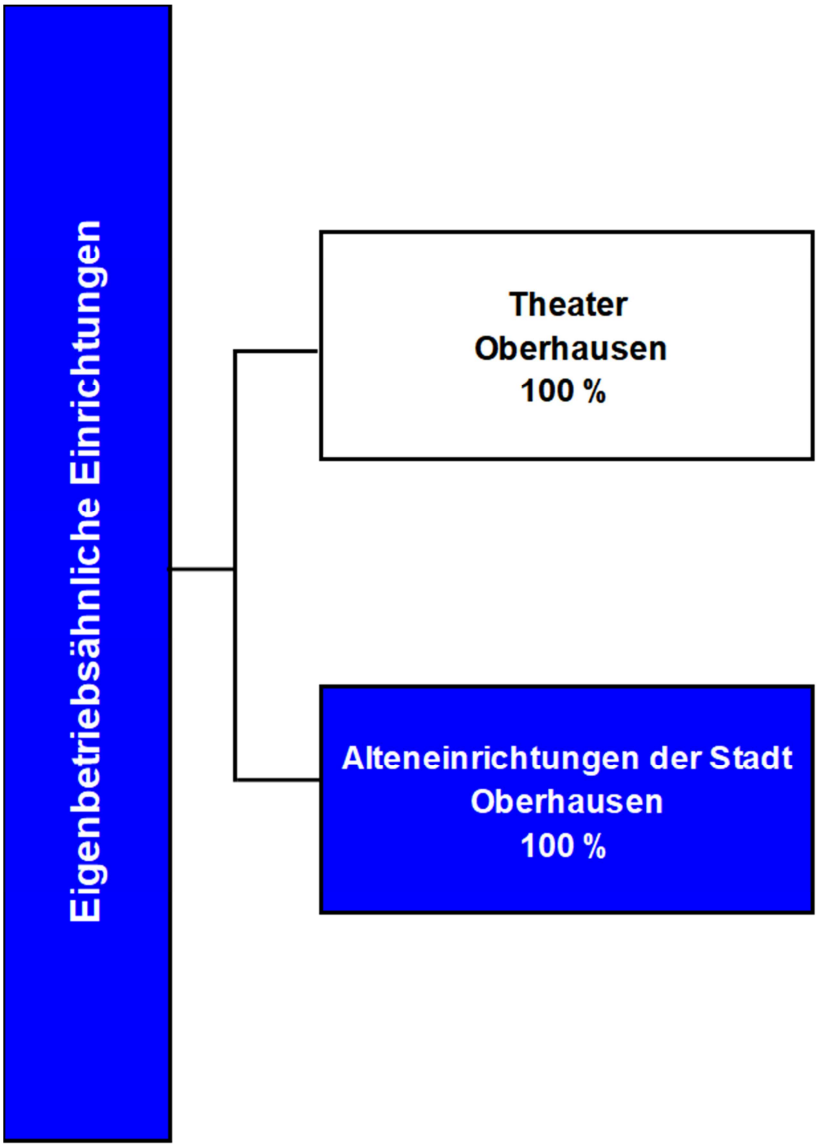
Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Oberhausen, 04. Dezember 2018

Theater Oberhausen

Florian Fiedler / Jürgen Hennemann
Betriebsleitung


Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
Theater Oberhausen 100 %
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 100 %

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp Str. 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/6911
Fax	0208/691770
e-Mail	udo.spiecker@aso-ggmbh.de
Internet	www.aso-ggmbh.de/

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb
Stammkapital in T€: 1.789,52

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	1.789,52	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen ist die vermögens-rechtliche Erhaltung, Verwaltung und Weiterentwicklung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe zur Ermöglichung der Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie der ambulanten und stationären Pflege in der Regel alter Menschen (Personenkreis im Sinne des § 53 der Abgabenordnung).

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
Diverse	Mietverträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2018)

Geschäftsführung:	Betriebsleiter	Spiecker, Udo
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied	Bennewa, Helmut
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Brands, Beatriks
	Mitglied	Breuckmann, Ludgerus
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Hansen, Heike
	Mitglied	Kamps, Jochen
	Mitglied	Kösling, Anja
	Mitglied	Lampe, Siegfried

Mitglied	Lenz, Eugen
Mitglied	Opitz, Stefanie
Mitglied	Pascheberg, René
Mitglied	Pusch, Jörg
Mitglied	Radtke, Dorothee
Mitglied	Runkler, Hans-Otto
Mitglied	Telli, Ercan
Mitglied	Tscharke, Hans Josef
Mitglied	Walther, Andrea-Cora
Mitglied	Girrullis, Sebastian
Mitglied	Lösken, Kathrin
Mitglied	Selonke, Yannah
stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
stellv. Mitglied	Boos, Regina
stellv. Mitglied	Derksen, René
stellv. Mitglied	Hake, Michael
stellv. Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
stellv. Mitglied	Kirsten, Hildegard
stellv. Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
stellv. Mitglied	Laß, Heike
stellv. Mitglied	Matzat, André
stellv. Mitglied	Paß, Eugen
stellv. Mitglied	Rubin, Dirk
stellv. Mitglied	Rudl, Rainer
stellv. Mitglied	Sahin, Bülent
stellv. Mitglied	Sporkmann, Bernhard
stellv. Mitglied	Stelzer, Johannes
stellv. Mitglied	Werdelmann, Andreas
stellv. Mitglied	Wesely, Kai
stellv. Mitglied	Wolter, Horst
stellv. Mitglied	Wolter, Marita
stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan
stellv. Mitglied	Preißler, Lydia
stellv. Mitglied	Tonn, Gaby
stellv. Mitglied	Gadde, Andreas
stellv. Mitglied	Janetzki, Maximilian

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2017		2018		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	22.572,92	88,8	22.039,56	90,4	21.644,36	92,3	-395,20	-1,79
Umlaufvermögen	2.853,82	11,2	2.344,35	9,6	1.796,33	7,7	-548,02	-23,38
Bilanzsumme	**25.426,75**	**100,00**	**24.383,91**	**100,00**	**23.440,69**	**100,00**	**-943,22**	**-3,87**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	5.792,87	22,8	5.807,21	23,8	5.876,50	25,1	69,29	1,19
Sonderposten mit Rücklagenanteil	484,14	1,9	465,33	1,9	446,52	1,9	-18,81	-4,04
Rückstellungen	119,41	0,5	112,95	0,5	103,75	0,4	-9,20	-8,15
Verbindlichkeiten	19.030,33	74,8	17.998,42	73,8	17.013,92	72,6	-984,50	-5,47
Bilanzsumme	**25.426,75**	**100,00**	**24.383,91**	**100,00**	**23.440,69**	**100,00**	**-943,22**	**-3,87**

bb) GuV

	2016	2017	2018
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	2.302,66	2.077,89	2.039,89
sonstige betriebliche Erträge	19,15	19,61	18,87
Abschreibungen	915,72	790,74	805,44
sonstige betriebliche Aufwendungen	518,29	655,31	581,84
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,16	0,02	0,02
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	649,47	615,39	580,46
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	238,48	36,09	91,04
sonstige Steuern	20,78	21,75	21,75
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	217,71	14,34	69,29
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	217,71	14,34	69,29

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,45	0,69	3,40	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,90	0,25	1,19	%
Cash-Flow:	1.133,43	805,08	874,72	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				
Personalaufwandsquote:				

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	88,78	90,39	92,34	%
Eigenkapitalquote:	22,78	23,82	25,07	%
Fremdkapitalquote:	77,22	76,18	74,93	%

e) Lagebericht

I. Geschäft- und Rahmenbedingungen

Der ASO-Verbund

Der ASO-Verbund besteht aus den beiden privatrechtlichen Gesellschaften „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ und „ASO Service GmbH“ sowie aus der öffentlich-rechtlichen eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“.

Dieser Lagebericht bezieht sich ausschließlich auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung.

Entsprechend der aktuellen Betriebssatzung vom Juni 2015 liegt der Geschäftsbetrieb der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung in der vermögensrechtlichen Erhaltung, Verwaltung und Weiterentwicklung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe zur Ermöglichung der Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie der ambulanten und der stationären Pflege in der Regel alter Menschen. Der Zweck der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung liegt somit nicht im operativen Bereich der pflegerischen Dienstleistungspalette, sondern in der eigenen Vermögensverwaltung.

Organe der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung sind gemäß Eigenbetriebsverordnung und Betriebssatzung der Betriebsausschuss und der Betriebsleiter. Die Aufgaben des Betriebsausschusses werden von den Mitgliedern des Sozialausschusses wahrgenommen. Betriebsleiter ist Herr Udo Spiecker.

Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

Die Nutzung der sich über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Grundstücks- und Gebäudekomplexe an der Elly-Heuss-Knapp-Straße und an der Siepenstraße 30 richtet sich zunächst nach den beiden Pachtverträgen, die am 20. Juni 2002 zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH abgeschlossen worden sind. Danach ist die ASO gGmbH als Pächterin verpflichtet, die Substanz des gepachteten Anlagevermögens zu erhalten und zu erneuern. Dazu führt die Pächterin eigenverantwortlich Unterhaltungs- und Instandhaltungsarbeiten im Bereich der Einrichtungen für eigene Rechnung durch und übernimmt somit sämtliche mit der Abwicklung dieser Baumaßnahmen verbundenen Aufwendungen. Die Bausubstanz betreffende Investitionen (Erweiterung, Neubau), soweit es sich nicht um sogenannte Pächtereinbauten handelt, sind alleinige Sache der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung als Verpächterin, die sich zur Umsetzung ihrer Projekte der Pächterin bedient. Pächtereinbauten sind vor Beginn der jeweiligen Maßnahme mit der Verpächterin abzustimmen.

Gebäudebezogene Investitionen im handels- und steuerrechtlichen Sinne sind, wie bereits vor Gründung der ASO gGmbH im Jahre 2001, über die vermögensverwaltende eigenbetriebsähnliche Einrichtung abzuwickeln, da die ASO gGmbH die hierfür entstehenden Kosten nicht bilanziell aktivieren kann (Investition in fremdes Eigentum).

Der sich auf die Grundstücke und Gebäudekomplexe an der Elly-Heuss-Knapp-Straße beziehende Pachtvertrag vom 20. Juni 2002 wurde am 22. Dezember 2006 dahingehend redaktionell verändert, dass eindeutig klargestellt wurde, dass Sonderabschreibungen von der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung getragen werden müssen und nicht in den von der ASO gGmbH zu tragenden Pachtzins einbezogen werden können.

Durch eine weitere Änderung des Pachtvertrages vom 22. Dezember 2006 wurde die zum „Haus Bronkhorstfeld“ gehörende Grundstücksfläche und die zu ihm gehörende Gebäudesubstanz aus der Pachtzinsberechnung vom 20. Juni 2002 herausgelöst und insoweit auf die besonderen Regelungen des Pachtvertrages vom 22. Dezember 2006 zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH für das neu errichtete „Haus Bronkhorstfeld“ verwiesen.

Nach vorangegangener Beschlussfassung durch den Betriebsausschuss wurde hinsichtlich der an der Elly-Heuss-Knapp-Straße gelegenen Grundstücke und Gebäudekomplexe im Juli 2009 die dritte Änderung des Pachtvertrages vom 20.06.2002 vertraglich vereinbart. Danach wurde die bislang im Wesentlichen mit Haus II bebaute Grundstücksfläche ausparzelliert und besonderen vertraglichen Regelungen unterworfen.

Diese sehen für diese Teilfläche eine Pachtdauer von 50 Jahren vor, verpflichteten den ASO Eigenbetrieb als Verpächterin zum Abriss der auf der Teilfläche befindlichen Gebäudesubstanz und berechtigen die ASO gGmbH als Pächterin, die überlassene Fläche zu satzungsgemäßen Zwecken zu nutzen, insbesondere zu bebauen und an Dritte weiter zu verpachten. Der Pachtzins setzt sich zusammen aus einem einmaligen Zuschuss für den vom ASO Eigenbetrieb zu tragenden Abriss von Haus II (in 2010) und dauerhaft jährlichen Zuschüssen in Höhe der noch auf Haus II liegenden jährlichen Darlehensverpflichtungen.

Weiterentwicklung der Gebäudestruktur an der Elly-Heuss-Knapp-Straße

Mit dem Abriss von Haus II des aus Haus I und Haus II bestehenden „Haus am Brunnen“ und der im Juli 2009 vereinbarten dritten Änderung des Pachtvertrages vom 20.06.2002 sollten die Voraussetzungen für die Errichtung eines Ersatzneubaus geschaffen werden. Dieser sollte entsprechend der Ratsentscheidung aus Februar 2009 auf der Abrissfläche errichtet werden, und zwar über die ASO gGmbH.

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen wurden jedoch von dieser die mit dem Bau gegebenenfalls verbundenen

Risiken als zu hoch eingeschätzt, so dass der Aufsichtsrat der ASO gGmbH sich im Dezember 2009 für die Alternative des Wirtschaftsplans 2010 entschieden hatte, die den ursprünglich geplanten Neubau nicht mehr vorsah. Die abschließende Entscheidung durch die politischen Gremien wurde im Frühjahr 2010 getroffen. Der Rat der Stadt beschloss am 03.05.2010, von dem ursprünglich geplanten Ersatzneubau abzusehen und den Heimbetrieb im „Haus am Brunnen" (Haus I) spätestens bis zum Ablauf der von Feuerwehr und Bauordnung akzeptierten Übergangsfrist (30. Juni 2011) einzustellen.

Zugleich wurde vom Rat beschlossen, nach Einstellung des Heimbetriebs das „Haus am Brunnen" abzureißen und die mit dem Abriss verbundenen Kosten von der ASO gGmbH tragen zu lassen. Ferner wurde diese verpflichtet, auch die auf dem Haus noch liegenden Darlehensverpflichtungen ebenfalls dauerhaft auch nach dem Abriss zu tragen.

Der Rat der Stadt und der ASO-Aufsichtsrat hatten sich nicht nur gegen den Ersatzneubau, sondern auch dafür ausgesprochen, für die durch den Abriss von „Haus am Brunnen" frei werdende Fläche Nutzungsalternativen unter der Prämisse Wohnen, Betreuen und Versorgen älterer Menschen zu erarbeiten. Zugleich wurde der Geschäftsführer der ASO gGmbH von deren Aufsichtsrat beauftragt, mit der Stadt Oberhausen als Grundstückseigentümerin Kaufverhandlungen hinsichtlich der für die Bebauung notwendigen Fläche aufzunehmen. Darüber hinaus sollte die Frage des Erhalts des Saales an der Elly-Heuss-Knapp-Straße bzw. der damit verbundene Kostenaufwand über das Architekturbüro Dr. Schramm-Fronemann Partner, Gelsenkirchen, geklärt werden.

Auf der Grundlage der abgearbeiteten Prüfaufträge wurden von der Stadt als Eigentümerin und der ASO gGmbH folgende Entscheidungen in 2011 getroffen:

- Der Saal an der Elly-Heuss-Knapp-Straße soll nicht abgerissen, sondern neu gestaltet werden.
- Auf der durch den Abriss vom „Haus am Brunnen" frei werdenden Fläche sollen zwei sich gegenüberliegende Gebäude mit 30 bzw. 28 Wohnungen errichtet werden. Die Wohnungen verteilen sich auf jeweils 3 Geschosse zuzüglich Staffelgeschoss. In den beiden Staffelgeschossen sollen pro Gebäude 4 frei finanzierte Wohnungen entstehen, während die übrigen 50 Wohnungseinheiten mit öffentlichen Fördergeldern errichtet werden sollen.
- Die für den Neubau benötigte Grundstücksfläche wird ebenso wie die auf den Saal entfallende Fläche an die ASO gGmbH veräußert.
- Die mit dem Abriss von „Haus am Brunnen" verbundenen Kosten sind von der ASO gGmbH zu tragen.

Am Ende des Jahres 2011 stand fest, dass das von der ASO gGmbH geplante Projekt auch die beantragte öffentliche Förderung erfahren würde, so dass die Realisierung des Bauvorhabens und eine dauerhafte adäquate Folgenutzung der fraglichen Grundstücksfläche gewährleistet sein würden. Der Grundstückskaufvertrag wurde im September 2011 geschlossen, die Eigentumsumschreibung von der Stadt auf die ASO gGmbH erfolgte im Juli 2012. Ende 2012 wurde mit dem Bau der beiden Häuser an der Elly-Heuss-Knapp-Straße 5 und 5 a begonnen. Im Juli 2014 waren alle Wohnungen bezogen.

Weiterentwicklung der Gebäudestruktur an der Siepenstraße 30

In den zurückliegenden Berichtsjahren wurde mehrfach auf die Notwendigkeit einer strategischen Neuausrichtung der zum Louise-Schroeder-Heim gehörenden Gebäudesubstanz hingewiesen. Der Fokus der Überlegungen richtete sich dabei auf Haus III, da dieser Gebäudeteil ohne eine umfassende Modernisierung und Brandschutzoptimierung ab August 2018 nicht mehr als stationäre Pflegeeinrichtung genutzt werden dürfte. Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile der beiden denkbaren Alternativen „Modernisierung von Haus III" oder „Ersatzneubau" sahen Verwaltung der Stadt Oberhausen, Betriebsleitung des ASO Eigenbetriebs und Geschäftsführung der ASO gGmbH in dem „Ersatzneubau" die zukunftsorientiertere Lösung und schlugen deshalb dem Rat der Stadt die Errichtung eines Ersatzneubaus mit 80 Plätzen vor. Diesem Vorschlag ist der Rat am 21.11.2016 gefolgt. Das neue Gebäude wird vom ASO Eigenbetrieb errichtet und soll nach seiner Fertigstellung Mitte 2021 an die ASO gGmbH verpachtet werden.

II. Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres

Anschluss des Louise-Schroeder-Heims an das Fernwärmenetz

Im Louise-Schroeder-Heim wurde in der Vergangenheit als Energieträger Gas eingesetzt. Im Zuge der Neubauplanung wurde geprüft, ob das neue Gebäude besser mit Fernwärme versorgt werden sollte. Dafür sprach die Überlegung, dass mittels Gas der für die angedachte Inanspruchnahme von KFW-Darlehen nachzuweisende Energieeffizienzwert leichter erreichbar wäre als im Falle weiterer Gasnutzung. Denn mit Gas als Energieträger könnte ein vergleichbarer Standard nur durch eine aufwändige Zusatztechnik erreicht werden. Die EVO war bereit, eine Anbindung an das Fernwärmenetz zu ermöglichen, sofern auch das Bestandsgebäude auf Fernwärme umgestellt würde. Dazu war der Eigenbetrieb bereit, so dass eine ökologisch und zugleich wirtschaftliche Gesamtlösung gefunden war.

Beauftragung der Bietergemeinschaft mit den Leistungsphasen II und III HOAI

Personelle Veränderungen im Planungsbüro der Bietergemeinschaft hatten Mitte 2017 zu einem Wechsel in der dortigen Projektleitung geführt. Die neue Konstellation erschwerte zunächst die Zusammenarbeit. Der Betriebsausschuss hatte im November 2017 beschlossen, die Bietergemeinschaft auch mit den Leistungsphasen II und III HOAI zu beauftragen. Die rechtsverbindliche Beauftragung wurde aber erst im April des Berichtsjahres vorgenommen, nachdem die anfänglichen Erschwernisse geklärt waren.

Beantragung der Baugenehmigung für den Ersatzneubau an der Siepenstraße

Zum Zeitpunkt der Ratsentscheidung zugunsten des Ersatzneubaus (November 2016) war angenommen worden, dass die Baugenehmigung spätestens Mitte 2017 beantragt werden könne. Zeitliche Verzögerungen auf Grund unterschiedlicher Ursachen hatten dazu geführt, dass der Bauantrag erst am 22. Februar 2018 gestellt werden konnte. Im selben Monat fand die abschließende Behandlung der Entwurfsplanung im Betriebsausschuss statt, nachdem im Vorfeld bereits die Abstimmung u. a. mit dem örtlicher und überörtlichen Sozialhilfeträger, der örtlichen WTG-Behörde und dem beteiligten Brandschutzsachverständigen erfolgt war. Da auch die kommunale Konferenz Alter und Pflege im Februar 2018 ein positives Votum zu dem Projekt abgegeben hatte, ging die Betriebsleitung davon aus, dass sich keine größeren Probleme mehr einstellen würden und spätestens im Juli die Baugenehmigung erteilt sein sollte.

Diese Annahme stellte sich jedoch im weiteren Berichtsjahr als unzutreffend heraus, da unerwartete Schwierigkeiten auftraten, die zunächst gelöst werden mussten:

Am 11. September 2018 war das Neubauprojekt Gegenstand in der Sitzung der Bezirksvertretung Osterfeld. Konkret sollte die Bezirksvertretung sich mit dem vorab erteilten zustimmenden Votum der Baumkommission befassen und ebenfalls der notwendigen Fällung von 17 Bäumen zustimmen. Für den Tag nach der Sitzung war die Baugenehmigung in Aussicht gestellt worden. Die Bezirksvertretung stimmte der Fällung zu. Die Baugenehmigung aber wurde nicht erteilt. Als Folge der Sitzung bzw. eines Wortbeitrages einer Sitzungsteilnehmerin erhob vielmehr die Untere Naturschutzbehörde wenige Tage später „grundsätzliche Bedenken“ gegen das Projekt und forderte aus Gründen des Artenschutzrechts vor einer abschließenden Prüfung wegen des evtl. Vorhandenseins z. B. schutzwürdiger Fledermäuse einen „artenschutzrechtlichen Fachbeitrag“. Dieses Gutachten wurde am 17. Oktober 2018 der Naturschutzbehörde zugeleitet. Die Baugenehmigung konnte aber immer noch nicht erteilt werden, da zwischenzeitlich von der unteren Wasserbehörde Bedenken gegen die vom Architekten vorgeschlagene Entwässerung erhoben worden waren. Die Bedenken wurden u. a. auf eine möglicherweise unzureichende Versickerungsfähigkeit der Grundstücksfläche gestützt. Zum Nachweis der Bodeneignung hätte zur Ergänzung des bereits 2017 eingeholten Bodengutachtens ein weiteres Gutachten erstellt werden müssen. Nur mit diesem hätten gegebenenfalls die Bedenken ausgeräumt werden können, die zu dieser Zeit von einigen Nachbarn anwaltlich vorgetragen worden waren. Die Betriebsleitung hielt dieses aber nicht für zielführend und favorisierte eine geänderte Entwässerungsplanung, mit der den nachbarschaftlichen Interessen zugleich in besonderer Weise Rechnung getragen werden sollte.

An Stelle der bisherigen Entwässerungsplanung wurde in Gesprächen mit den beteiligten Stellen die Idee entwickelt, das Regenwasser nicht auf der betriebseigenen Grundstücksfläche versickern zu lassen, sondern vielmehr in einen nahe gelegenen Bach einzuleiten. Zugleich sollte das anfallende Schmutzwasser nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, in das unter der Siepenstraße verlaufende Kanalnetz geleitet werden, sondern in den Kanal an der Straße Am Mühlenbach. Seitens der beteiligten Behördenstellen wurde im Dezember signalisiert, dem neuen Entwässerungskonzept zuzustimmen, so dass nun in den ersten Tagen des neuen Jahres mit der Baugenehmigung gerechnet worden war. Tatsächlich erhielt sie der Betriebsleiter am 19. Februar 2019.

Ausschreibungs- und Vergabestopp

Wegen der oben erläuterten Probleme war es nicht möglich, mit der notwendigen Sicherheit die für die Ausschreibungen wichtigen Termine für Beginn und Ende der einzelnen Gewerke zu kalkulieren. Deshalb wurde vom Betriebsausschuss am 30. Oktober 2018 entschieden, dass bis zur endgültigen Erteilung der Baugenehmigung keine Bauleistungen ausgeschrieben und vergeben werden. Die damit verbundenen zeitlichen Verzögerungen wurden bewusst in Kauf genommen

Klärung der Projektfinanzierung

Ursprünglich war beabsichtigt, das Neubauprojekt mit Hilfe von KFW-Darlehen zu finanzieren und zu diesem Zweck auch den entsprechend hohen Energieeffizienzstandard zu erfüllen. Interessant wäre diese Finanzierung gewesen, weil sie zu einem Tilgungszuschuss von ca. 400.000,00 EUR geführt hätte. Mit der Finanzverwaltung der Stadt konnte jedoch ein noch günstigerer Finanzierungsweg über Kommunalkredite gefunden werden. Für die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner des neuen Hauses ergibt sich neben der geringeren finanziellen Belastung noch ein weiterer Vorteil: Da durch die jetzt geringeren Wärmeschutzanforderungen auf eine Dreifachverglasung verzichtet werden kann, werden die Fenster billiger und vor allem auf Grund ihres geringeren Gewichts mit einem erheblich geringeren Kraftaufwand zu bedienen sein.

Unzureichende Erfüllung des Pacht- und Instandsetzungsvertrages für Haus Bronkhorstfeld

Der ASO Eigenbetrieb ist gegenüber der ASO gGmbH zur Instandsetzung und Instandhaltung von Haus Bronkhorstfeld verpflichtet. Zur Umsetzung seiner diesbezüglichen Pflichten bedient er sich eines Gebäudemanagementunternehmens und hatte mit diesem einen Vertrag mit 25-jähriger Laufzeit abgeschlossen. Nach einer zuletzt mehrjährigen problemlosen Vertragserfüllung gab es im Berichtsjahr unerwartete Probleme. Denn trotz klarer vertraglicher Verpflichtung wurden geschuldete Malerarbeiten nicht erbracht und die für den Pflegebetrieb existenziell wichtige Ruf- und Telefonanlage trotz permanenter Störungen und technischer Ausfälle nicht durch eine neue Anlage ersetzt. Die Betriebsleitung war gezwungen, etliche Male die Vertragstreue einzufordern. Kurz vor der angedrohten anwaltlichen Beauftragung lenkte der Vertragspartner aber im Oktober 2018 ein, erklärte sich vertragstreu und führte die geschuldeten Arbeiten durch. Ende des Berichtsjahres war die neue Telefon- und Rufanlage eingebaut, so dass der überwiegende Teil der vom Eigenbetrieb vorsorglich im Wirtschaftsplan 2018 eingestellten Mittel nicht in Anspruch genommen werden musste.

III. Darstellung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2018 ergibt sich ein Jahresüberschuss von 69 TEUR (Vorjahresüberschuss 14 TEUR).

Die Umsatzerlöse sanken gegenüber dem Vorjahr um 38 TEUR von 2.078 TEUR auf 2.040 TEUR und entfallen dabei im Wesentlichen auf die Mieterlöse von der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH mit 2.027 TEUR sowie Mieterlösen von Dritten mit 13 TEUR.

Die Abschreibungen sind um 15 TEUR auf 805 TEUR gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 73 TEUR auf 582 TEUR gesunken.
(Vorjahr 655 TEUR). Hierbei verringerte sich insbesondere der Bedarf an Instandhaltungen.

Das Finanzergebnis verbesserte sich tilgungsbedingt um 35 TEUR auf - 580 TEUR.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag gedeckt. Die Überdeckung hat sich um 611 TEUR von 2.183 T€ auf 1.572 TEUR verschlechtert.

Der Anteil des langfristigen Kapitals an der Bilanzsumme ist zum Vorbilanzstichtag mit 99,0 % gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert (Vorjahr 99,3%).

Die Liquidität auf kurze Sicht beläuft sich auf 1.572 TEUR (Vorjahr 2.183 T€) und deckt den Finanzierungsbedarf von 97 TEUR für 16,2 Monate (Vorjahr 20,6 Monate).

IV. Risikobericht

Die zur eigenbetriebsähnlichen Einrichtung gehörende Gebäudesubstanz ist ausschließlich und langfristig an die ASO gGmbH verpachtet. Der bislang vereinbarte Pachtzins hatte in den zurückliegenden Jahren sichergestellt, dass die gesamten Erstellungskosten in vollem Umfange refinanziert werden konnten. Wegen des vertraglichen Konstruktes bzw. wegen der engen rechtlichen Verflechtung von eigenbetriebsähnlicher Einrichtung und der ASO gGmbH muss im Rahmen dieses Risikoberichts auf die finanzielle Situation der Pächterin hingewiesen werden. Diese wurde wie erwartet im Berichtsjahr erneut durch eine unzureichende Vermarktungssituation des Louise-Schroeder-Heims belastet. Der Grund liegt vor allem in den baulichen Gegebenheiten dieses größten Oberhausener Pflegeheims, das im Gegensatz zu neuen Einrichtungen über einen sehr hohen Doppelzimmeranteil verfügt. Auf die Auslastungsprobleme und die damit verbundenen Belastungen des Betriebsergebnisses der Pächterin wird jedoch durch den Ersatzneubau und die beabsichtigten Maßnahmen zur Auslastungsoptimierung von Haus II effektiv und nachhaltig eingegangen. Damit wird der Erwartung der Pächterin entsprochen, seitens der Verpächterin bzw. seitens des ASO Eigenbetriebs auch an der Siepenstraße ein Pachtobjekt zur Verfügung gestellt zu bekommen, das eine zukunftsfähige stationäre Pflege ermöglicht und die notwendigen Voraussetzungen erfüllt, um im örtlichen Wettbewerb bestehen zu können.

Mit der Inbetriebnahme des Ersatzneubaus wird aktuell im Juni 2021 gerechnet. Bis zum Abschluss der dann noch folgenden beabsichtigten Maßnahmen zur Auslastungsoptimierung von Haus II werden nach bisheriger Einschätzung weitere zehn bis zwölf Monate vergehen, so dass selbst bei problemfreiem Verlauf der Bauarbeiten die Pächterin dauerhaft erst wieder ab 2022/2023 positive Jahresergebnisse erzielen dürfte.

Im Rahmen dieses Risikoberichts muss darauf hingewiesen werden, dass nach den nachbarschaftlichen Äußerungen nicht ausgeschlossen werden kann, dass diese nicht nur mit einer Klage gegen das Bauprojekt gedroht haben, sondern tatsächlich eine solche erheben werden. Als Verfahrensbeteiligten wird auch ihnen die Baugenehmigung zugestellt werden und die Klagefrist in Gang gesetzt. Deshalb wird erst Ende März/Anfang April 2019 klar sein, ob es zu einem Rechtsstreit mit den Nachbarn kommt. Diese hatten sich mit anwaltlicher Hilfe vor allem deshalb gegen den Ersatzneubau gewehrt, weil sie im Falle einer Versickerung des Regenwassers eine Beeinträchtigung ihrer Immobilie durch eine zusätzliche Feuchtigkeitsbelastung ihrer Kellermauerwerke befürchten. Diese Sorge müsste ihnen aber durch das neue Entwässerungskonzept genommen worden sein, da das Regenwasser in vollem Umfange unmittelbar in den Mühlenbach eingeleitet wird und insoweit eine Beeinträchtigung des Nachbargrundstücks ausgeschlossen ist. Dadurch sollte sich das belastete Verhältnis zu den Nachbarn wieder entspannen und eine rechtliche Auseinandersetzung hoffentlich vermeiden lassen.

Seitens der Verpächterin wird nicht daran gezweifelt, dass sie der Pächterin Mitte 2021 das neue Gebäude zur Verfügung stellen kann und die Pächterin wieder an die frühere erfolgreiche Geschäftsentwicklung anknüpfen wird und der ASO Verbund sich am Markt behaupten kann. Dafür spricht nicht zuletzt die finanzielle Entwicklung der ASO gGmbH im zurückliegenden Berichtsjahr. Denn ihr ist es gelungen, trotz aller Schwierigkeiten im operativen Geschäft ein erheblich über den Erwartungen liegendes Gesamtergebnis zu erzielen. Eine Stärkung des Verbundes erhofft sich die Betriebsleitung auch aus der Ratsentscheidung vom November 2016, dass ein Teil des bislang vom ASO Verbund aufzubringenden Schuldendienstes für verschiedene Darlehen u. U. von der Stadt übernommen wird. Die Pächterin wird gemäß den bestehenden Pachtverträgen (ausgenommen Pachtvertrag für das Haus Bronkhorstfeld) für die gepachtete Gebäudes-

ubstanz auch in den nächsten Jahren eine Pacht in Höhe der bilanziellen Abschreibungen und der Zinsen entrichten. Hierdurch wird sich ein Delta zwischen den Zahlungen der ASO gGmbH und dem vom ASO Eigenbetrieb aufzubringenden Aufwand für noch zu leistende Tilgungs- und Zinszahlungen ergeben. Dieses muss seitens der Stadt geschlossen werden, indem entweder ein jährlicher Zuschuss gezahlt wird oder bestimmte Darlehen unmittelbar von der Stadt übernommen werden.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass trotz des für die Pächterin schwierigen Berichtsjahres keine bestandsgefährdenden Risiken zu erkennen sind.

Dies gilt auch, obwohl mit hoher Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden muss, dass der Ersatzneubau auf Grund unterschiedlicher Faktoren erheblich teurer werden wird, als dies in den Planungsjahren 2015 und 2016 angenommen worden war. Neben den bereits bekannten Mehrkosten u. a. für die vom Rat beschlossene rollstuhlgerechte Bauweise, für eine vollständige Verklinkerung und für die Erfüllung der brandschutztechnischen Auflagen werden die seit geraumer Zeit am Markt geradezu explodierenden Baukosten das Gesamtprojekt erheblich verteuern. Dazu wird aber eine verlässliche Aussage frühestens Mitte 2019 getroffen werden können, da die dann vorliegenden Ausschreibungsergebnisse mit den ursprünglichen Schätzungen abgeglichen werden können. Seitens der Betriebsleitung wird eine Kostensteigerung im Umfang von bis zu 20 % nicht ausgeschlossen.

Die Risikolage der Alteneinrichtungen kann für das kommende Jahr 2019 als entspannt beurteilt werden. Es gibt keine außergewöhnlichen oder unkontrollierten finanzintensiven und sonstigen risikoreichen Vorfälle. Bestandsgefährdende Risiken, insbesondere mit Auswirkungen auf die Liquidität der Alteneinrichtungen sind für die folgenden 12 Monate nicht zu erkennen.

V. Prognosebericht

Die Betriebsleitung ist zuversichtlich, dass durch die vom Rat der Stadt im Jahr 2016 vorgenommene Weichenstellung für das Louise-Schroeder-Heim die Grundlage für eine finanziell positive Entwicklung der ASO gGmbH und damit des gesamten ASO Verbundes getroffen worden ist. Notwendig wird es jedoch, eine Lösung für die sich abzeichnende negative Finanzentwicklung des ASO Eigenbetriebs zu entwickeln und ergänzend auch dem Anliegen der ASO gGmbH Rechnung zu tragen und deren Belastung durch eine Anpassung der zzt. noch bestehenden Pachtverträge an die sich seit Abschluss der Verträge veränderte Situation zu reduzieren.
Für das Geschäftsjahr 2019 wird mit einem Jahresfehlbetrag von 158 TEUR geplant.

Oberhausen, 21. Februar 2019

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen (ASO)

Udo Spiecker
Betriebsleiter

Anlagen

Besetzung der Gesellschaftsorgane (Stand 31.07.2019) Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Hauptversammlungen, Gesellschafterversammlungen

	Bevollmächtigte/r der STOAG	Bongers, Sonja	Flore, Manfred	Geschäftsführung der Biostrom Oberhausen Management GmbH	Geschäftsführung der FSO Verwaltungs- GmbH	Geschäftsführung der STOAG	Lichtenheld, Frank	Motschull, Frank	Overkamp, Werner	Schmidt, Jürgen	Schranz, Daniel	Tsalastras, Apostolos	Vorstand der evo AG	Willecke, Thomas
ASO gGmbH														X
ASO Service														X
BFO														X
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG				X										
Biostrom Oberhausen Management GmbH													X	
ecce GmbH							X							
ENO												X		
evo						X								
FMR								X						
FSO GmbH & Co.KG	X				X									
FSO Verwaltungs- GmbH	X													
Gasometer												X		
GMVA											X			
IKF												X		
KSBG													X	
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH													X	
LAH												X		
Lokalfunk												X		
Lokalfunk Verw. mbH												X		
OB-Netz													X	
OGM											X			
OVP									X					
OWT												X		
PBO									X					
Quantum													X	
RWE Aktiengesellschaft	X													
RW Holding	X													
RWW			X											
STOAG		X												
strasserauf GmbH i.L.													X	
TZU												X		
VKA											X			
VZO										X				
WBO											X			
Werkbundsiedlung e.G.														X

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Aufsichtsräten u. ä.

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	FMR AR	FMR Beirat Vonderort	GMVA	IKF	Jobcenter Oberhausen	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	LAH	OGM	OWT	PBO	SSO	STOAG	WBO
Albrecht-Mainz, Elia	(X)	(X)							(X)					X	X			
Arlt, Gerd									X									
Axt, Birgit																	X	
Axt, Norbert								(X)										
Bandel, Frank								X										
Barwanietz, Thomas									X									
Bennewa, Helmut	X	X							(X)									
Benter, Christian									(X)							X		
Beulshausen, Andreas	(X)	X																
Bischoff, Jörg										X				X				
Blanke, Andreas																		X
Bohnes, Frank	X	(X)																
Bongers, Sonja	X	X							(X)			X						X
Boos, Regina	(X)	(X)		X										X				
Boos, Thomas						X												
Brands, Beatriks	X	X																
Breuckmann, Ludgerus	X	X																
Brodrick, Helmut									X									
Broß, Klaus Dieter									X			X				(X)		
Bruckhoff, Peter												X						
Cordes, Hubert									X				X			(X)		
Derksen, René	(X)	(X)							X									
Diemert, Dörte						X												
Dilly, Mark													X					
Dittmeyer, Jürgen									X									
Dröhne, Manuel									X									
Dubbert, Karin	X	X							X									
Emmerich, Karl-Heinz					X		(RVR)											X
Flecken, Sebastian									(X)									
Flore, Manfred	(X)	(X)							X				X			X		
Gadde, Andreas	X	X							X									
Gäng, Thomas				X														
Girrullis, Sebastian	X	X								X								
Gödderz, Sandra				X					X					X		(X)		
Goeke, Martin				X												(X)		
Große Brömer, Wolfgang				X				X						X	X	X		
Hake, Michael	(X)	(X)																
Hansen, Heike	X	X																
Hausmann-Peters, Gundula	(X)	(X)																
Hoff, Marc												X						
Holstein, Friedhelm									(X)									
Höppner, Chris									(X)									
Ilhan, Nuran									(X)									
Ingendoh, Holger														X				
Jacobs, Silke					X											(X)		
Janetzki, Maximilian	(X)	(X)							X									

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	FMR AR	FMR Beirat Vonderort	GMVA	IKF	Jobcenter Oberhausen	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	LAH	OGM	OWT	PBO	SSO	STOAG	WBO
Kamps, Jochen	X	X								X								
Karacelik, Yusuf													X					
Karschti, Albert																X		
Kirchhof, Sandra									X									
Kirsten, Hildegard	(X)	(X)																
Koch, Lühr Otto Werner Klaus																X		X
Kocks, Sandra									(X)									
Köhler, Hans-Jürgen	(X)	(X)							X			X						
Kösling, Anja	X	X							(X)									
Köster, Volker									X									
Krey, Thomas							X											
Lampe, Siegfried	X	X																
Laß, Heike	(X)	(X)							(X)									
Lauxen, Sabine								(X)										X
Lawitzke, Paul						X												
Lenz, Eugen	X	X																
Lösken, Kathrin	X	X																
Marx, Petra														X				
Matzat, André	(X)	(X)																
Mersmann, Ingo									X									
Mertens, Ursula									(X)									
Motschull, Frank							X	X										
Müthing, Christa								(X)							X	(X)	X	
Nakot, Werner					X								X			(X)		
Nowak, Annemarie									(X)									
Nowak, Werner																	X	
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	X	X				X											X	
Ohletz, Horst			X															
Opitz, Stefanie	(X)	(X)																
Osmann, Denis																	X	
Pascheberg, René	X	X							(X)									
Paß, Eugen	(X)	(X)																
Preißler, Lydia	(X)	(X)							(X)									
Pusch, Jörg	X	X								X								
Radtke, Dorothee	X	X							(X)			X				(X)		
Real, Ulrich																	X	
Röpell, Armin													X					
Rörig, Barbara						X												
Rubin, Dirk	(X)	(X)																X
Rudl, Rainer	(X)	(X)																
Runkler, Hans-Otto	X	X											X			X	X	
Sahin, Bülent	(X)	(X)							X									
Scheffler, Stefan																	X	
Scherer, Axel									X									
Schmidt, Georgis									X									
Schmidt, Jürgen													X					
Schranz, Daniel				X	X						X			X	X	X		
Schucker, Rainer									(X)									
Schuler, Immanuel																		X
Schwarz, Ulrike									(X)									

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	FMR AR	FMR Beirat Vonderort	GMVA	IKF	Jobcenter Oberhausen	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	LAH	OGM	OWT	PBO	SSO	STOAG	WBO
Selonke, Yannah	X	X																
Sporkmann, Bernhard	(X)	(X)																
Stehr, Simone Tatjana					X				(X)				X					
Stelzer, Johannes	(X)	(X)																
Stöck, Gerold									(X)									
Telli, Ercan	X	X																
Tonn, Gaby	(X)	(X)																
Tsalastras, Apostolos																	X	
Tscharke, Hans Josef	X	X		X			(RVR)		X							X		
Tüzün, Saadettin									(X)					X				
Walther, Andrea-Cora	X	X							X							(X)		
Wehling, Stefanie									(X)									
Wesely, Kai	(X)	(X)																
Willecke, Thomas												X						
Willing-Spielmann, Ulrike	X	X							(X)									X
Wischermann, Hermann							X											
Wittmann, Regina							(RVR)								X	X		
Wolter, Horst	(X)	(X)							(X)							X		
Wolter, Marita	(X)	(X)							X								X	
Wrobel, Hans-Günter									X									

X Mitglied

(X) stellvertretendes Mitglied

Vertreter/in gemäß § 113 (2) GO

Besetzung der Betriebsausschüsse

	ASO Eigenbetrieb	Theater Oberhausen
Albrecht-Mainz, Elia	(X)	(X)
Arlt, Gerd		X
Barwanietz, Thomas		X
Bennewa, Helmut	X	(X)
Benter, Christian		(X)
Bongers, Sonja	X	(X)
Boos, Regina	(X)	
Brands, Beatriks	X	
Breuckmann, Ludgerus	X	
Brodrick, Helmut		X
Broß, Klaus Dieter		X
Cordes, Hubert		X
Derksen, René	(X)	X
Dittmeyer, Jürgen		X
Dröhne, Manuel		X
Dubbert, Karin	X	X
Flecken, Sebastian		(X)
Flore, Manfred	(X)	X
Gadde, Andreas	X	X
Girrullis, Sebastian	X	
Gödderz, Sandra		X
Hake, Michael	(X)	
Hansen, Heike	X	
Hausmann-Peters, Gundula	(X)	
Holstein, Friedhelm		(X)
Höppner, Chris		(X)
Ilhan, Nuran		(X)
Janetzki, Maximilian	(X)	X
Kamps, Jochen	X	
Kirsten, Hildegard	(X)	
Köhler, Hans-Jürgen	(X)	X
Kösling, Anja	X	(X)
Köster, Volker		X
Lampe, Siegfried	X	
Laß, Heike	(X)	(X)
Lenz, Eugen	X	

	ASO Eigenbetrieb	Theater Oberhausen
Lösken, Kathrin	X	
Matzat, André	(X)	
Mersmann, Ingo		X
Mertens, Ursula		(X)
Nowak, Annemarie		(X)
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	X	
Opitz, Stefanie	(X)	
Pascheberg, René	X	(X)
Paß, Eugen	(X)	
Preißler, Lydia	(X)	(X)
Pusch, Jörg	X	
Radtke, Dorothee	X	(X)
Rubin, Dirk	(X)	
Rudl, Rainer	(X)	
Runkler, Hans-Otto	X	
Sahin, Bülent	(X)	X
Scherer, Axel		X
Schmidt, Georgis		X
Schucker, Rainer		(X)
Schwarz, Ulrike		(X)
Selonke, Yannah	X	
Sporkmann, Bernhard	(X)	
Stehr, Simone Tatjana		(X)
Stelzer, Johannes	(X)	
Stöck, Gerold		(X)
Telli, Ercan	X	
Tonn, Gaby	(X)	
Tscharke, Hans Josef	X	X
Tüzün, Saadettin		(X)
Walther, Andrea-Cora	X	X
Wehling, Stefanie		(X)
Werdelmann, Andreas	(X)	
Wesely, Kai	(X)	
Willing-Spielmann, Ulrike	X	(X)
Wolter, Horst	(X)	(X)
Wolter, Marita	(X)	X
Wrobel, Hans-Günter		X

X Mitglied
(X) stellvertretendes Mitglied

Vergütungsbericht 2018

(tlw. gerundet)

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen		
Geschäftsführung		
Spiecker, Udo	Betriebsleiter	0,00
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Spiecker, Udo	Geschäftsführer	156.000,00
ASO Service GmbH		
Geschäftsführung		
Spiecker, Udo	Geschäftsführer	4.000,00
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Kawicki, Achim	Geschäftsführer	11.000,00
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)		
Vorstand		
Dr. Horn, Detlef	Vorsitzender	97.066,24
Pöll, Reiner		74.052,83
ecce - european centre for creative economy GmbH		
Geschäftsführung		
Prof. Gorny, Dieter	Geschäftsführer	83.089,90
evo Energieversorgung Oberhausen AG		
Aufsichtsrat		
Schranz, Daniel	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 G	9.506,56
Dr. Schröder, Achim	1. stellv. Vorsitzender	8.868,44
Teigelkamp, Frank	2. stellv. Vorsitzender (AN)	7.875,00
Bedenbecker, Nicolai	Mitglied	5.250,00
Bockelmann, Cosima	Mitglied	770,38
Dr. Schulte, Franz-Josef	Mitglied	5.250,00
Emmerich, Karl-Heinz	Mitglied	5.250,00
Jacobs, Silke	Mitglied	5.250,00

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Nakot, Werner	Mitglied	5.250,00
Reichardt, Jürgen	Mitglied	5.250,00
Stehr, Simone Tatjana	Mitglied	5.250,00
Cleven, Frank	Mitglied (AN)	5.250,00
Ludwig, Andreas	Mitglied (AN)	5.250,00
Püttmann, Uwe	Mitglied (AN)	5.250,00
Tirbs, Markus	Mitglied (AN)	5.250,00
Vorstand		
Gieske, Hartmut	Mitglied	284.988,66
Homberg, Bernd	Mitglied	280.125,46

Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH

Aufsichtsrat		
Wichert, Udo	Vorsitzender	1.800,00
Dr. Heidinger, Michael	stellv. Vorsitzender	1.800,00
Buchmann, Jürgen	Mitglied	1.800,00
Dr. Kalkühler, Kathrin	Mitglied	1.800,00
Dr. Schiele, Ralf	Mitglied	1.800,00
Gieske, Hartmut	Mitglied	1.800,00
Homberg, Bernd	Mitglied	1.800,00
Manderfeld, Markus	Mitglied	1.800,00
Straus, Michael	Mitglied	1.800,00
Wansing, Heinz	Mitglied	1.800,00
Geschäftsführung		
Döking, Thomas Josef	Geschäftsführer	0,00
Engel, Michael	Geschäftsführer	0,00
Dr. Spindler, Klaus	Sprecher	0,00

Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH

Aufsichtsrat		
Geiß-Netthöfel, Karola	Vorsitzende	0,00
Ossowski, Silke	stellv. Vorsitzende	420,00
Lawitzke, Paul	Mitglied gem. § 113 GO	420,00
Prof. Dr. Diemert, Dörte	Mitglied gem. § 113 GO	280,00
Boos, Thomas	Mitglied	560,00
Devers, Josef	Mitglied	560,00
Dr. Haertel, Klaus	Mitglied	560,00
Dr. Rath, Uwe	Mitglied	560,00
Frank, Rainhard	Mitglied	560,00
Fuchs, Florian	Mitglied	560,00
Jentsch, Burkart	Mitglied	560,00
Nees, Martin	Mitglied	420,00
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	Mitglied	420,00

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Pfingsten, Jutta	Mitglied	560,00
Richter, Tim	Mitglied	0,00
Rörig, Barbara	Mitglied	560,00
Sagurna, Bruno	Mitglied	560,00
Schmück-Glock, Martina	Mitglied	560,00
Wöll, Werner	Mitglied	560,00
Wüllscheid, Burkhard	Mitglied	560,00
Geschäftsführung		
Hecht, Jürgen	Geschäftsführer	167.999,76

FSO Verwaltungs-GmbH

Geschäftsführung		
Gieske, Hartmut	Geschäftsführer	0,00
Homberg, Bernd	Geschäftsführer	0,00

Gasometer Oberhausen GmbH

Geschäftsführung		
Schmitz, Jeanette	Geschäftsführerin	101.751,00

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH

Aufsichtsrat		
Enzweiler, Rainer	Vorsitzender	6.000,00
Hanning, Guido	stellv. Vorsitzender	4.500,00
M.d.L. Große Brömer, Wolfgang	1. stellv. Vorsitzender	4.500,00
von Häfen, Werner	3. stellv. Vorsitzender	4.500,00
Motschull, Frank	Mitglied gem. § 113 GO	3.000,00
Bandel, Frank	Mitglied	3.000,00
Dr. Fendel, Ansgar	Mitglied	2.500,00
Dr. Foppe, Johannes-Gerhard	Mitglied	3.000,00
Erlenbach, Klaus	Mitglied	1.000,00
Juchem, Timo	Mitglied	1.500,00
Maaßen, Thomas	Mitglied	3.000,00
Mauthe, Jürgen	Mitglied	2.000,00
Patermann, Thomas	Mitglied	0,00
Schmidt, Markus	Mitglied	3.000,00
Slykers, Manfred	Mitglied	3.000,00
Steinberg, Wolfgang	Mitglied	2.500,00
Susen, Thomas	Mitglied	3.000,00
Vüllings, Karsten	Mitglied	3.000,00
Küster, Helmut	Mitglied (AN)	3.000,00
Linden, Stefan	Mitglied (AN)	2.300,00
Lauxen, Sabine	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	0,00
Axt, Norbert	stellv. Mitglied	0,00
Müthing, Christa	stellv. Mitglied	0,00

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Geschäftsführung		
Dr. Sabac-el-Cher, Angela	Mitglied	190.000,00
Schröder, Michaela	Mitglied	135.000,00
Woidtke, Karsten Bernard	Mitglied	0,00

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH

Geschäftsführung		
Dr. Gass, Lars Henrik	Geschäftsführer	102.951,83

KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH

Aufsichtsrat		
Kufen, Thomas	Vorsitzender	13.000,00
Sikorski, Ralf	1. stellv. Vorsitzender	10.500,00
Link, Sören	2. stellv. Vorsitzender	9.900,00
Banaszak, Jörg	Mitglied	8.000,00
Beyer, Hartmut	Mitglied	8.000,00
Dinter, Thomas	Mitglied	8.000,00
Dr. Bartels, Ralf	Mitglied	8.000,00
Dr. Heidinger, Michael	Mitglied	8.000,00
Eiskirch, Thomas	Mitglied	8.000,00
Hagemeier, Bernd	Mitglied	5.316,67
Kiefer, Elmar	Mitglied	5.316,67
Melis, Ralf	Mitglied	8.000,00
Monegel, Ulrich	Mitglied	7.400,00
Pehlke, Guntram	Mitglied	8.000,00
Prof. Dr. Hermanns, Julia	Mitglied	8.000,00
Samland, Ursula	Mitglied	8.000,00
Schranz, Daniel	Mitglied	8.000,00
Sierau, Ulrich	Mitglied	8.000,00
Süpke, Sabine	Mitglied	6.800,00
Wolff, Christine	Mitglied	8.000,00
Geschäftsführung		
Dr. Schäfer, Peter	Geschäftsführer	12.000,00
Schröder, Carsten	Geschäftsführer	221.807,00
Spohn, Dietmar	Geschäftsführer	5.091,00

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH

Aufsichtsrat		
Bongers, Sonja	Vorsitzende	104,32
Broß, Klaus Dieter	stellv. Vorsitzender	104,32
Willecke, Thomas	Mitglied gem. § 113 GO	130,40
Bruckhoff, Peter	Mitglied	104,32
Hoff, Marc	Mitglied	104,32
Köhler, Hans-Jürgen	Mitglied	130,40
Radtke, Dorothee	Mitglied	130,40

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Geschäftsführung		
Lerch, Klaus	Mitglied	6.150,00
Sprenger, Detlef	Mitglied	6.266,10

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

Geschäftsführung		
Schneider, Jörn	Geschäftsführer	218.057,85

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

Aufsichtsrat		
M.d.L. Zimkeit, Stefan	Vorsitzender	5.120,00
Stehr, Simone Tatjana	stellv. Vorsitzende	3.840,00
Heweling, Detlef	stellv. Vorsitzender (AN)	3.840,00
Schmidt, Jürgen	Mitglied gem. § 113 GO	2.560,00
Cordes, Hubert	Mitglied	2.560,00
Dr. Dilly, Mark	Mitglied	2.560,00
Flore, Manfred	Mitglied	2.560,00
Karacelik, Yusuf	Mitglied	2.560,00
Nakot, Werner	Mitglied	2.560,00
Röpell, Armin	Mitglied	2.560,00
Runkler, Hans-Otto	Mitglied	2.560,00
Bitter, Iris	Mitglied (AN)	2.560,00
Gryszka, Dagmar	Mitglied (AN)	2.560,00
Mazura, Hubert	Mitglied (AN)	2.560,00
Zander, Jutta	Mitglied (AN)	2.560,00
Geschäftsführung		
Kalthoff, Horst	Geschäftsführer	115.097,00
Schmidt, Hartmut	Geschäftsführer	218.882,00

Stadtsparkasse Oberhausen

Verwaltungsrat		
M.d.L. Große Brömer, Wolfgang	Vorsitzender	10.160,00
Schranz, Daniel	1. stellv. Vorsitzender	10.424,40
Runkler, Hans-Otto	2. stellv. Vorsitzender	6.540,00
Benter, Christian	Mitglied	6.540,00
Flore, Manfred	Mitglied	7.782,60
Karschti, Albert	Mitglied	3.270,00
Koch, Lühr Otto Werner Klaus	Mitglied	2.920,00
Tscharke, Hans Josef	Mitglied	3.620,00
Wittmann, Regina	Mitglied	2.570,00
Wolter, Horst	Mitglied	3.270,00
Berg, Thorsten	Mitglied (AN)	3.320,00
Ehrlich, Dietmar	Mitglied (AN)	3.020,00
Nockmann, Thomas	Mitglied (AN)	6.473,60
Zimmermann, Thomas	Mitglied (AN)	5.440,00

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Zorn, Klaus	Mitglied (AN)	3.020,00
Broß, Klaus Dieter	stellv. Mitglied	0,00
Cordes, Hubert	stellv. Mitglied	0,00
Gödderz, Sandra	stellv. Mitglied	700,00
Goeke, Martin	stellv. Mitglied	700,00
Jacobs, Silke	stellv. Mitglied	0,00
Müthing, Christa	stellv. Mitglied	0,00
Nakot, Werner	stellv. Mitglied	350,00
Radtke, Dorothee	stellv. Mitglied	0,00
Walther, Andrea-Cora	stellv. Mitglied	0,00
Höffner, Stefan	stellv. Mitglied (AN)	0,00
Klima, Michael	stellv. Mitglied (AN)	0,00
Sommerfeld, Kerstin	stellv. Mitglied (AN)	300,00
Zwingmann, Nina	stellv. Mitglied (AN)	0,00
Vorstand		
Uppenkamp, Bernhard	Vorsitzender	412.361,04
Mebus, Oliver	Mitglied	298.751,92
Gäng, Thomas	stellv. Mitglied	251.647,69

STEAG GmbH

Aufsichtsrat		
Pehlke, Guntram	Vorsitzender	39.200,00
Dr. Bartels, Ralf	stellv. Vorsitzender	33.500,00
Auerhahn, Karlheinz	Mitglied	18.900,00
Detemple, Andreas	Mitglied	11.700,00
Drese, Markus	Mitglied	11.700,00
Dr. Neuhaus, Arndt	Mitglied	18.900,00
Gieske, Hartmut	Mitglied	18.900,00
Held, Stefan	Mitglied	27.800,00
Jacoby, Jörg	Mitglied	20.300,00
Jochum, Gerhard	Mitglied	18.900,00
Prof. Dr. Knorre, Susanne	Mitglied	18.900,00
Spohn, Dietmar	Mitglied	25.200,00
Vassiliadis, Michael	Mitglied	20.800,00
Wittig, Marcus	Mitglied	19.600,00
Zimmer, Thomas	Mitglied	12.400,00
Banaszak, Jörg	Mitglied (AN)	18.900,00
Hagemeier, Bernd	Mitglied (AN)	18.900,00
Kremer, Josef	Mitglied (AN)	18.200,00
Melis, Ralf	Mitglied (AN)	25.200,00
Samland, Ursula	Mitglied (AN)	20.300,00

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Geschäftsführung		
Rumstadt, Joachim	Vorsitzender	1.371.000,00
Baumgärtner, Michael	Mitglied	920.000,00
Dr. Cieslik, Wolfgang	Mitglied	1.000.000,00
Geißler, Alfred	Mitglied	907.000,00

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

Aufsichtsrat		
Runkler, Hans-Otto	Vorsitzender	5.250,00
Osmann, Denis	1. stellv. Vorsitzender	3.940,00
Michalik, Herbert	2. stellv. Vorsitzender (AN)	3.940,00
Tsalastras, Apostolos	Mitglied gem. § 113 GO	2.625,00
Axt, Birgit	Mitglied	2.625,00
Müthing, Christa	Mitglied	2.625,00
Nowak, Werner	Mitglied	2.625,00
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	Mitglied	2.625,00
Real, Ulrich	Mitglied	2.625,00
Scheffler, Stefan	Mitglied	2.625,00
Wolter, Marita	Mitglied	2.625,00
Kamps, Thorsten	Mitglied (AN)	2.625,00
Michalik, Manfred	Mitglied (AN)	2.625,00
Ricken, Norbert	Mitglied (AN)	2.625,00
Stemmer, Michael	Mitglied (AN)	2.625,00
Geschäftsführung		
Overkamp, Werner	Geschäftsführer	217.531,40

Theater Oberhausen (Stichtag 31.07.2017)

Geschäftsführung		
Fiedler, Florian	Betriebsleiter	132.000,00
Hennemann, Jürgen	Betriebsleiter	124.000,00

TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH

Geschäftsführung		
Lerch, Klaus	Geschäftsführer	129.000,00

VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH

Geschäftsführung		
Kalthoff, Horst	Geschäftsführer	5.000,00
Schmidt, Hartmut	Geschäftsführer	0,00

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH

Aufsichtsrat		
Bongers, Sonja	Vorsitzende	4.160,01

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Herrmann, Regina	stellv. Vorsitzende (AN)	3.840,00
Hanning, Guido	stellv. Vorsitzender	4.906,70
Lauxen, Sabine	Mitglied gem. § 113 GO	2.560,00
Blanke, Andreas	Mitglied	2.560,00
Emmerich, Karl-Heinz	Mitglied	2.560,00
Erlenbach, Klaus	Mitglied	2.560,00
Jeppel, Jürgen	Mitglied	2.560,00
Koch, Lühr Otto Werner Klaus	Mitglied	2.560,00
Rubin, Dirk	Mitglied	2.560,00
Rudolph, Karl-Ulrich	Mitglied	2.560,00
Schuler, Immanuel	Mitglied	2.560,00
Steinberg, Wolfgang	Mitglied	2.560,00
von Hebel, Antonius	Mitglied	2.560,00
Willing-Spielmann, Ulrike	Mitglied	2.560,00
Althoff, Claudia	Mitglied (AN)	2.560,00
Bohnes, Ralf	Mitglied (AN)	2.560,00
Croonenbroeck, Andreas	Mitglied (AN)	2.560,00
Froese, Anke	Mitglied (AN)	2.560,00
Horatz, Stefan	Mitglied (AN)	2.560,00
Langenbusch, Jürgen	Mitglied (AN)	2.560,00
Geschäftsführung		
Woidtke, Karsten Bernard	Geschäftsführer	152.808,06
Guthoff, Maria	Mitglied	79.594,22

Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung

(Rechtsstand: 31.12.2018)

Art. 28 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz

Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

§ 107 GO NRW - Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,

2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und

3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,

2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten

   - Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),

   - Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),

   - Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),

3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,

4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,

5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das für Kommunales zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a GO NRW - Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108 GO NRW - Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107 a Abs. 1 gegeben ist,

2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,

3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,

4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,

5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,

6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluß, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,

7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,

8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, daß der Jahresabschluß und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und geprüft werden,

9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:

   a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,

   b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,

   c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und

   d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen.

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muß sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

   a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,

   b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,

   c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1 a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

   a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,

b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,

c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie

d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn

- die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,

- für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und

- sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder

- sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;

b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschußpflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108 a GO NRW - Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Absatz 1, § 107a Absatz 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Absatz 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können diesem Arbeitnehmervertreter angehören. Arbeitnehmervertreter können von der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat entsandt werden, wenn diese mehr als zwei Aufsichtsratsmandate besetzt. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 gegeben, wenn bei mehr als zwei von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Wird ein Aufsichtsratsmandat oder werden zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen diese als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sein. Werden mehr als zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen mindestens zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmern besetzt werden, die im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sind.

(3) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von den Beschäftigten des Unternehmens oder der Einrichtung gewählten Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Neuwahl zu verlangen. In diesem Fall können die Beschäftigten eine neue Vorschlagsliste wählen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(4) § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie § 9 des Drittelbeteiligungsgesetzes vom 18. Mai 2004 (BGBl. I S. 974), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 114 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, gelten für die nach Absatz 3 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter, der als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt ist, die Beschäftigteneigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Absatz 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(5) Zur Wahl der Vorschlagsliste nach Absatz 3 sind alle Beschäftigten des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt und nicht wählbar sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Personen aufgenommen werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung ist die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Absatz 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(6) Die Wahl der Vorschlagsliste erfolgt auf Grund von Wahlvorschlägen des Betriebsrats und der Beschäftigten. Die Wahlvorschläge der Beschäftigten müssen von mindestens einem Zehntel der Wahlberechtigten, jedoch mindestens von drei Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Sieht der Gesellschaftsvertrag des Unternehmens oder der Einrichtung die Stellvertretung eines verhinderten Aufsichtsratsmitglieds vor, kann in jedem Wahlvorschlag zusammen mit jedem Bewerber für diesen ein stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Ein Bewerber kann nicht zugleich als stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Wird ein Bewerber gemäß Absatz 3 als Aufsichtsratsmitglied bestimmt, so ist auch das zusammen mit ihm vorgeschlagene stellvertretende Mitglied bestimmt. Das für Inneres zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

(7) Der Bürgermeister teilt dem zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organ des Unternehmens oder der Einrichtung die Namen der vom Rat für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und ihrer im Falle

des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder mit. Gleichzeitig informiert er die für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und die im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder.

(8) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, ist gleichzeitig auch das zusammen mit ihm nach Absatz 6 Satz 5 bestimmte stellvertretende Mitglied abberufen oder ausgeschieden. Wird ein stellvertretendes Mitglied von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet es aus anderen Gründen als stellvertretendes Mitglied aus dem Aufsichtsrat aus, bleibt die Position des stellvertretenden Mitglieds unbesetzt. Für den abberufenen oder ausgeschiedenen Arbeitnehmervertreter bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 3 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(9) Die Absätze 1 bis 8 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden unmittelbar oder mittelbar mit insgesamt mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt sind:

1. Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine neue Vorschlagsliste gewählt werden. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

2. Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 8 gilt Nummer 1 Satz 1 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

3. Für die nach § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 108 b GO NRW - Regelung zur Vollparität

(1) Nach Maßgabe der folgenden Regelungen kann für die fakultativen Aufsichtsräte kommunal beherrschter Gesellschaften, die von den bis zum 31. Oktober 2020 amtierenden kommunalen Vertretungen zu bestellen sind, auf Antrag eine Ausnahme von der in § 108a geregelten Drittelparität zugelassen werden.

(2) Die Ausnahme ist von der Gemeinde, die die Gesellschaft beherrscht, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde unter Beifügung eines entsprechenden Ratsbeschlusses und des vorgesehenen Gesellschaftsvertrages zu beantragen. Sind an der kommunal beherrschten Gesellschaft zwei oder mehr Gemeinden beteiligt, muss der Antrag von sämtlichen an der Gesellschaft beteiligten Gemeinden unter Beifügung der entsprechenden Ratsbeschlüsse gestellt werden.

(3) Die zuständige Aufsichtsbehörde hat die Ausnahme zuzulassen, wenn die in Absatz 2 genannten Unterlagen ordnungsgemäß vorliegen und der Gesellschaftsvertrag den sonstigen Anforderungen des § 108a und der nachfolgenden Absätze entspricht. Die Zulassung der Ausnahme durch die zuständige Aufsichtsbehörde bedarf vor ihrem Wirksamwerden der Genehmigung des für Kommunales zuständigen Ministeriums.

(4) Sind sämtliche Aufsichtsratsmandate von der Gemeinde zu besetzen, können abweichend von § 108a Absatz 1 Satz 3 bis zur Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt werden. Wird die Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass der Aufsichtsratsvorsitzende nicht zu dem von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagenen Personenkreis gehört. Außerdem muss der Gesellschaftsvertrag für den Fall, dass eine Abstimmung im Aufsichtsrat Stimmengleichheit ergibt, regeln, dass noch in derselben Sitzung des Aufsichtsrats eine erneute Abstimmung über denselben Gegenstand herbeigeführt wird, bei der der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen hat.

(5) Ist ein Teil der Aufsichtsratsmandate von Gesellschaftern zu besetzen, die die Vorschriften des 11. Teils nicht unmittelbar, sinngemäß oder entsprechend anzuwenden haben, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass die Mehrzahl der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate mit Personen besetzt wird, die nicht von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagen werden.

(6) Im Übrigen gelten die Regelungen des § 108a. Das für Kommunales zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

§ 109 GO NRW - Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, daß außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 111 GO NRW - Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluß auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v.H. beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften i.S. des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 GO NRW - Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,

2. darauf hinwirken, daß ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, daß ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113 GO NRW - Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluß des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, daß ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muß der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, daß er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 116 GO NRW – Gesamtabschluss

(1) Die Gemeinde hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss aufzustellen. § 95 Absatz 1 gilt entsprechend.

(2) Der Gesamtabschluss besteht aus

1. der Gesamtergebnisrechnung,

2. der Gesamtbilanz,

3. dem Gesamtanhang,

4. der Kapitalflussrechnung und

5. dem Eigenkapitalspiegel.

Darüber hinaus hat die Gemeinde einen Gesamtlagebericht aufzustellen.

(3) Zum Zwecke der Aufstellung des Gesamtabschlusses sind die Jahresabschlüsse aller verselbständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form mit dem Jahresabschluss der Gemeinde zu konsolidieren, sofern im Gesetz oder durch Rechtsverordnung nicht anderes bestimmt ist. Für mittelbare Beteiligungen gilt § 290 Absatz 3 des Handelsgesetzbuches entsprechend.

(4) Auf den Gesamtabschluss sind, soweit seine Eigenart keine Abweichung bedingt oder im Gesetz oder durch Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt ist, die Vorschriften über den gemeindlichen Jahresabschluss entsprechend anzuwenden.

(5) Hat sich die Zusammensetzung der in den Gesamtabschluss einbezogenen verselbständigten Aufgabenbereiche gemäß Absatz 3 im Laufe des Haushaltsjahres wesentlich geändert, so sind in den Gesamtabschluss Angaben aufzunehmen, die es ermöglichen, die aufeinanderfolgenden Gesamtabschlüsse sinnvoll zu vergleichen.

(6) Die in den Gesamtabschluss einzubeziehenden verselbständigten Aufgabenbereiche nach Absatz 3 haben der Gemeinde ihre Jahresabschlüsse, Lageberichte, und wenn eine Abschlussprüfung stattgefunden hat, die Prüfungsberichte sowie, wenn ein Zwischenabschluss aufzustellen ist, einen auf den Stichtag des Gesamtabschlusses aufgestellten Abschluss unverzüglich einzureichen. Die Gemeinde kann von jedem verselbständigten Aufgabenbereich nach Absatz 3 alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, welche die Aufstellung des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichtes erfordert.

(7) Am Schluss des Gesamtanhangs sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70, soweit dieser nicht zu bilden ist für den Bürgermeister und den Kämmerer, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,

2. der ausgeübte Beruf,

3. die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Absatz 1 Satz 5 des Aktiengesetzes,

4. die Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,

5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

(8) Der Gesamtabschluss und der Gesamtlagebericht sind innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen, § 95 Absatz 5 findet für deren Aufstellung entsprechende Anwendung.

(9) Für die Prüfung des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichtes gilt § 59 Absatz 3 entsprechend. Der Rat bestätigt den geprüften Gesamtabschluss durch Beschluss, § 96 Absatz 1 Sätze 1, 4 und 7 und Absatz 2 finden entsprechende Anwendung.

§ 116a GO NRW - Größenabhängige Befreiungen

(1) Eine Gemeinde ist von der Pflicht, einen Gesamtabschluss und einen Gesamtlagebericht aufzustellen, befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der nachstehenden Merkmale zutreffen:

1. die Bilanzsummen in den Bilanzen der Gemeinde und der einzubeziehenden verselbständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 übersteigen insgesamt nicht mehr als 1 500 000 000 Euro,

2. die der Gemeinde zuzurechnenden Erträge aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 machen weniger als 50 Prozent der ordentlichen Erträge der Ergebnisrechnung der Gemeinde aus,

3. die der Gemeinde zuzurechnenden Bilanzsummen aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 machen insgesamt weniger als 50 Prozent der Bilanzsumme der Gemeinde aus.

(2) Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Rat für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres. Das Vorliegen der Voraussetzungen nach Absatz 1 ist gegenüber dem Rat anhand geeigneter Unterlagen nachzuweisen. Die Entscheidung des Rates ist der Aufsichtsbehörde jährlich mit der Anzeige des durch den Rat festgestellten Jahresabschlusses der Gemeinde vorzulegen.

(3) Sofern eine Gemeinde von der größenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung eines Gesamtabschlusses Gebrauch macht, ist ein Beteiligungsbericht gemäß § 117 zu erstellen.

§ 116b GO NRW - Verzicht auf die Einbeziehung

In den Gesamtabschluss und den Gesamtlagebericht müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Die Anwendung des Satzes 1 ist im Gesamtanhang anzugeben und zu begründen. Aufgabenträger mit dem Zweck der unmittelbaren oder mittelbaren Trägerschaft an Sparkassen sind nicht im Gesamtabschluss zu konsolidieren.

§ 117 GO NRW - Beteiligungsbericht

(1) In den Fällen, in denen eine Gemeinde von der Aufstellung eines Gesamtabschlusses unter den Voraussetzungen des § 116a befreit ist, ist in dem Jahr ein Beteiligungsbericht zu erstellen. Für die Erstellung des Beteiligungsberichtes gilt § 116 Absatz 6 Satz 2 entsprechend. Über den Beteiligungsbericht ist ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen.

(2) Der Beteiligungsbericht hat folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten, sofern in diesem Gesetz oder in einer Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt wird:

1. die Beteiligungsverhältnisse,

2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,

3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie

4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

§ 394 AktG

Aufsichtsratsmitglieder, die auf Veranlassung einer Gebietskörperschaft in den Aufsichtsrat gewählt oder entsandt worden sind, unterliegen hinsichtlich der Berichte, die sie der Gebietskörperschaft zu erstatten haben, keiner Verschwiegenheitspflicht. Für vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, gilt dies nicht, wenn ihre Kenntnis für die Zwecke der Berichte nicht von Bedeutung ist. Die Berichtspflicht nach Satz 1 kann auf Gesetz, auf Satzung oder auf dem Aufsichtsrat in Textform mitgeteiltem Rechtsgeschäft beruhen.

§ 395 AktG

(1) Personen, die damit betraut sind, die Beteiligungen einer Gebietskörperschaft zu verwalten oder für eine Gebietskörperschaft die Gesellschaft, die Betätigung der Gebietskörperschaft als Aktionär oder die Tätigkeit der auf Veranlassung der Gebietskörperschaft gewählten oder entsandten Aufsichtsratsmitglieder zu prüfen, haben über vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen aus Berichten nach § 394 bekanntgeworden sind, Stillschweigen zu bewahren; dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr.

(2) Bei der Veröffentlichung von Prüfungsergebnissen dürfen vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, nicht veröffentlicht werden.

Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung

Für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde stehen unterschiedliche öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Formen zu Verfügung.

Im Wesentlichen sind dies:

in öffentlich-rechtlicher Form:

- Regiebetrieb,
- eigenbetriebsähnliche Einrichtung,
- Eigenbetrieb,
- Anstalt des öffentlichen Rechts,

in privatrechtlicher Form:

- GmbH,
- Aktiengesellschaft,
- eingetragene Genossenschaft.

Nachfolgend werden die Besonderheiten der einzelnen Rechtsformen und die Einflussmöglichkeiten der Stadt kurz erläutert.

Regiebetrieb

Der Regiebetrieb ist ein rechtlich und wirtschaftlich unselbstständiger Betriebszweig der Stadt, der rechnungsmäßig gemäß der kameralistischen Einnahmen- und Ausgabenrechnung ausschließlich im Haushaltsplan der Stadt erfasst wird. Soweit es sich um kostenrechnende Einrichtungen (Gebührenhaushalte) handelt, wird eine Betriebsabrechnung im Rahmen der erweiterten Kameralistik durchgeführt.

Der Regiebetrieb ist organisatorisch uneingeschränkt in die Gemeinde eingebunden.

Steuerrechtlich kann ein Regiebetrieb zum Betrieb gewerblicher Art (BgA) werden, wenn er nicht überwiegend der Ausübung der „öffentlichen Gewalt“ (Hoheitsbetrieb) dient.

Eigenbetrieb / eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Eigenbetriebe sind verselbstständigte gemeindliche wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Sie werden gemäß Eigenbetriebsverordnung NW (EigVO NW) mit eigener Betriebssatzung und eigenem (kaufmännischem) Rechnungswesen geführt; ihr Vermögen ist als Sondervermögen vom übrigen Gemeindevermögen getrennt.

Der Eigenbetrieb verfügt zwar über eigene Leitungs- und Kontrollorgane (Werkleiter, Werksausschuss); die Kompetenzen dieser Organe werden jedoch vom Rat der Stadt in der Betriebssatzung festgelegt. Insgesamt untersteht der Eigenbetrieb dem Rat und dem Oberbürgermeister.

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen sind solche Betriebe, die nach der Definition des § 107 GO NW nicht als wirtschaftliche Betätigung gelten, die aber dennoch nach den Vorschriften der EigVO NW betrieben werden.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach § 114a GO NW (AöR)

Die AöR ist eine Mischform zwischen Eigenbetrieb und GmbH. Ihre Rechtsverhältnisse werden nach der GO NW durch eine Satzung geregelt, welche die Gemeinde aufstellt.

Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Die Leitung der AöR obliegt dem Vorstand in eigener Zuständigkeit, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Verwaltungsrat ist für Entscheidungen des Aufgabenkataloges aus § 114a Abs. 7 GO NW zuständig, unterliegt jedoch bei bestimmten Entscheidungen (Erlass von Satzungen, Beteiligungen) den Weisungen des Rates der Stadt. Die Weisungsverpflichtung kann durch die Satzung ausgeweitet werden.

Die Gemeinde haftet als Gewährträgerin für die Verbindlichkeiten der AöR unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates der Stadt sind insbesondere durch die Satzungsaufstellung definiert.

Sparkassen

Auch Sparkassen sind gemäß § 2 SpkG rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. Gemäß § 1 SpkG können Gemeinden und Gemeindeverbände Sparkassen errichten. Für deren Verbindlichkeiten haftet die Gemeinde als Gewährträgerin uneingeschränkt. Durch das SpkG werden zahlreiche Verbindungen zwischen der Gemeinde und der Sparkasse festgeschrieben, die der Gemeinde Einflussmöglichkeiten eröffnen, die dem Gewährträgerverhältnis Rechnung tragen (Besetzung des Verwaltungsrates und des Kreditausschusses, Beanstandungsrecht des Hauptverwaltungsbeamten, Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Sparkassenorgane etc.).

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine juristische Person des Privatrechts mit eigener Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur der Gesellschaft wird im Gesellschaftsvertrag festgeschrieben und kann von den Gesellschaftern unter Beachtung der Vorschriften des GmbH-Gesetzes (GmbHG) relativ frei und flexibel geregelt werden, so dass die Eigenheiten und Erfordernisse der jeweiligen Gesellschaft optimal berücksichtigt werden können.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat kann gebildet werden; grundsätzlich besteht hierzu (mit Ausnahme der mitbestimmten Gesellschaften mbH) jedoch keine Pflicht.

Einflussmöglichkeiten des Rates bestehen ausschließlich im Rahmen des Gründungsbeschlusses (Gestaltung des Gesellschaftsvertrages etc.) sowie über Weisungen an die jeweiligen Vertreter/innen der Stadt in der Gesellschafterversammlung und Empfehlungen an die städtischen Vertreter/innen im Aufsichtsrat.

Aktiengesellschaft

Wie die GmbH ist auch die Aktiengesellschaft (AG) eine privatrechtliche Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit. Auch hier wird die innere Struktur der Gesellschaft in der Satzung festgeschrieben. Allerdings enthält das Aktiengesetz (AktG) eine Vielzahl von verbindlichen Regelungen und Formvorschriften, so dass den Aktionären für eine flexible Gestaltung unter Berücksichtigung der Erfordernisse der einzelnen Gesellschaft nur wenig Spielraum verbleibt.

Organe der Gesellschaft sind die Hauptversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat, der hier, im Gegensatz zur GmbH, zwingend vorgeschrieben ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates sind im Prinzip die gleichen wie bei der GmbH. Da allerdings zum einen die Satzung den restriktiven Anforderungen des AktG genügen muss und zum anderen die Entscheidungskompetenzen der Hauptversammlung durch das AktG vorgegeben und nicht frei gestaltbar sind, sind die Einflussmöglichkeiten letztlich geringer als bei der GmbH.

eingetragene Genossenschaft

Wie die GmbH und die AG hat auch die e. G. eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur richtet sich nach der Satzung, die den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes (GenG) Rechnung tragen muss.

Organe der e.G. sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung bzw. bei Genossenschaften mit mehr als dreitausend Mitgliedern die Vertreterversammlung.

Anders als bei der GmbH oder der AG, bei der die Höhe des gehaltenen Kapitals über die Anzahl der Stimmen in der Gesellschafterversammlung bzw. Hauptversammlung entscheidet, hat hier jeder Genosse, unabhängig von der Anzahl seiner Genossenschaftsanteile, nur eine Stimme. Damit sind die Einflussmöglichkeiten der Stadt äußerst gering.

Im Übrigen kann im Rahmen der Vertreterversammlung nur eine natürliche, unbeschränkt geschäftsfähige Person, die auch Mitglied der Genossenschaft ist, zum Vertreter bestellt werden. In den Fällen, in denen aufgrund der Anzahl der Mitglieder die Vertreterversammlung das Organ der Genossen ist, hat die Stadt als juristische Person des öffentlichen Rechts keine Möglichkeit, ein Mitglied zu entsenden.

stadt
oberhausen

Beteiligungsrichtlinien
der Stadt Oberhausen

Stand:

Ratsbeschluss 16.12.2002

Richtlinien über die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung der Stadt Oberhausen

(Beteiligungsrichtlinien)

P r ä a m b e l

Die Stadt Oberhausen hat in den vergangenen Jahren in weitreichendem Maße Gesellschaften zur Wahrnehmung kommunaler Aufgaben gegründet. Die Argumente dafür waren unterschiedlich. Neben erwarteten Effektivitätssteigerungen und der Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung waren auch Strukturwandelaspekte für die Entscheidung maßgebend, Aufgaben in privaten Rechtsformen wahrzunehmen.

Unabhängig von der Frage in welcher Rechtsform städtische Aufgaben erledigt werden, muss der Rat der Stadt die ihm von den Bürgerinnen und Bürgern übertragene Verantwortung sowie die in der Gemeindeordnung festgeschriebenen Rechte wahrnehmen können. Hierzu müssen die Steuerungsmöglichkeiten des Rates und der einzelnen Ratsmitglieder weiter gestärkt werden.

Durch die Ausweitung der städtischen Beteiligungen stellen sich neue Anforderungen an die Arbeit der politischen Gremien und an die Verwaltung. Insbesondere die Sicherung der politischen Steuerung des Rates und die umfassende Information der Ratsmitglieder muss gewährleistet sein.

Dazu sind konzernpolitische Vorgaben notwendig. Hierdurch werden politische Wertungen mit städtischem Gesamtbetrachtungsansatz möglich. Die Grundlagen dafür werden durch die nachfolgenden Beteiligungsrichtlinien geschaffen.

1. Wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung

Die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung der Stadt Oberhausen richtet sich nach den in der Gemeindeordnung NW (GO NW) festgelegten Grundsätzen.

2. Geltungsbereich

„Beteiligungen“ im Sinne dieser Richtlinien sind alle nach den Vorschriften des Gemeindewirtschaftsrechts des Landes Nordrhein- Westfalen zulässigen Formen der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden, derer die Stadt Oberhausen sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient.
Diese Richtlinien gelten grundsätzlich in allen Fällen, in denen die Stadt Oberhausen an juristischen Personen des privaten oder öffentlichen Rechts unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 20 % beteiligt ist, für alle im Oberhausener Stadtgebiet tätigen Beteiligungen der Sparte Ver- und Entsorgung, sowie sinngemäß für eigenbetriebsähnliche Einrichtungen, Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts, soweit keine übergeordneten Regelungen entgegenstehen. Sie binden Rat und Verwaltung sowie die entsprechenden Vertreterinnen und Vertreter in den Organen und Gremien der Beteiligungen.

3. Steuerung der Beteiligungen

3.1. Die Steuerung der Beteiligungen im Sinne dieser Richtlinien vollzieht sich durch

- den Rat der Stadt Oberhausen,
- den Hauptausschuss,
- den Finanzausschuss,
- die Fachausschüsse,
- den Verwaltungsvorstand,
- die jeweils zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten.

3.2. Die jeweils zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten (Beteiligungsverwaltung) sichert die Wahrung der kommunalen Rechte und Pflichten in den Beteiligungen.

4. Zuständigkeiten im Rahmen der Beteiligungsverwaltung

4.1 Rat der Stadt Oberhausen

Der Rat der Stadt beschließt

- Grundsätze und Ziele der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Oberhausen,
- über Gründung, Erweiterung, Auflösung, Veräußerung sowie Änderung der Rechtsform einer Beteiligung,
- über Rechtsgeschäfte, die den Einfluss der Stadt Oberhausen auf Beteiligungen verändern,
- die Bestellung und Abberufung der Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Oberhausen in Gesellschaftsversammlungen, Aufsichtsräten und vergleichbaren Organen und Gremien,
- Änderungen der Gesellschaftsverträge,
- den Beteiligungsbericht,
- in für die Stadt besonders wichtigen Angelegenheiten über Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen sowie Empfehlungen und -soweit rechtlich zulässig- Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Aufsichtsorganen und -gremien.

Der Rat ist für die Gesamtsteuerung der städtischen Beteiligungen zuständig.

4.2 Hauptausschuss

4.2.1 Der Hauptausschuss berät alle Angelegenheiten vor, die vom Rat der Stadt zu beschließen sind und erteilt entsprechende Beschlussempfehlungen.

4.2.2 Der Hauptausschuss erhält im Rahmen der Gesamtsteuerung der Beteiligungen regelmäßig Berichte über von ihm ausgewählte Beteiligungen . Über Berichtsintervalle entscheidet er im Einzelfall.

Berichtet wird u.a.

- über die Tätigkeiten, Zielvereinbarungen und Ergebnisverläufe der Beteiligungsgesellschaften, insbesondere über wirtschaftliche, personelle und finanzielle Entwicklungen,
- außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung über erhebliche Veränderungen der prognostizierten Entwicklungen.

Der Hauptausschuss stellt die Beachtung des gesamtstädtischen Interesses gegenüber den Beteiligungen sicher.

In für die Stadt besonders wichtigen Angelegenheiten kann er Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen und Empfehlungen an die Vertreterinnen und Vertreter in den Aufsichtsorganen und -gremien beschließen, sofern dies dem Rat nicht möglich ist.

4.2.3 Der Hauptausschuss ist als Fachausschuss zuständig für die Beschlüsse über Zielvereinbarungen für die Gesellschaften des Strukturwandels und die Kontrolle ihrer Einhaltung.

4.2.4 Der Hauptausschuss beschließt Rahmenbedingungen über die grundsätzliche Struktur der Verträge und Anstellungsbedingungen der Werkleitungen, Vorstände, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Prokuristinnen und Prokuristen, soweit vorhanden. Die Entscheidung über Auswahl und Anstellung trifft das jeweilige Aufsichtsorgan oder -gremium. Der/ die Vertreter/in der Stadt in der Gesellschafterversammlung oder dem ihr entsprechenden Organ nimmt die Bestellung vor, soweit nicht gesetzlich etwas anderes vorgeschrieben ist. Einzelheiten der Verträge, Entlohnung und Prämienzahlungen sind jeweils durch einen im Gesellschaftsvertrag oder der Satzung festzulegenden Personalausschuss des Aufsichtsrates zu bestimmen.

4.3 Finanzausschuss

Der Finanzausschuss berät alle Angelegenheiten der Beteiligungen, die finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Haushalt und das Vermögen der Stadt Oberhausen haben, insbesondere Zuschüsse, Verlustabdeckungsverträge, und Bürgschaften.

4.4 Fachausschüsse

Die Fachausschüsse beschließen die strategischen Zielvereinbarungen und kontrollieren ihre Einhaltung durch die Beteiligungen, die inhaltlich in ihren Zuständigkeitsbereich fallen.

Hierzu erhalten sie regelmäßige Berichte über Abarbeitung dieser Zielvereinbarungen. Über Berichtsintervalle und Gestaltung des Berichtswesens entscheiden sie im Einzelfall.

Die Fachausschüsse werden über Abweichungen von den Zielvereinbarungen außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung informiert.

Sie erhalten auf Wunsch Berichte über die Kontrolle der Aufgabenerledigung der Gesellschaften in ihrem Aufgabenbereich und, im Rahmen der Budgetierung, über die Verwendung der entsprechenden Haushaltsmittel.

4.5. Verwaltungsvorstand

Der Verwaltungsvorstand ist zuständig für die Koordination der Arbeit der städtischen Beteiligungen, die Durchsetzung der städtischen Gesamtinteressen und die Gesamtkontrolle der Aufgabenerledigung der Beteiligungen durch die Stadt. Grundsätzlich sollen Dezernentinnen und Dezernenten die Aufgaben der Vertreterinnen und Vertreter in Gesellschafterversammlungen und diesen vergleichbaren Organen wahrnehmen. Die Zuordnung erfolgt analog zur Zuordnung der Beteiligungen zu den Fachausschüssen.

4.6 Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten

4.6.1 Die zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten hat folgende Aufgaben:

A. Unabhängige Beratung und Information bei allen die Beteiligungen betreffenden Angelegenheiten

- Abstimmung der Beschlüsse des Rates der Stadt und seiner Ausschüsse mit den Zielen und Planungen der Beteiligungen,
- Überwachung der sich aus den Gesellschaftsverträgen, Geschäftsordnungen und vergleichbaren Regelungswerken für die Gesellschaften und ihre Organe ergebenden Pflichten,
- Erstellung des Beteiligungsberichtes,
- haushaltsmäßige Abwicklung der beteiligungsrelevanten Angelegenheiten.

B. Beschluss- und Vertragsvorbereitung

- Vorbereitung von beteiligungsrelevanten Gremienbeschlüssen ggfls. in Kooperation mit zuständigen Verwaltungseinheiten,
- Vorbereitung von Gesellschaftsverträgen, Satzungen sowie Geschäftsordnungen,
- Prüfung der Vereinheitlichung von bestehenden Gesellschaftsverträgen und Satzungen (dabei soll den Aufsichtsräten ein umfassender Zuständigkeitskatalog übertragen werden),
- Vorbereitung von Prokuristinnen- und Prokuristen-, Vorstands- und Geschäftsführer/innen-Verträgen,
- Vorbereitung von Rats- und Ausschussbeschlüssen.

C. Beschluss- und Verfahrenskontrolle

- Überprüfung der mit der Beteiligung angestrebten Ziele anhand der politischen Beschlüsse,
- Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen.

D. Beratung und Information bei allen die Beteiligung betreffenden Angelegenheiten

- insbesondere der Ratsmitglieder
- der Vertreterinnen und Vertreter in Gesellschafts- und Aufsichtsgremien
- der Verwaltung
- der Geschäftsführungsorgane in Beteiligungsangelegenheiten.

E. Rechtliche Prüfungen

- Zulässigkeit von Beteiligungen und Maßnahmen, die die Beteiligungen betreffen
- Notwendigkeit und Zulässigkeit von Unterbeteiligungen.

F. Strategie- und Finanzcontrolling

- Wahrnehmung des Informationsrechtes der Stadt als Gesellschafterin
- Vorbereitung von Zielvereinbarungen

- Erarbeitung eines Controllingkonzeptes
- Einführung einer einheitlichen und konsolidierungsfähigen Rechnungslegung
- Organisation eines Erfahrungsaustausches über betriebliche Controllingmaßnahmen der Gesellschaften
- Entwicklung und Wahrnehmung eines an kommunalpolitischen Zielen orientierten Finanz- und Zielcontrollings
- Entwicklung und Wahrnehmung eines Risikomanagements für die Stadt

G. Aktenführung

- Aufbewahrung der Beteiligungsakten
- Aufbewahrung der Anstellungsverträge der Werkleitungen, Vorstände, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Prokuristinnen und Prokuristen.

4.6.2 Zur Steigerung der Effektivität der Aufgabenwahrnehmung nimmt die zuständige Verwaltungseinheit an den Sitzungen der Aufsichtsräte und der Gesellschafterversammlungen der Beteiligungsgesellschaften mit Gaststatus teil soweit höherrangiges Recht dem nicht entgegensteht.

5. Beteiligungscontrolling

5.1 Durch das Beteiligungscontrolling wird die zentrale Planung, Steuerung und Kontrolle der Beteiligungen durch die Stadt Oberhausen sichergestellt. Dazu ist es erforderlich, Zielvereinbarungen zu definieren, die als Grundlage für das Beteiligungscontrolling dienen.

5.2 Die Zielvorgaben und Rahmenbedingungen werden durch die Gremien des Rates der Stadt beschlossen. Sie sollen Festlegungen in folgenden Bereichen enthalten:

- Strategie

  Strategische Zielvereinbarungen berücksichtigen

  - stadtentwicklungspolitische Anforderungen,
  - finanzwirtschaftliche Aspekte,
  - Angebot an Bürgerinnen und Bürger.

- Operatives Geschäft

  Zielvorgaben im operativen Bereich können u. a. umfassen:

  - innerorganisatorische Angelegenheiten,
  - Umfang der Anforderungen aus gesetzlichen Bestimmungen (Berichte im Rahmen des KonTraG).

- Finanzwirtschaft

  Zielvereinbarungen können folgendes Spektrum umfassen:

  - Haushalt der Stadt (Zuschusshöhe/Gewinne),
  - städtisches Vermögen,
  - Anforderungen aus dem KonTraG,
  - Wirtschaftsplan (z. B. Umsätze der Gesellschaft).

5.3 Die Einhaltung der Zielvereinbarungen wird durch ein Berichtswesen dokumentiert. Bei außergewöhnlichen Abweichungen werden Gegensteuerungsmaßnahmen aufgezeigt und den städtischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

5.4 Das regelmäßige Berichtswesen für die Einzelgesellschaften erfolgt gestaffelt nach der Bedeutung der Beteiligungen für die Stadt. Eine entsprechende Staffelung, sowie Einzelheiten zur Gestaltung des Berichtswesen beschließt der Hauptausschuss. Im Rahmen des Berichtswesens wird ein betriebswirtschaftliches Kennzahlensystem für die Gesellschaften der Sparte Ver- und Entsorgung eingeführt. Eine Gesamtübersicht über die über die Entwicklung der Beteiligungen erfolgt zweimal jährlich.

6. Rechte und Pflichten der Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen

6.1 Die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen wahren die Interessen der Stadt Oberhausen und sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden, soweit nicht höherrangiges Recht entgegensteht.

Die Verwaltung bereitet auf der Grundlage der Sitzungsunterlagen Stellungnahmen für die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen vor und gibt Beschlussempfehlungen.

6.2 Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in

- Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen unterrichten den Rat und die Ausschüsse im Rahmen deren Zuständigkeit,

- Aufsichtsräten sowie vergleichbaren Organen und Gremien (bestellt nach § 113 GO) unterrichten den Oberbürgermeister und in Absprache mit diesem die zuständigen Ausschüsse, der Oberbürgermeister den Rat und den Hauptausschuss

über alle wesentlichen Angelegenheiten der Beteiligungen frühzeitig und umfassend.

6.1 Die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen setzen sich aktiv für die Umsetzung dieser Beteiligungsrichtlinien ein und tragen dafür Sorge, dass entsprechende Anweisungen an die jeweils Verantwortlichen in den Beteiligungen ergehen. Zudem arbeiten sie in ihren Organen und Gremien darauf hin, dass die in diesen Beteiligungsrichtlinien genannten Punkte, soweit sie nicht Inhalt des jeweiligen Gesellschaftsvertrages oder der jeweiligen Satzung sind, in Geschäftsordnungen für die Geschäftsführungen und Aufsichtsorgane und -gremien manifestiert werden.

7. Inkrafttreten

7.1 Diese Beteiligungsrichtlinien treten am *01.01.2003* in Kraft.

Anlage 1

Beteiligungsrichtlinien

Geltungsbereich: alle un-/mittelbaren Beteiligungen ab 20% sowie alle im Oberhausener Stadtgebiet tätigen Beteiligungen der Sparte Ver- und Entsorgung

Zuständigkeiten:

Rat	Hauptausschuss	Finanzausschuss	Fachausschuss	Verwaltung
• Grundsätze / Ziele • Gründungsbeschlüsse, Einflussänderungen, Aufgabe von Beteiligungen u.a. • Gremienbesetzung • Gesellschaftsverträge • Beteiligungsbericht • Weisungen / Empfehlungen an Vertreter/-innen in wichtigen Angelegenheiten	• Vorberatung Ratsvorlagen • Berichte für ausgewählte Beteiligungen . Tätigkeiten, Zielvereinbarungen, Ergebnisse . besondere Entwicklungen • Beschluss über Zielvereinbarungen und Kontrolle für Gesellschaften des Strukturwandels • Mitspracherecht Struktur Verträge und Anstellungsbedingungen Geschäftsführungen • Weisungen / Empfehlungen an Vertreter/-innen in wichtigen Angelegenheiten	• Vorberatung über alle haushalts- und vermögensrelevanten Angelegenheiten der Beteiligungen, insbesondere . Zuschüsse . Verlustabdeckungen . Bürgschaften	• Beschlüsse über strategische Zielvereinbarungen, die inhaltlich in die Zuständigkeit fallen • Berichte (auf Wunsch) zur Aufgabenerledigung der Beteiligungen • Information über Abweichungen von Zielvereinbarungen außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung	• Koordination • Beschluss- und Vertragsvorbereitung • Beschluss- und Verfahrenskontrolle • Beratung • rechtliche Prüfung • Strategie- und Finanzcontrolling • Aktenführung • Teilnahme an Sitzungen des Aufsichtsrats/der Gesellschafterversammlung

Anlage 2

Zuordnung der Gesellschaften zu städtischen Ausschüssen
(Gesellschaften, an denen die Stadt mit min. 20% beteiligt ist, sowie alle Gesellschaften der Sparte Ver- und Entsorgung)
Beteiligungsrichtlinien
stadt oberhausen
Schulausschuss
WBO (Schulangelegenheiten)
OGM (Haustechn. Dienst, Schulbausanierung)
Umweltausschuss
WBO (Grün/Gebühren)
OGM (Beschaffung, Facility Management)
GMVA
EVO Energieversorgung
Sportausschuss
WBO (Sportanlagen)
OGM (sportspez. Angelegenheiten)
Revierpark Vonderort
Sozialausschuss
BFO
ASO
Planungsausschuss
STOAG (Verkehrsplanung)
TMO Zentrenmanagement
Bau- und Wohngenossenschaft Am Ruhrufer e.G.
Kulturausschuss
IKF
Theater
Hauptausschuss
GEG, TZU, OBauFö, PBO, OVZ, OVP, ENO, VZS, Schloss, Gasometer, CPO, TMO (Tourismus), LAH

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
AöR	Anstalt öffentlichen Rechts
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
ASO	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
BFO	Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
BSO KG	Biostrom Oberhausen GmbH & CO. KG
BVR	Busverkehr Rheinland
ca.	circa
CPO	Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH
CVUA-RRW	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
DM	Deutsche Mark
DSD	Duales System Deutschland
e. G.	eingetragene Genossenschaft
EBITDA	earnings before interest, taxes, depreciation and amortization. = „Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände“
ecce	european centre for creative economy GmbH
EEG	Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien
EigVO NW	Eigenbetriebsverordnung NW
ekz	Einkaufszentrale für Bibliotheken GmbH
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUR	EURO
ENO	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
e. V.	eingetragener Verein
evo	Energieversorgung Oberhausen
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GEG	Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH
GenG	Genossenschaftsgesetz
GE-WO	Gemeinnützige Wohnungsbau e. G. Oberhausen-Osterfeld
GFKO	Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GKDO	Gesellschaft für kommunale Dienste Oberhausen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GMVA	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein
GO NW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

ha	Hektar
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
hast	Haushaltsstelle
IKF	Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
i. L.	in Liquidation
inkl.	inklusive
KG	Kommanditgesellschaft
KOSTAT-DST	Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag GmbH
KSBG KG	Kommunale Beteiligungsgesselllschaft GmbH & Co. KG
LAH	Luise-Albertz-Halle
LEG	Landesentwicklungsgesellschaft NW
LGO	Landesgartenschau Oberhausen GmbH
Mio.	Millionen
MVA	Müll-Verbrennungsanlage
Nr.	Nummer
NW	Nordrhein-Westfalen
OBG	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH
OB-Netz	Oberhausener Netzgesellschaft mbH
o. g.	oben genannte
OGM	Oberhausener Gebäudemanagement GmbH
OLGA	Oberhausener Landesgartenschau 1999
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
OVP	O.Vision Projektgesellschaft mbH
OVZ	O.Vision Zukunftspark GmbH
OWT	Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
PBO	Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH
PPP	Public-Private-Partnership
rd.	rund
RVR	Regionalverband Ruhr
RW	Rheinisch-Westfälisch
RWE	RWE AG
RWW	Rheinisch-Westfälische-Wasserwerksgesellschaft
RZO	Recycling-Zentrum Oberhausen
SpkG	Sparkassengesetz
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
STOAG	Stadtwerke Oberhausen GmbH
TASi	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TCO	TheatrO CentrO GmbH
TDM	Tausend Deutsche Mark
TEUR	Tausend EURO

TMO	Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH
TZU	Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
UA	Unterabschnitt
u. a. m.	und anderes mehr
UMSICHT	Institut für Umwelt- und Sicherheitstechnik
VkA	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
vorl. Ist	vorläufiges Ist
VRR	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
VU	Verkehrsunternehmen
VZO	Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
VZS	Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH
WBO	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WFO	Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
WE	Wohneinheiten
ZV	Zweckverband

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 400
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 310
ASO Service GmbH 322

Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G. 298
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG 334
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH 332
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 304
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 88
Biostrom Oberhausen Management GmbH 94

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) 348

d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts 340

ecce - european centre for creative economy GmbH 242
Energiegenossenschaft Handwerk e.G. 162
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 248
evo Energieversorgung Oberhausen AG 63

Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 152
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH 288
FSO GmbH & Co.KG 164
FSO Verwaltungs-GmbH 180

Gasometer Oberhausen GmbH 264
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 160
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 158
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 190
GMVA GmbH & Co. KG 200
GMVA Verwaltungs-GmbH 206

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 278

Jobcenter Oberhausen 328

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 118
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 114

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 270

Oberhausener Netzgesellschaft mbH 80
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH 24
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH 60
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH 228

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH 56

Quantum GmbH 98

RW Holding Aktiengesellschaft i.L 188
RWE Aktiengesellschaft 184
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 210

Stadtsparkasse Oberhausen 362
STEAG GmbH 148
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 36
strasserauf GmbH i.L. 110

Theater Oberhausen 392
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH.....236

VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 222
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH.....256

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH.....48